

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

NR. 1

Sowjet - Deutschland — Der italieni-
sche Faschismus (v. H. W. Gerhard) —
Gegen den Strom trotz alledem! (v.R.R.)
— Wilhelm II. und der Anarchismus

PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)

JAHRGANG 5

BERLIN


OKTOBER 1930

EMIL PATAUD UND EMIL POUGET:

DAS LETZTE GEFECHT

Aus dem Französischen ~~übersetzt~~ von R. Rocker

Illustriert von Fermin Rocker

 Dieses Buch der französischen Syndikalisten Pataud und Pouget, durch Peter Kropotkin eingeleitet, befaßt sich mit der Sozialen Revolution und bietet eine Grundlage für die notwendige Diskussion dieses Problems. — Der 236 Seiten starke Band, im ASY-VERLAG erschienen, kostet 5.— Mk. Mitglieder der „G. f. B.“ erhalten ihn für 3.— Mk.

Kind und Elternhaus

*Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von B. Liber,
New-York*

(Vorzugspreis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“

Unterstützt „FANAL“ durch
Abonnenten erhalten auf Wunsch Zahlungserleichterung.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 1

Oktober 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin - Britz, Dörchkuhtingstr. 43. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Sowjet-Deutschland

Unser das Reich, unser die Welt! jubelte der Vorwärts, als im Jahre 1903 die sozialdemokratische Partei mit über 90 Abgeordneten aus den Reichstagswahlen hervorging und damit den größten „Wahlsieg“ ihrer Geschichte buchen konnte, Chefredakteur des Blattes war damals Kurt Eisner, der noch im gleichen Jahre auf dem Dresdener Parteitag Bebels' Hohn sich über die Häupter seiner revisionistischen Freunde ergießen sehn mußte, für die Begriffe jener Zeit ein Dreckkübel voll krasser Anwürfe gegen den Opportunismus der Jüngeren, nach Bebels eigenem Wort und auch im Vergleich zu der Tonart an die die Arbeiterführer unserer Tage im Verkehr miteinander ihre Gefolgschaft gewöhnt haben, ein reinigender Jungbrunnen, dazu bestimmt und geeignet, den Grind der Bequemlichkeit von dem durch Wahlerfolge fett werdenden revolutionären Leibe der Partei abzuwaschen. Es half nicht mehr. Der parlamentarische Schorf war schon zu fest verkrustet, die Sozialdemokratie war rettungslos dem Revisionismus, dem Opportunismus und dem Reformismus verfallen, der Zustrom verärgelter Kleinbürger und ehrgeiziger Intellektueller, erst recht die Ausdehnung des bürokratischen Apparates, der immer mehr mit beweglichen Schnauzen und Ellenbogen ausgestatteten Proletariern den Aufstieg zu gut bezahlten Kommandantenstellungen und ein behagliches Leben als Oberschicht über den Klassengenossen ermöglichte, ließ die Fortsetzung der nur negativen parlamentarischen Demonstrationspolitik nicht mehr

zu: die Beteiligung am bürgerlichen Parlament führte notwendig zu Konzessionen an die als Wähler zu ködernden dem Sozialismus und der Revolution gänzlich abgeneigten Spießer, zu realpolitischem Verzicht auf grundsätzliche Opposition, zu Geltungsansprüchen innerhalb des kapitalistischen Staates und zur völligen Verleugnung des revolutionären Zieles, das, nach Georg von Vollmars frechem Ausdruck nur noch als Schaustück für die Auslage Verwendung finden durfte.

Die kleine Zahl der antiparlamentarisch gesinnten Sozialisten, die die Zerschlagung der Internationale durch Marx und Engels und das Jahrzehnt der Verfolgungen und Brutalisierungen durch das Sozialistengesetz in Deutschland ungebrochen überstand, warnte von allem Anfang an vor einer proletarischen Politik, die dem Staat einen Finger reichte; der Staat sei die kapitalistische Klasse selbst, er werde nicht nur den Finger nehmen, sondern die ganze Hand und den Arm dazu und endlich das Proletariat mit Haut und Haaren verschlingen. Karl Marx freilich, wußte genau, was er von seinen wildradikalen deutschen Parteigängern zu halten hatte, in einem Brief an Kugelmann aus den siebziger Jahren schon tat er die Bebel und Wilhelm Liebknecht, die Bernstein, Grillenberger und die ganze Heroengalerie, die heute noch im gemeinsamen Ahnensaal der SPD. und der KPD. hängt, als „arme konterrevolutionäre Zungendrescher“ ab. Daß er selber das konterrevolutionäre Zungendreschen revolutionärer Redensarten zum Inhalt der sozialdemokratischen Politik gemacht hatte, scherte ihn nicht. Es war nicht Marx' Art, sich für trübe Folgen seiner Anweisungen verantwortlich zu fühlen. Sonst hätte er sich eingestehen müssen, daß, was Bakunin ihm wahrhaftig eindringlich genug vorausgesagt hatte, jede Beteiligung von Staatsstürzern am Staatswerk auf Kosten der Revolution geschehe, mithin zum Vorteil des Staates ausgehen müsse. Die Parlamentstätigkeit der sozialdemokratischen Partei wurde Selbstzweck der Parteitätigkeit, da nur sie die Aufgabe, Massen um das Banner der Partei zu sammeln, erfüllen konnte. In nicht unmittelbar revolutionären Zeiten nämlich sind die wirklich zur Revolution Entschlossenen immer eine Minderheit, die Anhang im größeren Maße nur gewinnen kann, wenn sie von ihren revolutionären Zielen zu Gunsten realpolitischer Augenblicksforderungen Abstriche macht. Je mehr Anhang ihr aber aus weniger oder gar nicht revolutionsgewillten Kreisen zuläuft, umso größer wird der Einfluß der Zugelaufenen auf die Taktik der Revolutionäre, die wachsende Zahl berauscht sich an der eigenen Größe, hat nur noch den

Wunsch, immer größer und noch größer zu werden, kann wiederum nur durch weitere und immer weitere Zugeständnisse an Menschen wachsen, die außen stehen, weil es ihnen noch zu radikal aussieht, der Zulauf wird Mehrheit, die sich ständig nach rechts erweitert und die kleine revolutionäre Schar, die eine große revolutionäre Masse werden wollte, mit samt allen ihren schönen sozialistischen Träumen, erstickt in Reformismus und Wahlklamauk. Die paar aufrechten Charaktere, die der Idee die Treue halten möchten, werden mit Hohn und Schimpf davongejagt, verbittern einsam oder retten sich in die Sekte. Die revolutionären Ziele aber bleiben dem Firmenschild zuliebe im Schaufenster liegen und werden zum 1. Mai und vor Wahlen abgestaubt.

Die Marxisten sind seltsame Wesen. Sie haben den Kapitalismus, in seiner Herkunft und Entwicklung, in seinen Methoden und Einrichtungen, in seiner Beziehung zu den Menschen und ihren Arbeitsformen, zum Staat, zum Krieg, zum Denken, Glauben und Handeln genauestens durchforscht und sind dabei zu dem erstaunlichen Ergebnis gelangt, daß man als Sozialist dieser Gesellschafts- und Lebensform nicht genug nacheifern kann, ja, daß der Sozialismus nach geschehener Revolution naturnotwendig aus dem Kapitalismus herauswachsen müsse. Naturnotwendig ist überhaupt ihr Lieblingswort, wenn es auch manchmal durch die Ausdrücke unausbleiblich oder unausweislich ersetzt wird. Wir brauchen nur dialektisch zu denken, dann klärt sich uns der Nebel aller Dinge ganz von selbst und wir erkennen, wie die imperialistische Entwicklung der Weltwirtschaft durch Erschöpfung der Absatzgebiete naturnotwendig den Kapitalismus erledigt und die Menschheit vermöge der Unausbleiblichkeit der Weltrevolution unausweichlich den Sozialismus als Wirtschaftsform annehmen muß. Alles, wofür zu kämpfen sie ihre Mannschaft aufrufen, erklären sie ihr gleichzeitig als naturnotwendige Folge der bestehenden Verhältnisse; nur daß die Einbildung, die ersehnte Zukunft steige dank unabänderlicher Gesetze sowieso aus den Zuständen und Geschehnissen der Gegenwart empor, den Kampfgeist ertönen und jeden Willen, das Leben aus eigener Kraft nach dem Bilde der eigenen Vorstellung von Freiheit und Recht zu gestalten, lähmen muß, das kommt ihnen nicht naturnotwendig vor. Was uns andern unausbleiblich und unausweichlich scheint, daß, wer den Staat regieren will, dem Staat verfallen ist, das steht nicht in ihrem Katechismus, und also gilt es nicht, und daß ein Verhalten, dessen Wirkung sich einmal schon im restlosen Untergang der Idee

und in der völligen Umkehrung der verkündeten Ziele zu ihrem Gegenteil offenbart hat, wenn es wiederholt wird, nur zu den gleichen Wirkungen führen kann, erscheint zwar uns, aber nicht ihnen als Naturnotwendigkeit.

Die deutsche Sozialdemokratie ist den vorgezeichneten Weg folgerichtig bis zu Ende gegangen: den Weg einer zentralistisch organisierten Partei revolutionärer Sozialisten, der unter Führung braver und wohlmeinender Angestellter und Parlamentarier, in Wirklichkeit armer konterrevolutionärer Zungendrescher, von der Sammlung kampffentschlossener Weniger zur Aufhäufung breiig verquollener Riesenfiguren und von eifrigem Umsturzstreben zur Staatsbetreuung und Staatsregierung, mithin zur starken Schutzgarde der im Staat repräsentierten Wirtschaftsmacht, des Kapitalismus, geführt hat. Heute unterscheidet sich die Sozialdemokratie von den Nationalliberalen der Kaiserzeit nur durch betontere konservative Gesinnung; für ein Konkordat, wie es die Sozialdemokraten in Preußen mit dem Vatikan abschlossen, wäre die Partei Bennigssens nicht zu haben gewesen. Sie haben rund sechzig Jahre gebraucht, unsere lieben Sozi, um so weit zu kommen, wie sie heute sind, die letzte Hoffnung der Youngspekulanten, ihre Dividenden ohne die Gefahren eines ungewissen Bürgerkrieges verzehren zu können. Daß ein Teil der Youngspekulanten auf ihre Hilfe keinen Wert mehr legt, liegt daran, daß der Bürgerkrieg vielen nicht so ungewiß in seinem Ausgang scheint, die im Bolschewismus keine Beängstigung für ihre Besitzrechte finden, den Faschismus dagegen herbeiwünschen, da sich in ihm das Ideal der Sklavenhaltung in der modernsten Form, der Arbeitsgemeinschaft von Militär- und Wirtschaftsdespotie verwirklicht. Die Sozialdemokratie ist, was auch werden mag, auf dem Gipfel ihrer Bergwanderung angelangt. Die Stimmen, die sie am 14. September verloren hat, verdrängen sie nicht vom Platz der stärksten parlamentarischen Partei; viele deutsche Länder und Städte versorgt sie mit Ministern, Polizeipräsidenten, Beamten aller Grade und Gehaltsklassen, die breiten Massen bleiben ihr treu, weil sie von ihr zu dem Glauben erzogen sind, daß Zahl Macht ist, daß ein Zörgiebel in Berlin besser ist als ein Wilhelm in Doorn und daß nicht die gelbe Unterhose am Leibe der Partei- und Gewerkschaftsbonzen wichtig ist, sondern die rote Weste in der Auslage.

Im Bolschewismus, wurde oben gesagt, finden viele Kapitalisten heute keine ernsthafte Beängstigung mehr. Das heißt selbstverständlich nicht, daß den bolschewistischen Arbeitern Deutschlands etwa der revolutionäre Wille und die ent-

geschlossene Kampflost gegen die Besitzvorrechte abhandeln gekommen wäre. Das zu behaupten wäre heller Unsinn. Im Gegenteil unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die proletarische Gefolgschaft der Kommunistischen Partei heute noch das beste, tatkräftigste und revolutionärste Element der kommenden Auseinandersetzung stellt. Umso schwerer wiegt der Vorwurf gegen die Leitung dieser ausgezeichneten Revolutionäre, der Karl Marx vielleicht nicht wie ihren Vorläufern bescheinigen würde, daß sie arme konterrevolutionäre Zungendrescher seien, sondern eher, daß ihr Zungendreschen höchst bedenklichen, demagogisch errechneten, dem Sozialismus sehr fernliegenden politischen Zwecken diene. Man kann die ökonomischen Lehren von Karl Marx für angreifbar halten, man kann den moralischen Charakter des Mannes heftig verurteilen, man kann auch seine taktischen Anweisungen im Hinblick auf die Organisationsform der Arbeiter verhängnisvoll verkehrt finden, und man kann trotzdem anerkennen, daß Marx es mit der Sache der internationalen Revolution zum Sturze des Weltkapitalismus und zur Aufrichtung sozialistischer Wirtschaftsbeziehungen heilig ernst gemeint hat. Von seinen Nachfolgern in der Führung der bolschewistischen Partei Deutschlands muß das leider nachgerade bezweifelt werden. Ihnen kann die Beschuldigung nicht länger erspart bleiben, daß sie mit der revolutionären Begeisterung der auf sie hörenden Arbeitermassen, mit ihrem Glauben an die Welterhebung der ausgebeuteten Klasse gegen die international verbündete Klasse der Ausbeuter, sogar mit ihrer Ueberzeugung von der Allmacht des Proletariats in Sowjet-Rußland Schindluder treiben.

Wir brauchen nicht das neunundneunzigmal Gesagte zum hundertsten Male zu wiederholen, daß der kommunistische „Wahlsieg“ vom 14. 9. für die Beurteilung der revolutionären Gesamtsituation im Lande gänzlich untauglich ist. Die Stimmabgabe bei allgemeinen Wahlen ist sicherlich ein statistisch aufschlußreiches Symptom von Stimmungen und Verstimmungen, niemals aber revolutionäres Bekenntnis. Jede abgegebene Stimme, mag die wütendste Unzufriedenheit ihr Antrieb gewesen sein, enthält zugleich eine Vertrauenskundgebung für die gewählte Partei, daß sie instande sein werde, die Gründe zur Unzufriedenheit mit den gegebenen Mitteln der Demokratie, also ohne Revolution, aus der Welt zu schaffen. Die Parteikommunisten glauben selbstverständlich so wenig, daß alle Leute, die die Liste 4 angekreuzt haben, revolutionäre Kommunisten seien, wie früher ihre sozialdemokratischen Vorläufer geglaubt haben, ihre von der Bismarckschen Politik

aufgebrachten Wähler wollten ihre Vorliebe für Barrikaden und Besitzenteignung bekunden. Ebenso töricht wäre es anzunehmen, der riesenhafte Zulauf zu den Hakenkreuzfahnen bedeute die Zustimmung von 6 Millionen deutschen Wählern zum Faschismus. Er bedeutet nur die Erklärung von 6 Millionen wahlberechtigten Herren und Damen, daß recht viele hakenkreuzgeschmückte Demokraten es mal mit dem Regieren innerhalb der Verfassung der schwarzrotgoldnen Republik versuchen möchten. Grade die gewaltige Aufschwelung der nationalsozialistischen Stimmen beweist die Abneigung der Wählermassen gegen grundlegende Änderungen im Gesellschaftsbetriebe mit dem Mittel der Revolution. Das „dritte Reich“ ist eine gute Sache, aber seine Einführung darf nicht wehtun, diese Erwägung hat Millionen Kleinbürger für Hitler an die Urne gebracht. Solange der schöne Adolf die „deutsche Revolution“ nach Münchener Vorlage veranstalten wollte, brachte er nur einen Bruchteil der jetzt gemusterten Verehrer auf und auch davon die überwiegende Mehrzahl nur, weil die Beteiligung am Parlamentarismus ja an und für sich den Friedensschluß mit der Demokratie bedeutet. Inzwischen aber hat der Dr. Frick in Thüringen gezeigt, daß die schwarzrotgoldne Republik ein Boden ist, auf dem auch der Hakenkreuzfaschismus vortrefflich ackern kann. Man setzt eigene Parteigänger in die Ämter ein, in die früher die unterschiedlichen Republikaner ihre Parteigänger hineingeschoben hatten — das wirkt sich im großen Ganzen finanziell aus — und versucht, wo die Verfassung es irgend zuläßt, noch reaktionärer und proletarierfeindlicher zu regieren als die Vorgänger, obwohl hierin zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. Nicht trotz Frick, sondern wegen Frick ist die Liste 9 zur Liste 2 aufgerückt. Es geht den Nationalsozialisten genau, wie es den Sozialdemokraten gegangen ist: ihr materieller Erfolg ist ihre ideologische Erledigung. Sie sind eine staats-erhaltende Partei geworden, regierungsfähig und verfassungstreu, der die Republik gern gewährt, was das Geschäft nicht stört, also jede beliebige Gemeinheit gegen Arbeiter, Juden und Ausländer, jede Kulturschändung auf dem Gebiete des Schulwesens, der Kunst und der Volksgesundheit, aber gewiß keinen Schritt aus der Bahn der Youngverpflichtungen. Sicher sind unter den 6 Millionen Hitlerwählern auch noch viele revolutionsgläubige Proletarier, denen die Autoritätsfurcht in den Knochen steckt, die einmal gelernt haben, „Heil Hitler!“ zu schreien und die es in deutscher Vasallentreue weiter schreien, mag ihr Herr und Meister von ihnen verlangen, was

er wolle, mag er inzwischen selbst Vasall der ihnen feindlichsten Mächte geworden sein, — er erzählt ihnen, daß die Hohenzollernprinzen und Schwerindustriellen, die ihm heute Gefolgschaft leisten, sich zu Sozialisten nationaler Tönung bekehrt haben, und sie glauben ihm auch das. In Wahrheit wissen die feudalen und patriarchalischen Herren natürlich recht gut, daß sich die armen Teufel für sie nur dann widerstandslos scheren lassen, wenn es ihr eigener Vertrauensmann besorgt. Adolf Hitler darf Herr der Heerscharen bleiben, weil er nur so als Herr der Haarscheren zu gebrauchen ist.

Der Abfall der klassenbewußten Arbeiter von Hitler hat dem parlamentarischen Auftrieb der Nationalsozialisten erst recht eher gefördert als gehemmt. Die Anklagen Otto Straßers und seiner Freunde gegen den Verrat der Führerschaft wurden von den ehrlichen, anständigen, der Revolution wahrhaft ergebenen Proletariern, die selbstverständlich bei den Nationalsozialisten so gut zu finden sind wie anderswo, aufgenommen; sie verließen, begleitet von einigen wenigen Charakteren unter den Führern, wie dem besten und aufrechtsten Mann der Bewegung, Major Buchrucker, die Partei, sammelten sich zu einer Gruppe „revolutionärer Nationalsozialisten“, die sich zum proletarischen Klassenkampf unter der roten Arbeiter- und der schwarzen Bauernfahne bekannte, dem Faschismus rücksichtslosen Krieg ansagte, als Ziel die deutsche Räterepublik proklamierte und für die Wahlen die Losung der Nichtbeteiligung ausgab. Es ist klar, daß die Entfernung so aufsässiger Elemente aus den Reihen der Hitlermannen den Entschluß zahlloser gedunsener Antisemiten und halbstarker Hurra-brüller, diese Reihen aufzufüllen, nur erleichtern konnte. Den faschistischen Realpolitikern, den Göbbels und dem ganzen demagogischen Geschmeiß seiner Sorte, war der Weg zu den republikanischen Pfründen offen; mochten die Abtrünnigen, auf die die Prügelkolonnen losgelassen wurden, den Kommunisten in die Arme sinken.

Das taten sie zweifellos auch größtenteils bei der Wahl. Die Zunahme der für die KPD. abgegebenen Stimmen, die die Thälmann-Fraktion im Reichstag werden läßt, bedeutet zwar in erster Linie Protest gegen die tolle Gesetzgeberei der die Wissel-Hilferding noch übermüllernden Brüningdiktatur und bezeichnet somit vor allem, wie wenig das deutsche Proletariat aus den Erfahrungen mit der Sozialdemokratie bis jetzt gelernt hat: die naive Illusion, eine starke, von Arbeitern entsandte Opposition im Parlament vermöge

dem unsozialen Walten der vom Agrar-, Industrie- und Finanzkapital abhängigen Gesetzgebung im geringsten Einhalt zu gebieten, besteht ungebrochen weiter. Aber wenn auch ein größerer Teil der Gummiknüppelgarde Zörgiebls, der Zuchthauschergen und der Kanzleibürokratie den Betörungsversuchen der Parteikommunisten erlegen ist und ihnen zutraut, sie würden die Gehälter erhöhen und von der Ledigensteuer befreien können, so ist die Hochflut der ihnen zugeströmten Scharen doch wohl nur zum kleinen Teil mit der bolschewistisch entflammten Begeisterung vermickelter Beamten und Mittelständler zu erklären. Außer Hunderttausenden von Sozialdemokraten, die, ohne dadurch aufzuhören sozialdemokratisch zu denken, bei Gelegenheit der Wahl doch bei Remmele und Pieck mehr Ähnlichkeit mit ihren früheren Führern Stadthagen und Ledebour finden als bei den Heilmann und Wels, kann man annehmen, daß auch Hunderttausende nationalsozialistischer Arbeiter der abtrünnigen Richtung den Kommunisten ihre Stimme gegeben haben. Die anti-parlamentarische Parole Otto Straßers konnte die von allen ihren Befreiern von jeher immer nur zum Abstimmen erzogenen Nationalrevolutionäre nicht plötzlich mit den Anarchisten, Syndikalisten und Radikalmarxisten zum Abseitsstehen bekehren; überdies klang auch die Aufforderung zur Wahlenthaltung zu wenig einleuchtend und zu sehr nach Verlegenheit, um erheblich Eindruck machen zu können. Wenn daher die Kommunisten kräftige Unterstützung durch revolutionäre Nationalsozialisten fanden, so ist das nur begreiflich, und wenn sich die KPD. besondere Mühe gab, diese Stimmen für ihre Listen einzufangen, so wird man ihr das, da sie nun schon Wahlpropaganda und Parlamentspolitik treibt, schwerlich verargen können.

Das Mittel jedoch, mit dem das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ans Werk ging, um sich der Stimmen der linken Nationalsozialisten zu bemächtigen, ist ein Skandal, gegen den das gesamte Proletariat, soweit es den Kampf gegen das Kapital als gemeinsamen revolutionären Kampf der Arbeiterschaft aller Länder begreift und als internationale Pflicht bekennt, Einspruch erheben muß. Am 24. August veröffentlichte die Rote Fahne an der Spitze der Ausgabe eine „Proklamation des ZK. der KPD.“, die als „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ bezeichnet wird und gleichzeitig als Aufruf an „alle Werktätigen in Stadt und Land“ gelten soll, „in den jetzigen Wahlen sich für Sowjetdeutschland zu entscheiden,

indem sie für Liste 4, für die Liste der Kommunistischen Partei stimmen". Das ZK., heißt es einleitend, habe die Proklamation „auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann" beschlossen und es handle sich hier um „ein historisches Dokument, das wegweisend für das gesamte werktätige deutsche Volk ist und zum erstenmal entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht aufzeigt". Unter massiven Ausfällen gegen den Hitlerfaschismus, dem mit Recht praktische Mithilfe an der Durchführung des Young-Plans und arbeiterfeindliche Politik vorgeworfen wird und entsprechender Kennzeichnung der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie folgt dann die eigentliche Programm-erklärung, aus der sich in der Tat ergibt, was sich die KPD. auf Vorschlag Thälmanns unter dem Siege der proletarischen Revolution vorstellt, und wie „im Falle unsrer Machtergreifung" das „Sowjet-Deutschland" beschaffen sein soll, in dem die KPD., nur sie allein, die „Diktatur des Proletariats" ausüben will.

Vieles steht im Programm, wogegen revolutionäre Klassenkämpfer keine Einwendungen erheben könnten, fingen die Versprechungen der Partei nicht in jedem Absatz an: „Wir Kommunisten werden . . ." und liefere nicht der ganze bombastische Ukas eingeständenermaßen auf die Erweckung der Einbildung hinaus, die Stimmabgabe für die KPD. sei ein geeigneter Weg zur Erlangung all des versprochenen Segens. Was an Einzelheiten über die Organisation Deutschlands als Sowjetstaat, über sein Verfahren mit den Kapitalisten, über die Aufhebung der Rechte und Vorrechte der herrschenden Klassen, über Preis- und Steuerpolitik gesagt wird, entspricht nahezu vollständig den für Sowjetrußland programmatisch verkündeten Grundsätzen von 1919 und den Zuständen, wie die Verkünder der Proklamation sie das deutsche Proletariat als in Rußland bestehend glauben machen möchten. Gegen all das soll hier kein Wort des Widerspruchs erhoben werden. Von der Vorbildlichkeit Sowjetrußlands als sozialistisches Gesellschaftsgebilde soll hier zunächst im Zusammenhange mit einer Besprechung der Bücher Panait Istratis, Henri Barbusses und anderer Berichterstatter die Rede sein. — Es ist nicht einmal nötig, die Kritik an den internationalen Verträgen, die Deutschland im Gefolge des verlorenen Krieges unterschreiben mußte, sachlich falsch zu finden, um trotzdem beim Lesen des Machwerks vor Empörung zu zittern. Es ist wahr, daß der Versailler Vertrag ein schimpfliches und volksfeindliches Instrument ist, nur allerdings um nichts schimpflicher und volks-

feindlicher als die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest, und wenn die KPD. „feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslands“ erklärt, sie werde „alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären“ und „keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen leisten“, so klingt das ja mächtig forsch, bedeutet aber garnichts andres als ein rein nationalistisches Bekenntnis. Internationalisten nämlich werden selbstverständlich nach einer siegreichen proletarischen Revolution die Verpflichtungen der gestürzten Kapitalistenherrschaft ebenfalls nicht anerkennen, aber sie werden mit dieser Haltung nicht kapitalistischen Regierungen des Auslands zu imponieren suchen, sondern deren Proletariate mahnen, aus ihrem Staate anstelle einer Gläubigermacht gegen das Nachbarvolk ein Land zu machen, das den Nachbarn nicht als Schuldner sondern als Bruder der Revolution betrachtet. Eine Erklärung französischer, englischer und amerikanischer Revolutionäre gegen die Friedensverträge wäre eindrucksvoller gewesen, weil sie nicht den Beigeschmack der patriotischen Ruhmredigkeit hätte. Eine Erklärung der russischen Regierung, daß sie auf alle vom Zaren verhängte Kontributionen verzichte, klänge ehrlicher. Aber im vorigen Jahre sahen wir ja erst die bolschewistische Armee gen China eilen, um russische Eisenbahnobligationen zu verteidigen und die KPD. jauchzte den Siegern zu, die dem Zaren geschuldeten Zwangsleistungen der Chinesen der Sowjetrepublik gerettet hatten. Der Aufruf nennt die Sozialdemokraten „freiwillige Agenten des französischen und polnischen Imperialismus“. Es scheint wenig belangvoll, wessen Imperialismus jemand der Agent ist. Denn der Imperialismus ist international. Wenn aber hier die Betonung so deutlich auf den Imperialismus von Ländern gelegt wird, denen, wie jeder weiß, die russische Staatsregierung ebenso unfreundlich gesinnt ist wie ein großer Teil der deutschen Nationalisten und sehr einflußreiche hohe Militärs der deutschen Reichswehr, so scheint doch die kommunistische Proklamation noch ganz andre Dinge mit diesem Hinweis zu bezwecken als nur eine Entlarvung der Konkurrenz. Außerdem darf man vielleicht daran erinnern, daß die KPD. bei ihrer Bekämpfung des Imperialismus auch Ausnahmen zuläßt. Die vom Petroleumkapital maßlos ausgebeuteten Kurden unternehmen einen Aufstand nach dem andern gegen den Imperialismus der faschistischen Angorarepublik. Da aber der blutige Kommunistenschlächter Kemal Pascha ein Verbündeter der Moskauer Re-

gierung ist, hat die Rote Fahne noch nie ein Wort zugunsten der Kurden schreiben dürfen.

Die ganze KPD.-Proklamation, die sich das ZK. selbst als weltgeschichtliche Aktion bescheinigt, stellt sich dar als eine höchst nüchterne Staatsaktion, hinter der wie hinter allem, was die Parteikommunisten den deutschen Arbeitern als Heil der deutschen Revolution anpreisen, die russische Regierung steckt. Da Moskau, nicht etwa erst von Sowjet-Deutschland, sondern durchaus schon von Hindenburg-Deutschland die Ostorientierung der Außenpolitik erhofft, die von vielen Nationalisten und so auch von den revolutionären Nationalsozialisten erstrebt wird, kommandiert es Thälmann zu dem „Vorschlag“, durch den die KPD. sich zu einem an manchen hohen Stellen sehr willkommenen Helfer einer bestimmten Außenpolitik macht, die mit Klassenkampf schon nicht mehr das Allermindeste zu tun hat. Statt die nationalen Revolutionäre zum eigenen Internationalismus zu gewinnen, statt kameradschaftlich und sachlich sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sie von ihren Rassenvorurteilen, ihrer Kriegsromantik, ihrem Nationalismus abzubringen zur Erkenntnis der allen Ausgebeuteten gleichen Klassenlage, die über die Grenzen weg gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrückung verlangt, übernimmt die KPD. im Gegenteil den ganzen nationalistischen Wortschatz der Hakenkreuzler und präsentiert sich damit einfach den Straßerfreunden als allein legitimierte Erbin des Hitlervermöchtnisses. Und nicht nur das: man öffnet gleichzeitig den Faschisten die ekelhafte Personenvergottung nach, die notwendig ist, um der blanken Tyrannei den Weg zu ebnen. Eben stürzt Hitler bei den wertvollsten Jüngern seiner Lehre ab, da fängt die KPD. an, ausgerechnet aus Thälmann „den Führer“ zu machen. Hitler hat immerhin seine Bewegung aus eigener Energie auf die Beine gestellt. Thälmann mag sonst ein braver Kerl sein, daß er kein Heros des Geistes ist, daß seine Reden von Heinz Neumann sind, daß vor nicht zu langer Zeit wegen der Wittorf-Geschichte sein Ausschluß aus der Partei erwogen wurde, ist nirgends ein Geheimnis. Macht nichts, die Nazi brauchen einen Heiligen, dessen Fußlappen sie als Altardecken benutzen können, also müssen die Kommunisten auch einen haben. Thälmann als Dreieinheit von Hitler, Stalin und Hindenburg in Sowjet-Deutschland. Das ist „die nationale und soziale Befreiung, die uns blühen soll.

Wir Anarchisten halten von nationalen Tugenden weniger als neuerdings die Parteikommunisten. Dennoch wäre es wohl am Platze, wenn wir uns bemühten, wieder ein gutes deutsches

Wort an die Stelle eines, wie es scheint, ein wenig aus der Fassung geratenen fremden zu setzen. Früher hieß es bei Kommunisten wie bei Anarchisten: Alle Macht den Räten! Räte heißen auf russisch Sowjets. Merkwürdigerweise heißt aber Sowjet-Republik auf deutsch schon lange nicht mehr Räte-republik. Gewöhnen wir uns wieder an das Wort Räte, damit wir nicht eines Tages davon überrascht werden, Thälmann auf Hindenburgs Stuhl vorzufinden mit einem Schild an der Lehne: das ist Sowjet-Deutschland. Wir wollen uns gern mit den revolutionären Kräften auch in der nationalistischen Bewegung unterhalten. Aber wir wollen dabei nicht ihre Ideen vertreten, sondern unsre. Wofür wir die Arbeiter gewinnen wollen, das hat die Geschäftskommission der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalistin) in ihrem Aufruf gegen die Wahlbeteiligung so ausgedrückt: Für die völlige Ausschaltung des Kapitalismus und des Staates aus dem Gesellschaftsleben und für die Herbeiführung der freien Räte-Gesellschaft in einem freien Räte-Deutschland!

Der italienische Faschismus

(Zum 10 jährigen Gedenken an die Fabrikbesetzung.)

Das erstaunlich schnelle Wachstum des Faschismus in Italien, seine leichte Eroberung der Staatsgewalt und seine lange Behauptung in der öffentlichen Meinung Italiens, sind Erscheinungen, die vielen heute noch nicht recht erklärbar sind. Wenn man aber die Entwicklung der revolutionären Situation, die in den ersten Nachkriegsjahren in Italien zweifellos bestand, und deren Höhepunkt die Besetzung der Metallfabriken bildete, genau verfolgt, so sieht man, daß der Faschismus nur die blutige Reaktion auf jene unglückliche Revolution war, wie ja auch sonst gestürzte Revolutionen von einem Regime des reaktionären Schreckens gefolgt werden. Daß die Reaktion hier gerade diese und keine anderen Formen annahm, daß insbesondere der liberale Staat keinen entscheidenden Anteil daran nahm und deshalb von den Faschisten durch ihren „Marsch auf Rom“ erst über den Haufen geworfen wurde, das erklärt sich aus der besonderen Lage der Klassen- und politischen Verhältnisse in Italien, die zunächst zum besseren Verständnis der Vorgänge kurz geschildert werden sollen.

Italien ist weder ausgesprochenes Industrie- noch bloßes Agrarland. Man zählte 1921 10,3 Millionen Erwerbstätige in der Landwirtschaft,

4,6 Millionen in der Industrie und 1,9 Millionen im Handel und Verkehr¹⁾. Die Industrie befand sich vor dem Kriege im Aufschwung, der durch den Krieg wie überall unterbrochen wurde. Da Italien weder genügend Kohle und Eisen für die Industrie noch genügend Weizen für seine Bevölkerung hat, so war es im Kriege vollständig auf seine Verbündeten angewiesen. Die Industrie mußte sich auf Kriegslieferungen umstellen und geriet bei Kriegsende in eine Krise, die durch das Aufhören der Rüstungsaufträge und die Wiedenumstellung auf Gebrauchsartikel bedingt war. Die Produktion an Roheisen, die 1913 monatlich 36 000 t betragen hatte, machte 1921 nur noch 5000 t aus, die von Rohstahl 1913 71 000 t, 1921 58 000 t²⁾; arbeitslos waren im Januar 1922 über 600 000 Menschen³⁾. Für Deutschland würden diese Zahlen nicht viel bedeuten, wohl aber für das damalige Italien mit seinen 38 Millionen Einwohnern und seiner kleineren Industrie.

Die Währung verfiel, die Lira galt nur die Hälfte eines französischen Franken und etwa ein Viertel ihres Vorkriegswertes. Das bedeutete genau wie bei uns eine ungeheuerere Teuerung, da die Löhne bei weitem nicht im selben Maße stiegen wie die Preise. Die Auswanderung stockte, da die Vereinigten Staaten sich fast ganz abschlossen und auch die übrigen europäischen Staaten keine italienischen Arbeiter mehr aufnehmen wollten oder konnten. Dabei spielten die Geldsendungen der Ausgewanderten von jeher eine wichtige Rolle in Italien, da der bedeutende Einfuhrüberschuß außer durch den Fremdenverkehr und die Schiffsfrachten hauptsächlich durch die Geldsendungen der Auswanderer bezahlt wurde.

Der Krieg hatte ungeheure Opfer an Menschen und Geld gekostet und der Arbeiterschaft nichts gebracht, obwohl Italien unter den „Siegern“ war. Die Kriegsgewinnler und Schieber dagegen hatten enorme Reichtümer gewonnen. Schließlich seien hier die Einflüsse der russischen, deutschen und österreichischen Revolutionen erwähnt, die zu alledem noch hinzukamen, um die Arbeiterschaft zu revolutionieren.

Aber all das bezieht sich in der Hauptsache auf das Industrieproletariat, das, wie erwähnt, die Minderheit bildete. Wäre die Landbevölkerung ruhig geblieben, so hätte die Bewegung kaum so revolutionäre Formen annehmen können. Das Gegenteil war jedoch der Fall, da es in Italien ein sehr starkes ländliches Proletariat gibt. Im ganzen Lande sind nur 28 Prozent aller Landwirte Eigentümer, dagegen 41 Prozent Pächter und 30 Prozent Tagelöhner⁴⁾. Im Süden, in den rein agrarischen Gegenden,

¹⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Internationale Übersichten.

²⁾ ebenda.

³⁾ ebenda. Jahrgang 1924/25.

⁴⁾ O. Maull. Länderkunde von Südeuropa. Leipzig 1929. S. 169.

gibt es fast nur Latifundien, die sehr extensiv oder auch gar nicht bebaut werden. Die Landarbeiter forderten infolgedessen schon im Sept. 1919 auf dem Kongreß des reformistischen Landarbeiterverbandes, der 500 000 Mitglieder zählte⁵⁾, die Enteignung des Bodens. Unbebaute Ländereien wurden oft kurzerhand in Besitz genommen und umgepflügt, woraus sich natürlich schwere Konflikte mit der Staatsgewalt ergaben.

Die Industriearbeiter gingen noch geschlossener vor. Generalstreik folgte auf Generalstreik. Man streikte in einzelnen Städten, ganzen Provinzen, oder Industrien. Im Jahre 1920 gab es 1900 Streiks, an denen 1,3 Millionen Menschen teilnahmen⁶⁾. An vielen Orten kam es zu Zusammenstößen, die oft in kleine Aufstände übergingen. Die Gemeindeverwaltungen fielen in unzähligen Orten den Sozialisten in die Hände. Bei den Wahlen vom 16. November 1919 wurden 150 Sozialisten und 100 Katholiken ins Parlament gewählt, das etwa 500 Abgeordnete zählte. Die Sozialisten waren im Vergleich mit deutschen oder französischen Verhältnissen sehr radikal, sie waren noch mit den Kommunisten vereinigt (Spaltung erst 1920/21) und lehnten Koalitionspolitik ab. Die katholische Volkspartei (Popolari) war etwa mit dem deutschen Zentrum zu vergleichen, eine Partei von kleinen Leuten, die sich nach rechts und nach links anlehnte, wenn nur der Katholizismus gewahrt wurde. Die regierenden liberalen Parteien waren aus historischen Gründen antiklerikal und natürlich antisozialistisch und wollten keine der beiden Parteien zur Regierung zulassen. Sie mußten sie aber in ihrer Politik berücksichtigen, weil die Zahl der Abgeordneten und die dominierende Stellung der Linken in den Gemeindeverwaltungen eine Regierung gegen links unmöglich machten. Hinzu kommt noch etwas. Die italienische parlamentarische Demokratie war immer eine Oligarchie, d. h. eine Herrschaft einer kleinen Gruppe von Politikern gewesen, die es verstand, bei den Wahlen durch allerhand Manöver, besonders durch einen sanften Regierungsdruck auf die unwissenden ländlichen Wähler, zu „siegen“. Popularität, Bildung von Massenparteien hatten diese Politiker nicht nötig. Als nun eine ungeheure Gärung die breiten Massen des italienischen Volkes erfaßte, waren die alten Regierungskünstler Orlando, Nitti, Giolitti usw. einigermaßen hilflos. Der Regierungsapparat glitt ihnen gewissermaßen aus den Händen. Es entstand so jene bekannte „Lähmung“ des italienischen Staates, die zwar die Verhaftung Malatestas und Borghis und andere Gewaltakte zuließ, die dem Staat aber nicht die Kraft ließ, die Bewegungen des Proletariats nach Noskescher Manier niederzuschlagen. Ein Zeichen für die damalige revolutionäre Stimmung war es auch, daß die Faschisten,

⁵⁾ Rob. Michels. Sozialismus und Faschismus in Italien. München 1925. In dem Sammelband „Internationaler Faschismus“, Karlsruhe 1928, ist von 800 000 Mitgliedern die Rede.

⁶⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1928.

die schon seit dem Frühjahr 1919 existierten, bei den erwähnten Novemberwahlen von 1919 vollständig durchfielen. Sie erhielten nicht einen einzigen Sitz.

Daß die häufigen Streiks oder Generalstreiks nicht zum Ziele führten, sah man bald. In der Zeit der sinkenden Währung waren die größten Lohnzulagen schnell wertlos. Oder die Unternehmer antworteten mit Aussperrung, worauf bei den geringen oder auch fehlenden Streikunterstützungen oft der Enthusiasmus nicht ausreichte, um eine längere Bewegung durchzuhalten. Deshalb gewann die syndikalistische Idee der Betriebsbesetzung auch in den Kreisen der marxistischen Arbeiter Boden und schon im Herbst 1919 wurde eine große Fabrik in Pinerolo bei Turin kürzere Zeit besetzt. Die Regierung Nitti schickte einen Kommissar, um zu vermitteln, was von der Öffentlichkeit vielfach als Ermutigung ausgelegt wurde. Im August 1920 endlich brach der große Kampf aus, der leicht zur Revolution führen konnte, aber nur ein unglückliches Experiment blieb. In der Metallindustrie, die besonders in Oberitalien konzentriert ist, wurden wieder neue Lohnforderungen gestellt. Die Unternehmer lehnten ab. Darauf erklärte der reformistische Metallarbeiterverband die passive Resistenz, d. h. absichtlich langsames Arbeiten. Die Unternehmer antworteten mit der Aussperrung. Da griffen die Arbeiter gemäß der Parole der syndikalistischen Unione Sindacale Italiana (U.S.I.) zur gewaltsamen Besetzung. In Mailand verständigte man sich insgeheim, daß alle Arbeiter am 31. August nicht nach Hause gehen, sondern in den Arbeitsräumen schlafen sollten. So waren mit einem Schlage 280 Fabriken besetzt, davon allerdings 100 kleine¹⁾. In Turin und an anderen Orten erst am 1. September oder noch später. Das Zentrum lag in Turin, wo die großen Fiat-Automobilwerke mit 50 000 Arbeitern sind.

Die Tore der Fabriken wurden militärisch bewacht, es bildete sich eine „Rote Garde“ von jungen Arbeitern. Niemand konnte ohne strenge Kontrolle herein oder heraus. Die Fabrikanten, die im Fabrikgelände wohnten, wurden herausgesetzt, ebenso die „Gelben“. Im allgemeinen ging die Besetzung unblutig vor sich, nur in Turin gab es Zusammenstöße, die 16 Tote kosteten. Die Eisenbahner halfen den Metallarbeitern, indem sie meist die Post den besetzten Betrieben zutrug. Die Drucker verhinderten die Herausgabe eines Flugblattes der Industriellen. Die Regierung verhielt sich zurückhaltend, weil im Parlament die Sozialisten und auch die Popolari der Besetzung freundlich gegenüberstanden und der Ministerpräsident Giolitti, ein alter Parlamentarier, durch Verhandlungen weiter zu kommen hoffte. Tatsächlich hat sich gezeigt, daß die lange Dauer des Kampfes (fast ein Monat) unter den vorhandenen Umständen

¹⁾ Rob. Michels. Sozialismus und Faschismus in Italien. München 1925. Auch das folgende nach dieser Quelle und nach „Zur Besetzung der Betriebe in Italien“ von Giovannetti in der Internationale. 1. Jahrgang, September 1924, Nr. 3.

nicht günstig war. Rein technisch traten ungeheure Schwierigkeiten auf, weil die Materialien ausgingen, neue nicht eintrafen, weil bald keine Lohngeelder mehr da waren, weil die Techniker und Ingenieure sich passiv verhielten oder sabotierten, weil man sich sogar scheute, die Produkte der besetzten Fabriken zu kaufen, aus Furcht, wegen Hehlerei angeklagt zu werden. Ferner gab die lange Dauer den Reformisten Gelegenheit, Verhandlungen zu beginnen. So wurde allmählich die Zuversicht der Arbeiter untergraben, viele gingen nach Hause und der Kampftruf der Syndikalisten und Anarchisten verhallte mehr und mehr. Es zeigte sich schließlich, daß die Aktion mehr auf Erschrecken der Unternehmer als auf wirkliche Revolution hinauslief, und daß sie ohne Hilfe aller anderen Arbeiter, Angestellten und Bauern wirkungslos blieb. Als Auftakt zu einer allgemeinen Betriebsbesetzung, die auch die Banken, Häfen, Post, Eisenbahn, Regierungsgebäude, Kasernen umfaßt hätte, wäre die Besetzung der Metallwerke sehr gut gewesen. Es sind auch Versuche gemacht worden, besonders in Turin, chemische und Gummifabriken zu besetzen, weil man die Produkte derselben in den Fiat-Werken brauchte, aber das blieb in den Anfängen stecken.

So konnten die Reformisten ruhig ihr unheilvolles Werk der Verhandlungen vollenden, indem sie die Arbeiter mit dem Versprechen eines Gesetzes über Fabrikkontrolle köderten, das etwa unserem Betriebsrätegesetz ähneln sollte. Am 16. September 1920 kam Giolitti nach Turin, befriedigte die Forderungen der Unternehmer zwar nicht, weil er wußte, daß das zu einem erbitterten Bürgerkrieg führen würde, er sagte sogar zu einem Scharfmacher, er werde vorkommendenfalls damit beginnen, das Feuer auf die Fabrik des Sprechers selbst richten zu lassen. Aber er übte gleichzeitig auf die Abgesandten des reformistischen Metallarbeiterverbandes einen Druck aus, um sie zum Nachgeben zu bringen. Nach neuen Verhandlungen in Rom kam endlich ein Abkommen zustande, das die Uebergabe der Fabriken an die Unternehmer, Unterlassung von Maßregelungen, Ausarbeitung eines Gesetzes über Fabrikkontrolle durch eine paritätische Kommission vorsah. Ueber das Abkommen wurde Ende September abgestimmt. 128 000 Arbeiter waren dafür, 45 000 dagegen bei 3000 Enthaltungen. Die große Mehrheit der Arbeiter beteiligte sich nicht mehr an der Abstimmung, wie man sieht, da sie die Sache bereits für hoffnungslos hielt. Am 27. September wurden die Betriebe geräumt. Freiwillig gingen die Arbeiter aus den Betrieben, aus denen sie keine Gewalt heraustreiben konnte. Giolitti sagte selbst: „Die Zahl der die Fabriken besetzenden Metallarbeiter beträgt etwa eine halbe Million, die sich auf etwa 600 Betriebe verteilt. Die militärische Besetzung der Fabriken und ihre Umwandlung in Garnisonen würde die gesamte Armee, soweit sie überhaupt diesen Zwecken dienstbar zu machen gewesen wäre, erfordert haben. Woher hätte dann aber die Regierung die Kräfte nehmen sollen, um die nunmehr aus den Fabriken

vertriebenen 500 000 Arbeiter zu bewachen?" Die Reformisten feierten die Besetzung der Metallwerke als einen Sieg, aber es zeigte sich bald, daß hier das italienische Proletariat eine seiner größten Niederlagen erlitten hatte.

Die Enttäuschung der Arbeiter über den Ausgang der Aktion, die Wut der Unternehmer über die Unbotmäßigkeit der Arbeiter, der Haß des sinkenden Mittelstandes gegen die kampfkraftigen Proletarier, die Furcht der Gutsbesitzer, ihr Land zu verlieren, all das erzeugte eine feindselige Stimmung gegen das Proletariat und alle sozialistischen Tendenzen, was sich sehr bald furchtbar zeigte. In Turin, der Hochburg des Kommunismus, wurde schon im November 1920 eine knappe bürgerliche Mehrheit ins Stadtparlament gewählt, ähnlich war es anderswo. Die Sozialisten, Katholiken, Kommunisten, Syndikalisten, Anarchisten wurden verhöhnt, verfolgt. (Verhaftung Borghis und Malatestas ohne besonderen Grund im Oktober 1920.) Die faschistischen Sturmkolonnen nahmen rasenden Aufschwung. Sie überfielen systematisch Gewerkschaftshäuser, Redaktionen, Wohnungen, verprügelten oder töteten sozialistische Bürgermeister, Streikführer, Redakteure, gingen gegen Streikende und Streikposten mit Gewehrfeuer vor, warfen Bomben und verwandelten Italien bald in einen einzigen Kriegsschauplatz. Der Faschismus hatte sich bis dahin immer noch als eine Art Sozialismus mit nationaler Tendenz gegeben, den niemand besonders beachtete. Alle demagogischen Kunststücke Mussolinis hatten nicht den Erfolg herbeiführen können. Es half nichts, daß er sagte: „Von nun an soll das italienische Volk Meister seines Schicksals sein und die Arbeit soll erlöst werden von Ausbeutung und Elend“⁸⁾ oder „Wir müssen die Forderungen der Arbeiterklasse annehmen . . . wir werden all ihre Ansprüche befürworten, weil wir die Arbeiterklassen zur Fähigkeit, einen Betrieb zu leiten, erziehen wollen“⁹⁾. Aber nun warf er den sozialistischen Deckmantel vollständig ab, bezog enorme Gelder von den Unternehmern und entwickelte sich zu einer fanatischen Sturmtruppe des Bürgertums. Seine „Strafexpeditionen“, die sehr gut organisiert waren und zu denen die Faschisten immer in großer Überzahl ausrückten, wurden immer umfassender und wurden auch immer mehr von den Behörden geduldet, ja gefördert¹⁰⁾. Ganze Städte und Provinzen wurden von ihnen militärisch besetzt.

Am 15. Mai 1921 fanden wieder Kammerwahlen statt, bei denen 35 Faschisten gegenüber nur noch 120 Sozialisten gewählt wurden. Mussolini erklärte selbstbewußt in seinem Wahlaufruf: „Der Faschismus mit seinen

⁸⁾ Benito Mussolini. Reden. Her. v. Dr. M. H. Meyer, Leipzig 1925. S. 50.

⁹⁾ Internationaler Faschismus. Her. v. Landauer u. Honegger. Karlsruhe 1928. S. 23.

¹⁰⁾ Guglielmo Ferrero. Demokratie oder Terror. Stuttgart 1924. S. 116. Giolitti, zwar nicht mehr Minister, aber trotzdem einflußreich, stützte sich

400 000 vollkommen disziplinierten Mitgliedern ist bereit zu handeln . . .“ In den folgenden Monaten ging der Aufschwung des Faschismus weiter, mehr und mehr auf die Faschisten, da er mit den Sozialisten und Popolari verfeindet war. Sein Nachfolger Bonomi tat dasselbe. Es kam soweit, daß ganze Gruppen von Sozialisten und auch Syndikalistern zum Faschismus übergingen. Große Volksversammlungen liefen rettungslos auseinander, wenn sich nur ein kleines Häuflein Faschisten sehen ließ¹¹⁾.

„In diesen Monaten frohlockten die Banken, die Industrie, der Grundbesitz, die Gesellschaft, die Kreise der Intellektuellen. . . Es genügte, in jede Stadt nur einige jener liebenswürdigen Jünglinge zu entsenden, . . . die keine Reden hielten, nur tüchtig drauflosschlügen und wenns not tat, auch vortrefflich mit Sengen und Brennen Bescheid wußten. Konnte man es nicht jeden Tag erleben, wie dann die Sozialisten fluchtartig ihre sämtlichen Stellungen — den Vorsitz im Rathaus usw. — verließen, wo immer ein solcher Stoßtrupp auftauchte?“¹²⁾.

Endlich nahte die Entscheidung. Im August 1922 kam es noch einmal zu einem Eisenbahnerstreik mit politischem Einschlag, der unglücklich ausging und teilweise mit Waffengewalt niedergeschlagen wurde. Darauf wandte sich die Stimmung dem Faschismus endgültig zu, und die große Faschistenversammlung in Neapel im Oktober 1922 beschloß, auf Rom zu marschieren, um die Staatsgewalt in die Hände zu bekommen. „Am 28. Oktober 1922 vollbrachten 80 000 in herrliche Legionen eingeteilte Männer, entsprechend bewaffnet, aus der Provinz den Marsch auf Rom . . .“, so sagt ein Faschist¹³⁾. Die Regierung kapitulierte, ohne den geringsten Widerstand zu versuchen. Der Ministerpräsident Facta dankte ab, Mussolini wurde zum Ministerpräsidenten ernannt, am 29. Oktober 1922. Die faschistischen Garden wurden in staatliche Miliz umgewandelt und nach Hause geschickt. Die Katholiken und einige andere bürgerliche Parteien traten in die Regierung ein, schieden aber nach und nach 1923 und 24 wieder aus. Das Parlament war, trotzdem die Faschisten darin eine kleine Minderheit bildeten, sehr fügsam. Jetzt begann die Regierungslaufbahn des Faschismus. Der Bürgerkrieg hörte bald auf, weil die faschistische Partei und Miliz im Bunde mit der Staatsmacht alle Regungen erdrückte. Die Presse wurde mehr und mehr geknebelt. Die anderen Parteien wurden noch zu den Wahlen vom 26. April 1924 zugelassen, wobei sie 2,5 Millionen Stimmen erhielten, während die Faschisten 4,5 Millionen bekamen¹⁴⁾, aber

¹¹⁾ Rob. Michels. S. 312/13. Michels sagt sogar, daß einige solcher Sprengungen phonographisch aufgenommen wurden.

¹²⁾ Ferrero. S. 102. Ferrero ist bürgerlicher Demokrat!

¹³⁾ Giuseppe Bottai in „Internationaler Faschismus“ S. 5.

¹⁴⁾ Ferrero. Mit welchen Mitteln das Resultat erzielt wurde, läßt sich denken. Es scheint, daß charakteristischerweise besonders die ländlichen Bezirke faschistisch stimmten.

bald nachher wurden sie von ihrem Schattendasein erlöst — aufgelöst. Die faschistischen Gewerkschaften, die schon vor dem Staatsstreich gegründet worden waren, erlangten durch die allseitige Begünstigung des Staates bald die Mehrheit, während die anderen Gewerkschaften verschwanden. Jetzt gibt es ein Zwangs-Gewerkschaftsgesetz, das ein einziges Werkzeug zur Knebelung der Arbeiterschaft darstellt. Es ist hier nicht der Raum, um darauf näher einzugehen¹⁵⁾. Die Faschisten verschafften sich die Staatsstellen, sicherten sich bevorzugte Arbeitsvermittlung, sorgten in jeder Weise für sich. Die ganze Geschichte ihrer Regierungstätigkeit zeigt, daß sie keinerlei Ideen über die Gestaltung der Gesellschaft, der Volkswirtschaft, des geistigen Lebens haben. Ein Programm haben sie sich bezeichnenderweise erst lange nach dem Regierungsantritt gegeben. Und das war von allen Seiten her „entnommen“, „synthetisches“ Programm nennen sie es. In Wahrheit heißt ihr einziges Ziel, das man schwerlich ein Programm nennen kann: sich und damit ihre Beschützerklasse, die kapitalistische, mit allen Mitteln an der Macht zu halten, sowohl innenpolitisch wie außenpolitisch.

Alles andere, ihr Republikanismus, ihr Nationalismus, ihr „Sozialismus“, ihre Agrarpolitik, ihre Idee vom „Ständestaat“, die sie dem Romanizismus entlehnt haben, die „Erneuerung aus dem Geiste des Blutes“, die Leugnung des Klassenkampfes oder gar der Klassen, die „Überparteilichkeit“, all das ist nur Täuschung gewesen und Stück für Stück fallen gelassen worden. Der Republikanismus war schon vor der Machtergreifung erledigt. Italien ist auch heute Monarchie. Der Nationalismus ist nur gut gewesen für lärmende Phrasendrescherei, denn Italien gehört dem Völkerbundssystem so gut an wie jedes andere bürgerliche Land Europas und hat seit dem Staatsstreich keine Handbreit fremden Bodens erobert. Vom Sozialismus brauchen wir gar nicht zu reden. Die Agrarpolitik ist so gut, daß es ab und zu auf dem Lande kriselt, obwohl gerade die Landbevölkerung dem Faschismus die meisten Schwarzhemden gestellt hat¹⁶⁾. Der Ständestaat ist nichts als eine Fiktion, da das maßgebende Organ einzig und allein der faschistische Parteikongreß ist und keine wie auch immer zusammengesetzte Volksvertretung. Den Klassenkampf können die Faschisten wohl unterdrücken, aber nicht abschaffen. Er wird sie eines Tages aus dem Sattel heben.

Mussolini hat selbst in einer Rede in Udine am 20. September 1922, also kurz vor dem Umsturz, gesagt: „Unser Programm ist sehr einfach. Wir wollen Italien regieren“¹⁷⁾. Öfter hat er betont, es handle sich einfach um die Erhöhung der Autorität und Disziplin. „Ich möchte die Herren Liberalen

¹⁵⁾ Das Gesetz, das auch in Spanien nachgeahmt wurde, ist in den Jahrgängen 1926 und 27 der „Internationalen Rundschau der Arbeit“, dem Organ des Internationalen Arbeitsamtes dargestellt.

¹⁶⁾ Rob. Michels. S. 267.

¹⁷⁾ Reden. S. 105. Die Rede ist auch abgedruckt im Handbuch der Politik, 3. Aufl. 6. Bd. S. 410.

bitten, mir zu sagen, ob es jemals in der Geschichte eine Regierung gegeben hat, die sich ausschließlich auf die Einwilligung der Regierten gegründet und auf jegliche Gewaltanwendung verzichtet hat. . . . Wenn eine Gruppe oder eine Partei an der Macht ist, so hat sie die Pflicht, sich darin zu befestigen und sich gegen alle zu verteidigen“¹⁸⁾. So schrieb er 1923.

Kann man die Programmlosigkeit, die aber für den Sehenden Bände spricht, weiter treiben? Kann man es klarer ausdrücken, daß es nur auf Herrschaft und Ausbeutung, gar nicht auf die Formen und Ideen dabei ankommt?

Die Lehren aus der italienischen Geschichte der Nachkriegszeit sollten wir den deutschen Arbeitern unaufhörlich einhämmern: Weg mit allen Reformisten, sie verraten uns durch Verhandeln, wo größte Entschlossenheit geboten ist. Weg mit Kommunisten, die auch in Deutschland in den Zentralgewerkschaften arbeiten und dadurch starke Aktionen erschweren oder unmöglich machen. Weg mit dem Faschismus, seine Tiraden von „Befreiung“ sind Schwindel, es handelt sich nur um neue, schlimmere Knechtung. Energie, Kühnheit, Entschlossenheit für die Beseitigung des Kapitalismus, das sei unsere Losung!

H. W. Gerhard.

¹⁸⁾ Italienisch „Gerarchia“ März 1923, deutsch Reden, S. 12/13.

Gegen den Strom trotz alledem!

Es gehört wahrlich Mut dazu, Mut und unbegrenzte Hoffnungsfreudigkeit, nach den fernen Horizonten einer neuen Zukunft Ausschau zu halten, in einer Zeit, wo alle Mächte der Vergangenheit entfesselt und namenloses Elend gepaart mit geistiger Bedrückung wie ein Alpdruck auf den Völkern lastet. Der griechische Weise könnte auch heute wieder mit brennender Laterne am hellichten Tage auf die Suche gehen, um Menschen zu finden, neue Menschen mit heißem Vertrauen und brausenden Herzen, die mit furchtlosem Schritt einer kommenden Welt entgegenschreiten; das Ergebnis würde mager genug ausfallen im Zeitalter der unverhüllten nationalistischen Reaktion und des Faschismus, der Diktaturgelüste von rechts und links, der kapitalistischen „Rationalisierung“ und der unbegrenzten Staatsgläubigkeit der großen Mehrheit unsrer Zeitgenossen.

Doch ganz unbefriedigt würde der alte Diogenes nicht in seine Tonne zurückkehren, um seiner Rasse zu spotten. Er würde inmitten der geistigen und physischen Versklavung einer trostlosen Gegenwart immerhin genug Ansätze finden, die zu neuen Hoffnungen berechtigen, Keime eines neuen Lebens und eines neuen Menschentums, die aus der Tiefe zum Licht emporstreben.

Jawohl, ein neues Menschentum bereitet sich vor und streitet bereits auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gegen den Ungeist unsrer Zeit, der, an ihm gemessen, noch hoffnungsloser und brutaler erscheint.

Vielleicht ist die heutige Reaktion, die nicht nur in den Kabinetten der Regierungen zu Hause, sondern schon allzu tief in den Geist und die Seele des heutigen Menschen eingedrungen ist, wie die letzten Geschehnisse mit aufrüttelnder Deutlichkeit bewiesen haben, vielleicht ist die heutige Reaktion nur das groteske Vorspiel, das der neuen Zeit vorausgeht wie die Dämmerung dem Licht der Sonne. Vielleicht ist es notwendig, das ein bankerottes System seine geistige Unfähigkeit und inneren Widersprüche zuerst in allen Phasen seiner praktischen Betätigung bekunden muß, bevor das Neue sich kräftig und siegesfreudig durchsetzen kann.

Was für unsre Zeit so ungemein bezeichnend ist, ist der Mangel an Freiheitsgefühl. Zwar hat man nie soviel von Persönlichkeit und Individualität gesprochen wie heute; aber man hat auch nie vorher versucht, das Denken und Handeln der Menschen in so enge Schablonen zu pressen und die ödeste Uniformität jeder Lebensbetätigung zum Prinzip zu erheben. Besonders in Deutschland, wo die Uniformität des Denkens einen solchen Einfluß gewonnen hat, daß ihre Träger von rechts und links auch äußerlich die Uniform nicht mehr entbehren können.

War es früher die Aufgabe der Kirche, die vorgeschriebene Gesinnung des Menschen eigens zu bestimmen und in festen Normen niederzulegen, so ist diese Betätigung heute das Vorrecht des Staates und der auf seiner Ideologie fußenden Parteien geworden. Der loyale Staatsbürger und der typische Parteimensch unsrer Zeit, beide ruhmlose Symbole modernen Ungeists, haben den Platz des alten Kirchengläubigen vernommen und denken in derselben Richtung weiter. Der Mensch der Gegenwart leidet so stark an der Staatsgläubigkeit, die ihm von allen Seiten eingebleut wird, daß er Furcht hat, ins Bodenlose zu versinken, wenn sich die Formen des Staatsgefüges zu lockern beginnen. Aus diesem Grunde tobt er in unruhigen Zeiten wie ein Besessener und schreit nach dem starken Mann, der ihm das Gefühl der Sicherheit zurückgeben soll. Was er für Stärke hält, ist nur das Zugeständnis seiner eignen Schwäche, die lärmende Kundgebung seines eignen Minderwertigkeitsgefühls. Der Staat ist ihm zur irdischen Vorsehung geworden, deshalb schätzt er die persönliche Initiative gering und erwartet alles Heil von den Diktaten der Auserwählten, die ihm in der Form der Gesetze vor Augen stehen. Er will die Sicherheit der Person durch das Aufgeben jeglicher Freiheit erkaufen und gerät dadurch immer tiefer in die geistige Hörigkeit eines toten Mechanismus, dessen blinde Routine ihm den Geist ersetzen muß.

Gewiß, auch er spricht von der Freiheit, aber immer nur wie die Hure von ihrer Unschuld. Er schachtelt sie ein in den Satzungen der Verfassung und legt ihr tausend Schlingen in der toten Paragraphenweisheit ihrer Gesetze, spricht von konstitutionellen Rechten und Freiheiten und begreift

nicht, daß seine angeblichen Rechte die Gerechtigkeit erwürgen, seine Freiheiten die Freiheit im Prokrustesbett des Staates verröcheln lassen. Das hatte Ibsen tief erkannt, als er an Brandes die inhaltsreichen Worte schrieb: „Was sie Freiheit nennen, nenne ich Freiheiten; und was ich den Kampf für die Freiheit nenne, ist doch nichts anderes als die ständige, lebendige Aneignung der Freiheitsidee. Wer die Freiheit anders besitzt als das zu Erstrebende, der besitzt sie tot und geistlos, denn der Freiheitsbegriff hat ja doch die Eigenschaft, sich während der Aneignung stetig zu erweitern, und wenn deshalb einer während des Kampfes stehen bleibt und sagt: jetzt habe ich sie! — so zeigt er eben dadurch, daß er sie verloren hat. Aber gerade diese tote Art, einen gewissen festgelegten Freiheitsstandpunkt zu haben, ist etwas für die Staatsverbände Charakteristisches. . . . Der Staat ist der Fluch des Individuums. Womit ist Preußens Stärke als Staat erkauft? Mit dem Aufgehen der Individuen in dem politisch-geographischen Begriff. Der Kellner ist der beste Soldat.“

Was wir erstreben, ist die Götterdämmerung des Staates, der Sieg der Gemeinschaft über den Ungeist politischer Bevormundung und wirtschaftlicher Unterdrückung. Wollt ihr den revolutionären Menschen erkennen, so prüft ihn auf seinen Drang zur Freiheit! Hier scheidet sich Neues von Altem, Beschränkung von Unabhängigkeit. Wer die Krücken autoritärer Bevormundung nicht entbehren kann, der gehört nicht zu den Neuen, der ist noch fest verwachsen mit den alten Mächten der Vergangenheit, von denen ihn keine noch so revolutionäre Phraseologie trennen kann. Solange die Revolutionäre von gestern die Reaktionäre von heute werden, ist das Ziel der Revolution nicht erfüllt, ist sie kein Prolog zu einem neuen Werden, sondern nur ein neues Kapitel in der schmerzreichen und blutigen Geschichte menschlicher Sklaverei.

Sein eignes Leben leben, jedes Ding nach eignem Ermessen beurteilen, nicht länger mit den Gedanken unsrer Großväter denken — dies ist das erste Zeichen eines freien Menschentums.

Erst wenn uns die Freiheit zum inneren Erlebnis wird, bildet sich das Gefühl der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit. Im großen Wir die Wurzeln unsres eigenen Ichs erkennen, schafft wahre Kameradschaft und inneres Verbundensein, die uns keine Regierungsdekrete, keine Diktatur, keine Parteidisziplin geben können.

Nicht in verknöcherten Programmen und doktrinarer Rechtgläubigkeit gibt sich der Drang zu einem neuen Leben kund, sondern in der lebendigen Betätigung der innersten Ueberzeugung und der Entfaltung schöpferischen Tuns auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und individuellen Geschehens. Doktrinarismus ist der Tod der Freiheit, ist blinder Glaube in wurmstichige Heiligtümer, aus denen der Geist längst entwichen ist, ist Verzicht auf eigenes Prüfen und eigenes Denken, ist Umformung glühender Wahrheitsfreude in totes Dogma und geistlosen Buchstabenglauben, der jeder Schöpferkraft entbehrt.

Wie die junge Pflanze sich nur im Lichte entfalten kann, so braucht die Idee praktische Betätigung, um fruchtbar zu sein im Kampfe gegen das Bestehende und für die Eroberung einer besseren Zukunft. Gerade heute, wo die Wogen der Reaktion immer höher schlagen, ist das Zusammenwirken aller freiheitlichen Kräfte eine dringende Notwendigkeit, wenn nicht der letzte Hauch freier Menschlichkeit ersticken soll im Sumpfe unerträglicher Tyrannei und blödesten Reaktion. Wir sind umringt von einer Welt von Feinden, denn auch das Gros derjenigen, die sich Revolutionäre nennen, stehen gegen uns. Nie hatte das Wort Bakunins von „der offiziellen Reaktion und der offiziellen Revolution, die mit einander wetteifern in Nichtigkeit und Dummheit“, eine größere Bedeutung als heute. Deshalb unsre Parole als Anarchisten: Gegen den Strom, trotz alledem und alledem!

R. R.

Wilhelm II. und der Anarchismus

Der vierte Reichskanzler des kaiserlichen Deutschlands, Bernhard von Bülow, ist vor einiger Zeit gestorben. Als Rentier, dem die Republik zu seinen vielen Privatmillionen noch eine sehr ansehnliche Pension zahlte — hat doch seine Politik nahezu alle diplomatischen Minen gelegt, die, als die wirtschaftliche Lage kriegsreif war, platzen mußten, sodaß man ihn als einen der tüchtigsten Vorarbeiter zum Weltkrieg und seinem Ausgang ansehen darf —, hat Bülow das Gescheiteste getan, was Leute seiner Art im Ruhestande tun können; er hat „Denkwürdigkeiten“ niedergeschrieben, die seit einigen Wochen in großen Auszügen in der Vossischen Zeitung erscheinen. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Erinnerungen eines gelenkigen, gerissenen und im engen Bezirk seiner geistigen Beschäftigung sehr wegekundigen Staatslenkers die armselige Geschichte des Deutschen Reiches in den beiden Jahrzehnten von 1890—1910 aufschlußreicher wiederspiegeln als die meisten Memoirenwerke gefallener und gestorbener Regierungsgrößen vorher. Das endgiltige Urteil bleibe zurückgestellt, bis die Denkwürdigkeiten, die im Ullstein-Verlage erscheinen werden, in Buchform vorliegen. Dann kann erörtert werden, wie weit dem lächelnden Berater Wilhelms des Gauklers die Absicht gelungen ist, alle Weisheit im deutschen politischen Geschehen seinem Konto gutzuschreiben, mit allen Dummheiten, Mißerfolgen und Schweinereien aber andre zu belasten und seinem Kaiser zugleich Dienerchen zu machen und ihn der Nachwelt als Hanswurst vorzustellen. Wichtig wird das Werk unter allen Umständen sein, weil es in reichster Fülle unbekannte Tatsachen enthält, aus denen jeder seine Schlüsse ziehen kann, ohne sich um Bülows Urteile kümmern zu müssen.

Eine für die anarchistischen Genossen besonders bemerkenswerte Erinnerung schließt an die Ermordung der österreichischen Kaiserin Elisabeth durch unsern Genossen Luccheni an (10. September 1898). Die Tat war vielfach selbst in anarchistischen Kreisen keineswegs freudig aufgenommen worden. So drückte Gustav Landauer im alten Sozialist sein helles Entsetzen aus und weigerte sich, das Unternehmen Lucchenis als anarchistische Gesinnungsäußerung anzuerkennen. Es gab scharfe Auseinandersetzungen in der Bewegung, ob die Tat vom Standpunkte der anarchistischen Idee aus zu rechtfertigen sei. In Wien nahm man die Nach-

richt von der Tragödie ganz anders auf. Bülow erzählt: „In der Umgebung des Kaisers war eine gewisse Erleichterung eingetreten, als auf das erste Telegramm aus Genf, das nur die Todesnachricht enthielt, ein zweites folgte, das die Ermordung meldete. Das Gefolge des Kaisers hatte gefürchtet, daß die Kaiserin, die den Tod ihres einzigen Sohnes nie verwunden hatte, eine melancholische Natur war und sehr frei dachte, sich ums Leben gebracht haben könnte. Die Ermordung erschien gegenüber dem Selbstmord als das kleinere Übel.“ Die Gemütswalze wird in diesen Kreisen immer nur fürs Publikum gedreht. Unser Wilhelm aber wußte sofort, was für eine Melodie man darauf leiern sollte. Seine dem Wiener Kollegen hingeweihte flammende Entrüstung mündete in die Forderung, sofort gemeinsam gegen die anarchistische Bewegung vorzugehen. Das Kondolenztelegramm schloß: „Gehandelt muß werden!“ Die Österreicher blieben sehr nüchtern, und Franz Joseph ließ Wilhelm zu verstehen geben, daß ihm „staatliche Maßnahmen und politische Schritte“ schon deshalb „sehr unerwünscht“ seien, weil sie „unsre Beziehungen zu Italien wie zur Schweiz gefährden könnten“. Am interessantesten ist die Begründung, mit der Wilhelm in seinem hinter dem Rücken Bülows losgefeuerten Beileidstelegramm die internationalen Maßregeln gegen die Anarchisten forderte. Der Anarchismus, hieß es darin, gehe hervor „aus Liberalismus, Humanitätsduselei, Buhlerei um Volksgunst und vor allem aus der Feigheit der Parlamente“.

Am Ende war diese Auffassung des von Attentatsangst hysterischen deutschen Kaisers weniger dumm als andre seiner Kundgebungen, die nicht von Furcht eingeblöbt waren. Daß Liberalismus mit Freiheit nichts zu tun hat, wußte er natürlich nicht. Aber daß der Anarchismus von Freiheitswillern getragen ist, empfand er mit vollem Recht als Gefahr für seine Herrlichkeit. Das Wort Humanitätsduselei bezeichnet die Verachtung aller Rohlinge gegen jede Regung menschlichen Anstands; das Gefühl, daß die Idee der Anarchie eine Idee der Brüderlichkeit ist, die dem Despotismus nie gesund sein kann, trotz Wilhelm nicht. Wenn er von Buhlerei um Volksgunst sprach, so hatte er insofern wieder recht, als hier die Ahnung in ihm lebendig war, daß der Gedanke des Anarchismus außerordentlich geeignet sein müsse, die Sympathie der Unterdrückten zu erringen. Was endlich die Feigheit der Parlamente betrifft, so traf sich in diesem Punkte Wilhelms Meinung vollständig mit der der Anarchisten. Nur fand er, daß die Parlamente zu feige seien, die Autokratie zu schützen, während wir sie zu feige finden, sich ihrer zu erwehren.

Aus der allgemeinen Aktion der Regierungen gegen die Anarchisten ist nichts geworden. Vielleicht wird einmal etwas aus einer allgemeinen Aktion der Anarchisten gegen die Regierungen.

Der Herausgeber des FANAL konnte für die beiden letzten Hefte nicht in gewohntem Umfange selbst tätig sein, weil er sich seit einigen Wochen zur Vollendung eines neuen Bühnenwerkes in Süddeutschland aufhält. Besonders die Beschäftigung mit den Justizzuständen ist dadurch zu kurz gekommen, auch konnte die Absicht, wieder im Zusammenhange eine Übersicht über Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt vorzunehmen, noch nicht ausgeführt werden. Vom nächsten Monat an wird das Versäumte nachgeholt werden.

Anarchistische Vereinigung B e r l i n

Zusammenkunft:

Jeden Donnerstag 20 Uhr im Lokal Köhler,
Neukölln, Zietenstraße 64

Achtung!

Die Zusammenkunft in der zweiten Oktober-
woche findet ausnahmsweise schon am
Mittwoch, den 8. Oktober im selben
Lokal statt.

Vortrag über:

Die indische Freiheitsbewegung

Sorgt für reichlichen Besuch!

Eingänge für den Presse - Fonds:

Dr. Z. Schw., Wien	Mk.	1.47
M. Mratschny, Detroit	,	3.25
E. Rähmi, Winterthur	,	7.15
J. Gaulke, Bln.-Tempelhof	,	5.40
Auf Sammeliste durch P. Berger, Elberfeld	,	17.-

FANAL in Not!

**Sorgt für schnellste Einzahlung
der fälligen Abonnementsgebühren**

Außenstände werden ab 10. Oktober per Nachnahme eingefordert. Wir
bitten dringlichst, das erforderliche Geld bereit zu halten, damit uns weitere
Unkosten erspart bleiben

Helios Gomez:

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern 2.50 Mk.

Die 25 Blätter dieser Mappe, die im Auf-
trage der I. A. A. herausgegeben wurde,
sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst.

Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung der Mappel

Der Reinertrag fließt restlos den Opfern
der spanischen Reaktion zu.

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers

Von Erich Mühsam

Das Buch enthält Gedichte unseres Genossen aus
der Kriegs- und Revolutionszeit. Die Gilde frei-
heitlicher Bücherfreunde, die das Buch aus
dem Kurt Wolff-Verlag übernahm, hat den Preis für
das revolutionäre Werk erheblich herabgesetzt.

Das Exemplar kostet jetzt:

broschiert Mk. 1.— (früher Mk. 2.—)

gebunden Mk. 2.— (früher Mk. 3.40)

Das Buch verdient reichliche Bestellung

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Fünfzig Mal F A N A L —

Zwölf Jahre Republik — Sturmvoegel

Kriminalpolitik — Verschiedenes

PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)

NR. 2

JAHRGANG 5

BERLIN

NOVEMBER 1930

Bücher und Schriften

von

ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten. — Malik-Verlag, Berlin.

Preis: brosch. 1.60 Mk., geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers. — Verlag Gilde freiheitlicher
Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 1.— Mk., geb. 2.— Mk.

A L A R M

Manifeste aus 20 Jahren. — Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 1.80 Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti. — Verlag
Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis brosch. 1.00 Mk., geb. 1.50 Mk.

S A M M L U N G

Auszug aus dem dichterischen Werk 1898—1928. —
I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5.50 Mk., geb. 8.00 Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutions-
ereignisse in München. — FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0.90 Mk.

Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des F A N A L!

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG

HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 2

November 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postcheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin - Britz, DörlkuchlingsW. 43. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Fünzig Mal FANAL

Mit dieser Nummer legt FANAL zum fünfzigsten Male das Bekenntnis seines Wollens ab. Fünzig Hefte, seit vier Jahren und zwei Monaten regelmäßig zum Monatserster erschienen — das war eine Leistung opfervoller Energie in der großen Menschheitsidee des Anarchismus verbundener Genossen.

Niemals seit der Begründung des Blattes ist der Wille des Herausgebers und seiner Helfer erschlaft, den deutschsprechenden Arbeitern den Gedanken der Freiheit als Grundlage allen revolutionären Kampfes nahe zu bringen, ihnen begreiflich zu machen, daß Sozialismus und Kommunismus nur die Rettung der Völker sein können, wenn sie auf der staatlosen Föderation der Räte aufgerichtet werden und wenn Sozialisten und Kommunisten sich frei gemacht haben vom Geiste der Unterordnung unter die Befehle von Behörden, Zentralen, Obrigkeiten jeder Art. Alle Bindung der Menschen muß freiwillige Bindung sein; ihre haltbaren Bande heißen Solidarität und Selbstverantwortung, niemals Gesetz und Autorität.

Wir glauben, daß die fünfzig erschienenen FANAL-Hefte geeignet sind, für diesen Gedanken werbend zu wirken,

Zwölf Jahre Republik

Wir haben mit den großen Ereignissen der deutschen Gegenwart so viel zu tun, daß wir darüber ganz vergessen, daß vor zwölf Jahren der Versuch unternommen wurde, diese Gegenwart der Vergangenheit zu entreißen und sie einer wesensveränderten Zukunft vorzuspannen. Der Versuch mißlang. Nie hat es eine Gegenwart gegeben, die der Vergangenheit in dem Maße angehört hätte wie die, welche wir zurzeit in Deutschland erleben, nie hat ein Volk mehr Ursache gehabt, sich beschämt einzugestehen: Wir haben eine große Zukunft hinter uns.

Ein Riesenkrieg, von einem bankrotten Bürgertum tollpatschig unternommen, um ins Rutschen geratene Wirtschaftsgrundlagen zu retten und zu festigen, nahm in Erscheinungsform und Dauer ungeahnte und ungewollte Ausmaße an, weil er die Kriegspartner, fälschlich Feinde genannt, zur Einsicht brachte, daß auch die Wirtschaftsgrundlagen ihrer Besitzbürger abzurutschen drohten und hinter allen Fronten der Aberglaube blühte, die Niederlage der einen Gruppe werde die Rettung der andern bedeuten. Viele Millionen arbeits- und zeugungsfähiger Männer wurden getötet, verkrüppelt, körperlich und geistig entkräftet, seelisch zerstört, entsittlicht, verwirrt und entmutigt; ungeheure Gebiete wurden verwüstet, Städte und Werkstätten niedergebrannt, Wälder entrodet, Aecker und Gärten vernichtet und überschwemmt, Bergschächte ersäuft und von Menschen geschaffene, von Menschen behütete Werte jeder Art verschüttet, verpulvert, zerstampft, geplündert und geschändet. Das Leben der Völker verlor seine Bestimmung als Inhalt alles öffentlichen Geschehens und wurde bloßes Objekt der Kriegsführung. Alle gesellschaftlichen Notwendigkeiten wurden den strategischen und kriegstechnischen Anforderungen untergeordnet, die Denktätigkeit der Menschen in den Dienst des Sieges gezwungen, der den Geschäftsinteressen der kapitalistischen Auftraggeber der jeweiligen kriegsführenden Heeresleitungen geschuldet war. Die Frauen wurden zu Männerarbeiten genötigt, für die ihre körperliche Beschaffenheit sie völlig ungeeignet macht, wirkten als Schaffnerinnen, Briefträgerinnen und in anderen Beschäftigungen, die millionenfach Frauenleiden wie hauptsächlich Gebärmuttersehnungen zur Folge hatten, mußten aber gleichwohl Kinder zur Welt bringen, säugen und pflegen, da die Schaffung von immer frischem „Menschenmaterial“ innerhalb der auf Gene-

rationen bemessenen Kriegswirtschaft neben der Erzeugung der übrigen Munition nicht vernachlässigt werden durfte. Mit dem Boden, soweit er nicht von Schützengräben durchnarbt, von Granattrichtern zerkratert oder von Drahtverhauen, Friedhöfen und Artillerieparks in Anspruch genommen war, wurde der krasseste Raubbau getrieben. Den Bauern wurden außer den Söhnen die Pferde weggeholt, das Vieh ohne Rücksicht auf die Zuchtwirtschaft weggeschlachtet, das Getreide beschlagnahmt. Die Armeen mußten ernährt werden, für die Kinder waren Kohlrüben, rationierte Pantschmilch, fader Süßstoff, fett- und eiweißlose Ersatzkost hinreichendes Futter, und Mediziner, Chemiker und Professoren aller Wissenschaften wetteiferten in Beweisen, daß Fleisch, Zucker, Eier und Milch entbehrlicher und gesundheitsschädlicher Luxus seien. Metalle und Nutzholz, Leder, Kohlen, tierische, pflanzliche, mineralische Produkte in unübersehbarer Menge wurden dem Bedarf des Alltags entzogen und zu Kriegsmitteln, Waffen, Geschossen, Giften, Uniformen, Abzeichen, Schanzwerken und Instrumenten des Krieges verarbeitet, unfruchtbar zerstäubende Werte, dem einzigen Zweck verdungen, bei der die eigene Substanz vernichtenden Verwendung andre Substanz, nützliche Dinge und fruchtbares Leben zu zerstören.

Dieser Zustand gab der Welt vier Jahre und drei Monate lang das Gesicht. Es war der Zustand der unter namenlosen Schmerzen ausgebrochenen schweren Erkrankung eines längst siech gewordenen Wirtschaftskörpers. Denn der Weltkrieg war nicht die Ursache der gegenwärtigen Weltkrise, sondern ihr erster krachend nach außen schlagender Ausdruck. So ist die Atemnot des Asthmatikers nicht Anlaß, sondern Erscheinungsform seiner Qual, wird aber zum Erstickungstode führen, wenn es nicht gelingt, die Ursache zu beseitigen, indem das lange vor dem ersten Asthmaanfall krank gewordene Herz geheilt und zu den übrigen Organen in ausgeglichene Tätigkeit gebracht wird. Die Tatsache, daß heute, zwölf Jahre nach dem Versuch, die lebensunfähigen Eingeweide der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Gesellschaft auf operativem Wege zu entfernen und durch Zufuhr jungen Blutes und organische Züchtung sozialistischer Gesellschaftsfaktoren der Menschheit unter völlig veränderten Bedingungen neue Lebensmöglichkeiten zu erschließen, — daß heute die Erde von immer wiederholten, immer ärgeren Fieberkrämpfen heimgesucht wird, diese Tatsache beweist, was für traurige Doktoren 1918 am Werk waren. Sie rissen denen, die der Krankheit an die Wurzel wollten, das Operationsmesser aus der

Hand und setzten es ihnen selbst an die Gurgel. So retteten sie den Kranken mitsamt seiner Krankheit, die nachgerade das Bild einer Vereiterung sämtlicher Lebensorgane bietet und deren äußere Zuckungen bereits den Verfall von Körper und Geist, die Flucht aus dem Schmerz in den Irrsinn bekunden.

Das trifft alles, wenn auch in unterschiedlichem Maße, auf alle unmittelbar oder mittelbar am Kriege beteiligten Länder und Völker zu, und die Verschiedenheit des Krankheitsbildes ist dabei durchaus nicht bestimmt vom Erfolge oder Mißerfolge des Waffenganges. Der Sieg, der nichts anderes war und sein konnte als eine zeitweilig geglückte Haussespekulation für einen Haufen kapitalistischer Volksbewucherer in England, Amerika und den übrigen Entente-ländern, hat den werktätigen Massen in diesen Ländern nicht das mindeste genützt, um von den Wirkungen der Rationalisierung und der übrigen Maßnahmen des Kapitalismus, sich am Leben zu halten, verschont zu bleiben. Die Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten hat umgekehrt keineswegs verhindert, daß der entsprechende Haufen kapitalistischer Volksbewucherer hier den Honig einer zeitweilig geglückten Baissespekulation aus dem Elend ihrer Ausbeutungsobjekte zu saugen verstand, und der triumphale Sieg Deutschlands im Weltkrieg, der der Industrie und der Börse versprochen war, hätte wohl in der Tragödie der gegenwärtigen Weltkrise eine andre Besetzung der Hauptrollen bewirkt, das deutsche Proletariat und Kleinbauerntum aber keineswegs davor gerettet, arm und elend das internationale Trustkapital um Arbeit, Obdach und Brot anzuwineln. Wer daran zweifelt, möge sich vergegenwärtigen, daß die Weltkrise sich im Siegerland über die Siegerländer, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in einer Arbeitslosenziffer von über 7 Millionen ausdrückt.

Die Nachwirkungen des Krieges auf die Völker bestehen viel weniger in den Folgen des Kriegsausganges als in denen der besonderen Art, wie die Kriegführung selbst in jedem Lande zur Geltung kam. Die unmittelbar gebrachten Menschenopfer sollen dabei nicht in Vergleich gestellt werden. Sie waren überall fürchterlich und rächen sich in den beteiligten europäischen Ländern ziemlich gleichartig durch den an Zahl und Wert verminderten Nachwuchs, den Ausfall an Arbeitskraft und Arbeitssubstanz. Ueberaus schwer haben daneben die Völker gelitten, die die Verwüstung ungeheurer Gebiete anbaufähigen Landes hinnehmen mußten, wie Belgien, Frankreich, Polen und Serbien. Dennoch und grade

weil in Deutschland noch heute der Umstand als unschätzbare Glück gepriesen wird, daß abgesehen von dem rasch wieder aufgebauten Ostzipfel Ostpreußens die Kriegsschauplätze außerhalb der deutschen Grenzen gehalten werden konnten, muß festgestellt werden, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands die tiefsten und nachhaltigsten Wunden im Weltkriege davongetragen hat und daß die unbeschreibliche geistige Verwirrung bei uns darauf zurückzuführen ist, daß hier mehr als irgendwo anders die schlimmsten Kriegswirkungen erst jetzt in Erscheinung treten und von der Nachkriegsgeneration getragen werden. Dabei kommen nicht allein die sogenannten Friedensverträge in Betracht, die dem deutschen Arbeiter neben den in der ganzen Welt durchgeführten veränderten kapitalistischen Ausbeutungsmethoden auch noch die Last der nachträglich abzugeltenden Kriegskosten aufbürden, wobei festgehalten sei, daß die letzte Regelung der Schuldfestsetzung und Schuldabtragung, das ungeheuerliche Verbrechen des Youngabkommens in weit höherem Maße dem deutschen Kapitalismus als dem ausländischen vorzuwerfen ist. Die Moral aller Patrioten stimmt ja darin überein, daß jeglicher Wohlstand im eigenen Lande sittlich gerechtfertigt sei, der mit dem Verhungern der Säuglinge im Nachbarlande erkaufte wird, und die Moral aller Kapitalisten geht ebenfalls übereinstimmend dahin, daß Wohlstand eines Landes in der Profitsicherung und Profithebung der Eigentümer der Produktionsmittel bestehe. Die Auflegung der Bedingungen von Versailles, Spa, London, Brüssel entsprach also, soweit die Sachverwalter der Siegerstaaten in Frage kommen, der in aller Welt anerkannten politischen Ethik, und die oberflächlichste Beschäftigung mit den Erörterungen der deutschen nicht zensierten Öffentlichkeit von 1917/18 über die den Feinden zu diktierenden Friedensbedingungen bestätigt nur die Selbstverständlichkeit, daß es bei anderem Kriegsausgang den Unterlegenen nicht besser gegangen wäre. Daß dann die Kosten von den Unternehmern auf die Arbeiter abgewälzt wurden, entsprach wiederum der Ethik und den Geflogenheiten des Kapitalismus, und der Vorwurf trifft mehr die deutschen Proletarier, die es sich gefallen ließen, als die Ausbeuter, denen das Krepieren der Armen so unwichtig ist wie das Krepieren von Leuten, die ihre Minderwertigkeit dadurch erwiesen haben, daß sie jenseits der Landesgrenzen geboren wurden. Die Schweinerei der Youngversklavung liegt in der Freiwilligkeit, mit der man hierzulande den Druck politischer Machtverhältnisse, die auch innerhalb der bestehenden Wirtschaftszustände veränderlich

sind und nicht von fern den moralischen Sinn einer Kameradschaftsverpflichtung haben, in eine kaufmännisch geordnete, auf Treu und Glauben beruhende Geschäftsverbindung verwandelte, somit eine durch Macht geschaffene, durch Macht gehaltene und darum äußerst lockere Beziehung mit Locarnospucke und Völkerbundschleim zu einer im internationalen kapitalistischen System unlösbar eingewirkten Lieferpflicht verklebte. Der Druck des politischen Zwanges wurde dadurch nicht etwa vermindert, sondern tatsächlich und noch mehr im Gefühl, ihn unter den obwaltenden politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen durch keinen Gegendruck mehr beseitigen zu können, bis zur Unerträglichkeit vermehrt. Die Annahme eines Siegerdikates, wonach 58 Jahre lang erwürgender Kriegstribut zu zahlen sei, ist im Bewußtsein eines Volkes darum keine hoffnungslose Ergebung, weil der Arm, der mit auf die Brust gesetzter Pistole die Tribute erpressen muß, bestimmt nicht 58 Jahre lang steif gehalten werden kann. Der Youngplan aber ist die von Stresemann vorgenommene Ueberführung einer unter Geschäftsaufsicht gestellten Firma in den Konzern der Gläubigergeschäfte, wobei die Verteilung der Ausgaben sich in der Weise regelt, daß die Stammfirmen die Einnahmen des Kompagnongeschäftes haben, und der neue Sozios die Ausgaben übernimmt, die er aus freien Stücken zwei Menschenalter hindurch aus dem Schweiß der für ihn arbeitenden deutschen Proletarier herauszudestillieren sich verpflichtet hat. Dieses letzte Lebenswerk Stresemanns, das dem deutschen Unternehmertum zu den geglückten Kriegs-, Niederlagen-, Konterrevolutions-, Reparations-, Inflations-, Deflations-, Stabilisierungs-, Rationalisierungs-, Dawes- und Locarnogewinnen weitere reiche Younggewinne verspricht, hat seinen Ruhm als großen Staatsmann endgültig befestigt. Sein Name wird in Gemeinschaft mit dem Friedrich Eberts solange in der Geschichte leuchten, wie unsere demokratische Republik sich selbst noch ernst nimmt. Das Ende ist also abzusehen.

Doch der programmwidrige Abschluß des Krieges ist wie gesagt, nur ein verhältnismäßig geringfügiger Grund für die unsagbar trübe Bilanz, die nach zwölf Jahren zu ziehen ist. Der Sieg des Hohenzollerntums hätte zwar nicht zu Dawes und Young geführt, wohl aber die weltwirtschaftlichen Veränderungen, die der Krieg als solcher hervorgerufen hat, dem deutschen Proletariat in andrer aber ebenso empfindlicher Weise fühlbar gemacht. Die Ludendorffdiktatur wäre mit größter Wahrscheinlichkeit zur Dauereinrichtung gemacht worden, der Faschismus hätte nicht von Italien, sondern von Deutsch-

land seinen Ausgang genommen, der Antisemitismus, der immer, immer erhalten muß, wenn eine allgemeine Verknechtung sittlich unterbaut werden soll, hätte den Haltet-den-Dieb-Schrei des deutschen Kapitalismus, der jetzt auf Kriegsgläubiger und Juden nach Bedarf verteilt wird, allein auf die Juden gelenkt, der Leutnant, der Assessor und der Schalterbeamte wären unausstehlicher als je geworden, die Arbeitslosigkeit, das Elend, die Wohnungsnot, die Kindersterblichkeit und die Kriminalität hätten denselben Umfang wie heute auch und statt des Dawes- und Youngplans vollzöge eine hausgemachte Blutpresse die Aderlässe, deren Ertrag allerdings im ganzen den einheimischen Agrar-, Industrie- und Börsenspekulanten zuflösse. Die Verzweiflung der arbeitenden Massen wäre nicht vollständig aus denselben Elementen gemischt wie es der Fall ist, aber sie hätte dasselbe Maß der Erbitterung und dasselbe Gefühl der Ausweglosigkeit. Denn die Träger der deutschen Gegenwart sähen auch im siegreichen Deutschland nicht anders aus als im besiegten, es ist die Generation derer, die in den Kriegsjahren Heranwachsende oder Kinder waren und deren Leben nicht durch die Niederlage, sondern durch Deutschlands Rolle im Kriege in schrecklicher und verhängnisvoller Weise aus der Bahn geworfen und um die Jugend geprellt wurde.

Entscheidend für das Schicksal der Generation von heute waren die Blockadejahre von 1916 bis 1918. Die seelischen Peinigungen der Kinder und Jungen werden sich in den verschiedenen kriegsbeteiligten Ländern nicht viel unterschieden haben: die Väter, Brüder und erwachsenen männlichen Hausgenossen im Felde, in der Kaserne oder weit weg im Zwangsdienst der Kriegsbedarfsindustrie oder auch tot, zu Krüppeln geschossen und in Gefangenschaft, die Mütter auf Arbeit, in den wenigen Stunden des Zusammenseins mit den Kindern übellaunig, verweint, kränkelnd, die Erzieher in den Schulen und selbst schon in den Verwahrungsanstalten beflissen, den unverdorbenen Gemütern den Massenmord der eigenen Angehörigen und Landsleute als edelstes Heldentum, den der „Feinde“ als schimpflichstes Verbrechen begreiflich zu machen, infolgedessen der Spieltrieb vollständig auf die Nachahmung von Schlachten gesammelt, wobei viel weniger die Wildheit fröhlichen Abenteuers entwickelt wurde wie bei den Räuberspielen unsrer Knabenjahre, als die Leidenschaft organisierten und disziplinierten Hasses, der Rassen- und Blutverachtung und der entpersönlichenden Unterwürfigkeit um unverstandener, unempfundener, nur nachgeplapperter Ideen willen.

Diese Erscheinungen, die viel von der stumpfen Bataillonsgliederung und Individualitätslosigkeit des heutigen geistigen Lebens, viel von der Bereitschaft unsrer Zwanzigjährigen erklären, sich willen- und widerstandslos unter jede Autorität zu beugen, die mit keinem andern Rüstzeug auftritt als dem Anspruch: da bin ich und verlange Gehorsam! — diese Erscheinungen waren in allen Ländern bei gleichen Voraussetzungen die gleichen. Für die europäischen Mittelmächte aber trat hinzu die verheerende Hungersnot, die dem kindlichen Körper die Kraft nahm, früher oder später die scheußlichen seelischen Wirkungen des Krieges zu überwinden oder zum Guten zu wandeln. Man sehe sich alle diese Menschen heute an, die 1916 drei oder fünf oder acht oder elf Jahre alt waren: ganz eingeholt hat es fast keiner, was seinem nahrungssüchtigen Kinderleib in den Kriegsjahren vorenthalten wurde. Außer den Kindern der Kriegsschieber und denen besonders günstig gestellter Bauern ist in Deutschland und Österreich nicht ein zwischen 1900 und 1919 geborenes Kind von dem Schicksal verschont geblieben, in wichtigsten Jahren des Wachstums lebensnotwendigen Nährstoff entbehren zu müssen. Wer weiß, was das proletarische Kind schon in fetten Jahren weniger erhält als die Natur wünschen läßt und wer viel mit den Zuchthaus- und „Fürsorge“-Opfern der kapitalistischen Gesellschaft zu tun hat und ihre arme Kindheitsgeschichte als Grund aller Verwahrlosung, aller Hemmungslosigkeit, aller verzweiflungsvollen Lebensuntüchtigkeit erkannt hat, der begreift, wohin es führen mußte, daß ein ganzes Geschlecht in einem großen Volke mit dem Leide geimpft wurde, das sonst selbst in der entrechteten und ausgebeuteten Klasse nur den Allerärmsten vorbehalten ist. Mit Minderwertigkeitsangst ringende junge Leute, die ihr Mißtrauen gegen sich selbst in Größenideen, Heldenposen und Roheit flüchten, und die doch alle aus der gemeinsamen tiefen materiellen und ideellen Not keinen andern Ausweg wissen als das Ausschreien eingelernter Schlagworte und das Drauflosprügeln und -schießen auf ihresgleichen, die ganz die gleiche Not ausstehen, ganz den gleichen Jammer auskosten und nur eine andre Garnitur heldisch klingender Schlagworte eingelernt bekommen haben und ausschreien.

Trotz allem: die Bilanz von zwölf Jahren deutscher Republik ist nicht trostlos. Nur der Augenblick ist schlimm, da er das Höchstmaß vorstellbarer Volksverelendung zeigt, ohne die Opfer der grauenvollen Zustände einigen und zum Kampf ums Ganze hochtreiben zu können. Was aber ist der

Augenblick? Was sind die ganzen zwölf Jahre deutsche Republikgeschichte, gemessen mit dem Zeitstabe des Weltgeschehens? Unsre Enkel werden die Jahre 1918 bis 1930 und vielleicht noch einige dazu als den zusammengehörigen Abschnitt völlig wirrer und ungeklärter Verhältnisse in Deutschland empfinden und die Behauptung verlachen, in unsern Tagen sei im ganzen Volk mit wenigen Ausnahmen die Meinung verbreitet gewesen, diese Verhältnisse seien die Grundlage bleibender Ordnung. Das Treiben der parlamentarischen Demokratie; das Parteigekreisch um Ämter, Posten und Pfründen; die Kriegserledigung durch Börsenschacher und Tributversklavung zugunsten der assoziierten amerikanisch-englisch-französisch-deutschen Arbeiterknochen-Verwertungsgesellschaft; die Niederhaltung der primitivsten Lebensansprüche der deutschen Proletarier mit Polizeigewehren, brutaler Klassenjustiz, Verbrüderung zwischen Staatspfründnern, Schwerkapitalisten und hochbesoldeten Gewerkschaftsführern; die Unfähigkeit der Besitzwirtschaft, Millionen demütig bereiter Hände Arbeit zu geben; die Ernährung der Erwerbslosen durch Abzüge von den dauernd schlechteren Löhnen der noch beschäftigten Proletarier, die überdies die gesamte Last des sich andauernd verteuernenden Staatsbetriebes zu zahlen haben; die Liebesgaben an die Industrie, an den Großgrundbesitz, die im Laufe der Jahre hoch in die Milliarden gegangen sind und weiterhin ständig vermehrt werden; die Ernährung eines ungeheuren bürokratischen Apparates, eines Heeres und einer Flotte, die ein Vielfaches von dem kosten, was für das Bildungs- und Gesundheitswesen zusammen aufgebracht wird; die Besoldung unzähliger ausgedienter Fürstendiener und Kriegsverlierer durch die Republik mit reichsten Dotierungen und die verschwenderische Geldausschüttung über die getürmten und verjagten Fürsten und ihre Familien; die künstliche Verarmung des Lebensmittelmarktes durch abenteuerliche Zölle zur Hochhaltung der Preise für Brot, Fleisch und Gemüse; die Verschiebung hoch in die Milliarden gehender Kapitalien ins Ausland; die Sicherung all dieser Herrlichkeit durch Gesetze, mit denen man die Nutznießer des Systems zu geweihten Volksgötzen macht, unbequeme Ansichten durch das Verbot bekämpft, sich durch gleichgeschnittene Hemden und Hosen als Träger dieser Ansichten kenntlich zu machen, das ganze Gemeinschaftsleben in die muffige, aber dem Kapitalistengeschäft sehr nützliche mittelalterliche Kirchenmoral zwingt, der Kirche selbst Arbeitergeld im Übermaß nachschmeißt, damit sie um so autoritativer die Zensur über die

Geister ausüben, den Geschmack verbilden, die freie Regsamkeit der Menschen in den Dingen der Geschlechtlichkeit und Lebensführung unterbinden, die Kinder zur Unfreiheit und zu dem Glauben erziehen könne, die Armseligkeit ihres Elternhauses und die Bevorrechtung des Reichtums seien gottgewollte Angelegenheiten, die sanfte Fügung unter jegliche Vergewaltigung sei wohlgefälliger Wandel, der nach dem Tode herrlich gelohnt würde, Auflehnung aber sei sündige Hoffart, der die Erde das Zuchthaus, der Himmel die ewige Verdammnis gerechterweise entgegensetze; — diese ganze wilde Tollheit eines Gesellschaftsbildes, dessen einzige Trostlichter in einigen papiernen Allerweltsversprechungen der Weimarer Verfassung und dem „Recht“ bestehen, alle paar Jahre einmal durch die Ablegung eines anonymen Glaubensbekenntnisses sich einbilden zu dürfen, an der Gestaltung des öffentlichen Geschehens mitzuwirken, diese in zwölf Jahren Republik gewordene Narrenhöhle wird uns als eine Stätte des Rechtes, der Ordnung und der Freiheit empfohlen, an der nur noch einige Schönheitsfehler auszubessern seien, um sie den Nachfahren der gegenwärtigen Trockenbewohner für alle Zukunft zur angenehmsten Unterkunft zu machen.

Was es mit der allmählichen Verwurzelung der Nachkriegsverhältnisse, der Beruhigung des öffentlichen Lebens und der Eingliederung der deutschen Republik in die demokratische Weltordnung auf sich hat, mag folgende kleine Geschichtsübersicht zeigen. Wer diese zwölf Jahre mit wachen Sinnen und nicht grade als Sozialdemokrat miterlebt hat, wird finden, daß die Deutschen vor 300 Jahren, als der dreißigjährige Krieg durch das Land tobte, fast mit größerem Recht von gefestigten Verhältnissen reden durften als wir heute. Was 1918 begann, hat bis 1930 schon mindestens so viel politische Wirrnis im Gefolge gehabt wie das, was 1618 begann, bis 1630. Der große Krieg dauerte bis 1648; glaube niemand, daß, was auch aus dem augenblicklichen Zustand in Deutschland zunächst werden mag, vor 1948 etwas geschehen werde, was die Gewähr der Beständigkeit böte. Auch wenn die proletarische Räterevolution im nächsten Jahre ausbrechen und siegreich sein sollte, ihr endgültiger Erfolg muß in weiteren langen Jahren hartnäckig erkämpft werden. Sonst fallen wir wieder so herein wie vor zwölf Jahren, als wir meinten, es sei mit der Entthronung der Fürsten, der Einsetzung von Räten und der jubelnden Aufpflanzung roter Fahnen schon alles vorbereitet, um mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft beginnen zu können; oder es geht uns wie den Sozialdemo-

kraten, die sich auf den Boden der von uns geschaffenen Tatsachen stellten, die Mächte der alten Herrschaft und Wirtschaft zur Niederschlagung der Revolution herbeiriefen, mit ihnen zusammen die parlamentarische Demokratie einführten, durch den Erlaß der Weimarer Verfassung aus jedem Versuch, doch noch etwas vom November 1918 zu retten, strafbaren Hochverrat machten und sich nun einbildeten, der ihnen bei diesem blutigen Tun zugefallene Löwenanteil an Staatspründen, das höchste Ziel aller ihrer Wünsche, könne ihnen nicht wieder entrissen werden. Bitte:

1918: Militärischer Zusammenbruch des Krieges, Verkündung der Republik in allen deutschen Ländern mit dem Willen, die Revolution zum Sozialismus durchzukämpfen. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Die Sozialdemokraten beginnen mit der Konterrevolution. 1919: Die Offiziere und Feudalherren der Monarchie werden von Ebert und Noske gesammelt, bewaffnet, besoldet und auf das Proletariat losgelassen. Von der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs an ein wüstes Gemetzel. Gegenbewegungen, darunter der große Vorstoß der bayerischen Arbeiter und Bauern durch Ausrufung der Räterepublik werden in Blut erstickt. Der Versailler Vertrag wird unterzeichnet. Die besten Köpfe der Revolution werden ermordet, Eisner, Landauer, Leviné, Paasche, Sontheimer, Egelhofer, Jogisches, Dorrenbach, Haase, viele andre; gegen 15 000 Arbeiter fallen oder werden standrechtlich erledigt. Prozesse folgen nur gegen Arbeiter. 1920: Die Gegenrevolution fühlt sich stark zum entscheidenden Schlage gegen die, die sie erweckt hat. Der Kapp-Putsch wird durch den Generalstreik der Arbeiter abgewehrt. Gegen die von den Arbeitern verlangten Sicherungen der Revolution werden die geschlagenen Kappgeneräle neuerdings engagiert. Die siegreiche Rote Armee wird durch den Severing-Verrat des Bielefelder Abkommens vernichtet. Arbeitermorde folgten in ungeheurer Zahl, zum Beispiel die Mechterstädter Bluttat. Keinem Mörder, keinem Kappisten geschieht etwas. Proletarier müssen massenhaft ins Zuchthaus. Vorher schon war ihnen das kapitalistische Betriebsrätegesetz aufgezwungen worden, 45 Tote. 1921: Mitteldeutscher Aufstand, von Severing, Hörsing und den wilhelminischen Konterrevolutionären niedergeschlagen. Endlose Hinrichtungen und Zuchthausurteile. Ermordung Erzbergers und vieler Arbeiter und Republikaner. 1922: Ermordung Rathenaus. Republikenschutzgesetz ausschließlich gegen die Arbeiter. Stinnes organisiert mit der Schwerindustrie die Inflation. 1923: Auflösung der Währung, Besetzung des Ruhr-

beckens, Unruhen im ganzen Lande, Kahr-Diktatur in Bayern, Küstriner Putsch, Arbeiteraufstand in Hamburg, Hitler-Ludendorff-Putsch in München, Beginn der Deflation. 1924: Dawes-Abkommen, Verkrachen großer Wirtschaftsunternehmen infolge der Markstabilisierung. Die Justiz unter Niedner wird zum offenen Werkzeug der reaktionären Rache am Proletariat. 1925: Der Monarchist Hindenburg, kaiserlicher Feldmarschall, wird Präsident der deutschen Republik. Die Entwicklung von Locarno. Die Rationalisierung der Wirtschaft beginnt, Arbeitslosigkeit und proletarische Verelendung als Dauerzustand einzurichten. 1926: Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Der Versuch, schwere Unterlassungen der Novemberrevolution durch eine Volksabstimmung über die Fürstenenteignung nachzuholen, scheitert, und die am Volksentscheid beteiligten Sozialdemokraten bewilligen den ehemaligen Fürsten ungeheure Abfindungssummen. 1927: Reaktion auf der ganzen Linie. Verteuerung von Weizen, Kartoffeln, Fleisch, Zucker; Schmutz- und Schundgesetz, Verfolgung der proletarischen Literatur mit dem Hochverratsparagrafen. Beginn der Fememord-Aufdeckungen. 1928: Korruptionsfälle in ununterbrochener Reihe, nach den Barmat- und Kutiskerskandalen Aufdeckung ungeheurer Betrügereien bei den Reparationslieferungen, die Reichswehrspekulationen Lohmanns, Fäulnis in hohen Ämtern Reichstagswahl mit riesigem Stimmerfolg der Sozialdemokraten infolge ihrer Agitation gegen Panzerkreuzer und für Kinderspeisung. Die Regierung Hermann Müller beginnt ihre Tätigkeit mit der Verweigerung der Kinderspeisung und dem Bauauftrag für Panzerkreuzer A. Gesteigerte Reaktion auf allen Gebieten. 1929: Wachsende Arbeitslosigkeit, gesteigertes Elend, vermehrte Belastung der Armen, Polizei in dauernder Bürgerkriegstätigkeit gegen das Proletariat. Severing, Grzesinski und Zörgiebel veranstalten den Berliner Blutmai, 33 Tote. Die Industriellen gehen mit Riesenaussperrungen gegen die Arbeiter vor, die Regierung treibt durch kraß reaktionäre Zoll- und Steuergesetze das Elend zur Unerträglichkeit und hilft sich durch Unterdrückung revolutionärer Organisationen weiter. Neue unerhörte Korruptionsverpestung, Sklarek, Busch usw. 1930: Die herrschende Klasse in Deutschland beginnt zu bemerken, daß eine Weltkrise besteht. Der arbeitenden Bevölkerung werden weitere Belastungen aller Art aufgepackt. Es gelingt der kapitalistischen und militaristischen Reaktion durch geschickte Förderung der faschistischen Hitlerbewegung den Groll der Opfer von sich abzulenken und den „Marxismus“ verantwortlich zu machen, wo-

runter jede soziale Regung verstanden wird. Die Müllerregierung hat einen Augenblick lang den Anschluß an diese letzte Rechtswendung verpaßt und stürzt aus Versehen ab. Brüning erkennt die revolutionäre Gärung und rettet alles durch die kluge Spekulation auf die deutsche Wählwut. Er löst den Reichstag auf, sodaß nun alles Arbeitertemperament für zwei Monate vom Klassenkampf auf den Wahlkampf abgeleitet ist und danach noch mindestens drei Monate lang auf Illusionen der Proletarier gerechnet werden kann, die neue Parlamentsopposition werde schon aus dem Jammer heraushelfen. Die Regierung erklärt sich zugleich für unabsetzbar und enthüllt ein Programm, das den Kriegsernährungszustand für die arme Bevölkerung Deutschlands zur ständigen Wirtschaftseinrichtung macht. Die zu diesem Behuf vorgesehene allgemeine Senkung der Arbeitslöhne wird sofort durch Diktat der Berliner Metallindustriellen in Angriff genommen und durch staatlichen Schiedsspruch bestätigt. Während der neue Reichstag, ungeachtet der klaren Willenskundgebung der Regierung, er könne machen was er wolle, sie werde regieren und bleiben mit oder gegen die Beschlüsse der Erwählten, sich wichtig zusammensetzt und die 107 Nazi parlamentarische Indianersänge für Revolutionsfanfaren und die als Begleitmusik bestellten Fenstereinwürfe in jüdischen Geschäften für polizeiwidrig, also kommunistisch, erklären, tritt die Berliner Metallarbeiterschaft in den Streik, den dieselben Arbeiterführer bevormunden, die gleichzeitig der Regierung Brüning die gesetzmäßige Durchführung der ungeheuerlichsten Arbeitervergewaltigung ermöglichen, die je gegen das deutsche Proletariat gewagt wurde.

Dies ist der kurze Geschichtsauszug der zwölf Jahre, die wir uns der deutschen demokratischen Republik mit all ihren sozialdemokratischen Ministern, Regierungsräten, Polizeipräsidenten und Bürgermeisterern erfreuen. Nicht erwähnt ist dabei die ganze Periode der Kriegsführung gegen die russische Revolution, der Grenzkeilereien mit den Polen, der Angstkuscherei, mit der man zugleich vor den Kontrollkommissionen der Alliierten und den völkischen Verbänden im eigenen Lande Gnade finden wollte und noch Unzähliges, was alles die Regierungsseligkeit der Sozialdemokraten verewigen sollte und dem Proletariat als Prügeljungen aufgehalst wurde. Was aus dem Zustand werden wird, der nun endlich auch den Bürgern die Augen darüber öffnet, welches Glück sie mit der Zustimmung zum Youngplan geschaffen haben, kann niemand voraussagen. Aber das ist zu sagen: die Dinge, die eine Zeitlang

breiig und schmutzig stagniert haben, sind wieder in Fluß. Der Wahlerfolg der Hakenkreuzler ist dabei ein wahrer Segen für die Arbeiterschaft. Denn diese Leute zeigen schon jetzt, ehe sie sich noch warm in die Reichstagssessel gelümmelt haben, wie ernst es ihnen mit ihrem ganzen Revolutionsgeschrei ist. Möge man ihnen doch ein paar Ministerplätzchen frei machen. Sie werden nichts anderes tun können als die Sozialdemokraten auch, regieren, wie es Young und Morgan bei den deutschen Kapitalisten bestellen. Die reaktionären und kulturfeindlichen Schikanen, die sie dabei entfalten dürfen, werden ihnen den proletarischen Anhang noch schneller wegholen als den Sozialdemokraten. Die Abwehr gegen sie kann aber nur in denselben Formen geschehen wie die gegen den Staat und seine Helfer allgemein, durch den Einsatz aller Kräfte des in sich einigen revolutionären Proletariats.

Daß wir zur Zeit kein geeinigtes revolutionäres Proletariat haben, stimmt. Es wird in dem Augenblick da sein, in dem die Arbeiter begreifen, daß sie sich über konkurrierende Führerklüngel hinweg aus eigenem Entschluß zusammenfinden müssen, um nach zwölf Jahren Führerrepublik den Kampf für die Freiheit gemeinsam aufzunehmen. Dieser Kampf muß geführt werden gegen die Diktatur in jeder Gestalt, gegen die Diktatur einer Regierung, gegen die Diktatur der Staats- und Wirtschaftsmächte, gegen die Diktatur der bewaffneten Militär- und Polizeimacht und mit besonderem Nachdruck gegen die Diktatur irgendwelcher Parteiobrigkeiten. Er muß geführt werden für die Selbstbestimmung der Arbeiter in allen ihren Angelegenheiten, für die Enteignung alles ausbeutenden Besitzes, für den Sozialismus, für die freie Räteorganisation der öffentlichen Verwaltung und der gesamten Wirtschaft. Der Kampf muß ferner geführt werden in Kameradschaft mit den Proletariaten aller andern Länder, aber nicht auf Weisungen und unter Bedingungen, die nicht überall und ausschließlich der proletarischen Sache, der sozialen Revolution untergeordnet sind. Die streikenden Metallarbeiter, deren Kampf unendlich bedeutungsvoll werden kann für die gesamte Weiterentwicklung der Dinge in Deutschland, werden siegen, wenn sie fest bleiben im Willen, keine Befehle von irgend einer Seite entgegenzunehmen und nur der Pflicht zur Solidarität untereinander zu gehorchen; sie werden siegen, wenn sich die übrige Arbeiterschaft derselben Solidaritätspflicht gegen die kämpfenden Metallarbeiter bewußt bleibt. Nicht mit taktischen Gescheitheiten werden Arbeiterkämpfe gewonnen und erst recht nicht mit irgendwelcher Disziplin, die Leuten ge-

schuldet wird, die selbst nicht mit im Kampfe stehn, sondern von außen her die Ordnung pfeifen wollen. Die Befreiung der Arbeiterklasse und jeder Kampf, den Arbeiter auszufechten haben, ist Sache der beteiligten Arbeiter allein, nicht Sache zentraler Machthaber. Zwölf Jahre Republik sollten dem deutschen Proletariat genügen, um endlich den Weg der Gängelung zu verlassen und auf die Kraft der Einigkeit vertrauend, dem Staat und allem, was ihm ähnlich sieht oder staatliche Macht begehrt, den Willen zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit entgegensetzen.

Sturmvögel

Große Ereignisse der Vergangenheit beleben sich in der Erinnerung am sichtbarsten, wenn man Stimmen der damals Zuschauenden erweckt und dadurch den unmittelbaren Eindruck wieder herstellt, den das Geschehen bei Unsersgleichen hervorrief. In diesen Wochen jährt sich zum 25. Male die erste russische Revolution. Hier folgt der Artikel, den unser verstorbener Gen. Rud. Lange unter seinem Pseudonym Ismael nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten vom Ausbruch der russischen Revolution in der Zeitschrift „Der Anarchist“, zweite Novemberausgabe 1905, veröffentlichte. Er wird, auch ohne eines besonderen Kommentares zu bedürfen, viele Genossen zu nachdenklichen Vergleichen sowohl mit dem was in Rußland, wie mit dem was mit der deutschen Sozialdemokratie geworden ist, anregen.

Der Krieg von 1870-71 machte einer Periode revolutionärer Strömungen und Erhebungen, die während des ganzen sechsten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts, namentlich in Mittel- und Südeuropa angedauert hatte, ein Ende. Er etablierte das System, des zentralistischen Staatswesens von heute, er hob die Herrschaft der „Flinte, die schießt und des Säbels, der haut“, auf den wohlgefestigten Thron. Denn er inaugurierte die Ära der wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande, der an Kopfbis bis ins Ungeheuerliche anschwellenden stehenden Heere, der von Erfindung zu Erfindung hastenden Tötungs-Technik und Mord-Industrien. Kurz gesagt: er brachte den Militarismus zu seiner heutigen Kraft- und Machtentfaltung. Und dieser Militarismus wuchs auf zusammen mit dem Parlamentarismus und mit den gesetzgebenden Körperschaften und „Volksvertretungen“, die uns die letzten 40 Jahre beschert haben.

Und er wuchs schneller als der Parlamentarismus und wurde stärker als alle „Volksvertretungen“.

Hinter seinem Siegeszuge her marschierte die deutsche Sozialdemokratie mit ihren ausländischen Anhängseln über die Weltbühne. Und was den Völkern unter dem eisernen Drucke der militärisch-parlamentarischen Staatssysteme noch an revolutionären Empfindungen geblieben war, das nahm sie ihnen. Sie zog ihnen — langsam, langsam — das empörungsfreudige, trotzig Herz aus der Brust und setzte ihnen dafür ein andres ein, das vom Geiste der Gesetzlichkeit bis in das letzte Aederchen erfüllt war. Und während von der einen Seite der Militarismus, herrisch mit dem Gewehrkolben aufstoßend, als Hüter von Staat und Kapital von den Massen Gehorsam und Disziplin forderte — bei Strafe an Leib und Leben — wisperte ihnen von der andern Seite die Sozialdemokratie, die sich ihnen als Hüterin aller revolutionären Ideale aufzudrängen verstanden hatte, ebenfalls in die Ohren: Disziplin! Gehorsam!

Unter diesem zwiefachen Drucke konnte in den breiten Volksmassen rebellisches Leben, konnten wahrhaft revolutionäre Epochen nicht aufkommen. Es mußte, soweit der empörerische Geist, namentlich bei den romanischen allezeit disziplinfeindlichen Völkern periodisch unwiderstehlich nach Ausdruck und Betätigung verlangte, bei revolutionären Episoden, vielfach auch nur bei rebellischen Handlungen und Taten Einzelner bleiben.

Es scheint nun, als ob für Europa diese Zeit teils erzwungener, teils erschlicher Passivität vorbei sein soll. Es scheint, als ob uns im Kreislauf der Geschichte wiederum Zeiten entgegenrollen wie jene, in denen Béranger einst sang: *Eteignons les lumières et rallumons le feu!* (Löschen wir die Lichter aus und zünden wir das Feuer an!) Es scheint so!

Im Osten sind die Sturmvögel der Revolution aufgeflattert, und der Koloß des russischen Riesenreiches zuckt und windet sich unter den stets wiederholten Stößen des revolutionären Ansturmes. Unerhörte, unermessliche Opfer an Freiheit, an Blut und Leben sind dort gebracht worden. Schlachten sind geschlagen und Taten sind vollführt worden, die sich dem Größten an die Seite stellen, was die Menschheit an Heldentum im Kampfe für eine Idee kennt und geleistet hat.

Und doch — so unbegrenzt die Garantien sind, die das Menschenmaterial, welches in Rußland der Träger der Revolution ist, bietet — muß bange Sorge das Herz jedes ehrlichen Revolutionärs erfüllen, der die Ereignisse in Rußland mit aufmerksamen Blicken verfolgt. Denn wie schon so oft im Laufe großer Freiheitsbewegungen scheint die Entwicklung der Dinge in Rußland zur Zeit in jenem Stadium angelangt zu sein, in welchem das herrschende Regime, um nicht alles und sich selber zu verlieren, ein Stück seiner Herrschaft opfert und durch kluge Konzessionspolitik einen Teil seiner Feinde zu sich herüberzieht, um mit ihm zusammen den beiden gemeinsamen und gefährlichen Gegner, die arbeitende

Klasse, desto sicherer niederhalten zu können. Die liberale Bourgeoisie verrät das Proletariat und macht mit dem Zarentum gemeinsame Sache. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß dieser Vorgang von den sozialistischen Führern des russischen Proletariats in jeder Phase der revolutionären Bewegung vorausgesehen worden ist und vorausgesehen werden mußte, denn die russische Arbeiterklasse hat in ihrem Kampfe vor ihren Brüdern im westlichen Europa das eine voraus, daß sie ihr sozialistisches und revolutionäres Bewußtsein schulen konnte an den bitteren Erfahrungen, die jene am eigenen Leibe verspüren mußten.

Der Abfall der Bourgeoisie kann also die Sache der Revolution nicht schwächen, da mit ihm von Anfang an gerechnet wurde. Wohl aber besteht die Gefahr, daß derjenige Teil des russischen Proletariats, der unter dem Einflusse der staatsmännischen Schiebegelüste der Herren Plechanow, Axelrod und Genossen steht, an der veränderten Oberfläche der Situation einen solchen Gefallen findet, daß er um das Linsengericht einer durch Knutenhiebe und Flintenschüsse korrigierten Preß- und Versammlungsfreiheit und um der allerdings sehr winzigen Möglichkeit willen, später einmal seine Abgeordneten die Sessel der Reichsduma zieren zu sehen, Revolution und Sozialismus verlassen und vergessen wird. Und damit wäre vielleicht der Schicksal der russischen Revolution vorläufig entschieden.

*

Niemand hätte mehr Grund, über eine solche Wendung der Dinge von Herzen froh zu sein, als die deutsche Sozialdemokratie. Nicht, daß mit diesen Worten behauptet werden soll, es seien in ihr Elemente vorhanden, die dem Freiheitskampfe des russischen Proletariats feindselig gegenüberstehen. Das nicht, obwohl es namentlich unter ihren gewerkschaftlichen Zweckmäßigkeitspolitikanten Individuen genug geben mag, die diesem Kampf gleichgültig und stumpf zuschauen und jeden von dort gemeldeten Akt heldenmütiger Aufopferung im Grunde ihres Herzens als eine Anklage gegen ihre eigene Memmenhaftigkeit empfinden.

Auch soll die Möglichkeit hier nicht ins Auge gefaßt werden, daß eines Tages die Wellen der russischen Volkserhebung nach Deutschland hinüberschlagen und dann die Führer der Partei in Situationen hineinreißen könnten, in denen sie wohl oder übel Konsequenzen im revolutionären Sinne ziehen und tragen müßten. Diese Möglichkeit ist ebenfalls nicht gegeben, denn bei uns existieren ja, wie uns jeder „zielbewußte Genosse“ überlegenem Tones in öffentlichen und privaten Diskussionen zu belehren liebt, gottseidank ganz andre (das heißt bessere) Verhältnisse als in Rußland: Gründe zu Revolutionen sind demnach bei uns in Deutschland nicht vorhanden.

Wie aber, wenn die Revolution ihren Weg in Rußland weiter geht und den wankenden Thron des Zaren gänzlich umstürzt? Dann wäre die

Zeit gekommen, in welcher ohne Zweifel die Regenten der benachbarten monarchistischen Staaten ihre Soldateska zum Schutze des russischen Herrn Bruders über die Grenze marschieren lassen würden. Was würde dann die deutsche Sozialdemokratie tun? Würde sie mit verschränkten Armen zusehen, wenn die deutschen Proletarier im Waffenrock ihre russischen Klassen- und vielleicht auch Gesinnungsgenossen auf Kommando niederknallen? Dann wäre ihre Rolle ausgespielt und sie müßte gewärtig sein, mit Fußtritten aus dem Rate der internationalen Arbeiterbewegung hinausgejagt zu werden. Oder würde sie den Tausenden und Abertausenden von Anhängern, die sie ihrer eigenen ruhmredigen Versicherung nach in Linie, Reserve und Landwehr besitzt, raten, nicht zu schießen? Und was dann?

Dann könnte vielleicht die Stunde kommen, in der die Bebel und Genossen, die Mehring-Kautsky und Genossen, die Bernstein-Heine und Genossen und die Legien-Robert Schmidt, Bringmann-Bömelburg und Genossen mit Angst und Zittern, mit Flüchen und Verwünschungen das grauenhafte Verbrechen, das sie und ihresgleichen seit 40 Jahren an der deutschen Arbeiterschaft begangen haben, bereuen könnten. Das Verbrechen nämlich, aus einem Menschenmaterial, das ihnen zur sorgfältigen und gewissenhaften Erziehung im Sinne des revolutionären Sozialismus übergeben worden war, eine Partei von Stimmzetteln-Kämpfern, bürokratischen Pfennigfuchsern und hypervorsichtigen Rechnungsträgern gemacht zu haben.

Rudolf Lange.

Kriminalpolitik

Die Gefangenen in den deutschen Strafanstalten haben den Tod eines Mannes zu beklagen, der sich die Sorge um sie zur Lebensaufgabe gestellt hatte. Der Genosse Gustav Menzel ist einem plötzlichen Herzschlage erlegen. Als junger Arbeiter war er schon zur Zeit des Sozialistengesetzes zur Sozialdemokratie gekommen, erkannte früh den reformistischen Geist, der die Politik der Partei bestimmte und schloß sich dem Kreise um Bruno Wille, Karl Wildberger und unsern alten Wilhelm Werner an. Er war einer der eifrigsten Kämpfer für die Bewegung der „Jungen“, der er in den neunziger Jahren in Mitteldeutschland Raum schuf. Später ging er, wie Paul Kampffmeyer und viele andere, wie Wildberger selbst, zur Partei zurück, deren linken Flügel er zu stärken suchte. Im Kriege trat er zur USPD. über, bei der Spaltung der Unabhängigen in Halle, seiner Heimat, schloß er sich der VKPD. an. Die KPD. schickte ihn in den Landtag, und er spezialisierte seine Arbeit auf die Tätigkeit für die politischen Gefangenen. In der juristischen Zentralstelle der Kommunistischen Partei war er die leitende Kraft, beherrschte das gewaltige Material, das sich ansammelte, mit großer Umsicht und machte sich besonders verdient durch die persönliche Bemühung um jeden Einzelnen seiner Schutzbefohlenen. Er hat alle

politischen Gefangenen immer wieder selbst in den Anstalten aufgesucht und sich um jeden väterlich bekümmert. So erweiterte sich sein Wirkungsfeld immer mehr, da sein Besuch im Zuchthaus stets soundsovielen nicht-politischen Sträflinge in Bewegung brachte, die seinen Rat, seine Hilfe, oft nur ein gutes Wort von ihm beehrten. Menzel hat sich keinem verschlossen, und er hat unendlich vielen Trost und auch wirksame Hilfe gebracht. Die Engherzigkeit in der Unterscheidung zwischen politischen und „kriminellen“ Gefangenen war ihm fremd, wenn er auch in seiner Eigenschaft als Parlamentarier den Gegensatz bestehen lassen mußte. Als Menschen aber betrachtete er jeden, der in die Fänge der Staatsgerechtigkeit geraten war und mühte sich um seine Befreiung und um die Erleichterung seines Loses so gut er konnte. Daß der kriminell gewordene Mensch von der Klassenjustiz unter politischen Gesichtspunkten behandelt wird, hat er nie bezweifelt und genau gewußt, daß die Freisprechungen reicher, die Verurteilungen armer Angeklagter in fast allen Fällen Erscheinungen klassenbedingter Kriminalpolitik sind. So war er ein verstehender und mitfühlender Freund aller Justizopfer und sein Tod wird in Hunderte von Gefangenzellen das Gefühl bitterer Verarmung tragen und auch außerhalb der Gefängnisse weit über die Reihen der Kommunistischen Partei hinaus ehrliche Trauer wecken.

Gustav Menzel hat die liebliche Knospe auf dem Stengel der deutschen Kriminalpolitik, die sich Befreiungs-Amnestie nennt, nicht mehr zur köstlichen Blume aufplatzen sehen, wenn er auch schon gewußt hat, wie sie aussehen würde und ihr Geruch seit langem in unser aller Nasen lag. Die Freude, daß Rudolf Margies und noch einige wenige andere unserer proletarischen Kampfbrüder in die Freiheit Brüning-Deutschlands zurückkehrten, daß auch eine Anzahl seit langen Jahren unsterblich herumgehetzte Illegaler, die noch volle $7\frac{1}{2}$ Jahre Gefängnis hätten gewärtigen müssen, sich wieder unter ehrengedachten Bürgern zeigen dürfen, rechtfertigt selbstverständlich die Haltung der Reichstagskommunisten, die dieser Amnestiekarikatur zugestimmt haben. Nur wäre jedes Siegesgeschrei und jedes Fahnenstehlen bei dieser Gelegenheit blanker Hohn für die zahllosen proletarischen Revolutionäre, die wieder einmal für eine Reihe unabsehbarer Jahre das Höllentor des Zuchthauses krachend zuschlagen hören, ohne sie zuvor herauszulassen. Die jüngste Amnestie dankt ihr Geschehen dem Young-Vertrag, der ebenso wie vor 6 Jahren der Dawes-Vertrag die Bestimmung enthält, daß mit dem Inkrafttreten die in den ehemals besetzten Gebieten während der Besatzungszeit begangenen politischen Straftaten, gleichviel gegen wen sie sich gerichtet haben, gleichviel mit welchen Zielsetzungen sie begangen wurden, allerseits als ungeschehen betrachtet werden sollen. Damit war den armen Deutschen die Möglichkeit genommen, sich auf dem Wege der amtlichen Kriminalpolitik an den Separatisten zu rächen, und die Rache mußte der nationalsozialistischen Privatinitiative überlassen werden, mit der man sich außerdem noch Genfer Belange halber unzufrieden stellen mußte. Der ausgleichenden Gerechtigkeit wegen verlangten nun die Nationalisten — und von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht —, daß man nun aber auch mit den alten Geschichten der Schwarzen Reichswehr reinen Tisch machen solle. Klapproth saß immerhin noch in Plötzensee und der Freispruch oder die Haftunfähigkeitserklärung Fahlbuschs hätte wieder allerlei Anlaß zu Beschwerden gegeben, daß die Kriminalpolitik gar zu offenherzig den Charakter von Parteikriminalistik trage. So entschloß man sich, eine Amnestie zu erlassen, die sich ausschließlich als 'Ergänzungs-amnestie zum Straffreiheitsgesetz von 1928 darstellt. Niemand wird von ihr erfaßt, der nicht damals schon amnestiert worden wäre; nur wird die Herabminderung der Strafen für Tötung auf Gefängnis ohne Ehrenstrafen,

auf die Hälfte der Strafzeit bei höchstens 7 1/2 Jahren nunmehr in volle Straftilgung umgewandelt, mit zwei Einschränkungen: Ausgenommen werden diejenigen Delikte, die sich gegen Regierungsmitglieder gerichtet haben, ausgenommen werden ferner alle Straftaten, welche nach dem 1. September 1924 begangen worden sind. Da die Ermordung Kurt Eisners längst und unter der kaum bemäntelten Begründung vollkommen straffrei erklärt wurde, daß die bayerischen Christkatholischen in ihr kein Verbrechen sondern eine rühmensewerte Heldenleistung sahen, und da für die Ermordung Walter Rathenaus infolge des Selbstmordes Kerns und Fischers niemand mehr verfolgt wird, bezieht sich die erste Ausnahme des neuen Amnestiegesetzes nur noch auf die Mörder Mathias Erzbergers, die Herren Tillessen und Schulz. Es wird ihnen wohl im Ausland nicht allzu schlecht gehen, außerdem ist Herr Frick in Thüringen und Herr Franzen in Braunschweig in der Lage, gelegentlich mal ihrem Heimweh ohne Gefährdung ihrer Sicherheit abzuwehren, was Frick in seinen Münchener Tagen ja schon getan oder mindestens angeboten hat. Hübsch ist bei dieser Ausnahme von der Amnestie aber die Wertunterscheidung zwischen den von politischen Gegnern Ermordeten in Deutschland. Herr Schweighardt darf unbehellig heimkehren. Die Behauptung, er habe Kurt Gareis ermordet, wird nicht mehr nachgeprüft; denn Gareis war nur Landtagsabgeordneter in Bayern, noch dazu eingestandenmaßen Vertreter proletarischer Interessen und „Novemberverbrecher“, also Bereiter des Bodens der Tatsachen, den Herr Minister Erzberger dann, sich als einer der Ersten breit darauf aufstellend, für die Bourgeoisie von heute zurechtpflichtete. Die jetzt vom Reichstag vorgenommene Erklärung, wie der Satz „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich“ aufzufassen ist, wenn es sich um menschlins umgebrachte Deutsche handelt, erspart jede nähere Erörterung darüber, was mit dem Begriff Kriminalpolitik ausgedrückt werden soll.

Ebenso klar wird die Tatsache, daß die Beurteilung krimineller Handlungen im Staate unter rein politischen Gesichtspunkten geschieht, durch die zweite Einschränkung der Amnestie, ihre zeitliche Begrenzung auf Taten, die über 6 Jahre zurückliegen. Damit ist auf das Unbefangenste eingestanden, daß die Absicht keineswegs die war, mit den politischen Straffällen, die mit der Rheinlandbesetzung zusammenhingen, die politischen Straffälle zu erledigen, die gleichzeitig im unbesetzten Deutschland vorkamen. Man hat einfach berechnet, wann der letzte sogenannte Fememord der völkischen Arbeitskommandos spätestens verübt sein konnte, hat wohl oder übel die paar kommunistischen Gefangenen mit einbezogen, die von jener Zeit her noch als anerkannt politische Täter sitzen, und hinter den errechneten Zeitpunkt den Damm gebaut, über den die Gnadenflut nicht hinüber darf.

Die weitaus schlimmste Einengung der neuen Amnestie besteht jedoch wieder in der Begriffssetzung: „politische“ Straftaten. Wieviel politisch-reaktionäre Absicht in dieser Bezeichnung liegt, ist im FANAL dutzendfach gekennzeichnet worden, und immer wieder sind hier die Genossen von der KPD, gemahnt worden, sich nicht damit abzufinden, daß die Staatsanwälte und Richter, die Funktionäre der staatlichen Kriminalpolitik, für solche Begriffsbestimmung zuständig sein sollen. Haben die kommunistischen Parlamentarier, die die Vorverhandlungen über die Amnestie mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen geführt haben, wenigstens die kleine Bedingung zu ihrer Zustimmung gestellt, daß die von der wahrhaftig nicht sehr weitherzigen Roten Hilfe betreuten und als politische Gefangene anerkannten Genossen grundsätzlich berücksichtigt werden? Werden wenigstens unsere Freunde Karl Peters und Karl Nachtigall, die letzten Häftlinge der Plättner-Organisationen jetzt endlich mit herauskommen?

Werden daraus keine Folgerungen gezogen, daß der anarchistische Genosse Georg Garde, der seit 1923 im Zuchthaus sitzt und noch bis 1950 darin sitzen soll, bei seiner letzten Verurteilung im Arnberger Prozeß ausdrücklich als politischer Ueberzeugungstäter anerkannt wurde und dann — kann erst! — auch von der Roten Hilfe politisch gesprochen wurde? Schon in seinen ersten Prozessen handelte es sich hauptsächlich um Waffenbeschlagnahmen, schon in seinen ersten Urteilsbegründungen hieß es, und zwar immer als strafverschärfendes Moment, daß er im Dienste revolutionärer Bewegungen gehandelt habe; seine Einreilung in die Zahl der politischen „Verbrecher“ wurde aber aus kriminalpolitischen Gründen nie beliebt und bis heute ist ihm noch nicht ein Tag von seinen 27 Jahren Zuchthaus auf Grund irgend einer der verschiedenen Amnestien gutgeschrieben worden.

Der Erlaß der „Befreiungs“ Amnestie könnte sehr trübe stimmen. Denn jeder Amnestieforderung begegnet bekanntlich der geistreiche Einwand: Wir haben ja gerade erst eine Amnestie gehabt, wir können doch nicht fortgesetzt von neuem amnestieren. Ein reizender Trost für die, an denen noch jede Amnestie erbarmungslos vorbeigegangen ist. Sechs Jahre im Zuchthaus sitzen, ist nicht genug: das haben die Parlamentarier den Sozialdemokraten, die wie immer alles versucht haben, überhaupt jede Strafauslöschung zu verhindern, wenigstens zugestanden. Wessen politische Straftat erst am 2. September 1924 begangen wurde, hat noch keinen Anspruch auf Freilassung. Die seitdem hineingerasselten Delinquenten sind nämlich fast allein Kommunisten und Anarchisten. Erst im letzten Jahr sind einige Hitlerleute hinzugekommen, und auf sie muß sich unsere Hoffnung auf die Kriminalpolitik der Staatslenker stützen. Die Verurteilung der Reichswehroffiziere freilich bedarf zur Rückgängigmachung keines Amnestiegesetzes. Die jungen Leute, die der Reichswehr auch nach außen das Gesicht geben wollten, das sie innerlich, wie gerade der Leutnantsprozeß vor dem Reichsgericht bewiesen hat, ohnehin besitzt, werden nicht lange auf Festung zu sitzen haben. Vermutlich werden auch die wegen Schießereien, Messerstechereien und vielerlei anderen Roheitsakten sitzenden Nazimannen auf dem Wege der stillen Kriminalpolitik nach und nach ohne Aufhebens alle wieder unter ihre Spießgesellen gelassen werden, hat doch ihr Hitler in eigener Person in Leipzig unter Eid verkündet, daß das Dritte Reich ohne Revolution errichtet werden und die Köpfe unter seiner Herrschaft über Weimarer Paragraphenwellen rollen sollen. Vielleicht nützen aber die eingeschmissenen Fensterscheiben in der Leipziger Straße unseren unamnestierten Genossen bald. Held Hitler freilich hat ja schon sein Grausen vor der fürchterlichen Untat beweglich zum Ausdruck gebracht, daß hier die Steine statt gegen Menschenköpfe gegen das Glas geschleudert wurden, hinter dem die Armen bestaunen dürfen, was sich die Reichen leisten können. Die Polizei bietet den Kameraden der Täter 5000 Mark Judasgeld, wenn sie sich als Denunzianten kaufen lassen, und Hitler erklärt, im Dritten Reich würden die Schaufenster jüdischer Geschäfte besser geschützt werden als im Braunschweigischen Preußen. Man darf es ihm glauben. Hat er doch seinerzeit selbst Prämien für Denunzianten ausgelobt, die die Bombenwürfe von Itzehoe aus dem Umkreis seiner Einflußsphäre herauschwören würden. Jetzt stehen die holsteinischen Haberfeldtreiber vor Gericht, und es zeigt sich, daß es wirklich andere Kerle sind als der armelige Hitler, der nach einem zahlenmäßigen Scheinerfolg schon im Laufe von 14 Tagen alle von ihm selbst verkündeten Grundsätze verriet. Der Staatsanwalt hat in Itzehoe hohe Zuchthausstrafen beantragt. Die Kriminalpolitik wird ihre wegen bestimmter in absehbarer Zeit eine neue Amnestie nötig machen. Die proletarisch-revolutionären Organisationen müssen vorarbeiten, daß diese Amnestie bald erfolgt, daß sie nicht im vorhinein in

Bonzenstunk verdeckt wird, daß sie weit über den bisher beliebten Rahmen der politisch und zeitlich begrenzten Miniaturamnestien hinausgeht und daß sie allgemein kein kriminalpolitisches Geschäft parlamentarischer Parteien wird, sondern ein mit den Machtmitteln des Proletariats erkämpfter Akt der Wiedergutmachung ungeheuerlichen und unermeßlichen sozialen Unrechts. Der Ali-Höhler-Prozeß, der Leipziger Prozeß gegen die Rotfrontkämpfer, zahllose andere Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter, gegen die Zuchthaus und jede Brutalität stets als das wirksamste politische Mittel des Staates gilt, beweisen, verglichen mit der Sanftmut der Gerichte gegen Bürger, daß die bürgerliche Gesellschaft alle politische Kriminalität nach den Nützlichkeitsabwägungen einer wohlüberlegten, der herrschenden Klasse genehmen Kriminalpolitik abschätzt. Unbedingte und rücksichtslose Solidarität mit allen Opfern der Klassenjustiz, das ist die Kriminalpolitik des revolutionären Proletariats!

Verschiedenes

1. Zu der in Nr. 11 des vorigen Jahrgangs (Augustheft) erschienenen „notwendigen Klarstellung“ ist eine Berichtigung erforderlich geworden. Es war darin, zitiert aus dem „Nebelhorn“, als Verlag des Deutschen Anonymen-Lexikons die Firma E. Carlsson, Leipzig, angegeben worden. Diese Firma ist jedoch nur die Buchhandlung, durch die die Broschüre „Der Zar“ an die Bibliothek geliefert wurde, wo Dr. Müller-Guttenbrunn den Vermerk fand. Da Großmann sich auf diesen Irrtum stützt, um glauben zu machen, die ganze Angabe sei falsch, sei festgestellt: „Das Deutsche Anonymen Lexikon, VII. Band. Vom Jahre 1501 bis 1926, Nachträge und Berichtigungen“, in dem sich die im „Nebelhorn“ und im FANAL mitgeteilte Angabe mitsamt dem „E. B.“ (Eigentumsbericht) auf Seite 491 unter Nr. 11 630 in der zitierten Form befindet, ist erschienen im Verlag: Gesellschaft der Bibliophilen, Weimar 1928. Gedruckt bei Breitkopf und Härtel, Leipzig. — Großmann erklärt jetzt, daß der „eigentliche Inhalt“ der Broschüre von Seite 8 bis Seite 32 „ausschließlich von Peter Krapotkin“ sei und nur eine Zusammenstellung aus mehreren genau angegebenen Vorkriegsschriften Krapotkins darstelle. Damit ist endlich die Möglichkeit einer genauen Nachprüfung geschaffen, ob es wahr sein kann, daß Peter Krapotkin außer den Zitaten aus seinen Schriften auch den verbindenden Text der Zarenbroschüre geschrieben hat, der immer wieder auf den Weltkrieg Bezug nimmt und auf den allein sich der Vorwurf gründet, es handle sich um eine kriegsfördernde Gefälligkeitsschrift zugunsten der Zentralmächte. Eine Untersuchung ist jetzt nötig, da es gilt, das Andenken Peter Krapotkins von der furchtbaren Beschuldigung reinzuwaschen, er habe während des Weltkrieges ein Doppelspiel getrieben und nur Rudolf Großmann Einblick verstattet in sein Verhalten, öffentlich den Krieg der Entente gegen die Mittelmächte zu bejahen, heimlich sich der Siege der Mittelmächte über die russischen Armeen (Seite 8, Seite 31) zu freuen.

2. FANAL wird um Verbreitung folgender Zeilen ersucht, die unsern Lesern um so weniger vorenthalten werden sollen, als die „Politische Zeitschriftenschau“ mehrfach ausführliche Auszüge aus FANAL gebracht, mehrfach auch unsere Zeitschrift ihren Auflagen zur Orientierung beigelegt hat. „Die wachsende politische Interessiertheit in allen Kreisen und Richtungen

der jungen Generation macht eine laufende Information über das politische Schrifttum der Gegenwart für alle notwendig. Für den Einzelnen ist es fast unmöglich, sich durch die Fülle der Veröffentlichungen hindurchzufinden, besonders, wenn er nicht einseitig „seine“ Richtung verfolgen, sondern einen allgemeinen Überblick erhalten will. Dabei spielt auch die Kostenfrage ihre Rolle. Die „Politische Zeitschriftenschau“ liefert monatlich für den geringen Preis von RM. 2.— eine kritische Übersicht über das politische Schrifttum unter gleichzeitiger Beifügung besonders wichtiger Veröffentlichungen und Zeitschriften, die im Besitze des Empfängers bleiben. Die Kenntnis der Zeitschriften usw., deren Beifügung unmöglich ist, wird durch eingehende Besprechungen, Zitate und Hinweise vermittelt. Die Zeitschriftenschau hat sich im ersten Jahr ihres Bestehens bei Jugendlichen aller Richtungen, Schriftleitungen und andern an der politischen Willensbildung Interessierten Eingang verschafft. Auch mancher Leser des FANAL wird sich gern dieser Informationsmöglichkeit bedienen wollen. Bestellungen an Karl O. Paetel, Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 14.“

3. Der Jungproletarische Bund (Anschrift: Carl Rotsler, Berlin-Bohnsdorf, Paradiesstr. 27) versendet einen „Rundbrief an alle Jugendorganisationen, -Bünde, Vereinigungen der freien Jugendbewegung, an alle freiheitlichen Organisationen“, in dem auf die wachsende Gefahr hingewiesen wird, daß die Reaktion die Zeit zur Verwirklichung ihres alten Planes reif hält, „die Jugend durch ein Arbeitsdienstpflichtgesetz gänzlich unter ihre Knute zu bringen.“ Schon habe die Wirtschaftspartei einen solchen Gesetzentwurf beim Reichstag eingebracht. „Die gegenwärtige politische Lage, das stetige Vordringen der Reaktion, die einheitliche Zustimmung der Rechtspresse zur Arbeitsdienstpflicht zeigt mit aller Deutlichkeit, welche Gefahr der Jugend, insbesondere der Jungarbeiterschaft, droht: Militarismus, völlige Versklavung und Unterdrückung!“ Der Jungproletarische Bund fordert die Jugend ohne Unterschied der Richtungen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht auf und ersucht alle freiheitlichen Gruppen, ihm unter der angegebenen Adresse mitzuteilen: „erstens welche Stellung sie zur Arbeitsdienstpflicht einnehmen, zweitens ob sie bereit sind, an einem gemeinsamen Abwehrkampf teilzunehmen.“ — Die Tatsache, daß zu gleicher Zeit auch ein Warnruf der Organisation der Revolutionären Nationalsozialisten zur Abwehr der drohenden Arbeitsdienstpflicht ergeht, beweist, wie dringend die Gefahr schon in weiten Kreisen des Proletariats empfunden wird und wie unaufschiebbar eine weitgespannte Verständigung unter den von parteipolitischen Interessen freien, kampfbereiten Gruppen und Richtungen der Arbeiterschaft geworden ist.

4. Auf zweifelnde und bedenkliche Anfragen. Wenn sich nahezu gleichzeitig und unabhängig von einander in Schlesien, in Kassel, in Berlin und wahrscheinlich noch anderswo antiautoritäre Jugend zu „Schwarzen Scharen“ zusammenschließt, um die Abwehr gegen Faschismus und Arbeiterfeindschaft als wirkliche Ab-„Wehr“ zu führen, so wird das wohl recht und in der Ordnung sein. FANAL hat keinen Anlaß, den anarchistischen Jugendgenossen der Schwarzen Schar allerorts Vorhaltungen zu machen, sondern nur den Wunsch, sie aufmunternd zu grüßen.

Artikel über die Auswirkungen der Weltkrise in Südamerika, über die Zustände in Österreich, und Polen, über die Bergwerkskatastrophen u. a. fanden leider keinen Platz mehr in diesem Heft.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64

Genossen!

Achtet auf die Vorträge in diesem Monat!

Am Donnerstag, den 6. November

spicht Gen. Erich Mühsam über:

„Aufgaben der Anarchisten in der Revolution“.

Am Donnerstag, den 13. November

Vortrag des Gen. Krajewsky über:

„Die revolutionäre Bewegung im Ruhrgebiet“.

Am Donnerstag, den 20. November

referiert Gen. Rudolf Rocker über das Thema :

„Sozialismus und Nationalismus“.

Korreferent: Dr. Otto Straßer, vom „Bund der
revolutionären Nationalsozialisten“

Aufruf zur Gründung einer Gruppe in Weißensee

Alle Leser und Genossen im Norden und Nordosten Berlins, die ge-
willt sind mitzuarbeiten, wenden sich schriftlich oder persönlich an die
nachgenannten Adressen:

Gerhard Reinecke, Berlin-Weißensee, Franz Josephstr. 2, I Tr.

Franz Bollert, Berlin-Weißensee, Berliner Allee 254, Hof r. I Tr.

Für den Fanal-Fonds ging im Oktober folgendes ein:

G. Korn, Gotha, auf Sammeliste Nr. 8	Mk. 3.—
E. Klest, Berlin-N	„ 2.—
G. Wehle, Berlin-Friedenau	„ 2.15
H. Roland-Holst, Holland	„ 10.—
Ig. Rebozu, Bern	„ 5.40

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers von ERICH MÜHSAM

Das Buch erschien 1920 als unmittelbarer Niederschlag der während des Krieges, während der Revolution und in den ersten Monaten seiner Gefangenschaft entstandenen Gedichte unseres Genossen.

Erich Mühsam ist einer der ganz wenigen Dichter, die ihre revolutionäre Gesinnung auch während der patriotischen Psychose des Krieges in wuchtigen Anklagen gegen den Massenmord zum Ausdruck brachten. Seine Revolutionsgedichte haben darum unter den Arbeitern stärkste Wirkung getan.

Das Buch „Brennende Erde“ fand, als der Kurt Wolff-Verlag es herausgab, außerordentliche Beachtung, auch bei der bürgerlichen Literaturkritik. Mit dem in Bayern geglückten Rechtsputsch der Weißgardisten Kahr und Möhl verschwand es aber aus den Buchhandlungen.

Jetzt ist das wichtige dichterische Kriegs- und Revolutionsdokument von uns übernommen worden; und wir sind in der Lage, es den Genossen zu stark herabgesetzten Preisen anzubieten.

Es kostet:

broschiert Mk. 1.— (früher Mk. 2.—

gebunden „ 2.— („ „ 3.40

Erich Mühsams „Brennende Erde“ gehört auf das Bücherbord jedes revolutionären Arbeiters!

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Alle Macht den Räten — Heimwehr-
tollhaus Österreich (v. L. Krafft) — Alle
Wetter (Gedicht) — Polemische Lite-
ratur — Elendspolitik — Ein wert-
voller Versuch

NR. 3

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 5

BERLIN

DEZEMBER 1930

Helios Gomez:

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern 2.50 Mk.

Die 25 Blätter dieser Mappe, die im Auf-
trage der I. A. A. herausgegeben wurde,
sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst.

Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung der Mappel

Der Reinertrag fließt restlos den Opfern
der spanischen Reaktion zu.

Kind und Elternhaus

*Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von B. Liber,
New-York*

(Vorzugspreis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Ausprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG

HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 3

Dezember 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin - Britz, Dörlkuchtingstr. 43. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Alle Macht den Räten

Die Auflockerung aller gesellschaftlichen Bindungen in dieser Zeit des Ueberganges, in der nichts feststeht als die Tatsache, daß nichts feststeht, macht den Anarchisten die ernste Auseinandersetzung darüber zur Pflicht, was für neue politische und wirtschaftliche Beziehungen sie als Inhalt der durch die soziale Revolution ermöglichten Ordnung des öffentlichen Lebens herbeiführen wollen. Solche Erörterungen sind viel wichtiger als das unfruchtbare Orakeln über den Zeitpunkt, wann unser aufbauendes Eingreifen nötig werden könnte. Es ist selbstverständlich damit zu rechnen, daß vorher ganz andre Kräfte zur Entfaltung kommen können als solche, die eine freiheitliche Gestaltung des Lebens anstreben. Gegen sie werden wir wie gegen alles Unsoziale und Gegenrevolutionäre die Mittel des unmittelbaren revolutionären Kampfes anzuwenden haben. Wir müssen aber auch, mögen wir diesen Verlauf für wahrscheinlich halten oder nicht, den günstigsten Fall in Betracht ziehen, daß der ja jetzt schon vor aller Augen liegende Bankrott der Demokratie in Deutschland weder von einer halbkonstitutionellen Industriellen- und Militärdiktatur abgelöst wird, wie sie Pilsudski in Polen und Starhemberg in Oesterreich versucht und wie Hugenberg und der Stahlhelm sie haben möchten, noch von einer rein faschistischen Tyrannei nach Mussolinischem Muster, noch auch von einer Parteidespotie der Stalin-Kommunisten, sondern daß das revolutionäre Proletariat sich im Aufschwung seiner Kraft

auf Selbständigkeit und Selbstverantwortung besinnt und daher den Kampf gegen jede Art Staat lenkt. Dann helfen uns keine Schlagwörter und keine roten und schwarzen Fahnen, dann müssen wir durch Rat und Zugriff praktisch bewähren, daß Anarchie ein wirklichkeitsträchtiger Daseinsbegriff ist und daß sich eine soziale Gesellschaft aufbauen läßt, die anders aussieht und anders handelt als ein Staat.

Nach mancherlei zweifelndem Schwanken hat sich in den Bewegungen des kommunistischen Anarchismus und des Anarchosyndikalismus das Bekenntnis zur Räterepublik als der freihheitlichen Gesellschaftsform des Sozialismus ziemlich allgemein durchgesetzt. Die Losung „Alle Macht den Räten“, unter der die russische Revolution 1917 ihren Oktobersieg errang, erwies sich als so erschöpfender Ausdruck des wahren Willens der gesamten revolutionären Arbeiterschaft in allen Ländern, daß auch die entschiedensten Autoritären, die Bolschewiken, sie aufnahmen, da sie sonst einfach den Anschluß an die Massen verpaßt und keine Gelegenheit gefunden hätten, sich nach dem Siege der Revolution zu demaskieren; sie wären, wie es den Menschewiken erging, schon vorher als Staatssozialisten erkannt und zu keiner Teilnahme an der Neuordnung der Verhältnisse zugelassen worden. Nachdem die Dinge in Rußland nun leider den Vorlauf genommen haben, den jede jacobinische Revolutionsverfälschung nehmen muß: von einer Massenerhebung über Klüngeldiktatur und Direktorium zum Bonapartismus — der gegenwärtige Zustand entspricht einer Zwischenstation zwischen Robespierre und Barras, aber die Konturen des Konsulates überschatten schon den Hintergrund —, zwingt die lärmende Anpreisung eines „Sowjet-Deutschland“, das dem Vorbild des heutigen Rußland genau nachgeahmt werden soll, zur klarsten Herausstellung des Gegensatzes zwischen einem Sowjetstaat und einer Räterepublik.

Eine Darstellung dessen, was sich in Rußland als „Diktatur des Proletariates“ ausgibt, erübrigt sich in diesem Zusammenhang. Es genügt, daran zu erinnern, daß die Verfolgungen und Brutalisierungen gegen alle Proletarier, die sich noch heute zu den gemeinsamen Parolen von 1917 bekennen, dauernd gesteigert werden und daß die Moskauer Machthaber sich noch nie bewogen gefühlt haben, dem Protest der proletarischen Revolutionäre aller Länder, die nicht ihre gefügigen Parteigänger sind, auch nur einen Teil der Beachtung zu schenken, die sie den Protesten empfindsamer Intellektueller zuwenden, wenn sich ihr revolutionärer Eifer wirklich einmal statt gegen Anarchisten und linke Kommunisten gegen Sabo-

teure, Weißgardisten und Pfaffen richtet. Daß westeuropäische Kapitalisten des Außenhandelsmonopols wegen in Rußland Wirtschaftssabotage finanzieren und daß die ganze gottgefällige Empörung über die Unterdrückung klerikaler Einwirkungen auf Politik und Wirtschaft nichts ist als anfeuernde Begleitmusik zu dieser Sabotage, kann garnicht zweifelhaft sein. Die Erschießung der 48 Leute, welche von der GPU. beschuldigt wurden, unter der Maske treuer Mitarbeit am Aufbauwerke des sozialistischen russischen Staates jahrelang organisierte Zerstörungsarbeit eben an diesem Werke betrieben, Nahrungsmittelfälschungen, Warenverderb und Betriebsstörungen größten Umfanges organisiert zu haben, kann Bedenken in uns erwecken, ob man mit diesen Personen wirklich die richtigen erwischt hat, da hier nicht wie im Schachty-Prozeß öffentlich verhandelt wurde, sondern nachträglich verlangt wurde, wir sollen an das Eingeständnis der Schandtaten bei allen 48 geheim Verurteilten glauben; aber die Radikalmaßnahme an und für sich, wenn es sich wirklich um eine derartig wirksame und bösertige Schädigung der arbeitenden Massen handelt, brauchte uns wahrhaftig nicht zum Haarausraufen zu veranlassen. Von den 42 deutschen Schöngesteirern, die ihrem Entsetzen über die Hinrichtungen Ausdruck gegeben haben, hat nicht ein einziger seinen Namen damals unter den Aufruf gesetzt, den wir linken Revolutionäre vor drei Jahren gegen die Drangsalierung der Oktoberkämpfer in Rußland in die Welt hinaus sandten. Sie haben sich auch bei sehr dringlichen Anlässen in Deutschland selbst, wie den Berliner Maimorden, alle mögliche Zurückhaltung auferlegt, müssen sich also den Vorwurf gefallen lassen, daß ihnen das Schicksal Unrecht leidender Proletarier niemals so wichtig ist wie das von Klassenfeinden des Proletariates, deren Unschuld zu bestätigen sie stets allzu bereit scheinen.

Die Angelegenheit der erschossenen Professoren und Spezialisten, danach jetzt wieder die Aufdeckung der Geheimorganisation einer Industriepartei in Rußland, die die Durchkreuzung der russischen Experimente staatssozialistischer Art bezweckt haben soll, lenken jedoch die Aufmerksamkeit auf Dinge, die uns als Räterevolutionäre in außerordentlichem Maße angehen müssen. Wir haben an die Leiter der russischen Geschicke und an die Verkünder eines Sowjet-Deutschlands nach gleichem Zuschnitt die Frage zu richten: Gibt es eigentlich in Sowjet-Rußland noch Sowjets? Was für eine Rolle spielen sie im öffentlichen Leben? Worin bestehen ihre Funktionen im Wirtschaftsbetriebe? Haben sie keine Kontroll-

rechte mehr in den Fabriken und den Verteilungsstellen? Wie geht es zu, daß klassenfremde Gegenrevolutionäre Jahre hindurch Konserven verunreinigen konnten, ohne daß die Arbeiter etwas gemerkt haben? Wie sind die ganzen Schweinereien, die in der russischen und parteikommunistischen Presse mit allem greuelhaften Beiwerk umständlich geschildert wurden, überhaupt möglich geworden, wenn es zugleich wahr sein soll, daß Rußland ein Sowjetland ist und die Arbeiter selber die Herren im Hause ihrer Arbeit sind? Das, nichts sonst, soll von denen erklärt werden, die die Saboteure anklagen und ihre Schuldbeweise nach vollstrecktem Todesurteil auf das Geständnis der Verurteilten stützen, nicht auf ihre Dingfestmachung durch die kontrollierenden Betriebsräte. Hängt das Geheimverfahren vielleicht zusammen mit der Befürchtung, bei öffentlicher Verhandlung wäre die gänzliche Einflußlosigkeit der Sowjets an den Arbeitsstätten ans Licht gekommen, die bei der geringsten Selbständigkeit und Macht ja schon beim ersten Sabotageversuch hätten aufmerksam werden, beobachten und zugreifen müssen?

Ueber Rußland wird an andrer Stelle dieses Heftes im Anschluß an einige Literaturerzeugnisse mehr gesagt. Ueber Rußland wird, da es ohne Frage das wichtigste Gegenwartsproblem ist — handelt es sich doch um die Frage, ob es uns Vorbild oder Warnung sein soll —, noch oft und ausführlich gesprochen werden müssen. Im Augenblick steht allein die Aufgabe zur Lösung: Wie sieht der gesellschaftliche Zustand aus, der die Forderung „Alle Macht den Räten!“ erfüllt? Der Hinweis auf die Möglichkeit jahrelang gelungener konterrevolutionärer Wirtschaftssabotage in Rußland, 13 Jahre nach der siegreichen Revolution, aber würde allein zum Beweise genügen, daß der erstrebte Zustand keine Ähnlichkeit haben wird mit dem Gesellschaftsbilde des heutigen Rußlands.

Der Rätegedanke ist uralte. Räte sind im eigentlichen Sinne nichts anderes als die Vereinigung Gleichberechtigter zur Beratung ihrer eigenen gemeinsamen Angelegenheiten. Diese Bedeutung hatten die Gemeindeversammlungen des Altertums, die Gilden des Mittelalters, die Sektionen der französischen Revolution und der Kommune. Das Rätewesen als Zusammenarbeit von Ratgebern und Ratholern auf Gegenseitigkeit ist über die Bestimmung der Interessenvertretung in sich verbundener Menschengruppen hinaus die natürliche Organisationsform jeder Gesellschaft überhaupt, welche die Leitung der öffentlichen Sachen von einer staatlichen Spitze aus durch die Ordnung von unten herauf, durch Föderation,

Bündnis und unmittelbaren Zusammenschluß der Arbeitenden zur Regelung von Arbeit, Verteilung und Verbrauch ersetzt sein will. Der Anarchismus stellt von jeher diese föderative Gestaltung der gemeinschaftlichen Notwendigkeiten dem zentralistischen Prinzip gegenüber. Die Organisation von den Arbeitsstätten und Arbeitsbeziehungen aus, das ist die politische und wirtschaftliche Gesellschaftsform der Anarchisten, das ist die staatlose, die dem Staat entgegengesetzte Gesellschaftsform der Anarchie. Die Bezeichnung der Organe dieser unmittelbar wirksamen Beeinflussung des Lebens durch die Arbeit als „Räte“ wurde zum ersten Male auf dem Baseler Kongreß der I. Internationale (5. bis 12. September 1869) laut, und zwar entwickelte der belgische Anarchist Hins in seinem Kommissionsbericht über die künftige Bedeutung der Gewerkschaften den Gedanken, daß in einer sozialistischen Gesellschaft die Vereinigung der Gewerkschaften eines Ortes die Kommune bilden, während die nationalen (regionalen) Verbände die Arbeitervvertretung sein würden. Die Staatsregierung würde durch Räte aus den Föderationen der Berufe und durch ein Komitee ihrer Delegierten ersetzt. So würden die Arbeitsbeziehungen die politischen Beziehungen in sich schließen. Jede Industrie werde ein Gemeinwesen für sich sein und auf diese Weise die Rückkehr zum alten Zentralisationsstaat für immer unmöglich gemacht werden. Die alten politischen Systeme würden also ersetzt werden durch die Repräsentation der Arbeit.

Diese Ausführungen, mit denen Hins vor 61 Jahren die moderne syndikalistische Bewegung aus der Taufe hob, haben eine geschichtliche Bedeutsamkeit, deren Umfang und Tiefe erst in unsern Tagen, da der Rätegedanke zur befruchtenden Idee der revolutionären Arbeiterschaft aller Länder geworden ist und schon jetzt durch seine Verfälschungen in der Praxis diskreditiert zu werden droht, klar zu erkennen ist. Hierbei kommt es garnicht darauf an, daß der Ausbau der kapitalistischen Industrialisierung die revolutionäre Gestaltung der Räte nicht mehr von Berufs- oder Industrieverbänden, sondern unmittelbar von den Belegschaften der einzelnen Betriebe und ihrer örtlichen und regionalen Verbindungen erwarten läßt. Es kommt allein darauf an, daß auf dem Baseler Kongreß bereits der Sinn der Forderung „Alle Macht den Räten!“ mit unzweideutiger Klarheit festgestellt worden ist, auf jenem in jeder Hinsicht denkwürdigen Kongreß, von dem Max Nettlau sagt, er sei „bis heute die einzige große Versammlung geblieben, in der Sozialisten und Anarchisten aller Richtungen, in

natürlichen Proportionen vertreten, ruhig diskutierten, sich über manches verständigten, in anderem differierten und friedlich auseinandergingen“. Wir wissen, was die fernere Zusammenarbeit der verschieden gerichteten revolutionären Arbeiterorganisationen verhindert hat: der Glaube an das Heil der Zentralgewalt, der seine Verkünder zwangsläufig zu der Auffassung führt, daß nur sie sie ausüben dürfen; folglich der Widerstand aller Stolzen und Freien innerhalb der Arbeiterbewegung gegen die Zumutung, anstelle der Staatsautorität die Autorität von sich selbst ernannter Befehlsgeber des Proletariates ertragen zu sollen; dann die inneren Kämpfe zwischen den Führerschaften, die sich als Kommandeure und Nutznießer der proletarischen Klassenbewegung bereits als Beamte der künftigen Zeit fühlen und im Gegenwartsstaat einüben, endlich die Umbiegung aller revolutionären Begriffe zu Werkzeugen der Macht Weniger über die Gesamtheit. Hierfür ist Rußland das schlimme Beispiel geworden, wo die Revolution unter der gemeinsamen Forderung „Alle Macht den Räten!“ den herrlichsten Sieg erkämpfte und wo es Autoritären gelang, alle Macht in ihre eigenen Hände zu bringen, die Räte zu regierungsergebenden Staatsorganen zu machen, ihre Wahl von der Zugehörigkeit oder mindestens Billigung einer jeden Kritik unterbindenden, die Freiheit des Proletariats schlimmer als die der Kapitalisten unterdrückenden Partei abhängig zu halten und in der Welt die Meinung zu verbreiten, Rußland sei eine Sowjetrepublik, aus seinem Boden wachse „Sowjetgetreide“, aus seinen Naphtaquellen fließe „Sowjetöl“ und in den Einkerkierungen, Verbannungen, Verfolgungen, Beschimpfungen und Verleumdungen aller, die den Losungen von 1917 die Treue gehalten haben, erweise sich die wahre Erfüllung des Sowjetsystems: Alle Macht den Räten!

Wie stellen wir uns die „Repräsentation der Arbeit“ vor, die Hins als Trägerin der Zukunft anstelle des in Rußland bevorzugten staatskapitalistischen Systems verkündete? Wir nehmen den Ruf „Alle Macht den Räten“ wörtlich. Wir dulden keine Macht, die sich über den Räten festsetzen will. Wir verstehen mit Bakunin unter der Errichtung der Räterepublik „die vollständige Liquidation des politischen, juristischen, finanziellen und verwaltenden Staates, den öffentlichen und privaten Bankrott, die Auflösung aller Macht, Dienste, Funktionen und Gewalten des Staates, die Verbrennung aller Dokumente, der öffentlichen und privaten Akten.“ In unsrer Revolution wird sich das Proletariat beeilen, „sich so gut es geht, revolutionär zu organisieren, nachdem die in Assoziationen vereinigten Ar-

beiter die Hand auf alle Arbeitswerkzeuge, Kapital jeder Art und die Gebäude gelegt, sich bewaffnet und nach Straßen oder Vierteln organisiert haben“. Die Kommunen der verschiedenen Orte werden sich dann föderieren, „zur gemeinsamen Organisation der nötigen Leistungen und Beziehungen für Produktion und Austausch, für die Aufstellung der Verfassungs-urkunde der Gleichheit, der Grundlage jeder Freiheit, einer absolut negativ gearteten Charte, die mehr festsetzt, was für immer abgeschafft werden muß, als die positiven Formen des lokalen Lebens, die nur durch die lebendige Praxis jeder Oertlichkeit geschaffen werden können; ferner für die Organisation einer gemeinsamen Verteidigung gegen die Feinde der Revolution und für Propaganda, Bewaffnung der Revolution nebst praktischer revolutionärer Solidarität mit den Freunden in allen Ländern gegen die Feinde in allen Ländern“. (Brief Bakunins an Albert Richard vom 1. April 1870 über die Aufgaben der Pariser Kommune.)

Um schließlich die lebendige Wesenheit der Räte aufzuzeigen, die Form der Delegation, die die Gefahr ausschließt, daß sich Vertreter des Proletariats zu Vorgesetzten ihrer Auftraggeber erheben, wie es im Staat und in allen zentralistischen Organisationen der Fall ist, seien ein paar Sätze wiederholt, die den Standpunkt des FANAL in der ersten überhaupt erschienenen Nummer vom Oktober 1926 deutlich machen sollten. Da hieß es im Artikel „Staatsverneinung“: „Die Verwaltung des Gemeinwesens durch die von den Arbeitsstätten aus von unten nach oben wirkende föderative Organisation der Räte, die von den revolutionären Kommunisten aller Schattierungen angestrebte Räterepublik, kann niemals ein Staatsgebilde sein. Staat setzt Regierung voraus, das ist obrigkeitliche Befehlsgewalt und Rangordnung. Die Räterepublik ist charakterisiert in der Forderung . . . : Alle Macht den Räten! — Räte sind die aus den Produktionsbetrieben unmittelbar entsandten, für jede Einzelfrage nach besonderer Eignung ausgesuchten, stets abberufbaren und auswechselbaren, unter dauernder Kontrolle der Werktätigen nach deren eigenen bindenden Beschlüssen handelnden Delegationen der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebsbelegschaften. In den Räten ist also die gesamte städtische und ländliche arbeitende Bevölkerung zur direkten Ausübung aller Verwaltungsfunktionen des Gemeinwesens zusammengeschlossen. Die Leitung der Verwaltungsaufgaben in den gemeinsamen Angelegenheiten weiterer und weitester Bezirke geschieht durch Unterdelegationen dieser Räte zu Kreis-, Provinzial-, Landesrätekongressen nach

dem gleichen Grundsatz der Verantwortung nach unten, der Abberufbarkeit, des gebundenen Mandats, bis hinauf zu den höchsten Exekutivorganen, dem Zentralexekutivkomitee und dem Rat der Volksbeauftragten, denen keine Legislative, sondern durchaus nur die Ausführung des Willens der im Produktionsprozeß unmittelbar Tätigen zusteht und die, stets gewärtig, den Platz im Ganzen oder für einzelne Aufgaben berufeneren Genossen räumen zu müssen, immer nur Beauftragte, nie Auftraggeber sind.“

Alle derartigen Versuche, künftige Dinge in Worten und Thesen festzulegen, können der Wirklichkeit immer nur auf die Richtung hinweisen, in der Freiheit und Sozialismus liegt. Finden muß sie die schaffende Menschheit selber. Es ist ja vollkommen gleichgültig, ob sich die Räte ein zentrales Exekutivkomitee und einen Rat der Volksbeauftragten schaffen oder nicht. Tun sie es, so müssen sie achtgeben, daß es in der Tat ausführende Organe bleiben und nicht auf Schleichwegen eine Gesetzgeberei aus ihren Funktionen machen; unterlassen sie es aber, so müssen sie eben ein andres Mittel finden, um die Aufgaben der Gesamtheit wie Beleuchtung der Dörfer und Städte, Verkehrswege, Brückenbauten, Medizinal- und Schulwesen, kurz alle die Dinge zu regeln, die nicht von einem Betriebe oder einem Stadtviertel aus allein geordnet werden können. Tausenderlei Fragen werden sich erst aufwerfen, wenn es ans Handeln geht. Mit dem Höchstmaß von Vertrauen zur Kraft des gemeinsamen Willens und mit dem Mindestmaß von Vertrauen zu jeglicher von oben her zudrängenden Anordnung kann jede Frage im freiheitlichen Geiste gelöst werden. Nur glaube niemand, die Arbeiter könnten die Produktion einfach übernehmen, indem sie die Maschinen, die sie vorfinden, in den gleichen Fabriken wie jetzt in gleicher Menge die gleiche Ware herstellen lassen. Mit der „Sozialisierung“ von Fabriken ist gar nichts getan, wenn nicht zugleich der Markt, für den sie Produkte liefern, sozialisiert wird. Alles, was die Revolution vorfindet, ist ausschließlich für die kapitalistische Wirtschaft eingerichtet, das heißt: die Arbeit dient nicht dem nötigen Bedarf, sondern dem Profit; es wird Ueberflüssiges hergestellt, dringlich Wichtiges für die arbeitenden Massen wird vernachlässigt. Ebenso ist die Verteilung nicht organisiert nach dem Gesichtspunkt, daß jede Ware auf schnellstem Wege vom Produzenten zum Konsumenten gelangt, sondern nach den Gewinnberechnungen des Zwischenhandels, und endlich ist der Verbrauch nicht geordnet nach dem Bedürfnis der Verbrauchenden, sondern nach deren Kaufkraft. Es ist Aufgabe der

Räte, — und nur, wenn tatsächlich alle Macht in ihren Händen ist, können sie dieser Aufgabe gerecht werden —, vom ersten Tage der Revolution an die kapitalistische Organisation der Wirtschaft radikal aufzulösen und Arbeit, Umlauf und Verbrauch sofort umzustellen auf den Bedarf der Arbeitenden in den Städten und auf dem Lande nach Ernährung, Bekleidung, Behausung und Erholung. Hier erwachsen den die unverfälschte Räterepublik anstrebenden Arbeiter- und Bauernorganisationen schon jetzt wichtige Aufgaben statistischer Art, und es wäre gut, wenn sich Revolutionäre zusammenfänden, um die Erfordernisse einer staatlosen Gesellschaft an Hand der vorhandenen und zu schaffenden Möglichkeiten zur Umstellung von Fabriken, Beschaffung von Rohstoff, gegenseitiger Versorgung und was dazu gehört, zu errechnen.

Endlich aber darf nie aus den Augen schwinden, daß nur dann kein Staat ist, nur dann die Räte wirklich unumschränkt wirken können, wenn alles öffentliche Leben von den Gemeinden ausgeht; daß, was immer innerhalb der Gemeinde ausgetragen werden kann, innerhalb der Gemeinde bleiben muß und daß die expansiven Erfordernisse der Wirtschaft zentrifugal von den Gemeinden aus betrieben werden müssen. Gustav Landauer hat im Februar 1910 im „Sozialist“ in zehn Punkten „Leitsätze der Politik“ aufgestellt, die, da sie in keines seiner Bücher aufgenommen sind, hier wieder abgedruckt werden sollen. Ein Blick in diese Sätze genügt, um auch hier, obwohl das Wort Räte nicht gesagt wird, die Uebereinstimmung mit der Forderung der anarchistischen Räterepublik zu erkennen:

1. Jeder erwachsene Mann und jede erwachsene Frau ist selbständig in den eigenen Angelegenheiten.

2. Die Gemeinde erkennt an, welches die eigenen, unanrührbaren Angelegenheiten des Einzelnen in dieser Gemeinschaft sind.

3. Jede Gemeinde ordnet ihre eigenen Angelegenheiten selbständig.

4. Die Träger der Gemeindepolitik sind die permanent tagenden Berufsverbände, die zeitweilig in Gesamtheit zu allgemeinen Volksversammlungen zusammentreten. Diese Gemeindevertretungen ernennen Beauftragte zu selbständigem Handeln im Dienste der Gemeinde und ersetzen sie auf Grund souveräner Beschlüsse durch andre.

5. In den Angelegenheiten der Gemeinschaft zwischen den Gemeinden treten die Gemeinden zu Kreisverbänden, Provinzen und Landtagen zusammen.

6. Die Abgeordneten zu diesen Tagungen haben lediglich den Willen der Gemeinden auszuführen. Sie haben imperatives Mandat, stehen unter der ständigen Kontrolle der Gemeinde und können jederzeit abberufen und durch andre ersetzt werden.

7. Zum Vollzug der Anordnungen, die durch diese Verbände im Interesse der engeren und weiteren Gemeinschaften getroffen werden, werden Amtleute ernannt, die dem Volk, das ihnen den Auftrag gegeben hat, verantwortlich sind.

8. Die Gemeinden und die engeren und weiteren Gemeinschaften aus Gemeinden setzen jeweils die Art fest, wie ihre Beschlüsse zustande kommen sollen.

9. Es bleibt der Entscheidung der Gemeinden überlassen, ob sie an den Beschlüssen und Betätigungen der engeren und weiteren Gemeinschaften teilnehmen wollen oder nicht.

10. Es gibt keine öffentlichen Gewalten, als die von der Gemeinde eingesetzten und anerkannten.

Aus allem, was hier und im Vorigen gesagt wird, kann ein erschöpfendes Gesellschaftsbild allerdings nicht entnommen werden. Wer aber den Sinn der Forderung „Alle Macht den Räten“ nicht erfüllt, weil der Staat zutiefst in ihm sitzt, auf den werden wir beim Aufbau des anarchistischen Sozialismus ohnehin kaum zu rechnen haben. Viele werden — wir kennen ja alle die Einwendungen von Staatstreuen und Parteimenschen — meinen: fangts an, wie ihr wollt, es wird doch immer ein Staat draus werden. Wir wissen, daß sie es sind, die alles versuchen werden, um den Staat draus werden zu lassen. Wer aber ein richtiger Spießbürger ist, der wird sogleich dutzende und hunderte von Alltagshindernissen wissen, welche sich der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Freiheit schon entgegenstellen werden, sodaß wir nie zum Ziele kommen können. Sie haben ganz recht: es wird nicht leicht sein. Es gehört ein Wille dazu, der Berge versetzen kann. Der Wille der Detailkrämer des Zweifels und der Besorgnisse reicht aber gewöhnlich noch nicht einmal dazu, einem Ideal zuliebe die Uhrkette zu versetzen. Die Marxisten werden uns dialektisch beweisen, daß die Räte-macht gar keine Räte-macht sein kann, sondern nur eine Stalin- oder Heinz-Neumann-Diktatur, und die Sozialdemokraten werden uns fragen, warum wir denn noch nicht einmal mit dem freien Volksstaat von Weimar zufrieden sind und durchaus auf einer staatlosen Rätegesellschaft bestehen. Es ist wahr, die Formel „Alle Macht den Räten“ bedeutet das Bekenntnis zu einer vollständigen Umwälzung der Grundlagen des gesellschaftlichen Seins. Gegen eine Revolu-

tion von den Wurzeln aus aber sträubt sich der Mensch, der noch irgend Hoffnung hat, aus den Wurzeln der Gegenwart Kraft zu saugen. Nur wem die Gegenwart nichts mehr bietet als Abscheu vor ihren Erbärmlichkeiten und Tücken, wird einer Zukunft den Weg frei machen wollen, auf den kein Erbgut des Früheren mitgenommen werden kann. Die russischen Kommunisten sind gescheitert, weil sie nicht den Mut hatten, mit der Vergangenheit zu brechen. Sie haben den Staat mit den Räten verquicken wollen. Der Staat ist geblieben, stärker als je zuvor, die Räte sind Werkzeuge des Staates geworden, also keine Räte mehr. Wer aber fragt: Wird es nicht wieder so kommen? Sind es nicht Menschen, mit denen ihr ausziehen wollt, die Freiheit zu errichten, schwache, autoritäre, geknechtete, knechtende, gehorsame und törichte Menschen? Wie wollt ihr fertig werden mit den Widerständen der geistigen Trägheit und der anerzogenen Ehrfurcht vor Kirche, Schule, Familie und Staat? — wer so fragt, dem wollen wir entgegen setzen unsern Willen, unsern Mut und unsre Ueberzeugung. Denn die Gegenwart soll an die Zukunft keine Fragen stellen, sondern Forderungen!

Heimwehrtollhaus Österreich

Wenn im Januarheft des FANAL „Verrat in Oesterreich“ dargelegt wurde, daß der Heimwehrtollhaus durch die Erfolge einer größtenteils mit außerparlamentarischen Mitteln erzwungenen Verfassungsreform kühner geworden, unaufhaltsam weiter vordringt und seitens der Sozialdemokratie immer weniger ernsthaften Widerstand findet, so hat sich diese Voraussage nicht nur bewahrheitet, sondern ist von den Ereignissen weit übertroffen worden. Der ersten geschlagenen Bresche folgten weitere, das Antiterrorgesetz, mit dessen Hilfe die freien Gewerkschaften zertrümmert werden sollen, das Notopfer für die Landwirtschaft, welches Unsummen dem reaktionären Großgrundbesitz in den Rachen wirft und erhöhte Zölle, horrende Verteuerung von Zucker, Salz und Tabak zur Folge hatte, die nun jeden Proletarierhaushalt drückend belasten. In derselben Zeit aber, in welcher die Regierung die Massensteuer so unerhört steigerte, wurden die Besitzsteuern herabgesetzt, wobei man in empörender Weise den Banken und der Großindustrie weitgehend entgegenkam. Auch an der Arbeitslosenunterstützung wollte man rütteln, doch da besann sich endlich die Sozialdemokratie, inszenierte ihr Volksbegehren für die Altersfürsorgerente und gegen den Unterstützungsabbau, welches von 1 600 000 Wahlberechtigten unterschrieben wurde, aber von den sich überstürzenden politischen Begebenheiten überholt, bloß ein überflüssiger papierener Protest blieb.

Während im Parlament die proletarischen Interessen mit Mehrheitsbeschluß planmäßig vergewaltigt wurden, weil die sozialdemokratische Opposition vor jedem ernststen Mittel zurückschreckte, haben die Schober, Vaugoin und Regierungskonsorten ihre Zeit genützt und mit Hilfe des Staatsapparats Oesterreich skrupellos zu korrumpieren und zu faschistisieren versucht, wo immer es nur anging. Leider gelang es fast überall! Das von allen klassenbewußten Proleten gesäuberte Bundesheer wurde im Herbstmanöver gegen das rote Wien geführt. Eine herausfordernde Parade in der Bundeshauptstadt führte den Arbeitern alle Ueberraschungen, die man für sie auf Lager hält, falls sie aufmucken sollten, recht nachdrücklich vor Augen. Bald darauf kam es wegen des nächsten faschistischen Angriffsobjektes, der Bundesbahn, wo freie Gewerkschaft und Vertrauensmänner noch etwas zu reden haben, zur Regierungskrise, zum Sturze des „Julihelden“ Bundeskanzler Johannes Schober, der schon längst dem radikalen Heimwehrflügel zu demokratisch regierte. Da Herr Schober den berüchtigten Putschisten Pabst eines Tages kurzerhand auswies und mit der Ernennung des klerikalen Liebkindes, des Korruptionisten, Häuserschiebers und gerichtlich als „unkorrekt und unsauber“ gebrandmarkten Dr. Franz Straffella aus Graz als Generaldirektor der Bundesbahn nicht gleich Ernst machte, wurde er zur Beseitigung reif. Was half ihm da noch die gute sozialdemokratische Presse, der politische Weltpfaffe und Heimwehrrörderer Prälat Seipel, der seit einem Jahrzehnt die Regierungsfäden in Oesterreich in den Händen hält, erachtete die Zeit für gekommen, offen faschistische Politik zu treiben. Mit Schobers Rücktritt zerbrach sofort die bürgerliche Einheitsfront, welche bei den letzten Nationalratswahlen April 1927 85 Mandate (73 Christlichsoziale und 12 Großdeutsche) errang und mit dem Landbund (9 Mandate) gegen 71 Sozialdemokraten regierte. Da Landbund und Großdeutsche eine neuerliche Regierungsbeteiligung ablehnten, bildete sich eine christlichsoziale Minderheitsregierung mit dem Heeresminister Vaugoin als Bundeskanzler, Prälat Seipel als Minister des Aeußeren und unter Beteiligung zweier Heimwehrführer: Ernst Rüdiger Starhemberg als Minister des Innern und Dr. Hueber als Justizminister. Justiz und Inneres in den Händen der Faschisten, kusch, österreichischer Prolet oder verrecke! Während Dr. Hueber eine unbekannte Salzburger Heimwehrgröße ist, weiß man vom Starhemberg schon weit mehr zu berichten. Als Exfürst, 30 Jahre alt und Besitzer von 13 Schlössern, unermesslichen Ländereien, stellte er sich in seiner Heimat, Oberösterreich, eine kleine Privatarmee auf. Da er ein eifriger Geldgeber und Waffenschieber der Heimwehr wurde, turnte er sich schließlich empor und weil er bei allen deutschen Putschen geputscht hatte, war er zum Innenminister und Befehlshaber von Polizei, Gendarmerie und Bundesheer — mit einem Worte: zum Schützer der Republik — geeignet wie kein anderer. Starhembergs wenige von blindem Haß gegen das Proletariat erfüllte Regierungsmaßnahmen sahen auch danach aus! Versuchte Entwaffnung des Republikanischen Schutzbundes durch

überfallartige Durchsuchung aller Arbeiter- und Gewerkschaftsheime bei Beschlagnahme sämtlicher Waffen vom Eispickel aufwärts, Auflösung der Parlamentskommission für Heeresangelegenheiten, Ernennung des anrühmigen Nichtfachmannes und Arbeiterhassers Strafella zum Bundesbahndirektor; alle diese Herausforderungen sollten der „roten Bestie“, wie der größenwahnsinnige Bursche meinte, die Giftzähne ausreißen. Dem allen gegenüber mahnte die sanftmütige Sozialdemokratie täglich mehrere Male, sich weder provozieren noch einschüchtern zu lassen und am 9. November mit dem Stimmzettel in der Hand den Faschismus zu besiegen! Mittlerweile hatte sich nämlich die klerikofaschistische Minderheitsregierung zur Ausschreibung von Neuwahlen bequemen müssen. Ein „Wahlkampf“ von noch nie dagewesener Heftigkeit begann und ein Flugblatt der Inflationsopfer kam ziemlich der Wahrheit nahe, wenn es im Telegrammstil berichtete: „Auch rote Führer zu viel Fett angesetzt, darum kein Verständnis für Volk in Not — schleppen Euch von Wahl zu Wahl mit grellen Plakaten, Filmen, Tamtam, großem Geschrei — versprechen viel, halten nichts — packeln miteinander — Zeche zahlt Volk — überall! Not, Elend, Verzweiflung, Selbstmord!“

Das Ergebnis der Wahlen in den Nationalrat brachte keine Entspannung, keinen „Sieg“, sondern nur eine Verschärfung der Lage. Die Sozialdemokraten erhielten 72 Mandate (plus 1) — trotz Verlust von über 20 000 Stimmen in der Provinz, der durch das diesmal getrennt marschierende Bürgertum wettgemacht wurde; die Christlichsozialen verbündet mit der Heimwehr (Dreiviertel-Faschisten) mußten sich mit 66 Mandaten begnügen, während ihre verlorenen Mandate (8) die neue Ganzfaschistenpartei, der Heimatblock, bekam. Das Zünglein an der Wage bleibt der Schoberblock (Großdeutsche und Landbund) als nationales Halbfaschistenkonglomerat für „Ruhe und Ordnung“, welcher 19 Mandate errang. Die kleinen Parteien, wie Nationalsozialisten, die diesmal ihre Gesamtstimmen überraschend auf 104 000 erhöhten, die Kommunisten mit bloß 20 000 gingen bei dem geltenden, eigenartigen Mandatsermittlungsverfahren leer aus.

Was nun? Diese Frage, welche sich jedem enttäuschten österreichischen Wähler aufdrängt und das sind fast alle, ist nicht leicht zu beantworten. Starhemberg meint — merk dir's, revolutionärer Prolet —: „Der Schwerpunkt unserer Heimwehrbewegung muß in unseren militanten Formationen liegen. An dem Tag, da das Parlament wieder eröffnet wird, beginnt wieder unsere militante Arbeit. Wir werden die österreichische Innenpolitik unter Druck setzen, um unser Ziel zu erreichen!“ Die klerikofaschistische Regierung wird zurücktreten, um einer, mit einigen Schoberleuten vermehrten reaktionären Regierung Platz zu machen. Nichts wird sich ändern und der erbitterte Kampf gegen alles nach faschistischer Meinung „rote“ wird nur noch ärger entbrennen, bis das österreichische Proletariat zermürbt und verraten auch die letzte günstige Gelegenheit verpaßt haben wird. Daran vermag auch das Häuflein österreichischer Kommu-

nisten nichts zu ändern — scheinbar die führer- und ideenärmste Sektion der III. Internationale — welches, wenn nicht gerade mit Linienstreit beschäftigt, bescheiden vom Verneinen der sozialdemokratischen Parolen sein Dasein fristet.

Dagegen kann der Anarchismus in Oesterreich im letzten Halbjahre über ansehnliche Erfolge berichten. Der angekündigte Zusammenschluß der Opposition gegen Klosterneuburg, der der FANAL-Richtung nahestehenden Genossen, ist zustande gekommen. Ein Monatsblatt „Contra“ (Zuschriften und Bestellungen an Vilma Ritschel, Wien X, Rotenhofgasse 106, bisher 7 Hefte) erscheint vorläufig im Vervielfältigungsverfahren und bringt beachtenswerte Beiträge, von denen die Artikelserie Joseph Kouceras „Von Ravachol bis Caserio“ besonders hervorgehoben werden soll. Aber noch eine zweite anarchistische Kraftquelle ist eifrig am Werke. „Das Nebelhorn“ Dr. Herbert Müller-Guttenbrunn (Verlag: Goethebuchhandlung Wien IX, Liechtensteinstraße 16, bisher 96 Nummern), welches jüngst seinen Standpunkt zur Bürgerkriegsfrage dahingehend klargestellt hat, daß es keineswegs für die Gewaltlosigkeit um jeden Preis sei, denn der Einsatz — neuerliche vollständige Rechtlosigkeit des Proletariats — wäre zu hoch. Dr. Müller-Guttenbrunn trat auch vor kurzem mit der Vorlesung seiner Komödie „Der Streik der Presse“ in die Öffentlichkeit, deren anarchistische Grundtendenz die anwesenden Genossen begeisterte. Das so beifällig aufgenommene Werk erscheint anfangs Dezember als Sonderheft des „Nebelhorn.“ — Unermüdliche Propaganda, engerer Zusammenschluß, organisierte Abwehrbereitschaft gegen den Heimwehrfaschismus werden die dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit sein.

Wenn der Wiener Gewerkschaftsbonze Viktor Stein jüngst in einer überheblichen Wahlrede erklärte, der österreichische Arbeiter sei einen dornigen Weg der Entwicklung gegangen und habe sich vom zerstörungswütigen Anarchisten der achtziger Jahre zum gesetzestreuem Hüter eines republikanischen Gemeinwesens gewandelt, so wissen wir heute klarer denn je, daß dieser bewundernswerte Weg nur ein Abweg, ein Irrweg war. Halten wir uns deshalb bereit und sammeln wir alle entschlossenen revolutionären Kräfte zur Entscheidung, die kommen wird und kommen muß, damit wir nicht wehrlos in die ringsum starrenden, nahen Abgründe jenes, den gläubigen Massen eingeredeten Weges zur „Höhe und Macht“ mitstürzen!

L. Krafft-Wien,

Polemische Literatur

Der mächtige Bucherfolg von Remarques „Im Westen nichts Neues“ war ein Beweis dafür, daß die jahrelange Ermüdung von Kriegsliteratur einem neuen Bedürfnis gewichen ist, das Erlebnis des Weltbrandes im Großen wie im Kleinen noch einmal zur Kritik gestellt zu sehen. Die Roman-

literatur der letzten Zeit wird in überraschendem Maße von der Geschichte der allerjüngsten Vergangenheit gespeist, wobei sich Kriegszeit und Nachkriegszeit ungefähr die Wage halten. Diese Bücher, von denen die krachledernen Erinnerungswerke aus den Kreisen der Nationalisten bei der jüngeren Lesegeneration besonders beliebt zu sein scheinen, sollen, in geeigneter Auswahl, Gegenstand der nächsten Bücherübersicht werden. Für dieses Mal sei die erzählende Literatur ganz zurückgestellt, um aus der außerordentlichen Fülle der Bücher, welche seit der letzten Besprechung der Kritik harren, ein paar zeitgeschichtliche Werke polemischen Charakters auszuwählen, unter denen, wie immer, die Rußlandliteratur den breitesten Raum einnimmt.

Ein aus der Fülle der übrigen Kriegsbücher herausstechendes Werk ist der höchst wertvolle Versuch des bedeutenden Sexualforschers Dr. Magnus Hirschfeld, „Die Sittengeschichte des Weltkrieges“ (Herausgegeben von Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, bearbeitet von Dr. Andreas Caspar. Verlag für Sexualwissenschaft Schneider u. Co. Leipzig-Wien) durch Zusammenfassung des literarischen und graphischen Materials über die Zusammenhänge von Weltkrieg und Erotik darzustellen. Zunächst liegt nur ein Band vor, dem ein zweiter noch folgen soll, sodaß Bemängelungen wegen Unvollständigkeit mindestens verfrüht wären. In einzelnen Bearbeitungen werden die Wirkungen des Krieges auf die Geschlechtlichkeit der Soldaten, der Kriegerfrauen, der Bevölkerung vorgeführt, wird gezeigt, wie sich die Erotik im Schützengraben, in der Etappe, in den Lazaretten und daheim dem Kriege anpaßte, welche Formen die Mode, die Zote, das ganze Triebleben der Menschen unter dem Einfluß des Dauermordes annahmen, wie der Krieg Prostitution, abwegige sexuelle Phantasien aller Art, Sadismus, Homosexualität, Onanie und Transvestitentum förderte, endlich auch, wie sich die Kriegführung durch infamste unsoziale und entwürdigende Maßnahmen mit den Problemen des Geschlechtsdranges der entwurzelten Kriegssklaven und der Bekämpfung von Tripper und Syphilis abfand. Die außerordentlich zahlreichen, teilweise farbigen Bildbeilagen vergegenwärtigen die Benutzung der Geschlechtsphantasie während des Krieges zur Befeuerung der patriotischen Leidenschaften und zur Haßpropaganda. Schmalziger Kitsch und krasse Obszönität erinnern in Versen und Bildern an die überspannte Geilheit jener Jahre. Die gemeinsten Volksbedrückungen wie der Mißbrauch der Frauen zur Ausübung ihnen physiologisch nicht zumutbarer Männerberufe werden durch Erregung erotischen Kitzels ins Komische gezogen; kurz, das Werk würdigt in vollster Objektivität den Krieg von einer bisher nie grundsätzlich beachteten Seite, und es wäre den Begeisterten, die das romantische Abenteuer eines Krieges stürmisch bejahen, sehr zu wünschen, sich einmal mit den soziologischen Problemen zu befassen, die durch diese Sittengeschichte aufgeworfen werden. Das umfangreiche, durch die vielgestaltige Ausstattung natürlich sehr kostspielige Werk, dessen Anschaffung für den

einzelnen Arbeiter kaum in Frage kommt, sollte nach Möglichkeit von proletarischen Bibliotheken erworben werden, da es in sexualwissenschaftlichem, sozialkritischem und antimilitaristischem Betracht zugleich wichtig ist. Nach Erscheinen des zweiten Bandes komme ich auf die Arbeit zurück.

Ein neues Buch von Peter Martin Lampel („Patrouillen! Erlebnisse und Bemühungen um junge Menschen“, Carl Reissner Verlag, Dresden 1930) sei deshalb in diesem Zusammenhange gestreift, weil es sich, ohne Erzählung zu sein, mit den Gegenwartsproblemen abquält und wohl den Anspruch erhebt, als weltanschauliches Dokument genommen zu werden. Lampel schickte mir das Buch in der Erwartung, daß ich seinem Kampf die Ehrlichkeit nicht absprechen werde, wenn er auch damit rechne, daß ich es „schrecklich herunterreißen“ werde. Das ist keineswegs meine Absicht, denn es lohnt sich nicht. Jedoch ist nicht die geringste Ursache gegeben, Lampel die Ehrlichkeit abzusprechen; nur soll er sie nicht Ehrlichkeit „im Kampf“ nennen. Denn von Kampf kann bei dem Manne, wie er sich jetzt hinstellt, schon gar keine Rede mehr sein. Der weißgardistische Offizier, der dann die Revolte in seinem Innern auskämpfte und sie als Revolte im Erziehungshaus nach außen schlagen ließ, hält die Tatsache, daß er nicht zur Klarheit kommen kann, für Abklärung und das in dem Maße, daß er sogleich zur Stelle ist, um den Heldenknaben der Pfadfinder seine Weisheit in ihrer Sprache einzuträufeln. Was kommt dabei heraus? Blaublümleinversöhnung im Rollkommandostil. Wenn Lampel nunmehr verkündet, er stehe „über den Parteien“, seine „Revolte“ und sein „Giftgas“ seien „Bemühungen um diesen neuen Staat, der Deutsche Republik heißt“, er bekenne sich „zum reinen Jugendbund ohne Probleme, weder philosophischer noch politischer Art“, gar, er glaube, die neue Ordnung „zur Wiederverwirklichung der Ehrlichkeit unter den Menschen“ werde „von Proletariern und Bürgern gemeinsam geschaffen“, dann werden ihm die forschenden Töne und alles Hallo! und Hei! nicht vor dem vergnügten Grinsen der Hitlerjugend so gut wie der kommunistischen, der revolutionären Zukunft wie der konterrevolutionären Vergangenheit schützen. Nein, lieber Peter Lampel, wenn Sie schon krachlederne Hosen tragen wollen, müssen sie auch ein bißchen krachen; nur ledern sein — das ist zu wenig.

Also Rußland. Da haben die Auseinandersetzungen doch schon andres Kaliber und man mag zu den Erscheinungen und Ereignissen der russischen Dinge stehen wie man will: wo man sie ansieht, wo man sie anfäßt, es sind verteuft ernsthafte Dinge und mit der Ironie kommt da niemand weiter. Es ist nämlich durchaus so wie Henri Barbusse es in seinem Rußlandbuch ausdrückt: Die Oktoberrevolution „war ein ungeheures Experiment, ohne Beispiel in der Geschichte: die Arbeiterklasse, die Masse der Ausgebeuteten, nahm zum ersten Mal in den Annalen der Menschheit die Macht in die Hand. Dieser gigantische Versuch setzte sich durch und setzte sich fort inmitten unzähliger Kämpfe und Schwierigkeiten, die jedem

bekannt sind. Seither ist die Frage, die sich das Publikum der ganzen Welt stellt, diese: ist die Oktoberrevolution geglückt oder ist sie gescheitert?" (Henri Barbusse: „150 Millionen bauen eine neue Welt“. Neuer Deutscher Verlag. Berlin 1930).

Im Hauptartikel dieses Heftes habe ich die Frage, vielleicht genauer, so gestellt: ist das Rußland von heute für die proletarischen Revolutionäre in allen Ländern Vorbild oder Warnung? Denn daran, daß die Oktoberrevolution von 1917 geglückt und sicher noch nicht endgültig gescheitert ist und auch daran, daß sie noch ein großes Stück Weges vor sich hat, zweifeln weder die Bejaher noch die Verneiner des gegenwärtigen Zustandes. Vielleicht hat Barbusse darin recht, daß er meint, „daß die einzigen Bücher über die UdSSR, die aus dem Durchschnitt hervortreten, die einzigen, von denen man erwarten darf, daß sie die richtige Note geben, jene sind, die in systematischer Weise loben oder verleumden.“ Hier zeigt sich schon Barbusses „richtige Note“: er sagt gleich „Verleumdung“, wo er Tadel meint. Aber er bekennt sich dazu, daß man, „um große Gegenstände in ihren Maßen zu begreifen, sich in einem bestimmten Augenblicke weder der Bewunderung noch des Hasses begeben“ dürfe. Gut. Dann wollen wir sein ganzes Buch gelten lassen, da es sich hemmungs- und kritiklos allein der Bewunderung für das hingibt, was er in Rußland gesehen hat. Denn es besteht kein Grund, ihm die Behauptung zu bestreiten, ihm sei seine „Haltung gegenüber der Sowjetunion durch keinerlei prinzipielle Verbindlichkeit auferlegt, noch weniger gehorche er „einer kommunistischen Weisung“. Also Barbusse war in Rußland, in Georgien, im Kaukasus, in Armenien, in der Krim und erzählt anschaulich und glückstrahlend von allem und jedem, etwas systemlos, etwas tagebuchmäßig, etwas durcheinander. Ach, Stalin kann sich solche Gäste wünschen. Der zu hellem Enthusiasmus ehern entschlossene Dichter torkelt von einer Begeisterung zur anderen. Sowjetrußland offenbart sich ihm als ein in lauter Blüte prangender Garten. Der Idylliker Barbusse findet Idyll in jedem Gestrüpp. Er besucht — so fängt sein Bericht gleich an — den ältesten Mann der Welt, einen 140jährigen Herrn im Kaukasus. Auf lebensgefährlichen Wegen reitet er zu ihm, denn — ist es nicht herrlich, daß dieser Zeitgenosse der französischen Revolution auch Zeitgenosse der russischen ist? So ist das ganze Buch, — wir kennen die Art aus allen moskaufrommen illustrierten Blättern: kriegt eine Eisbärin im Leningrader Zoo Junge, dann werden sie uns zum Bewundern als rote Eisbären angepriesen. Barbusse redet mit allen Mächtigen des Landes und ist ganz ihrer Meinung. O, er redet auch mit Arbeitern und beschreibt uns die Gespräche und notiert die Zahlen, die ihm genannt werden, und wir erfahren von ihm alles so, wie er es erfahren hat. Nur sagt er uns nicht, wer die Arbeiter ausgewählt hat, mit denen er sprach und wir müssen unsre Schlüsse ziehen aus Angaben wie diesen: Der Erste Vorsitzende der GPU. im Range eines Volkskommissars hat Bar-

busse, „genau wie der Chef der kaukasischen GPU., erklärt, wie absurd und dumm es ist, die Sowjetmacht zu beschuldigen, daß sie mit Grausamkeit und Foltern gegen politische Gegner verfähre, deren Anhang im Grunde genommen dieselben Ideen hat wie die an der Macht befindlichen Sozialisten.“ Er hat sich bei den Angeschuldigten selbst erkundigt, — also!

Es hat keinen Wert, die Zitate zu vermehren, mit denen Barbusse rührende Kindlichkeit, die man allerdings auch als bedenkenlose Dunstmacherei bezeichnen könnte, sich in der eigenen Niedlichkeit spiegelt. Von Ghezzi ist bei ihm mit keinem Wort die Rede. Diejenigen, die traurig oder empört die Machenschaften einer um ihre Macht bangenden und darum höchst brutalen Bürokratie die Anerkennung verweigern, nennt er „einige Exrevolutionäre“, deren Kritik nichts anderes bezwecke, als „das Bellen der Meute anzustacheln, die die rote Republik belagert“. Dabei bescheinigt er sich selbst, daß er seine Meinung „einzig auf der Basis der genauesten Tatsachen und Zahlen“ gebildet habe und daß sein Urteil objektiv sei. Die „von keiner kommunistischen Weisung“ beeinflusste lobende Bewertung der russischen Zustände erschöpft sich unter den Erscheinungen der jüngsten Literatur mit dem Werke von Henri Barbusse, das zu lesen grade den antiautoritären und gegen Rußland mißtrauischen Genossen dringend geraten sei, damit sie bei der Aufnahme gegenteiliger Äußerungen nicht in den gleichen Fehler der vernagelten Einseitigkeit verfallen wie der naive Franzose.

Der SYNDIKALIST hat seine Ausgabe vom 15. November den verfolgten russischen Freiheitskämpfern gewidmet. Hier ist Material zusammengestellt, das mit den üblichen Ablehnungen nicht beiseite geschoben werden kann. Hier wird beispielsweise eine Liste von 129 namentlich aufgezählten russischen Anarchisten und Syndikalistinnen mitgeteilt, die sich im Gefängnis oder in der sibirischen Verbannung befinden, und die nur ein Bruchteil von den Genossen sind, welche zur Zeit von den Parteidiktatoren Rußlands gemartert werden. Da wird auch eine Liste von 40 anarchistischen Kameraden aufgeführt, die von den bolschewistischen Herrschern durch direkte Gewalt, vier von ihnen durch Gefängnisqualen getötet worden sind. Hier stehen Namen, Daten, beweisbare Tatsachen, dagegen helfen keine Lügen. Es ist notwendig, daß diese Listen, womöglich ergänzt durch ähnliche Aufstellungen der Linken Sozialrevolutionäre, Maximalisten, Arbeiteroppositionellen und Trotzlisten ergänzt und als Sonderdruck in Riesenaufgabe verbreitet würden. Unsre Anklagen würden bei den zweifelnden Arbeitern doch wohl endlich Glauben finden. Sehr nützlich ist in dieser Hinsicht schon die vom Ghezzi-Komitee herausgegebene Broschüre „Hilfe für Francesco Ghezzi! Ein Gefangener der GPU.“ (Verlag Ghezzi-Komitee für das deutsche Sprachgebiet. Düsseldorf, Mindenerstraße 17). Hier wird die Lebensgeschichte unsres italienischen Genossen, seine revolutionäre Betätigung, seine Gefangenschaft in Deutschland, seine Rettung nach Rußland und sein Schicksal als Anarchist im Lande der

proletarischen Diktatur“ erzählt. Die Verbreitung der Schrift ist dringend wichtig.

Es bleibt mir noch übrig, über die drei Rußlandbücher des großen rumänischen Arbeiter-Dichters Panait Istrati zu berichten. („Auf falscher Bahn. Sechzehn Monate in Rußland.“ — „So geht es nicht. Die Sowjets von heute.“ — „Rußland nackt. Zahlen beweisen.“ R. Piper u. Co, Verlag. München 1930.) Aber wie ich über diese erschütternden Bücher anders berichten soll als mit dem Ratschlag, der Bitte, der Beschwörung: lest, lest sie! — das weiß ich nicht. Hier ruft die Stimme eines Enttäuschten, eines im Herzen und im Hirn tief Verwundeten, eines maßlos Empörten seine Anklage in die Welt, seine Anklage gegen die, an die er heilig geglaubt hat, mit denen er kämpfte und hoffte und litt, denen er vertraute, bei denen er verwahrt dachte das Glück und die Zukunft der russischen Revolution. Diese Bücher sind geschrieben von einem Proletarier, von einem Revolutionär, von einem großen Liebenden des russischen Arbeiters und des russischen Bauern; sie sind geschrieben worden von einem Manne, der sie schreiben mußte mit dem Blut seines Leibes, um nicht zu ersticken an der Lüge des Schweigens. Man sollte zuerst den dritten Band lesen. „Zahlen beweisen“. Sagt ja auch Barbusse: „Nur eine einzige Haltung kommt in Frage: gründlich und wissenschaftlich die Wirklichkeit der Sowjetrepublik studieren, sich seine Meinung einzig auf der Basis der genauesten Tatsachen und der Zahlen zu bilden, und diese Meinung alsdann mit allen ihren Folgerungen in weitestem Maße bekanntmachen.“ Das tut Istrati, Barbusse glaubt ebenfalls es zu tun. Vergleicht, Genossen! Istrati entnimmt sein Material ausschließlich der zugelassenen Presse Sowjetrußlands. Diese Zusammenstellung eines starken Bandes ist immerhin „Selbstkritik“. Die Wahrheit kann also nicht angefochten werden. Mißbrauch der Macht in sexueller Hinsicht, Mißbrauch der Macht in ökonomischer Hinsicht, Mißbrauch der Macht in jeder Hinsicht. Korruption, Prostitution, Nepotismus überall. Vergleicht, Genossen, das Material bei Istrati mit dem Material bei Barbusse. Nachher sagt: Istrati ist bestochen! Dann aber lest den ersten und zweiten Band — und dazwischen lest immer und immer Barbusse und die bolschewistische Presse und die stalintreuen Schriftsteller, um zu vergleichen, um nicht gehässig zu werden, um nicht aus Bosheit Altare umzustürzen. Ich sage nicht: glaubt Istrati; ich sage nur: lest Istrati! Wer nach Kenntnis des ersten und zweiten Bandes lieber Stalin glauben will oder Bucharin oder dem, der grade an der Macht ist, der mag es tun. Schließlich sind ja auch die Paul Albrechts mal guten Glaubens. Denn, sagt Istrati, indem er das Hosianna der eingeladenen Reklamebürger auf seine tieferen Beweggründe zurückführt, „man muß gerecht sein: ein Land und besonders ein solches Land, läßt einen nicht ein, um seine Misthaufen zu zeigen.“ Lest Istrati! Tut es auch weh, — es ist besser, Tempelschänder der Rache der Gläubigen auszuliefern, als ihr Werk zu vertuschen, damit

der Tempel nicht geschändet scheine. Wäre die russische Revolution schon verloren, dann könnte man aus Verzweiflung mit den Lügern lügen, aber Istrati hat recht, wenn er sagt: „Die russischen Arbeiter haben alle Ursache, an ihre Zukunft zu glauben.“ Daher aussprechen was ist! Istrati spricht es aus. Wenn die Machthaber dadurch ihre Macht gefährdet sehn, die Wahrheit ist mehr wert als ihr Machtanspruch. Uebrigens: laßt morgen Stalin stürzen und Trotzki an seinen Platz klettern, verlaßt euch drauf: diejenigen, die stets bei dem stehen, der grade die Macht hat, werden von einem Tag zum andern beweisen, daß Stalin von jeher ein Lump war und sie nicht einen Tag irre waren an Trotzki's Berufung.

Was Trotzki anlangt, so ist sein Ruhm als Revolutionär getrübt durch seine Haltung in der Machnoangelegenheit und noch mehr durch seine Gallifet-Rolle beim Kronstädter Aufstand. Nichtsdestoweniger kann zugegeben werden, daß die Bolschewisten unter den gegenwärtig noch aktiven Oppositionellen nicht einen einzigen Man haben von der Schärfe des Verstandes und der praktischen Energie Trotzki's. Dieser Mann mußte von der Bürokratie verbannt werden, weil er Persönlichkeit und ausgesprochener Nichtbürokrat ist. Der Verlag der AKTION hat neuerdings zwei Schriften von Trotzki herausgebracht „Die permanente Revolution“ und „Wer leitet die Kommunistische Internationale?“ (Berlin-Wilmersdorf 1930). Die erste eine scharfsinnige Beweisführung, daß „der Abschluß einer Revolution im nationalen Rahmen undenkbar“ ist und daher die sozialistische Revolution zu einer permanenten werden müsse, die ihren Abschluß „nicht vor dem endgiltigen Siege der neuen Gesellschaft auf unserm ganzen Planeten“ finden könne. Wer sich für marxistische Flohknackerei interessiert, lese diese Broschüre. An gebührenden Kennzeichnungen der Tageshelden der russischen Staatsmacht fehlt es ihr nicht. Die andre Schrift hat die Kennzeichnung der angebeteten Führer der Kommunistischen Internationale zum eigentlichen Gegenstand. Trotzki kennt die Herrschaften, die ihn vom Thrönchen stießen, recht genau. Die Schrift, so amüsant sie in ihrer geistreichen Bösartigkeit ist, ist deshalb deprimierend, weil sie immer noch nicht ausreicht, um den Arbeitern klar zu legen, daß sie unter jederlei beamteter Führung, mag oben Stalin oder Bucharin, Trotzki oder Thälmann sitzen, geknechtet und entrechtet sein werden. Das gute Wort: „Alle Macht den Räten“ findet sich in keinem der Bücher mehr an, mögen sie für die Stalinsche Sowjetunion oder gegen sie gerichtet sein.

Es wäre noch zu nennen das Erinnerungsbuch von Grigorij Bessedowsky „Im Dienste der Sowjets“ (Grethlein u. C., Leipzig 1930). An diesem Buche mag sich freuen, wer an Kompromittierungen der Sowjetrepublik Schadenfreude spürt. Bessedowsky ist ein Lump. Alles was er angreift, hat er selber gedeckt gehabt. Es mag vieles wahr sein, was er zur Verunglimpfung der russischen Machthaber vorbringt. Verwenden kann ein anständiger Mensch nichts von alledem, weil das Motiv seiner

ganzen Veröffentlichung offensichtlich Skandalsucht, Sensation, Klatsch und Denunziation ist. Vielleicht bringt der angekündigte zweite Band etwas Handgreiflicheres. Darin soll ja geschildert werden, wie die schimpfliche Verrätereie Bessedowskys zustande kam. Der vorliegende Band ist insofern nützlich, als er unsereinem das rechte Verhalten gegenüber den verschiedenen Rußlandherolden vorzeichnet: Barbusse wird lächelnd in die Ecke gestellt. Von Weihrauch allein entsteht kein Bild, das Farbe und Form hat. Istrati spricht aus, was Millionen denken und fühlend wissen; ihm unsere Hand, weil er die Revolution liebt, die er geschändet glaubt. Vor Bessedowsky spucken wir aus. Er ist ein Verräter. Wenn die Proletarier einmal ihre Freunde und ihre Feinde, diejenigen, die sie benutzen und die, welche mit ihnen fühlen, unterscheiden lernen, wird die Revolution ihre größte Gefahr überwunden haben.

Elendspolitik

Der Berliner Metallarbeiterstreik ist von der Gewerkschaftsbükratie noch schmälicher verraten worden als alle Kämpfe zuvor. Die Schädlichkeit, Herrn Professor Sinzheimer für den Verrat verantwortlich zu machen, kann nur bei sehr Harmlosen verfangen. Es ist klar, daß die Urichs den Kampfbeschuß nie gefaßt hätten, wäre er ihnen nicht von den Arbeitern abgenötigt worden, ebenso klar ist, daß sie sich nur „an die Spitze“ des Streiks stellten, um ihn, wie Ebert im Januar 1918, für die Unternehmer unschädlich zu machen. Sie haben die streikenden Arbeiter eingeseift, daß sie sich im Voraus blindlings einem Schlichterspruch unterwarfen, von dem die Bonzen genau wußten, wie seine Tendenz sein würde. Sinzheimer mußte für die völlige Preisgabe aller Arbeiterforderungen stimmen, da die regierenden Parteien — das sind die Sachwalter des Industriekapitals — die damit unvermeidlich gewordene Schwächung des Ansehens der Sozialdemokratie bei den Arbeitern wünschten. Jeder andre Vertreter der Gewerkschaften, die mit der Sozialdemokratie zur ideellen Einheit geworden sind (die Million für den SPD.-Wahlfonds!), hätte genau so gehandelt wie der Professor. Denn: die bürgerlichen Parteien haben ein Druckmittel in der Hand, das bei den Blaßbrotten immer wirkt, die Drohung, sie aus der preussischen Regierung hinauszuschmeißen. Damit haben sie das Verhalten der Sozialdemokraten bei den Mißtrauensanträgen gegen die Brünnische Diktaturregierung erpreßt; damit sichern sie sich das Stillhalten der geängsteten Leuten zu dem wüsten Betrug der „Preissenkungs-Aktion“, damit erkaufen sie die sozialdemokratischen Bütteldienste zur Abdröselung jeder Gegenwehr bei den zur gräßlichsten Verelendung verurteilten arbeitenden Bevölkerung. „Das Andere Deutschland“ hat eine Selbstmordstatistik zusammengestellt, nach der im Jahre 1928 auf je 100 000 Einwohner 12, 4 Engländer, 15,9 sonstige Europäer, 13,9 Amerikaner und 39 Deutsche sich entleibten. Im Jahre 1918 entfielen „nur“ 20 Selbstmörder auf 100 000 Deutsche; die gegenwärtige unbeschreibliche Not hat ohne Zweifel eine weitere riesige Steigerung der Lebensdesertionen sowohl im Verhältnis zur Bevölkerungszahl Deutschlands als auch im Verhältnis zur Selbstmordziffer in der übrigen Welt schon verursacht und läßt sie dauernd anschwellen. Die Sozialdemokraten bekämpfen die Not mit Gummiknüppeln, Maschinengewehren, Wassergüssen und Tränengas. Das hält sie vorerst in

ihren preußischen Aemtern, und sie führen ihre ministeriellen und verwaltungstechnischen Aufgaben in diesen Aemtern, als die Liebesgabenpolitik für Großgrundbesitz und Dividendenindustrie, die denkbar reaktionärste Kultur-, Justiz-, Verkehrs- und Polizeipolitik um so besitzergebeuer durch, je kräftiger die Börse, die Kirche und das Militär mit dem Klingelzug winken, an dem sie bloß zu ziehen brauchen, um die Herren Göbbels, Kube und die übrigen jungen Leute Hitlers an die Posten der Braun, Severing und Grzesinski zu stellen. Dann heißt es, Stellungen räumen in sämtlichen Behörden und Umschau halten, wie man die Parteigänger im eigenen Laden versorgen kann, die jetzt der Staat als Proletarierbüttel versorgt. Sie haben, um das Unglück zu verhüten, bereits die besten Pferde aus dem Stall geholt, die zuverlässig nur nach links beißen und schlagen; Severing, der nach Aussage des Vorwärts nötig ist, weil das preußische Innenministerium jetzt keinen Verwaltungsbeamten, sondern einen Polizeimann an der Spitze braucht und mehr Gerissenheit fortzusetzen verspricht. Vorerst wird uns von den Herren demonstriert, was sie unter dem freien Wort in Presse und Versammlungen verstehen. Der junge Arbeiter Heidrichs haut bei einer Prozeßverhandlung, die sich mit den Maimorden beschäftigt, dem nicht als Angeklagter, sondern als gekränkter Zeuge erschienenen Zörgiebel die Faust ins liebliche Angesicht. Wir wollen diese Tatsache mit pflichtschuldiger Empörung, tiefem Abscheu und händeringender Verzweiflung vermerken. Denn die Rote Fahne und der nationalsozialistische Angriff, die sich der schrecklichen Untat ausgerechnet gegen den Panzerauto-Menschenjäger vom Mai 29 gefreut haben, sind deshalb verboten worden; wenigstens sagte der Grzesinski, daß es deshalb geschehen wäre. Wahr ist, daß das Verbot der Roten Fahne genau zusammenfiel mit dem Hungerspruch gegen die Metallarbeiter. Aber solche Zufälle, hinter denen niemand eine Absicht merkt, heißen in der Sprache der jämmerlichen Politikmacher dieser Republik Taktik und Diplomatie. Schade aber, daß die sozialdemokratischen Verbieterliche immer Privatauto fahren. Im Autobus, in den Straßen- und Untergrundbahnen hätten sie hören können, wie die Berliner Heidrichs Faustschlag beurteilt haben. Ich mindestens habe davon nirgends anders sprechen hören als mit heißer Genguttuung, ja, ich will einmal denunzieren; ich habe kaum einmal die sympathische Physiognomie des Herrn Zörgiebel, dem wir jetzt Pension zahlen, weil er nicht mehr schießen läßt, anders nennen hören als eine Fresse. Tatsachen darf man ja wohl wahrheitsgemäß registrieren, Herr Grzesinski? Zweifeln Sie, daß die Berliner Zörgiebels Antlitz eine Fresse nannten? Zweifeln Sie, daß außer der zu ehrerbietiger Betrübniß verpflichteten FANAL-Redaktion sich jeder Berliner Revolutionär, der sonst wenig Gelegenheit zur Freude hat, mordsmäßig über Heidrichs Selbstjustiz gefreut hat? Dann bitte veranlassen Sie mich zum Wahrheitsbeweis. Die Zahl der Zeugen, wenn sie eine Million nicht zu hoch überschreitet, mögen Sie bestimmen. — Ja, die Herren regierenden Sozialdemokraten haben ein zart Gemüt. Fühlen sie einen ihrer Sorte gekränkt, dann verbieten sie und versichern dabei, daß es ein wahres Glück für das Proletariat sei, daß sie regieren und die Gummiknüttel befehligen und nicht die Hakenkreuzer. Es ist bloß bei einigen ganz verstockten Arbeitern noch nicht zum Bewußtsein gelangt, daß ein Schädelbruch durch einen von Grzesinski kommandierten Gummiknüttel lange nicht so weh tut, als wenn Göbbels ihn kommandieren würde. Auch knurrt der Magen eines Erwerbslosen viel melodischer, wenn ihm Otto Braun in Erfüllung der Youngbefehle die Margarine vom Brot kratzt, als wenn es irgend ein preußischer Franzosen oder Frick täte. Wenn sie mit der allgemeinen Verfügung vorangehen, daß jemand, der sich zur nationalsozialistischen Partei rechnet, in ihren Re-

gierungsdomänen kein Beamter sein dürfe, ist es ganz natürlich. Tut aber ein Naziminister in Thüringen oder Braunschweig dasselbe gegen ihresgleichen, dann ist es halber Staatsstreich und ganzer Verfassungsbruch. Für die Proletarier ist es einerlei, welche Partei die Spritze bedient, von der aus das Kapital die Hungrigen auseinander sprengt. Verfassungstreu sind sie alle; das heißt, an der Macht wenden sie die Verfassung an, wie es ihnen paßt; bei Wahlen ist einer so demagogisch wie der andre und in den Parlamentskommissionen hocken sie friedlich beisammen und machen Gesetze, die nie anders ausfallen, als sie den Unternehmern erwünscht sind. Die Bürger haben ganz recht, wenn sie den Staat auch mal in die Hände der Hitlerschen legen wollen; sie haben mit den Sozialisten bis jetzt die denkbar besten Erfahrungen gemacht; da die demokratischen Sozialisten abgewirtschaftet haben, mögen nun die nationalen Sozialisten zeigen, was sie können. Eins nämlich ist sicher: wer einmal mitregiert hat, ist dauernd immun gegen radikale Umsturzneigungen. Denn, sagt in seiner Deutschen Geschichte der konsequente Marxist Franz Mehring, „es liegt im Wesen jeder Beamtschaft, sich zu einem erblichen Stande zu entwickeln.“

Ein wertvoller Versuch

Der von der Anarchistischen Vereinigung in Gemeinschaft mit dem Kampfbund Revolutionärer Nationalsozialisten unternommene Versuch, einander durch sachliche Auseinandersetzung kennen und verstehen zu lernen, ist als gelungen zu betrachten. Die Ankündigung im üblichen Terminkalender der Vereinigung in der Novembernummer des FANAL und ein einziger Hinweis in der Zeitung unsrer Partner „Der Nationale Sozialist“ (das Blatt verfiel unmittelbar danach dem Verbot für vier Wochen, weil es die tollen Zuchthausurteile gegen die friesischen Bauern im Altonaer Sprengstoffprozeß nicht ohne Solidaritätsbekenntnis für Klaus Heim und seine Freunde hinnehmen mochte) — diese beiden einzigen Voranzeigen Wochen vor der Veranstaltung hatten genügt, auf beiden Seiten so starkes Interesse zu wecken, daß wir noch rechtzeitig die Notwendigkeit einsahen, die Verlegung der Diskussion in ein größeres Lokal vorzunehmen. Trotzdem konnten lange nicht alle Einlaß finden, die Rudolf Rocker und Dr. Otto Straßer hören wollten, und die Anwesenden mußten sich im kleinen Hohenstaufensaal nach Entfernung der Tische fast zerquetschen lassen. Genosse Rocker setzte in meisterhafter Rede auseinander, aus welchen Gründen die Anarchisten jeden nationalistischen und Rassenstandpunkt ablehnen müssen. Dr. Strasser erwiderte ruhig, sachlich und in ehrlicher Bemühung, gerecht zu urteilen sollte keine Einigung herbeigeführt werden; es sollte, wie der Herausgeber des FANAL in seiner Begrüßungsansprache ausführte, der Gegensatz zwischen zwei Weltanschauungen scharf herausgearbeitet werden, jedoch im Geiste unzweideutiger gegenseitiger Achtung, um dem Proletariat das Beispiel zu geben, daß Gegensätze zwischen Revolutionären mit Gründen und Gegengründen und nicht mit Fäusten und Schlagringen ausgetragen werden können. Unsre Gäste, deren Trennung von der Hitlerpartei eine Trennung nach Klassen war — Proletarier gegen Faschisten — schlugen vor, die fruchtbaren Auseinandersetzungen zwischen den Anarchisten und den revolutionären Nationalsozialisten fortzusetzen und werden zur nächsten Aussprache uns einladen. Die Veranstaltung verlief ohne jede Störung, obwohl oder weil beide Teile ohne die geringste Konzession an die Auffassungen des anderen Meinung gegen Meinung abgrenzten. Was Ge-

meinsames zwischen den beiden Gruppen vorhanden ist, brauchte nicht hervorgehoben zu werden, die Arbeiter beider Lager wissen es ohnehin: die Beurteilung der ganzen demokratischen Politik dieser Republik, der Young-Verknechtung des Proletariates und die Erkenntnis der Notwendigkeit einer aufs Ganze gehenden Revolution war die Grundlage, auf der man sachlich streiten konnte. Hoffentlich haben die aufmerksamen Horchposten der KPD. und der NSDAP. ihren Vorgesetzten wahrheitsgemäß berichtet, wie nicht nur unsre sondern auch ihre eigenen proletarischen Anhänger, die Zeugen der Begegnung waren, eingestanden, daß es besser um die Arbeiterschaft stünde, wenn der Geist, der hier waltete, an die Stelle der gegenseitigen Verhetzung und Mundtormachung träte. Da Herrn Grzesinski's Spitzeldienst schlecht funktionierte und die Verlegung des Lokals am Alex nicht rechtzeitig bekannt geworden war, standen die staatlichen Ordnungshüter mit herabgelassenen Schuppenketten und gebrauchsfertigem Gummiknüppeln und Pistolen in der Ziethenstraße, sodaß am Cottbusser Damm keinerlei Ruhestörung eintrat.

Alle Wetter

(Aus „Alle Wetter“, Volkstück mit Gesang und Tanz von Erich Mühsam)

Die Leidenschaften in der Brust,
noch niemand war, der sie getrennt.
Aus Einem Herd flammt Schmerz und Lust,
Haß lodert nur, wo Liebe brennt.
So mischt die Ebbe sich der Flut,
hüllt Goldstaub sich in Asche grau.
Im gleichen Wolkenbette ruht
der Schnee beim Hagel und beim Tau.

Aus der Sonne dunstet Unheil,
aus den Blitzen zuckt Erbarmen.
Alle Wetter, alle Wetter
hält der Himmel in den Armen.

Nur wen des Lebens Buntheit schreckt,
der fürchtet sich vorm Untergehn.
Vernichtung ist's, die Leben weckt
und alles Sterben ist Entstehn.
Im müden Stamme frißt der Wurm.
Zur Sonne strebt der junge Trieb.
Feg ihm die Bahn, Zerstörer Sturm!
So hat der Tod das Leben lieb.

Wolkenbruch und Strahlengluten,
Reif und Frost und Erdenbeben, —
alle Wetter, alle Wetter
töten und erzeugen Leben!

Anarchistische Vereinigung Berlin

Gruppe Neukölln.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64

Achtung!

Gruppe Weißensee.

Zusammenkunft jeden Freitag im Lokal „Zum
alten Eiffelturm“, Lothringenstr. 35, Ecke
Straßburgstraße.

Freitag, den 5. Dez. Vortrag des Gen. H.
Rüdiger über

„Konstruktive Aufgaben des Sozialismus.“

Freitag, den 12. Dez. Bezirksversammlung.

Freitag, den 19. Dez. Gen. Willi Jadau spricht .

„Freiheitl. Literatur als Kampfeswaffe.“

Eingänge für den Presse - Fonds:

Fr. B., Weißensee . . . Mk. 5.—

Überschuß aus Rocker-Straßer-Versamm-
lung Mk. 16.—

Genossen! Beteiligt Euch in starkem Maße an den Gruppen-
veranstaltungen der Anarchist. Vereinigung!

Der Mitteldeutsche Bandenführer

KARL PLÄTTNER

Mein Leben hinter Kerkermauern

Soeben erschienen im Asy-Verlag G. m. b. H., Berlin S 14

Die deutsche Gefängnisschmach und die deutsche Justizwillkür wird in diesem Buche von Karl Plättner in treffenden Eigenerlebnissen illustriert. Hat schon sein erstes Werk „Eros im Zuchthaus“ Aufsehen erregt, so wird dieses Buch in den Kreisen der Polizei und Justiz wie eine

Bombe

einschlagen. Der Proletarier hört aus dem Buch den Aufschrei der Millionen eingekerkelter Revolutionäre. Denen Hilfe und Befreiung zu bringen und zum Sturz dieses fluchwürdigen Systems beizutragen ist die Aufgabe dieses

B e k e n n t n i s b u c h e s

Preis des 340 Seiten starken Buches in Leinen geb. 5,—
kart. 3,80

ASY-VERLAG G. m. b. H., Berlin S 14, Neukölln am Wasser 11
Postscheckkonto Berlin 488 96

Für Mitglieder der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde ist das Buch
in einem Sonderband für RM. 3.— herausgegeben.



fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

NR. 4

Das Jahr der Entscheidung — Taktik i. d. Moskauer Aufständen 1905 (von Fr. Müller) — Pulver und Dynamit (Ged. v. Aug. Strindberg) — Autorität u. Justiz — Kurze Umschau — Wer ist's? — Freund oder Gegner
--

PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)

JAHRGANG 5

BERLIN

JANUAR 1931

Helios Gomez:

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern 2.50 Mk.

Die 25 Blätter dieser Mappe, die im Auf-
trage der I. A. A. herausgegeben wurde,
sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst.

Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung der Mappe!

Der Reinertrag fließt restlos den Opfern
der spanischen Reaktion zu.

Kind und Elternhaus

*Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von B. Liber,
New-York*

(Vorzugspreis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Ausssprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 4

Januar 1931

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz, Dörschkuchlingstr. 49. Fernsprecher F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Das Jahr der Entscheidung

Zur Jahreswende 1913/14 schrieb Maximilian Harden in seiner „Zukunft“: „In diesem Jahre wird Schicksal.“ Harden wußte von geheimen Vorgängen und verschwiegene Absichten in den Aemtern der kaiserlichen Regierung mehr als andre Leute, mehr oft als die Mächler und Intriganten dieser Aemter selbst, weil sie nur Einblick hatten in die Kabilen des eigenen Wirkungsbezirks, er aber aus allen Ministerien Nachrichten zugetragen bekam und ein außerordentlich kluger, politisch weitblickender Mann war, der die lichtscheue Geschäftigkeit im Auswärtigen Amt, in der Reichskanzlei, im preußischen Kriegsministerium, im Staatssekretariat des Inneren, bei der Finanzverwaltung und wo er sonst Einblick erhielt, in den richtigen Zusammenhang zu bringen verstand. Es gab noch andre mehr oder minder Eingeweihte, welche die Zeichen der Vorkriegszeit zu deuten verstanden und ihren Deutungen auch öffentlichen Ausdruck gaben. Da waren vor allen die Alldeutschen, die Kenntnisse, Vermutungen und Wünsche zur Herichtung der Stimmung benutzten, die ihrem imperialistischen Eroberungsdrang genehm war. Kurt Eisner hat im Jahre 1915 eine sehr aufschlußreiche und für jene Zeit überaus tapfere Flugschrift veröffentlicht, „Treibende Kräfte“ (Verlag „Neues Vaterland“), worin Aeufferungen der Patentpatrioten, die sich selbst als „die treibenden Kräfte unsres völkischen Lebens“ bezeichneten, aus den Monaten vor dem Ereignis von Serajewo zusammengestellt sind. Am 14. März 1914 war in den

Alldutschen Blättern zu lesen: „Wir hielten und halten heute mehr denn je dafür, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine kriegerische Auseinandersetzung mit ihren ostwestlichen Nachbarn auch bei ehrlichstem Friedenswillen nicht werden vermeiden können, daß ihnen vielmehr ein furchtbarer Entscheidungskampf aufgezwungen werden wird . . .“ Aufgezwungen! Das große Schlagwort Bethmann-Hollwegs vom August schon viereinhalb Monate vorher! Und viereinhalb Jahre sind wir dann damit gepöppelt worden. Wie sich aber in Wahrheit mit dem „aufgezwungenen“ Krieg verhielt, und wie der „ehrlichste Friedenswille“ der Herrschaften aussah, bewies der Gruß derselben Alldutschen Blätter an den endlich ausgebrochenen Krieg am 3. August: „Es ist eine Lust zu leben. . . Die Stunde haben wir ersehnt. . .“ Sie hatten sie nicht nur ersehnt; sie hatten sie in emsiger Tätigkeit im Dunkeln bis ins Einzelne vorbereitet. Die Alldutschen — Eisner betont das mit großer Eindringlichkeit — beeinflussten die gesamte Reichspolitik, obwohl sie in der sozialdemokratischen und großen bürgerlichen Presse „fast immer nur im Tonfall des Spottes genannt“ wurden. Schon der „Panthersprung von Agadir“, durch den 1911 der Krieg beinahe losgebrochen wäre, traf „die deutsche Oeffentlichkeit gänzlich unvorbereitet. Wer sich aber die Mühe genommen hatte, die Propaganda und die Veröffentlichungen des Alldutschen Verbandes zu verfolgen, der konnte schon Monate zuvor mit unbedingter Sicherheit voraussehen, daß eines Tages mit der fälligen Pünktlichkeit einer Nummer des Wochenblattes des Verbandes, der Alldutschen Blätter, eine Weltkrise erscheinen würde. Für die Leser der Alldutschen Blätter kam in der Tat die Tat der Panther genau so selbstverständlich, gleichsam im voraus auf ein halbes Jahr abonniert, wie ihr Leiborgan“. Dann beschreibt Eisner, wie die geschehene Tat von den Warnern und Spöttern allsogleich als erlösende Tat anerkannt wurde: „Plötzlich ein ungeheurer Jubel. . . . Was bisher nur die Alldutschen Blätter in ihrer verborgenen Existenz propagiert hatten, nahm jetzt die große Presse auf. Man suchte mit allen Mitteln die Angelegenheit zu den letzten Konsequenzen zu treiben. Vergebens bemühten sich damals die Offiziösen zu beruhigen.“ So war es dann 1914 erst recht, und es ist höchst bezeichnend, daß sich die dritte Januarnummer der Alldutschen Blätter in einem Leitartikel „Die Augen auf“ mit einer Rede des bayerischen Kriegsministers in der Kammer auseinandersetzte, „der in Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten von Hertling von den Umtrieben der alldutschen Militärfanatiker gesprochen hatte“.

„Diesen Protest des Kriegsministers“, heißt es in der Eisner-schen Schrift weiter, „bezeichnen die Alldeutschen Blätter als eine Einmischung in die militärischen Angelegenheiten des Reichs, die dem Geist und dem Wortlaut der Reichsverfassung widerspreche“. Hertling wurde später ein den Alldeutschen wenn nicht genehmer, so doch bequemer Kriegsreichskanzler, und Bayern übernahm den Protest gegen jegliche „Einmischung“ in die wüsteste Uebersteigerung gegenrevolutionären Alldeutschtums in seinen weißblauen Grenzen dem Wortschatz der Vorkriegspreußen.

Es lohnt, noch verschiedener Einzelheiten zu gedenken, die sich zum Jahreswechsel 1930/31 aus dem Jahresbeginn in die Erinnerung drängen, der Harden schreiben ließ: „In diesem Jahre wird Schicksal.“ Im Sommer 1913 hatte, wiederum unter dem scharfen Druck des „kleinen Häufleins“ der Alldeutschen, die die liberale Meinungsfabrikation als „über-spannte, kaum ernst zu nehmende Weltmachtphantasten“ verulkte, die Reichsregierung eine ungeheure Verstärkung der Armee an Zahl und Bewaffnung vorgenommen und dafür eine einmalige Vermögensumlage von einer Milliarde Mark, den sogenannten Wehrbeitrag, erhoben. Die Sozialdemokraten hatten dieser Sondersteuer zugestimmt mit der Begründung, das Prinzip der Vermögensumlage, bei der die reichen Leute selber dran glauben mußten, sei hier zum ersten Male angewendet worden; darum müsse man zustimmen ohne Rücksicht auf den „Verwendungszweck“. Die Kriegsgefahr glaubten diese armseligen politischen Flickschuster durch die schönen Reden gebannt, die sie 1912 in Basel mit den französischen Parlamentssozialisten gewechselt hatten, und auch die Tatsache, daß 1913 beim Abschluß des zweiten Balkankrieges Oesterreich gegen Rußland und als Antwort darauf Rußland gegen Oesterreich „probeweise“ mobil machte, gab ihnen keine unruhigen Gedanken ein. In einem „Bilanz 1913“ überschriebenen Artikel im KAIN vom Januar 1914 schrieb ich: „Europas Staatskünstler haben nun erreicht, daß alles anders wurde, als sie es in ihrer Weisheit bestimmt hatten, daß Oesterreich mobilisierte, daß Rußland probeweise riesige Truppenmassen an die österreichische Grenze warf und daß Frankreich und Deutschland Hals über Kopf ungeheure Heeresverstärkungen vornahmen. Sie hatten erreicht, daß die Kriegsangst in allen Ländern wirtschaftliche Verheerungen anrichtete, die schon nach dem Kriege selber schmeckten. Was dieses Jahr an ökonomischen und kulturellen Werten zerstört hat, das könnten Jahrzehnte des Friedens nicht wieder einbringen. Und an diese

Jahrzehnte glaube, wer mag.“ . . . „In Deutschland läuteten die Sylvesterglocken eine besonders trübselige Zeitspanne zu Grabe. Der Patriotismus herrschte unumschränkt über Land und Leute. Wo Werte zur Geltung wollten, erschlug er sie, wo freier Atem auszuströmen schien, erstickte er ihn. . . . Der Friede schwankte, die Kurse fielen, die Krisen züngelten, die Pleite kroch über das Land. Das allgemeine Stocken in Handel und Gewerbe, die überall verminderte Kaufkraft und Kauflust, die dadurch bewirkte Arbeitslosigkeit und Hungersnot hielten die Staatsmänner, die Deutschlands Geschicke lenken, für den geeigneten Zeitpunkt, um die tiefste Ursache all des Jammers, die unerträgliche Auspressung der Volksarbeit für Militärzwecke, in einer alles Dagewesene weit überbietenden, aller Phantasie spottenden Weise zu vergrößern“ Dann über die neue ungeheure Wehrvorlage: „. . . und die Roten halfen, sie ohne Pause zwischen erster und zweiter Lesung durchzuheizen, so daß zehntausende junger Leute noch im Herbst zur Einstellung gelangen konnten. Der einmaligen Wehrabgabe erteilten auch sie ihren revolutionären Segen. Die unmittelbare Folge dieser patriotischen Taten war in Frankreich die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, die . . . die Kriegsgefahr noch weiter steigerte.“ . . . „Mittlerweile ist der Winter mit Frost und Stürmen übers Land gekommen und zur Wohnungs- und Fleischnot ist nun noch die Sorge um das nötige Heizmaterial getreten. Denn der Gott, der Eisen wachsen ließ, hat sich in dieser Tätigkeit nachgrade übernommen und darüber die Produktion von Brennholz vernachlässigt.“ Schließlich folgt die Gegenüberstellung der Lustbarkeiten und der patriotischen Ruhmredigkeiten in den höheren Regionen der Gesellschaft.

Es waren vor 17 Jahren nicht übermäßig viele, die die Dinge so ansahen und den Krieg demnach für drohend nahe hielten. Wir wenigen wurden nicht ernst genommen. Heute, wo der Rückblick auf ein abgelaufenes Jahr zwar andre Tatsachen, aber sehr ähnliche Verhältnisse zutage fördert, nur noch weitaus krasser in ihrer Unhaltbarkeit, wäre es eine lohnende Aufgabe für Geschichtsforscher, die öffentlichen Maßnahmen der kriegsbeteiligten Länder vom Sommer 1913 bis zum Sommer 1914 auf ihren Charakter als Kriegsvorbereitungen zu untersuchen. Dabei wäre es besonders wertvoll, auch die finanztechnischen Manöver nachzuprüfen, mit denen versucht wurde, abgewanderte Vermögen nach Deutschland zurück zu schaffen, neue Abwanderungen durch zweckdienliche Bestimmungen zu verhüten und die Goldreserven der Reichs-

bank monatelang vor Kriegsausbruch durch Einbehaltung von Goldgeld und vermehrte Papiergeldausgabe zu erhöhen. Solche Nachprüfungen, gründlich und unter Einbeziehung sämtlicher Staaten durchgeführt, würden zur Ermittlung der Kriegsschuld erheblich mehr beitragen, als alles Vorklauben diplomatischer Geheimakten, alle parlamentarischen Schnüffelkommissionen, alle Weiß-, Blau-, Rot-, Grün- und Orangebücher, alle Beschuldigungen und Verteidigungen mit einander. Uebrigens würde sich sehr wahrscheinlich herausstellen, daß Regiemaßnahmen, die nur vor einem schon sicheren Kriege einen Sinn haben konnten, in allen in Frage stehenden Ländern getroffen worden sind, daß also der Weltkrieg 1914, ungeachtet der Formalitäten, die ihn schließlich verwirklichten, auf eine Art unausgesprochener Vereinbarung zwischen den feindlichen Mächten, die massenhaft angesammelten Konfliktstoffe gewaltsam auszutragen, zurückführt.

Mit viel mehr Aussicht, Glauben zu finden, als Harden 1914 Schicksal prophezeite, dürfen wir an der Jahreswende 1930/31 behaupten: in diesem Jahre fällt die Entscheidung über Leben und Tod des Kampfes um den Sozialismus in Deutschland, die Entscheidung darüber, ob die deutsche Arbeiterschaft den Weg frei bekommt, die Bestimmung über ihre Zukunft in die eigene Hand zu nehmen, oder ob sie für eine bestimmt nicht kurze Zeitspanne das willen- und wehrlose Objekt der faschistischen Wirtschaftsdiktatur sein wird. Ein Aufschub dieser Entscheidung könnte nur noch dadurch herbeigeführt werden, daß die Reaktion, des Ausgangs des Bürgerkrieges nicht völlig sicher, die Erbitterung der Massen nach erprobten Rezepten zunächst auf einen „äußeren Feind“ abzulenken, will sagen, die Bestien der Kriegsbegeisterung loszulassen suchen wird: aber das hieße erst recht, die Entscheidung unvermeidlich machen. Denn ein neuer Krieg, mag er geführt werden gegen welchen Gegner es sei, in welchen Koalitionsgruppierungen man wolle, mit welchem Ausgang er ende, auf welchen Schlachtfeldern er sich abspiele, kann nur in eine neue, und dann echte und gründliche Revolution münden.

Immer in der Geschichte, wenn die allgemeinen Zustände in einem Lande auf eine Katastrophe zutreiben, zeichnen vorher gewisse Geschehnisse, die nur lose mit den Ursachen der Explosionsstimmung zusammenzuhängen scheinen, die Nähe und die besondere Art der Katastrophe vor aller Augen an den Himmel. Naive Menschen, gewöhnt, mit dem Strom zu schwimmen, der sie steigend oder fallend gemächlich über

Strudel und Untiefen trägt, werden durch eine Kleinigkeit, durch ein vorbeischwimmendes blutiges Blatt oder noch weniger, plötzlich gewahr, daß der Strom auch Gefahren birgt; sie blicken um sich und sehn, daß seine Quellen verschlammmt sind, erkennen erschrocken, daß sie kämpfen müssen, um nicht auf den Grund gezogen zu werden und zu ertrinken. Als im Januar 1905 der Pope Gapon eine Bittprozession mit Heiligen- und Zarenbildern vor den Petersburger Winterpalast führte, wurden die Demonstranten von Kosaken auseinandergefeuert. Was weiter? Bauernrevolten waren massenhaft vorangegangen und nie anders als mit rohester Soldatengewalt unterdrückt worden. Das Erregende des schwarzen Sonntags bestand nur darin, daß den städtischen Arbeitern mitten während des unglücklichen und gänzlich unpopulären Krieges gegen Japan, in einem Augenblick maßlos verschärfter Not die Unbelehrbarkeit des Zaren kraß vor die Augen trat. Der Hunger, die verschärfte Despotie, die Niederlagen Kuropatkins waren allein nicht imstande, die an Tritte und Demütigungen gewöhnten, in Gottesfurcht und Existenzangst verschüchterten Massen in Aufruhr zu bringen, das System mußte sich erst an einem fibelhaft eindeutigen Beispiel in Erscheinung setzen, damit die Revolution bis zum Oktober ausreifen konnte. Der Bastillesturm am 14. Juli 1789, vorbereitet von tausenden, jahrelang gesteigerten Peinigungen der Bauern und Städter und fürchterlicher wirtschaftlicher Not, nahm seinen unmittelbaren Anlaß aus der Gleichgültigkeit der Entlassung des Finanzministers Necker. Die 33 Jahre preußischer Verwaltungswillkür bis 1848 bedurften als äußeren Ausdruck ihrer Niedertracht nach dem Weberaufstand noch erst der Hinrichtung des Bürgermeisters Tschech (1844), um den dumpfen Druck in revolutionäre Willenskräfte umzusetzen, die dann noch Jahre brauchten, um zur Aktion zu gelangen. Die militäristische Ueberspanntheit des Deutschlands Wilhelms II. aber, die wahrhaftig ein Vierteljahrhundert lang scheußliche Ausgeburten tollwütiger Dummheit und Gemeinheit produziert hatte, wurde in ihrem tieferen Wesen erst den meisten offenbar, als Ende 1913 in dem elsäbischen Städtchen Zabern die Ehre eines preußischen Leutnants, der ins Bett gekackt hatte und dafür von der Schuljugend veralbert wurde, mit einer wüsten Orgie kriegereischer Maßnahmen gegen die Bevölkerung wieder hergestellt war. Die Angelegenheit brachte gleichzeitig aller Welt zum Bewußtsein, was eigentlich unter preußischem Militarismus zu verstehen sei, welchen Drangsalierungen die elsäbische Grenzbevölkerung unter deutscher Herr-

schaft ausgesetzt war und wie robust von militärischer Seite auf die Reizung der Franzosen, das heißt: auf Stimmungsmache für den Krieg hingearbeitet wurde.

Es scheint, als ob die im Grunde garnicht sonderlich wichtige Angelegenheit des Filmverbots von Remarques „Im Westen nichts Neues“ die Gemüter der Harmlosen unter uns erst auf die richtige Fährte geleitet hätte, wo wir zu Neujahr 1931 eigentlich halten. Der Fall, daß die vom Inflationsgroßgewinner Hugenberg, der der wirkliche Führer der faschistischen Bewegung in Deutschland, zugleich Besitzer eines gewaltigen Teils der Provinzpresse und Hauptaktionär der propagandistisch einflußreichsten Filmgesellschaft, der UFA, ist, die erfolgreiche Durchkreuzung der Remarque-Aufführungen einer Konkurrenzfirma und das staatliche Verbot des Films bewerkstelligen konnte, schafft keine neuen Verhältnisse in Deutschland, plakatiert nur die von jedem ernststen Beobachter längst erkannten Tatsachen in transparenter Sichtbarkeit. Er beweist dreierlei: erstens, daß Straßenkrach, Aktionen mit weißen Mäusen, Blindschleichen, faulen Eiern und Totschlägern, sofern sie von den nationalsozialistischen Söldlingen der Schwerindustrie unternommen werden, auf die Herren Brüning, Wirth und Hindenburg größeren Eindruck machen als alle Protestresolutionen, Parlamentsinterpellationen, Berufungen auf die Verfassung und die Gesetze und Warnungen im Ausland kreditierter und darum im Inland diskreditierter Diplomaten; zweitens, daß die Reaktion die Zeit für reif hält, die wirtschaftliche Entrechtung der Arbeiter, die diktatorische Handhabung des Staatsapparates, wie sie zur Zeit mit Zustimmung der demokratischen Parteien zum Zweck der vollständigen Ueberbürdung der Krisenlasten auf die schwächsten Schultern betrieben wird, durch die Knebelung der Meinungsfreiheit zu unterstützen; drittens, daß pazifistische Stimmungen nicht erwünscht sind, vor allem nicht solche, die durch Erinnerungen an das wirkliche Geschehen im Weltkrieg erweckt werden, weil die Kriegsmache gegen Polen, mit der nötigenfalls innere Unruhen nach außen gelenkt werden sollen, durch keine Trübung heldischer Sehnsüchte beeinträchtigt werden darf.

Im übrigen kann die Erregung der Leidenschaften durch das Filmverbot den Regierern Deutschlands nur gelegen kommen. Diese Leute machen Politik immer nur auf kürzeste Sicht. So glauben sie die Empörung über ihre unsozialen „Notverordnungen“ — die Not wird verordnet! — abgelenkt auf einen Tagesstreit, dem sie durch die Zulassung kraß chau-

vinistischer Filme wie den Stahlhelmaufmarsch in Koblenz und das Flötenkonzert — Geschäfte des Herrn Hugenberg nebenbei — beflissen neue Nahrung zuführen. Die Rechnung stimmt für den Augenblick, so wie die Rechnung der Reichstagsauflösung gestimmt hat, die man vornahm, um die Wut der Hungernden auf gleichgültigen Parteienwahlkampf abzulenken. Dann kam der Schreck über Hitlers Triumph, der doch nur Ausdruck des Vertrauens darauf war, daß die Faschisten das dritte Reich mit Parlamentsabstimmungen fertig bringen würden. Diese Wahlen haben aber einfach die tatsächliche Macht Hugenbergs und seiner Industrieritterschaft auch zahlenmäßig zur Geltung gebracht. Denn wenn uns die Sozialdemokraten weismachen möchten, daß Hugenberg von Hitler besiegt sei, so ist zu erwidern, daß Hitler auch nicht den Bruchteil seines Erfolges hätte erringen können, wenn nicht die Riesenmacht Hugenbergs hinter ihm gestanden hätte; daß aber diese Macht nur zu seiner Verfügung stand für den Preis der vollständigen Unterordnung der national-„sozialistischen“ Politik unter das Diktat des Großkapitals. Hugenberg braucht für seine Partei keine Mandate. Die 107 Hakenkreuzler, die in der Tat er kommandiert, nützen ihm viel mehr als seine eigenen Leute, weil sie einen großen Teil der Arbeiterschaft und den größten Teil des rabiaten Kleinbürgertums mit sozialen Phrasen in die Besoffenheit versetzen, in der ihnen die Hugenbergs das Fell abziehen können. Die Deutschnationalen wollen den Krieg gegen Polen, nicht so sehr, um den Wahnsinn des polnischen Korridors, die blödsinnigste Schöpfung der „Friedensverträge“ von 1919 überhaupt, aus der Welt zu schaffen, als um der ostoberschlesischen Kohlengruben willen. Die Nazi sind die einzigen, die imstande sind, den deutschen Untertanengeist, der sich nach Parademärschen sehnt, zu überzeugen, daß ein neuer Krieg um die eigene Sache des Volkes geht. Die Regierung aber, das zeigt die Remarque-Episode aufs deutlichste, sieht sich nicht mehr imstande, dem teutonischen Kriegsgeschrei Widerstand zu leisten, sie ist bereits entschlossen, auch in den nächsten Weltkrieg — denn die Lokalisierung wird noch weniger möglich sein als 1914 — hineinzustolpern.

Aber der Krach um den Film hat Millionen die Augen darüber geöffnet, daß 1931 tatsächlich das Jahr der Entscheidung sein wird. Darum sehn diese Millionen nicht allein mehr die Kriegsgefahr, die ja durch die Waffenfunde in Jäschkowitz, durch die Krampfproteste der Deutschen in Genf gegen die Vergewaltigung der deutschen Minderheiten in Polen

bei den Wahlen und durch das gleichzeitige deutschfeindliche Gezeter in Polen — auch dort wurde der Remarque-Film verboten, wegen seiner deutschpatriotischen Tendenz! — selbst Schwachköpfen nachgerade bewußt wird. Sie sehn plötzlich auch, was sonst mit ihnen gespielt wird. Ueberall ist von Sparsamkeit die Rede. Ueberall hat man die Möglichkeit gefunden, ausschließlich auf Kosten der Arbeiter zu sparen. Die Gehälter und Löhne werden heruntergesetzt, das Mittel des Streiks dagegen unbrauchbar gemacht. Die Kopfsteuer belastet nur die Arbeiter, da die Reichen den kleinen Aufschlag auf ihre Abgaben, die sie ohnehin auf die Proletarier abwälzen, garnicht spüren. Die Abstriche aus den Reichsausgaben treffen nur die sozialen Posten; die Erwerbslosen, die Invaliden, die Kinder und die Kriegsgesunden sind die Leidtragenden. Die Einnahmen aber werden aus der unbeschreiblichsten Belastung wiederum der Arbeiter vermehrt. Das Gerede vom Preisabbau ist der schmachlichste Betrug, den je Regierende gegen Regierte gewagt haben. Denn wenn selbst ein achtprozentiger Lohnabbau irgendwo mit einer zwei-prozentigen Preissenkung „ausgeglichen“ werden soll, so erinnert man sich doch, daß zunächst die Preise durch die irrsinnige Steuer- und Zollpolitik um zwanzig und noch mehr Prozente in die Höhe getrieben waren. Ganz schmachlich ist die besondere Besteuerung der Kranken, natürlich wieder nur der armen Kranken. Zahllose Menschen, die irgend mal einen Schmerz verspüren, der bald wieder verschwindet, lassen es auf sich beruhen, um das Geld für den Schein zu sparen, — fünfzig Pfennige sind keine Kleinigkeit für einen Proleten, selbst wenn er Arbeit hat —; so bleiben die ersten Symptome etwa einer Krebskrankheit ohne Behandlung und der Tod hat reiche Beute. Für die Schulkinder gibt es keine Zuschüsse mehr für Wanderungen; die Unterlegenen von 1918 sind wieder so weit, daß sie den letzten Rest sozialen Entgegenkommens, mit dem sie 1919 die Sozialdemokraten vor ihren Wagen spannten, beseitigen. Wir stehn in einer Zeit der Reaktion, die ärger ist als die Zeit des Vormärz.

Bei dem allen aber gibt es einige wichtige Anhaltspunkte, um der nächsten Zukunft in die Karten sehn zu können. Bei aller Sparsamkeit der öffentlichen Gewalten ist der Militär-etat für 1931 um zehn Millionen Mark höher dotiert als im Vorjahre, obwohl er bereits seit langem von Jahr zu Jahr anwächst. Unsrer braven Republikaner machen sich ja drüber lustig, wenn Gröner immer neue Posten ausfindig macht, die in seinem Ressort gedeckt werden müssen; sie glauben, die

Deutschen bauen Panzerschiffe, um damit den abgetakelten Admiralen ein Spielzeug zu schaffen. Sagte man nicht auch vor 1914 „Willys Spielzeug“ zu seiner Flotte? Im Skagerrak hatte man eine andre Meinung davon. Die Herren im Wehramt wissen recht wohl, wozu sie ihre Heeres- und Flottenforderungen aufstellen. Die Republikaner täten gut, wenn sie nicht aller Welt Intelligenz nach der eigenen abschätzten. Dummköpfe sind in Deutschland grade die nationalistischen Industriellen und Agrarier nicht, sonst freilich die meisten, die sich mit Politik befassen. Augenblicklich steht zur Abwechslung eine große Amnestie in Aussicht: nicht für euch, meine armen Freunde in den Zuchthäusern, keineswegs für euch oder überhaupt für Menschen, die aus Ueberzeugungen oder aus Hunger mit der Justiz in Konflikt kamen. Nein, eine Steueramnestie wird es geben. Diejenigen, die ihre Riesenvermögen ins Ausland verschoben haben, damit sie schreien konnten „Kapitalsbildung ist nötig!“ und den Arbeitermassen umso mehr Abgaben aufpacken konnten, je besser sie den Staat, ihren Staat, um ihre Verpflichtungen betrogen, diese Schwerkapitalisten sollen amnestiert werden; weder sollen sie bestraft werden, noch sollen sie das Unterschlagene nachträglich entrichten müssen. An zehn Milliarden Goldmark sollen verschleppt sein, und — na ja, auch vor Ausbruch der großen Zeit 1914 geschah vieles, um finanziell gerüstet zu sein.

Was wir zur Zeit in Deutschland als Regierungsform haben, ist Brüningssches Vorwort zum Ludendorffschen Hauptartikel. Außer den Republikanern dieses Landes weiß jeder, was die mit einem parlamentarischen Poposcheitel frisierte faschistisch-klerikale Diktatur bedeutet. Sie bedeutet die Ueberleitung zu der Entscheidung, die das Jahr 1931 so oder so bringen wird. Eine Möglichkeit besteht im Kriege, der ein Koalitionskrieg in noch nicht klar bestimmbarer Zusammensetzung sein würde. Gewiß ist nur, daß Deutschland ihn gegen Polen und Frankreich zu führen hätte und daß als Kriegsschauplatz im wesentlichen die norddeutsche Tiefebene in Betracht kommt. Dieser Umstand läßt zum Beispiel Ludendorff jetzt warnen, da bekanntlich belgische und polnische Säuglinge zu töten edel und tapfer, deutsche scheel anzusehn infam und todeswürdig ist. Die zweite Möglichkeit ist der entscheidende Schlag der von Hugenberg und Claß dirigierten Hakenkreuzottern. Die Wirkung dieses Schlages, wenn er gelingt, ist klar: Nach einem sehr gründlichen Arbeiter-, Republikaner- und Judenpogrom bekämen wir ein Wirtschaftsdirektorium, das alle Arbeiterkoalitionen auflösen, alle Be-

triebe militarisieren und die Sklaverei schlimmer verwirklichen würde, als Mussolini und Horthy es je getan haben. Die dritte Möglichkeit besteht — nicht in der Rettung der Republik der Seving-Kaas-Hindenburg. An der ist nichts mehr zu retten. Sie besteht in der Befreiung der Arbeiter, die das Werk der Arbeiter selbst sein müßte. Sie besteht in der Beseitigung der Macht, die nicht die Etablierung neuer Mächte, sondern die Zerstörung jeder Staatsmacht bedeuten müßte. Sie besteht in der proletarischen Revolution, deren Ziel der Sozialismus ist, und die als wirtschaftliche und politische Mittel nur solche anwendet, die den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und die Aufrichtung der freien Räterepublik unmittelbar und direkt verwirklichen können.

Welche Entscheidung das Jahr 1931 bringen wird, das hängt ab von der Entschlossenheit, der Bereitschaft, dem Kampfgeist und der Einigkeit der deutschen Proletarier.

Taktik in den Moskauer Dezemberaufständen 1905

Es kann hier nicht darauf ankommen, eine in allen Einzelheiten getreue Schilderung der Dezembererhebungen in Moskau zu geben, sondern es soll hier nur kurz und allgemein eine erfolgreiche Kampfweise einer damals durchaus unbewaffneten, zum größten Teile unorganisierten proletarischen Masse gegen ein bis an die Zähne gerüstetes Staats- und Militärwesen geschildert werden.

Aus L. Trotzki, Russische Revolution 1905 „Der Dezember“. Aufruf der revolutionären Kampforganisation:

I. Die erste Regel ist: handelt nicht in Massen! Handelt in kleinen Gruppen von 3 bis 4 Personen, nicht darüber hinaus. Diese Gruppen müssen recht zahlreich sein und jede von ihnen muß rasch angreifen und ebenso rasch verschwinden. Die Polizei sucht, mit einer Hundertschaft tausendköpfige Massen zu fusilieren. Ihr aber stellt den Soldaten nur 1 bis 2 Schützen entgegen, — eine Hundertschaft läßt sich leichter treffen, als ein einzelner Mann, besonders wenn dieser unerwartet feuert und unbekannt wohin verschwindet.

II. Ferner nehmt keine befestigten Positionen ein. Schließlich wird das Militär sich dennoch ihrer bemächtigen oder sie einfach mit Kartätschen fortjagen. Unsere Festungen seien die durchgehenden Höfe und alle jene Orte, wo man leicht schießen und wieder verschwinden kann.

Wird ein solcher Ort eingenommen, so findet man dort niemand, hat aber dabei große Verluste."

Was geschah: Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse drängten zu einer Entspannung. Die Klassentrennung arbeitet sich von Tag zu Tag immer schärfer heraus. Hunger, Not und Kälte schaffen auf der einen Seite den Willen, sich satt zu machen, auf der andern Seite den Willen zu Kampfhandlungen. Die Bürger lähmt Angst vor dem Komenden, Schrecken vor dem was geschieht. Die Fabriken lähmt der Streik. Eisenbahn, Telegraf bestreikt. Läden geschlossen. Straßenbahnen, städtische Verkehrsmittel ruhen. Die Straße beherrscht von Polizei und Truppe. Sonst keine Bürger, nur Arbeiter. Die Masse selbst gerät in Bewegung, spontan, impulsiv; Führer und Parteien gibt es nicht eigentlich, die Masse handelt gewissermaßen aus sich heraus. Es schafft sich wie von selbst eine revolutionäre Situation von allergrößter Spannung.

Die Aufgabe war, den Staat zu schwächen, zum Schwanken, vielleicht zum Fallen zu bringen. Bei der noch festen Organisation, bei der vorzüglichen, technisch unübertrefflichen Bewaffnung von Polizei und Soldaten war der Gedanke an einen direkten sofortigen bewaffneten Aufstand Wahnsinn. Die Kadern einer schlecht bewaffneten roten Armee in die Schlacht zu schicken, wäre Selbstmord gewesen. An den Uebertritt der Polizei, des wohlgenährten, mit Schnaps versorgten Soldatentums zu glauben, wäre Dummheit gewesen, mehr noch: Verbrechen. Erst mußte der Staat erschüttert sein, erst wenn er fällt, wird er von seinen Dienern den wohlverdienten Fußtritt erhalten.

Es gab Plünderungen von Lebensmittelläden, auch von andern Geschäften. Man nahm sich Brot, Kleidung, Feuerung. Es gab Ansammlungen, Reibereien der unbewaffneten Menge mit der Polizei, den Soldaten. Demonstrationen, Protestversammlungen. Jede Aeußerung, jedes Zusammentreffen der einen Klasse mit den Knechten der andern Klasse spitzte die Situation weiter zu. Diebe und Räuber nutzten die Gelegenheit und verschärften durch ihr Handeln die allgemeine Unruhe und das Gefühl der Unsicherheit bei den Besitzenden und bei den Machthabern. Der mit beispiellosem Elan durchgeführte Generalstreik lähmte jedoch am allermeisten die isolierte, von der Außenwelt abgeschnittene Staatsmacht.

In diesem Milieu entstand die erste Barrikade. Sie wurde so fest wie nur irgendmöglich errichtet, sie wuchs plötzlich auf der Straße. Aber sie wurde nicht vereidigt. Bei der Ungleichheit in Bewaffnung und organisierter Zahl wäre dies auch ein irrsinniges Unternehmen gewesen. So kamen die Truppen, „kämpften“ und schossen gegen die Barrikade, nahmen sie schließlich im Sturm und — fanden niemanden dahinter. Sie trugen die Barrikade ab und gingen schließlich. Kein einziger Prolet war gefährdet. Doch sobald die Staatsmacht verschwunden war, baute

man die Barrikade neu und verduftete abermals, sobald neue Hundertschaften anrückten. Der Barrikadenbau war das Werk des ganzen Volkes und durchaus nicht nur der organisierten revolutionären Kämpfer.

Diese Taktik konnte freilich im Einzelfalle nicht zu großen Erfolgen führen, sobald jedoch das Beispiel auch an andern Stellen zündend wirkte, sobald überall, in allen Stadtteilen Barrikaden aus dem Boden wuchsen, mußten sie die Staatsmacht lähmen, ja vielleicht zum Erliegen bringen. Wenn man die Barrikaden auch nicht verteidigte, sondern sie kampflös der Soldateska überließ, die sie wieder abbaute, so war doch die Truppe in ihrer wesentlichen Ueberlegenheit geschwächt. In Hundertschaften mußte sie anrücken, bald wurde sie in allen Stadtteilen gleichzeitig verlangt, doch je mehr Barrikaden emporstiegen, umso schwerer konnte sie ihrer Aufgabe gerecht werden, weil die Barrikaden, die schließlich zu hunderten überall und immer schneller errichtet wurden, Hindernisse waren, die vor allem Zeit kosteten. (Heute würde ein solcher allgemeiner Barrikadenbau noch ungleich wirksamer sein, weil die Panzerautos, die Spritzwagen noch viel empfindlicher in ihrer Bewegung gestört würden, als die Kosaken und Polizisten des Zarenregimes!)

So kam es, daß die Staatsmacht tatsächlich zu erliegen drohte und schon zu einem ganz schwerfälligen Koloß ohne jede Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit wurde. Jetzt begann auch die Demoralisierung der Truppe, die abgehetzt, übernervös, verbittert und in der Atmosphäre des allgemeinen Hasses der Bevölkerung sicherlich nicht mehr lange standgehalten hätte.

Diese Taktik also war es, die die Staatsgewalt lockerte und die dem Proletariat den Kampf erleichterte, keine Opfer forderte, bis man schließlich zur direkten Aktion, zum bewaffneten Aufstand übergehen konnte. Weil aber im Dezember Petersburg das ganze Land nicht zu ebenso entschlossenem Handeln mitreißen konnte, gelang es dem Zarentum 1905 noch einmal den Aufstand niederzuschlagen. Man lenkte ungeheure Heeresmassen nach Moskau, die sorgfältig ausgewählt und von allen zweifelhaften Elementen gesäubert waren. Am 23. Dezember wurde die ganze Stadt von der Dubassowschen Artillerie beschossen. Kanonen und Maschinengewehre sind in voller Tätigkeit gegen einen geheimnisvollen, unsichtbaren Feind, nicht gegen einzelne Revolutionäre, nein gegen ganz Moskau. Es fallen keine Revolutionäre, nein Bürger, Greise, Kinder. Dieser Einsatz von Kanonen und Maschinengewehren fördert zunächst nur die fieberhafte Arbeit an den Barrikaden. Die gesamte Stadt ist mit Barrikaden bedeckt, nicht mehr einzelnen, nein mit hunderten und aberhunderten. Aber nur an einer einzigen Stelle in dem Viertel Presnja kommt es zu dem bewaffneten Aufstand. Hier gab es einen regulären Wachtdienst, organisierte Kampftruppen, bei denen sich in hervorragendem Maße gerade auch die Proletarierinnen zum Beispiel bei Rekognoszierungen be-

teiligten. Hier war es auch gelungen, die Truppen fernzuhalten, die einfach keine Möglichkeit zum Eindringen mehr hatten, weil jedes Fenster, jedes Haus und jede Straße erbittertes Feindesgebiet war. Man fing die Soldaten ab, entwaffnete sie, erschloß die widerspenstigen. Manch einer von ihnen aber trat auch begeistert zur aufständischen Truppe über.

Doch der Einsatz so großer Truppenmassen, die Passivität des ganzen Landes, vor allem der benachbarten Stadtteile, mußte auch hier den Aufstand aussichtslos werden lassen. Am 29. Dezember begann die Beschießung durch Artillerie. Am 30. Dezember war ein fester Truppenring um die Presnja geschlossen. Gegen 12 Uhr nachts hörte der Widerstand auf, die kämpfenden Revolutionäre brachten sich zu allermeist und vom ganzen Volk gedeckt und beschützt in Sicherheit. Nur noch vereinzelte Gruppen kämpften aus eigener Initiative weiter. Am 1. Januar war alles vorüber.

Das Ziel, die Staatsgewalt zu brechen, wurde nicht erreicht. Es wurde nicht erreicht, weil auf der einen Seite die Uebermacht der Zarenmacht zu stark war und weil zum andern das ganze Land, vor allem die großen revolutionären Städte nicht den gleichen Elan aufbrachten und es so zuließen, daß sich die Staatsmacht reorganisieren, auf den bedrohten Punkt sammeln und mit ihren Gewaltmitteln die Revolution im Blute ersticken konnte. Hätte ganz Rußland im Dezember noch die gleiche Begeisterung, den gleichen Kampfesmut aufbringen können, wie acht Wochen vorher, im Oktober, es ist nicht abzusehen, wie ein allgemeiner Aufstand ausgelaufen wäre und ob nicht schon damals die allerhöchst organisierte Staatsmacht der fast gänzlich unorganisierten Revolution zum Opfer gefallen wäre.

Wenn wir uns heute fragen, wie diese gewaltigen Erfolge im Dezember 1905 der bis dahin so unversehrten, in jeder Beziehung so überlegenen Staats- und Militärgewalt gegenüber errungen wurden, so können wir als Hauptgrund des Erfolges die Taktik erkennen, die das ganze Volk, die breiten Massen wie instinktmäßig anwandten: Die Desorganisation und Lähmung der Staatsmacht an allen Stellen, besonders durch Barrikadenbau, die nicht verteidigt, aber immer wieder und möglichst in jeder Straße neu errichtet wurden. Und die Aufnahme des offenen bewaffneten Kampfes erst von dem Augenblick an, wo die Truppe ermüdet und in dem allgemeinen Haß, der sie umgibt, verbittert und nervös wird. Generalstreik, überall unverteidigte immer neu erstehende Barrikaden, Aufnahme des offenen Kampfes erst dann, wenn die Staatsmacht gelähmt ist.

Dies war der Weg zu dem riesenhaften Erfolg, der verhältnismäßig wenig Opfer gekostet hat. —

(mitgeteilt von Fritz Müller.)

Pulver und Dynamit*)

Wenn Könige das Volk beschießen,
dann braucht man Kugeln und Kanonen.
Kanonen, welche Blut vergießen,
sie kosten leider auch Millionen.
Doch schießt das Volk auf seine Kronen,
dann hat es nichts als Dynamit:
man nahm sein Geld für die Kanonen, —
ein armer Held wird zum Bandit.

O, Berthold Schwarz, noch jüngst gepriesen
auf deinem großen Jubelfeste,
als hätte alle Welt erwiesen:
was du erfunden, sei das Beste.
Dein Pulver, dunkel wie dein Kittel,
ist eine gute Medizin:
ein staatlich anerkanntes Mittel,
wirkt prompt und sicher wie Laxin.

Du schenktest Königen das Feuer,
dem Volke Blei und blauen Dunst,
doch für die Masse viel zu teuer
erwarbst du nie des Volkes Gunst.

Nobel, dich hört man selten preisen:
was du erfandst, wird unterdrückt,
weil man auf Thronen und auf Reisen
nicht gern durch einen Knall erschrickt.
Dein weißer Balsam hat gelindert
so manchen Stock- und Knutenhieb,
und wenn auch überall behindert:
dein Mittel hilft! Dein Mittel blieb!

Bald hat's befreit das Reich des Zaren,
die Zündschnur brennt, bald fliegt der Stein.
Und wird die Welt in wen'gen Jahren
doch nicht ein großes Preußen sein,
so ist es dein Verdienst gewesen,
wenn ich die Welt noch leben seh':
du weißer Sprengstoff alles Bösen,
weiß wie die Unschuld, weiß wie Schnee!

August Strindberg.

*) Dieses Gedicht hat Strindberg schon 1883 veröffentlicht; es ist entstanden unter dem Eindruck des Dynamitattentates, dem der Zar Alexander II. am 1. März 1881 zum Opfer gefallen war.

Zum näheren Verständnis diene, daß dem Franziskanermönch Berthold Schwarz die Erfindung des Schießpulvers zugeschrieben wird und daß Alfred Nobel (der spätere Stifter des Nobelpreises) 1866 das Dynamit erfunden hat. Die Uebersetzung des Gedichtes ist von Siegfried v. Vegesack, der sie dem FANAL zum erstmaligen Druck zur Verfügung gestellt hat. Der allein autorisierte Uebersetzer der Werke Strindbergs, Herr Emil Schering, hat mir den Abdruck der Vegesackschen Fassung gestattet mit dem Hinweis, daß Strindbergs sämtliche Gedichte, vollständig in einem Bande, in seiner einzig autorisierten Uebersetzung bei Georg Müller in München erschienen sind. — Beiden Herren sei für ihr Entgegenkommen bester Dank ausgesprochen.

E. M.

Autorität und Justiz

Vor einigen Wochen wurde in Halberstadt ein gewisser Koch von der Anklage freigesprochen, er habe den Fabrikanten Kramer ermordet. Als Motiv war angenommen worden, daß Kramer, ein unleidlich autoritärer Mensch und schikanöser Vorgesetzter, Koch aus seinem Betriebe entlassen hatte. Nach dem Freispruch wurde Koch von seinen früheren Arbeitskollegen mit Hochrufen empfangen. Die Sympathiekundgebung galt anscheinend weniger dem Manne, der sich von der schweren Beschuldigung hatte reinwaschen können, als dem, dem man die Tat zugetraut hatte, und vielleicht gar bedeutete sie nur den Ausdruck der Freude, weil der verhaßte Quälgeist um die Ecke gebracht war, ohne daß die Autorität des Staates die Genugtuung darüber durch ein Justizurteil zu trüben vermochte. Der Grundsatz der Autorität hatte also zwei Niederlagen zu verzeichnen, einmal durch die Fällung des Betriebstyrannen, dann durch das Zusammenbrechen der staatsanwaltlichen Anklage. Manchmal dringen eben bei dem autoritativsten und mithin gehorsamsten Volk der Welt doch noch freiheitliche Urinstinkte an die Oberfläche. Der Halberstädter Prozeß zeichnete sich indessen noch durch einen besonderen Umstand aus, dessen symptomatische Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann, zeigte sich doch, daß der Angeklagte selbst in die peinliche Lage, seinen Kopf verteidigen zu müssen, nur dadurch geraten war, daß er da, wo er Herr spielen konnte, seine Machtgelüste autoritär übersteigert hatte. Alle Zeugen entlasteten ihn, suchten förmlich, ihn herauszupauken, indem sie den Ermordeten in das übelste Licht stellten und seinen Tod als Erlösung für alle kennzeichneten, die in seiner Abhängigkeit waren. Gegen Koch trat niemand auf als seine Familie. Seine Frau und seine Stiefsöhne hatten ihn der Staatsanwaltschaft angezeigt; sie entwarfen ein übles Bild von seinem Charakter, sie gaben sich noch vor Gericht alle erdenkliche Mühe, ihn dem Scharfrichter auszuliefern. Es ergab sich, daß der Mann zuhause ein finsterner Despot gewesen war, und daß die Menschen, die unter seiner Despotie unmittelbar zu leiden hatten, ihn mit der Inbrunst der Verzweiflung den Tod an den Hals wünschten. Der Despot Kramer kam ums Leben, weil sein herrisches Gebaren eines Tages nicht mehr ertragen wurde, und Koch wurde gefeiert, weil er verdächtig gewesen war, die Unerträglichkeit beiseite geräumt zu haben. Der Verdacht aber war auf Koch geworfen worden, weil er der gleiche Despot war wie Kramer und seine Opfer hofften, ihn mit Hilfe der höchsten aller Autoritäten, des Staates, beiseite räumen zu können. Es sind schon sehr viele Menschen wegen schwerer Verbrechen verurteilt worden, die sie nicht begangen haben. Viel mehr solcher Justizopfer sitzen in den deutschen Zuchthäusern, als sich der staatsgläubige Bürger träumen läßt. Aber viele von ihnen wären nicht in ihr Unglück geraten, hätten sie nicht Mißbrauch mit Macht getrieben, der die ihnen Ausgelieferten schließlich zu falschem Zeugnis wider sie aufpeitschte. Die Autorität der Justiz als Gegengift gegen die Autorität des Familienvaters: glaubt nicht, daß diese Rache der Getretenen selten oder neuartig wäre. Gleich noch ein Fall.

Herr Frenzel, Schornsteinfegermeister in Bornim, Gemeindevorsteher und Funktionär vieler Vereinigungen, die wenige Kilometer vor Potsdam modernen Geist in muffige Gemüter tragen sollen, so auch Vorsitzender des Freidenkerverbandes für Feuerbestattung, der sozialdemokratische Großbürger Frenzel ist, bereits zum zweiten Male, von Potsdamer Richtern wegen „Blutschande“ mit seiner Tochter Gertrud zu Zuchthaus verurteilt worden. Das Urteil zweiter Instanz unterscheidet sich vom ersten darin, daß nicht

mehr Nötigung, sondern Geschlechtsverkehr mit Einwilligung des Mädchens angenommen wurde. Ob solcher Verkehr zwischen Vater und Tochter stattgefunden hat oder nicht, war Gegenstand wochenlanger forensischer Erörterung, wobei die Öffentlichkeit in einer Weise ausgeschlossen war, daß grade noch der Fäulnisgeruch verbotener Lustbarkeit die keusche Luft der Potsdamer Damenkränzchen parfümieren konnte; Herr Landgerichtsdirektor Hellwig aber, der Spielleiter der Justizgroteske, zog den halb durchsichtigen Schleier der Heimlichtuerei so geschickt vor die Bühne, daß dahinter die Autorität des Richters noch autoritativer, die Belange des Staates noch belangvoller, die Heiligkeit der kirchlichen Gebote noch heiliger und die Sünden des Angeklagten noch sündhafter aussahen. Das ausgedehnte Inquisitionsverfahren dieses Prozesses drehte sich nur äußerlich um die Frage, ob Frenzel mit dem Mädchel geschlafen hat. In Wahrheit kam es bei dem ganzen Streit um die Glaubwürdigkeit Gertruds auf die Rettung der in Potsdam gültigen Autoritätsbegriffe an. Der eigentliche Ankläger war nicht der Staatsanwalt, sondern der Pfarrer Schenk, und dem ging es mehr um den Kampf für die Autorität der Kirche gegen einen Freidenker als um die Wahrung dessen, was diese Herrschaften Sittlichkeit zu nennen beliebten. Der Gottesmann schämte sich ja nicht, zum Beweise dessen, daß sein politischer Gegner Inzucht getrieben habe, dessen übriges außereheliche Sexualleben bloßzustellen, ungeachtet des Umstands, daß die Heftigkeit seiner Seelsorge früher einmal selber eine Ehescheidung herbeigeführt hatte. Der heilige Streiter und sein Gespons griffen in das Frenzelsche Familienleben ein, um die Schafe aus der Hürde des Ungläubigen auf die kirchliche Weide zu jagen. Nachdem die jüngere Tochter ins elterliche Haus zurückgelaufen war, kämpften sie nun um Gertrud und führten den Kampf mit dem eifernden Bestreben, das arme junge Ding immer von neuem festzulegen auf die Beschuldigung gegen den Vater. mit immer eindringlicherem frommen Salbadern, um die Einbildungen des verstörten Gemütes suggestiv zu bestärken im reuigen Geständnis der „Schande“. Frenzel wurde verurteilt zum Zeichen, daß die Autorität des Staates sich im Zweifel, ob die Autorität der Kirche oder die der Familie in Potsdam-Bornim Vorhand habe, für die der Kirche entscheidet.

Der Prozeß Frenzel war ein ausgesprochen politischer Prozeß. Staat und Kirche führten ihn gegen traditionswidrige Gesinnungen. Gertrud mußte als glaubwürdig anerkannt werden, trotz aller Widersprüche, trotz aller Widerlegungen vieler ihrer Behauptungen durch einwandfreie Zeugen, weil die Anerkennung ihrer Unglaubwürdigkeit der Autorität der Widersacher ihres Vaters Abbruch getan hätte. Um aber eine Autorität zu sichern, findet sich stets eine andre Autorität willfährig. Man vernahm eine Reihe von Sachverständigen, schlug aber alle Gutachten in den Wind, die dem Zweck der Expertenverhöre nicht entsprachen, will sagen, die aus psychologischen, physiologischen und Erfahrungsgründen die Behauptungen des jungen Mädchens als überaus unwahrscheinlich bezeichneten. So blieben nur zwei verwendbare Aerztezeugnisse übrig, die der Professoren Plauth und Placzek, und Frenzel muß ins Zuchthaus, weil Herr Plauth Gertruds Wahrhaftigkeit durch die Tatsache erhärtet sieht, daß sie unter Schenks Betreuung fleißig zu beten pflegte, was ihr Vater bekanntlich nicht tat. Man hat schon von Leuten gehört, deren Lügenhaftigkeit sich grade durch reichliches Beten manifestiert; aber die staatliche und kirchliche Autorität verlangt, daß ein Atheist ins Zuchthaus muß, wenn eine Betschwester behauptet, er habe sie genotzüchtigt. Das Gebet vor dem Altar ersetzt der Justiz den Schwur vor dem Richtertisch, — wenigstens in Potsdam.

Frenzel ist nichts bewiesen. Seine Aussage steht gegen die seines Kindes. Außer den beiden kann niemand wissen, was geschehen ist. Daß

geschah, was Gertrud beteuert, ist unwahrscheinlich. Trotzdem wäre es verkehrt, ihr bewußte Lüge vorzuwerfen. Es ist sehr wohl möglich, daß sie selbst fest davon überzeugt ist, daß das, was sie vorgibt und was ihr das Ehepaar Schenk in immerwährender Phantasiebeflügelung fortgesetzt eingehämmert hat, Wirklichkeit ist. Hier beginnt aber, ganz wie im Falle Koch die tragische Schuld Frenzels. Der Amtsvorsteher, Autorität in seiner Ortsgemeinde, Autorität in seinem Berufsverband, Autorität in seiner Gesinnungsgemeinschaft, übte erst recht keinen Widerspruch duldende Autorität in seiner Familie aus. So heftig trat im eigenen Hause sein Herrenanspruch hervor, daß alle seine Töchter ganz von dem Wunsche benommen waren, nur herauszukommen aus der elterlichen Obhut und daß dieser Wunsch bei zweien von ihnen bis zur Flucht in den Schutz des ärgsten Feindes des Vaters führte; die Kinder des Freidenkers, seelisch zermüht von dessen autoritativem Gehaben, suchten Rettung bei der Autorität des Pfarrers. Aber sie flüchteten nicht nur zum Feinde, sie flüchteten zugleich in die Rache, ersannen die Beschuldigung, die Frenzel auf die Anklagebank brachte, um den Tyrannen ganz los zu werden, um gewiß nicht wieder unter seine Obrigkeit zurück zu müssen. Die Jüngere nahm, als sie die Folgen sah, ihre Behauptungen zurück; die Aeltere blieb darauf stehn, redete und schwor sich immer tiefer in sie hinein, füllte ihre ganze Phantasie mit ihnen aus, erlebte nachträglich in der Vorstellung die Umarmungen des Vaters so sinnhaft, daß ihr Gedächtnis nicht zweifelt, die tatsächlich durchkostet zu haben.

Die Justiz wollte, damit die Autorität recht behalte, unter allen Umständen verurteilen. Sonst hätte man aus der Antwort auf die 850 Fragen, mit denen man das Mädchen quälte, auf eine bestimmte Art masochistischer Anlage bei ihr schließen müssen. Gertrud Frenzel ist allem Anschein nach mit sexueller Betonung autoritätshörig. Das Machtgebaren des Vaters, das ihren Freiheitsdrang bis zur Flucht und bis zur Verleumdung beleidigt, genießt sie gleichzeitig erotisch. Die Qual der erzwungenen Folgsamkeit verbindet sich mit sexuellen Wünschen, die sich auf den Vater konzentrieren. Hier mag der Ursprung der Verleumdung liegen, zu der sie die Schwester mit überredet, für die zeitweilig sogar die nicht minder unterdrückte Mutter gewonnen wird. Mit der Entfernung aus dem Elternhaus nimmt die erotische Phantasie Gertruds vollständig die Gestalt der Verleumdung an und der Seelenhirt hat leichtes Spiel. Aber die Autorität, die jetzt vom Pfarrer ausgeht, erhält wiederum ein erotisches Gesicht, und die Andeutungen, die sie über ihre Verliebtheit in Schenk macht, und die von Zeugen dahin verstanden werden, daß sie mit dem Pfarrer ein Verhältnis habe, sind Ausdruck desselben Masochismus, der sie den Vater als Beischläfer erträumen ließ. Es wäre garnicht erstaunlich, wenn der nächste, den Gertrud Frenzel der Notzucht oder Verführung bezichtigte, der Landgerichtsdirektor Hellwig wäre. Geschunden hat er das unglückliche Wesen genug.

Es bleibt noch grundsätzlich ein Wort zu sagen über den Paragraphen 173, nach dem Frenzel verurteilt wurde, wobei nochmals betont sei, daß selbst die Hellwig-Kammer die Bereitwilligkeit Gertruds zum Verkehr mit dem Vater angenommen hat. Die Strafbarkeit des sexuellen Umgangs zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie, sofern es sich um Erwachsene und geistig Gesunde handelt, hat nur einen Sinn als Schutz der elterlichen Familienautorität. Auf der Familienautorität aber beruht die Staatsautorität, und, wie gezeigt, ist manchmal der Justiz die Kirchenautorität noch wichtiger als die der Familie. Schutz der Abhängigkeit, Schutz des Kindheitsalters, Schutz der Willensschwachen ist berechtigt, aber wo

ein Mißbrauch solcher Faktoren nicht in Frage kommt, ist eine Liebschaft zwischen Vater oder Mutter mit einem erwachsenen Kinde einfach Geschmacksache, ihre Bestrafung läuft auf Schutz der kirchlichen Kontrollmaßregeln über das „sittliche“ Verhalten der Menschen hinaus. In Rußland, wo sich gerade auf dem Gebiete der Geschlechtlichkeit ausgezeichnete freiheitliche Grundsätze aus der großen revolutionären Umwälzung in die gesellschaftlichen Regelungen der Gegenwart gerettet haben, gibt es keine „Blutschande“ mehr als strafbare Handlung. Das eben erschienene Buch „Sowjetunion“ von Max Hodann (Universitas, Berlin 1931) hebt das neben ähnlichen Fortschritten hervor und knüpft daran die Bemerkung, daß eben infolge dieser Freiheiten auf sexuellem Gebiet „das Hervortreten sexueller Züge dem öffentlichen Leben der Sowjetunion in viel höherem Maße fremd ist, als man das von irgend einem andern Lande behaupten kann“. (Ueber dieses aufrichtige, anständige, mit viel Liebe und ohne alle Liebedienerei über Rußland orientierende Buch soll noch ausführlich berichtet werden.) Uebrigens verlangt auch Johannes Werthauer in seinem „Strafbuch-Entwurf“ (vgl. FANAL, IV, 2) die völlige Tilgung der sogenannten Verbrechen gegen die Familie aus jedem Strafgesetzbuch, die nicht mit Körperschäden, Verletzung der Unterhaltspflicht, Mißbrauch der Minderjährigkeit oder Gewaltsamkeit zusammenfallen.

Die Verurteilung Frenzels ist, von jeder freiheitlichen Moral aus betrachtet, eine Gewalttat der Justiz, begangen nicht zum Schutz Unrechtleidender Menschen, sondern durchaus nur zur Wahrung der Staatsräson und der Kirchenautorität. Daß das Opfer dieser Vernichtungsorgie der autoritären Obrigkeit ein selbst durchaus autoritativ gerichteter Mensch ist, der eben durch sein autoritäres Verhalten in seine furchtbare Lage gekommen ist, macht das gegen ihn angewendete Strafrecht noch lange nicht zur Gerechtigkeit. Höchstens könnten Eltern, die sich das Kommandieren in ihren vier Wänden nicht abgewöhnen können, aus den Fällen Koch und Frenzel lernen, daß, wer Autorität sein will, leichter als andre von stärkeren Autoritäten zermalmt wird.

Erfreulicherweise kann aber auch ein Fall angeführt werden, der zeigt, was im Gegensatz zur elterlichen Autorität elterliche Solidarität vermag. Wenn Walter Bullerjahn endlich von der teuflischen Ungerechtigkeit, die der Staat gegen ihn verübt, befreit wird, so dankt er das in erster Reihe der Tapferkeit und menschlichen Größe seiner Mutter. Das Reichsgericht hat das Urteil — 15 Jahre Zuchthaus! — gegen ihn darauf gestützt, daß eine Persönlichkeit von höchster Autorität ihn entscheidend belastet habe, er sei der Verräter eines geheimen Waffenlagers an die Franzosen gewesen. Es stellte sich später heraus, daß dieser Zeuge, der dem Angeklagten weder gegenüber gestellt noch auch nur genannt wurde, der Großindustrielle Herr von Gontard war. Ein Multimillionär und Adliger — das genügt der Staatsgewalt als Autorität, gegen deren Zeugnis keine Widerrede möglich ist. Denn auch auf der Autorität der alten Aristokratie und des jungen Kapitalismus beruht die Autorität des Staates und mithin seiner Justiz. Herr von Gontard ließ seine Tochter Hochzeit feiern mit einem Pomp, der das gute Gewissen dieser Art Beherrscher Deutschlands zur Schau stellte. Vor der Kirche trat ihm Frau Bullerjahn in den Weg und forderte von ihm ihren Sohn zurück. Vor dieser Stimme versank die Autorität des Granden. Wurde auch sein Gewissen nicht berührt, so horchten doch plötzlich die gleichgültigen Menschen, die sonst so leicht die Ungerechtigkeit ertragen, die andre leiden, auf und nun ist es, als fielen mit einem Schlage alle Perlen aus dem Ehrendiadem der Belastungsautorität des Reichsgerichts. Jetzt stellt sich mit einem Mal heraus, daß dieser glaub-

würdigste aller Zeugen, den man nicht einmal zu hören braucht, um seine Verdächtigungen als Beweismittel gelten zu lassen, Urkunden gefälscht und Erpressungen versucht hat. Die Autorität, die er in die Wagschale warf, um den armen Bullerjahn zu vernichten, kehrt sich gegen ihn selbst, denn er forderte durch den Anspruch, unbesehmt als Kronzeuge anerkannt zu werden, zur Untersuchung seiner Glaubwürdigkeit heraus.

Die Justiz thront immer noch als höchste Autorität über Gerechten und Ungerechten. Die Stimme einer Mutter, die nicht Autorität sondern nur Liebe zum Handeln trieb, hat der Autorität des Staats und der Justiz mehr Abbruch getan als alle die armseligen Kritiker, die unsre Rechthaber auf den Richterstühlen beweglich warnen, sie sollten doch das Vertrauen des Volkes zur Rechtsprechung nicht untergraben. Wer heute noch in Deutschland ein Fünkchen Vertrauen zur Justiz des Landes hat, der ist unheilbar. Aber alles Mißtrauen zur Justiz nützt uns nichts, solange wir den Kampf gegen sie nicht verbinden mit dem Kampf gegen jede Autorität in Staat, Kirche, Familie, Schule und Gesinnungsgemeinschaft.

Kurze Umschau

Die großen revolutionären Bewegungen des vergangenen Jahres haben noch nirgends zu Verhältnissen geführt, die von dieser oder jener kämpfenden Partei als Siege oder Niederlagen bezeichnet werden könnten. Dabei sind aber nicht gemeint die Aufstände, die in rascher Folge Regierungen vieler süd- und mittelamerikanischen Staaten wechseln ließen. Diese Erhebungen, in Argentinien, Bolivien, Peru, Brasilien, haben symptomatische Bedeutung nur als Ausdruck der Rivalität zwischen englischen und nordamerikanischen Kapitalistengruppen, denen es immer wieder gelingt, die Opfer ihrer Blutsaugerei in den Glauben zu versetzen, ein Agent der bislang zurückgesetzten Petroleum-, Kaffee-, Metall- oder Gummikonzerne als Präsident anstelle des Agenten der konkurrierenden Firmen werde dem Lande Glück, Freiheit und Wohlstand bescheren. In Wahrheit hat noch keine dieser Revolutionen den Charakter einer gegen das Wirtschaftssystem selbst gerichteten Anstrengung angenommen. Jedoch hat ja die Weltkrise, in der wir uns befinden, nirgends mehr das Gesicht einer der Absatzstockungen, welche der Kapitalismus von jeher in gewissen Abständen mit sich führt, sondern ist Dauerzustand geworden, der auf die neuen Produktionsmethoden und auf die Unmöglichkeit zurückzuführen ist, die arbeitsbereiten Hände innerhalb dieser Methoden bei gleichzeitiger Hochhaltung des Kapitalprofits zu beschäftigen. Massenmüßiggang bei gleichzeitiger Verelendung aller Arbeitenden und Arbeitslosen, kurz Verhältnisse, wie wir sie jetzt in Deutschland haben, können aber mit allen Severingschen und Hugenbergschen Gewaltmitteln nicht allzu lange bestehen, und anderswo wird sich der natürliche Verlauf zur radikalen Umwälzung von unten auf schneller vollziehen als bei uns. Auch Amerika wird in abmeßbarer Zeit vor schwere Probleme gestellt werden als es bloße politische Kursstreitigkeiten sind. Viel wichtiger sind die großen Befreiungskämpfe in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, da sie die Götterdämmerung des imperialistischen Zeitalters ankündigen. Die Generalsmetzeleien gegen die Kulis in China leben wieder auf; doch scheint der große Kommuneraufstand von Kanton vor drei Jahren nicht mehr aus der hoffnungsvollen Erinnerung der Arbeiter ausgerissen werden zu können. Die chinesischen Revolution wird noch lange

kämpfen müssen; fruchtlos kann sie nicht mehr bleiben. In Indochina wenden die Franzosen die Mittel an, mit denen es ihnen gelang, in Syrien eine Atempause zu erlangen: Massenmord, maßlose Quälereien, schändliche Versklavung des verblutenden Volkes. Trotzdem können nur Zörgiebel-Naturen meinen, unerträgliche Verhältnisse mit Panzerautos verewigen zu können, und den Franzosen wird es in Indochina nicht besser gehn als den Engländern in Indien, wo die explosive Spannung deshalb nicht vermindert ist, weil man es ein paar Wochen lang nicht mehr laut über den Ozean krachen hört. Ebenso wenig ist in Spanien die Revolution zu Ende, weil eine militärische Revolte nicht gelungen ist. Dort ist im Gegenteil die stärkste Hoffnung auf schnelle und durchgreifende Aenderungen, weil ein an anarchistischen Ideen geschultes und syndikalistisch organisiertes revolutionäres Proletariat die entscheidende Rolle spielt und weil seit dem Sturz Primo de Riveras, der ersten vollkommenen Niederlage, die der Faschismus überhaupt bis jetzt erlitten hat, im Selbstbewußtsein der spanischen Arbeiter eine Entschlossenheit lebendig geworden ist, an der die Monarchie mitsamt dem Brüning-ähnlichen scheidemokratischen Diktatur-Regiment Berenguers sich die Zähne ausbeißen wird. Siegt aber in Spanien die proletarische Revolution, so wird der Sozialismus dort auf andre Weise Wirklichkeit werden, als es in Rußland versucht wird. Ueber die Schwierigkeiten der Industrialisierung des Landes, in deren Durchführung man in Moskau ja bereits eine sozialistische Aufbauarbeit erblickt, soll im Anschluß an Hodanns Buch (vgl. S. 91 dieses Buches) nächstens mit aller Bemühung um Gerechtigkeit Grundsätzliches gesagt werden. Diesmal nur ein paar Worte zum Ramsin-Prozeß. Gegen die Bekämpfung der im Dienste privatkapitalistischer Interessen verübten Wirtschaftssabotage, auch mit den Mitteln des Terrors, ist hier nie gewettert worden. Die Erschießung der 48 Spezialisten wurde nur bemängelt, weil die Verurteilung geheim erfolgte und nachher den Zeitungsgenossen zugemutet wurde, sie sollten an das Geständnis der Beteiligten glauben. Nach der Komödie im Verfahren gegen die acht Industrieparteiler steht allerdings die Hinrichtung der 48 in sehr bedenklichem Lichte. Man hat sie erschossen, weil sie angeblich selbst gestanden haben, konterrevolutionärer Sabotage schuldig zu sein. Die acht aber haben sich überboten in Geständnissen und eben darum hat man sie nicht erschossen, sondern zu je zehn Jahren Freiheitsstrafe begnadigt. (Glaubt ein einsichtiger Mensch, daß sie die Strafe ernsthaft absitzen müssen? Sie werden nicht entfernt das ausstehen haben, was Ghezzi, was die wirklichen Revolutionäre wegen ihrer Gesinnung in Rußland erdulden.) Diese Dinge muß sich ein unabhängig denkender Mensch so erklären: Es waren 56 Professoren, Ingenieure und Spezialisten der Sabotage beschuldigt. Man versprach ihnen das Leben, wenn sie in öffentlicher Verhandlung genau das eingestehen, was man eingestanden haben wollte. Acht gingen darauf ein, 48 nicht. Die 48 zogen den Tod einer entwürdigenden Reueprozedur vor. Die Geständnisse Ramsins und der sieben übrigen haben gark keinen Wert, weil das Ende der 48 bei der Heimlichkeit des Verfahrens den Verdacht wachruft, daß diese Geständnisse mit dem warnenden Beispiel der 48 Aufrechten erpreßt wurden. Je weniger wir zweifeln, daß wirklich bei allen 56 Wirtschaftssabotage vorliegt, umso peinlicher wirkt das Verhalten der Stalinientreuen. War das Geständnis der geheim Vernommenen todwürdig, so durfte man die nicht schonen, die es vor dem Forum der Welt ablegten. Oder man muß sich nicht wundern, wenn alle Welt das Geständnis der Erschossenen bezweifelt und aus dem ganzen Vorgang den Schluß zieht, daß die Sowjet-Union nur gegen wirklich überführte Weißgardisten Milde kennt. Die Leute, die alles verteidigen müssen, was man drüben für gut hält, sind nicht zu beneiden.

Wer ist's?

Zwei alte Sozialdemokraten sind knapp hintereinander gestorben, die nicht viel mehr mit einander gemeinsam hatten, als daß sie beide den Namen Hoffmann trugen, beide auch einige Zeit Minister der November-Republik gewesen sind. Um den Unterschied zwischen ihnen zu erfassen, empfiehlt es sich, die Selbstbiographien zu vergleichen, die beide für Degeners Zeitgenossen-Lexikon „Wer ist's?“ eingesandt haben. Da nennt sich der eine: Adolph Hoffmann, Schriftsteller, M. d. R. und fügt dann seinen Lebenslauf an, der mit Volks- und Armenschule beginnt, die Berufe als Graveurlehrling, Vergolder, Bursche in verschiedenen Branchen und Maler aufzählt und als Buchhändler endet, bis erst im höheren Alter die schriftstellerische Tätigkeit Hauptinhalt der Arbeit wird, die in den neunziger Jahren eine dreijährige Redakteurstellung vorbereitet hatte. Die politische Laufbahn wird in einer halben Zeile abgetan, die Episode als preußischer Kultusminister garnicht erwähnt. Der andre, Johannes Hoffmann, nennt als seinen Hauptberuf Minister-Präsident a. D. und dann erst folgt Volksschullehrer, M. d. R., Mitglied des Staatsgerichtshofs. Die Berufskarriere wird mit allen Jahreszahlen aufgezeigt, sie beschränkt sich auf die Ausbildung zum Volksschullehrer, welches Amt bis 1908 bekleidet wird. Dann folgen nur noch politische Grade in aufsteigender Reihe. Die Bemerkung Adolph Hoffmanns „Als Redakteur eine Reihe von Gefängnisstrafen wegen Preßvergehen“ findet sich bei Johannes Hoffmann nicht. Adolph Hoffmann war einer von der alten Garde der Sozialdemokratie, keineswegs eine überragende Begabung auf irgend einem Gebiete, aber das Leben des jovialen, witzigen, schlagfertigen und dem Proletariat immer im Herzen zugehörigen Sozialdemokraten Bebelscher Schule ist frei von schmutzigen Flecken. Allerdings war auch er kein Charakterheros und kam ewig über Halbheiten nicht weg. Im Kriege ging er mit den Unabhängigen, schloß sich bei der Spaltung in Halle der Mehrheit an, die als VKPD. sich mit den Kommunisten vereinigte, folgte Paul Levi zur KAG., zurück zu den Unabhängigen und nach Nürnberg, sodaß Adolph Hoffmann schließlich doch in die Partei Noskes zurückfand. Bei den Arbeitern eckte er am gründlichsten an, als er, der alte Vorkämpfer des Atheismus, 1925 bei der Reichspräsidentenwahl seinen guten Namen für die Kandidatur des Zentrumfrömmers Marx hergab. Die verzichtende Größe charaktervollen Außenseitertums hat er nie gefunden. Doch ist ja da der prachtvoll alte Ledebour bis zum heutigen Tage der Einzige geblieben. Zu den besten Sozialdemokraten hat Adolph Hoffmann zweifellos gezählt, — nur gehört dazu nicht recht viel.

Aus Johannes Hoffmanns Lebensgeschichte ist Belastenderes nachzutragen. Eisner holte den als linken Sozialdemokraten bekannten Pfälzer 1918 in seine Regierung als Kultusminister. Er hat in dieser Zeit manchmal der von Anfang an konterrevolutionären Politik seiner Parteigenossen Auer, Timm und Roßhaupter erfolgreich gesteuert und die radikaleren Methoden Eisners und besonders des Finanzministers Jaffé gefördert. Daher fand seine Berufung zur Nachfolge Eisners nach dessen Ermordung wenig Widerstand. So konnte er seine fürchterliche Rolle als der Thiers der Münchener Kommune spielen. Das Einzige, was man hierbei zu seinen Gunsten anführen könnte, ist, daß er in dem nach Bamberg gestürzten Rumpfministerium der einzige war, der — im Gegensatz zu den Schneppenhorst, Segitz und Steiner — nicht einen Augenblick Sympathien mit der Räterepublik markiert hat. Er ließ die Noskeschen weißen Garden unter Epps antisemitischen Parolen auf die revolutionären Proletarier Bayerns

los; unter seiner Verantwortung verhetzte der Bamberger sozialdemokratische „Freistaat“ die Owenschen Landsknechte mit den wüsten Verleumdungen, die Landauer und vielen andern das Leben gekostet haben. Er schuf dann die Koalition mit den Demokraten von der Sorte des Müller-Meinigen und mit der konservativ-klerikalen Bayerischen „Volks“-partei. Er war nicht zu erreichen, als es galt, die Schändlichkeit der Erschießung Levinés zu verhindern. Ihm fällt auch die Vollstreckung der Todesurteile gegen die armen verleumdeten Rotgardisten zur Last, die man als „Geiselmörder“ massakriert hat. Als dann im März 1920 Kapp in Berlin an dem von der Reichsregierung ausgerufenen Generalstreik scheiterte, konnte Kahr in München, vorgeschoben vom General Möhl, einfach Platz fordern. Hoffmann räumte ihm ohne den schwächsten Versuch des Widerstandes die Regierung ein, verweigerte sogar ausdrücklich die Zustimmung zum Generalstreik der Arbeiter. So hatte dieser Sozialdemokrat die Hauptschuld, daß sich Bayern zur deutschen Vendée machen konnte, auch daran, daß sich die Rachejustiz gegen die Revolutionäre von 1918/19 dort in den barbarischsten Formen länger als ein halbes Jahrzehnt hindurch fortsetzen und dauernd steigern konnte. Er hatte die Standgerichte einberufen — auf Grund einer Satzung aus dem Jahre 1813! — und ließ wittelbachische Offiziere wegen „Hochverrats“ zu Gericht sitzen, begangen an einer Republik, die noch gar keine Verfassung hatte, die man hätte brechen können. Später hat man ihn selber als Hochverräter bezeichnet, als er versuchte, die Pfalz zu bewegen, sich von Bayern loszulösen und innerhalb des deutschen Reichs ein selbständiges Land zu werden. Dazu gibt die Verfassung den Pfälzern ebenso das Recht, wie sie den Koberger das Recht gab, bayerisch zu werden. Aber Hoffmann hatte nur Energie gegen die Proletarier aufgebracht, die er als Hochverräter erschießen, einsperren und verfolgen ließ, — gegen die Schergen, die er zur Bezwingung des Proletariats gedungen hatte, fehlte ihm die Energie. Als sie ihn Hochverräter nannten, ließ er von dem Plan ab, der ihm als Rettung seiner Heimat erschienen war.

Ich weiß, daß Johannes Hoffmann sich später bemüht hat, die Folgen seines bayerischen Wirkens zu mildern. Aber als er sich für unsre Betreibung aus Niederschönenfeld, dann für Lindners Betreibung aus Straubing einsetzte, kam er gegen die eigenen Parteigenossen der Auerschen Sorte nicht auf. Geschehen blieb geschehen, und die Zukunft wird am Grabe Johannes Hoffmanns auf die Frage „Wer ist's?“ unfreundlicher antworten als am Grabe des Zehn-Gebote-Adolphs.

Freunde oder Gegner?

Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen der Anarchistischen Vereinigung und der Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten wurde am 15. Dezember fortgesetzt. Das Thema „Sozialismus und Nationalismus“ wurde diesmal in kontradiktorischer Disputation — also einer Art Kampfgespräch mit rasch wechselnder Rede und Gegenrede — von Dr. Otto Straßer und dem Genossen Erich Mühsam abgewandelt. Ein zusammenfassendes Schlußwort wurde auf unsrer Seite vom Genossen Rudolf Rocker, auf der andern von Herrn Eick formuliert. Die Erörterungen zwischen den beiden Duellanten nahmen stellenweise, besonders als die Gegensätze in den Kriegsfragen sichtbar wurden, scharfe Betonung an, die aber keinen Augenblick die Grenzen der Sachlichkeit überschritt. Besonders erfreulich war,

daß auch die stellenweise erregten Zwischenrufe nie unsachlich oder gar beleidigend wurden. Eine beachtenswerte Erklärung gab Dr. Straßer auf Mühsams präzise gestellte Frage ab, wie sich die revolutionären Nationalsozialisten im Falle eines Krieges Deutschlands gegen Polen verhalten würden. Er stimmte zu, daß jeder Krieg, der um kapitalistische Interessen geführt werde, also auch ein deutsch-polnischer, mit allen verfügbaren Mitteln im eigenen Lande bekämpft werden müsse. Zum Schluß brachten die Gastgeber Heilrufe auf die Deutsche Revolution aus, die von unsrer Seite mit Hochrufen auf die Weltrevolution beantwortet wurden. Der Verlauf der Veranstaltung und die große Aufmerksamkeit, die unsre Diskussionen erwecken — der Festsaal des Hackeschen Hofes war voll besetzt, obwohl wieder weder Handzettel- noch Plakatpropaganda gemacht war — rechtfertigt weitere Zusammenkünfte. Hoffen wir, daß sich das für Volksversammlungen heutzutage ungewöhnlich hohe Niveau, auf dem sich unsre bisherigen Aussprachen mit der von Hitler abgefallenen Straßer-Gruppe bewegt haben, weiterhin wahren läßt, und daß sich andre daran ein Beispiel nehmen.

An die Genossen in Berlin!

Wir machen die Berliner Genossen darauf aufmerksam, daß FANAL von jetzt ab auf den Bahnhöfen und in den Buchhandlungen der Untergrundbahn sowie in den Zeitungskiosken zu haben ist.

Dagegen ist der Kleinverkauf unsrer Zeitschrift bei den Berliner Straßenhändlern und in den kleinen Zeitungsgeschäften, seit der „Linke Zeitungsdienst“ seine Tätigkeit eingestellt hat, noch nicht neu organisiert. Da die Zeitungszentrale Groß-Berlin die Belieferung des Straßenhandels verweigert, wenden wir uns an die Berliner Genossen mit der Bitte, uns Vorschläge zu machen, wie der Einzelverkauf von FANAL gefördert werden kann.

Wir sind bereit, den Zeitungshändlern neben den üblichen Prozentsätzen für jedes verkaufte FANAL-Heft den Ertrag des ersten abgesetzten Exemplars jeder Nummer vollständig zu überlassen.

Genossen! Wir brauchen Eure Hilfe bei der Organisation des Straßenverkaufs in Groß-Berlin. Macht uns Vorschläge, was wir zur größeren Verbreitung der Zeitschrift ohne Geldaufwand unternehmen können!

Verweist Interessenten vorläufig eindringlich an die Zeitungsstände der Reichs- und Untergrundbahnhöfe, sowie an die Kioske!

Helft den Absatz des FANAL steigern! — Wir müssen in der Zeit der allgemeinen Not, die sich durch Abbestellungen vieler Erwerbsloser schwer fühlbar macht, das Blatt am Leben erhalten, das unter anarchistischen Gesichtspunkten die Not bekämpft!

Inhaltsverzeichnis und Umschlagdecken für Jahrgang IV konnten aus finanziellen Gründen noch nicht hergestellt werden. Die Sicherung des Weitererscheinens geht vor! Sammelt! Werbt! Helft!

Verlag des FANAL

Anarchistische Vereinigung Berlin

Gruppe Neukölln.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64

15. Januar Vortrag des Gen. Carl Wilhelm
über „Proletariat und Prostitution.“

Achtung!

Gruppe Weißensee.

Zusammenkunft jeden Freitag im Lokal „Zum
alten Eiffelturm“, Lothringenstr. 35, Ecke
Straßburgstraße.

Achtung! Oeffentl. Versammlung!

Fortsetzung der Aussprache zwischen der
Anarchistischen Vereinigung und der
**Kampfgemeinschaft Revolutionärer Na-
tionalsozialisten**

Am Donnerstag, den 8. Januar in den Hohenstaufensälen
Cottbusser Damm 76 (großer Saal).

Genosse **Rudolf Rocker** und **Dr. Otto Straßer**
sprechen über

„Autorität, Führertum, Staat.“

Genossen! Beteiligt Euch in starkem Maße an den Gruppen-
veranstaltungen der Anarchist. Vereinigung

Der Mitteldeutsche Bandenführer

KARL PLAETTNER

Mein Leben hinter Kerkermauern

Soeben erschienen im Asy-Verlag G. m. b. H., Berlin S 14

Die deutsche Gefängnisschmach und die deutsche Justizwillkür wird in diesem Buche von Karl Plättner in treffenden Eigenerlebnissen illustriert. Hat schon sein erstes Werk „Eros im Zuchthaus“ Aufsehen erregt, so wird dieses Buch in den Kreisen der Polizei und Justiz wie eine

Bombe

einschlagen. Der Proletarier hört aus dem Buch den Aufschrei der Millionen eingekerkelter Revolutionäre. Denen Hilfe und Befreiung zu bringen und zum Sturz dieses fluchwürdigen Systems beizutragen ist die Aufgabe dieses

B e k e n n t n i s b u c h e s

Preis des 340 Seiten starken Buches in Leinen geb. 5,—
kart. 3,80

ASY-VERLAG G. m. b. H., Berlin S 14, Neuköllnam Wasser 11
Postscheckkonto Berlin 48896

Für Mitglieder der Gilde freier Bücherfreunde ist das Buch
in einem Sonderband für RM. 3.— herausgegeben.

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Der politische Hexenkessel — Der

deutsche Nationalsozialismus und die

Kriegsgefahr — Dem Andenken Peter

Krapotkins — Erzählende Literatur

Kommunismus auf Aktien — Karl Roche

NR. 5

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 5

BERLIN

FEBRUAR 1931

Gerade in der jetzigen schweren Zeit

in welcher alle gesinnungsmäßig eingestellten wirtschaftlichen Unternehmen, soweit sie der Wirtschaftskrise noch standhalten konnten, schwer um ihre Existenz ringen,
ist es doppelt notwendig, Solidarität zu üben

Jeder Gesinnungsfreund deckt seinen Bedarf im
Unternehmen der antiautoritären Bewegung

Wir dienen der Bewegung und wollen Stützpunkt sein innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Unser Bestreben ist es, die Genossen mit guter, einwandfreier Ware zu bedienen und sie nicht, wie vielfach die Warenhäuser, zu übervorteilen.

Wir haben ständig vorrätig:

***Bücher, Wanderausrüstung, Fahrtenbekleidung,
Lodenmäntel, Windjacken, Sportanzüge, Strümpfe,
Rucksäcke, Sporthemden, Ärmelwesten, Gürtel,
Kunstgewerbe, einwandfreies Spielzeug, Karten
der Landesaufnahme.***

Besucht uns unverbindlich. Verkauf von 9—19 Uhr.

Die Fackelstuben
Berlin C2, Klosterstr. 162 (Ecke Stralauerstr.)

Ständiger Verkauf von
„Fanal“, „Syndikalist“, „Der freie Arbeiter“

Neue Organisation proletarisch- revolutionärer Schauspieler

hat sich gegründet unter dem Namen „**Bund Radikalsozialer Bühnenkünstler**“ und will alle geistesverwandten Kräfte zusammen fassen. Auch ein Studio ist dem Bund angegliedert zwecks Aufführung von Zeitstücken. Beitrittserklärungen und Zuschriften per Adresse:
„Pegasus-Verlag“, Berlin W 15, Joachimsthaler Str. 30.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 5

Februar 1931

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postcheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin - Britz, Dörschlingstr. 48, Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Der politische Hexenkessel

Die Steinschmeißer der kapitalistischen Welt sitzen wieder einmal zu löblichem Tun versammelt in Genf im Völkerbundhaus; ihr Beratungsraum ist sinnigerweise ein Glashaus. Wenn diese Zeilen in den Händen der Leser sind, werden die Friedensbemühungen der dorthin entsandten Minister und sonstigen pazifistischen Händelsucher wohl schon einige Fensterscheiben mehr im Gebäude der internationalen Organisation zur gegenseitigen Begaunerung und gemeinsamen Völkerausplünderung zerschlagen haben als ohnehin entzwei sind. Sie werden einander in wohlgesetzten, vieldeutigen und bekümmert klingenden Reden versichern, daß der stinkende Sud, in dem sie herumrühren, der Niederschlag einer schicksalhaften Weltkrise sei und daß sie kraft ihrer Weisheit und des sie tragenden Weltvertrauens berufen seien, die Krise zu lösen und der Menschheit, hier durch Demokratie, dort durch Faschismus und anderswo durch ein Gemisch aus beiden Regierungsformen, überall aber durch Belebung „der Wirtschaft“ Frieden, Glück und Wohlstand zu bescheren. Besagte Menschheit, stolz auf ihren unterschiedlichen Glauben, auf ihre unterschiedliche Rasse, auf ihre unterschiedliche Bildung und insgesamt untertan der Obrigkeit, wird sich von unterschiedlichen Demagogen, teils durch Kanzelpredigten, teils durch wissenschaftliche Formeln, teils durch knallige Zeitungsüberschriften und teils durch die Zuversicht, daß

das Magenknurren der Hungrigen die Hirntätigkeit der Satten schon in Bewegung setzen werde, belehren lassen, daß von Genf die Rettung kommen müsse. Die Wenigen, welche die Zusammenhänge übersehen und die Völkerbunditen, die um die Krise herumschwätzen, als die Veranstalter und Nutznießer eben dieser Krise erkennen, haben zur Zeit wenig Hoffnung, mit ihrer Einsicht durchzudringen.

Die der Genfer Versammlung gestellte Aufgabe besteht in Wahrheit darin, einander die Würmer aus der Nase zu ziehen, diplomatische, militärische und Werkspionage zu treiben, geheime Kriegs- und Betrugsverabredungen zu treffen, ähnliche Verabredungen der andern zu erspähen und zu durchkreuzen, Tücken und Ränke aller Art zu spinnen, Feindschaften zu stiften und für die Auftraggeber der ganzen Herrlichkeit, die Latifundienbesitzer, Großindustriellen und Börseaner der jeweiligen Vaterländer Geschäfte zu „tätigen“, Aufträge zu ergattern und Konkurrenten hineinzulegen. Die ganze Völkerbundverhandlung ist das öffentliche Männchenmachen heimlicher Giftmischer und wenn sich das zu Tafeleien und Gelagen zusammensetzt, so geschieht es der Photographen wegen, die dem Publikum das regierende Weltgeschmeiß um eine gemeinsame Terrine gruppiert vorführen müssen, damit niemand auf den Verdacht komme, daß dies die Giftköche sind, welche, in verborgene und oft wechselnde Klüngel gegliedert, den regierten Völkern das Opium des Gehorsams und Gottvertrauens, den Fusel des Staatsbewußtseins und der Autoritätsverhimmelung, die faulen Eier der Gesetzlichkeit und der Entwicklungslehren und das Strychnin des Nationalgefühls in die Suppe mischen. Dennoch soll man sich diese grinsenden Rüssel, diese wedelnden Frackschöße, diese rülpsende Mastbäuche in ihrer manierlichen Maskierung keineswegs als geniale Schurken vorstellen. Unter ihnen sind persönlich höchst liebenswürdige, im privaten Leben gutherzige, dabei sogar von der Nützlichkeit und Ehrenhaftigkeit ihres Auftrages als Bevollmächtigte des Staates aufrichtig überzeugte Leute, die noch nicht einmal dümmer zu sein brauchen als der Durchschnittsbürger. Aber ein Amt entpersönlicht seinen Träger, oder, wie ich das früher einmal ausgedrückt habe: Wem Gott ein Amt gibt, dem nimmt er auch den Verstand. Was den Völkern — und zwischen Bürgern und Arbeitern ist hier kein Unterschied, weil noch nirgends viele Arbeiter gelernt haben, anders zu denken, als bürgerlich — in der Staatspolitik imponiert, ist nichts als die geleckte Zungenfertigkeit der diplomatischen Krügelredner; was sie überlegene Staatskunst dünkt, ist die Gabe des Ein-

seifens, über die jeder tüchtige Geschäftsreisende und Versicherungsagent verfügen muß; was ihnen als hohe Intelligenz der erkorenen Regierungsmänner vorkommt, ist eine gewisse schleimige Gerissenheit, die sich erlernen läßt, und was man als Staatspolitik selbst bezeichnet, ist eine hinter Geschäftigkeit und Geschäftlichkeit verdeckte Vertrödelung von Zeit und Geld der Leute, die sich für andere tot arbeiten oder tot hungern und sich von denselben Leuten einreden lassen, die „Staatsmänner“ sorgen für das Wohl der Gesamtheit.

Es gibt Lehren und Ansichten, die alle Politik und alle wechselseitigen Beziehungen der internationalen Geschicksdrehsler auf unabänderliche Gesetze oder schematische Funktionen geheimnisvoll waltender Mächte zurückführen. Spricht man einem an Marx und Lenin geschulten Kommunisten, gleichviel zu welcher Familie innerhalb des Stammes er gehört, von der entscheidenden Einwirkung menschlicher Willenskräfte auf die Gestaltung der menschlichen Einrichtungen, so begegnet man dem überlegenen Lächeln des Wissenden und einer original-bolschewistischen Belehrung über die alle Dinge bewegenden ökonomischen Verhältnisse, von der der Belehrende nicht ahnt, daß sie aus der Broschürenplatttheit des guten Karl Kautsky stammt. Vom andern Ende her beschwört das Ehepaar Erich und Mathilde Ludendorff die deutschen Zeitgenossen händeringend, sie möchten endlich begreifen, daß die ganze Weltpolitik ein höchst raffiniertes, mit teuflischem Scharfsinn ersonnenes Widerspiel zweier nach der Weltherrschaft gierenden Machtsysteme sei, des römisch-jesuitischen und des freimaurerisch-jüdischen, welche einander auf den Tod bekämpfen, hingegen einig seien im Entschluß, den natürlichen Feind alles Bösen, das ist das unverfälschte Deutschtum in seiner hehren Lauterkeit, auszurotten, damit ihnen das Feld frei werde für die Entscheidung im Kampfe um die schließliche Unterjochung aller Menschen insgesamt, der deutschen Menschen insbesondere. Die jüngste, überaus lesenswerte Schrift Erich Ludendorffs „Weltkrieg droht auf deutschem Boden“ (Ludendorffs Volkswarte-Verlag München 1930) ist das typische Erzeugnis eines Geistes, der sich ein System zurechtgelegt hat, die Dinge des Lebens und der Welt zu betrachten und darüber unfähig geworden ist, Tatsachen anzuerkennen und zu begreifen, die in das System nicht hineinpassen. Ludendorff hat sich durch Bücher, verschrobene Theorien, tendenziöse Behauptungen, abergläubische Ueberlieferungen, nervöse Beeinflußbarkeit und durch sein Temperament, das von einer bis zur Selbstvergottung übersteigerten Rechthaberei beherrscht

wird, in die jedes klare Sehen verdüsternde Vorstellung hin eingelegt, die bezeichneten „überstaatlichen Mächte“ sämen unausgesetzt auf Niedertracht und daraus bestimme sich alles wichtige öffentliche Geschehen der Erde. So leitet er im Gegensatz zu den Marxisten nicht die politischen Vorgänge von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab, sondern sieht im Gegenteil das ganze wirtschaftliche Durcheinander als Folge finsterer, politischer Ränke an.

Die ständige Wechselbeziehung zwischen politischem und wirtschaftlichem Geschehen wird also von beiden Seiten nur mit dem Vorbehalt zugegeben, daß die Priorität und die Suprematie (d. h. etwa die zeitliche und die tatsächliche Vorherrschaft) nur einer der beiden Gesellschaftspole zukomme. Der Fehler der Marxisten ist von anarchistischer Seite oft genug aufgezeigt worden. Er besteht wesentlich darin, daß die Produktionsverhältnisse zwar fälschlich allein als maßgebend für das Bewußtsein und das Verhalten der Menschen angesehen werden, merkwürdigerweise aber mit fast ausschließlich politischen Mitteln für eine Aenderung der Verhältnisse gekämpft wird, ja die Gewähr der Veränderung in erster Reihe in der Uebernahme der politischen Macht aus den Händen der Kapitalisten in die der Sozialisten gesucht wird. Statt dessen wäre es nach anarchistischer Auffassung gerade die Aufgaben der Sozialisten aller Richtungen, die behauptete Vorrangstellung der Wirtschaft erst wirklich zu schaffen, das heißt den politischen Hexenkessel mit der Kehrbürste wirtschaftlicher Kämpfe auszuleeren, durch Verweigerung der Dienstbarkeit in der Fron des Monopolbesitzes an Grund und Boden und Produktionsmitteln die wirtschaftliche Vormacht der Privilegierten zu brechen, die dadurch entstehende politische Revolution ganz und gar mit sozialem Inhalt zu füllen und so die sozialistische Gesellschaft zu errichten, die eine in Freiheit und Gleichheit wirtschaftende Gesellschaft sein wird, in der alle politische Wirksamkeit aus den natürlichen Wirtschaftsverbindungen der arbeitenden Menschen hervorgeht und dem einzigen Zweck untergeordnet ist, den wirtschaftlich Gleichgestellten die freie Entfaltung der individuellen Verschiedenheit zu sichern.

Den historischen Materialisten den Widerspruch ihrer Gesellschaftslehre und ihres Verhaltens zum Bewußtsein zu bringen, ist ein nahezu hoffnungsloses Unternehmen. Daß sie alles — auch das aller Oekonomie Fernste — vom Wirtschaftlichen ableiten und dabei alles, auch das ausschließlich Wirtschaftliche, mit nur politischen Maßnahmen anstreben, erklärt sich

aus der unbeschreiblichen Primitivität ihrer Anwendung der überaus komplizierten dialektischen Denkmethode, mit der sie das widerspruchsvolle Walten der Geschichte verstehen wollen und in Wirklichkeit nur in die bizarre Einbildung versetzt werden, alles Tun sei dann richtig, wenn es im Widerspruch zu jeder unverbogenen Logik geschieht. Der marxistischen Albernheit, alle Dinge seien ökonomischen Ursprungs und aller Kampf um die Dinge sei politischen Wesens, setzt Ludendorff die ebenso törichte Meinung entgegen, alle Dinge seien politischen Ursprungs und die rechte Erkenntnis der politischen Hintergründe erweise die wirtschaftlichen Bestrebungen und das Wirtschaftselend selbst als politische Veranstaltungen „überstaatlicher“ Machtgelüste. Mit dieser kindlichen Vereinfachung der Weltbetrachtung, die, wie übrigens die simple Formelweisheit der Marxisten auch, auf eine Art übertragener Theologie hinausläuft, kommt er zu der merkwürdigen Gleichsetzung der einander feindlichsten gesellschaftlichen Begriffe. „In der Folge enthülte sich jedem Denken: Errichtung der Weltrepublik und Kollektivierung der Völker durch Sozialismus, Bolschewismus und Faschismus. Diese haben auf wirtschaftlichem Gebiet die gleiche Auswirkung, nur die Wege sind verschieden.“ Daß er der besiegte Feldherr des Weltkrieges war, sieht Ludendorff nicht ein. Im Gegenteil: „Das Heer näherte sich dem Siege gegenüber der Welt von Feinden. Die unerkannten Feinde im Inland sicherten aber den überstaatlichen Mächten und deren Staaten die Ernte.“ Darauf jedoch „erwachte in europäischen Völkern wie nie zuvor das Rassegefühl, ja sogar auch dem Blute entsprechende Gotterkenntnis. Es regte sich ein heißer Freiheitsdrang gegen die Gewaltherrschaft von Feindstaaten und überstaatlichen Mächten, namentlich in der Bevölkerung Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns, Rußlands und Italiens. Das völkerzerstörende Wirken des jüdischen Volkes wurde überall erkannt, das der Freimaurerei immer deutlicher gesehen, und schließlich auch das der führenden Priester in Rom, des Jesuitengenerals und Papstes und jesuitischer Geheimorden beobachtet.... Das Wirtschaftssystem der überstaatlichen Mächte — der Kollektivismus — hatte sich nur in Italien und Rußland voll verwirklichen lassen. Es erwies hier trotz brutalster Gewalthandlung der Regierung seine Unmöglichkeit. In den meisten anderen Staaten hat es eine ungeheure Wirtschaftskrise gezeitigt. Alle Enteignungen, aller Raub des Besitzes und Arbeitertrages, die unerträglichen Zins- und Steuerlasten und Entreichungen,

der Schwindel der Goldwährung und des Staatssozialismus und betrügerische Maßnahmen, wie die Inflation, haben das bewirkt.“

Verrückt? Sicher. Aber keineswegs verrückter als das ganze politische Gegacker und Gekeife, das die durchaus nicht überstaatlichen, sondern widerlich staatlichen Mächte in Genf aufführen, um ihre schäbigen Kriegstreibereien als Friedfertigkeit, ihre mißtrauische und betrügerische Ausbeutungsvertristung als Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise, ihre lauernde Versicherung auf Gegenseitigkeit gegen die Ansprüche der Arbeitenden auf auskömmliche Lebenshaltung als Interessenwahrung eben der Arbeitenden erscheinen zu lassen. Ludendorff hat ja tausendmal recht, wenn er von der betrügerischen Inflation, von der Unträglichkeit der Zins- und Steuerlasten, vom Schwindel der Goldwährung und vom Raub des Arbeitsertrages spricht; nur sieht er die Verständigung darüber ganz wo anders als sie stattfinden. Er hat auch bestimmt recht, wenn er nun fortfährt: „Sie — er meint seine Spukgesichte von Jesuiten, Freimaurern, und „eingeweihten Juden“, sollte aber lieber die in Feindschaft gegen einander gerüsteten, zur Bereicherung mit einander gegen die Arbeiter und Bauern verbündeten Kapitalisten und Imperialisten aller Nationen, Rassen und Glaubensbekenntnisse meinen — greifen, um sich doch durchsetzen zu können, zu ihrem alten Rezept, d. h. neuem Blutvergießen. Diese Schächtung soll auch zugleich ‚Heilmittel‘ gegen die Wirtschaftskrise sein.“ Und nun setzt dieser sonderbarste aller Zeitgenossen, der sich von dem blöden Märchen der „Weisen von Zion“ und der Räuberromantik abtrünniger Freimaurer über satanische Pläne der Großlogen, die Völker aus blanker Gemeinheit zu verderben, in eifernde Panik hetzen läßt, der auf alchimistische Hochstapeleien hineinfällt und glaubt, mit viel künstlich fabriziertem Gold könne er die deutsche Seele retten, der sich selbst für ein nie irrendes Genie hält und der trotzdem manchmal verblüffend klare Linien im Gewirr des zusammenbrechenden Weltgefüges zu erkennen und herauszustellen versteht, auseinander, wie der Ablauf des neuen Krieges vor sich gehen wird. Hier ist der Fachmann am Werk; hier zeichnet ein Mann, der das Kriegshandwerk gelernt hat und aus dem Grunde versteht, das Bild der wüsten Verheerung Europas und besonders Deutschlands, und Ludendorff hat den Mut, allen Kräften, die in Deutschland diesem Kriege das Wort reden, in der Erkenntnis, daß es ein Vernichtungskrieg für alle werden muß, die entscheidende und leidenschaftlichste Absage zu erteilen.

Ueber all das abergläubische Gerede der Schrift, das in die strategischen und militär-taktischen Darlegungen die politischen Zweckverrichtungen der unsichtbaren Drahtzieher einflicht, kann man hinweggehen. Es ist auch nicht wichtig, wie Ludendorff die wahrscheinlichen Bündnissysteme des kommenden Krieges aus diesen geheimnisvollen Hintergründen erwachsen sieht. Daß die Koalitionen aber so oder so ähnlich zusammengesetzt sein werden, wie er annimmt, hat aus andern Erwägungen heraus viel Wahrscheinlichkeit. Seiner Ansicht nach wird das vom Groß-Orient in Frankreich geschaffene „horizontale Bündnissystem“ Frankreich, Belgien, Polen, Tschechei, Rumänien und Jugoslawien umfassen. Dagegen steht das „vertikale Bündnissystem“, dem, am Leitseil der römischen Kurie hängend, alle dem Diktatorprinzip zuneigenden Staaten, die Ludendorff als jesuitisch samt und sonders gleichsetzt, eingeordnet sind: Italien, England, Rußland, Deutschland, Oesterreich, Ungarn und die Türkei, begünstigt von Amerika. Daß England sich diesem System anschließt, führt Ludendorff darauf zurück, daß „der eingeweihte Jude“ durch die Vernichtung der deutschen Wehrmacht in Versailles England „seine militärischen Gegenspieler gegen andre europäische Militärmächte“ nahm und es zugleich isolierte, indem er seinen Anschluß an das horizontale Bündnissystem verhinderte. Auf dieser Höhe stehen die politischen Beweisgründe Ludendorffs allgemein, und es liest sich einigermaßen erstaunlich, wenn der General behauptet: „Sowjet-Rußland ist das Ergebnis jüdisch-jesuitisch-freimaurerischen Wollens. Nach außen hin hat der Groß-Orient Pate gestanden. Er hat die Revolutionierung Rußlands . . . betrieben . . . und es endlich durch sein Mitglied Lenin dem Bolschewismus ausgeliefert.“ Daß Moskau dem römischen Bündnis dennoch angehört, wird damit erklärt, daß „Lenin und Stalin diese Weltmacht selbständig gemacht und neben die Machtsysteme des Groß-Orients von Paris und der römischen Kirche gestellt“ haben. . . . „Rußland war nicht Beute des Groß-Orients und des eingeweihten Juden geworden. . . Auch Br. (Bruder der Freimaurerloge) Lenin war ein ‚abtrünniger‘ Br., ob Stalin es auch ist, steht dahin.“ Im übrigen ziehen Kreml und Vatikan nur deshalb in diesem Kriege am gleichen Strick, um einander den Preis abzujagen. Es könnte reizen, aus dem Rotwelsch solcher Phantastereien noch viel mehr Beispiele anzuführen. Es ist aber lohnender, Ludendorff von dem sprechen zu hören, wovon er etwas versteht. Das ist die militärische Bewertung von Tatsachen, wie hier:

„Der Abschluß des Bündnisses zwischen Bolschewismus und Faschismus am 2. 8. 1930 zeigt Stalin oder seine Berater hinter ihm als klarblickende Militärs, dagegen Mussolini und die Priester in Rom als militärische Stümper.“ Und nachdem die Meldung zitiert ist, daß das „politische und militärische Bündnisabkommen zwischen Italien und Rußland abgeschlossen und unterzeichnet wurde“ und der „Abschluß eines formellen Bündnisses zwischen Mussolini und der Türkei“ in kürzester Frist als Gewißheit mitgeteilt wird, geht Ludendorff nun seinen ehemaligen Freunden der nationalistischen Bewegung Deutschlands zu Leibe und schont weder Hitler noch den Stahlhelm, weil sie sich dem Faschismus und damit zugleich dem Bolschewismus verschrieben hätten. Ihnen eigentlich gilt der Nachweis, daß der Krieg von jedem Standpunkt aus und gleichviel wie sein endgültiger Ausgang sei, in der Hauptsache auf deutschem Boden ausgekämpft würde und das deutsche Volk und der deutsche Boden zum größten Teil vernichtet würde. „Die Schilderung, die ein Simplicius Simplicissimus für einzelne Gegenden niederlegte, die Geschichte der Stadt Magdeburg, der Oberpfalz, Oberösterreich und Böhmens im dreißigjährigen Kriege verblissen gegenüber dem Schicksal des gesamten sechzig Millionen zählenden Deutschlands.“ Das wird im Einzelnen durch genaueste Aufmarsch- und Schlachtenangaben nachgewiesen; der Volkskrieg und die Unterdrückung des Franktireutums wird geschildert, und man muß sich auch wundern, wie freigiebig Ludendorff mit dem Wort „teuflich“ verfährt, wenn er Maßnahmen der „Feinde“ schildert, die er selbst erst in den Krieg eingeführt hat — zum Beispiel den Abtransport der belgischen Arbeitskräfte aus ihrer Heimat —, so bleibt seine Schilderung in allen Einzelheiten doch durchaus glaubhaft und eignet sich sehr zur Belehrung von Leuten, die an der Schweinerei des ersten Weltkrieges noch nicht genug zu haben scheinen.

Ueber die Kriegsspielerien der Stahlhelm- und Hakenkreuzfaschisten macht sich Ludendorff einfach lustig. „Schade nur“, meint er zu einem Stahlhelm-Aufmarsch, von dem ein Vertreter Mussolinis ganz berauscht gewesen sein soll, „daß ‚Spazierstöcke‘ und ‚Waffen, die aus den Fingernägeln quellen‘, keine Waffen sind, mit denen Schlachten geschlagen werden können.“ Uns kann es natürlich gleich sein, wo das Schlachtfeld neuer Kriege sein wird. Der Boden, den der französische, russische, polnische Bauer beackert, ist nicht weniger heilig als der des deutschen Bauern und die Tränen

der Frauen und Mütter wiegen überall gleich schwer. Aber wenn Ludendorff mit seiner heftigen Abwehr gegen die nationalistischen Bestrebungen in Deutschland, den Krieg zu entfesseln, erreicht, daß das idiotische Gekreischn unsrer Teutonen aus Angst vor dem Unterliegen still wird, so hat er der Arbeiterschaft ganz Europas zugleich einen Dienst erwiesen, der alle seine Taten überschattet, die er sich selbst aus dem Kriege als unsterbliche Verdienste anrechnet.

Allerdings darf man nicht zu optimistisch sein, wenn ein Sachverständiger auftritt und die Absicht, die die in Deutschland bestimmenden Kreise bestimmt hegen, nämlich die Not im Innern nach außen abzulenken, durch die Aufdeckung ihrer Aussichtslosigkeit zu durchkreuzen sucht. Es gibt nämlich ein Element im Hexenkessel der Politik, das weder die Marxisten noch die Ludendorffe in ihre Rechnung zu stellen pflegen. Sie glauben, alle geschichtlichen Ereignisse unterliegen bestimmten ewig waltenden Gesetzen, die die Einen in der Entwicklung der Produktionsformen, die Andern in den mystischen Finsternissen höllischer Gewalten vermuten. Sie verkennen, indem sie beide die Personen, welche die öffentlichen Geschicke lenken, für abgefeimte Taschenkünstler halten, für Eingeweihte in verborgene Systeme, die tätigste Macht in allen Obrigkeiten und Staatsorganen: das ist die wichtig aufgeblasene Dummheit, der allüberall Generalvollmacht gegeben wird, den Verstand der Völker zur Geltung zu bringen. Sehen wir uns in der deutschen Republik um. Die Demokratie muß gerettet werden. Das einzige Mittel dazu ist die Diktatur des Artikels 48. Die Demokraten setzen Wahlen an und verkünden vorher wie nachher: die Meinung des Volkes in Ehren; wenn sie aber falsch ist, dann müssen wir eben gegen seinen Willen tun, was richtig ist. So wird durch Hindenburgsche Verordnung die Lebenshaltung aller Arbeitenden unter das Mindestmaß des Notwendigen herabgesetzt. Die Sozialdemokratie, die Partei der grundsätzlichen Demokratie, die auf der Erkenntnis beruht: was 51 sagen, ist richtiger als was 49 sagen und die 49 haben stets dem Willen der 51 zu gehorchen, rettet der Regierung Brüning mit ihren Diktaturfoltern das Leben, weil sie das kleinere Übel gegenüber Hitler sei. Natürlich macht man den Hitler dadurch erst stark. Um sich durchzusetzen gegen die Nationalisten kaiserlicher Sorte hängt die Republik am Krönungstage von 1871 die schwarzrotgoldenen Fahnen aus allen öffentlichen Gebäuden und feiert damit den schwarzweißroten Fürstenbund. Diese Republik aber, die sich somit selber nicht anerkennt, verlangt ihre Anerkennung

von denen, die sie unter Aufhebung der Verfassung verfassungsmäßig regiert und die dabei vor die Hunde gehen.

Klugheit in der Politik ist immer nur da am Werke, wo eigene Angelegenheiten von den Interessierten selbst gewahrt werden. Auch die Großkapitalisten machen nur dann kluge Politik, wenn sie sich unmittelbar in Profitraten umrechnen läßt. Die Leute aber, die im Genfer Glashause die Steine wägen, mit denen sie gern schmeißen möchten, könnten sich in ihrer eiteln Heimtücke selbst nicht ernst nehmen, wenn sie etwas andres wären als Dummköpfe. Die Völker, die zu jenen allerdümmsten Kälbern gehören, die ihre Metzger selber wählen, handeln ja nur folgerichtig, wenn sie sich als Herren über ihr Schicksal wiederum Dummköpfe aussuchen. Das wird uns in den zweiten Weltkrieg hineinhetzen, daß sie sich so aufführen, als sei die tückischste Niedertracht der Unterwelt verschworen, Schwefel und Verderben über die Völker auszugießen. Sehn wir uns die Dinge später bei Licht an, dann stellt sich heraus, daß zwar einer den andern mit den dümmsten Mitteln zu übertölpeln suchte, daß sich aber jeder wirklich vom andern übertölpeln ließ, weil er noch dümmer war. Und so ist es nicht richtig, wenn Ludendorff den überstaatlichen Mächten den argen Willen zuweist, „den Freiheitsdrang der Völker im Blut zu ersticken“; aber die Unfähigkeit aller, die sich anmaßen, die Arbeitenden zu regieren, verbunden mit ihrer instinktgeleiteten raffgierigen Geschäftsbeflissenheit wird dieselbe Wirkung haben, wenn die staatlichen Mächte oder wie der General mit dem sturen Blick das ausdrückt, „Faschismus, Bolschewismus, sozialistische Demokratie, Rom, Moskau und der Jude ihre Gegensätze austragen und eine über die andre triumphieren.“

Der deutsche Nationalsozialismus und die Kriegsgefahr

Der außerordentliche Erfolg der nationalsozialistischen Partei bei den letzten Wahlen hat besonders im Auslande große Ueberraschung hervorgerufen. Nimmt man jedoch die tieferen Ursachen dieser Erscheinung etwas näher in Augenschein, so erscheint sie viel weniger befremdlich; sie ist vielmehr ein natürliches Ergebnis der furchtbaren Lage, in die der Weltkrieg Europa gestürzt hat. Es wäre natürlich unsinnig zu glauben, daß die sechs Millionen Wähler, welche dem deutschen Faschismus ihre Stimme gegeben haben, ausgesprochene und bewußte Vertreter der nationalsozialistischen Ideologie sind. Neunzig Prozent davon haben sicher nicht die kleinste Ahnung von dem nebelhaften „Dritten Reich“ Hitlers, noch von seiner sogenannten „Mission der nordischen Rasse“ usw. Es sind Unzufriedene und Verzweifelte, die in Hitler den kommenden Mann sehen, der all ihren Leiden ein schnelles Ende bereiten wird. Deutschland durchlebt gegenwärtig eine der schwersten Perioden seiner wirtschafts-politischen Entwicklung. Zwar ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise eine Weltkrise, doch wirkt sie sich in Deutschland durch den Zwang der Umstände viel verhängnisvoller aus als in allen anderen Ländern. Die allgemeine Verelendung der breiten Massen, über vier Millionen Arbeitslose, eine ungeheuerliche Reparationslast von fast zwei Milliarden jährlich, die Flucht deutscher Kapitalien nach dem Ausland usw. haben hier einen Zustand geschaffen, der auf die Dauer nicht zu ertragen ist und mit tödlicher Sicherheit zu einer allgemeinen Katastrophe führen muß. Die furchtbaren Jahre des Krieges, der Hunger, die grausame Enttäuschung aller auf die Revolution gesetzten Hoffnungen, die unheimliche Zeit der Inflation und bald darauf die mit unerbittlicher Strenge durchgeführte „Rationalisierung der Wirtschaft“ mit ihren furchtbaren Folgen für die deutsche Arbeiterklasse, das alles sind Erscheinungen, welche die Widerstandskraft eines Volkes lähmen und einen Zustand allgemeiner geistiger und seelischer Demoralisation heraufzurufen müssen. Aber darin liegt gerade die große Gefahr. Eine moralisch zermürbte Masse, die jedes Haltes beraubt ist und mit ihrer Existenz sozusagen in der Luft hängt, ist das sicherste Opfer für jede Demagogie, die ihr die größten Versprechungen macht.

Dazu kommt noch der Einfluß von außen. Eine ganze Reihe europäischer Staatswesen stehen heute bereits im Zeichen der offenen Diktatur und finden dabei die offenkundige Sympathie der übrigen Regierungen, die angeblich noch auf konstitutionellen Grundlagen fußen. Der moderne Kapitalismus, der dabei ist, die gesamte Arbeiterschaft dem Wirtschaftsdiktat seiner nationalen und internationalen Trusts und Kartelle zu unterwerfen sieht sich dabei nach neuen Regierungsformen um, die ihm

diese Arbeit erleichtern sollen. Ob dies nun unter dem Banner des offenen oder des maskierten Faschismus geschieht, ist an sich gleichgültig, solange dieses Ziel erreicht wird.

Der Gedanke eines neuen, nach Berufsständen gegliederten Staates nach dem Muster der italienischen Faschistenregierung, der jeden Hauch der Freiheit erstickt und jeden Widerstand mit eiserner Faust niederschlägt, ist heute das Ideal der deutschen Schwerindustrie und der Großagrarier. Mussolinis berühmte „Charte der Arbeit“, die jeden Streik unmöglich macht und die Gewerkschaften der Kontrolle des Staates unterstellt, ist auch für den deutschen Kapitalismus ein Ziel, das des Ringens wert ist. Aus diesem Grunde hatten seine Träger stets eine offene Hand für die sogenannten „Vaterländischen Verbände“ und unterstützen heute den Nationalsozialismus als faschistische Schutztruppe ihrer Interessen. Professor Horneffer, einer der reaktionärsten Befürworter dieser neuen Richtung des deutschen Unternehmertums, hat den Absichten der Schwerindustrie in bemerkenswerter Weise Ausdruck gegeben, indem er sagte: „Die Gefahr der sozialen Bewegung kann allein dadurch gebrochen werden, daß eine Teilung der Massen stattfindet.“ Diese Teilung zu bewirken und mindestens einen Teil der Massen dem Unternehmertum tributpflichtig zu machen, ist die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung, die unter Hitlers Führung eines der stärksten Bollwerke des Kapitalismus geworden ist. Das haben besonders jene Elemente innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung erfahren müssen, die, wie Otto Straßer und die sogenannten „Revolutionären Nationalsozialisten“, naiv genug gewesen sind, die antikapitalistischen Tiraden Hitlers für bare Münze zu nehmen. Es ist gar kein Zweifel, daß Hitler einen großen Teil seines Erfolges deshalb zu buchen hatte, weil er es meisterhaft verstand, seine eigentlichen Ziele hinter der Maske einer radikal-sozialistischen Phraseologie zu verbergen. Wie ernst es Hitler mit seinem „Sozialismus“ ist, geht deutlich genug aus einer Unterredung zwischen ihm und Otto Straßer hervor, die kurz vor den Wahlen stattfand und von Straßer in seiner Zeitschrift „Der Nationale Sozialist“ veröffentlicht wurde. Straßer stellte Hitler die Frage: „Was würden Sie, wenn Sie morgen die Macht in Deutschland übernehmen, übermorgen tun, zum Beispiel mit der Krupp A.-G.? Bliebe hier bei Aktionären und Arbeiter, bezüglich Besitz, Gewinn und Leitung alles unverändert, so wie heute oder nicht?“ Worauf Hitler antwortete: „Glauben Sie denn, ich bin so wahnsinnig, die Wirtschaft zu zerstören? Nur wenn die Leute nicht im Interesse der Nation handeln würden, würde der Staat eingreifen.“

Darauf erwiderte Straßer: „Ja, Herr Hitler, wenn Sie also das kapitalistische System aufrecht erhalten wollen, dann dürfen Sie aber auch nicht von Sozialismus reden! Denn unsre Parteianhänger sind in erster Linie Sozialisten, und sie berufen sich auf das Parteiprogramm, das ausdrücklich die Sozialisierung der vergesellschaftlichten Betriebe fordert.“

Auf diese Entgegnung antwortete Hitler: „Der Ausdruck Sozialismus ist an sich schlecht, aber vor allem heißt das nicht, daß diese Betriebe sozialisiert werden müssen, sondern nur, daß sie sozialisiert werden können, nämlich, wenn sie gegen das Interesse der Nation verstoßen.“ Und im weiteren Verlaufe der Unterredung erklärte Hitler ganz offen: „In Wirklichkeit gibt es in der Wirtschaft immer nur ein System: Verantwortung nach oben, Autorität nach unten.“

Das ist des Pudels Kern. Unter der Maske des Sozialismus lockt Hitler seine fanatisierten Anhänger nach dem „Dritten Reich“, das in Wirklichkeit nur das Reich eines autoritären Ständestaates ist, in dem der Kapitalismus ungezügelt die Sklavenpeitsche über seinen Opfern schwingt. Denn das Ideal des Faschismus ist der Ausgleich der Kräfte unter den Besitzenden, aber stets auf Kosten des werktätigen Volkes.

Das erste Ziel des Nationalsozialismus in Deutschland ist vorläufig ein rein innerpolitisches. Er will zusammen mit den Resten des kläglich bankrottierten Bürgertums die staatliche Administration in seine Hände bekommen. Die schwere Wirtschaftslage, die nicht zuletzt durch die Engstirnigkeit und die brutale Raffsucht der sogenannten „Kapitäne der Industrie“ verursacht wurde, die mit Hilfe des Dumpingsystems die Märkte des Auslands zu erobern versuchen, während sie den inneren Markt durch schlechte Löhne und übertrieben hohe Preise in Trümmer schlagen, und die Furcht vor unliebsamen Störungen durch ein zur Verzweiflung getriebenes Volk, das langsam im Elend verkommen muß, läßt dem Unternehmertum den Faschismus als erstrebenswertes Ziel erscheinen. Das Hakenkreuzertum ist die gewünschte Prätorianerhorde, mit deren Hilfe dieses Ziel verwirklicht werden soll.

Um vorerst diese Seite seines Planes zu verwirklichen, gibt sich der Nationalsozialismus gegenwärtig alle Mühe, um dem Auslande repräsentabel zu erscheinen. Das berühmte englische Interview Hitlers und seine Auseinandersetzung mit dem politischen Charlatan Gustav Hervé sollen beweisen, daß die Partei sich nicht mit gefährlichen außenpolitischen Plänen trägt. Das ändert nichts an der Tatsache, daß der deutsche Faschismus, wie jeder Faschismus, nicht nur eine große innenpolitische Gefahr ist, sondern auch eine stete Gefahr für die Ruhe Europas. Die Anbiederung Hitlers an England, seine Beziehungen zu Mussolini haben nur den Zweck, einen neuen Revanchekrieg gegen Frankreich vorzubereiten. Der Gedanke des Generals von Seeckt, eine versteckte Militarisierung der Arbeit herbeizuführen, um die Wehrfähigkeit des Landes jederzeit sicherzustellen, wird von den Hitlerleuten eifrig aufgenommen. Dieser Gedanke ist übrigens gar nicht neu. Er wurde bereits von Napoleon III. vertreten, noch ehe er Kaiser wurde. Napoleon träumte nämlich davon, alle Bürger des Landes vom 14. bis zum 50. Jahre als Soldaten zu betrachten, die in der Zeit des Friedens auf die Felder und die Fabriken abzukommandieren seien. Bolschewismus und Faschismus gehen heute die-

selben Wege, denn die Mobilisation der Arbeit, die Trotzki erträumte, ging mit den Plänen von Seeckts und Bonapartes durchaus konform.

Der Plan, die durch den Versailler Friedensvertrag abgeschaffte allgemeine Wehrpflicht in Deutschland durch eine sogenannte Arbeitsdienstpflicht der Jugend zu ersetzen, findet gerade in den Nationalsozialisten seine stärksten Vertreter. Die Vertreter der ausgesprochensten Reaktion in Deutschland sind ganz offenerzig in diesen Bestrebungen: So erklärte „Der Tag“ in einem Artikel über die Arbeitsdienstpflicht: „Die jungen Männer werden, wenn sie, mit dem richtigen Geist und Nationalgefühl erfüllt, ihrem Berufe zurückgegeben sind, auch dann ihren Mann stehen, wenn es gilt, das Vaterland zu verteidigen.“ Und Generalmajor a. D. Vogt, der Vorsitzende des Bundes Jungdeutschland, erklärt in einer kürzlich erschienenen Broschüre: „Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft, wir müssen einen Ersatz haben. Preußen-Deutschland hat hundert Jahre lang überzeugende Beweise dafür erbracht, daß es ein Segen ist, wenn der Mensch dient. Wir haben ein Jahrzehnt lang schauernd erlebt, was aus der Jugend wird, wenn die allgemeine Wehrpflicht fehlt, ohne daß ein Ersatz ähnlicher Art vorhanden ist. . . .“

Solche Aussprüche könnte man Dutzende zitieren. Sie deuten sehr klar an, wohin die Reise geht. Die Friedensbeteuerungen Hitlers und seiner Hintermänner sind keine Bohne wert. Diese dunkeln Gestalten verkörpern in sich die ganze wirtschaftliche, politische, soziale und militärische Reaktion und sind eine ständige Gefahr für die Verständigung der Völker und der werktätigen Klassen.

Gestützt wird diese Agitation durch die nationalistische Pest im Auslande und besonders durch die waffenstarrende Front der sogenannten Siegermächte. Ohne die freiheitsfeindliche Politik Poincarés hätte sich der Nationalsozialismus in Deutschland schwerlich bis zu dieser Stufe entwickeln können. Das ist eben der Fluch jeder Reaktion, daß sie nicht nur zur Geißel des eignen Landes wird, sondern auch alle benachbarten Länder in ihre Kreise mit hineinzieht.

Es ist die Aufgabe des werktätigen Volkes aller Länder, dieser gemeinsamen Gefahr mit der größten Energie zu begegnen und nicht zu warten, bis es zu spät ist, wie es leider schon so oft geschah. Wir sind auf dem besten Wege zu einer militärisch-industriellen Leibeigenschaft. Die Schatten einer neuen „Heiligen Allianz“ zeigen sich immer deutlicher. Deshalb, besinnt Euch, Freunde der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit in allen Ländern! Ihr seid gewarnt.

R. R o c k e r.

Erzählende Literatur

Eine große Menge Unterhaltungsbücher ist zur Empfehlung an die Leser des FANAL dem Herausgeber zugegangen, dem es oft schwerer fällt, die Auswahl zu treffen, über die zu reden, es lohnen kann, als den Wert der Literatur abzuschätzen. Für dieses Mal soll die russische Produktion ganz zurückstehen. Ihre wichtigsten Erscheinungen können gelegentlich bei allgemeinen Betrachtungen des unerschöpflichen russischen Themas mit einbezogen werden. Völlig belangloses wird hier ohnehin fast immer beiseite gelassen und literarisch Beträchtliches nur dann besprochen, wenn der behandelte Gegenstand den Interessenkreis unserer Leser berührt.

Aus der reichhaltigen Kriegsliteratur kommt für den Hinweis im FANAL grundsätzlich nur in Betracht, was mit Entschiedenheit gegen den Krieg gestimmt ist, und auch da nicht mehr, als was diese Stimmung in werbender Absicht künstlerisch behandelt. Darum versage ich es mir, mich über Remarques „Im Westen nichts Neues“ (Verlag Ullstein) oder „Die hölzernen Kreuze“ des Franzosen Roland Dorgelés (Montana-Verlag, Horw-Luzern), der in einer anderen als der von mir angegebenen Weise ausführlicher zu verbreiten. Subjektiv gehaltene Erlebnisschilderungen, die beim Idyll so gern verweilen wie beim Grauen und für den Antimilitaristen im Grunde nicht viel mehr hergeben als für den Kriegsbejager. Um so nachdrücklicher sei auf ein Werk verwiesen, das den Krieg als das schildert, was er für den Nichtpatrioten und besonders für den revolutionären Arbeiter ist: als eine Schlammschlacht von Gemeinheit, Erniedrigung, tobsüchtiger Erbärmlichkeit und sinnloser Quälerei. „Stahlbad Anno 17“ von Peter Rist (Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf 1931) scheint die beste gegen den Krieg und dem Militarismus gewendete erzählende Darstellung der „großen Zeit“ zu sein, die seit Barbusses „Feuer“ erschienen ist. Neben Adam Scharrers „Vaterlandslose Gesellen“, dem Roman der Hinterlands-Tragödie, der hier schon gewürdigt worden ist, ist Rists ausgezeichnetes und erschütterndes Buch das einzige, daß das ganze Geschehen mit den Sinnen des Arbeiters, des Armen, des zu Tapferkeit, Gehorsam, Einfügung widerwillig Gezwungenen, des bloßen Opfers des „Stahlbades“ begreift. Der wilde, nach Vergeltung durstende Haß des um seine Jugend betrogenen Proletariats schreit das Entsetzen in die Welt, daß die achtzehnjährigen des Jahres 1917, soweit sie nicht von nationalen Hochgefühlen besoffen zu machen waren und soweit ihnen nicht die bequemen Vorteile der Privilegierten gesichert waren, für die Freude und die Heiterkeit des Lebens verdorben hat. Wollt ihr Kriegsbücher schenken, schenkt dieses und Scharrers Buch, und es wäre auch nützlich, wenn die Heldentumsenthusiasten gewisser nationalistischer Kreise sich einmal in das Ristsche Werk vertieften. Ein so kluger und kultivierter Mann wie etwa Ernst Jünger, der gewiß ein blendender Schriftsteller und überdies ein

ehrlicher Mensch ist, könnte hier erfahren, daß das Glück des Abenteuers nur dann ein unbürgerliches Glück ist, wenn es in freiwilliger Selbsterhöhung begehrend aufgesucht wird, daß aber das Stahlgewitter, in das junge, in bedrängter Lebensenge aufgewachsene Menschen von streberischen Bourgeois-knechten hineingejagt werden, ein schmutziges Grauen ist und daß der Krieg als die gepriesene Schule der Kameradentreue bei den Besten erst da anfängt, Werte zu erzeugen, wo sich die Kameradschaft zu revolutionärem Widerstand, zur Verweigerung der Todesbereitschaft, zur Auflösung von Disziplin und Gehorsam und zur Flucht aus der schnapsbefeierten Tapferkeit auf die Schlachtfelder verbindet, auf denen statt der Geschäfte spekulierender Großbürger die Freiheit der arbeitenden Klasse erkämpft werden soll.

Es hätte mich gereizt, über den großen und wuchtigen Roman Franz Werfels „Barbara oder die Frömmigkeit“ (Paul Zsolnay Verlag, Wien 1930) einiges Grundsätzliche zu schreiben. Ich unterlasse es, weil das Urteil hier ganz aus psychologischen und künstlerischen Gesichtspunkten gefällt werden müßte. Die Kriegs- und Revolutionshandlung ist dennoch dichterischen Absichten des Verfassers unterstellt. Die rein literarische Abschätzung des bedeutenden Buches bedürfte großer Ausführlichkeit und wird vielleicht bei Gelegenheit an geeigneter Stelle vorgenommen werden. Die kurze Erwähnung scheint aber gerechtfertigt, da hinter dem Einzelschicksal, das Werfel aus der Zeit heraushebt, das Oesterreich des Krieges und der Umwälzung in breiten farbigen Strichen sichtbar wird. Um gewollte Zeitschilderung und politische Dichtung großen Stils handelt es sich dagegen in dem zweibändigen Riesenroman „Erfolg“, von Lion Feuchtwanger (Gustav Kiepenheuer Verlag, Berlin 1930). „Drei Jahre Geschichte einer Provinz“ heißt der Untertitel. Es sind die Jahre 1921 bis 1924 und die Provinz ist Bayern. Im Mittelpunkt der Handlung steht in klarer Erkenntnis, daß die bayerische Eigenart durch nichts deutlicher gekennzeichnet werden kann, als durch die Bloßstellung seiner Justiz als der politischen Hure querköpfiger Partikularisten und Eiferer, ein Justizmord. Der Kunsthistoriker Krüger wird, weil er als Subdirektor der staatlichen Sammlungen modernen Kunstbestrebungen stattgegeben hat, meineidig gemacht: schuldig befunden, fälschlicherweise den Geschlechtsverkehr mit einer durch Selbstmord geendeten Frau abgeleugnet zu haben, mit der er tatsächlich nicht geschlafen hat. Eine erfundene Geschichte, kaum schlimmer als die wahre von dem Schauspieler, der 1919 republikanischer Intendant des ehemaligen Münchener Hoftheaters ward und deshalb wegen eines Betruges, den er nicht begangen hat, zu Gefängnis verurteilt wurde. Krüger spürt im Zuchthause alle politischen Schwankungen im Lande an seiner Behandlung, so wie wir in der sogenannten Festung, die ärger war als jedes außerbayerische Zuchthaus, alle politischen Schwankungen zu spüren bekamen. Krüger verreckt im Zucht-

hause, ähnlich wie Hagemeister in Niederschönenfeld verreckt ist, nur daß der wirkliche Fall Hagemeister viel krasser war als der ersonnene Fall Krüger. Alle politischen Ereignisse und Kannegießereien werden irgendwie auf den Fall Krüger bezogen, auch irgendwie vom Fall Krüger aus betrachtet. Trotzdem ist der Fall Krüger ein nebensächlicher Bestandteil des Romans, und der Roman selbst ist nur äußerliche Form überlegener geschichtlichen Zeitbetrachtung. Feuchtwanger leitet den zweiten Band mit einer kurzen Information ein, in der er sagt: „Das Buch ‚Erfolg‘ gibt nicht wirkliche, sondern historische Menschen.“ Nämlich: „Um die bidnis-hafte Wahrheit des Typus zu erreichen, mußte der Autor die photographische Realität des Einzelgesichts tilgen.“ So steigen vor uns Gestalten auf, die wir genau kennen, die aber nicht durch das Porträt erkennbar werden, sondern durch die Situation. Feuchtwanger ist ohne Zweifel gelungen, was er wollte: Geschichte schreiben aus der Perspektive des von oben schauenden Ironikers. Die ganze spießig-dreckige Atmosphäre der vaterländisch-pfäffisch-bürokratisch-reaktionären Klüngelherrschaft, die sich als triumphierender Sieger nach der Mordorgie vom Mai 1919 in München etablierte, steigt empor. Das gemeine Intrigenspiel zwischen Hitler, Kahr, den Klerikalen und den schwarzweißbroten Verbänden, das in der lächerlichen Infamie vom November 1923 an den Tag trat, wird enthüllt.

Die Haltung der bayerischen Sozialdemokraten in ihrer nichtswürdigen Jämmerlichkeit während der ganzen Zeit zu enthüllen, unterläßt der Dichter leider; vielleicht weiß er zu wenig von der Brut um Herrn Erhard Auer. Ich könnte ihm beweisen, wie sie selbst in der Zeit rüdester nationalistischer Gewalttätigkeit beflissen war, sich bei der Bourgeoisie Liebskind zu machen und beispielsweise jeden Versuch, uns aus dem Gefängnis frei zu kriegen, auch dann noch sabotierte, als sie wußte, daß unser Leben täglich aufs schwerste bedroht war. Doch das nebenbei.

Das Werk hat hohen historischen, literarischen und moralischen Wert, zumal es durchaus nicht gehässig und ungerecht wird. Die lebenswürdigen Züge der Bayern treten in vortrefflich gezeichneten Charakteren hell in Erscheinung und hinter den vernagelten, engstirnigen, verpöfften, bierschaumtropfenden Fettbürgern, die damals wie heute noch das politische Bayern unter die halbzivilierten Länder gerückt haben, erscheint auf vielen der fast tausend Seiten des Feuchtwangerschen Romans der freundliche Glanz des erdnahen Münchener Menschen, der seine Stadt lange Zeit duldsam und fröhlich der weitherzigsten Kultur ungebundenen Künftertums freigab. Die formale und sachliche Leistung Lion Feuchtwangers steht auf sehr hoher Stufe und das Werk zeigt neue Wege künstlerischer Geschichtsschreibung auf.

Ein Buch, von dem manche Nationalisten mehr Aufhebens machen, als es, auch von ihrem Standpunkt gesehen, wert ist, mag Erwähnung fin-

den, weil es ebenfalls den Versuch macht, die Kultur der Zeit in erzählen- dem Bericht abzuspiegeln. Max Schulze-Söldte nennt seinen Ich-Roman „Ein Mensch dieser Zeit“ (Urquell-Verlag Erich Röth, Florchheim in Thür. 1930). Ein aus einer Staatsanwaltschaftsfamilie ausgebrochener Bürgerssohn, der seine reichlich dürftigen geistigen Kämpfe schildert. Die für uns interessanteste seiner Werdegangsstationen ist ein Gastspiel in der syndikalistischen Bewegung. Man freut sich auf vertraute Namen zu stoßen, an denen man mindestens die Wahrheit des Berichteten nachprüfen kann. Daß unser alter Genosse Fritz Köster auf Schulze-Söldte einen so starken Eindruck gemacht hat, spricht für Schulze, nur hätte man gewünscht, er wäre etwas tiefer in die Lehren eingedrungen, die er von dem Anarchisten hörte. Doch gehört der Mann offenbar zu den Naturen, die in einer Bewegung, in die sie eben hineingerochen haben, sogleich als Redner, Schriftsteller und Erneuerer eine Rolle spielen müssen und dadurch nur ihre eigene Unklarheit ansteckend auf andere wirken lassen. Die anarchistische Begeisterung schlug denn auch bald in Erweckung zum ölig-christlichen Kohlrabi-Apostelium um und der Mensch dieser Zeit zieht in härenem Gewande mit Jesuslatschen durch Deutschland. Jetzt ist er, wenn es noch stimmen sollte, bei den völkisch-siedlerischen Artamanen gelandet, deren ungetrübte Freude an diesem Zuwachs vermutlich nur kurz sein wird. Er hätte ruhig bei seinem Freunde Häußner bleiben oder einen eigenen Christus-Laden von dessen Art eröffnen sollen. Die Liebesgeschichten des Mannes, von denen er viel hermacht, sind banal; immerhin beschert ihm seine Frau ein Söhnchen, das er doch wahrhaftig Widukind taufen läßt. Jetzt muß der arme Junge sein Leben lang mit dem Namen Widukind durch die Welt laufen. Man begreift die Frau, die einmal, während der Gatte eine ekstatische Wanderpredigt hält, mit den Worten dazwischen fährt: „Schade, Max, daß du ein X-Bein hast.“ Also so sehen die Menschen dieser Zeit aus, die sich selbst als Erneuerer vorstellen. Wenn sie wenigstens nicht schreiben wollten, oder wenn schon, dann in besserem Deutsch, als es Schulze-Söldte zu Gebote steht.

Da ist der prachtvolle Dichter, der sich Bruder Sonka nennt, ein anderer Kerl. „Der Bruder Sonka und die allgemeine Sache oder Das Wort gegen die Ordnung“ ist der Titel eines wunderschönen Vagabundenbuches (Paul Zsolnay-Verlag, Wien 1930). Ein Anarchist, „Deutscher Dichter, Sonka Judenjunge Slowakenkind, Kulturbastard“ nennt er sich selbst und ist ein so inbrünstiger Einsamer, daß die tiefsten sozialen Einsichten seinen Weg bestimmen, den Weg des fanatischen Bürgerfeindes, den Weg wider Staat und Ordnung, den Weg durch Herbergen und Gefängnisse, den Weg dessen, den die Guten einen Verbrecher nennen. „Alle Macht dem Bettler“ nennt er den dritten Teil des Bekenntnisbuches, das in hymnischen Versen und lyrischer Prosa ein Labsal des revolutionären Genießers ist. Statt aller weiteren Anpreisungen dies kurze Gedicht:

Gebot gegen Gebot

Der seinem armen Bruder spricht
Von Arbeit, Lohn und Recht und Pflicht,
Dem guten Bürger die Faust ins Gesicht!
Nimm, was dein ist, Dieb und Wicht,
Armer Bruder bettelt nicht!

Und gleich noch eine Freude für den Revolutionär. Endlich ist das erste Buch des glänzenden antiautoritären Romanschreibers B. Travençolo dem allgemeinen Büchermarkt zugänglich geworden. „Das Totenschiff“ ist im Buchmeisterverlag erschienen und wird von der Universitas Deutsche Verlags-Gesellschaft vertrieben. „Diese Geschichte eines amerikanischen Seemanns“ gehört zu den stärksten sozialen Romanen der Weltliteratur. Eine unbeschreibliche Kühnheit der Erfindung paart sich mit tiefer Einsicht in die schändlichen Gewebe des kapitalistischen Systems und der Haß gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Staat ist verklärt von der glühenden Liebe zur arbeitenden Menschheit und dem sicheren Wissen von echter Freiheit. Diese große Dichtung eines wahren Anarchisten verdient in jeder anarchistischen Bücherei einen Ehrenplatz.

Unter Verzicht auf jede künstlerische Würdigung sei nun noch der Roman einer unserer Genossinnen erwähnt, „Die große Kluft“, von Fino Wolf (Heilbronn 1930): Die Verfasserin gehört der syndikalistischen Bewegung an. Sie schildert die Liebesgeschichte zwischen einem sehr fanatischen katholischen Geistlichen und einer jungen und sehr schönen Freidenkerin. Sie konnten zusammen nicht kommen, aber schließlich kamen sie doch zusammen, indem die Küsse Margots den frommen Priester davon überzeugen, daß das, was in ihren freidenkerischen Büchern steht, richtig ist, worauf er den hinten geknöpften Kragen umdreht und das Mädchen solide heiratet. Was an diesem Buche besonders zu loben ist, ist der Mut unserer lieben Genossin, die es im Selbstverlage hat erscheinen lassen. Der von Fino Wolf behandelte Gegenstand ist nicht völlig neu in der Literatur und gerade ist auch ein berühmtes Werk in deutscher Sprache erschienen, das, von einem Kirchenfeinde geschrieben, die Geschlechtsnatur des zum Zölibat verpflichteten katholischen Geistlichen dichterisch behandelt. Es ist der großartige Roman „Das Verbrechen des Paters Amaro“, von Eça de Queiroz, einem Portugiesen, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mit dem vorliegenden Roman und dem andern Werk „Die Relique“, die Geister erregte. „Das Verbrechen“ (Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1930) zeigt die Wirkung des Eheverbotes für die katholische Priesterschaft am Falle eines jungen Pfarrers, der ein Mädchen bis zur Raserei in sich verliebt macht, um es dann als sich Folgen bemerkbar machen, gewissenlos und zynisch verderben zu lassen. Ein Gesellschaftsgemälde von packender Eindringlichkeit wird aufgerollt, und das Leben der ganz von Pfaffen beherrschten portugiesischen Kleinstadt erhält schärfste Anschaulichkeit. Die Gefräßigkeit und Geilheit

der braven Seelsorger, ihr intriganter Kampf gegen die freigeistigen Elemente der Stadt, die scheinheiligen Zusammenkünfte bei den Lotto spielenden Betschwestern und dahinter die Verwesungsatmosphäre von Kuppellei, Vertuschung Abtreibung und Engelmacherei, ohne daß dick aufgetragen wäre, ohne daß die anständigen und menschlichen Züge der Beteiligten verschwiegen würden, — dies alles läßt ein außerordentlich erregendes und belehrendes Buch entstehen, das für die antiklerikale Aufklärung auch heute noch gute Dienste leisten kann. Gerhart Pohl hat die deutsche Uebersetzung mit einer klugen und gehaltvollen Einleitung über das Leben und die Bedeutung de Queiroz versehen.

Zum Schluß will ich mich einer Verpflichtung entledigen, die ich den Herausgebern eines von mir benutzten Nachschlagewerkes zu schulden glaube und darauf verweisen, daß mir neben den jährlich erscheinenden statistischen Jahrbüchern für das deutsche Reich und Spezialwerken für viele Angaben aus dem politischen Leben das „Handbuch des öffentlichen Lebens“ nützlich ist (Fünfte Ausgabe des Politischen Almanachs, herausgegeben von Maximilian Müller-Jabusch, Verlag von K. F. Koehler in Leipzig). Ferner ist für gelegentliche Verwendung sehr brauchbar eine kleine Schrift „Die deutsche Mark von 1914 bis 1924 (Verlag E. Schuster, Nürnberg), worin in Photos und erklärenden Text sämtliche deutsche Reichsbanknoten, Reichskassen- und Darlehnskassenscheine der Vorkriegs-, Kriegs- und Inflationszeit, ebenso auch die Briefmarken dieser Jahre wiederbelebt werden. Diese Veröffentlichung gehört zwar nicht in die erzählende Literatur, sollte aber unsern Nachfahren als Märchenbuch aus der kapitalistischen Menschheitsepoche überliefert werden.

Dem Andenken Peter Krapotkins

Peter Krapotkin, der am 8. Februar 1921 gestorben ist, wird in Wahrheit erst lebendig sein, wenn die von ihm verkündete, von ihm ersehnte Revolution die Welt des staatlosen Sozialismus, der gegenseitigen Hilfe und der gerechten Beziehungen zwischen den Menschen verwirklicht haben wird. Der Reichtum dessen, was er uns in seinen nachgelassenen Werken vererbt hat, ist in einem kurzen Gedenkartikel so wenig zu erschöpfen wie in einer ausführlicheren Darstellung des Inhaltes seiner Bücher. Denn keines dieser Bücher darf als besonders bezeichnend für seine Art und seinen Geist herausgehoben werden, ohne daß allen andern Arbeiten Unrecht geschähe, und kein von Krapotkin entwickelter Gedanke kann als Lenkfaden für unsern revolutionären Weg für sich allein in Anspruch genommen werden, da jeder seiner Gedanken Glut und Atem aus der Gesamtheit aller durchdachten und verkündeten Ideen empfängt.

Ist etwa die Schilderung des Lebens in seinen *Mempiren* wirklich nur die Jugend- und Kampfgeschichte eines Rebellen? Ist sie nicht in gleichem Maße ein Werk gesellschaftlicher Allgemeinkritik und eingreifenden Gestaltens in vorausschauender Betrachtung? Und ist ferner sein philosophisches Denkgebäude, wie es in dem Buche über die Ethik aufwächst, nicht zugleich ein Waffenarsenal für den sozialen Kampf und somit ein Bestandteil der Lebens- und Schicksalsgeschichte seines Verfassers? Wir finden manchmal beim Lesen der Vorschläge Krapotkins über die kommunistische Bearbeitung des Bodens, die kommunistische Verteilung seiner Erzeugnisse, die kommunistische Organisation der Gesellschaft, daß er gar zu sanguinisch Möglichkeiten der Verwirklichung anzunehmen scheine, denen wir, eingedenk der menschlichen Tat- und Willensfaulheit unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen sehen. So zweifeln wir, ob die Eroberung des Brotes, wie er sie den Menschen rät, so reibungslos gelingen kann, wie er sich das anscheinend vorstellt. Aber dann blättern wir in seinen Worten eines Empörers, lesen seine leidenschaftlichen Kampfaufrufe an die Jugend, seine feurigen Bekenntnisse zu Aufruhr, Angriff, gewaltsamer Abwehr der staatlichen und kapitalistischen Unterdrückung, zur rücksichtslosen Vernichtung der Feinde, und wissen, wie klar dieser große Denker den Dingen ins Auge sieht, wie sicher er weiß, daß die Herrlichkeit der anarchistischen Welt in unendlicher Anstrengung, ohne Schonung des eignen Lebens und unter Mißachtung aller Vorurteile und Bedenklichkeiten auf Gedeih und Verderb erkämpft werden muß. Der Naturwissenschaftler Krapotkin ist nirgends ein anderer als der Terrorist Krapotkin; der hassende Eiferer gegen Knechtschaft und Wucher ist kein anderer als der weiche Liebhaber der Gerechtigkeit und der Freiheit. Alles Denken Krapotkins war zugleich erbitterter Kampf, all sein Kampf aber galt der Klarheit des Denkens, die die Leuchte ist auf dem Wege zur Freiheit. Der Geograph und der Literaturforscher, der Zoologe und der Volkswirtschaftler, der Ethiker und der Geschichtsschreiber Krapotkin, sie alle sind Wesenserscheinungen des kämpfenden Menschen, und jede seiner Betätigungen geht aus vom Leid um das Unrecht und strebt zu auf die Welt des Rechtes. Krapotkin hat uns gelehrt, alle fruchtbare Gemeinschaft aus gegenseitiger Hilfe zu schaffen, und er hat uns ferner gelehrt, die Persönlichkeit zu erhöhen durch die Erkenntnis, daß die Gesellschaft älter ist als der Mensch. Was individuell wertvoll ist in uns, kommt aus gesellschaftlichem Geiste und wir erhalten unser Individuum der Welt, indem wir all unser Wirken und Schaffen zum Bestande der Menschheit machen, um deren Befreiung unser Kampf geht. Krapotkins Werk ist heute schon Bestandteil alles Kampfes um den Sozialismus; je näher die Welt der Aufrichtung sozialistischer Freiheit kommen wird, um so lebendiger wird Krapotkins Geist unter den Menschen sein.

Kommunismus auf Aktien

Die „Rote Gewerkschaftsopposition“ hat sich bei Gelegenheit des Berliner Metallarbeiter- und des Bergarbeiterkonflikts im Ruhrgebiet in diesen beiden Branchen selbständig gemacht, ohne jedoch hier oder dort den zwischen Unternehmern und Gewerkschaften vereinbarten Lohnabbau hindern zu können. Der Zuzug zu der neuen Halbheit der K.P.D. scheint nicht überwältigend zu sein. Die Forderung: Heraus aus den Zentralverbänden! ist seit 1918 bei den revolutionären Proletariern, auch, soweit sie in der K.P.D. stehn, nie verstummt. Die Partei durfte ihr nicht stattgeben, weil Moskau, stets und in allem ahnungslos, was deutsche Verhältnisse betrifft, sein erklärtes Schema dadurch verletzt, sähe. Einmal allerdings erzwangen die Arbeiter selbst von der Parteileitung die Gründung eigener Gewerkschaften, und es entstanden die Industrieverbände. Als aber bald von Moskau aus die Rückkehr zu Leipart und Sassenbach verlangt wurde, flogen die Genossen, die ihr Werk nicht preisgeben wollten, unter wüsten Beschimpfungen aus der Partei heraus. Es ist vorauszusehn, daß es mit der RGO, eines Tages ebenso gehen wird, diesem seltsamen Gebilde, das sich mit dem Exodus aus den alten Gewerkschaften auf wenige örtlich begrenzte Branchen beschränkt und im übrigen den Syndikalisten die revolutionären Kampfpapieren, den Reformisten die bürokratische Organisationsform nachmacht und alle wirtschaftlichen Angelegenheiten völlig den politischen Erwägungen der kommunistischen Parteiführung unterstellt. Wo diese Erwägungen den Interessen der Arbeiter entgegenstehen, wird die Existenz der Klassenkämpfer rücksichtslos zertreten und die RGO., die sich meist mit Fraktionstätigkeit innerhalb der Zentralverbände begnügt, vertritt, wo die Partei als Lohngeberin in Frage kommt, kaltschnäuzig den Unternehmerstandpunkt. So erklärt sich die unsäglich widerwärtige Aktion der parteieigenen City-Druckerei A.-G., gegen ihr graphisches Personal. Die kommunistischen Arbeiter sind da von der „Roten Fahne“ gewissenlos belogen worden. Man hat Erklärungen gefälscht, aus unbequemen Feststellungen ganze Absätze nachträglich aus dem Satz gestrichelt, und nachher behauptet, es sei einiger Druckfehler wegen geschehen. Ueber den wirklichen Verlauf der Angelegenheit hat einer der betroffenen Arbeiter der City-Druckerei, in dessen revolutionären Charakter nur Verleumder Zweifel setzen können, dem FANAL eine ausführliche Darstellung gegeben. Danach beantragte die Geschäftsleitung wegen der Ueberführung der „Welt am Abend“ in eine Privatdruckerei die Entlassung von 60 Mann. Demobilisierungskommissar und Gewerkschaft bewilligten die Entlassung von 50 Arbeitern. Damit wollte man die unbequemen Leute, die sich nicht völlig den RGO.-Papieren unterwerfen wollten, loswerden. Am 8. Januar wurde der Betriebsrat von den Funktionären unterrichtet, welche Kollegen entlassen werden sollten. Das waren in der Maschinensetzererei von 36 Kollegen 10, die nach der Anciennität nicht an der Reihe gewesen wären. Die 10 Mann wurden am 9. Januar gekündigt, unter ihnen die beiden Vertrauensleute. Also Maßregelung von Funktionären! Die zum Sonntag (11. 1.) einberufene Maschinensetzer-Abteilungsversammlung wurde von der Zellenleitung sabotiert. Trotzdem erschienen von 36 Kollegen 26, davon 10 Parteimitglieder. Die Maßregelung fand schärfste Verurteilung und eine Kommission aus drei alten Parteigenossen sollte mit dem ZK. verhandeln, die Zuriicknahme der Maßregelung der Vertrauensleute und die Kündigungen nach Anciennität fordern. Mittwoch, den 14. 1. fanden die Verhandlungen statt. Schneller, der sie für die Partei führte, lehnte alles ab, beschimpfte die alten Genossen und behandelte sie so gemein, daß am folgenden Morgen, als die erste Schicht davon erfuhr, alle 18 Mann sofort in passive Resistenz

traten. Trotzdem wurde die Aufhebung der Maßregelungen verweigert und die Schicht aufgefordert, sofort an die Arbeit zu gehen. Die selbstverständliche Weigerung wurde mit fristloser Entlassung aller Beteiligten beantwortet, und als die zweite Schicht nachmittags eintraf, erklärte sie sich sofort mit den Kollegen solidarisch und wurde ebenfalls fristlos entlassen. Der Bericht schließt: „Von 36 Maschinensetzern sind 29 mit ihren Vertrauensleuten auf der Straße (darunter 14 Parteigenossen), 7 Mann, 'echte linientreue Streikbrecher', arbeiten mit dem Geschäftsführer und Laufburschen und sonstigen 'tüchtigen Rausreißern', um die 29 'Sozialfaschisten und Verbrecher' zu ersetzen.“ Bedenkt man, daß die KPD, eben dabei ist, neue Zeitschriften ins Leben zu rufen, daß außerdem täglich ein Teil des Maschinensatzes in privaten Druckereien in Auftrag gegeben wird, so erweist sich die Behauptung, 60 Graphiker seien überflüssig geworden und müßten stempeln geschickt werden, als Ausrede, zumal man ja die mit Recht an andere Unternehmer gestellte Forderung, die 40-Stunden-Woche einzuführen, anstatt Arbeiter aufs Pflaster zu setzen, im eigenen Hause hätte praktizieren können. Es handelte sich einfach um Bestrafung von Arbeitern, die nicht außerhalb der Arbeit vor ihren Arbeitgebern überall stramm stehen wollten, mit Verhängung der Hungerkur. Daran ändern die Ausschlüsse aus der Partei nichts, die lügenhaften Beschimpfungen der betroffenen Arbeiter ebenso wenig; und wenn jetzt Arbeitswillige mit dem schönen Köder gesucht werden, daß man sie als „Stoßbrigaden“ bezeichnet, so ändert auch das nichts daran, daß hier sich kommunistisch nennende kapitalistische Unternehmer schmutzigste Scharfmacherei gegen die Werktätigen ihres Betriebes angewendet haben, und daß ihre sogenannten revolutionären Stoßbrigaden nichts anderes sein werden als Banden von Lakaien und Streikbrechern.

Karl Roche

Am 1. Januar dieses Jahres ist einer der ältesten Genossen aus den Reihen der antiautoritären Bewegung vom Kampfplatz abgetreten: Karl Roche. In einem an Wechselfällen reichen Leben hat dieser Mann unermüdlich und redlich der revolutionären Sache gedient. Als junger Bauarbeiter kam er in die Arbeiterbewegung und nahm vor dem Kriege am Verbandsleben der reformistischen Gewerkschaften teil. Er wurde sogar zum Angestellten im Bauarbeiterverband befördert. Seine Ehrlichkeit und sein grader Sinn ließen ihn aber nicht dort bleiben. Er verließ seine Funktion, er verließ den Zentralverband und schloß sich der alten Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften an, der er propagandistisch ausgezeichnete Dienste leistete. Eine ausgesprochene journalistische Begabung ließ ihn vor allen Dingen in der Presse und in der anarcho-syndikalistischen Broschürenliteratur stark hervortreten. Seine rastlose Arbeit hat ihm nie Reichtum eingebracht; er ist als bitterarmer Proletarier gestorben, wie er immer gelebt hat. Auf der Grundlage eines eindeutigen anarchistischen Weltanschauungsbegriffes verfocht er bis zuletzt, von einer kurzen und vorübergehenden Fühlungnahme mit anderen unionistischen Bewegungen abgesehen, die Ideen des revolutionären Syndikalismus. Die freiheitliche Bewegung Deutschlands wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. R.

An die Leser!

Wenn nicht rasch und wirksam alle Anstrengungen gemacht werden,

F A N A L

vor dem Zusammenbruch zu retten, wird sich das Weitererscheinen leider nicht mehr lange ermöglichen lassen.

Unausgesetzt treffen Abbestellungen von Arbeitern ein, die erwerbslos geworden sind oder infolge der immer drückender werdenden Notlage durch Preissteigerungen, Steuerbelastungen und Lohnabbau ihre Lebenshaltung einengen müssen. Ganze Ortsgruppen, die bis jetzt eine gewisse Anzahl Exemplare regelmäßig abgenommen haben, erklären, angesichts der trostlosen Wirtschaftsverhältnisse die Zeitschrift nicht mehr absetzen zu können. Freiwillige Spenden laufen so gut wie nicht mehr ein.

Hinter F A N A L steht keine millionenschwere Organisation, und die Tendenz des Blattes ist nicht geeignet, reiche Leute zu namhaften Zuwendungen zu begeistern. Hinter F A N A L steht nichts als die Gesinnung eines nicht großen Kreises armer revolutionärer Arbeiter und Jugendlicher, der aufopferungsvolle Wille des Herausgebers und seiner Mitarbeiter und die freundliche Sympathie einiger weniger Freunde einer sauberen geistigen Haltung, die außerhalb unsrer Ueberzeugungswelt leben.

Die Schuldenlast, die auf F A N A L drückt, trägt der Herausgeber gern. Sie könnte ihn erst erdrücken, wenn er die Arbeit an dem Blatt, die einmal doch die Entschuldung ermöglichen wird, nicht mehr leisten kann. Stirbt die Zeitschrift, so steht den Verpflichtungen kein ausgleichender Wert mehr gegenüber.

Es ergeht die dringende Bitte an alle Leser, die die Erhaltung des F A N A L wünschen, sich um ein

verzinsbares Darlehen

zu bemühen, mit dem eine größere Werbeaktion unternommen werden könnte. Wer in der Lage ist, ein paar Mark zu spenden, möge es tun. Die übrigen Genossen mögen nachdenken, wie ein kleines Kapital zu erträglichen Bedingungen beschafft werden kann, damit wir weiter arbeiten und mehr in die Breite wirken können.

In Zeiten wie jetzt, wo alles auf die Entschlußkraft und auf die Wahrhaftigkeit des revolutionären Proletariats ankommt, ist eine anti-autoritäre Zeitschrift kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit!

Genossen! Freunde! Laßt F A N A L nicht verrecken!

Anarchistische Vereinigung Berlin

Gruppe Neukölln.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64

12. Februar Vortrag des Gen. Gust. Lübeck
„**DEM ANARCHISMUS ENTGEGEN**“

26. Februar Vortrag des Gen. E. Mühsam
„**ANARCHISTISCHE PROBLEME**“

Achtung!

Anarchistische Vereinigung Weißensee.

(Lokalwechsel! Tagt jetzt jeden Freitag, ab 10.30 Uhr,
im Lokal „Zur guten Weiße“, Gürtelstraße 14)

Freitag, den 6. Februar: Gen. Wartenberg spricht
über: „**Einigungsbestrebungen**
im revolutionären Proletariat“

Freitag, den 13. Februar: Fällt aus wegen
Kropotkin-Veranstaltung.

Freitag, den 20. Februar: Vortrag des Genossen
H. Rüdiger: **Experimental-Sozialismus**

Freitag, den 27. Februar. Gen F. Linow spricht
über: „**Sind revolutionäre Gewerkschaften notwendig?**“

Union Anarchistischer Vereine Groß-Berlins und Umgegend

Zusammenkunft in folgenden Lokalen:

Gruppe Südost: Jeden Donnerstag im Lokal A. Zander, Lausitzerstr. 25

Gruppe Norden: Jeden Freitag im Lokal Berliner Kindl, Dolezel,
Böttgerstr. 4.

Gruppe Osten: Jeden Donnerstag im Lokal Jerraeck, Boxhagenerstr. 24

Gruppe Spandau: Jeden Donnerstag im Lokal „Zum Nordpol“, Lutherstr. 3

Gruppe Lichtenberg: Jeden Freitag im Lokal Kupsch, Tasdorfstr. 4

Gruppe Zentrum: Jeden Mittwoch im Lokal Spiegel, Ackerstraße 1,
Am Koppenplatz.

Anarchistische Jugend, Neukölln. Versammlung jeden Montag, im
Jugendheim, Bergstraße 29.

Fanal in Not! Mehrbezieher rechnet schnellstens ab!

Bücher und Schriften

von

ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten. — Malik-Verlag, Berlin.
Preis: brosch. 1.60 Mk., geb. 2.40 Mk.

BRENENDE ERDE

Verse eines Kämpfers. — Verlag Gilde freiheitlicher
Bücherfreunde, Berlin
Preis: brosch. 1.— Mk., geb. 2.— Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren. — Verlag „Syndikalist“, Berlin
Preis: geb. 1.80 Mk.

STAATSRÄSON

ein Denkmal für Sacco und Vanzetti. — Verlag
Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin
Preis brosch. 1.00 Mk., geb. 1.50 Mk.

SAMMLUNG

Auszug aus dem dichterischen Werk 1898—1928. —
I. M. Spaeth Verlag, Berlin
Preis: brosch. 5.50 Mk., geb. 8.00 Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutions-
ereignisse in München. — FANAL-Verlag, Berlin-Britz
Preis: 0.90 Mk.

Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des **FANAL!**

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Auflösung - Ablösung — Die unga-

rische Räterepublik (v. H. W. Gerhard)

— Die Zerstörung von Kronstadt —

Strafvollzug — Anmerkungen

NR. 6

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 5

BERLIN

MÄRZ 1931

Der konstruktive Gedanke im Sozialismus

find seine praktische Auswirkung in der **Schaffung eines freihheitlichen Wirtschaftsunternehmens** durch die antiautoritäre Jugendbewegung. Wir dienen der Bewegung und wollen Sprungbrett sein innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Deckt Euren Bedarf bei uns!

Viele wollen auf Osterfahrt gehen und müssen ihre Ausrüstung ergänzen!

Wir haben ständig vorrätig:

Bücher, Wanderausrüstung, Fahrtenbekleidung, Lodenmäntel, Windjacken, Sportanzüge, Strümpfe, Rucksäcke, Sporthemden, Ärmelwesten, Gürtel, Kunstgewerbe, einwandfreies Spielzeug, Karten der Landesaufnahme.

Besucht uns unverbindlich. Verkauf von 9—19 Uhr.

Die Fackelstuben

Berlin C 2, Klosterstraße 62 (Ecke Stralauerstr.)

Ständiger Verkauf von

„Fanat“, „Syndikalist“, „Der freie Arbeiter“, „Junge Anarchisten“, Proletarisches Kinderland“.

ACHTUNG! ARBEITER — GESANGVEREINE!

Die freie Sängergemeinschaft Deutschlands (Sitz Düsseldorf), welche sich zur Aufgabe gemacht hat, vornehmlich alle freihheitlich gesinnten Komponisten und deren Werke, die neues Leben in die Sängerbewegung bringen, zu unterstützen, um zugleich allen Vereinen, welche die Pflege und Erhaltung des freien Liedes fördern, Wegweiser zu sein, empfehlen wir eine größere Anzahl freihheitliche-neuzeitliche Tendenzwerke und andere für Männer, Frauen und gemischten Chor. Zur bevorstehenden Jugendweihe und Schulentlassungsfeiern sind ebenfalls passende Chöre vorrätig. Partituren zur gefl. Ansicht werden auf Verlangen gern zugesandt. Man wende sich an den Verlag

„FREIE SÄNGERGEMEINSCHAFT DEUTSCHLANDS“

Paul Mittau, Düsseldorf, Gladbacherstr. 91

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 6

März 1931

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin - Britz, Dörschlaßwegstr. 49. Fernsprecher F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Auflösung — Ablösung

Die Errungenschaften der Novemberrevolution von 1918, einer Revolution, die keine war, weil sie sich schon im Januar 1919 von einer Parlamentswahl und im August desselben Jahres gar von einer Verfassung um ihren Sinn bringen ließ, befinden sich in voller Auflösung. Die Anstrengungen der Kräfte, die dabei mehr zu verlieren haben als Ketten, Anstrengungen, die einer Kirchweihrauferei erheblich ähnlicher sehen als einem Kampf, gelten der Erbschaft, drehen sich also um die Ablösung in der Macht über Menschen, Land, Arbeit, Waffen und geistiges Leben. Um es vorweg zu sagen: Sozialistische Spannkraft ist, wenigstens in Deutschland, bei dieser Ereiferung bis jetzt so gut wie nicht bemerkbar geworden. Die rot drapierten Boxer, die am Match um die Hinterlassenschaft der demokratischen Republik teilnehmen, halten sich brav zwischen den Seilen, die von den Nutznießern der kapitalistischen Wirtschaft um die Arena gezogen sind. Es geht um die Herrschaft im Staate, und das Ergebnis des Kampfes, der die politischen Formen des öffentlichen Lebens für die nächste Zukunft entscheiden soll, wird nichts sein als ein Regieren mit veränderten Methoden, wobei die Sieger je nach der Farbe ihrer Sporthose die gänzliche Beseitigung liberaler Grundsätze aus ihrem System oder die Einsetzung liberaler Prothesen an die Stelle der abgefaulten demokratischen Gliedmaßen der Privilegienwirtschaft als das Glück ewiger Volksbefreiung austrompeten werden.

An der Privilegienwirtschaft selbst kann der Ausgang der politischen Raufhändler nicht das geringste ändern, da ja im Gegenteil die Händler erst aus der Veränderung der inneren Struktur der kapitalistischen Wirtschaft entstanden sind. Folglich kann auch eine Aenderung der Regierungsform im Staate nichts an der verheerenden Krise ändern, die die Auflösung des in der Verfassung aufgezeichneten Staatsgebildes sinnfällig macht. Die Preisringer um die Beherrschung dieses Gebildes, die allesamt versprechen, sie würden die Krise bewältigen und Arbeit und Brot schaffen, sind ohne Ausnahme armselige oder betrügerische Quacksalber. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist nur zu beheben durch die Zertrümmerung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, und das Wirtschaftssystem ist nicht zu zertrümmern durch einen Regierungswechsel im Staat noch durch eine Veränderung der Staatsform, sondern durch die Zertrümmerung des Staates in jeder Form.

Alle Welt müht sich ab, die Krise zu erklären und wahrhaftig erleben wir, daß Kapitalisten und Sozialisten, Konservative und Revolutionäre bei ihren Erklärungsversuchen auf eine gemeinsame Formel gekommen sind: nämlich daß die gegenwärtige Krise eine Weltkrise und darüber hinaus, daß sie keine gewöhnliche Wirtschaftskrise, sondern die Krise des Wirtschaftssystems sei. Man wird die Sozialisten aller Richtungen daran erinnern dürfen, daß Krisen noch nie etwas anderes gewesen sind als Versagen des wirtschaftlichen Systems, nämlich Absatzstockung und durch sie veranlaßt und auf sie zurückwirkend Arbeitslosigkeit. Wesen und Erscheinungsform der im kapitalistischen Produktionssystem bedingten Krisen sind in klassischer Klarheit im zweiten Bande von Marx' Kapital dargestellt worden. Hier ist nachgewiesen, daß periodisch wiederkehrende Krisen in den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsform begründet liegen, wie denn die Kritik des Kapitalismus und die wissenschaftliche Erklärung seiner Wirksamkeit bei Marx allgemein von bewundernswerter Hell-sichtigkeit ist; nur sollte die Anerkennung dieses großen Verdienstes nicht dazu verführen, die marxistischen Aufstellungen auch da als maßgeblich zu betrachten, wo sie über die Beschäftigung mit der kapitalistischen Wirtschaft hinausgehen, in philosophische Spekulationen verfallen und schematische Anweisungen für das Verhalten des Proletariats im Klassenkampf vorschreiben. Da es sich bei der gegenwärtigen Krise, die die größte und schwerste der Geschichte ist, um einen Vorgang handelt, der sich durchaus nur aus den kapitalisti-

schen Einrichtungen und Veranstaltungen ableitet, dürfen wir uns, ohne an unsrer anarchistischen Seele Schaden zu nehmen, bei der Betrachtung der Hilflosigkeit aller Versuche, dem Uebel zu Leibe zu gehn, getrost auf Karl Marx beziehen. Die Behauptung unsrer Sozialdemokraten, die Krisis sei die Folge der schlechten Lebenshaltung der Arbeiterschaft, und man brauchte bloß das Fordsystem der kurzen Arbeitszeit und hohen Löhne einzuführen, um mit ihr fertig zu werden, wird von Marx folgendermaßen beantwortet: „Daß Waren unverkäuflich sind, heißt nichts als daß sich keine zahlungsfähigen Käufer für sie fanden, also Konsumenten. Will man aber dieser Tautologie (Doppelbezeichnung für denselben Begriff) einen Schein tieferer Begründung dadurch geben, daß man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eigenen Produkts, und dem Uebelstande werde mithin abgeholfen, sobald sie größeren Anteil davon empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, daß die Krisen jedesmal grade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse relativ größeren Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. . . . Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen, unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise.“ Rosa Luxemburg bemerkt dazu (in Franz Mehrings Marx-Biographie, deren Abschnitt über den zweiten und dritten Band des „Kapital“ sie geschrieben hat): „In der Tat führen die Darlegungen . . . zu gründlichem Einblick in das Wesen der Krisen, die sich einfach als unvermeidliche Folgen der Bewegung des Kapitals ergeben, einer Bewegung, die, im ungestümen, unstillbaren Drang nach Ansammlung, nach Wachstum, über jede Schranke der Konsumtion alsbald hinauszustreben pflegt, mag diese Konsumtion durch erhöhte Kaufmittel einer einzelnen Gesellschaftsschicht oder durch Eroberung ganz neuer Absatzgebiete noch so sehr erweitert werden. So muß auch der im Hintergrunde jener gewerkschaftlichen Agitation lauernde Gedanke von der Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit, der nur durch die Kurzsichtigkeit der Unternehmer verkannt werde, verabschiedet und alle Hoffnung auf mildernde Flickarbeit aufgegeben werden. Der Kampf um die materielle Hebung der Lohnproletarier hat tausend allzu gute Waffen in seinem geistigen Rüstzeug, als daß er eines theoretisch unhaltbaren und praktisch zweideutigen Argumentes bedürfte.“

Der Beweis für die Richtigkeit dieses Gedankens, dem man natürlich entgegenhalten wird, daß die Krise in Deutschland nicht von einer Periode erhöhter Beteiligung der Arbeiterklasse am Verbrauch der Produkte eingeleitet wurde, ist durch den ungeheuren Umfang der Wirtschaftslähmung erbracht. Die Vereinigten Staaten von Amerika und England hatten die Prosperität, die nach Marx als Sturmvogel auftritt, wenn sich eine Krise vorbereitet; in Frankreich, wo die Merkmale der Krise erst jetzt in Erscheinung treten, war die relative Besserung der Wirtschaftslage sogar allgemein als das Truglicht einer beginnenden Depression erkannt worden. Der unbeschreibliche Zustand, in dem sich die Produktions- und Konsumtionsverhältnisse in Deutschland befinden, bedurfte nicht der vorbereitenden Periode eines Aufschwungs; es genügte, daß die deutschen Kapitalisten, der internationalisierten Ausbeutung vertraut und ins Getriebe des Welt-Weltmarktes unlöslich verstrickt, ihre Arbeitsmethoden den Ländern angleichen mußten, auf die die von Marx bezeichneten Voraussetzungen zutreffen. Der „ungestüme, unstillbare Drang nach Ansammlung, nach Wachstum, über jede Schranke der Konsumtion hinaus“ drückte sich hier wie überall in der Rationalisierung der Arbeit aus, die eine Vervielfältigung der Leistung bei Maschinen und Arbeitern bewirkt und daher eine außerordentliche Verminderung der Arbeiterzahl für die Produktion gestattet. Aber der Umstand, daß die Umstellung der Industrie, die in allen andern Ländern zur Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur durchgeführt wurde, in Deutschland nach dem verlorenen Kriege geschah, nach Verlust der bisher belieferten Absatzgebiete und während die Arbeiterschaft, unter dem Eindruck einer unglücklichen Revolution und von der Inflation gänzlich ausgeplündert, erschöpft und ohne Vertrauen auf ihre physischen und psychischen Qualitäten sich allen Zumutungen widerstandslos unterwarf, — gab der Krise hier den Charakter der wirklichen Auflösung des gesellschaftlichen Lebens.

Marx und Engels (und übrigens auch Bakunin, von dem Herzen meinte, er halte immer den zweiten Monat schon für den neunten) ließen sich von jeder schwereren Krise zu der glücklichen Einbildung verleiten, sie müsse in die soziale Revolution münden. In einer Erklärung vom Herbst 1850 sprachen die beiden die Ueberzeugung aus: „Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese.“ Als 1857 der erwartete Rückschlag auf dem kapitalistischen Markt wirklich eintrat,

gerieten sie in wahre Begeisterung. Am 13. November schreibt Engels an Marx: „Was die industrielle Produktion selbst betrifft, so scheint der übergroße Vorrat in Amerika hauptsächlich im Westen zu liegen; in den östlichen Häfen ist der Vorrat an Manufakturwaren sehr gering. Daß dieser aber auch schon unverkäufliche Ware ist, beweist die Rücksendung ganzer Ladungen von New York nach Liverpool. Hier arbeiten drei Viertel der Spinner auf Vorrat, nur ein Viertel höchstens hat noch laufende Kontrakte. Verkürzte Arbeitszeit beinahe ganz allgemein.“ Diese Schilderung eines Wirtschaftszustandes, der mit dem heutigen verglichen wie ein Regenschauer neben einem von Stürmen, Gewittern und Erdbeben begleiteten Vulkanausbruch wirkt, veranlaßte Engels freilich nicht, wie seine Nachfahren, zu händeringenden Beschwörungen an die Industriellen und Bankiers, sie möchten doch Vernunft annehmen, sondern versetzte sein Herz in hellste Schadenfreude: „Der allgemeine Aspekt der hiesigen (Manchester) Börse war höchst ergötzlich in der vorigen Woche. Die Kerle ärgern sich schwarz über meine plötzlich sonderbar gehobene Laune. Die Börse ist der einzige Ort, wo meine jetzige Stumpfheit sich in Elastizität und Ausgelassenheit verwandelt. Dabei prophezeie ich natürlich immer schwarz; das ärgert die Esel doppelt. . . . Da Baumwolle wieder einen Penny stieg, hieß es: wir sind über das Schlimmste weg. Bis gestern war aber wieder die erfreulichste Verzweiflung eingetreten, und fast kein Mensch wollte kaufen. . . . Für Ausbreitung und Fortdauer der Krise ist auch gesorgt. Die Seidenkrise, die schon die größte Masse Handstuhlweber außer Brot gesetzt, und die Kurzarbeit sind hinreichend, das heimische Geschäft für den Winter vollständig zu ruinieren. . . . Die amerikanische Krisis reitet . . . die deutschen, französischen und belgischen Tuchfabrikanten tief in die Sauce. . . . Es wäre zu wünschen, daß erst eine ‚Besserung‘ zur chronischen Krise einträte, ehe ein zweiter und entscheidender Hauptschlag fällt. Der chronische Druck ist für eine Zeitlang nötig, um die Bevölkerungen warm zu machen. Das Proletariat schlägt dann besser, in besserer Kenntnis der Dinge und mit mehr Einklang; grade wie ein Kavallerieattacke viel besser ausfällt, wenn die Pferde erst 500 Schritt traben mußten, um an den Feind zur Karriredistanz zu kommen. Ich möchte nicht, daß es zu früh etwas gäbe, ehe ganz Europa vollständig ergriffen ist, der Kampf nachher würde härter, langweiliger und mehr hin und her wogend. . . . Seitdem der Schwindel zusammenbrach in New York, hatte ich keine Ruhe mehr in Jersey,

und ich fühle mich enorm fidel in diesem allgemeinen Zusammenbruch. . . . Die Krisis wird mir körperlich ebenso wohl tun wie ein Seebad, das merke ich jetzt schon. 1848 sagten wir: jetzt kommt unsre Zeit, und sie kam in gewissem Sinne, diesmal aber kommt sie vollständig, jetzt geht es um den Kopf. Meine Militärstudien werden dadurch sofort praktischer. . . .“ Marx war ebenso ermuntert: „Obgleich wir die amerikanische Krise an unserm Beutel sehr verspüren“, schrieb seine Frau in einem Brief in jenen Tagen, „. . . so können Sie sich doch wohl denken, wie obenauf der Mohr ist. Seine ganze frühere Arbeitsfähigkeit und Arbeitsleichtigkeit ist wiedergekehrt, wie auch die Frische und Heiterkeit des Geistes, die seit Jahren gebrochen war. . . .“

Heute haben wir nun den von den Sozialisten vor 75 Jahren ersehnten Zustand einer Krise, bei der es in aller Buchstäblichkeit „um den Kopf“ geht, nämlich darum, ob der Staat, diese Hirnschale der Besitzvorrechte, weiterhin bevollmächtigt werden soll und darf, mit den Gewaltmitteln politischer Obrigkeit die Bekämpfung eines Uebels, das Millionen von Menschen zugrunde richtet, zu verhindern. Wir können uns leider heutzutage nicht mehr der heiteren Freude an der Katastrophe der Ausbeutungswirtschaft hingeben, die Marx und Engels 1857 erfüllte, weil wir allmählich erfahren haben, daß die Auflösung eines verfaulenden Regimes eben doch nicht, wie sie annahmen, zur selbsttätigen Auslösung der Revolution bei denen führt, auf deren Kosten sich das Regime künstlich ernährt und daß somit auch die Ablösung der kapitalistischen Greuel durch den Sozialismus ohne Aufwand ungeheurer Willenskräfte ausbleiben muß. Es ist ein gradezu tragisches Verhängnis, daß das entschlußlose Hinnehmen der entsetzlichsten Verelendung der Massen bei den Opfern der für die Erfüllung ihrer Aufgaben unfähig gewordenen Wirtschaftsmächte den politischen und taktischen Lehren derselben Männer zur Last fällt, die das Wesen des Kapitalismus am klarsten erkannt, sein Auflaufen auf unentwirrbare Krisen mit erstaunlichem Scharfsinn vorausgesagt, die Notwendigkeit der proletarischen Klassenrevolution mit der Zielsetzung des Sozialismus als einzige Rettung verkündet und in Begeisterung auf sie gehofft haben. Der furchtbare Irrtum bei Marx und Engels bestand in der Annahme, die ökonomischen Tatsachen seien für das Bewußtsein und mithin für das Verhalten der Menschen allein entscheidend, die Dynamik der Produktion bewirke mit der Kraft eines Naturgesetzes allen Wechsel der menschlichen Beziehungen nur aus

ihren wiederum unabänderlichen Entwicklungstendenzen, und die Maßnahmen der Menschen, sich der hieraus entstehenden, ihre Daseinsansprüche schädigenden Konsequenzen zu erwehren, seien ebenfalls unausweichlich determiniert. Darüber hinaus aber schematisierten sie den Zusammenschluß und die Kampfformen des Proletariates, indem sie die den kapitalistischen Interessen angepaßte zentralistische und autoritäre Verwaltungsmethode des Staates den Arbeitervereinigungen als Organisationssystem oktroyierten und ihnen als Taktik im Klassenkampf die, allerdings grundsätzlich oppositionelle, legale Mitarbeit im Staat und die Bewerbung um Machtposten als Funktionäre des herrschenden Apparates vorschrieben. Die Warnungen, Beschwörungen und Widerstände der Antiautoritären betrachteten sie als gehässige Quertreibereien einiger ehrgeiziger Wirrköpfe und setzten ihnen den Terror der Organisationsdiktatur entgegen, ohne vor dem Mißbrauch ihrer Stellung im Generalrat der Internationale zurückzuschrecken, ohne selbst die schändliche Verleumdung Bakunins durch die „konfidentielle Mitteilung“ zu verschmähen, ohne endlich zu zaudern, die Internationale Arbeiter-Assoziation, die einzige Arbeiter-Internationale, die bis jetzt ein Recht auf diesen Namen hatte, auf dem Haager Kongreß 1872 in die Luft zu sprengen. So wurden die beiden hervorragenden Entlarver des kapitalistischen Unterdrückungsverfahrens, die ausgezeichneten Lehrer des Proletariates zur Durchschauung seiner eigenen Klassenlage, die der Revolution leidenschaftlich ergebenen Gesellschaftskritiker von Obrigkeitsswahn und Unfehlbarkeitsdünkel verführt, die Reformpolitik der Sozialdemokratie als Hemmschuh an den Kampfwagen des Proletariats zu hängen, dem Burgfrieden zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten bis zur Billigung der Kriege zwischen den Staaten vorzuarbeiten, die Einigkeit der Arbeiter durch Parteihader und Führerkrawall völlig zu zerstören, die Entschlußkraft des Proletariates in Gehorsam, Disziplin und Abdankung zugunsten einer Bürokratie zu ersticken und den Weg zur Revolution, den eine Krise wie die gegenwärtige zu jeder früheren Zeit in der Geschichte unaufhaltsam geöffnet hätte, mit Thesen, Programmen, Rechenkünsten und politischen Harlekinaden zu verrammeln.

Kann man den Charakter der proletarischen Organisationen unsrer Tage besser beschreiben als mit folgenden Worten?: „... ohne Glauben an sich selbst, ohne Glauben an das Volk, knurrend gegen oben, zitternd gegen unten ... eingeschüchtert vom Weltsturm ... Energie nach keiner Richtung, Plagiat nach allen Richtungen ... ohne Initiative ...

ein vermaledeiter Greis, der sich dazu verdammt sah, die ersten Jugendströmungen eines robusten Volks in seinem altersschwachen Interesse zu leiten.“ Das ist nicht jetzt geschrieben gegen Sozialdemokratie und Zentralverbände; es wurde 1848 geschrieben gegen die deutsche Bourgeoisie, und der es in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ schrieb, war Karl Marx, der Vater der sozialdemokratischen Partei; ich zitiere hier nach Lenin (Werke Bd. XVIII), der im gleichen Zusammenhang an eine spätere Äußerung von Marx erinnert, worin er die Ursachen des Mißlingens der Revolution von 1848 damit erklärt, „daß die Bourgeoisie die Ruhe mit der Knechtschaft der bloßen Aussicht des Kampfes mit der Freiheit vorgezogen habe.“ Die Sozialdemokratie hat — und hier wäre es nützlich, wenn die übrigen Marxisten, statt dauernd Verrat zu schreien, sich einmal wirklich an das von ihnen sonst so viel bemühte Wort erinnerten, daß das Sein das Bewußtsein bestimme — völlig die Rolle übernommen, die nach 1848 die Bourgeoisie spielte. Beteiligt an der Macht im Staate hat sie nur noch das Bestreben, diese Macht, also den Staat, der mit dem Kapitalismus steht und fällt, zu retten. Die Verleugnung aller, ausnahmslos aller Schwüre, die sie je gegen den Klassenfeind des Proletariats ablegte, die vollständige Ergebung in das Amt des Büttels für Kirche, Großgrundbesitz, Industrie- und Börsenkapital folgte zwangsläufig aus der Bejahung des Staates, die ihrerseits zwangsläufig aus der Beteiligung am Parlamentarismus folgte. Die Auflösung der bestehenden Wirtschaft muß, die Auflösung des sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsgefüges gleichzeitig bewirken, weil diese Gebilde nichts andres mehr sind als hilfsfreudige Bestandteile der bestehenden Wirtschaft. Die Ablösung der herrschenden Macht kann nur revolutionären Kräften zukommen.

Wir haben jetzt in Deutschland allein über fünf Millionen Arbeitslose. Das bedeutet, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht imstande ist, mehr als 70 Prozent der nach Tätigkeit sich ausstreckenden Hände Beschäftigung zu geben. Die 30 Prozent der aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen werden aber — so liegt es in der Logik des kapitalistischen Wirtschaftsverfahrens — nicht von den Besitzenden ernährt, sondern, sofern hier noch von Ernährung die Rede sein kann, von den noch tätigen Arbeitern. Da der Erwerb des Unterhalts der Besitzlosen davon abhängig ist, daß die Besitzer sie gegen Verkauf der Arbeitskraft und Verzicht auf den Arbeitsertrag zur Benutzung der Produktionsmittel zulassen, muß sich die Arbeiterschaft mit den Bedingungen der Unternehmer

abfinden oder revolutionieren. Vorläufig — es ist ganz zwecklos, sich etwas vorzumachen — ist die Absicht zu revolutionieren bei den politisch organisierten Arbeitern in Deutschland nicht zu erkennen, mindestens nicht bei den bestimmenden Organen, denen die in Parteien gesammelten Proletarier Gefolgschaft leisten. Die Kommunistische Partei erschöpft ihre Tatkraft in lärmenden Beteuerungen, daß sie der Wahre Jakob sei und daß sie die Einheitsfront des Proletariats schaffen werde, dank welcher Young-Deutschland sich unter Führung Ernst Thälmanns in Sowjet-Deutschland verwandeln werde. Die Reichsbannermitglieder proletarischer Herkunft, die sozialdemokratischen Arbeiter, die Indifferenten, die Erwerbslosen brauchten sich bloß zu entschließen, mit der KPD. zu demonstrieren, Resolutionen zu fassen, zu schimpfen, alles was in Rußland geschieht und von dort betrieben und verlangt wird, ohne zu mucken gut und schön zu finden, die Anträge zu bewundern, die die Partei im Reichstag, in den Landtagen und Stadtparlamenten zur Lösung der Krise einbringt, sich mit ihr über alle zu entrüsten, die diese Anträge dort niederstimmen, — und die Befreiung des Proletariates sei gesichert. Jedoch gibt es außer der KPD. und den Indifferenten und Sozialdemokraten, mit denen sie das Kapital besiegen will, noch Arbeiter mit revolutionärem Gefühl, mit dem Bewußtsein, daß die Krise nicht durch starke Worte, nicht durch Unteroffizierskommandos und nicht durch Parlamentsanträge besiegt werden kann, mit dem Willen, ohne Befehlshaber, die sich selbst ernannt haben und ihre Parolen vom Proletariat unkontrolliert ausbrüten, in kameradschaftlicher Einigung mit allen wirklich revolutionär gesinnten Klassengenossen zu kämpfen. Es sind die, die die Auflösung der bestehenden Gesellschaftsform nicht aufhalten, sondern beschleunigen und die an ihre Stelle keine neue Regierung, sondern revolutionäre Räte setzen wollen. Es sind die, die den Banditismus der faschistischen Wehrkräfte, mit denen der Kapitalismus den Prozeß seiner Auflösung zu bremsen versucht, auf dem Boden schlagen wollen, auf den die herrschenden Mächte den Kampf längst verlegt haben und der nicht der Parkettboden des Parlamentes ist, auf dem sich die Raubkonzerne fröhlich anfeuernd die sozialdemokratischen und parteikommunistischen Diätäre gegenseitig ihre Sünden vorrechnen lassen. Aber versucht, die Erwerbslosen in Versammlungen über die ungeheure Gefahr des Faschismus aufzuklären, sie zur Selbsthilfe aufzufordern, statt auf die täglich neuen Parolen der KPD.-Zentrale zu vertrauen, spricht ihnen

und den noch beschäftigten Arbeitern von der Notwendigkeit einer Einigung, nicht der Indifferenten, sondern der Revolutionäre — und ihr werdet erleben, wie die von nichtssagen-Phrasen besoffen gemachten parteikommunistischen armen Jungen ihre ganze Energie aufwenden, um die Versammlung zu sprengen, die gequälten Proletarier an jeder Einigung zu hindern, die nicht unter dem aller Kritik entzogenen Befehl der unbeaufsichtigten Moskaufunktionäre vor sich geht. Diese parteiegoistische Krachpolitik ist heute der beste Schutz des Kapitalismus, der sicherste Wall des Faschismus gegen den Sturm der Arbeiter.

Was war das große Ereignis des letzten Monats? Etwa die Einigung des gesamten Bürgertums zur Durchführung der anti-proletarischen Gesetze, die den Lohn- und Gehaltsabbau allgemein machen und der Beschluß, für die gesamte noch beschäftigte Arbeiterschaft die Kurzarbeit ohne Lohnausgleich, also die weiterhin gesteigerte Verelendung einzuführen? Nein, der „Raub der parlamentarischen Immunität“, zu dessen Abwehr sich die Kommunisten mit den beiden führenden faschistischen Parteien zur Obstruktion zusammenfanden. Die revolutionären Arbeiter, die die Not zu Verzweiflungstaten aufpeitscht, aus deren Reihen sich die grauenvolle Zahl der Selbstmorde und der elementaren Kriminalfälle rekrutiert, mußten flammende Empörung bekunden, weil einige Partei-Erwählte möglicherweise auch mal verurteilt werden könnten, obwohl der Reichstag ihnen ja wohl nicht die Verbüßung von Freiheitsstrafen zumuten wird. Die Faschisten jedoch erklärten diese entsetzliche Gleichstellung von Parlamentariern mit andern Sterblichen für so unmenschlich, daß sie hiermit ihren Auszug aus dem Reichstag, ihre Weigerung begründeten, uns weiterhin auf demokratischem Wege Gesetze zu geben. Die Kommunisten, ebenfalls eine anti-parlamentarische Partei, blieben tapfer in der Front der Demokratie und verkündeten, die Hitlerschen hätten das Feld nur aus Angst vor ihnen geräumt, wogegen die Sozialdemokraten versicherten, dies sei nicht wahr, sie seien es, vor denen Hugenberg und Göbbels geflohen seien. So sieht bei uns die revolutionäre Politik aus in einer Zeit, wo die Gesellschaft selbst in Auflösung ist und das Verrecken von Kindern und Jugendlichen zur Tagesordnung des Massendaseins geworden ist.

Man konnte wirklich hoffen, daß der Parlamentsstreik der Faschisten das Zeichen zum offenen Kampf sein würde. Es gab eine Zeit, wo die Beteiligung von Revolutionären am Parlamentarismus damit verteidigt wurde, daß der Auszug aus

dem Gesetzesausschank das Signal für die Massen bedeuten werde, die Waffen zu erheben und aufs Ganze zu gehen. Von wem diese Verteidigung gebraucht wurde? Von Paul Levi, nachzulesen in den Leitsätzen der KPD., die vom Heidelberger Parteitag 1919 beschlossen wurden. „Nicht nur die Tätigkeit innerhalb der Parlamente“, lautet der betreffende Absatz, „sondern nach Lage der Verhältnisse auch das Ausscheiden aus den Parlamenten können von revolutionärer Wirkung auf das Parlament und ein revolutionärer Akt sein. Die Kommunisten in den Parlamenten haben dementsprechend in entscheidenden politischen Konflikten entweder auszuschneiden oder ihren Ausschluß aus den Parlamenten durch die Bourgeoisie herbeizuführen. Das Ausscheiden soll in den Augen der gesamten Arbeiterschaft als revolutionäre Aktion erfaßt werden und zur Auslösung der revolutionären Massenaktion führen. Ihre Tätigkeit ist auf die Herbeiführung solcher Konflikte zu richten.“

Man rufe sich die Wirksamkeit aller revolutionären Parteien im Parlament ins Gedächtnis und prüfe, ob eine von ihnen je ihre parlamentarische Tätigkeit auf die Herbeiführung von Konflikten mit der Bourgeoisie zum Zwecke der Auslösung revolutionärer Massenaktionen gerichtet hat. Versprochen haben sie es alle, angefangen von der alten Sozialdemokratie, der Wilhelm Liebknecht 1869 ganz ähnliche Anweisungen gegeben hat, über die Kommunistische Partei hinweg, die der Verfasser der mannhaften Anweisung wegen mangelnder Wuchtigkeit verlassen mußte, bis zu den Hakenkreuzlern, die als erste eine charaktervoll aussehende Geste dieser Art ausführten. Da sie aber auch schon von den duftigen Blüten des parlamentarischen Opportunismus genippt haben und überdies nichts tun dürfen, was ihre schwerindustriellen Geldgeber nicht nützlich finden, wird man zweifeln dürfen, ob sie ernsthaft den Kampf um den Faschismus außerhalb der Freikartenhalle aufnehmen wollen. Dann würde der Auszug aus dem Reichstag, mögen unsre Republikaner, Demokraten und Staatsparteiern noch so höhnische Glossen dazu machen, die Auflösung der Gesetzlichkeit in Deutschland tatsächlich bedeuten, und die Krise der Wirtschaft wäre entweder in den Formen der vollständigen Sklaverei für absehbare Zeit dauernd gemacht oder die Demokratie wird abgelöst durch die Revolution, der Parlamentarismus durch die Selbstbestimmung der Arbeiter und Bauern in ihren Räten und der Kapitalismus durch die Vergesellschaftung des Bodens und der Arbeit.

Die ungarische Räterepublik

Zum 12. Jahrestag ihrer Proklamierung am 21. März

Die ungarischen Revolutionen scheinen das Schicksal zu haben, daß sie nach einer kurzen, glänzenden, heroischen Epoche in einer schrecklichen Tragödie enden. So war es 1848/49, als das revolutionäre Ungarn sich viele Monate lang gegen das Habsburger-Regime wehrte, bis es dann von den vereinigten österreichischen und russischen Truppen zur Unterwerfung gezwungen wurde. Die vor Arad ermordeten Führer waren noch jahrzehntelang ein Gegenstand der Trauer und der Begeisterung für das gesamte ungarische Volk.

1918/19 war es ähnlich. Erst der glänzende Aufschwung vom Oktober 1918 bis März 1919, dann der Angriff der militärisch überlegenen Feinde und der Untergang der Räterepublik im August 1919. Schließlich ein blutiges Regime des Terrors, das Tausenden von Menschen das Leben kostete und die revolutionäre Energie des Proletariats auf Jahre oder Jahrzehnte vernichtete.

Die soziale Struktur Ungarns ist heute und war vor der Revolution die eines feudalen Agrarstaates. Die Industrie war nicht bedeutend. 1921 gehörten 46,5 Prozent des Bodens dem Kleingrundbesitz (bis 100 Joch oder 57 ha), 53,5 Prozent dem Großgrundbesitz. Dabei gab es 1925 nur 1130 Großgrundbesitzer, wozu hier noch 9630 mittlere Besitzer zu rechnen sind, denen 840 000 Kleinbesitzer gegenüberstanden¹⁾. Außerdem gab es noch Hunderttausende von besitzlosen Landarbeitern. Der Statistiker L. v. Buday gibt in seinem Buche „Ungarn nach dem Friedensschluß“ die Zahl von 1,1 Millionen bodenlosen Erwerbstätigen auf dem Lande für Rumptungarn an, jedoch dürfte diese auf den Zählungen von 1910 beruhen und auch vielleicht Dorfhandwerker usw. enthalten. Die Zahl von 750 000 Landarbeitern, die L. Magyar angibt²⁾, scheint der Wirklichkeit näherzukommen. Jedenfalls zeigen diese Zahlen, daß die Hälfte aller Bodenbebauer besitzlos — Proletarier waren.

Ein beträchtlicher Teil des Bodens war sogenannter „gebundener Besitz“, Fideikommiss und kirchliche Güter, zirka 7 Prozent des gesamten Bodens³⁾. Die ungarischen Adligen, von denen manche Güter über 100 000 Joch (57 000 ha) haben, kümmerten sich natürlich wenig um ihre Landwirtschaft, sondern verpraßten das Geld in den europäischen Hauptstädten. Nicht umsonst sind Wien und Budapest als Städte der Vergnügungen berühmt geworden.

Die kleinen Landwirte waren schon mehr in den Kreis der kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen gezogen, als das zum Beispiel in Rußland der Fall war. Es gab bereits ein ausgedehntes Netz von Kredit- und anderen Genossenschaften in Ungarn, 1920 wurden zirka 1200 Kreditgenossenschaften gezählt⁴⁾. Natürlich waren viele Kleinbauern und besonders die Landarbeiter noch in halbfeudalen Abhängigkeitsverhältnissen von den Gutsbesitzern, aber es bildete sich doch bereits ein Stand von

¹⁾ Ungarische Wirtschaftsjahrbuch II, 1926.

²⁾ „Agrarpolitik der Proletarischen Diktatur in Ungarn“. Die Kommunistische Internationale 1929, Nr. 13, S. 755 ff.

³⁾ Dionys von Sebess. Die Agrarreform in Ungarn. In: Ungarische Jahrbücher I, 1921, S. 87 ff.

⁴⁾ Johann von Horvath. Das Genossenschaftswesen in Ungarn. Ungarische Jahrbücher I, 1921, S. 342 ff.

kapitalistisch wirtschaftenden, freien Bauern heraus, der auch nicht revolutionär, sondern bürgerlich dachte, wie die deutschen oder französischen Bauern.

In politischer Hinsicht war das Land ein so gut wie absolutistisch regierter Staat. Gegenüber Oesterreich bestand zwar eine gewisse Autonomie, aber die ungarischen Adligen, an ihrer Spitze der Ministerpräsident Graf Stephan Tisza herrschten unumschränkt. Es gab kein allgemeines Wahlrecht. Die Opposition (Liberale und Sozialdemokraten) konnten nie die Mehrheit im Parlament erlangen. Die Regierung nützte auch die nationalen Unterschiede und Leidenschaften der einzelnen Völker (Serben, Rumänen, Ungarn, Deutsche) aus, die ja dort stärker hervortreten als bei uns.

Vielleicht war es das Gefühl einer Unsicherheit wegen dieser starken politischen, sozialen und nationalen Gegensätze, das Tisza bewog, sich bei Kriegsausbruch 1914 gegen den Krieg zu erklären. Die Ereignisse würden ihm jedenfalls Recht gegeben haben. Bereits mitten im Kriege war es klar, daß das Volk scharf kriegsgegnerisch gesonnen war und daß starke revolutionäre Strömungen existierten. Unter dem Drucke dieser kriegsfeindlichen Stimmung war man schließlich gezwungen, im Oktober 1918, nach dem Zusammenbruch Bulgariens, die ungarischen Truppen vom italienischen Kriegsschauplatz zurückzurufen und um Sonderfrieden zu bitten. Am 31. Oktober brach aus einem kleinen Anlaß in Budapest die Revolution aus, die zwar nur von einigen Kompagnien gemacht wurde, aber so gut wie widerstandslos siegte. Das einzige Opfer war Tisza, der wegen seiner reaktionären Politik verhaßt war und deshalb ermordet wurde.

Die Regierung übernahm Graf Michael Károlyi, ein pazifistisch-demokratischer Politiker. Obwohl am Ministerium auch Sozialdemokraten beteiligt waren, wollte man doch von der Republik nichts wissen, sondern das Ministerium wurde auf den Erzherzog Albrecht vereidigt. Erst als man die drohende Volksstimmung bemerkte, ließen sich die Minister von ihrem Eide entbinden und riefen am 16. November die Republik aus.

Die Regierung Károlyis war auch sonst schwächlich. Sie wußte, daß sie mit der Agrarreform stand und fiel, aber sie tat in dieser Sache so gut wie nichts. Sie entfernte auch nicht die alten monarchistischen Beamten. Der damalige Minister Jászi, der ein Buch „Magyariens Schuld — Ungarns Sühne“ geschrieben hat, versucht darin, die Schuld am Versagen der Revolutionsregierung abzuwälzen, indem er erklärt, man habe nichts tun können, weil die demokratischen Regierungsparteien zu schwach gewesen seien, die Sozialdemokratie mit ihren starken Gewerkschaften habe die Macht in der Hand gehabt. Die Sozialdemokraten wiederum erklärten, die Arbeiter seien kommunistisch gestimmt gewesen⁶⁾.

Wie dem auch sei, die gesamte Regierungspolitik konnte die Arbeiter- und Bauernschaft nicht befriedigen, deshalb hatten die Kommunisten, die bereits im Dezember 1918 eine „Rote Zeitung“ gründeten, bei der Agitation leichtes Spiel. Die Revolution entwickelte sich dauernd vorwärts. Unter den Soldaten arbeitete Josef Pogány, ein linker Sozialdemokrat, später scheinbar Kommunist, der im Februar 1919 eine Verordnung durchdrückte, nach der die Offiziere von den Soldaten gewählt werden sollten. Auch unter den Arbeitern in Budapest und in den Bergwerksbezirken sympathisierten wohl viele mit dem Kommunismus, ohne daß deshalb aber die Lage schon reif zu einer neuen Revolution gewesen wäre. Falls mit der Demonstration vom 22. Februar 1919, die zu Tumul-

⁶⁾ Wenigstens behauptete das später, am 10. August 1919, der Sozialdemokrat Jakob Weltner in der Wiener Arbeiterzeitung. Siehe weiter unten (Vereinigungsangelegenheit).

ten führte, eine solche beabsichtigt gewesen wäre, so ist sie jedenfalls kläglich zusammengebrochen. Béla Kun und 41 andere Kommunisten wurden gefangengesetzt. Béla Kun selbst war gar nicht optimistisch. Er schrieb am 11. März 1919 im Gefängnis in einer Plattform zur geplanten Vereinigung der Kommunisten und Sozialdemokraten: „Ich kann nichts dafür, ich sehe den Ereignissen mit einer gewissen Ungläubigkeit entgegen; der gegenwärtige Stand der ganzen internationalen Arbeiterbewegung zwingt mich dazu“⁶⁾.

Tatsächlich ist die ungarische Räterepublik auch nicht durch eine Revolution entstanden, sondern die Regierung Károlyi trat freiwillig zurück infolge des Scheiterns ihrer nachgiebigen Außenpolitik gegenüber der Entente. Am 20. März erschien nämlich der Ententebevollmächtigte Vyx bei Károlyi und überreichte eine neue Note, nach der die Demarkationslinie noch weiter nach Ungarn hineingeschoben werden sollte. Nach einer später bestrittenen Äußerung soll er von sich aus hinzugefügt haben, daß diese Linie schon als provisorische Grenze zu betrachten sei. Diese Note schlug wie eine Bombe im Regierungslager ein. Károlyi wollte sich die Entente durch Nachgiebigkeit freundlich stimmen, und nun machte der unerbittliche Clemenceau, vielleicht auf Drängen der Nachbarn, diese Politik unmöglich! Es wurde vereinbart, daß Károlyi zurücktreten und daß Sozialdemokraten und Kommunisten ein rein sozialistisches Kabinett bilden sollten. Daß diese beiden Parteien weitergehen und gleich die Räterepublik ausrufen würden, will Károlyi nicht gewußt haben, wie er später behauptete. Jedoch wurde er von den nationalen Parteien begelirt wie kein zweiter, weil man ihn mit seiner „Unfähigkeit“ für mitschuldig an der Räteperiode hielt.

Oben wurde der Unglaube Béla Kuns an die Revolution erwähnt. Merkwürdigerweise waren die Sozialdemokraten gerade entgegengesetzter Meinung. Sie fühlten, daß ihnen die Arbeiter fortliefen und trachteten deshalb nach der Vereinigung mit den Kommunisten, um so zu retten, was zu retten war. Jakob Weltner, ein Führer der Reformisten, erklärte später, am 10. August 1919 zur Verteidigung des Verschmelzungsaktes in der Wiener Arbeiterzeitung: „... Lage unhaltbar. , , , Die Eisen- und Metallarbeiter, die Druckereiarbeiter und das Gros der Arbeiter mehrerer anderer Gewerkschaften, weiter der größere Teil der bewaffneten Macht hatte sich offen zu den Kommunisten bekannt. Wir hatten also zwischen Bruderkrieg, Vereinigung oder völligem Zurücktreten zu wählen“.

Béla Kun hatte in seiner Plattform einen Vereinigungskongreß zur Klärung für nötig gehalten. Jedoch ging die Sache infolge der erwähnten außenpolitischen Verwicklungen viel schneller und einfacher vor sich, geradezu verblüffend einfach:

Die Sozialdemokraten (Weltner, Kunfi) kamen zu Béla Kun und den anderen ins Gefängnis, Jakob Weltner sprach kurz, mit einigen Worten für die Einigung, „Béla Kun wollte einige prinzipielle Fragen beraten, doch sowohl Kunfi wie Weltner äußerten sich dahin, die Plattform zwar nicht gelesen zu haben, doch zu wissen, daß sie die Quintessenz der Kommunisten enthalte, die SP. akzeptiere sie daher ohne Vorbehalt. Zu einer weiteren Beratung gab es auf diese Weise kein Material mehr, die Anwesenden faßten daher folgenden Beschluß: Die SP. und KP. haben ihre Vereinigung beschlossen“ usw.⁷⁾.

⁶⁾ Béla Szántó. Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn. Berlin 1920. S. 42/43.

⁷⁾ Béla Szántó, S. 53. Offenbar war Szántó selbst einer der gefangenen Kommunisten, oder es lag ihm das Protokoll vor.

So stieg Béla Kun direkt aus dem Gefängnis zur höchsten Macht im Lande empor. Er fühlte selbst, daß diese Vereinigung auf der Grundlage des kommunistischen Programms von seiten alter Reformisten nicht ehrlich sein konnte, er sagte am 22. März 1919 zu den kommunistischen Volkskommissaren: „Es ist zu glatt gegangen. Ich konnte nicht schlafen, die ganze Nacht dachte ich nach, wo wir den Fehler begangen haben. Denn irgendwo muß ein Fehler stecken. Es war zu glatt. Wir kommen schon darauf, nur fürchte ich, zu spät“⁸⁾.

Er kam zu spät darauf. Zehn Jahre nachher, im März 1929, schrieb er in der Kommunistischen Internationale: „Der verhängnisvolle Fehler, der durch die Vereinigung der Kommunisten mit der sozialdemokratischen Partei begangen wurde . . .“⁹⁾.

In diesem Artikel weist Béla Kun auch auf die anderen Fehler der Räterepublik hin: die falsche Behandlung der Bauernfrage und die falsche Außenpolitik.

Beschäftigen wir uns zunächst mit der letzteren. Durch den Gegensatz zu der westlich orientierten Politik Károlyis war die allgemeine Linie der Außenpolitik bereits vorgezeichnet: Widerstand, eventuell mit Waffengewalt, gegen Frankreich oder seine Trabanten Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Stützung auf die russische Armee. Deshalb war das Manifest der Räteregierung auch in sehr kriegerischen Tönen gehalten. Die deutschen und österreichischen Arbeiter wurden aufgefordert, dem Beispiele der ungarischen Arbeiter folgend, mit Paris endgültig zu brechen und sich mit Moskau zu verbünden, „mit den Waffen in der Hand den imperialistischen Eroberern Trotz zu bieten“.

Béla Kun will diesen Optimismus dadurch begründen, daß er schreibt: am 18. März 1919 sei die Nachricht eingetroffen, Tarnopol sei von der Roten Armee eingenommen. Darauf habe man die Räteregierung errichtet. Am 4. April sei jedoch Ungünstiges von der Ostfront gemeldet worden. (Gemeint sind wohl die Kämpfe am Ural gegen Koltschak.) Wenn das Datum des 4. April richtig ist, war es damals wirklich schon zu spät, die Außenpolitik zu revidieren? Nein. Noch Mitte April war ein Unterhändler der Entente in Budapest, und erst als die Verhandlungen nicht zur Einigkeit führten, eröffneten die Rumänen am 20. April den Angriff. Es gibt also keine Entschuldigung: trotzdem die Rechnung auf die russische Rote Armee eine sehr unsichere war, hat man doch die hartnäckige Außenpolitik fortgesetzt, den Krieg heraufbeschworen und so die Räterepublik vernichtet. Hier liegt auch einer der Fehler, die Béla Kun am 22. März 1919 vergeblich suchte: Einspannung des Proletariats für nationale Ziele der Bourgeoisie, die sie selbst nicht einmal verfechten wollte, weil sie das in der damaligen Lage für aussichtslos hielt.

Im Innern wurde die Räteregierung zunächst mit einer gewissen Hoffnung begrüßt. Die Arbeiter und Bauern erwarteten von ihr die Erfüllung alles dessen, was Károlyi verschleppt hatte, die Bourgeoisie fügte sich unter der Wirkung der Ententeorderungen.

Terror war durchaus nicht nötig. Der bereits zitierte Jászi schreibt in seinem Buche: „Vor allem müssen wir die Tatsache feststellen, daß die Proletarietdiktatur in ihren ersten Wochen bei den breitesten Schichten der Mittelklasse und des Kleinbürgertums geradezu volkstümlich war“ (S. 120).

Trotzdem wurde von Anfang an Terror ausgeübt. Bei den Wahlen zu den Räten am 7. April wurde in Budapest eine gewählte linkskommunistische Liste annulliert, in der Provinz verschiedentlich Bauernlisten. Der

⁸⁾ Béla Szántó.

⁹⁾ Kommunistische Internationale 1929, Heft 13, S. 747.

Volkskommissar Kelen erklärte zu einem solchen Falle: „Wir haben die ganze gewählte Liste sofort verhaften lassen“¹⁰⁾.

Im Gegensatz hierzu behauptete M. Gabor in der Kommunistischen Internationale, „daß auf dem ersten und zugleich letzten Rätekongreß die Mehrzahl der dort gehaltenen Reden so gegenrevolutionär und antisemitisch war, daß es sich als unmöglich erwies, die Sitzungsberichte zu veröffentlichen“¹¹⁾.

Wie dem auch sei, jedenfalls bestand doch die Möglichkeit, die Bauern mehr an die Räteregierung zu binden, indem man ihren Forderungen auf Bodenreform entgegenkam. Gewiß, man wollte nicht das russische Verfahren von 1917, die vollständige Verteilung des Landes der Großgrundbesitzer, anwenden, weil sich in Rußland inzwischen herauszustellen begann, daß diese Methode Nachteile hatte, und weil auch bedeutende Teile der sozialistisch denkenden Landarbeiterschaft dagegen waren. Aber man hätte das Land zum Beispiel Agrargenossenschaften zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung übergeben können, die in jedem Dorfe zu bilden gewesen wären. Statt dessen erklärte man die Latifundien für sozialisiert, d. h. für Staatsbesitz und betraute mit der Leitung in Ermangelung sozialistischer Agronomen oftmals die ehemaligen Gutsbesitzer, Agronomen, Pächter als „Produktionskommissare“. Das gibt L. Magyar (Eugen Varga, der Kommissar für Landwirtschaft?) selbst zu¹²⁾. Die Landarbeiter sagten: „Wir sind zu staatlichen Landarbeitern geworden“¹³⁾. Natürlich waren sie davon nicht entzückt, und die Bauern, die gar nichts erhielten, wurden erbitterte Gegner der Räterepublik. Ein weiterer Erfolg dieser Politik war es, daß das Land keine Lebensmittel mehr in die Städte lieferte. Budapest hungerte. Das stärkte auch nicht gerade die Begeisterung.

Etwas besser sah es in der Industrie aus, obwohl hier der Mangel an Rohstoffen, die Sperrung der Grenzen und die Anspannung der Kriegsproduktion hindernd wirkten. Jedenfalls gelangten hier mehr Arbeiter in leitende Posten und versuchten, die Produktion auf neuer Grundlage aufzubauen. Für Arbeiten auf lange Sicht war die Zeit natürlich zu kurz, so daß man über die Erfolge der kommunistischen Industriearbeit kein Urteil abgeben kann. Das Lohnsystem wurde nicht abgeschafft, aber die Löhne stark erhöht und ausgeglichen. Die Initiative ging zu einem beträchtlichen Teile von der Zentrale in Budapest aus, in kleineren, abgelegenen Orten blieb fast alles beim alten. Richtig durchgedrungen ist die kommunistische Revolution eigentlich nur in Budapest.

Deshalb sah es auch auf dem Gebiete der Finanzpolitik böse aus. Steuern gingen nicht ein, das Geld wurde knapp, man schritt also zu dem einfachen Mittel der Inflation. Nun hatte man aber nicht die technischen Möglichkeiten, um das bisherige „blaue Geld“ herzustellen, weil das in Wien gedruckt wurde. Die Räteregierung gab deshalb eigenes, sogenanntes „weißes Geld“ aus, das jedoch von der Bevölkerung meist nicht für voll angesehen wurde. Deshalb nützten auch die höheren Löhne den Arbeitern nicht viel, da sie in Rätegeld ausgezahlt wurden.

Die Räteregierung versuchte auch, die Bestände der Banken an Edelmetall und Wertsachen für sich nutzbar zu machen, ließ alle Konten sperren und beschlagnahmte den Inhalt der Safes. Das brachte aber nicht viel ein.

¹⁰⁾ Eugen Szatmari. Das rote Ungarn. Leipzig 1920. S. 149.

¹¹⁾ „Bericht über den Sturz der Räte-macht in Ungarn“. Kommunistische Internationale 1919, Nr. 7/8, S. 240.

¹²⁾ „Die Agrarpolitik der proletarischen Diktatur in Ungarn“. Kommunistische Internationale 1929, Nr. 13, S. 768.

¹³⁾ Ebenda, S. 760.

Alles in allem hat die Räteregierung in den 133 Tagen ihrer Existenz über 6 Milliarden Kronen Defizit gemacht, das größtenteils durch Notenausgabe gedeckt wurde. Davon entfallen allein 3 Milliarden auf die Kosten der Kriegführung¹⁴⁾.

Am besten hat die Räteregierung vielleicht auf dem sozialpolitischen Gebiet abgeschnitten. Die Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt wurde so gehandhabt, daß Arbeiter Bourgeoiswohnungen mit den nötigen Möbeln bekamen, es wurde ein Alkoholverbot eingeführt, die Ehegesetze wurden nach russischem Muster reformiert, die Theater wurden den Arbeitern geöffnet, Presse- und Buchwesen wurden sozialisiert, d. h. von staatlichen Stellen betrieben, um das gegenrevolutionäre Schrifttum auszuschalten.

Diese letztere Maßnahme läßt schon ahnen, daß der streng durchgeführte Zentralismus auch ungünstig wirken mußte. In derselben Weise wirkten die Ernährungslage, die durch den Boykott der Bauern katastrophal wurde, die Geldwirtschaft, der Krieg. Nach etwas über einem Monat Regierungstätigkeit war die Lage schon so, daß Béla Kun zurücktreten wollte (am 2. Mai). Nach drei Monaten Regierungstätigkeit, am 24. Juni, brach in Budapest und auf dem Lande ein gegenrevolutionärer Putsch aus, der jedoch unterdrückt wurde. Bei den Kämpfen auf dem Lande machte sich der junge Tibor Szamuely besonders verhaßt, der mit seiner „Tscheka“ überall herumfuhr, die Aufstände niederschlug und dann die Bauern, recht wahllos, wie es scheint, aufhängen ließ.

Schließlich war der Sturz der Räteregierung unvermeidlich geworden, sie hatte keinen Kredit bei den Volksmassen mehr, nach dem 24. Juni übte sie durch ihre „Rote Wache“ (Polizei) und ihre „Lenin-Buben“ (Tscheka) Terror aus, ließ Geiseln verhaften usw. Sogar die Budapester Eisenarbeiter waren oppositionell geworden. Der Kommunist Gabor sagt in seinem Bericht: „Überall wurde bei den Arbeitern eine gewisse Müdigkeit und Unzufriedenheit mit ihrer Arbeiterregierung bemerkbar“ (S. 245). Jedoch konnte der letzte Stoß nicht von innen kommen — er kam von den Rumänen.

Wie oben erwähnt, griffen diese am 20. April infolge des Scheiterns der Verhandlungen an, besetzten das Gebiet jenseits der Theiß und erzwangen am 2. Mai bei Szolnok den Uebergang. Das war die kritische Stunde, in der Béla Kun schon zurücktreten wollte. Jedoch gelang es durch Zusammenraffen aller Kräfte, die Rumänen wieder hinter die Theiß zurückzuwerfen, wo die Gefechte zum Stillstand kamen. Vom 18. Mai bis Anfang Juni wurden dann die Tschechen geschlagen und aus der Slowakei herausgedrängt. Die Serben und die Franzosen, die in Szegedin standen, rührten sich nicht. Offenbar glaubte man in Budapest, daß nun die Entente den nötigen Respekt vor dem ungarischen Heer habe, man tat auch noch ein übriges, indem man eifrig weiter rüstete, aber man rechnete auf Verständigung und ging deshalb auf die Forderung Clemenceaus vom 13. Juni ein, die Slowakei zu räumen. Man glaubte wohl, nun würden auch die Rumänen hinter die Demarkationslinie zurückgehen, und der Friede wäre möglich.

Aber die Rumänen dachten hieran gar nicht. Sie handelten nach dem Grundsatz: Was wir haben, das haben wir. Die ungarische Rote Armee wurde jedoch durch den Rückzug aus der Slowakei demoralisiert. Es machten sich die Einflüsse der früheren kaiserlichen Offiziere geltend, die man zum Teil hatte behalten müssen.

¹⁴⁾ Karl Huszár. Die Proletariendiktatur in Ungarn. Regensburg 1920. Abschnitt „Die Finanzangelegenheiten des Sowjets“ von M. Farago.

Die Lage wurde verzweifelt. Man hatte nur die Wahl, entweder die kriegsmüden Truppen zu demobilisieren — dann hätte man sich in die Hand der Ententetruppen gegeben wie Károlyi. Angesichts des Schweigens Clemenceaus über Friedensbedingungen war das sehr unsicher. Andererseits blieb nur der Angriff. Das war ein Vabanque-Spiel, wie man wußte. Trotzdem entschied man sich dafür. Am 20. Juli begann der Angriff bei Szolnok an der Theiß. Die überraschten Rumänen wichen zunächst zurück, sammelten sich jedoch schnell und zersprengten die ganze Rote Armee in wenigen Tagen. Alles strömte nach Budapest zurück. Der Kommunist Szántó behauptet, zur Panik habe gar kein Grund vorgelegen, da die Rote Armee noch am 1. August Szolnok wiedergewonnen habe. Kein anderer Beobachter berichtet etwas davon, ja der Kommunist Gabor spricht in seinem Bericht in der Kommunistischen Internationale sogar von vollständiger Auflösung der Roten Armee.

Jedenfalls war die Panik da. Im sogenannten „Regierenden Rat“ verlangten die sozialdemokratischen Mitglieder, die schon in den letzten Monaten unterirdisch gewühlt hatten, am 31. Juli den Rücktritt der Räteregierung. Es blieb Béla Kun nichts anderes übrig, als nachzugeben. Er hielt noch eine Rede, bei der er Tränen vergossen haben soll über den weißen Terror, den er kommen sah und der ja im furchtbarsten Maße Tatsache wurde. Dann setzte er sich mit seinen Freunden in einen Sonderzug und fuhr nach Oesterreich, wo alle interniert wurden. Tibor Szamuely ließ sich von einem Schmuggler über die österreichische Grenze bringen, wurde jedoch in Oesterreich erkannt und erschossen.

Die Regierung übernahm ein Sozialdemokrat Peidl, der sofort die Sozialisierung aufhob und Frieden schließen wollte. Die Roten Truppen wurden von den organisierten Arbeitern Budapests entwaffnet, ebenso die „Lenin-Buben“. Am 3. bis 4. August besetzten die Rumänen Budapest. Bezeichnenderweise forderten sie die sofortige Einstampfung oder Verbrennung aller kommunistischen Drucksachen. Es wurden auch 2000 dz verbrannt¹⁵⁾.

Bereits am 6. August wurde die Regierung Peidl durch Handstreich eines Abenteurers Stefan Friedrich mit 300 Polizisten und Offizieren abgesetzt. Zur selben Zeit drangen die Banden der sogenannten National-Armee unter Horthy aus Szegedin, wo sie sich unter dem Schutze der Ententetruppen gebildet hatten, nach dem freien Teile Ungarns vor. Der weiße Terror begann. Er kostete im Laufe der Jahre 1919 bis 1921 ungefähr 4—6000 Menschen das Leben¹⁶⁾. Der Räterediktatur konnten sogar von den weißen Gerichten nicht mehr wie 400 Opfer in die Schuhe geschoben werden, einschließlich der im offenen Kampfe Gefallenen, einschließlich von unpolitischen Verbrechen. Das ist eben der Gegensatz zwischen einem Regime zivilisierter Studenten, Offiziere, Fabrikanten usw. und einem Regime ungebildeter Arbeiter.

Die ungarische Tragödie zeigt eine große Entschlossenheit und Aufopferung der Arbeiter, denen jedoch infolge der schwierigen äußeren Umstände und der (inzwischen eingestandenen) Fehler der kommunistischen Führung kein Erfolg beschieden war. Hätten die deutschen Arbeiter 1918 nur die Hälfte der Tatkraft aufgebracht, so sähe es heute in Europa vielleicht anders aus, denn was in dem kleinen, isolierten, agrarischen Ungarn nicht möglich war, wäre in dem großen, industriellen Deutschland sicher möglich gewesen: die Behauptung der Räte-Revolution.

H. W. Gerhard.

¹⁵⁾ Huszár, S. 92.

¹⁶⁾ Josef Pogány. Der weiße Terror in Ungarn. Wien 1920.

Die Zerstörung von Kronstadt

Vor zehn Jahren erlegte Léo Trotzki über 15 000 revolutionäre Arbeiter und Matrosen in Kronstadt, weil sie, die den entscheidenden Vorkampf der Revolution von 1905, der Februarrevolution von 1917 und der Oktoberrevolution geführt hatten, sich gegen die Verfälschung des Grundsatzes „Alle Macht den Räten“, gegen die Parteidiktatur der Bolschewiken aufzulehnen wagten. Trotzki existiert nicht mehr für die Staats- und Parteimacht, die er geschaffen hat. An seiner Stelle sitzt der Stalinist Woroschilow, dessen geistige Produktivität der Welt nur durch das berüchtigte Wort über den Mann bekannt geworden ist, ohne den sein Posten garnicht vorhanden wäre: „Wir haben Trotzki so verschickt, daß wir selber, wenn er stürbe, das erst nach Wochen erfahren würden.“ Der gemütvollste Heereschef ist kürzlich 50 Jahre alt geworden. Die von Moskau informierte bürgerliche Presse berichtet, daß ihm zu Ehren Kronstadt den Namen „Woroschilo-Festung“ erhalten soll. Will man damit das Kronstadt, das so peinlich mit dem Namen Trotzki verbunden ist, ebenso in Vergessenheit bringen, wie man den Schöpfer der Armee Woroschilows aus den Geschichtsbüchern gestrichen hat? Oder will man das Kronstadt der Erinnerung entziehen, dem die Getöteten von 1921 den Glanz unvergänglicher revolutionärer Kämpfe verliehen hatten? Wo ist Kronstadt? wird man in Zukunft fragen und die Antwort erhalten: Gibt es nicht; wo es stand, ist jetzt die Woroschilow-Festung. — So, so — aber wer war Woroschilow? wird das künftige Geschlecht weiter fragen. — Wie, du kennst nicht den großen Heerführer Woroschilow, den ruhmreichen Nachfolger Frunes, dessen Name eingegraben ist in die Herzen aller Revolutionssoldaten der Roten Armee? — Aber welche Taten hat er denn vollbracht, welche Schlachten geschlagen, zu welchen Siegen die Revolutionsarmee geführt? — Wie meinst du das? — Nun, ihr nennt ihn doch einen großen ruhmreichen Herrführer? — Ja, dazu ist er ernannt worden!

Strafvollzug

Zwei neue Veröffentlichungen liegen vor, die den Strafvollzug in den deutschen Gefangenenanstalten zum Gegenstand haben, ein umfangreiches, anspruchsvoll ausgestattetes Buch und eine als Sonderdruck eines Zeitschriftenbeitrags zusammengeheftete Broschüre. Das Buch ist betitelt: „Der Mitteldeutsche Bandenführer. Mein Leben hinter Kerkermauern“, es ist erschienen als fünfter Band der Asy-Bücher im Asy-Verlag, Berlin 1930, und sein Verfasser heißt Karl Plättner. Die kleine Schrift umfaßt die über drei Hefte der Zeitschrift „Die Justiz“ verteilte Studie von E. J. Gumpel „Strafvollzugsstatistik“. Die Plättnersche Arbeit ist als Propagandawerk gegen die Klassenjustiz gedacht, die Gumbelsche als wissenschaftliche Untersuchung zur Information für Fachleute; aus der ersten ist die weinerliche Selbstbespiegelung eines neurasthenischen Haftleidenden geworden, aus der zweiten eine aufwühlende und erschütternde Anklage gegen ein niederträchtiges System.

Es wäre mir um des Verfassers und um des guten proletarischen Verlages willen lieber gewesen, das neue Buch Plättners wäre nicht erschienen. Da es aber vorliegt und grade wegen des Autornamens und des Ansehens des Verlages bei Arbeitern und Bürgern als ungetrübte Quelle

des Aufschlusses über die wirklichen Methoden der Strafvollstreckung in Deutschland Beachtung finden könnte, darf keine Rücksicht geübt werden, muß mit aller Schärfe und Klarheit ausgesprochen werden, daß dieses Werk eine außerordentlich unerfreuliche Bereicherung der schon vorhandenen Gefängnisliteratur ist. Der Haupttitel ist einfach irreführend. Von dem Bandenführer im Mitteldeutschen Aufstand Karl Plättner ist in dem ganzen Buche nicht die Rede, sondern ausschließlich von dem zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilten Strafgefangenen Karl Plättner, der sich seiner revolutionären Taten in all den Jahren seiner Einkerkierung nur erinnert zu haben scheint, wenn er darauf sein Recht auf Bevorzugung in der Behandlung stützen zu können glaubte. Den weitaus größten Teil des Berichtes füllt der Kampf um Vergünstigungen aus, und man legt das Buch aus der Hand mit der peinlichen Empfindung, man habe die Geschichte der Extrawürste gelesen, die in den verschiedenen Anstalten von Karl Plättner begehrt und für ihn gebraten wurden. Ganz selten nur gedenkt er bei seinen Sonderansprüchen der Mitgefangenen, der Tatsache, daß hunderte armer Menschen in seiner unmittelbaren Umgebung lebten, die ohne den Bruchteil der Vorrechte auskommen mußten, deren sich Plättner schon erfreute, wenn er anfang, die Bewilligung eines neuen zu betreiben, — wobei seine Haltung gegenüber den Direktoren keineswegs immer manhaft und kämpferisch war. Viel mehr als durch entsagungsvolle Widerspenstigkeit, mit der viele seiner Leidensgenossen oft in hartem Ringen ihre Forderungen gegen den üblen Willen der Behörden durchgesetzt haben, erreichte Plättner durch sein ständiges, in langgezogenen Klagelauten vorgeführtes Martyrium, mit dem er den Anstaltsleitern auf die Nerven ging. Beschämend wirkt oft die Erzählung von der Hartnäckigkeit, mit der Plättner immer wieder andre Vorteile vor den Mitgefangenen voraus von der Verwaltung zu erlangen suchte, und die Unberührtheit von den Bedenken kopfschüttelnder Beamten, wenn sie ihm die Ungerechtigkeit zu Gemüte führten, die in seiner Bevorzugung liegen würde. Er kämpft Einwendungen stets nieder und erträgt alle Vergünstigungen ohne eine Spur leidenden Solidaritätsbewußtseins, ohne eine Anwendung von schlechtem Gewissen, daß die Justizopfer, die seine Zellennachbarn sind, eine garnicht zu ermessende Häufung widerlichster Qualen erdulden müssen, von denen er völlig verschont bleibt. Er weiß anscheinend nicht einmal, wie Zuchthäusler dran sind, die ihr Schicksal nicht in politischen, sondern nur in sozialen Zusammenhängen getroffen hat; hinter denen keine so selbstvergessene, der Mission der treuen Sorge für den einen Gefangenen völlig hingeebene Kameradin steht, wie die ausgezeichnete und seltene Frau, die Plättners Wohl außerhalb des Kerkers betreute; um die sich keine Abgeordneten und Freunde kümmern, die Plättners wegen dauernd in Bewegung waren, und die zu unbeholfen, zu scheu oder zu stolz sind, mit ihren Bedrängnissen und Querelen unausgesetzt allen Anstaltsbeamten, Justizinstanzen und Regierungsorganen in den Ohren zu liegen. Liest man, womit der ehemalige Bandenführer und Organisator des Roten Schreckens das Mitleid für sein Zuchthausmartyrium zu wecken sucht, dann könnte man wirklich meinen, die Mängel des Strafvollzugs in Deutschland beständen darin, daß seine humane Handhabung noch nicht von allen Direktionen zur letztmöglichen Steigerung der Humanität vervollkommen ist. Plättner bemüht sich um eine größere Zelle, bekommt sie, sie wird hergerichtet, was — schrecklich! — mehrere Tage Verzögerung für den Einzug bedeutet. Plättner mißfällt die Kalkfarbe der Wände, erhält die Erlaubnis, sie farbig zu streichen und bekommt dann die Schablonen und die Farbentönung nicht, die er haben will; als er dann nach zwei Tagen doch durchsetzt, daß man ihm noch weiter entgegenkommt, hat er

zwar die Zelle in einen Zustand gebracht, „der unter den gegebenen Umständen überhaupt möglich war“, doch „widerspiegelte sich darin nicht mein Geschmack, längst nicht meine Zufriedenheit“. Oder: in Sachsen waren Wahlen. Plättner — als „Bandenführer“ wütender Antiparlamentarier — ist derart erpicht darauf, den Ausgang zu erfahren, daß er die Zeitung, die er mit der regelmäßigen Post erhält, ausnahmsweise schon morgens haben möchte. Er bekommt sie nachmittags, „also eine ganze Stunde vorher als üblich“, stellt er ironisch fest. Wirkt das alles nicht fast wie eine Empfehlung der Strafvollzugsmethoden? Wer die Greuel der Kerkerhaft selber kennt, empört sich über diese Schilderung seelischer Nöte, die ihre Ursache zumeist mehr in der Empfindlichkeit eines der Haft-psychose besonders zugänglichen Egozentristen als in der Beleidigung des sozialen Gewissens haben. Trotzdem sind auch diese Aufzeichnungen in gewisser Weise Memoiren aus einem Totenhouse, da sie zeigen, wie die ekelhafte Atmosphäre der Freiheitsberaubung auch einem Menschen zusetzt, der rücksichtsvoller behandelt wird als irgendein anderer und für den die Behörde hunderterlei Bevorzugungen bewilligt, da sie ferner den kritischen Leser, der hinter das Lamento des nur von seinem persönlichen Ergehen bewegten Verfassers zu schauen versteht, das Inferno der nummerierten Schattengestalten im Hintergrunde deutlicher ahnen lassen, als Plättner selbst es bemerkt hat. So wird wenigstens nicht befürchtet werden müssen, daß die Justizbehörden das Plättnersche Buch als Rechtfertigung des deutschen Strafvollzugs mit Erfolg heranziehen können. Daß es aber als hochwertiges Literaturzeugnis in die Schullesebücher der Republik eingehen sollte, das verhindert das schauerliche Deutsch und die Häufung gebildet klingender Fremdwörter, die oft genug nicht einmal richtig angewendet werden. Mit seinem „Eros im Zuchthaus“ hat Karl Plättner seine schriftstellerische Aufgabe erfüllt. Jetzt sollte er seine publizistische Wirksamkeit ebenso zur Vergangenheit legen wie er von seiner revolutionären Laufbahn abgedankt hat.

Gumpel ist Mathematikprofessor. An die Tatsachen der Gegenwart geht er mit der nüchternen Unvoreingenommenheit des Rechners heran. Er weiß mit Zahlen umzugehen, stellt sie in übersichtliche Ordnung, richtet sie in Tabellen aus und zieht dann seine, jeder Kontrolle gewachsenen, jeden Nörgler entwaffnenden Schlüsse. Seine Schriften „Vier Jahre Mord“, „Verschwörer“, „Verräter verfallen der Feme“ sind kühle Additionen und tabellarische Vergleichen über den gegenrevolutionären Terror in der deutschen Republik und das Verhalten der Strafjustiz bei der Beurteilung nationalistischer beziehungsweise proletarisch-revolutionärer politischer Straftaten. Die Wärme erhalten diese Berechnungen alle erst aus den Ergebnissen, und diese Wärme ist so stark, daß sie das Blut leidenschaftsbegabter Menschen zum Sieden bringen kann. Ein Statistiker, der sein Handwerk an der Betrachtung der deutschen republikanischen Justiz übt: die Justiz hat nicht zu lachen. In der vorliegenden Studie wirft Gumbel das Licht seiner Prüfungsmethode in die Geheimkammern der Strafvollstreckung. Was sich hinter den hohen Gefängnismauern abspielt, wird von den Amtsstellen als die bessernde und tröstende Erziehung gestrauchelter Mitmenschen geschildert, von den gestrauchelten Mitmenschen, die der Besserung und Tröstung entronnen sind, als die grausame und phantasielose Niedertrampelnung jeder Menschenwürde. Gumbel ist skeptisch gegen die Aussagen interessierter und somit häufig befangener Zeugen. Er hält es mit dem Grundsatz: laßt Zahlen sprechen! und steigt ein in das für den Laien völlig unwegsame Labyrinth der preußischen Gefangenensstatistik. Da genügen ihm die Daten der Jahre 1926 und 1927 mit einigen wenigen Angaben des folgenden Jahres aus andern Quellen und ein paar Vergleichun-

gen mit den Kriminalstatistik des Reiches, um uns einen Ariadnefaden in die Hand zu geben, an dem wir uns in dem an sich höchst verworrenen, vielfach aber aus leicht verständlichen Gründen künstlich noch undurchdringlicher gemachten Irrgarten von Ziffern und Tafeln zurechtfinden. Allmählich lesen wir die öden Registerseiten mit leidenschaftlicher Anteilnahme, mit Empörung und Entsetzen.

Ein paar Beispiele: „Im ganzen Reich wurden 1927 einschließlich der Untersuchungsgefängnisse 1600 Anstalten benutzt.“ Eintausend sechshundert Menschenkäfigbauten! „Ihre Belegung betrug 74 000 Personen am 1. Juli 1926 und 69 176 am 1. Januar 1927.“ Im Deutschen Reich sind im Jahre 1926 76 000 Jahre . . . in Gefängnissen und Zuchthäusern zugebracht worden! „Im gleichen Jahre sind angenähert 606 000 Menschen durch deutsche Gefängnisse und Zuchthäuser gewandert! Wieviele Gefangene davon in Einzelhaft waren, verschweigt die amtliche Statistik, immerhin kann Gumbel ausrechnen, daß 1926 etwa 164 Jahre in Arrest zugebracht wurden. Ueber Arbeitstage erhält man Klarheit, die Art der geleisteten Arbeit wird nicht verraten und der Statistiker kann nur darauf hinweisen, daß das Gros der Gefangenenarbeit aus „vollkommen geisttötenden, zum Teil auch gesundheitsschädlichen Beschäftigungen“ besteht. In den sehr ausführlichen Berechnungen über die Untersuchungshaft wird festgestellt, daß noch heute acht Prozent aller in Untersuchungshaft genommenen Personen schuldlos sind, und sie verbringen etwa acht Prozent der überhaupt in Untersuchungshaft verbrachten Zeit. Die Zahl der 1925 im Deutschen Reich zu Unrecht inhaftierten Personen gibt Gumbel mit etwa 16 400 an. „In einem Jahr sind im Deutschen Reich 17 200 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht worden, wovon 1730 Jahre unschuldig abgessen wurden.“ Dabei sind die polizeilichen Festnahmen, die Fälle, in denen die Untersuchung länger dauerte als die später zuerkannte Strafe und bei Verhängungen von Geldstrafen die erlittene Untersuchungshaft nicht mitgerechnet. Aus den Angaben über die hygienischen Verhältnisse erfahren wir, daß im Gegensatz zu den Vorschriften in, Preußen 1489, im Reich 2445 unbeheizbare Schlaf- und Hafräume, dazu 10 396 bzw. 13 604 Räume ohne elektrische oder Gasbeleuchtung existieren, „so sind 4,6 Prozent aller Gefangenen im Winter zum Frieren und 32 Prozent zum Aufenthalt in unbeleuchteten Zellen verurteilt“. Entsetzlich sind die Ziffern über Selbstmorde, und Selbstmordversuche, toll die Angaben über Disziplinarstrafen. „In den Zuchthäusern ist im Jahre 1926 mindestens das Sechszwanzigfache an Zeit im verschärften Arrest zugebracht worden als im leichten.“ Die berühmten „Freiheiten“, die durch das Strafsystem den Aufgerückten zuteil werden, sehen so aus, daß nur 2,9 Prozent aller Gefangenen diese Vergünstigungen genießen. Pekuniär verdienen die Anstalten an jedem Gefangenen täglich 66,4 Pfennig, wofür 16,4 Pfennig „Belohnung“ gegeben werden. Statistische Angaben darüber, welche Vorteile die privaten Unternehmer aus der Gefangenenarbeit ziehen, sind nicht vorhanden. „Es ist zu vermuten“, sagt Gumbel darüber, „daß diese in der Öffentlichkeit sehr wenig beachteten Beziehungen mit zu den entscheidenden Ursachen des heutigen Strafvollzugssystems gehören.“ Der Aberglaube, daß die meisten Gefangenen vor Verbüßung ihrer Strafe aus den Anstalten entlassen werden, verfliegt vor der Rechnung, daß 1926 gerade 4,1 Prozent, 1927 4,5 Prozent aller Gefangenen vorzeitig herauskamen.

Zusammenfassend wird festgestellt, „daß zehnmal mehr Geistliche als Ärzte etatsmäßig angestellt sind und daß die Gesamtzahl der Geistlichen dreimal so groß ist als der Aerzte“. „Das bezeichnendste Licht auf die Zustände in den Anstalten wirft die Tatsache, daß die Selbstmorde trotz ihrer technischen Schwierigkeiten dort häufiger sind als in der freien Be-

völkerung. Die Angaben über das Fehlen der Tuberkulosensterblichkeit sind völlig unglaubwürdig.“ Daß die Statistik behauptet, an Tuberkulose sei in Jahren in den Strafanstalten niemand gestorben, erklärt sich einfach. Wir wissen zum Beispiel, wie es beim Tode Herbert Kobitsch-Meyers war. Er wurde 12 Stunden vor dem Sterben ins Spital geschafft, so brauchte ihn der Statistiker nicht als Tuberkuloseopfer des Zuchthauses zu verzeichnen.

Die Gumbelsche Arbeit liefert ungemein wertvolles Material zur Kenntnis der wahren Zustände im Strafvollzug. Sehr viel Material freilich mußte in seiner Arbeit gänzlich unberücksichtigt bleiben. Die zahllosen Mißhandlungen, die besonders in den Arrestzellen vieler Anstalten immer wieder vorkommen, geschehen stets unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit. Sehr interessant wäre auch eine Vergleichung von Untersuchungshaft, verhängter und verbüßter Strafe nach Vermögen und sozialer Herkunft der Delinquenten, ferner die unterschiedliche Behandlung der Dissidenten im Vergleich zu den Kirchengläubigen. Vollständig zutreffend sind die Sätze, mit denen Gumbel seine ausgezeichnete Studie abschließt: „Der weitverbreitete Glaube an die Existenz eines modernen Strafvollzugs wäre unmöglich, wenn die Strafvollzugsstatistik bekannt wäre. Selbst die radikalsten Kritiker des Strafvollzugs sind an seine Realität nicht entfernt herangekommen. Für kommende Zeiten wird der Strafvollzug der Gegenwart das sein, was für uns die Carolina (die Halsgerichtsordnung Kaiser Karl V.): eine Barbarei.“

Anmerkung

1) Zum vorigen Heft:

Eine längere Vortrags- und Versammlungsreise hinderte den Herausgeber, die technische Herstellung der Februarnummer des FANAL persönlich zu überwachen. So ist ein unschönes Satzbild entstanden und das Heft ist von vielen Druckfehlern entstellt. Die ärgsten den Sinn störenden Fehler mögen richtig gestellt werden. Auf Seite 114 muß das Söhnchen des Menschen dieser Zeit „sein Leben lang mit dem Namen Widukind Schulze durch die Welt laufen“. Der Bruder Sonka nennt sich selbst (auf derselben Seite unten) „Deutscher Dichter Sonka, Judenjunge, Slowakenkind, Kulturbastard“ und mahnt S. 115 in der letzten Zeile des Gedichts: „Armer Bruder, bettel nicht!“ Die Verfasserin des Romans „Die große Kluft“ heißt nicht Fino, sondern Fini Wolf und die Adresse der Fackelstuben (innere Umschlagseite) ist Berlin C 2, Klosterstraße 62. — Es soll nicht wieder vorkommen.

2) Zu diesem Heft:

Die bedeutungsvollen Ausführungen des Gen. Gerhard über die ungarische Räterepublik nehmen soviel Platz in Anspruch, daß wichtige aktuelle Betrachtungen — über die spanische Bewegung, über die Verhaftung des Arztes und Dichters Friedrich Wolf, über die letzten Schandtaten der Reaktion in Deutschland und anderes — leider keine Unterkunft mehr finden konnten. Auf die Beschimpfungen R. Großmanns, deren „sachlicher“ Teil in der Fälschung meiner 1914 veröffentlichten Erklärung besteht, zu antworten, was einige Genossen von mir zu erwarten scheinen, ist der knappe Raum des FANAL daher erst recht zu schade. Die Auseinandersetzung mit dem österreichischen Heimkrieger, die ich gewiß nicht zu scheuen habe, wird ohne Belästigung der FANAL-Leser zur vollen Klärung geführt werden.

E. M.

FANAL

HALBJAHRS-ABONNENTEN!

Mit diesem Heft schließt das erste Halbjahr des V. Jahrgangs ab. Es wird dringend gebeten, das fällige

BEZUGSGELD

umgehend auf

Postscheck E. Mühsam, Berlin, Nr. 82419
einzuzahlen. Zahlkarte liegt bei.

Die Schwierigkeiten, in denen sich FANAL nach wie vor befindet, können nur behoben werden, wenn alle Leser pünktlich und regelmäßig bezahlen und die Arbeit, die der Herausgeber und die Genossen völlig unentgeltlich und unter vielen Opfern leisten, jede Unterstützung bei den Lesern findet. Wer dazu in der Lage ist, wird gebeten, die fällige Abonnementsgebühr freiwillig zu erhöhen!

Genossen! Freunde! helft dem FANAL!

Laßt nicht zu, daß in der Zeit allgemeiner Not der Kampf um die revolutionäre Befreiung der Demagogie autoritärer und staatsbejahender Führerparteien überlassen bleibt!

Sammelt für FANAL! Verbreitet FANAL!

Fordert FANAL an den Bahnhöfen, in den Kiosken, bei den Straßenhändlern an! Schickt uns Adressen Interessierter! Bezieht Eure Bücher durch uns!

RETTET FANAL!

Geschäftsstelle des FANAL
Berlin-Britz, Dörläuchungstr. 48

Anarchistische Vereinigung Berlin

Gruppe Neukölln.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64

12. März Besprechung über Bildung einer aktiven
Arbeitsgemeinschaft, welche sich die Schaffung eines
Arbeits- und Versammlungsraumes und anderes mehr
zur Aufgabe setzt.

19. März Vortrag des Genossen O. Loose über
„Sozial. Erziehung im Hause“.

26. März Vortrag der Kameradin Erna Buchholz über
„Die Ehe, wie sie war, ist und sein sollte“

Achtung!

Anarchistische Vereinigung Weißensee.

(Lokalwechsel! Tagt jetzt jeden Freitag, ab 10.30 Uhr
im Lokal „Zur guten Weiße“, Gürtelstraße 14)

Union Anarchistischer Vereine Groß-Berlins und Umgegend

Zusammenkunft in folgenden Lokalen:

Gruppe Südost: Jeden Donnerstag im Lokal A. Zander, Lausitzerstr. 25

Gruppe Norden: Jeden Freitag im Lokal Berliner Kindl, Dolezel,
Böttgerstr. 4.

Gruppe Osten: Jeden Donnerstag im Lokal Jerrasch, Boxhagenerstr. 24

Gruppe Spandau: Jeden Donnerstag im Lokal „Zum Nordpol“, Lutherstr. 3

Gruppe Lichtenberg: Jeden Freitag im Lokal Kupsch, Tasdorferstr. 4

Gruppe Zentrum: Jeden Mittwoch im Lokal Spiegel, Ackerstraße 1,
Am Koppenplatz.

Anarchistische Jugend, Neukölln. Versammlung jeden Montag, im
Jugendheim, Bergstraße 29.

Fanal in Not!

Mehrbezieher rechnet schnellstens ab!

Bücher und Schriften

von

ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten. — Malik-Verlag, Berlin.

Preis: brosch. 1.60 Mk., geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers. — Verlag Gilde freierheitlicher
Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 1.— Mk., geb. 2.— Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren. — Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 1.80 Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti. — Verlag
Gilde freierheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis brosch. 1.00 Mk., geb. 1.50 Mk.

SAMMLUNG

Auszug aus dem dichterischen Werk 1898 — 1928. —
I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5.50 Mk., geb. 8.00 Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutions-
ereignisse in München. — FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0.90 Mk.

Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!



fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Das russische Rätsel — Das Diktatur-

programm — Kulturfaschismus —

Von welschen Ketten mach uns frei —

Müller vom Parteivorstand — Rot Heil

NR. 7

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 5

BERLIN

APRIL 1931

Helios Gomez:

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern 2.50 Mk.

Die 25 Blätter dieser Mappe, die im Auf-
trage der I. A. A. herausgegeben wurde,
sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst.

Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung der Mappe!

Der Reinertrag fließt restlos den Opfern
der spanischen Reaktion zu.

Kind und Elternhaus

*Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von B. Liber,
New-York*

(Vorzugspreis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 20. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 7

April 1931

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postcheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin - Britz, Dörchlingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Das russische Rätsel

„In Tobolsk, einem Nest hoch im Norden, 300 Kilometer von der Eisenbahn, ohne Fabriken, sah ich wenig von der Revolution, bis ich eines Tages in eine Versammlung von Lehrern, Eltern und Kindern kam. Die Lehrer und Eltern plapperten revolutionäres Kauderwelsch nach, die Kinder hatten revolutionäre Gedanken. Ein Dienstmädchen, frühere Halbanalphabetin, las das Gesetzbuch, um sich für das Amt des öffentlichen Anklägers vorzubereiten. Und es sammelten sich um sie die Weiber, um über Recht und Unrecht ernst zu beraten. Tief hat der Pflug der Revolution das Land umgeackert, sogar in den entferntesten, faulsten Nestern hat er Furchen gezogen.“ Diese Sätze, datiert „Moskau im August 1930,“ stehen in einem Aufsatz von Karl Radek über „Boris Pilnjaks Stellung in der sowjetrussischen Literatur“, und dieser Aufsatz ist dem Roman von Boris Pilnjak „Die Wolga fällt ins Kaspische Meer“ als Einleitung vorangestellt (Deutsch von Erwin Honig, Neuer Deutscher Verlag 1930). Der Grund, warum Radek das letzte Erzeugnis eines hochbegabten russischen Schriftstellers sozusagen mit einem Passierschein versehen zu sollen glaubte; der Inhalt des Passierscheines mit seinen kulturpsychologischen, literaturkritischen, revolutionärpolitischen, soziologischen und historischen Kennzeichnungen; die hierbei gleichzeitig sichtbar werdenden Persönlichkeiten Radeks und Pilnjaks und endlich der mit so reichhaltig instrumentierter Begleitmusik in die Welt gesandte Roman selber — alles das fügt sich zu einem außerordentlich lehrreichen Beitrag zur Beurteilung der wahren Natur der von Geheimnissen und Widersprüchen umschleierten russischen Sphinx zusammen.

Wann Karl Radek in Tobolsk war und wie er hinkam, sagt er nicht. Die Provinz Tobolsk liegt, wie der Handatlas ausweist, sich östlich des Uralgebirges vom 58. Breitengrade bis in die Eiszone erstreckend, in Sibirien. Es ist die Gegend, in die die Bolschewiken, hierin ihren Vorgängern aus dem Geschlechte der Romanows nacheifernd, gern mißliebige Kritiker ihres Waltens, zumal proletarisch-revolutionärer Gesinnung, zur Abkühlung verschicken. Mit starkem Gedächtnis ausgerüstete Zeitgenossen, die ihre Erinnerung über einen Zeitraum von drei Jahren zurück zu lenken vermögen, wissen noch, daß auch Radek bei der großen Zehnjahr-Jubiläums-Zerschmetterung der trotzkistischen linken Abweichlinge in die sibirischen Einöden gejagt wurde. Jetzt also ist er ausgekühlt genug, um mit voller Sicherheit russischen Dichtern sagen zu können, ob und inwiefern ihre Kunst den Prozeß der tiefen Umwälzung, der die Massen ergriffen hat, und der es „der Sowjetregierung ermöglicht, diese organisierenden Kräfte aus der Arbeitermasse herauszuholen“, „lebendig zu schildern“ verstanden hat. Denn nur ein solcher Künstler „kann beanspruchen, daß er den Prozeß des Aufbaus des Sozialismus geschildert hat.“ Von Radek ist anzunehmen, daß er „diese in den Massen vor sich gehenden Prozesse fühlt und versteht“, daß es ihm nicht so geht wie dem armen Pilnajak, der „zu verstehen vorgibt, was er nicht versteht.“ Dies scheint Radeks Schicksal bis 1927 gewesen zu sein; sonst hätte er damals kaum den Anlaß geben können, ihn wegen falscher Deutung des schöpferischen Prozesses als Renegaten und Konterrevolutionär zu verbannen. Jetzt versteht er erfreulicherweise alles ganz richtig, wie Stalin es haben will und belehrt junge Dichter, wann und wodurch der Inhalt ihrer Werke revolutionär oder konterrevolutionär ist.

Das Tobolsker Dienstmädchen — Dienstmädchen? In dem entfernten, faulen Nest hoch im Norden? Bei wem? Gibt es in dem 300 Kilometer von der Bahn entfernten, fabriklosen sibirischen Verbannungsort Nepleute? Wer leistet sich dort im Zeichen des sozialistischen Aufbaus noch Dienstmädchen? — — die frühere Halbanalphabetin im Tobolsker Norden also verwendet ihre junge Fähigkeit des Lesens zum Studium des Gesetzbuches. Sie will es nicht kennen lernen, um zu erfahren, was sie tun darf und was ihr verboten ist, nicht um zu vergleichen, ob ihr Wandel, der ihrer Umgebung den Anforderungen entspricht, die die großen Führer des Bolschewismus in Moskau, maßgeblich für alle Bürger der Sowjetunion, in strenge Gebote geordnet zum Strafkodex gefügt

haben; auch nicht, um zu prüfen, ob denn die Verbote und Strafdrohungen der Obrigkeit ihrem eigenen Rechtsgefühl entsprechen und vor ihrem einfachen proletarischen Urteil als Ausdruck revolutionären und sozialistischen Geistes Bestätigung finden können; — nein, unser Tobolsker Dienstmädchen liest das Gesetzbuch, „um sich für das Amt des öffentlichen Anklägers vorzubereiten.“ Es ist schwer zu entscheiden, ob der Fall von Radek vorgezogen wird, um an einem besonders typischen Beispiel darzutun, wohin der Bildungsdrang der eben erst zu revolutionärem Denken erwachten Kleinstadtbevölkerung allgemein strebt, oder ob er mit dem etwas verkrampften Zynismus, der Radeks Natur nichts fern liegt, einen Abglanz seiner eigenen Empfindungen als politischer Sünder gegen eben dies Gesetzbuch, in welcher Eigenschaft er doch Zeuge der Szene wurde, auf aufmerksame Leser seines Vorworts strahlen lassen wollte. Jedenfalls sehen wir das, von den übrigen um das Wissen von Recht und Unrecht bemühten „Weibern“ umringte Mädchen beflissen, an Hand eines Lehrbuches die Gabe des Anklagens zu erwerben. Nicht ihrem natürlichem Rechtsbewußtsein vertraut sie dazu, sondern nur der Autorität des gedruckten Wortes; nicht Verständnis will sie erlernen für Schwächen und Verfehlungen der Mitmenschen; nicht nach Verteidigung der Entgleisten, der Bedrohten, der Opfer trauriger Lebensumstände steht ihr Sinn, sondern nach Anklage. Sie will es sein, die der Öffentlichkeit zuruft; seht, hier steht ein Schuldiger; richtet ihn!, stümpft ihn!, vernichtet ihn! Macht will sie ausüben, Furcht verbreiten, Autorität sein!

Sind das die Furchen, die der Pflug der Revolution hinterlassen hat, als er das Land bis in die entlegensten Gegenden umackerte? Wenn wir nicht glauben mögen, daß Radeks Tobolsker Dienstmädchen wirklich schon als Repräsentantin des Geistes anzusehen sei, der von dem herrlichen Aufschwung der russischen Revolution übrig geblieben ist, so kommt uns dieser Zweifel nirgends aus den Handlungen der herrschenden Gewalten, nirgends aus ihren Manifesten, nirgends aus den Lobpreisungen, die ihnen von abhängigen Parteigängern unablässig gesungen werden. Von ihnen haben wir zuviel widerlegbare Lügen gehört, sie muten uns zuviel kritiklose Bewunderung für alles zu, was nur irgend auf dem sechsten Teil der Erdoberfläche geschieht, den die Sowjetunion umspannt, sie drücken uns mit zuviel Eifer das Weihrauchfaß in die Hand, verlangen mit zuviel beifallsüchtiger Gier, daß wir es ihnen zum Ruhme schwenken sollen, und wenden

zuviel hysterischen Haß auf gegen alle Skeptiker und Mißvergnügten, als daß uns nicht allmählich alle ihre Beteuerungen und Anpreisungen als aufdringliche Marktschreierei verdächtig sein sollten, als daß wir nicht geneigt sein sollten, eher ihnen zu mißtrauen als den Stimmen der zahllosen Enttäuschten, die die bolschewistischen Staatslenker beschuldigen, sie und ihre seelenlose Bürokratie hätten das hohe Gut der Oktoberrevolution schon soweit vertan, daß man es als ruiniert und verloren beweinen müsse. Wenn wir noch nicht verzagen an der russischen Revolution, wenn wir den Geist von 1917 trotz allem lebendig sehn, uns immer noch, immer wieder überzeugen lassen, daß Leben und Wachstum ist und sozialistisches Wollen und freudige Initiative bei den Bauern und Arbeitern des gewaltigen Landes, so kommt uns dieser Glaube und diese Bereitschaft zur Anerkennung durchaus nur von den Zeugnissen solcher Menschen, die, von den beamteten, beeinflussen und eingeschüchterten Lobrednern beargwöhnt und verdächtig, ohne offiziellen Auftrag und mit offenen Augen urteilen und weder für das Peinliche und Unvollkommene noch für das Gute und rein Erhaltene blind sind. Zu ihnen gehört Boris Pilnjak.

„Die Wolga fällt ins Kaspische Meer“ ist eine Prosadichtung von hohem künstlerischen Rang. Ein gewaltiges technisches Werk, die Errichtung eines riesigen Staudammes im Rahmen des Fünfjahresplans, durch den zwei Flüsse in neue Betten umgeleitet werden, Oka und Moskwa, um Moskaus Hafen den Ozeandampfern schiffbar zu machen, bestimmt den Geschehenskreis des Romans; Symbol einer tiefen Idee, einer revolutionären Idee, die mehr einschließt als nur ökonomische Berechnungen. Menschen steigen auf, Arbeiter, Bauern, Ingenieure, Kleinbürger, Schieber, Verschwörer, Frauen, Kinder, revolutionär Begeisterte und opportunistische Streber, vom heiligem Schaffenseifer erfüllte Geister und gewissenlose Geldraffer. Schicksale rollen ab, die weiter greifen als die materialistische Programmatik vorschreibt; denn Pilnjak versteht es, Menschen von innen zu sehn, und zeigt sie in seelischen Konflikten, in privaten Sorgen, in Liebesverstrickungen und sexuellen Wirrnissen. So entsteht, um die Vorgänge eines einzigen Tages in dramatischer Wucht geschichtet, ein Buch, das in seiner psychologischen Untermalung an die besten Traditionen der russischen Romandichtung anschließt, trotzdem aber Gegenwartsroman besten Stils, realistisch zugleich und zukunftsgläubig ist und ideologisch weit über die marxistische Schulweisheit hinaus industriellen und maschinellen Ent-

wicklungen und Plänen die Deutung weitschauender, den Sozialismus seelisch erfassender Größe gibt. Heißer Glaube an die Revolution teilt sich dem Leser mit, und der Eindruck, der fanatische Schaffensdrang des alten Wissenschaftlers, der sich die Aufgabe stellt, der Wolga eine neue Mündung ins Kaspische Meer zu schaffen, um durch künstliche Bewässerung des ständig weiter nach Westen drängenden Wüstengebietes Katastrophen der Dürre, wie die von 1921, zu verhindern; der Frauenstreik als Solidaritätskundgebung für die durch Selbstmord geendete Geschlechtsgenossin gegen die Mißachtung der weiblichen Würde durch die Intellektuellen; der ernste und gründliche Wille der Arbeiter, sich in Wissenschaftskursen zur Beherrschung ihrer Aufgaben als Träger der gesellschaftlichen Produktion heranzubilden, und nach eigenem Gutachten die Vorschläge der Ingenieure selbständig zu prüfen, zu billigen, zu verbessern oder zu verwerfen, — der Eindruck, dies alles ist wahr, ist nach dem wirklichen Leben erzählt, ist nicht auf Bestellung und in ruhmrediger Gefälligkeit geschrieben worden, ist umso untrüglicher, als Pilnjak sich keineswegs bemüht, die von trüben Nebeln noch reichlich beeinträchtigte Morgenröte der Freiheit mit bengalischem Leuchtblendwerk verstärkt scheinen zu lassen. Ihm ist die Verquickung des sozialen Geschehens mit erotischen Intrigen und Verwicklungen oder mit den persönlichen Erlebnissen der unterschiedlichen Charaktere für seine dichterischen Absichten wichtiger als alle propagandistische Schönfärberei. Wenn dennoch die große Liebe des Dichters zu diesem sozialen Geschehen das Buch hell überstrahlt, so spricht das für das Geschehen und zugleich für den Dichter, dem in diesem Roman eine Figur gelungen ist, die alle Liebe zum revolutionären Rußland erklärt und alles Leid um die Mißhandlung des revolutionären Rußlands durch seine Machthaber und Bürokraten verkörpert: das ist der besoffene Vagabund Iwan Oshogow, der rein gebliebene Kommunist, einstmals, 1919, Arbeiterrat, der halbirr und doch mit den überwachen Augen des Hüters erhabener Vermächtnisse, als leibhaftiges Gewissen der Revolution das Stauwerk vor konterrevolutionärem Anschlag rettet und dann von den ersten Wogen des entschleuften neuen Stromes verschlungen wird.

Karl Radek teilt uns mit, daß Pilnjak wegen seiner Novelle „Mahagoni“, von der übrigens wesentliche Teile in ein Kapitel des gegenwärtigen Romans übernommen seien,

„öffentlich gestäupft“ wurde. „Pilnjak schildert in „Mahagoni“ ein Provinznest, ohne Industrie, ohne Arbeiter. Die paar einheimischen Kommunisten, die auf den Ruf des Oktobers aufgestanden sind, am Bürgerkriege teilgenommen haben, haben dann den Uebergang vom Bürgerkrieg zum friedlichen Aufbau nicht mitmachen können, denn die Schwierigkeiten des Aufbaus waren in den Provinznestern am größten. Umgeben von Kleinbürgertum verkamen sie, deklassierten sich, leben in Träumen von der kommunistischen Gesellschaft und im Suff. Die zugewanderten Beamten haben zum Teil Parteibillets, aber es sind Menschen, die nicht für den Kommunismus, sondern vom Kommunismus leben. Intrige, Cliquenwirtschaft, Mangel an Initiative, Unkultur.“ Bestreitet nun Radek, daß es sowas gibt? Im Gegenteil: „.... so etwas gibt es in Rußland nicht bloß an einem Orte. Die Parteipresse schildert nicht nur solche, sondern zehnmal schlechtere Verhältnisse. Sie gibt doch Bilder von Korruption, Amtsmißbrauch, Veruntreuungen. Warum also soviel Entrüstung über die Beschreibung Pilnjaks? Weil er nichts anderes sah.“ An einer andern Stelle sagt Radek: „.... Nun, unsere Presse bringt tagtäglich Enthüllungen über Korruption, Bürokratie, Verfälschung der Sowjetverfassung, Entartung von Sowjetinstitutionen, daß die weißgardistische und bürgerliche Welt-presse daran ihre helle Freude haben. Wir haben keine ‚Pressefreiheit‘, aber in keinem Lande der Welt ist es denkbar, daß die Presse der herrschenden Partei auch nur ein Drittel der Enthüllungen über Mißstände im eigenen Lande bringe, die die Sowjetpresse bringt.“

Halten wir uns nicht bei der Erwiderung auf, daß es ja außer in den faschistischen Ländern und Rußland sonst überall noch eine andere Presse als die der herrschenden Partei gibt. Ohne Frage aber hat Radek recht, wenn er eine Schilderung angreift, die nur die Schattenseiten des Gesehenen aufzeichnet und tendenziös verschweigt, was er vom Sonnenlicht beschienen hätte sehen müssen. Ich leugne nicht, daß mir der dritte Band der Rußlandbücher Istratis mit seiner furchtbaren Zusammenstellung solcher Presseäußerungen über Erbärmlichkeiten und Fäulniserscheinungen in Rußland wenig Eindruck gemacht hätte, wenn ich nicht auch die beiden andern Bände kennen würde. Denn man fragt sich doch: Verbreitet man die Greuel nicht, um sie abzustellen? Und steht etwa nur so Scheußliches und Niederdrückendes in den russischen Partei- und Gewerkschaftsblättern? Müßte man nicht auch die günstigen und erfreulichen Meldungen der

Zeitungen kennen, um vergleichen und urteilen zu können? Ebenso wäre das Material, das unser Genosse Lazarewitsch auf seiner wirksamen Versammlungsreise vortrug und das sich ebenfalls allein aus verbürgten, von der Sowjetpresse selbst mitgeteilten Tatsachen zusammensetzte, für mich nicht vollständig überzeugend gewesen, wenn ich die entsetzliche Häufung von krassen Beispielen des Revolutionsverrats nur registriert gelesen, nicht die Anklage dagegen mit meinen Ohren angehört hätte. Was Istratis und Lazarewitsch' Stimme die Beweiskraft gibt, das ist der Ton, in dem sie erklingt. Dieser Ton unterscheidet sie von den Stimmen der weißgardistischen, bürgerlichen, menschewistischen Ankläger, die sich der Entartung der russischen Revolution freuen und ihre endgültige Niederlage daraus erhoffen. Der Ton der Reden des anarchistischen Genossen Lazarewitsch dagegen und der Bücher Panait Istratis ist durchzittert vom empörten Gewissen des der Revolution leidenschaftlich ergebenen Kämpfers. Es ist die Stimme der Enttäuschten und Beleidigten und die klingt anders als die Stimme von Konterrevolutionären. Wie weit Radeks Beschuldigungen gegen Pilnjaks „Mahagoni“ berechtigt sind, ob es wahr ist, daß sie in eine bissige Verdammung der Dorfarmut mündet, dem der Mittelbauer, der es versteht, Großbauer zu werden, als Freund der Revolution entgegengestellt werde, wäre nur aus der Lektüre der Novelle festzustellen. Auf seine Anerkennung als maßgeblicher Wegweiser für das, was als revolutionär richtige Literatur zu qualifizieren ist und was nicht, kann der Mann nicht wohl Anspruch erheben, der zu dem prachtvollen Roman „Die Wolga fällt ins Kaspische Meer“ diese Schulmeisterlei fertig bringt: „Pilnjak hat das, was im Dorfe vorgeht, nicht eingereiht in sein Bild des werdenden sozialistischen Rußlands, weil er den Standpunkt, von dem aus man das Bild allein entwerfen kann, noch nicht erstiegen hat. Er stieg aus dem Keller der Ziegelfabrik, in der die gestrandeten Kommunisten ihre Trauer um das Jahr 1919 versaufen, aber er bestieg nicht den Turm der bolschewistischen Theorie, von dem allein es möglich ist, weit, breit und tief das Land zu erfassen.“

Armer Radek! Wievielen Revolutionären hat er schon vom hohen Turm der bolschewistischen Theorie herunter bescheinigt, daß sie gestrandete Kommunisten seien! Wieviele Lenins, Trozkys, Stalins, Bucharins haben nicht schon vom hohen Turm der bolschewistischen Theorie herunter Karl Radek bestätigt, daß er ein gestrandeter Kommunist

sei! Augenblicklich ist das gestrandete Wrack Radek in stalinistischer Auftakelung wieder auf See gelassen und kommentiert die Linie der bolschewistischen Theorie, bis sie mal wieder einen Bogen macht, bei dem er, zum zehnten Male, nach rechts oder links von dem Standpunkt herunterfällt, von dem allein er es möglich findet, das Land weit, breit und tief zu erfassen. Wir können jedenfalls in unserem heißen Bestreben, das russische Rätsel zu ergründen, das Rezept, im Kirchturm der bolschewistischen Theorie die Sprüche der gerade amtierenden Heiligen nachzubeten, nicht anwenden. Wir müssen versuchen, Tatsachen zu erkennen, unvoreingenommen zu beurteilen und aus ihnen Schlüsse zu ziehen. Dabei haben uns weder die Vorurteile derer zu kümmern, die sich durch die Staatspolitik der Leute im Kreml dazu verleiten lassen, die russische Revolution für besiegt und tot zu halten, noch die ekelhaften Tiraden der bolschewistischen Speichellecker westeuropäischer, speziell deutscher Beheimatung, die uns jedes Richtfest eines neuen Schornsteins im Unionsgebiet als die Krönung des Sozialismus offerieren.

Um sich über sachliche Tatsachen zu unterrichten, greife man zu Büchern, die sich bemühen, den Schwierigkeiten, die sich den revolutionären Absichten in Rußland riesenhaft entgegentürmen, gerecht zu werden und dabei volle Unabhängigkeit in der Beurteilung zu wahren. Ich habe schon früher auf Max Hodanns Buch „Sowjet-Union, gestern, heute, morgen“ hingewiesen (Universitas, Deutsche Verlags-A.G., Berlin 1931) und gelobt, daß es mit viel Liebe und ohne jede Liebedienerei geschrieben ist. Hodann weiß, daß ihm die eine Seite vorwerfen wird, er habe zu rosig gesehen, die andere, er habe die UdSSR. verunglimpft. „Zu Agitationszwecken habe ich nicht geschrieben. Aus diesem Grunde bin ich gegen Verschleierung.“ So ist ein Buch entstanden, das in ruhiger Klarheit rühmt, was dem Verfasser rühmend wert scheint, tadelt, was ihm mißfällt, ein sauberes, von anständiger Gesinnung diktiertes Buch, das sich im großen Ganzen mit Feststellungen begnügt und, soweit sie Grundsätzliches betreffen, kein eigenes Weltbild gegen das der Bolschewisten aufstellt. Eine vorzügliche Einteilung orientiert über Geschichte, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Erziehung, Werbung, Lebenshaltung der Arbeiter, Arbeitsprozeß, Bauernfragen, Fünfjahresplan, Kampf um die Gesundheit, Kampf gegen Kirche und Aberglauben, Kampf und Bedeutung der GPU. Zahlreiche Bildbeigaben veran-

anschaulichen den Text sehr wirkungsvoll. Hodann selbst sympathisiert stark mit dem revolutionären Willen in Rußland und ist auch recht geneigt, diesen Willen der Regierungsgewalt des Landes zuzuerkennen. Seine eigene Polemik richtet sich eigentlich nur gegen die Tendenzverlogenheit der europäischen Rußlandfahrer, besonders der Parteikommunisten. Wenn die bürgerlich-radikalen Intellektuellen in Deutschland, aus denen sich bei uns zumeist die Wortführerschaft der KPD. rekrutiert, in ihrem byzantinischen Paroxysmen zum Beispiel bestreiten, daß in Moskau lange Schlangen armer Menschen vor den Lebensmittelläden anstehen oder gar, daß die furchtbare Geißel der Massenverwahrlosung vagabundierender Kinder überhaupt vorhanden sei, so begegnet er solchen knechtischen Irreführungen mit einwandfreien Zahlen und überzeugenden Berichten, denen er durch Photographien unerschütterlichen Halt gibt. Das Hodannsche Werk kann jedem, der ein Bild vom wirklichen Geschehen in Rußland gewinnen will, nur empfohlen werden, obwohl manche wichtige Gegenstände, wie das Gefängniswesen, übergangen sind. Da Hodann jedoch nur von Dingen schreibt, in die er selbst Einblick erhalten hat, sind diese Art Mängel Beweise seiner Ehrlichkeit, die es vorzieht zu schweigen, statt Gehörtes als wahr weiterzutragen. Leider fehlt auch alles Material über die Verfolgung der revolutionären Oktoberkämpfer, aber offenbar ebenfalls nur, weil es dem Berichterstatter nicht zur Verfügung stand. Gegen die politische Geheimjustiz der GPU. im allgemeinen und gegen die Diffamierung etwa Trotzky's wendet er sich mit erfreulicher Freimütigkeit.

Unser Wissensdurst kann allerdings von den bestgesinnten Romandichtern und von den objektivsten Schilderern nicht gestillt werden, da das russische Rätsel für uns vorläufig immer noch in der ungelösten Frage offenbleibt: Ist das, was in der Sowjetunion geschieht, mag es in seinen Einzelheiten noch so erhaben oder noch so schändlich sein, Fortführung der Revolution in der Richtung zum Sozialismus oder erschöpft sich der gegenwärtige Stand der Dinge in der terroristischen Festigung der jacobinischen Staatsmacht, die sich im Namen Stalin charakterisiert? Ist der Wille zur Vollendung der sozialistischen Revolution bei den proletarischen und Bauernmassen noch lebendig oder verrichten die Werktätigen Rußlands ihre Arbeit ohne Hoffnung auf die nahe Befreiung durch den Sozialismus, seufzend unter dem Zwang verhaßter Staatsfron? Wir hören von Leuten, deren

Aufrichtigkeit für uns ganz außer Frage steht, daß die russischen Menschen, und je tiefer man ins Land kommt, umso stärker, trotz allem Aerger über bürokratische Schikanen und schlimmen Karrieristendruck, leuchtenden Auges ihr Werk betreiben und daß der Geist der Revolution heute noch Land und Volk verkläre. Von andern nicht minder glaubwürdigen Leuten erfahren wir, daß kein offenes Wort gesprochen werde, daß stumpfer Pessimismus und Angst über Städten und Dörfern laste. Es ist augenscheinlich, daß beide Arten des Reagierens auf die russischen Lebensumstände vorhanden sind und daß es mehr oder weniger auf Temperament, vorgefaßte Meinung und kritische Urteilskraft ankommt, teilweise wohl auch auf die Auswahl dessen, was man zu sehen bekommt, welcher Eindruck haften bleibt. Augenscheinlich ist eben so, daß die Fröhlichen in Rußland zugleich die Gläubigen sind, auf die die Regie erfolgreich eingewirkt hat, die darum auch erwünschte Arbeit haben und Funktionen ausüben, die Niedergedrückten aber die kritischen Geister, die sich Gedanken machen, ob denn das, was da vorgeht, in Wahrheit der Sinn der Revolution sei, und die darum wohl vielfach keine Funktionen bekleiden und auferlegte Arbeit widerwillig verrichten.

Die grundsätzliche Gegnerschaft zwischen der anarchistischen Auffassung über die revolutionäre Durchführung sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse und der marxistischen ist oft dargestellt worden, soll auch in F A N A L weiterhin in ruhigen Formen behandelt werden (vielleicht demnächst im Anschluß an das neue große Werk des Genossen J. Steinberg „Gewalt und Terror in der Revolution“ bei Ernst Rowohlt, Berlin 1931, auf das hier kurz hingewiesen sei; es befaßt sich ausführlich mit den sittlichen Weltanschauungsfragen der Revolution). Es soll auch auf eine Kritik des Fünfjahresplans verzichtet und nicht untersucht werden, ob seine Verwirklichung — sei es in vier, sei es in fünf oder in zehn Jahren — dem arbeitenden Volk Rußlands den erhofften Segen bringen oder nur den Staatskredit erhöhen wird. Wir könnten uns über dies alles sehr wohl sachlich mit den Bolschewiki unterhalten, ließen sie eine sachliche Unterhaltung zu, verlangten sie nicht blinde Bewunderung und widerspruchslose Anbetung ihrer theoretischen Aufstellungen. Wir bestreiten nicht, daß die Enteignung der Privatbesitzer von Produktionsmitteln und ausbeutendem Kapital, ebenso wie die Unterbindung der Spekulation durch die Monopolisierung des Außenhandels bedeutende Fortschritte ge-

genüber allen kapitalistischen Staaten sind; wir bestreiten nur, daß die Verstaatlichung von Unternehmungen schon ihre Sozialisierung sei. Wir bestreiten, daß bei Verzinlichkeit des Geldes und bei Aufrechterhaltung des Lohnsystems von Sozialismus gesprochen werden dürfe. Wir bestreiten vor allem, daß die marxistische These richtig sei, wonach der Aufbau des Sozialismus die Durchindustrialisierung eines Landes zur Voraussetzung habe. Landauer hat behauptet, der Sozialismus sei zu jeder Zeit und in jedem Lande durchführbar, wenn die Menschen ihn wollen. Aber angenommen, der Marxismus habe recht, und das Fünfjahresprogramm der Industrialisierung schüfe erst die Möglichkeit, Rußland sozialistisch zu machen, — bedeutet das etwa, es genüge, diese Möglichkeit für den Sozialismus herzustellen, damit nun die neue Ordnung der Gerechtigkeit und Gleichheit aus dem Staatskapitalismus herauspazieren würde wie Eva aus der Rippe des Adam?

„Sowjetmacht plus Elektrifizierung gleich Sozialismus!“, diesen trostlosen Unfug bietet man tatsächlich den Arbeitern, um sie für eine Idee zu begeistern! Nein, der Sozialismus hat weder etwas mit einer Sowjetmacht zu tun, wenn sie, wie in Moskau, als Staatsregierung jede Beweglichkeit des Gemeinschaftsgeistes lähmt und vergewaltigt, noch mit Elektrifizierung. Sonst brauchte nur die amerikanische Regierung das Bekenntnis zum Sowjetsystem abzulegen, elektrifiziert ist ja in den Vereinigten Staaten schon genug, — und dies Bekenntnis genügt, um die USA. sozialistisch zu machen. Sozialismus bedeutet mehr als ein Wirtschaftsprogramm, mehr auch als eine politische Systemänderung. Sozialismus ist ein geistig-seelischer Prozeß, der sich allerdings nur vollziehen kann, wo gerechte Wirtschaftsbeziehungen, nämlich Gleichheit der gesellschaftlichen Lebensbedingungen geschaffen sind. Sozialismus ist aber auch nur da möglich, wo sauberes Verhalten die öffentlichen Angelegenheiten bestimmt. Rußland untersteht einer Herrschaft, der sauberes Verhalten nicht zu ihren Obliegenheiten zu gehören scheint. Unter dieser Herrschaft kann das russische Volk — auch wenn es schon Volk ist und keine Klasse privilegierter Ausbeuter als Sklavenhalter über sich sieht — nicht zum Sozialismus gelangen. Dabei hätte dieses idealistischste Volk der Welt, das sich stets leiten ließ von seinen ursprünglichen Gefühlen, mögen sie edel oder roh gewesen sein, alle Eigenschaften, die eine freie Gemeinschaft — das ist. Sozialismus! — aus der eigenen Begeisterung bilden könnten.

Glaubt jemand, die Leute, die jetzt das üble Theater des Menschewistenprozesses inszeniert haben, die vor einem naiven Volk mit verteilten Rollen eine Schuldkomödie aufgeführt haben, der man die wochenlangen Proben zwischen Ankläger und zerknirschten Angeklagten von weitem anmerkte, — diese Leute hätten einen auch nur oberflächlichsten Begriff vom Sozialismus? Stümperhafte Macchiavellisten, die mit dem reinen Glauben ihrer von revolutionärem Verlangen heilig bewegten Bauern und Arbeiter Schindluder treiben? Inquisition und Sozialismus sind unvereinbare Dinge, auch wenn Beschuldigte und Richter einander wert sind. Hodann kommt dem Wesentlichen zur Lösung des russischen Rätsels schon einigermaßen nahe, wenn er sagt: „Man beachte, daß es sich um eine im großen Ganzen durchaus uneuropäische Ländermasse handelt, daß diesen Ländern eine bisher fast fremde Technik und fast fremde Vorstellungen eingepflanzt, um nicht zu sagen aufgepfropft werden, und daß diese Ideen des amerikanischen Wirtschaftsdenkens einerseits und der marxistischen Lehre andererseits auf Völker der verschiedensten Nationalität, Sprache und Kulturstufe treffen.“

So ist es. Die öde materialistische Lehre des Marxismus, die bei den nüchternen Deutschen dazu dienen konnte, der Passivität der Sozialisten die gelehrsame Motivierung zu geben, wird dem Volke, das ganz vom Gefühl aus denkt und handelt, als religiöser Katechismus angepriesen. Zugleich wird ihm die Mechanisierung und Industrialisierung der Arbeit und des Menschen selbst als Inhalt seines sozialistischen Sehnsens schmackhaft gemacht, und führt das System dann nicht einmal zu irgend fühlbaren Verbesserungen der Zustände, dann schleppt man geständige Saboteure heran oder erschießt Leute, die sich zur Vorführung nicht hergeben wollen, und läßt das betrogene Volk wieder einen Sieg des Sozialismus über die Konterrevolution feiern. Die russische Sphinx hat ein so geheimnisvolles und vieldeutiges Antlitz, weil ihr ein in europäischen Ateliers gemeißelter Kopf aufgesetzt ist, der nicht zum Leibe, erst recht nicht zur Seele gehört. Befreite sich die russische Revolution aus dem Schnürpanzer materialistischer, seelenloser, mechanistischer, westlicher Theorien und mithin der staatlichen, zentralistischen und bürokratischen Verwaltungsformen, fände sie zurück zur unverfälschten Räteidee und zum Glauben an den Kommunismus als Idee der Brüderlichkeit, dann wären alle ihre Wege frei zu Aufbau und Sozialismus.

Das Diktaturprogramm

Es ist Zeit, ein Dokument in Erinnerung zu bringen, das der deutschen Arbeiterschaft zeigt, wogegen eigentlich ihr Abwehrkampf sich zu wenden hat. Vor etwa fünf Jahren ließ die preußische Regierung plötzlich bei einer Reihe führender Nationalisten, darunter bei Claß, Hugenberg, Sodenstern, Kirdorf, ferner in den Räumen vieler nationalistischer Verbände haussuchen, und die Öffentlichkeit wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß man einen weit bemessenen Umsturzplan aufgedeckt habe, der die Errichtung der faschistischen Diktatur unmittelbar herbeiführen sollte. Eine Regierung mit dem Lübecker Bürgermeister Neumann als Reichskanzler, Dr. Hugenberg als Finanzminister, General von Möhl als Wehrminister und verwandten Geistern in allen Aemtern sei vorgesehen gewesen, und die Regierung habe sich zunächst veranlaßt gesehen, die Wehrverbände „Wiking“ und „Olympia“ aufzulösen und gegen alle Beteiligten beim Reichsgericht die Einleitung eines Hochverratverfahrens zu beantragen.

Das Reichsgericht stellte das eingeleitete Verfahren gegen die Putschisten alsbald mit der Begründung ein, der vorgefundene Plan sei nur als Anregung für den Reichspräsidenten gedacht gewesen, wie er gegebenen Falls den Artikel 48 der Reichsverfassung handhaben könne. Die Auflösung der als „Sportverbände“ deklarierten Putschorganisationen wurde von demselben Reichsgericht für gesetzlich unzulässig erklärt. Dagegen ließ der Oberreichsanwalt Werner den Elberfelder Assessor Dietz unter dem Verdacht des Landesverrats verhaften. Der war es nämlich, der der preußischen Regierung die Unterlagen für den Umsturzplan besorgt hatte.

Die Stunde zur Durchführung der Hitler-Hugenbergischen Absichten ist nahe gerückt. Die Reichsjustiz und die gesamte öffentliche Verwaltung ist nicht gewillt oder nicht fähig, die Proklamierung des dritten Reichs zu verhindern. Vielleicht begreifen die Arbeiter leichter, was sie als einzige Kraft, die die Gefahr bannen kann, zu tun haben, wenn sie das nationalistische Programm, das der preußische Ministerialdirektor Dr. Abegg im Frühjahr 1926 veröffentlichte, ihrem Gedächtnis einprägen. Hier ist es:

§ 1. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (RGB. S. 1383) und die nach dem 9. November 1918 erlassenen Verfassungen der Länder und aller kommunalen Verbände sind aufgehoben.

§ 2. Der Inbegriff der Staatsgewalt, das Recht der Gesetzgebung, Verwaltung und Vollstreckung sowie die oberste Befehlsgewalt ist auf den Reichsverweser übergegangen, der sie nach Bedarf an nur ihm verantwortliche Amtsinhaber überträgt.

§ 3. Alle auf Grund der in § 1 genannten Verfassungen gewählten parlamentarischen Körperschaften in Reich und Ländern einschließ-

lich aller auf Wahlen beruhenden Vertretungskörperschaften in Provinzen, Bezirken, Kreisen, Gemeinden und Gemeindeverbänden sind aufgelöst. — Wer an einer hiernach aufgelösten Körperschaft weiterhin teilnimmt und wer zur Teilnahme auffordert, wird mit dem Tode bestraft.

§ 4. Alle Amtsinhaber der Reichs-, Staats- und Selbstverwaltungen, die ihre Berufung, Anstellung oder Beförderung ausschließlich einer Parteizugehörigkeit verdanken, sind entlassen. Im übrigen sind unzuverlässige und unfähige Beamte nach Ermessen des Reichs- und Landesverwesers zu entfernen. In den vorgenannten Fällen ist jeder Rechtsanspruch aufgehoben. — Die weitere Vornahme von Amtshandlungen seitens der hiernach Entlassenen wird mit dem Tode bestraft. Dieselbe Strafe trifft diejenigen, die in Kenntnis des Tatbestandes der Entlassung Anordnungen auf Grund solcher Amtshandlungen ausführen oder befolgen. — Fällt durch die hier angeordnete Entlassung der Vorstand einer Behörde oder der Leiter einer Geschäftsabteilung einer Behörde aus, so übernimmt bis zur endgültigen Regelung der dienstälteste Beamte die Geschäfte. Amtsverweigerung wird mit dem Tode bestraft.

§ 5. Bis zum Erlassen einer Verfassung treten an die Spitze der Regierung in den Ländern die vom Reichsverweser ernannten und nur ihm verantwortlichen Landesverweser, denen ein Reichsverweser hierdurch bis auf weiteres die volle Staatsgewalt für den Bereich der Staatsverwaltung überträgt. — In derselben Weise treten an die Spitzen der Provinzen, Bezirke, Kreise, Gemeinden und Gemeindeverbände Amtsverweser, die vom Reichs- oder Landesverweser ernannt werden. Sobald eine solche Ernennung nicht bereits erfolgt ist, üben die bisherigen leitenden Amtspersonen oder die nach § 4 Abs. 3 an ihre Stelle Tretenen diese Amtsverwesung aus. — Diese Amtsverweser sind als Inhaber der örtlichen Befehlsgewalt bis auf weiteres berechtigt, unter Beobachtung der in dieser Verordnung enthaltenen Grundsätze selbständig Anordnungen jeder Art, auch Strafandrohungen, je nach örtlichen Bedürfnissen, zu erlassen.

§ 5. An Stelle der nach § 3 Abs. 1 aufgelösten parlamentarischen und sonstigen Vertretungskörperschaften treten Beratungskörper, die von den Landesverwesern und den Amtsverwesern nach ihrem freien Ermessen ohne Rücksicht auf lokale oder private Interessen lediglich nach Verdienst und Würdigkeit aus den fähigsten und charaktervollsten Männern ihres Zuständigkeitsbereichs zu ernennen und zu berufen sind. Diese Räte sollen je nach Bedürfnis aus nicht weniger als drei und nicht mehr als 50 Personen bestehen. Unbegründete Amtsverweigerung wird mit dem Tode bestraft.

§ 7. Den Landesverwesern und Amtsvorstehern steht bis auf weiteres das Recht zu, innerhalb ihres Amtsbereichs den öffentlichen Bedarf, insbesondere an Geld, Nahrungsmitteln, Betriebsstoffen, Bekleidung und Verkehrsmitteln durch Umlagen nach ihrem freien Ermessen auszuscheiden und mit öffentlichen Zwangsmitteln beizutreiben. Regelung des Ersatzes bleibt vorbehalten.

§ 8. Im Interesse des Allgemeinwohls wird die öffentliche Arbeitsdienstpflicht und die öffentliche Hilfspolizeidienstpflicht angeordnet.

Jeder Deutsche männlichen oder weiblichen Geschlechts vom 16. bis zum 30. Lebensjahr ist zum öffentlichen Arbeitsdienst, jeder Deutsche männlichen Geschlechts vom 18. bis zum 45. Lebensjahr ist zum öffentlichen Hilfspolizeidienst verpflichtet. — Das zur Durchführung der öffentlichen Dienstpflicht Erforderliche verordnen die Landes- und Amtsverweser. Insbesondere sind sofort Stammrollen unter Feststellung der derzeitigen Beschäftigung aufzustellen. — Die Aushebung zum öffentlichen Dienst ist unabhängig von der Fertigstellung der Stammrollen und geschieht bis auf weiteres nach freiem Ermessen der Amtsverweser je nach dem örtlichen Bedürfnis. — Die Aushebung zum Hilfspolizeidienst hat sofort zu erfolgen, und zwar derart, daß jedem Amtsverweser innerhalb kürzester Frist ein die Ordnung und Ruhe des Bezirks sichernder Dienst zur Verfügung steht. Unbegründete Dienstpflichtverweigerung wird mit dem Tode bestraft.

§ 9. Ueber das gesamte Reichsgebiet wird der Belagerungszustand verhängt, auf dessen Durchführung die Bestimmungen des Preußischen Gesetzbuches vom 1. Juni 1851 (GS. 1851 S. 451 ff.) sinngemäß Anwendung finden. Für Bayern wird der Kriegszustand erklärt. Außer den in diesem Gesetz verfügten Beschränkungen sind bis auf weiteres Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnung von Haussuchungen und Beschlagnahmen, sowie Beschränkung des Eigentums außerhalb der gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 10. Bis zum Erlasse besonderer Verordnungen ist den Landes- und Amtsverwesern die Ausführung des Belagerungszustandes übertragen. — Die Amtsverweser haben insbesondere die zur Durchführung des Belagerungszustandes und zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Standgerichte sofort zu bestellen. Standgerichte sind nach dem freien Ermessen der Landes- und Amtsverweser in der erforderlichen Anzahl einzurichten. — Jedes Standgericht besteht aus drei unbescholtenen Personen männlichen Geschlechts, die über 30 Jahre alt sein müssen. Den Vorsitz führt ein aktiver oder in Ehren verabschiedeter Offizier oder eine rechtskundige Person. Der Angeschuldigte hat das Recht, einen Beistand zu verlangen. Das Standgericht hat innerhalb 24 Stunden nach Ergreifung des Angeschuldigten zu entscheiden. Das Urteil kann nur auf Todesstrafe oder Freisprechung lauten. Rechtsmittel finden nicht statt. Es ist durch Erschießen, im Falle ehrloser Gesinnung durch Erhängen zu vollstrecken.

§ 11. Bis auf weiteres ist die Pressefreiheit aufgehoben. Zeitungsunternehmen und Unternehmungen von Druckereierzeugnissen jeder Art, von denen nach ihrer bisherigen Betätigung anzunehmen ist, daß sie der Neuordnung der Dinge entgegengetreten, sind sofort zu schließen. Ihre Einrichtungen sind im Interesse der Allgemeinheit zu beschlagnahmen. — Für die durch diese Bestimmung nicht betroffenen Zeitungen, Zeitschriften und Verlagsanstalten wird bis auf weiteres verordnet, daß jede der Regierung und ihren Maßnahmen abträgliche Aeüßerung neben der Bestrafung der verantwortlichen Personen mit endschädigungsloser Enteignung des Verlages geahndet werden wird.

§ 12. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist bis auf weiteres aufgehoben. Alle Parteien und alle politischen Vereine, auch solche, die hinter andern Zwecken politische verbergen, sind aufgelöst. Ihre Vermögen sind beschlagnahmt. — Alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sind aufgelöst. Ihre Vermögen sind beschlagnahmt.

§ 13. Jede Aussperrung seitens des Arbeitgebers und jede Einstellung der Arbeitnehmer wird mit dem Tode bestraft. — Wer Arbeitgeber oder Arbeitnehmer mündlich, schriftlich oder durch Handlungen sonstiger Art zu Aussperrungen oder Arbeitseinstellung auffordert, wird mit dem Tode bestraft. — Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der in Deutschland aufhältlichen Angehörigen des jüdischen Volkstums ist beschlagnahmt. — Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen offenkundiger oder nachweislicher Wucherer und Schieber ist beschlagnahmt. ...

§ 15. Wer Vermögen oder Vermögensanteile, die nach dieser Verordnung zu Gunsten der Allgemeinheit beschlagnahmt sind, zu verheimlichen, zu verbergen, zu verschieben oder sonstwie beiseite zu bringen und der Beschlagnahme zu entziehen sucht und wer hierzu Hilfe leistet, wird mit dem Tode bestraft. ...

§ 21. Alle bisherigen Preisvereinbarungen und Preisverabredungen sind bis auf weiteres verboten. ...

§ 23. Sämtliche Waffenhandlungen sind zu schließen und stehen zur Verfügung der öffentlichen Gewalt. Unbefugter Waffenbesitz wird mit dem Tode bestraft. ...

§ 25. Außer den in dieser Verordnung genannten Vergehen werden mit dem Tode bestraft: 1. alle Verbrechen und Vergehen gegen die Person des Reichsverwesers und der Mitglieder der von diesem ernannten Reichsregierung, der Landesverweser und der Mitglieder der von diesen ernannten Landesregierungen sowie der Amtsverweser; 2. alle Unternehmungen, welche auf Verhinderung, Umsturz oder gewaltsame Aenderung der neuen Staatsordnung gerichtet sind; 3. Landesverrat und Hochverrat; 4. Diebstahl (§§ 242 ff., § 258 Abs. 2 St.G.B.); 5. alle Fälle des Wuchers (§ 302 St.G.B.); 6. Beamtenbestechung (§§ 350 ff. St.G.B.). Teilnahme, Versuch oder Begünstigung werden wie Täterschaft bestraft. — Alle mit dem Tode bedrohten Verbrechen und Vergehen werden standgerichtlich abgeurteilt (vgl. § 10). — In jedem Falle der Verurteilung zur Todesstrafe erfolgt Einziehung des gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögens des Verurteilten zur Reichskasse. ... — Amnestien und Verjährung sind wirkungslos, frühere Verurteilungen sind aufgehoben. ...

§ 27. Wer vom Reichsverweser in Reichsacht getan wird, genießt in Deutschland keinen Rechtsschutz. Wer in Reichsacht Erklärten Hilfe leistet, wird mit dem Tode bestraft.

§ 28. Alle mit der Durchführung von Ruhe und Sicherheit beauftragten Personen, Beamten, Angestellten und zugezogenen Hilfskräfte sind berechtigt und verpflichtet, jedem Widerstand gegenüber von der Waffe Gebrauch zu machen.

§ 29. Im übrigen bleiben die bisherigen Gesetze in Kraft, soweit sie nicht dieser Verordnung und den nachfolgenden Erlassen widersprechen oder aufgehoben werden. — Die Träger der Staatsgewalt, Reichsverweser und Landesverweser, können alle Akte der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, die seit dem Novemberverbrechen des Jahres 1918 ergangen sind, nachprüfen und abändern. — Sie sind durch die Rechtskraft von Entscheidungen nicht gebunden.

§ 30. Diese Verordnung tritt unter dem heutigen Tage mit ihrer Verkündung in Kraft.

Nachdruck dringend erwünscht! Größte Verbreitung erforderlich und unaufschiebbar! Der Tag des Inkrafttretens dieser, von der Republik straffrei erklärten Niederträchtigkeit steht bevor!

Arbeiter, es geht ums Leben!

Kulturfaschismus

Das in diesem Heft wieder ans Licht gezogene Aktionsprogramm der deutschen Faschisten, entworfen 1923 von dem beim Hitlerputsch in München gefallenen (angeblich, als die Schüsse krachten, vor Schreck gestorbenen) Oberregierungsrat beim bayrischen Justizministerium von der Pfordten, veröffentlicht 1926 vom Preußischen Innenministerium, ist ohne Zweifel noch heute in allen wesentlichen Teilen für die Erneuerer deutscher Sitte und deutschen Wesens maßgeblich. Die Arbeiter brauchen sich bloß zu vergegenwärtigen, daß Arbeitseinstellung und Aufforderung dazu mit dem Tode bedroht wird (§ 13), und daß Begünstigung wie Täterschaft bestraft wird (§ 25), so erkennen sie wohl, was los ist. Wer einem Menschen ein Stück Brot gibt, der zu verstehen gegeben hat, ein Streik könne helfen, wird, wie dieser Sünder selbst und wie alle, die seinen Rat befolgen, erschossen. Es sei wiederholt, daß das Reichsgericht, dessen Entscheidungen Gesetzeskraft haben, die Verfolgung der auf dieses Programm in Geheimbünden verpflichteten Nationalisten abgelehnt und ausdrücklich erklärt hat, solche Terrorbestimmungen hätten keine ungesetzliche Tendenz, seien nur Vorschläge an den Reichspräsidenten, in welchen Formen er mittels der bestehenden Verfassung eben diese Verfassung abschaffen und die Diktatur einfach auf Grund des Artikels 48 zum Dauerzustand machen könne. Das Reichsgericht hat somit entschieden, daß der Verwirklichung der Claß-Hugenbergschen Pläne die rechtsgültigen Gesetze der demokratischen Republik nicht entgegenstehen. Wer also den staatlichen Einrichtungen zutraut, sie würden in Deutschland die faschistische Umgestaltung abwehren, wird sich täuschen. Sie sind im Gegenteil alle nur am Werk, auf den vielseitigen Wegen der Demokratie einen Zustand bereits jetzt herzustellen, der den Hakenkreuzlern und Stahlhelmen die Mühe abnimmt, noch etwas umgestalten zu müssen. Die Republik wirft ihnen das faschistische Rechts-

Macht- und Kulturgebilde fertig in den Schoß, sodaß sie nur noch gewisse Amtsbezeichnungen auszuwechseln brauchen und den organisierten Massenmord, unbeeinträchtigt von verschwörerischer Heimlichkeit, zur Tagespraxis des öffentlichen Rechtes erheben können.

Die republikanische Justiz ist, wie an dieser Stelle wieder und wieder behauptet und belegt wurde, nie darum besorgt gewesen, ihre politische Parteilichkeit zu Gunsten des Faschismus auch nur zu verhüllen. Die sozialdemokratischen „Novemberverbrecher“ (nicht die entthronten Mächte, sondern die Proletarier sind die Opfer ihres Verbrechens) haben ja 1918-19 die monarchistischen Richter einfach im Amt gelassen, haben ihnen nicht einmal neue Gesetze zu judifizieren gegeben. Da sie ihre Herkunft nicht zu verleugnen brauchten, handelten die Richter nach dem Wort des ausgezeichneten französischen Menschenkenners Jules Michelet, der geschrieben hat: „Gebt mir die richterliche Gewalt, dann hütet wohl eure Gesetze und Verordnungen, diese ganze papierne Welt; ich mache mich anheischig, das euern Gesetzen widersprechendste System zum Triumph zu bringen.“ Indem sie aber das faschistische System zum Triumph brachten, sorgten sie zugleich durch Urteile, die offene Verhöhnungen der Gesetze waren, die sie betreuen sollten, für empfehlende Personalakten, mit denen sie in Hitlers Reich zur weiteren Betätigung ihrer faschistischen Parteijustiz sofort legitimiert sind. Das Hohenzollernreich machte die Richter unabsetzbar, weil ihnen dadurch das Gefühl der Unabhängigkeit gestärkt wurde und an ihrer konservativen Gesinnung ohnehin keinerlei Zweifel möglich war; die Republik ließ sie unabsetzbar, weil die Nulpen, die die Staatsmacht in die Hände bekamen, aus lauter Bedientenangst nicht wagten, irgend ein Kleinod der plötzlich ererbten herrschaftlichen Utensilien aus dem plüschgepolsterten Etui zu nehmen. Die Faschisten werden die Unabsetzbarkeit bestätigen, weil sie ihr Prinzip zynischer Ungerechtigkeit wahrhaftig bei den deutschen Richtern der demokratischen Republik in gründlicher Erprobung gewahrt wissen.

Die Justiz ist also kein Bollwerk gegen das dritte Reich. Nun, dann haben wir ja gottlob die Polizei, von der jeder weiß — und wer es nicht weiß, dem bestätigt es Severing alle Tage —, daß sie eisern entschlossen ist, die Republik und alle ihre schwarzrotgoldige Freiheit zu beschützen. Eben hat sich gezeigt, was es mit der republikanischen Polizei selbst da auf sich hat, wo seit Jahr und Tag ein sozialdemokratischer Chef die Gesinnungsgüte der Gummiknutenschwinger überwacht. In Hamburg schießt ein Polizeiwachtmeister bei einem Verhör seinen Vorgesetzten schlankweg über den Haufen, um dadurch dem erwachenden Deutschland die Schmach zu demonstrieren, daß ein pensionsberechtigter Ordnungshüter der Republik einem Juden soll Rede und Antwort stehn müssen. Am Tage darauf überfallen in demselben Hamburg drei erwachende Teutonen einen Autobus und ermorden vor den Augen der übrigen Fahrgäste den kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Henning. Es stellt sich heraus, daß die treibende Kraft des Meucheltrios bis vor kurzem Oberwachtmeister der Hamburger Schutzpolizei war. Man ist versucht, an der rein republikanischen und verfassungstreuen

Gesinnung der dem Sozialdemokraten Schönfelder unterstellten Polizei leise Zweifel zu hegen. Aber da ist doch der Senator Adolf Schönfelder selber, der im Ernstfall die Schupo zu kommandieren hat. Stimmt. Dessen erste Tat nach den Bluttaten war, daß er nicht bloß die Nazipresse verbot, sondern zugleich auch die kommunistische. Wer daran zweifelt, daß die Repressalien gegen die Hitlerleute von kurzer, die gegen die Kommunisten von langer Dauer sein werden, der hat unsre zwölfjährige Republik sozialdemokratischer Observanz bis jetzt verschlafen. Die Polizei hat gar keine Zeit zur Bekämpfung faschistischer Diktaturgelüste. Sie hat mit der Verprügelung und gelegentlichen Erschießung hungernder Arbeitsloser alle Hände voll zu tun und hilft damit die Politik sichern, aus der der Faschismus hervorwächst. Das ist die Politik, die bei fünf Millionen aus dem Produktionsprozeß Entfernten den Brotpreis künstlich hoch hält, indem die faschistischen Grundbesitzer Ostelbiens ungeheure Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhalten, um die reiche Ernte vorkommen zu lassen und für ihren Weizen das zweieinhalbfache des Weltmarktpreises fordern zu können. Für die Verzweifelten aber, die infolge solcher Praktiken das Brot bargeldlos aus den Läden nehmen, hat man ja Zuchthäuser, und im schwarzrotgoldenen wie im faschistischen Sprachgebrauch heißen sie die Plünderer, — nicht die Agrarier, Börseaner und Industriellen, die im Bunde mit den Gewerkschaften die Hungerlöhne der Proletarier immer tiefer senken und ihnen dafür noch Kopfsteuern auspressen. Die Polizei aber treibt der Justiz die Opfer in den Rachen; der linke Sozialdemokrat Fleißner in Leipzig ist nicht minder bestrebt, sich dem Faschismus gefällig zu erweisen als der rechte Sozialdemokrat Grzesinski in Berlin. Hebt man wirklich mal, wo es schon garnicht anders geht, ein Waffenlager der Nazi aus, so hat man dabei von polizeilichem Uebereifer noch nie etwas bemerkt, und Prozesse folgen derlei peinlichen Pflichterfüllungen gewiß nicht. Gelingt es aber Kommunisten einmal, aus einer Reichswehrkaserne Waffen in ihre Hand zu bekommen, die für die Faschisten bestimmt waren, dann spielt sich die republikanische Polizei als Retterin des Vaterlandes auf und die republikanische Justiz verhängt endlose Zuchthausstrafen. Oder: Grzesinski sperrt sämtliche Straßen und Plätze Berlins für Demonstrationen jeder Art, solange Kommunisten sie beanspruchen, läßt auch seine Prügelgarde dazwischenschlagen, wenn die Arbeiter einen von Faschisten ermordeten Genossen zu Grabe geleiten; aber an dem Sonntag, wo der Stahlhelm mit Hohenzollernprinzen und Hitlerjüngern faschistische Bekenntnisse ablegen will, wird der Lustgarten bereitwillig geöffnet.

Doch, wenn auch Justiz und Polizei demnach die Sicherheit dagegen nicht verbürgen, daß wir eines Tages in Reichsacht erklärt werden und von jedem Tetzner oder Safran wie ein räudiger Hund abgemurkst werden dürfen, ein starker Wall ist dennoch errichtet, um die Flut des Faschismus nicht unsre blühende republikanische Kultur vernichten zu lassen: das ist die christliche Kirche in ihrer allerbarmenden Milde, Güte und Demut. Die katholischen Zeitungen bringen fast täglich neue Erklärungen der Bischöfe und des übrigen hohen Klerus, die die Lehre des Katholizismus verteidigen gegen das Eindringen nationalsozi-

alistischer Ideen. Heiß ist der Kampf entbrannt zwischen Zentrum und Hakenkreuz, — und das ist ja wahr: der triumphierende Sieger des Weltkriegs und der Revolution war niemand anders als der Papst mit den Seinen. Gegen den Willen der katholischen Kirche, daran besteht kein Zweifel, kann der Faschismus bei uns nicht landen. Er wird nicht gegen ihren Willen landen, sondern mit ihrer Hilfe! So wie das erste Beispiel faschistischer Roheitsdespotie, das Deutschland erlebt hat, die bayrische Kahr-Infamie, von den Klerikalen organisiert und gestützt war, so besteht die ganze Politik der Klerikalen Brüning und Wirth auch jetzt in nichts anderm, als dem Faschismus das Feld zu pflügen. Die Dutzende von Todesandrohungen, die die Faschisten in ihrem Diktaturprogramm loslassen, werden für die Kirchlichen gewiß kein Grund sein, ihnen den Weg zur Macht zu verlegen. In München 1919 war man gegen die Spartakisten auch nicht sentimental, und das katholische Priesterseminar, das Georgianum, war gastfrei einem Feldgericht preußischer Weißgardisten zur Verfügung gestellt; das ließ in dem Hofe katholischer Frömmigkeit junge Arbeiter fusillieren, daß der Pulverdampf den Weihrauch überqualmte.

Papst Pius XI. hat nach dem Aufruf an die Menschheit zum Kreuzzug gegen den „Kulturbolschewismus“ in Rußland (einer etwas plötzlich erwachten Liebe zu den griechischen Orthodoxen, die vom Vatikan wahrhaftig ärgeren Schimpf und blutigere Unterjochung zu erfahren hatten als vom Kreml) am 31. Dezember die Welt mit einer Enzyklika erfreut, die einem deutlich machte, auf welchen Höhen des Fortschritts wir eigentlich halten. Der Geist finsterner Pfaffentyrannis fuhr auf uns nieder. Kein Funke sozialer Einsicht, kein Hauch geschichtlichen Denkens, keine Spur des Begreifens einer seelischen Wandlung. Die Frauen werden gezwungen, für ihr Brot hart zu arbeiten und die Päpstlichen in allen Ländern gehören wahrlich nicht zu denen, die ihnen das Leben zu erleichtern suchen. Ihnen darum aber das Recht zuzuerkennen, über ihr Leben und ihren Wandel das eigene Gewissen entscheiden zu lassen, das kommt dem Papst nicht in den Sinn. Die zelotischste Sexualmoral wird da in ältesten Gefäßen neu serviert, Ehegesetze aus dem Staub verschütteter Sklavengewölbe vorgezerrt, die den Körper und die Seele lebendiger Menschen zu einem Zweckmechanismus erniedrigen. Die Verfügung der Frauen über den eigenen Leib wird mit besonders heiligem Zorn verdammt. Wir spüren: die Kirche erhebt die Faust, weil sie den Boden schwanken fühlt, auf dem sie steht, den Boden gedanken- und willentötender Autorität. Und wir erkennen, daß sie zur Wahrung der Autorität gegen den Geist ringender Freiheit dieselben Prinzipien bemüht, mit denen der Faschismus die Geister unter seine Faust zwingen will: das reine Magdum der Frau, die sexuelle Knechtschaft der sanktionierten Ehe, den Gebärzwang.

Die deutsche Politik, geleitet von Päpstlichen, trägt der Verkündigung der Enzyklika begierig Rechnung. Wirth und Severing berufen sämtliche Polizeiminister des Reiches zusammen, um den Frechheiten der Freidenker zu steuern. Angriffe der Kirche gegen die Gottlosen sind selbstverständlich in jeder Form statthaft. Ausstellungen, die die fromme Heuchelei, den kirchlichen Aberglauben, die Doppelzüngigkeit der Pfaf-

fen zum Gegenstand haben, werden in Berlin und Leipzig von den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten geschlossen. Für die Charwoche werden den Ungläubigen alle Lustbarkeiten verboten. Wollten wir verlangen, den Tag der Verbrennung Giordano Brunos um der gleichberechtigten Freidenker willen zum allgemeinen Trauertag zu erklären, wir kämen wahrscheinlich ins Narrenhaus. Die republikanische Filmzensur, an und für sich eine Gefälligkeit der Noskerei gegen die Pfaffen, macht aus devoter Würdelosigkeit des Staates vor der Kirche die albernsten Streiche, wobei die kirchliche Moral zumeist den Vorwand gibt, der faschistischen Schikane Gefälligkeiten zu erweisen. Endlich wird, um die Willfähigkeit gegenüber dem Kulturfaschismus in demonstrativer Herausforderung der Arbeiter und jedes menschlich denkenden Zeitgenossen zu beweisen, die nichtswürdige Schändlichkeit der Stuttgarter Abtreibungsverfolgung in Szene gesetzt. Der päpstliche Ukas erhebt die Sklaverei der Frau und die Erbarmungslosigkeit des Gebärzwanges zum allgemeinen sittlichen Gebot ohne Rücksicht auf soziale Verhältnisse, auf Hygiene, auf das Recht des Menschen über sich selbst. Infolgedessen setzt man eines Tages den ausgezeichneten Kämpfer gegen die Gemeinheit des § 218 Dr. Friedrich Wolf ins Gefängnis, mit ihm die Stuttgarter Aerztin Dr. Jacobowitz-Kienle, angeblich weil sie Frauen in ihrer Not geholfen haben. Aber die Herrschaften wissen gut, daß das zehntausende von Aerzten tun, — in Wahrheit, weil Dr. Wolf als Politiker und als Dichter die kulturelle Unsittlichkeit des ekelhaften Paragraphen blossstellt und weil Frau Dr. Kienle selbstlos und ohne Entgelt die Stuttgarter Beratungsstelle für Geburtenregelung und Sexualhygiene leitete.

Das ist gut so. Faschismus und Pfaffismus haben sich hier gefunden, wie sie in Wirklichkeit zusammengehören. Der Kampf, den Dr. Wolf und Frau Dr. Kienle auf ihre Schultern genommen haben, muß durchgekämpft werden. Alle Leidenden und Geknechteten müssen ihn aufnehmen als ihren eigenen Kampf. Sie haben die Gesetzesverletzung der beiden Aerzte nicht etwa zu entschuldigen, sie haben sie ausdrücklich zu billigen und ihnen zu sagen: Ihr habt recht gehandelt! Wir danken euch, daß ihr Mütter davor bewahrtet, Kindern das Leben geben zu müssen, denen sie nicht auch die Freude am Leben geben können! Der Fall Wolf - Kienle muß den Arbeitern endlich die Augen darüber öffnen, daß Pfaffentum und Faschismus, Demokratie, Staatsjustiz und Kapitalismus alles nur verschiedene Formen desselben Prinzips sind. Sie alle wollen Frauen zwingen, wider ihren Willen Kinder zu gebären, auch wenn sie zeitlebens zu Hunger und Siechtum verurteilt werden, auch wenn sie ohne Liebe, ja, unter Zwang empfangen sind. Sie brauchen diese Kinder als Sklaven des Kapitals, als Kanonenfutter und als Bazillenträger gläubiger Dummheit. Der Kulturfaschismus hat die Arbeiter herausgefordert. Der Kampf muß angenommen und ausgetragen werden. Soll er gewonnen werden, dann müssen die Proletarier sich losmachen vom Respekt vor Staat, Obrigkeit und Gesetzlichkeit. Die Autorität in ihren widerlichsten Formen ist zu besiegen, die in der Kutte, die im Stahlhelm und die im Talar. Es ist Zeit, daß die revolutionären Kräfte sich zusammenfinden zur Abwehr der Knechtschaft, zur Er kämpfung der Freiheit!

Von welschen Ketten mach uns frei!

Wir haben wieder einen Nationalhelden, das ist unser Reichsaußenminister Herr Dr. Curtius. Das Wirtschaftsabkommen mit Oesterreich leitet, wenn wir unseren Patrioten links der Nazi und rechts der Kommunisten glauben dürfen und wie von den Patrioten der weiland Entente fluchend und händeringend bestätigt wird, eine neue Epoche der Menschheit ein. Mitteleuropa befreit sich! Die Zollgrenzen fallen! Wir wieder mal vorneweg mit dem guten Beispiel! Deutsches Reich und Oesterreich up ewig ungedee! Wie York von Wartenburg 1812 in Tauroggen den Tilsiter Frieden zerriß, Preußen zu erlösen aus welschem Druck, so hat Dr. Curtius in Wien mit kühner Entschlossenheit — — Entschuldigen Sie, der Vergleich stimmt nicht ganz. Wir haben es hier mit Roggen zu tun, nicht mit Tauroggen.

Müller vom Parteivorstand

Sohn eines Fabrikdirektors in Mannheim, trat der junge Hermann Müller als Lehrling in ein kaufmännisches Geschäft, als Commis in die sozialdemokratische Partei ein. Und dies war fortan sein Beruf. Vom 23. Lebensjahre an war er Parteiangestellter, mit 30 Jahren gelangte er, dank fleißiger Pflichttreue, zuverlässiger Brauchbarkeit im Befahren alter Gleise und regem Eifer in der Propagandaabteilung, in den Parteivorstand. Seither hieß er sachlich und unpersönlich Müller vom Parteivorstand, und diese Bezeichnung, die innerhalb und außerhalb der Partei für ihn in Geltung blieb, bis die Parteimänner Staatsmänner wurden, unterschied ihn von den meisten andern Trägern des Namens Müller. Sein Wirken als Exponent seiner Partei im Staatsgeschäft ist durch den augenblicklichen Stand der von ihm in starkem Maße mit herbeigeführten politischen Zustände qualifiziert. Man treibt Realpolitik, worunter die Kunst verstanden wird, unter allen Umständen und selbst auf Kosten sämtlicher von jeher beschworenen Grundsätze eine Regierungsmehrheit im Parlament herzustellen. Wenn Wels die schweigende Zustimmung der Sozialdemokratie zum Bau des Panzerkreuzers „B“ damit begründete, daß ohne den Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag ja doch eine Mehrheit dafür vorhanden wäre, das deutsche Volk somit in seiner Majorität das Schiff wolle, so war das Müllersche Staatskunst in Reinkultur. Die Unterstützung der Brüningregierung um jeden Preis, will sagen ohne jeden Preis, geschieht, um das Land vor der Diktatur zu bewahren. Dabei regiert Brüning mit dem Artikel 48, verhängt diktatorisch die fürchterlichste Not über die deutschen Arbeiter und gönnt den Müllerschen auch nicht den letzten Rest klassenmäßigen Verhaltens. Wenn nur das Parlament mitreden kann! Aber das redet auch nur noch insoweit mit als es Brüning, Schiele und Treviranus ermächtigt, nach freiem Ermessen zu handeln. Otto Braun und Severing dürfen in Preußen noch mitregieren, solange das Zentrum sie toleriert, und das Zentrum toleriert sie solange, wie die Sozialdemokraten in Reich und Ländern den Papstfaschismus tolerieren. Diese Toleranz auf Gegenseitigkeit ohne Toleranz gegen die Arbeiter, die mit dem Bekenntnis zum Sozialismus einen kämpferischen

Sinn verbinden, das war die Führergabe, die seine Parteifreunde jetzt dem toten Müller vom Parteivorstand als ewigen Ruhm bestätigen. Hermann Müller war sicherlich kein persönlich schlechter Kerl. Vorwürfe barmaterieller Art wie seinem Vorgänger in der Kanzlerschaft Bauer konnte ihm kein ehrlicher Gegner machen. Er war ein trockener Geschäftsführer der Aemter, die ihm vertraut wurden. In die Geschichte wird er nicht eingehen als Leuchte des neuen Deutschlands, sondern bescheiden als Müller vom Parteivorstand, und zur Unterscheidung von Goethes Weimarer Freund wird die Nachwelt von ihm nicht sagen: Das war der Kanzler Müller, sondern das war der Kanzlist Müller.

Rot Heil!

In der Festungshaftanstalt Gollnow herrscht zwischen den Gefangenen ein erfreulich kameradschaftlicher Geist, ungeachtet der Gesinnungsgegensätze. Schicksalsgemeinschaft verbindet. Als vor einigen Jahren dort ein junger kommunistischer Gefangener beim Baden ertrank, spendete der damals noch wegen des Küstriner Aufstands inhaftierte Major Buchrucker dem toten Gegner und Hausgenossen einen Kranz, dessen schwarz-weißbrote Schleife eine besonders herzliche Inschrift trug. Dieses gute Verhältnis zwischen den politischen Häftlingen scheint sich in Gollnow erhalten zu haben. So erklärt sich ungezwungen der Übertritt des nationalsozialistischen Reichwehrleutnants Scheringer zur kommunistischen Partei. Der junge, kämpferische und gegen den gegenwärtigen Staat heftig erbitterte Mann ließ sich in täglicher Gesellschaft theoretisch geschulter, nicht minder kämpferischer und erbitterter Kommunisten überzeugen. Weder er noch seine Bekehrer verdienen ein Wort tadelnder Kritik. Nur ein paar Fragen seien gestattet: Wäre der nationalistische Offizier auch für die KPD. zu gewinnen gewesen, wenn dort nicht seit dem Wahlauftritt vom letzten Sommer anstelle der früheren Bekenntnisse zur Weltrevolution die Parole der „nationalen“ Revolution getreten wäre? Wäre der junge Scheringer auch für Klassenaktionen zu gewinnen gewesen, die neuerdings bei der KPD. durch Aufrufe zur „Volks“aktion abgelöst sind? Hätte er das schneidige Linksumkehr fertig gebracht, wenn er nicht die Rote Fahne von oben bis unten mit militärischen Ausdrücken bestückt sähe. Das arbeitet mit schnarrenden Worten wie wehrhaft und Offensive, Front und Formationen, Stoßbrigaden, Etappen und marschierenden Reihen, auch wo das alles nur im übertragenen Sinne des Symbols gemeint ist. Die Radikalnationalisten um Otto Straßer, Niekisch, Paetel, Jünger stellen längst fest, daß die Kommunisten sich ihres Streitrosses bemächtigt haben. Kein Zweifel, daß sich das rotumsäumte Sattelzeug hübsch ausnimmt, und kein Wunder, daß es dieselben Reiter zum Aufsitzen reizt, die es ohnehin eingeritten haben. Nicht der nationalistische Offizier ist zu den Kommunisten gekommen, sondern die Kommunisten sind ihm entgegengekömmt. Außer in der Rassen- und allenfalls in der Russenfrage sind zwischen den Parteikommunisten und den antifaschistischen Nationalisten grundsätzliche Differenzen kaum mehr zu erkennen. Der Nationalbol-schewist Scheringer wenigstens hat keinen weiten Sprung zu tun brauchen. Rot Heil!

FANAL

Abonnements = Erneuerung

Mit diesem Heft beginnt das dritte Quartal des V. Jahrgangs. Die Halbjahres-Abonnements sind damit fällig. Von den Lesern, welche die Gebühren bis zum 10. April nicht durch Zahlkarte entrichtet haben, werden sie, ihr Einverständnis vorausgesetzt,

d u r c h N a c h n a h m e
erhoben.

Leider entstehen regelmäßig bei der Einziehung der Abonnementsgelder sehr erhebliche, für unser unter der Wirtschaftsnot dauernd schwer leidendes und um seine Existenz zäh ringendes Blatt überaus empfindliche und dabei gänzlich überflüssige Kosten dadurch, daß viele Leser die Nachnahmekarten nicht einlösen. Wer nicht in der Lage ist, die fällige Summe auf einmal zu entrichten, sollte uns das vorher durch Postkarte mitteilen. Daß wir Erwerbslosen auf rechtzeitige Verständigung hin Zahlungsaufschub gewähren, versteht sich von selbst. Wer aber das Geld hat, sollte es bereit halten und uns nicht zu unfruchtbaren Kosten und unnötiger Arbeit zwingen. Alle schriftstellerische, redaktionelle und administrative Arbeit am FANAL wird von den Genossen um der Sache willen unentgeltlich geleistet. Von den Lesern kann soviel Solidarität erwartet werden, daß sie diese Arbeit nicht zwecklos vermehren. Ueberdies bedeutet jede vergeblich ausgesandte Nachnahme eine Sonderbesteuerung der Zeitschrift zugunsten des Staates. Den Ertrag davon hat nicht der arme Briefträger, der vergeblich Treppen steigen mußte, sondern der Staat, der damit abgehalfterten Fürsten und Generalen Pensionen zahlt und Roggenpreise stützt.

Also: Haltet das Geld bereit fürs FANAL! Finanziert lieber die Munition des revolutionären Kampfes als die der Reichswehr und Polizei!

Zahlt oder löst die Nachnahme ein!

Anarchistische Vereinigung Berlin

Gruppe Neukölln.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64

9. April, Vortrag des Genossen Lothar Gebhardt, über
„Wära“

30. April, Vortrag der Genossin Else Beck. über
„Religion und Freidenkertum“.

Eingänge für den Pressefonds:

Gustav K, Gotha	2.—
Wilh. Reede, Stuttgart	1.—
E. v. A., Gießen	25.—
Anarch. Vereinigung, Berlin	20.—
A. Holke, Leipzig	10.—
Dr. J., Lübeck	5.—
Gustav Waldow, Berlin	10.—
Dr. R. Friedeberg, Ascona	50.—
Metzner, Halle	10.—
Kurt Munger, Berlin	10.—

Diese freiwilligen Spenden liefen in den drei letzten Monaten ein. Wir danken den Gebern und bitten, FANAL weiterhin über die Wirtschaftsnot hinüberzubringen, die eine andauernde Verminderung der Einnahmen durch

Abspringen Erwerbsloser verursacht

**Anspannung aller Kräfte ist nötig, um das Weitererscheinen von
FANAL zu sichern!**

Union Anarchistischer Vereine Groß-Berlins und Umgegend

Zusammenkunft in folgenden Lokalen:

Gruppe Südost: Jeden Donnerstag im Lokal A. Zander, Lausitzerstr. 25

Gruppe Norden: Jeden Freitag im Lokal Berliner Kindl, Dolezel
Böttgerstr. 4.

Gruppe Osten: Jeden Donnerstag im Lokal Jerrasch, Boxhagenerstr. 24

Gruppe Spandau: Jeden Donnerstag im Lokal „Zum Nordpol“, Lutherstr. 3

Gruppe Lichtenberg: Jeden Freitag im Lokal Kupsch, Tasdorferstr. 4.

Gruppe Zentrum: Jeden Mittwoch im Lokal Spiegel, Ackerstraße 1,
Am Koppenplatz.

Anarchistische Jugend, Neukölln. Versammlung jeden Montag, im
Jugendheim, Bergstraße 29.

Bücher,

die jeder freiheitliche Sozialist lesen sollte

Alf von Bruno Vogel. Ein antimilitaristischer und Jugendroman.
Ein von der gesamten Presse glänzend beurteiltes Buch!
Leinenband 6.—

Die letzte Stunde von Fritz Gross. 160 Novellen von den Todes-
stunden bedeutender Menschen der Welt-
geschichte. Leinen gebunden 6.—

Nelti von Han Ryner. Ein utopischer Roman. Der reiche Inhalt ist
spannend dargestellt, die Sprache dichterisch schön.
Ganzleinen geb. 5.—

Das letzte Gefecht von E. Pataud u. E. Pouget. Ein Revoluti-
onsroman. Mit Illustrationen v. F. Rocker.
Vorwort v. Kropotkin. Leinen 5.—

Staatsraison von Erich Mühsam. Drama. Ein Denkmal für Sacco-
vanzetti. Leinen geb. 2.—

Brennende Erde von Erich Mühsam. Verse eines Kämpfers! Der
beste Gedichtband d. bekannten Freiheitskämpfers.
Geb. 2.—, broch. 1.—

Mein Leben hinter Kerkermauern von Karl Plättner, dem mitteleut-
schen Bandenführer! Gegen Ju-
stizschmach! Leinen geb. 5.—

Hinter Stacheldraht u. Gitter von Rudolf Rocker. Erinnerungen aus
der englischen Kriegsgefangenschaft.
Gebunden 5.40, broch. 3.50

John Most. Das Leben eines Rebellen v. R. Rocker. Eine Biographie
Gebunden 5.40, broch. 3.50

Die Sechs von R. Rocker. Sechs Gestalten aus der Weltliteratur.
Leinen 2.40, broch. 1.50.

Vom andern Ufer von R. Rocker. Politische Essays.
Gebunden 1.80, broch. 0.90

Die Untersten von V. Noack. Geschichten aus dem Berliner
Scheunenviertel. Gebunden 1.50, broch. 0.90

Empörer! Empor! von Kurt Klüber. Gedichte, Skizzen u. Reisebe-
richte. Gebunden 2.10, broch. 0.90

Dämonen des Blutes von Samuel Lewin. Eine Vision gegen den
Krieg. Gebunden 1.50, broch. 0.90

Sturm von J. H. Mackay. Revolutionäre Gedichte.
Gebunden 1.50, broch. 0.90

Die Tat von A. Berkman. Gefängnis-erinnerungen eines Anarchisten.
Das Buch hat im In- und Auslande Aufsehen erregt.
Gebunden 6.50, broch. 5.—

Verbreitet diese Literatur!

ASY-VERLAG G.m.
b. H.

Zu beziehen durch FANAL

Januar

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Ruhe, Ordnung, Sicherheit — Unter

der Knute — Zuchthäusler — Revo-

lution in Spanien — Bauernlied (Ge-

dicht) Kleinigkeiten — Organisatorisches

NR. 8

PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)

JAHRGANG 5

BERLIN

MAI 1931

Helios Gomez:

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern 2.50 Mk.

Die 25 Blätter dieser Mappe, die im Auftrage der I. A. A. herausgegeben wurde, sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst.

Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung der Mappe!

Der Reinertrag fließt restlos den Opfern
der spanischen Reaktion zu.

Kind und Elternhaus

*Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von B. Liber,
New-York*

(Vorzugspreis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 8

Mai 1931

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419 Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin - Britz, Dörschkuchingstr. 49. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Ruhe, Ordnung, Sicherheit

Der spanische Faschismus ist besiegt, die Götterdämmerung der widerwärtigsten Form autoritärer Staatsschinderei hebt an. Das ist für das Deutschland, dessen historisches Schicksal es ist, immer nachzuhinken, der Augenblick, um den Faschismus zur tatsächlichen Staatsgewalt zu machen. Unter dem Vorgeben, den „politischen Ausschreitungen“ entgegenwirken zu wollen, hat Hindenburg, der Besiegte des Weltkrieges und der Besieger der deutschen Republik, flankiert von den päpstlichen Sachwaltern der Völkerbundfiliale Deutschland, Brüning und Wirth, und unter Beihilfe des preußischen Kleinkaliber-Sozialisten Severing die wüsteste politische Ausschreitung begangen, zu der bis jetzt der berühmte Amtsmißbrauch-Artikel 48 der Reichsverfassung erhalten mußte. Die Notverordnung vom 28. März stellt den Uebergang dar von dem „Gesetz zum Schutze der Republik“ vom 25. März 1930 (im Wortlaut mitgeteilt in FANAL Jahrg. IV, Nr. 9, Juni 1930) zu der Diktaturverordnung der Claß-Hugenberg, die die preußische Regierung 1926 veröffentlicht hat und die das Reichsgericht als Anregung für den Reichspräsidenten, dem Artikel 48 die für den Faschismus zweckmäßigste Anwendung zu sichern, straffrei erklärt hat (mitgeteilt im vorigen Heft des FANAL. Bei dieser Gelegenheit sei richtiggestellt, daß der Verfasser des Massenmordprogramms von der Pfordten nicht mehr, wie angegeben, Oberregierungsrat im bayerischen Justizministerium war, als er 1923 den Kahr und Hitler die Gebrauchsanweisung für die Verknechtung des deutschen Volkes schrieb, sondern Baye-

rischer Oberstlandesgerichtsrat, somit Mitglied des höchsten Gerichts in Bayern, bestellt, dem bestehenden verfassungsmäßigen Recht einer der deutschen demokratischen Republiken die letzte, nicht mehr revidierbare Deutung zu geben. Er versah dieses Amt in Gemeinschaft mit dem Hitlerkomplicen Pöhner, der nach eigener Aussage 5 Jahre lang nichts als Hochverrat getrieben hatte und der dann, nach seinem Uebertritt zu den Deutschnationalen, eines merkwürdigen Todes starb, und mit dem gewissenlosesten Peiniger proletarischer Revolutionäre, dem Exdemokraten Müller-Meinungen, der ein Ehrenmann ist, wie ich nie wieder bestreiten werde, da ich wegen der Behauptung, er sei das Gegenteil, schon einmal 2 Monate Gefängnis abgebrummt habe).

Man wird sich zu vergegenwärtigen haben, was dem Erlaß der anmutigenden „Ausschreitungs“-Verordnung vorausging. Der Reichstag, längst nichts anderes mehr als eine Bewilligungsmaschine für jede, restlos jede Forderung der zur Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen ostelbischen Junker, westelbischen Schlotbarone, ultramontanen Seelenknebler, paneuropäischen Bankokraten und alldeutschen Händelsucher, hatte vollbracht, was von ihm verlangt war. Er hatte das demokratische Prinzip so vollkommen in der Praxis widerlegt, wie es noch keinem Antidemokraten in der Theorie gelungen ist. Brüning verkündete ja schon vor der Wahl, daß die von ihm als verantwortlichen Redakteur jener Arbeitsgemeinschaft für notwendig gehaltenen Maßregeln zur Sicherung des Profits und zur Niederhaltung von Sättigungsansprüchen der Arbeiter und der Arbeitslosen durchgeführt werden würden, gleichviel wie der neue Reichstag beschließen möge. Die Verfassung behauptet, das, was die Mehrheit der aus Auszählungswahlen hervorgegangenen Gesetzgeberkörperschaften richtig findet, sei Volkswille und daher richtig. Brüning erklärte, das, was er anordne, sei richtig, und wenn die demokratischen Parlamente etwas anderes richtig finden, so beweiße das nur, daß das Volk seinen eigenen Vorteil falsch bemesse. Brüning erließ sein „Gesundungs“-Programm für die deutsche Wirtschaft, ein Programm krasserster Interessengeschäfte zugunsten der gekennzeichneten Arbeitsgemeinschaft und auf Kosten der Hungrigen, und erlebte, daß der neue Reichstag trotz seiner faschistischen Jubelgarde es ablehnte. Darauf beauftragte der Reichspräsident den Reichskanzler, die Wünsche der Kapitalisten auf dem Wege des Artikels 48, also diktatorisch, zu erfüllen. Das geschah. Brüning, Dietrich, Schiele und Treviranus behielten recht. Die Demokratie wurde belehrt, daß sie höchst geschätzt sei, aber nicht querköpfig sein dürfe, und der große Republikaner Wirth, der schon 1922 die Nationalisten besiegte, indem er den

Kommunisten ein Zuchthausgesetz beschwerte, zur Zeit in der Reichsregierung Vertrauensmann von Polizei und Kirche, mobilisierte Gummiknüppel und Weihwedel, um die Demokratie vor sich selber zu schützen. Nun stand dem Reichstag noch das Recht zu, die Aufhebung der Notverordnung zu beschließen. Hätte er das getan, dann wäre nach Gesetz und Verfassung die schon einmal zum Schein abgeänderte Hungerverordnung Brünings unwirksam geworden, aber nur nach Gesetz und Verfassung. In Wirklichkeit wäre genau das geschehen, was geschehen ist: Agrar-, Industrie- und Finanzkapital hätten bekommen was sie beehrten, nur wäre eben die Fiktion beseitigt worden, als ob dem Reichstag überhaupt eine andere Entscheidung als die Zustimmung offen sei. Dies wußte jeder, dies wußte sogar die sozialdemokratische Partei, und da die Politik dieser Schäfchen auf der Weide sich in Anstrengungen erschöpft, weiterhin auf der Weide grasen zu dürfen, retteten sie das, was sie Demokratie nennen, das Recht, dabei sitzen zu können, wenn über sie hinweg beschlossen wird, was die Diktatoren gut dünkt. Sie sagten zu allem ja, zu dem einzigen Zweck, zu allem weiteren ja sagen zu dürfen.

Da also die Sozialdemokraten der von der rechten und linken Opposition geforderten Aufhebung der Notverordnung widersprachen, war dem Faschismus der illegale Weg, sich zu etablieren, zunächst versperrt, er mußte wohl oder übel den legalen Weg beschreiten. Daß dieser Weg unsympathisch ist, versteht unsereiner, und so ist es auch zu verstehen, daß die Leute um Hugenberg und Göbbels, die sich wenigstens offen zum Faschismus bekennen, die legale Gesetzgebung gegen die Arbeitslosen, Kriegsoffer, Sozialrentner und die noch beschäftigten Ausgebeuteten, eine Gesetzgebung, die ihnen an und für sich ganz gut behagt, da sie ihnen in die Hände arbeitet, gegen die sie aber aus agitatorischen Gründen Opposition treiben müssen, lieber denen überlassen wollten, denen sie weniger behagt und die sie aus bloßer Angst besorgen. Die Faschisten beider Tönungen marschierten aus dem Reichstag heraus und überließen es den Zurückbleibenden, die Liebesgaben für die agrarischen Getreidewucherer, genannt Osthilfe, die brotverteuernden Zölle, die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, die unverschämteste Besteuerung der Armut, die Entlastung der arbeitslosen Einkommen von Steuerpflichten und was dergleichen sonst noch unsre liebe Gewohnheit geworden ist, nach den Wünschen der Diktatur-Regierung zu bewilligen. Sie selbst hätten alledem zustimmen müssen, weil ihre Organisationen im Solde der Interessierten stehen; jetzt zwangen sie die Sozialdemokratie, faschistische Politik zu treiben, um die Demokratie zu retten! Brüning kannte aber

kein Erbarmen mit dem erbarmungswürdigen Geschmeiß. Um ihnen jede Hoffnung zu nehmen, sie könnten vor ihren proletarischen Wählern erzählen, die Sparsamkeit erfordere die entsetzlichen Opfer der Arbeiterschaft, die Industrien würden zugrunde gehen, wenn nicht die Lebenshaltung maßlos verteuert, zugleich die Arbeitslöhne herabgesetzt und die sozialen Leistungen für Invaliden, Kranke, Wöchnerinnen, Säuglinge und Schulkinder empfindlich gekürzt würden — mit der Begründung, die Arbeiterschaft dürfe keine kapitalistischen Industrie-Unternehmungen zugrunde gehen lassen, die allein ihr Brot geben könnten, haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften schon den Crimmitschauer Textilarbeiterstreik 1902 abgewürgt —; um ihnen keine Ausflucht offen zu lassen, als ob die allgemeine Not ihr Verhalten diktiere, ließ Brüning noch seinen Gröner mit der Forderung auffahren, jetzt müsse der Panzerkreuzer B bewilligt werden, sonst könne er nicht länger Wehrminister bleiben. Zweimal, 1928 und 1930, sind die armen Sozialdemokraten mit heiligen Schwüren gegen die Panzerkreuzerpläne der Militärs in die Wahlschlacht gezogen. Beide Male haben sie selbst den Schiffsbau ermöglichen müssen, erst, damit die Kanzlerherrlichkeit des seligen Müller nicht gleich wieder in die Brüche gehe, dann, damit der Kreuzer nicht ohne Bewilligung gebaut würde. Nachdem die Sozialdemokraten also gehorsam geleistet hatten, was zu leisten den streikenden Faschisten zugekommen wäre, nachdem sie der staunenden Welt dieses Verhalten damit erklärt hatten, daß der demokratische Parlamentarismus nur gerettet werden könne, wenn er auf sich selbst verzichte, nachdem sie auf diese Weise den Exodus der Nationalisten, der ohne nachfolgenden Aufstand eine alberne Halbheit geblieben wäre, als politisch kluge und erfolgreiche Aktion gerechtfertigt hatten, bedurften Brüning, Wirth, Schiele, Dietrich und Stegerwald nur noch ihres Einverständnisses, die gesamte Gesetzgebung für die bevorstehende Zeit außerparlamentarisch erledigen zu lassen. Ein Parlamentsbeschluß, daß kein Parlamentsbeschluß mehr in die Politik der pfäffisch-faschistischen Regierung hineinzupfuschen habe, heißt hierzulande Demokratie und Rettung des Parlamentismus. Die Reichsregierung wurde ermächtigt, nach Belieben weiter mit Notverordnungen die Friedhöfe zu füllen; der demokratische Reichstag trat mannhaft zur Seite und ließ sich zwei Tage darauf mit der „Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ überraschen. Er war gegangen, um sich überraschen zu lassen.

Als Grund für den Erlaß dieser Verordnung, mit anderen Worten für die Verhängung des Belagerungszustandes über den Volksteil, der von der Gewissenlosigkeit und Unfähigkeit der herr-

schenden Gewalt am empfindlichsten betroffen wird, versichert uns der knödelnde Ueberzeugungston, der Herrn Dr. Joseph Wirth auszeichnet, viele traurige Vorgänge ließen seit geraumer Zeit Deutschland als ein Land erscheinen, in welches „ein schwerer Einbruch der Unkultur“ erfolgt sei. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Eindruck tatsächlich entstehen muß, wenn man das Wirken der öffentlichen Instanzen, zumal solcher, die dem Befehlsbereich des Dr. Wirth zugehören, beobachtet. Das unbeschreibliche Leiden der Massen, denen beim Stande von 5 Millionen Arbeitslosen täglich neue Lasten aufgebürdet werden, schien den bestellten Kulturhütern des Staates die geeignete Plattform, um darauf die reaktionärste Willkür gegen jede Aeüßerung geistiger Regsamkeit aufzurichten. Die volkstümlichste Anregung der Phantasie, der Film, wurde durch Zensurschikanen zu einem gefügigen Werkzeug der Militarisation und Verpaffung des Publikums zurechtgebogen. Das Verbot des Remarquefilms war zugleich ein Bekenntnis der Solidarität mit allen Kriegstreibern und Rüstungsspekulanten, ein Ansporn für die Hakenkreuzler, mit terroristischen Mitteln der Arbeiterschaft den Geschmack an der Wahrheit auszutreiben, und eine Anweisung an die Filmindustrie, was für Autoren brotlos zu machen sind, damit die Frömmeler, Hurraparioten und Kitschfabriken jede unbequeme Konkurrenz los werden. Es folgten in rascher Folge Verbotsserien, die die Stimmung vorbereiteten für die Gewaltsamkeiten, mit denen besonders der wachsende Widerstand des Proletariats gegen die gesetzlichen Verhinderungen der Geburtenbeschränkung gebrochen werden sollte. Die Verhaftung der Stuttgarter Aerzte Friedrich Wolf und Else Kienle, die damit verbundene ekelhafte Inquisition, um Proletarierfamilien zu diffamieren, die den Ungeborenen den eigenen Jammer ersparen wollten, war dann der erste große Schlag der eingebrochenen Unkultur, mit dem Kirche und Justiz, Milchschwestern von jeher, die Anmaßung der Menschen, in den eigenen Existenzfragen selbst zu bestimmen, zu Boden zu strecken versuchten. Wenn die wunderbar tapfere Haltung der Frau Dr. Kienle alle Sympathie für sich zu gewinnen wußte und dadurch den Krieg der Wirthreaktion gegen alle kranken, armen und unglücklichen Frauen zu einer Massenbewegung gegen den schmutzigen § 218 werden ließ, so war das für die Regierung eine schmerzliche, für uns eine erfreuliche Bestätigung dafür, daß der Widerstand gegen die schmachvollen Staatsattacken auf alle Reste von Freiheit noch nicht vollständig in der erstrebten Apathie der Zermürbtheit erstickt ist.

Frau Kienle befand sich noch im Hungerstreik, als die Herren Hindenburg, Brüning und Wirth mit ihrem kirchenfaschisti-

schen Ukas ans Licht traten. Nach den dienstwilligen Kommentaren der bürgerlich-sozialdemokratischen Knickebeine sollte das Ding mal wieder Ruhe, Ordnung und Sicherheit unter die knurrenden Mägen, die gestrichenen Krisenunterstützungen und die auf die Straße geschmissenen Familien tragen. Das war schon immer so, daß die Veranstalter eines Elends, das sie selber Ordnung nennen, die Ruhe ihres unbeschwerten Daseins der Sicherheit von Prügel- und Schußwaffen, Maulkörben und Zwangsverließen anvertrauen. Man hängt euch den Brotkorb höher und höher, man senkt euch die Löhne tiefer und tiefer, man preßt euch das letzte heraus, um keinen Vorteil des Reichtums um eurer Not willen preisgeben zu müssen, — aber haltet nur Ruhe, dann wird die staatliche Ordnung euch schon mit Sicherheit verkommen lassen. Zum Teufel, Arbeiter, was muß eigentlich noch geschehen, damit ihr endlich einmal aus eurer verdammten Ruhe aufschreckt?!

Wollten die Wirth und Severing wirklich bloß die Keilereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten verhüten, als sie die kümmerlichen paar Rechte, die die Republik noch ihren Staatsbürgern gelassen hatte, aufhoben und das Leben verzweifelter Menschen ins Belieben jedes uniformierten Knallsportlers stellten? Schutz der Arbeiter vor Schutzleuten wäre wichtiger als Schutz der Arbeiter vor einander. Den könnten sie sich selber schaffen wenn sie sich entschlossen, mit einander über die Not zuhause zu reden, ehe sie losprügeln. Schutz vor Schutzleuten kann es aber erst geben, wenn die Straßen von schwerbewaffneten Aufpassern frei sind. Wer nämlich nicht um einer Idee, sondern um eines Amtes willen ständig Waffen trägt, ist in der dauernden Versuchung, durch den Gebrauch der Waffen die Wichtigkeit seines Amtes zu erweisen. Hat nicht erst vor wenigen Wochen wieder ein Berliner Schupo auf der Straße einen Mann, mit dem es garkeine Handel gab, mir nicht dir nichts niedergeschossen? Hat nicht im verflossenen Monat einer seiner Kollegen im Friedrichshain ein paar Kümmelblättchenspieler, die sich seiner Festnahme entziehen wollten, einfach zum Tode verurteilt, und als sie sein Schuß nicht traf, wenigstens einen unbeteiligten neunjährigen Jungen schwer verwundet? Ist nicht die abscheuliche Schießerei in die Arbeiterdemonstration beim Friedhof in Pelkum, bei der drei Männer, die ihre 1920 im Kampf gegen Noskes Stahlhelmer gefallenen Klassengenossen ehren wollten, getötet wurden, ein deutlicher Beweis, daß die Ausschreitungsverordnung ein einziger Anreiz zu Ausschreitungen der Staatsgewalt ist und die Arbeiter nicht nur in ihrer Sicherheit gefährdet, sondern unmittelbar am Leben? Endlich: welche Zumutung, daß wir glauben sollen, der Belagerungszustand richte sich gegen Krachmacher aller verschie-

denen politischen Richtungen! Hitler, der, da ohnehin von Brüning seine Politik getrieben wird, nur noch Opposition markiert, weil Hugenberg diese Politik in eigener Regie mit Hitlers Beistand treiben möchte, und der sich mit inbrünstigen Versicherungen seiner unbedingten Legalität bei arischen und jüdischen Kapitalisten hemmungslos anschmiert, hat von seinen Leuten die unbedingte Respektierung der Verordnung verlangt, widrigenfalls gnadenloser Rausschmiß aus Partei, braunem Hause und drittem Reich erfolgt. Er hat in diesem Falle nicht unrecht. Faschisten etwelcher Sorte werden von der Errichtung des faschistischen Drahtverhaues nicht bedroht. Weder Justiz noch Polizei haben in den paar Wochen, seit er besteht, den geringsten Zweifel offengelassen, daß der proletarische Klassenkampf getroffen werden soll, sonst nichts, und der proletarische Klassenkampf ist allerdings in Zeiten, in denen ein miserables Wirtschaftssystem, der Kapitalismus, wie eine angeschossene Bestie um ich schlägt, um seine klägliche Hilflosigkeit nicht merken zu lassen, die einzige Gefahr, die der Bestie tötlich werden kann.

In einer Hinsicht ist das Wirthsche Elaborat an Erkenntnis den meisten Proletariern, zumal den marxistisch geschulten, voraus. Es setzt alle Unterbindung der geistigen Rechte, alle Aufhebung der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit, alle Verbote, Drohungen und Anordnungen in fortwährend spürbare Beziehung zu kirchlichen Interessen. Das bedeutet, daß den jesuitisch gewitzten Köpfen, die in Deutschland die Grundsätze der Politik bestimmen, der ökonomische Mangel, das bloße physische Elend der Massen lange nicht so gefahrdrohend scheint wie die seelische Empörung gegen eine Autorität, die die Hinnahme jeglicher Entwürdigung als moralische Pflicht fordert. Zugleich mit der Verkündung der Verordnung ließ Wirth ein Rundtelegramm an alle deutschen Länder-Innenminister ergehen, worin er darauf aufmerksam machte, daß sich die Maßnahme vortrefflich dazu eigne, „die das christliche Empfinden schwer verletzenden Anti-Osterkundgebungen, insbesondere Fahrten“, zu verhindern. „Ich darf Ihre besondere Aufmerksamkeit auf die politische Bedeutung der Verhinderung dieser Fahrten lenken“. Die politische Bedeutung liegt am Tage; sie besteht in dem Vorteil, die christliche Frömmigkeit mit den Maschinengewehren und Karabinern des Staates über die Gottlosigkeit von Hunger gequälter Proletarier siegen zu lassen. Wirth tat aber noch ein übriges: er richtete am gleichen Tage „an die leitenden Stellen der verschiedenen Religionsgemeinschaften“ das Ersuchen, „dahin zu arbeiten, daß in den Gotteshäusern usw. die Polemik gegen Dissidenten in jener einwandfreien Form gehalten werde, wie sie die Verfassung auch

für Antikirchenpropaganda gestattet“. Seht doch die Toleranz! In Berlin aber, wo im Polizeipräsidium jetzt der Grzesinsky zögierelt, wurden prompt alle gegen die Kirche gerichteten Freidenkerkundgebungen, auch in Sälen, verboten.

Der Sinn dieser Hervorhebung kirchlicher Interessen in einer staatlichen Unterdrückungsmaßnahme ist dieser: Ruhe, Ordnung und Sicherheit können nur in begrenztem Maße mit Waffengewalt geschützt werden, mindestens niemals auf die Dauer. Es gibt Anregungen, die stärker sind als die Angst vor dem Getötetwerden. Die viel wichtigere Waffe als die schießende und hauende ist die Erhaltung der Demut und der freiwilligen Unterwerfung unter die Weisheit der Obrigkeit, die Einpflanzung der bescheidenen Achtung vor allem, was Gottes geistliche oder staatliche Stellvertreter gut befinden, in die Seelen derer, die sich mit jenseitigen Hoffnungen über ihre irdische Not hinwegtrösten lassen. Diese Arbeit, die Hungernden zufrieden zu machen, darf nicht behindert werden, sonst platzt der Apparat der Ruhe und Ordnung. Wehe, wenn die Autorität bei den Menschen in die Brüche geht! Dann ist's aus mit Panzerwagen und Versammlungsverboten, dann siegt in aller Buchstäblichkeit die Gottlosigkeit über Staat, Kirche und Ausbeutung. Hätten das nur die Marxisten begriffen! Sie reißen zwar den Gottglauben aus den Seelen heraus, senken aber dafür den Glauben an andere Autoritäten hinein. Von Freiheit erfahren die Menschen durch sie nichts; wo aber keine Freiheit ist, gibt es auch keinen Stolz. So wenig den Wirthsleuten die Pistolen und Knuten allein helfen können, so wenig nützt den verelendeten Massen die bloße Erkenntnis der ökonomischen Ursachen ihrer Not, um sie zur Revolution zu bringen. Die Pfaffen wissen, daß Voraussetzung aller Knechtung Autorität ist, daß Ruhe und Ordnung, wie die Obrigkeit sie braucht, nur besteht, solange die Menschen aus Demut gehorsam sind. Aber die Marxisten wissen nicht, daß Revolution Freiheit braucht und daß sittliche Kräfte zu ihrer Entfesselung nötiger sind als alle Qual des Hungers, der Kälte und der Obdachlosigkeit. Wenn die Arbeiter einmal vor den Auslagen der Luxus- und Delikatessengeschäfte stehen, nicht mit der Empfindung des Neides und der Begierde, sondern mit dem Zorn des Beleidigten, den man verhöhnt, indem man ihm sein zerlumptes Kleid im Spiegel eines Juwelierschaufensters zeigt, dann werden keine Verbote und keine Befehle, keine Flinten und keine Kanonen, und auch keine Hindenburgschen Belagerungszustände und Brüning-Wirthschen Gebetsmühlen helfen, dann, wenn im Hungrigen der Beleidigte wach wird, ist es geschehen um die Ruhe der Bürgers, um die Ordnung der Paragraphen, um die Sicherheit des Staates.

Der erste Mai ist da. Die Arbeiter, auseinandergerissen von Führercliquen, deren keine das Proletariat so heiß liebt wie den eigenen Organisationsstall, trabt hinaus, auf den Wegen, die die Polizei erlaubt hat, hört die Reden, die es jahraus, jahrein hört, nur gedämpft von den Besorgnissen, die Notverordnung gegen Ausschreitungen könnte die Severingbrüder zu Ausschreitungen ermutigen. Die ungesühnten Zörgiebel-Toten vom Mai 1929 schweigen, weil ihre Sprache unter das Ausnahmegesetz fiel. Einmal werden sie zu euch reden, Freunde, einmal werden die Toten aus ihren Gräbern schreien: Wie lange wollt ihr noch die Polizei um Erlaubnis fragen, ob und in welchen Formen ihr den Mai feiern dürft? Wielange laßt ihr euch noch vom Staate die Grenzen abstecken, in denen ihr ihn bekämpfen dürft? Wie lange wollt ihr euch noch gegenseitig die Köpfe einschlagen und dadurch denen die Ruhe sichern, die von eurer Zwietracht leben und erledigt wären, sobald ihr euch als Klassengenossen zusammenfändet: den Kapitalisten, den Faschisten, den Besitzbürgern? Verleidet ihnen die Ordnung ihrer Belagerungszustände! Flößt ihnen Zweifel ein an der Sicherheit ihrer Gesetzesfallen und ihrer Bankkonten!

Unruhe!

Unruhe!

Unruhe!

Unter der Knute

Es scheint ratsam, die wichtigsten Stationen des deutschen Proletariats auf dem Passionswege zum offenen Faschismus dokumentarisch anzumerken. Hier folgt die „Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“, erlassen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung von den zuständigen Reichsorganen „in vollem Einvernehmen mit dem preußischen Innenminister Severing“ am 28. März 1931.

Abschnitt I.

§ 1. 1) Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel müssen spätestens 24 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde angemeldet werden. Sie können verboten werden, wenn nach den Umständen zu besorgen ist, 1. das zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird oder 2. daß Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder 3. daß eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechtes, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder 4. daß in sonstiger Weise die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet wird. — 2) Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen erfolgen. — 3) Ausgenommen sind gewöhnliche Leichenbe-

gänglichnisse, hergebrachte Züge von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten.

§ 2. Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, bestraft 1) wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt; 2) wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder anreizt.

3. Wer an einer verbotenen Versammlung teilnimmt oder den Raum für sie zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 4. 1) Die Vorschriften des § 1 gelten entsprechend für Personenfahrten, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken unternommen werden. — 2) Wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Lastwagenfahrt veranstaltet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft; daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden. 3) Wer an einer verbotenen Lastwagenfahrt teilnimmt oder den Wagen für sie zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft. — 4) Wird zu einer nicht angemeldeten oder verbotenen Fahrt ein Lastkraftwagen benutzt, so kann seine polizeiliche Zulassung bis zur Dauer eines Jahres entzogen werden.

§ 5. Wer eine Schußwaffe unbefugt führt und eine Gewalttätigkeit mit ihr gegen einen andern begeht oder ihm androht, wird, soweit nicht die Tat nach andern Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft; daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 6. Versammlungen und Aufzüge der im § 1 bezeichneten Art können aufgelöst werden, 1) wenn sie entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind, 2) wenn von den Angaben der Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwider gehandelt wird 3) wenn in ihnen eine der in § 1 Abs. 1) Nr. 1 bis 3, § 2 Nr. 2), § 5 bezeichneten Handlungen begangen wird oder dem § 13 Abs. 2 Satz 1 des Reichsvereinsgesetzes zuwidergehandelt wird, 4) wenn in ihrem Verlauf die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.

§ 7. Vereinigungen, deren Mitglieder wiederholt gegen die §§ 2 bis 5 dieser Verordnung, gegen § 107 a des Strafgesetzbuches oder gegen § 3 des Gcsetzes gegen Waffenmißbrauch vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 77) verstoßen haben und in denen solche Handlungen gebilligt oder geduldet werden, können aufgelöst werden. Wer sich an einer hiernach aufgelösten Vereinigung als Mitglied beteiligt oder sie auf andre Weise unterstützt oder den durch die Vereinigung geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, soweit nicht die Tat nach andern Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist.

§ 8. Für politische Vereinigungen kann das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen verboten werden. Das Verbot kann sich auf das Tragen bei bestimmten Gelegenheiten beschränken. Wer eine verbotene Kleidung oder ein verbotenes Abzeichen trägt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wenn mildere Umstände vorhanden sind, mit Geldstrafe bestraft, soweit nicht die Tat nach andern Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist.

§ 9. Ist eine Versammlung verboten oder für aufgelöst erklärt oder ist gemäß § 4 Abs. 1) eine Personenfahrt auf Lastwagen verboten worden, so hat die Polizeibehörde dem Leiter oder Veranstalter der Versammlung oder der Fahrt die mit den Tatsachen zu belegenden Gründe der Anordnung schriftlich mitzuteilen, falls er dies binnen drei Tagen beantragt.

Abschnitt II.

§ 10 1) Plakate und Flugblätter, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. — 2) Plakate und Flugblätter politischen Inhalts sind mindestens 24 Stunden, ehe sie an oder auf öffentliche Wegen, Straßen oder Plätzen angeschlagen, ausgestellt, verbreitet oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen. Plakate und Flugblätter, die entgegen dieser Vorschrift der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. — 3) Die öffentliche Ankündigung politischer Versammlungen darf nur die zur Bekanntgabe der Versammlung erforderlichen sachlichen Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, Veranstalter, Teilnehmer, Redner, Vortragsgegenstand, Aussprache und Eintrittsgeld enthalten. Plakate und Flugblätter, in denen unter Verletzung dieser Vorschrift politische Versammlungen öffentlich angekündigt werden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden.

§ 11. 1) Wer Plakate und Flugblätter politischen Inhalts an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen anschlägt, ausstellt, verbreitet oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich macht, die nicht mindestens 24 Stunden vorher der zuständigen Behörde zur Kenntnisnahme vorgelegt sind, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft. — 2) Ebenso wird bestraft, wer der Vorschrift des § 10 Abs. 3) zuwider eine politische Versammlung öffentlich ankündigt.

§ 12. 1) Druckschriften, in denen eine Kundgebung der im § 1 Abs. 1) Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art enthalten ist, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. — 2) Handelt es sich um periodische Druckschriften, so können sie, wenn es Tageszeitungen sind, bis auf die Dauer von 8 Wochen in anderen Fällen bis auf die Dauer von 6 Monaten verboten werden. Für die gleiche Dauer können periodische Druckschriften verboten werden, als deren verantwortlicher Schriftleiter dem Verbot des Reichsgesetzes vom 4. März 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 29) zuwider jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann. — 3) Das auf Grund dieser Vorschrift oder auf Grund des § 13 des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 25. März 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 91) erlassene Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopfblätter der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Abschnitt III.

§ 13. 1) Zuständig für die in den §§ 1, 6, 10, 12 Abs. 1) dieser Verordnung zugelassenen polizeilichen Maßnahmen sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden. Zuständig für die in den §§ 7, 8, 12 Abs. 2) dieser Verordnung zugelassenen Maßnahmen sind die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Gegen die getroffene Maßnahme ist in den Fällen der §§ 1, 6, 10, 12, Abs. 1) die Anfechtung nach den Bestimmungen des Landesrechts, in allen übrigen Fällen die Beschwerde an einen vom Präsidium zu bestimmenden Senat des Reichsgerichts gegeben. Die Einlegung der

Rechtsmittel hat keine aufschiebende Wirkung. . . .

§ 14. 1) Zur Aburteilung der in dieser Verordnung mit Strafe bedrohten Handlungen ist das Verfahren nach § 212 der Strafprozeßordnung auch dann zulässig, wenn der Beschuldigte sich weder freiwillig stellt noch infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wird. — 2) Dasselbe gilt für alle übrigen zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörenden strafbaren Handlungen, die an öffentlichen Orten, in Versammlungen oder durch Verbreitung oder Anschlag von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen worden sind. — 3) Solange in einem Verfahren, das wegen der in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten strafbaren Handlungen nach § 212 der Strafprozeßordnung eingeleitet ist, ein Urteil noch nicht erlassen ist, kann das Gericht die Sache als zur Verhandlung in diesem Verfahren ungeeignet an die Staatsanwaltschaft zurückverweisen; geschieht das, so gilt die öffentliche Klage als nicht erhoben. Der Beschluß ist nicht anfechtbar.

§ 15. 1) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen trifft der Reichsminister des Innern, und zwar soweit es sich um Vorschriften über das Verfahren vor dem Senat des Reichsgerichts handelt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz. Er kann, soweit er es für erforderlich hält, Richtlinien für die Handhabung der Verordnung erlassen. — 2) Der Kreis der leitenden Beamten im Sinne dieser Verordnung (§ 1, Abs. 1) Nr. 2) wird, soweit es sich um Reichsbeamte handelt, von dem Reichsminister des Innern, soweit es sich um Landesbeamte handelt, von den Landesregierungen bestimmt. — 3) Der Reichsminister des Innern kann die Vorschrift des § 1 Abs. 1) Nr. 3, soweit ein Bedürfnis besteht, auch auf andere Religionsgesellschaften und auf Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen, für entsprechend anwendbar erklären.

§ 16. Die in Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung genannten Grundrechte werden für die Geltungsdauer dieser Verordnung in dem zu ihrer Durchführung erforderlichen Umfange außer Kraft gesetzt.¹⁾

§ 17. Diese Verordnung tritt mit Ausnahme der §§ 1, 10 Abs. 2) und 3) mit ihrer Verkündung in Kraft. Die Vorschriften der §§ 1, 10 Abs. 2), 3) treten mit Beginn des dritten Tages nach der Verkündung in Kraft.
Der Reichspräsident Der Reichskanzler Der Reichsminister des Innern
gez. von Hindenburg. gez. Dr. Brüning. gez. Dr. Wirth.

¹⁾ Die in Artikel 48, Abs. 2 genannten Grundrechte betreffen die Freiheit der Person, die Erklärung der Wohnung zur Freistätte, das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis (das nach einer Regierungserklärung vorläufig durch die Verordnung nicht aufgehoben werden soll), das Recht der freien Meinungsäußerung und die Zensurfreiheit, das Versammlungs- und Vereinigungsrecht und das Recht auf Eigentum (Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Reichsverfassung).

Die Maifeier

ist kein Tanzvergnügen, sondern ein Kampfgelöbniß! Proletarier! Ihr seid Sklaven des Eigentums und Prügelungen der kapitalistischen Staats-gesetze! Weder das Eigentum ist heilig, noch sind es die Gesetze! Verweigert beiden den Respekt, und sie werden machtlos sein! Nicht Staatsbewußtsein, sondern Klassenbewußtsein ist der Sinn des 1. Mai!

Zuchthäusler

Walter Bullerjahn hat die Straftat, für die er ins Zuchthaus gesperrt wurde, nicht begangen. Das weiß jeder, der sich mit seinem Fall beschäftigt hat, das wissen auch die Behörden, die seine Rechtfertigung verhindern. Da die Wiederaufnahme eines Strafverfahrens in die Hand des Gerichtes gelegt ist, das das erste Urteil gefällt hat, ist klar, daß Verfahren, mag die Verkehrtheit des Schuldspruchs noch so deutlich vor allen Augen liegen, in der Regel nicht wieder aufgenommen werden. Das Reichsgericht hat Bullerjahn unter schweren Verletzungen der Strafprozeßordnung schuldig gesprochen. Das Reichsgericht müßte, wenn es die Wiederaufnahme zuließe, bestätigen, daß es sich über seine gesetzlichen Vorschriften hinweggesetzt hat, es müßte überdies den adligen Multimillionär Gontard bloßstellen, das Reichsgericht wird also Bullerjahn nicht gutwillig aus dem Zuchthaus herauslassen. Vielleicht hilft ihm der öffentliche Skandal, den sein Fall hervorruft, vielleicht hilft ihm die ausgezeichnete Arbeit seines Rechtsanwaltes Rosenfeld, vielleicht hilft ihm der tapfere Kampf seiner Mutter aus dem Zuchthaus. Vielleicht auch nicht. Daß er unschuldig sitzt, wäre der letzte Grund, ihn herauszulassen. Denn in den deutschen Strafanstalten quälen sich Dutzende und Hunderte von zum Teil lebenslänglich Eingekerkerten mit dem Gedanken, ab, wie sich das, was ihnen geschehen ist, wohl als Gerechtigkeit aufspielen kann, da sie doch wissen, daß sie für Taten verurteilt sind, die sie nicht begangen haben. Der Fall Bullerjahn ist wichtig, weil er ausnahmsweise der Öffentlichkeit zeigt, daß man nichts Verbotenes getan zu haben braucht, um doch des Verbotenen schuldig befunden zu werden, und daß die nachträgliche Entlarvung des Schuldspruchs als Fehlurteil keinen Anlaß schafft, das Schicksal des Verurteilten zu ändern. Die Autorität der Richter, mithin die des Staates würde davon Schaden leiden, und sie ist wichtiger als Menschenleben und Menschenglück.

Hier und an anderer Stelle sollen bald weitere Fälle zur Sprache kommen, in denen die Staatsgewalt tausendmal mehr Mühe aufwendet, den Nachweis einer Nichtschuld zu verhindern als sie aufwendete, um eine Schuld als erwiesen anzusehen. Es wäre zu wünschen, daß sich die Menschen, die alle einmal in die Lage Bullerjahns und der zahllosen für nicht von ihnen begangene Taten verurteilten Zuchthäusler geraten können, mehr um die Opfer einer bürokratischen Justizmaschinerie bekümmern würden als um die Persönlichkeit des fürchterlich entarteten Psychopathen Kürten. Der Mann bietet dem Sexualwissenschaftler sicher bedeutungsvollen Forschungsstoff, uns ist der Fall dadurch interessant, daß die Düsseldorfer Polizei ihm, bereits mehrfach auf seine Fährte gestoßen, Zeit ließ, einen Mord, eine sadistische Scheußlichkeit nach der andern zu begehen, ehe sie ihn faßte. Man erinnert sich an Haarmann, der so lange seinem Mordgeschäft nachgehn konnte, weil er im Nebengeschäft Polizeispitzel war. Die berühmten Berliner Kriminalisten blieben beim Kürtenprozeß unsichtbar. Man hat sie nicht verhört, obwohl sie sich doch lange genug auf dem falschen Mörderspuen in Düsseldorf photographieren ließen. Ihr Ver-

dienst ist es nicht, daß nicht irgend ein ganz Unbeteiligter — sie hielten ja schon einen Schwachsinnigen für überführt — neunfach zum Tode verurteilt und, zu lebenslänglicher Zuchthauspein „begnadigt“ niemals dazu gekommen wäre, die Wahrheit laut werden zu lassen.

Noch viel mehr Anteilnahme als die unschuldig Verurteilten, denen immerhin ein Zufall mal helfen kann, verdienen aber die Zuchthäusler, die wirklich begangen haben, wofür man sie eingelocht hat, wenn nämlich das, was sie taten, für jeden sozial empfindenden Menschen kein Verbrechen des Verurteilten sondern grauenhafte Schuld des Staates, der kapitalistischen Gesellschaft, der autoritären Mächte und der frommen Moral ist. Hier lest eine Lebensgeschichte, die mir aus dem Zuchthaus zuzug. Die behaupteten Tatsachen halten alle vor der Nachprüfung stand. Ich drucke das Selbstbekenntnis wortgetreu nach dem Original ab, beschränke mich aber darauf, Namen und Orte mit dem Anfangsbuchstaben zu bezeichnen, um die Arbeit für die Befreiung des armen Menschen nicht zu erschweren, den Krieg, Staats„fürsorge“ und kindliches Heimweh zu dem gemacht haben, was der gute Bürger als einen Verbrecher verabscheut. Glaubt nicht, Genossen, dieses Dokument, das ich euch unterbreite, betreffe einen exorbitanten Ausnahmefall. Keineswegs, das System des Staates wirkt sich in tausenden von Fällen an braven, liebebedürftigen Menschen ebenso aus. Nur gelingt es selten einem Betroffenen, sein Schicksal so einfach, phrasenlos und wahrhaftig zu schildern, wie es hier geschieht.

LEBENS LAUF von F. K., geboren im März 1905.

Meine ersten Jugendjahre verlebte ich in S., meine Mutter und mein Vater gingen zur Arbeit, meine Schwester und ich waren den ganzen Tag auf uns selbst angewiesen. 1912 verzogen meine Eltern von S. nach D. Dort verließ mein Vater seine Familie, und meine Mutter war auf unsern Lebensunterhalt bedacht. Sie ging Wäsche waschen; meine Schwester und ich wurden von der Straße erzogen. Im August 1914 kam mein Vater wieder nach Hause und sagte, daß er am 3. August in den Krieg muß. Als meine Schwester und ich aufwachten, war mein Vater schon weg. Durch das viele Arbeiten hatte sich meine Mutter ein Leiden zugezogen, und zwar Gelenkrheumatismus und einen Herzfehler, infolgedessen sie immer im Bett liegen mußte. Ich ging nicht zur Schule und blieb bei meiner Mutter; das ging bis zum Jahre 1916 gut, dann wurde ich des öfteren von der Polizei zur Schule gebracht, und als das nicht half, kam ich auf Antrag der Schulbehörde in ein Waisenhaus mit der Begründung, daß meine Mutter infolge ihrer Krankheit machtlos ist und mein Vater im Felde sei. Ich wurde im Februar 1916 dem Evangelischen Gemeindehaus in B. überwiesen. Meine Erlebnisse dort spotten jeder Beschreibung. Am 17. März 1916 lief ich dort weg, am 18. März, gerade an meinem 11. Geburtstag, wurde ich in E. wieder ergriffen und bekam eine Tracht Prügel, die für einen Erwachsenen berechnet war. Mir lief das Blut aus Nase und Mund und zur Strafe wurde ich in eine Dachkammer gesperrt. Vor der Dachkammer war ein verschließbarer Raum angebracht.

und das Dachfenster selbst war mit dicker Farbe angestrichen, so daß immer Halbdunkel in der Dachkammer herrschte. Ohne Luft, ohne Schule, ohne Lesestoff saß ich dort oben und habe keinen Menschen zu sehen bekommen als den Hausvater oder dessen Tochter, die mir das Essen brachten, einen kleinen Blechteller voll. Wenn die anderen Kinder Baden hatten, wurde ich herausgeholt, mir wurden die Augen verbunden, dann wurde ich gradeaus geführt, ein paar mal im Kreise gedreht und dann die Treppe heruntergebracht. Dasselbe Spiel wiederholte sich beim Hinaufgehen. Ich hielt es dort oben nicht aus und habe dann mit dem Eßlöffel den Fensterrahmen entzwei gemacht und bin im Hemde aufs Dach geklettert, wo ich wieder erwischt wurde. Die Prügel kann ich nicht beschreiben, die ich damals bekam. Ich wurde dann dem Rettungshaus in N.-D. überwiesen. Dort war es für die Kinder, welche keine Eltern mehr hatten und sich der Religion fügten, erträglich, ich aber hatte Heimweh und wollte zu meiner kranken Mutter, war auch zu Hause; aber die Polizei holte mich wieder ab. Als ich wieder hinkam, bekam ich zehn Schläge aufs Gesäß im bloßen Hemd, die Oberhose mußte ich ausziehen, dann wurde ich nach der gegenüberliegenden Anstalt L. gebracht und mußte drei Tage Arrest abmachen, dann wieder zurückgebracht und lief wieder weg. Nun wiederholte sich das Erste nochmal, zehn Schläge, drei Tage durch. Bedenkt man, ein elfjähriges Kind wird in Arrest gesperrt, das ist mehr als grausam. Als ich wieder weglief, wurde ich von meiner Mutter nach meiner Heimat in S. zu Bekannten gebracht, war dort eine ganze Weile nicht gemeldet und ging auch nicht zur Schule. Die alten Leute wollten mich zur Polizei bringen, weil sie erfahren hatten, daß ich aus der Fürsorge entwichen war. Ich lief von den Leuten weg und bin dann nach Br. gelaufen, war bei den Soldaten, wo ich für Stiefelputzen und Kochgeschirreinigen Essen bekam. Nachts schlief ich in den Scheunen, Heumieten usw. Dann bin ich auf der Chaussee nach P. erwischt und der Polizei übergeben worden, die mich nach Br. brachte und ins Polizeigefängnis einlieferte. Da die Polizisten die Annahme wegen Schulpflichtigkeit verweigerten, kam ich in das Waisenhaus in Br., wo ich so lange verblieb, bis ich wieder abgeholt wurde. Das Leben der Kinder und die Behandlung waren dort sehr gut; reinlich gekleidet, gut behandelt und reichlich zu Essen haben die Kinder dort bekommen. Sie gingen in die Stadt zur Schule. Wie so ganz anders war es in Br. als in B. und in N.-D. Ich wurde wieder abgeholt und nach N.-D. zurückgebracht. Die Prügel, die ich dort bekam, waren hanebüchen; ich lief auch gleich wieder weg und wurde in D. wieder ergriffen. Dort saß ich 14 Tage im Polizeigefängnis, weil die Anstalt meine Wiederaufnahme verweigerte. Der Landeshauptmann befahl aber, mich wieder dorthin zu bringen. Das geschah auf folgende Weise: Man schnitt mir die Hosentaschen unten auf, ich bekam eine Kette ans Handgelenk mit einem Schloß festgemacht, dann wurde die Kette durch die Hosentaschen unten am Bein auch wieder festgeschlossen. (Der Junge war 11 Jahre alt! E. M.) Da wir doch nur lange Hosen trugen, war die Kette nicht zu sehn. Vor der Anstalt wurde die Kette abgemacht, ich wurde

abgeliefert. Prügel und Arrest war die Belohnung fürs Weglaufen aus Heimweh und Hunger, denn in den Jahren 1916-19 war es sehr schlecht mit dem Essen, zumal für Kinder, die im Wachstum waren und immer Hunger hatten. Als ich wieder weglief, kam ich nach meiner Ergreifung nach dem Rettungshaus in Sch.. Die Zustände waren dort dieselben, auch hatten sie dort eine Erzieherin. Als ich dort weglief, hatte ich nichts zu lachen. Bei meiner Wiederergreifung mußte ich die Stöcke selbst schneiden, bekam dann vom Lehrer, der den Hausvater vertrat, zehn Schläge, als ich das nächste Mal wiederkam, 15 Schläge mit der Weisung, für jedes Mal ausrücken 5 Schläge mehr zu bekommen. Hunger, lieblose Behandlung und Heimweh haben mich dazu gebracht, daß ich immer wieder weglief; wurde deshalb als Ausrücker besonders behandelt und streng gehalten, ich lief wieder weg und kam über D. nach Kr., wo damals das große Hauptquartier lag. Hier war ich drei Wochen bei den Soldaten und habe mir durch kleine Arbeiten und Gängebesorgen das Geld verdient, um nach D. zu fahren. Rausfahren konnte man aus Kr. ohne Paß, aber rein kam man nicht ohne Paß, da sämtliche Zugänge der Stadt durch Militär bewacht wurden. Ueber B. nach K., von dort nach D. Meine Mutter schickte mich dann zu einer Tante nach Sp. Dort war ich eine ganze Weile, bis meine Mutter von D. nach Berlin verzog. In Weißensee stahl ich in mehreren Fällen Brotkarten. Meine Mutter schickte mich dann zu Verwandten nach Schlesien. Ich wurde in Br. gefaßt, ins Gefängnis gesperrt und saß dort von Dezember 1917 bis Mai 1918. Die Brotkarten, die ich als 12 jähriger gestohlen hatte, wurden in Br. abgeurteilt, ich bekam dafür 9 Monate Gefängnis, wurde im Mai dort entlassen und nach dem Polizeigefängnis gebracht; dort saß ich bis zum 8. Juli in Polizeigewahrsam, weil man es vergessen hatte, daß ich da bin. Ohne frische Luft und Lesestoff habe ich die Wochen dort verbracht. Dann habe ich den Kachelofen kaputt gemacht, weil ich raus wollte. Die Polizei wurde aufmerksam auf mich und ich wurde dann vernommen wegen Sachbeschädigung und bekam später 6 Wochen dafür zugeschickt. Ich war die letzten Wochen dort in Br. an beiden Händen gefesselt, weil ich den Kachelofen zerschlagen hatte und weil ich mich aufhängen wollte. (Der Dreizehnjährige! E. M.) Der Transporteur sagte mir, wie ich wegkam, daß ich nur durch das Zerschlagen des Ofens die Polizei auf mich aufmerksam gemacht habe, denn wir haben garnicht gewußt, daß noch einer da saß. Die Bücher des Polizeigefängnisses müssen es ja nachweisen, daß ich vom Mai bis Juli 1918 dort als Polizeigefangener gesessen habe. Ich kam nach der Anstalt Gr.-R. und wurde am Nachmittag beim Arbeitsverteilen zum Kirschenpflücken bestimmt. Das war wirklich eine Wonne, aber, o Schreck — als ich die Kirschen abgeben sollte, hatte ich sie alle aufgegessen und bekam eine Tracht Prügel dafür. Dann lief ich weg und bin dann nach Berlin gekommen zu meiner Mutter. Die Polizei kam und wollte mich holen, meine Mutter nahm ein Beil und drohte jeden totzuschlagen, der mich wegholen wollte. Die Polizei ging ohne mich und ich mußte wieder flüchten, kam nach S. Da haben mich ältere Leute zum Stehlen mitgenommen. Beim Hühnerstehlen wurden wir erwischt und kamen

ins Gefängnis nach Berlin, habe im Oktober 1918 3 Monate bekommen. Ich wurde bei der Amnestie entlassen und kam wieder zurück nach Gr.-R. In L. auf dem Bahnhof bin ich dem Transporteur ausgerückt und wieder ohne Fahrkarte nach Berlin gefahren zu meiner Mutter. Die schickte mich nach St., dort war ich eine Weile, bis mich ein gewisser Z. zum Stehlen nach M. mitnahm. Wegen Lebensmitteldiebstahl bekam ich am 24. Dezember 1919 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Im Oktober starb meine Mutter, und ich durfte nicht zur Beerdigung. Am 2. Februar kam ich nach W. ins Jugendgefängnis, saß dort bis 28. April 1920, dann entlassen und wieder nach Gr.-R. zurück. Dort wurde mir eröffnet, daß der Landeshauptmann mit der Höhe der Strafe nicht einverstanden sei und ich darum früher entlassen werde. Ich rückte wieder aus und besuchte das Grab meiner Mutter und wurde dann von Leuten, deren Namen ich verschweigen möchte, zum Stehlen angehalten. Ich stahl 2 Seiten Speck und habe dafür am 8. Dezember 1920 1 Jahr Gefängnis bekommen. Der Offizialverteidiger sagte wörtlich zu meiner Verteidigung: „Da der Angeklagte keine Achtung vor dem Gesetz hat, wäre es wohl angebracht, ihm die Achtung vor demselben beizubringen; das andre überlasse ich dem Gericht.“ Nun bekam ich nicht, wie beantragt, 6 Monate, sondern 1 Jahr. Am 3. August bekam ich in Berlin wegen eines versuchten Diebstahls (Tat begangen März 1919), wo ich einen Oberschenkelschuß bekommen habe und eines vollendeten Karnickeldiebstahls, bei der Tat verhaftet, 9 Monate zu dem Jahr und 6 Monaten hinzu. Ich hatte jetzt (als Fünfzehnjähriger, E. M.) zu verbüßen: 10 Monate Reststrafe, 9 Monate und 1 Jahr; es wurde alles zu 3 Jahren und 3 Monaten zusammengezogen und davon 8 Monate als verbüßt abgerechnet. Den Rest saß ich vom 6. Juni 1920 bis 20. Dezember 1922 ab und wurde bei meiner Entlassung dem Jugendbewahrungsheim in P. überwiesen. Dort ging ich weg zu meiner Tante, die mit mir nach dem Jugendamt ging. Ich wurde bis auf weiteres beurlaubt und der Landeshauptmann entschied, daß ich von der Fürsorgeaufsicht frei wäre. Ich bekam keine Arbeit, keine Unterstützung und habe dann in St. gearbeitet. Dann stahl ich mit noch jemand am Tage von der Weide eine Gans und bekam dafür 10 Monate Gefängnis (15. 11. 23). Aus einem Garten stahl ich ein Motorrad, 2 Jahre Gefängnis (20. 3. 25). Wegen eines andern Motorraddiebstahls, begangen 1924, bekam ich am 9. 19. 1925 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Daraus wurde eine Gesamtstrafe von 3 Jahren Gefängnis gemacht unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Diese Strafe habe ich noch nicht verbüßt. Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Einbruch bekam ich 4 Jahre Zuchthaus und 6 Monate Gefängnis und dann noch einmal 4 Jahre Zuchthaus. Somit habe ich zu verbüßen 6 Jahre 7 Monate Zuchthaus und 2 Jahre 11 Monate Gefängnis. Seit dem 8. Juli 1925 bin ich in Strafe und habe noch zu verbüßen 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus und 2 Jahre 11 Monate Gefängnis.

Es folgt nun eine genaue Tabelle über alle erhaltenen Strafen mit Angabe der Delikte und des Lebensalters, vom 12. bis zum 20. Jahre des Delinquenten, und die Schlußworte des Briefes:

Dieses sind die von mir ausgeführten Taten, für die ich lange Jahre hinter Mauern sitze. Gebt mir Arbeit und sie werden sich nicht wiederholen. Da ich ohne Anhang bin und ohne Menschen, die sich um mich kümmern, ein Mensch der Straße, von der Straße erzogen, wurde ich ein Opfer der sozialen Verhältnisse und der Ohnmacht der Behörden, die dem um Unterstützung Bittenden barsch die Tür wiesen.

F. K.

Wann werden wir diesen Mann und seine zahllosen Leidensgefährten auf den Schultern aus ihrem Steinkäfig heraustragen, ihnen mit streichelnden Händen Tisch und Lager bereiten und sie im Namen der Menschheit um Verzeihung bitten?

Revolution in Spanien

Die erste Empfindung beim Ausbruch der spanischen Revolution kann nur die der rückhaltlosen Freude sein. Was bis jetzt von dem Geschehen seit dem 14. April bekannt ist, bietet nicht den geringsten Anlaß, dem Verlauf des großen Ereignisses anders als mit den hoffnungsvollsten Erwartungen entgegenzusehen. Es ist wahr: den letzten Anstoß zur Entfesselung des Massensturms gab der Ausfall der Kommunalwahlen, was umso merkwürdiger ist, als die revolutionäre Arbeiterschaft Spaniens an den anarchistischen und syndikalistischen Grundsätzen der konsequenten parlamentarischen Abstinenz festhält. Aber die Tatsache, daß die bürgerlichen und reformistischen Staatsbejäger sich in ihrer überwältigenden Mehrheit bereit zeigten, wenigstens mit dem Stimmzettel ihren Widerwillen gegen die Monarchie auszusprechen, verriet dem Proletariat die Schwäche der herrschenden Gewalt, brachte zum Ausdruck, daß der Verbrecher, der das Land fast 30 Jahre lang von einem Unglück ins andere regiert hatte, dem große Teile der Armee schon vorher die Gefolgschaft gekündigt hatten, auch bei der Bourgeoisie keine Machtstütze mehr finden würde. Nach einem mißlungenen Versuch, doch noch mittels einer neuen Militärdiktatur seinen Thron zu retten, entfloh Alfons XIII., ähnlich würdelos wie 1918 Wilhelm II., nicht ohne zuvor seine dem spanischen Volk erpreßten Reichtümer ins Ausland verschoben zu haben, da die Spanier sie ihm kaum, wie die Deutschen ihrem Verderber, hinterher geschmissen hätten. Vor jenseits der Grenze wurde dann der Kerl frech. Der Sturz des Königtums war selbstverständlich nicht das Ende der revolutionären Bewegung, sondern ihre erste Explosion. Wenn auch wahrscheinlich ist, daß sich zunächst eine demokratische Republik des Staatsapparates bemächtigen wird, so ist doch sicher, daß ihr Wirken sich nicht der tatenlosen Duldung der Arbeiterschaft erfreuen wird, wie sie in Deutschland dem Ebert die Möglichkeit gab, die Revolution mit Haut und Haaren der Kirche und dem Kapital auszuliefern. Die bereits angesetzten Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung werden ohne Beteiligung der Kräfte vor sich gehen, die das Werk der Revolution geleistet, die Gefängnisse geöffnet und durch Streiks und Anwendung anderer Druckmittel bereits den Erlaß einer Amnestie erzwungen haben,

die allen verfolgten Genossen, auch den anarchistischen Terroristen, darunter den Rächern des Proletariats an Dato und am Erzbischof von Saragossa, die Rückkehr ermöglicht hat. Sie werden den Kampf auch fernerhin autoritätsfeindlich und im Geiste der Freiheitlichkeit führen. Daß die Bolschewisten in Spanien nicht die geringste Aussicht haben, an die Stelle der direkten Aktion des revolutionären sozialistischen Vormarsches ihre Schliche zu verwirklichen, um die Staatsmacht zu erobern und endlich ihre Parteidiktatur aufzurichten, das haben grade schon die Kommunalwahlen bewiesen, bei denen sie mit eigenen Kandidaten auftraten und — obwohl die Wahlen in durchaus revolutionärer Stimmung durchgeführt wurden und ihr Ausgang sogar den Ausgangspunkt der Revolution abgab —, im ganzen Lande noch nicht 1000 Stimmen aufbrachten; in der Hauptstadt Madrid ganze 29 Stimmen! Die spanischen Arbeiter sind Föderalisten, Staatsgegner und Antiautoritäre. Da sie überdies auf graden und kämpferischen Wegen zum Sozialismus wollen, steht ihre Sache aussichtsreicher als jemals die eines aufständischen Volkes.

Die allerstärkste Zuversicht, daß die spanische Revolution siegen wird, kommt von dem Umstand, daß dieses Land den Faschismus bereits erlebt hat, ja, daß die Revolution als allgemeine Erhebung der verschiedensten Gesellschaftsschichten gegen den Faschismus gerichtet war. Das Umbiegen der revolutionären Energie zum Faschismus ist daher grade dort nicht mehr zu fürchten. Im Gegenteil besteht die große Hoffnung, daß der Sturz der spanischen Monarchie, der als Vergeltung für Primo de Rivera erfolgt ist, das Ende Mussolinis und seines königlichen Hampelmanns nach sich ziehen wird. Wenn auch die Mauras die Ferrers umbringen, schließlichen Bestand haben doch die Siege der Ferrers über die Mauras.

Kleinigkeiten

Arbeiter-Mai-Lied

Der Mai ist gekommen, die Schupos schwärmen aus —
Mit Rücksicht auf das Strafgesetzbuch, das Gesetz zum Schutz der Republik, die Notverordnung, ferner auch mit Rücksicht auf die Herren Wirth, Severing und Grzesinsky und auf das Andenken des Herrn Zörgiebel verließ den Dichter hier sein Talent. Arbeitern, denen die stete Wiederholung der ersten Zeile als Ausdruck ihrer Begeisterung nicht genügen sollte, sei empfohlen, zur Maifeier „Großer Gott, wir loben dich“ zu singen. Der Text dieses Liedes hält jeder Zensur und jeder Koalition stand.

Halb zog sie ihn, halb sank er hin

Ueber die Fortschritte Adolf Hitlers auf seinem Wege zu den Pfründen der deutschen Youngrepublik soll im FANAL erst ausführlich berichtet werden, wenn der Erneuerer seinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei vollzogen haben wird. Am Empfangsort wird bereits alles nach seinem Geschmack hergerichtet.

Verwandte Seelen

Der Bayerische Kurier, das christkatholische Organ in München für das die Tatsache, daß Männer und Frauen durch gewisse Geschlechtsabzeichen von einander unterschieden und grade durch diese Unterscheidung einander zugetan sind, nur als Beweis für die Notwendigkeit einer strengen Sittenzensur bemerkenswert ist, hat endlich einen Bundesgenossen gefunden. Das Blatt versieht die Rechtfertigung des Herrn Peter Kürten für seine Lustmorde, wonach „Dr. Wolf aus Stuttgart und eine Aerztin durch annähernd ein halb tausend Morde ihre Hände mit Blut befleckt hätten“ mit der redaktionellen Anmerkung „Sehr richtig!“ — Was Gott zusammenfügt, soll der Mensch nicht scheiden.

Einheit mit Auflagen

Die KPD. hat zu eifriger Beteiligung an ihrem Maiaufmarsch im Lustgarten aufgerufen. Das Proletariat müsse eine einige Geschlossenheit beweisen. Die Industrieverbände und die Syndikalisten sagten ihre Beteiligung zu. Da trat aber die Parteizensur auf den Plan und machte, gelehrige Schülerin der Notverordnungs-Minister, „Auflagen“. Sie verbot nämlich allen Organisationen das Mittragen von Plakaten und Transparenten, die für andre Gebilde Propaganda machten als für die KPD und ihre Ableger mitsamt der famosen RGO. — So machen sie es überall. Ein paar Leutschen pflanzen eine neue Fahne auf und schreien: Einheit nur bei uns! Wer seine Fahne nicht verlassen will, zerstört die Einheit des Proletariats! Ach, liebe Genossen von der KPD., ehemals Klassen-, jetzt „Volks“-Revolutionäre; so bezwingt ihr weder den Kapitalismus noch den Faschismus. Reiht ihr selber euch ein ins revolutionäre Proletariat, da werdet ihr hochwillkommen sein. Auf eure „Führung“ wird gespuckt. Ohne die Parole der Freiheit sind eure Einheitsparolen Einheitsparolen.

Der Dank des Vaterlandes

Es stellt sich heraus, daß die deutsche Republik von Anbeginn ihres Bestehens nicht nur die von uns Novemberverbrechern fristlos entlassenen Könige, Großherzöge, Herzöge und Fürsten der 22 betroffenen deutschen Vaterländer mit reichen Entschädigungen über das Unglück wegtröstet, uns nicht mehr regieren zu dürfen; sie tut noch ein übriges: da die undankbaren Bulgaren ihrem gekündigten König die Treue gebrochen haben, hält sie ihm Deutschland. Der Mann trat nämlich, bevor er sich 1915 entschloß, seine Landeskinder nicht von den Mittelmächten, sondern von der Entente ermorden zu lassen, in die Lebensversicherung des Hohenzollernreichs ein. Er wollte für alle Fälle sein Geld von der Londoner Bank abheben, ließ es sich aber auf gutes Zureden seiner vormaligen Landsleute ausreden, die ihm einen schönen Lebensabend auf Kosten des deutschen Arbeiters versprochen. Die Republik hielt treulich das Versprechen der Monarchie. Während Ferdinands, des Koburgers, bulgarische Landeskinder den Dank des Vaterlandes in der Form der faschistischen Brutalitäten entgegennehmen, die der Sohn Ferdinands gegen sie verübt; während das deutsche Pro-

letariat den Dank des Vaterlandes in Gestalt verteuerten Brotes, krasser Verelendung, maßloser Besteuerung und Ausplünderung und einer Schurigelung empfängt, die über alle Bismarckschen und Manteuffelschen Infamien hinausgeht — genießt der Exzar von Bulgarien, eine verächtliche Kreatur aller Balkanunterdrücker, die Gunst der deutschen Finanzminister, die die Geheimfonds der Steuererträge unserer Republik verwalten. Zahllose Millionen sind ihm schon aus dem Elend Deutschlands in die Taschen geflossen, und erst im letzten Jahre wurde ihm eine Lebensrente auf unsere Kosten zugesprochen, die die Gehälter der Sahm und Brolat zusammen genommen übersteigt. Zu denen, die sich darüber entrüsten, gehört auch die sozialdemokratische Partei, die, wie wir erfahren, Herrn Dr. Hilferding beauftragen wird, die Quellen zu erforschen, denen die Pension des Erlauchten während seiner Amtstätigkeit entrieselt ist. Bei der Gelegenheit mögen die Herren Südekum und Hilferding auch nachprüfen, wieviel Alfons der Spanier aus unseren Steuern zu beanspruchen hat. Er wird sich doch wohl ebenfalls, als er den Hohenzollern die wohlwollende Neutralität versprach, für den Fall gesichert haben, daß Deutschland und Spanien Republiken würden. Klagt nicht, deutsche Kriegsinvaliden, deutsche Arbeitslose, deutsche Krüppel, Greise und Waisenkinder, — wir haben eine Altersversorgung, die uns kein Land der Welt nachmacht. Man braucht bloß einmal als Potentat ein Land, gleichviel welches, in Elend, Not und Verderben regiert zu haben, dann ermißt man ihren Segen.

Organisatorisches

Anarchistische Vereinigung. Die Anarchistische Vereinigung Berlin hat am 15. April d. J. beschlossen, dem Internationalen Antimilitaristischen Büro (IAMB.) korporativ beizutreten. Maßgebend für diesen Beschluß waren folgende Gesichtspunkte:

Die antimilitaristische Propaganda und Tätigkeit war von jeher ein wesentlicher Bestandteil der revolutionären Arbeit der Anarchisten aller Länder. Das IAMB. hat in seinem jetzt zehnjährigen Wirken durch die Organisation eines sehr wertvollen Informationsdienstes über Kriegsvorbereitungen, militärische Vereinbarungen, Waffen- und Munitionsfabrikation, diplomatische Intrigen und über den revolutionären Kampf gegen den Militarismus, ferner durch Solidaritätsaktionen für Dienstverweigerer, Deserteure und verfolgte Antimilitaristen den Beweis erbracht, daß seine Unterstützung im Interesse des internationalen Proletariates liegt.

Die Anarchistische Vereinigung betont, daß ihr Beitritt zum IAMB. keinerlei Verzicht auf irgend eine der Aufgaben in sich schließt, die ihr als antiautoritäre, staatsfeindliche, proletarische Kampfgruppe gestellt sind. Sie erblickt in der antimilitaristischen Betätigung eine notwendige und wesentliche Kampfform gegen die bestehende Gesellschaft, nicht

aber den gesamten Inhalt des revolutionären Kampfes. Weder der Staat noch der Krieg kann allein mit antimilitaristischen Mitteln bekämpft werden; der Krieg zumal ist Ausdrucksform des kapitalistischen Systems und kann nicht ausgerottet werden, ehe nicht der Kapitalismus und seine politische Organisation, der Staat, ausgerottet ist. Die Bekämpfung des Krieges und des Militarismus muß daher gleichzeitig stets die revolutionäre Bekämpfung des Staates und des Kapitalismus sein. Umgekehrt aber erkennt die Anarchistische Vereinigung an, daß die militärischen Rüstungen der Staaten eine unmittelbare, dauernd wirksame Bedrohung der internationalen Arbeiterschaft bedeuten und daß die Verhinderung von Kriegen, die nur von der Arbeiterschaft geleistet werden kann, besondere Wachsamkeit und Aktivität erfordert. Die Kriegsgefahr wird bekämpft durch alle Mittel der direkten Aktion: Verweigerung der militärischen Dienstpflicht, Verweigerung jeder Arbeit in Bewaffnungs- und Rüstungswerkstätten, Desertion, Proklamierung des Generalstreiks im Falle der Mobilmachung, Sabotage und alle Maßnahmen des revolutionären Klassenkampfes bis zum Aufstand. Zugleich muß der antimilitaristische Kampf verbunden werden mit der entschlossensten Abwehr aller nationalistischen Tendenzen, aller Rassenvorurteile, kurz aller Versuche, durch Verwischung des internationalen Charakters des Klassenkampfes die Ausgebeuteten der verschiedenen Länder zum Vorteil der Kapitalisten gegen einander zu hetzen.

Die Anarchistische Vereinigung erklärt schließlich, daß ihr Bekenntnis zum revolutionären Antimilitarismus, das sie durch den korporativen Beitritt zum IAMB. bekräftigt, weit entfernt ist von Pazifismus, der den Frieden um des Friedens willen anstrebt und glaubt, ohne vollständige Umwälzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen Kriege auf die Dauer verhüten zu können. Ebenso wenig hat das antimilitaristische Bekenntnis der Anarchistischen Vereinigung mit allgemeiner Ablehnung gewaltsamer Kampfmethoden für revolutionäre Ziele zu schaffen. Staat, Kapitalismus, Faschismus, Militarismus und jede Art Reaktion und Unterdrückung müssen mit den Mitteln bekämpft und geschlagen werden, die sich aus den Notwendigkeiten der Lage und dem Charakter des Kampfes im Interesse der proletarischen Befreiung ergeben. Das Ziel des Kampfes aber ist unwandelbar: es heißt Sozialismus und Anarchie.

Material über Landauer

Ein Buch ist in Vorbereitung, worin alles dokumentarische Material über Leben und Werk Gustav Landauers bis zum Jahre 1900 gesammelt werden soll. Wer Briefe, Bilder, Flugblätter, Pressenotizen oder ähnliches Material besitzt oder wertvolle Mitteilungen machen kann, die sich auf Landauers erste Jahrzehnte beziehen, wird gebeten, sich

mit dem Herausgebers des FANAL oder der Redaktion des SYNDIKALIST in Verbindung zu setzen. Ein wesentlicher Teil der Geistesgeschichte des freiheitlichen Sozialismus ist mit der großen Persönlichkeit Landauers verknüpft. Für die Bearbeiter ist alles vorhandene Material wichtig. Die Verbreitung dieser Notiz und ihr Nachdruck ist erwünscht.

Bauernlied

Wenn zur Ernte reift das Korn,
Kommt der Bauer mit der Sense,
Und am Wegrand schnattern die Gänse,
Wackeln und schnackeln voll Zorn.
Schreit nicht so, ihr Gansgevatern!
Wer nur lärmt und keift, ist dumm.
Euer Zetermordio-Schnattern
Stürzt die Macht der Welt nicht um.

Wenn der Bauer fleißig mäht,
Kommt der Gutsherr angeritten,
Prüft, ob alles gut geschnitten,
Erntet, was andre gesät.
Jag vom Acker den Besitzer!
Bauer, duck dich nicht vorm Geld!
Peitschenknall und Goldgeglitzer
Macht kein Saatkorn reif im Feld.

Wenn zum Strome schwillt der Bach
Und der Funke wächst zum Feuer,
Laß ihn betteln: Rette die Scheuer! —
Rett dir dein eigenes Dach!
Parlamenteln laß die Gänse.
Willst du frei sein, reg die Hand.
Der den Pflug führt und die Sense, —
Bauer, dir gehört das Land!

(Aus „Alle Wetter“, Volksstück mit Gesang und Tanz von Erich Mühsam.)

FANAL

Trotz unserer Erinnerung, daß die Nichteinlösung unserer Nachnahme-Erhebung für die fälligen Abonnementsgelder den Briefträgern, die zu den wenigen wirklichen Proletariern unter den Beamten gehören, die überanstrengt und ausgebeutet sind, nutzloses Treppensteigen zumutet, daß unsre Arbeitskraft überflüssig belastet, unsre arme Kasse zu Luxusausgaben genötigt wird und dem Staat freiwillige Steuern zugeschanzt werden, sind wieder Dutzende von Zahlkarten mit dem Vermerk „Verweigert“ zurückgekommen.

FANAL ist in höchster Not!

Wir sind entschlossen, das Blatt erscheinen zu lassen, solange noch die geringste Möglichkeit dazu vorhanden ist. Lange wird es aber nicht mehr gehen!

Schafft Geld heran!

Genossen, helft uns! Hinter uns steht kein Finanzkonsortium. Nur die äußerste Anstrengung aller Leser, die die Erhaltung der Zeitschrift wünschen, kann sie noch retten!

Freiwillige Spenden, die Erträgnisse künstlerischer Veranstaltungen, Hofsammlungen der jugendlichen Sänger-Genossen können zur Stärkung des Fonds beitragen.

Kolportiert alte Hefte, die zu billigerem Preis abgegeben werden!

Macht Arbeitskollegen auf FANAL aufmerksam!

Veranlaßt Straßenhändler, sich für das Blatt zu interessieren!

Verhindert mit allen Mitteln das Verrecken der einzigen anarchistischen Revue!

Der Verlag des FANAL

Anarchistische Vereinigung Berlin

Gruppe Neukölln.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64

7. Mai, Vortrag eines spanischen Genossen über
„Die spanische Revolution“

21. Mai, Vortrag des Genossen Rudolf Rocker über
„Anarchismus in Theorie und Taktik“.

Achtung!

Gruppe Weißensee.

Zusammenkunft: Jeden Freitag, 20 Uhr, im Lokal
Brankowitz, Weißensee, Lehderstr. 5

8. Mai, Vortrag des Genossen W. Gerhard über „Der
kommende Aufstieg der freiheitlichen Arbeiterbe-
wegung

15. Mai, Vortrag des Genossen Berthold Cahn über „Die
Beseitigung der Erwerbslosigkeit“.

Union Anarchistischer Vereine Groß-Berlins und Umgebung

Zusammenkunft in folgenden Lokalen:

Gruppe Südost: Jeden Donnerstag im Lokal A. Zander, Lausitzerstr. 25

Gruppe Norden: Jeden Freitag im Lokal Berliner Kindl, Dolezel
Böttgerstr. 4.

Gruppe Osten: Jeden Donnerstag im Lokal Jerrasch, Boxhagenerstr. 24

Gruppe Spandau: Jeden Donnerstag im Lokal „Zum Nordpol“, Lutherstr. 4.

Gruppe Lichtenberg: Jeden Freitag im Lokal Kupsch, Tasdorferstr. 3

Gruppe Zentrum: Jeden Mittwoch im Lokal Spiegel, Ackerstraße 1,
Am Koppenplatz.

Anarchistische Jugend, Neukölln. Versammlung jeden Montag, im
Jugendheim, Bergstraße 29.

FANAL ist in schwerer Geldnot!
Sammelt! Werbt! Helft!

Bücher und Schriften

von

ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten. — Malik-Verlag, Berlin.

Preis: brosch. 1.60 Mk., geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers. — Verlag Gilde freiheitlicher
Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 1.— Mk., geb. 2.— Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren. — Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 1.80 Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti. — Verlag
Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis brosch. 1.00 Mk., geb. 1.50 Mk.

SAMMLUNG

Auszug aus dem dichterischen Werk 1898—1928. —
I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5.50 Mk., geb. 8.00 Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutions-
ereignisse in München. — FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0.90 Mk.

Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Land und Freiheit — Erde (Gedicht
von Sonka) — Spanien — Schwäche
ist Verrat (Aus dem Spanischen) —
Trocken Brot

NR. 9

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 5

BERLIN

JUNI 1931

Der konstruktive Gedanke im Sozialismus

fand seine praktische Auswirkung in der Schaffung eines
freiheitlichen Wirtschaftsunternehmens

durch die antiautoritäre Jugendbewegung. Wir dienen
der Bewegung und wollen Sprungbrett sein innerhalb
der kapitalistischen Gesellschaft.

Deckt Euren Bedarf bei uns!

Viele wollen auf Osterfahrt gehen und müssen ihre Aus-
rüstung ergänzen!

Wir haben ständig vorrätig:

*Bücher, Wanderausrüstung, Fahrtenbekleidung,
Lodenmäntel, Windjacken, Sportanzüge, Strümpfe,
Rucksäcke, Sporthemden, Ärmelwesten, Gürtel,
Kunstgewerbe einwandfreies Spielzeug, Karten
der Landesaufnahme.*

Besucht uns unverbindlich Verkauf von 9—19 Uhr.

Die Fackelstuben

Berlin C 2, Klosterstraße 62 (Ecke Stralauerstr.)

Ständiger Verkauf von

*„Fanal“, „Syndikalist“, „Der freie Arbeiter“, „Junge
Anarchisten“, Proletarisches Kinderland“.*

Kind und Elternhaus

***Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von B. Liber,
New-York***

(Vorzugspreis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen
Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge
Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“,
an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und
verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für
denkende Eltern.“

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 9

Juni 1931

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin - Britz, Dörschlagungstr. 43. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Land und Freiheit

Das Geschehen in Spanien, dieses begeisternde Geschehen, das seit dem blutigen Verrat der deutschen Sozialdemokratie 1918-19 zum ersten Mal wieder eine Revolution auf europäischem Boden in hoffnungserweckendem Aufstieg sozialistischer Willenskräfte zeigt, verpflichtet uns über alle Freuden- und Solidaritätskundgebungen hinaus zur gründlichen Beschäftigung mit den praktischen Fragen, vor die uns heute oder morgen die Revolution im eigenen Lande stellen kann. Es gibt keine größere Versündigung des Revolutionärs an seiner Aufgabe, die Befreiung der Arbeit von Ausbeutung und der Menschen von Staat und Herrschaft vorzubereiten, als das langjährige Ertragen von übermäßiger Sklaverei und Staatlichkeit für den Beweis der Ausichtslosigkeit seiner revolutionären Bemühung anzusehen. Wenn zur Zeit in Deutschland die kapitalistische Mißwirtschaft sich durch die Systematisierung der Not, des Massenhungers, der Erwerbslosigkeit und durch die klobige Gewalt der Gummiknüppel und Polizeipistolen, durch Aufhebung der Versammlungsfreiheit, Zeitungsverbote, Belagerungszustand und diktatorische Verordnungsschikanen jeder Art den Anschein entschlossener Kraft zu geben sucht, so geschieht es aus dem Bewußtsein der Schwäche. Die regierenden Handlanger der privilegierten Stände sind nicht mehr imstande, mit den vorhandenen Gesetzen dem Reichtum der Sklavenhalter sein unvermindertes Anwachsen auf Kosten der Arbeiterklasse zu sichern, weil im Kriege mit

Boden, Menschen, lebendiger und toter, produzierender und produzierter Substanz schlimmster Raubbau getrieben wurde, dessen Folgen mit immer weiterem Raubbau an Kräften und Stoffen zu begegnen versucht wurde. Die Rationalisierung der Wirtschaft, das Verfahren, mit immer weniger Arbeitsindividuen bei immer vermehrten Anforderungen an ihre Leistungskraft die Besitzvorrechte vor allen Konsequenzen der veränderten Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der kapitalistischen Methoden zu schützen und die Unternehmerprofite immer höher zu steigern, mußte an den Punkt gelangen, wo die Opfer dieses Widersinns ihre Rolle als bloße Maschinenschmiere erkannten, die man in die Kloake schüttet, sobald die Riemen reibungslos laufen. Die brutale Reaktion der Brüning-Regierung, deren kulturschänderische Verblödungspolitik dem Zweck dient, die Hirne zu verkleistern, damit dort Hunger, Jammer und Dreck nicht zur Rebellion destilliert werden, hat keinen allzu langen Atem mehr. Alle noch so rüden Maßnahmen, um erst hunderte von Millionen, dann Dutzende von Milliarden aus dem Proletariat herauszuschinden, die dem ostelbischen Großgrundbesitz, der Kriegsbewaffnung und dem industriellen Unternehmertum zur Dividendenstützung zufließen; alle Einsparungen auf Kosten der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Sozialrentner, der Wöchnerinnen, der Kranken, der Schulkinder zur Ausbalanzierung von Einnahmen und Ausgaben; alle Vergewaltigung der Meinungsäußerung, des Verfügungsrechtes über die eigene Person, der Ueberzeugung; alle hemmungslose Tyrannei der drei stets gegen das Volk verbündeten Mächte Polizei, Justiz und Kirche haben nicht vermocht, auch nur den Ausgleich von Soll und Haben im Staatsbudget herbeizuführen, dem zuliebe doch der Brüning mit seinem Wirth, der Hindenburg mit seinem Treviranus, der Stegerwald mit seinem Schiele, der kleine Metallarbeiter Severing mit dem Dietrich außerhalb der Gesetze am Werke der Diktatur sind. Die Gesundung der Staatswirtschaft sieht so aus, daß grade nach Beginn der Brüning'schen Pferdekur ein neues Defizit von 1 Milliarde festgestellt wird, dem nun eine neue Blutegeltherapie abhelfen soll. Das kann bei diesem geduldigsten und rekrutenhaftesten Volk der Welt und aller Zeiten und bei dem Manöver der Staatsdespoten, der auf diese Eigenschaften spekulierenden Faschistenpartei Geschrei, Gesetzbruch und Gewalttätigkeit staatserhaltender Opposition zu gestatten, noch eine geraume Weile weiter gelingen. Viel Zeit zum Schnaufen haben diese Strategen der Zeitungsverbote und Versammlungsaufösungen nicht mehr, und wenn Brüning jüngst in Oldenburg rühmte, es sei seiner Regierungskunst gelungen, den Weizen Zoll um das Zweieinhalbfache des Weltmarktpreises zu

steigern, ohne daß trotz der fürchterlichen Arbeitslosennot Tumulte entstanden seien, so ist das nicht allein ein Zeugnis für die Robustheit des Gewissens unseres Herrn Reichskanzlers und für die sträfliche Langmut der deutschen Arbeiter, sondern zugleich ein Beweis für die berühmte These des alten Oxenstierna, der seinem Sohn schrieb: „Du glaubst nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“ Die Brüningsche Weisheit bedeutet nämlich nichts anderes als die Meinung: eine Brücke, die längst überlastet ist, ohne einzustürzen, erträgt auch beliebig weitere Belastung, sie hat bewiesen, daß sie nicht einstürzen kann.

Im gleichen Oldenburg, das Brünings stolzes Selbstlob nebst der Ankündigung vernehmen durfte, er werde in seinen kommenden Diktaturerlassen sehr unpopuläre Maßnahmen verfügen — was er bis jetzt geboten hat, scheint er also für populär zu halten —, haben jetzt Landtagswahlen stattgefunden. Der Ausfall von Wahlen zeigt niemals, was die Wähler wollen, er kann aber, wie das bei den Kommunalwahlen in Spanien so außerordentlich sinnfällig wurde, guten Aufschluß darüber geben, was die Wähler nicht wollen. Schon die Reichstagswahlen vom 14. September, danach alle Wahlen, die in Deutschland stattgefunden haben, ergaben mit Deutlichkeit, daß die deutschen Wähler in ihrer Mehrheit eben die Politik nicht wollen, die hierzulande getrieben wird, und es sind ja gerade die Parteien, die in demokratischen Wahlen das wahre Gottesgericht des Volkes erblicken, welche aus diesem übereinstimmenden Wahlausfall die Folgerungen ziehen, dann eben gegen den Willen der Wähler zu regieren. Es ist nämlich im Wesen der Menschen gelegen, daß jeder den anderen für entbehrlich, sich selbst aber, wo Macht und Vorteil zu verlieren ist, für unentbehrlich hält. In Oldenburg haben die Hitlerschen eine ungeheure Stärkung erfahren, und die von Demokraten, Faschisten, Kommunisten und allen anderen quantitätsgläubigen Parlamentslegalisten vorgenommenen Berechnungen haben übereinstimmend ergeben, daß der Zulauf zu den Hakenkreuzsackernmentern überwiegend dem Abmarsch der Bauern aus dem Landbundlager des Herrn Schiele zuzuschreiben sei. Mit andern Worten: die Bauern, ebenso wie die Arbeiter vorläufig noch den Flötentönen von Staatsmachtparteien nachtanzend, die ihnen den Landtagsschacher um öffentliche Ämter als heldischen Kampf gegen das System vorzirpen, haben zu erkennen gegeben, daß die großagrarisches Politik der übersteigerten Hochschutzzölle auf Getreide der Schaden des Kleinbauernums ist. Sie haben gegen Hindenburg, Brüning und Schiele gestimmt. Daß sie für Hitler gestimmt haben, sagt gar nichts aus über ihren wirklichen Willen, sondern ist nur Ausdruck ihres

Mißvergnügens und dafür, daß die Nationalsozialisten diese Mißvergnügtheit am geschicktesten agitatorisch und demagogisch ausgenutzt haben. Offenkundig haben die Bauern den Nazi ihr Vertrauen bekundet, weil sie ihnen trotz Hitlers Legalitätsbeteuerungen die revolutionäre Entschlossenheit glauben, mit der bestehenden Staatsschweinerei gewaltsam Schluß zu machen.

Es ist möglich, daß wir in Deutschland vor der Revolution noch ein faschistisches Regime bekommen. Das wäre eine Zeit des Massenmordes, wie wir sie ja unter Ebert und Noske schon kennen gelernt haben und wie sie in dem Diktaturprogramm der Claß-Hugenberg richtunggebend festgelegt ist (vgl. FANAL Nr. 7). Es ist auch möglich, daß die Hitlerleute mit den bestehenden Gesetzen weitermurksen werden, wobei außer den notleidenden Proletariern, die dieselben Methoden auch unter Sozialdemokraten genießen, noch Juden und Republikaner unter das Recht der Knute gestellt würden und im übrigen eine andere politische Gruppe als jetzt ihre Leute an die Pfründen bringen, beziehungsweise unerwünschte Leute aus den Pfründen drängeln würde. Der Unterschied wäre nicht groß. Für die Bauern wäre ein Unterschied überhaupt nicht spürbar. Sie blieben versklavt wie die Arbeiter, und die neuen Herren würden ihre Macht nicht anders wahren als die alten: durch Vertiefung der Kluft zwischen Kleinbauerntum und Proletariat und Herabwürdigung des verbindenden Elementes zwischen beiden, der Landarbeiterschaft, zu einer Schicht des fünften Standes, dem Land- und Stadtarmut sich gleichermaßen überlegen fühlen.

Es ist also möglich, daß die Befreiung durch die Revolution in Deutschland noch warten muß, bis die falschen Propheten der Freiheit als Staatsträger abgewirtschaftet haben. Es ist möglich, aber nicht sicher; ganz gewiß ist es nicht notwendig. Die Revolution, die wir als Anarchisten ersehnen, wird nicht den Wechsel der Machthaber am Staatssteuer zum Zweck haben, sondern sich gegen den Staat selber wenden. Wir haben aber Umschau zu halten nach den natürlichen Bundesgenossen, die wir im Kampf um die wirkliche Freiheit in einer sozialistischen Gesellschaft brauchen. Diese Bundesgenossen finden wir nicht bei den Parteien, die ein paar kümmerliche Freiheiten versprechen, ohne auch nur die Absicht zu haben, sie auf Kosten ihrer Herrschaftsansprüche durchzuführen. Bundesgenossen zur Erkämpfung der Freiheit, nicht gnädig bewilligter Freiheiten, sind die in Bewegung geratenen Arbeitermassen, soweit sie bereit sind, keiner von oben eingesetzten Führerschaft Gefolgschaft zu leisten und die eigenen Angelegenheiten in gemeinsamer Tätigkeit zu ordnen. Bundesgenossen finden wir viel eher noch als beim Proletariat bei den nicht nur wirtschaftlich sondern grade auch in ihrem Selbstän-

digkeitsgefühl geknebelten Bauern, deren von den Marxisten verlästerter „Landhunger“ ein starker und höchst berechtigter revolutionärer Antrieb ist, von beschwingenderer Kraft als aller leibliche Hunger, der ohne die Belebung durch weit über seine Stillung reichende grundsätzliche und kühne Forderungen eher apathisch als heroisch macht. Dem selbständigen Bauern soll sein Land durchaus nicht genommen werden; wer das verlangt, ist weder Anarchist noch Sozialist, sondern ein armseliger und gedankenloser Schwätzer. Dem Latifundienbesitzer hingegen soll das Land genommen werden, das er den Bauern gestohlen hat, und das Landproletariat soll es nehmen und dadurch Bauernschaft werden, und die gemeinste kapitalistische Einrichtung, die Großstadt mit ihren entsetzlichen Menschenpferchen ohne Luft und Licht, ohne Gesundheit und Freude, ohne Wachstum und Hoffnung, diese scheußliche Ausgeburt einer preisend bewunderten industriellen Entwicklung, — die Fabrikstädte werden der Revolution des Landes ebenfalls Expropriatoren in Massen zufließen lassen, die den Boden ergreifen, um ihn zu bebauen. Hätten nur erst die städtischen Arbeiter den Landhunger, den sie den Bauern zum Vorwurf machen, es stände besser um sie und um die Revolution.

Bei Kropotkin („Eroberung des Brotes“ und „Landwirtschaft, Industrie und Handwerk“) mag man sich unterrichten, wie die Dezentralisation der Industrie, demnach die Entvölkerung der Kasernenstädte zur Aufgabe der Revolution gemacht werden kann, ohne in die Lächerlichkeit zu verfallen, den Verzicht auf die technischen Bequemlichkeiten und die Maschinenproduktion für ihre Voraussetzung zu halten. Die Industrialisierung des flachen Landes wird im Gegenteil das Mittel sein zur Sättigung des Landhungers von Bauern, Industrie- und Landarbeitern, zur Ausbreitung der technischen Anlagen jeder Art über weit auseinanderliegende Gebiete, somit zur Vereinigung von Stadt und Dorf. Denn: „Die Landwirtschaft kann sich ohne Hilfe von Maschinen nicht entwickeln. Und die Einführung vollkommener Maschinen kann ohne eine industrielle Umgebung nicht verallgemeinert werden: ohne mechanische Werkstätten, die dem Bearbeiter des Bodens leicht erreichbar sind, ist der Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen unmöglich.“ (Kropotkin, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk.) Die Verteilung der Produktion über die ländlichen Gebiete aber wird der Zentralisation der öffentlichen Verwaltung durch den Staat äußerst abträglich sein, so daß die Befriedigung des bäuerlichen Landhungers in der Wirkung eine Schwächung des Staates und eine Förderung anarchistischer Gesellschaftsmöglichkeiten bedeuten müßte.

Die Frage nach der prinzipiellen Forderung der Vergesellschaftung von Grund und Boden ist in diesem Zusammenhange ganz müßig. Im FANAL ist schon einmal Bezug genommen worden auf die Ansicht Bakunins, daß es Sache der Bauern selber sei, ob sie genossenschaftlich oder in Parzellen arbeiten wollen (vgl. FANAL IV. 3 „Haberfeldtreiben“, Dezember 1929). Der Sozialismus hat keine allgemein gültigen Formeln für seine Verwirklichung. Die Maschinisierung der Landbestellung bewirkt schon heute eine Arbeitsverbindung auf dem Lande, die den schroffen Anrainerkampf egoistischer Bauernkonkurrenten wohl-tätig bremst. Die Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Produktion zwingt die bäuerlichen Nachbarn zu gemeinsamer Benutzung von Arbeitsmitteln; Dörfer und auseinanderliegende Gemeinden schaffen gemeinsam Traktoren, Dresch- und Pflugmaschinen an, verbinden sich zur Anwendung vereinfachter Arbeits- oder Meliorationsverfahren und bewirken so eine Sozialisierung, deren Bedeutung weit über die bloße materielle Zweckmäßigkeit hinausgeht, die geistig-seelische Gemeinschaft im Gefolge haben muß. Daß im übrigen die Bauern Solidarität kennen, besser kennen, als die in hundert einander beschimpfenden Gruppen getrennt gehaltenen Arbeiter, die allerdings mehr von Solidarität reden, das haben die zahlreichen Auflehnungen zusammengerotteter Bauern gegen die Staatsgewalt gezeigt, die Verhinderung von Zwangsvollstreckungen, die Terrorakte gegen die Finanzämter, die schönen Kundgebungen der Zusammengehörigkeit bei den Protestaufmärschen unter der schwarzen Fahne, die Treuegelöbnisse für ihre verurteilten Kameraden und vieles mehr.

Daß die Bauern wenig Verständnis für das Leben und Leiden des Proletariats haben, ist richtig. Aber ist es umgekehrt besser? Die Bauern sind die Feinde der Arbeiter, weil sie die Arbeiter — und größtenteils leider mit Recht — für ihre Feinde halten. Wollen sie sich über die Meinung des Proletariats orientieren, ohne auf die geschwollenen Phrasen von Wahlagitatoren angewiesen zu sein, woran halten sich die Bauernpolitiker? Ans Kommunistische Manifest natürlich, das die Marxisten aller Sorten als den Katechismus der sozialen Revolution selbst betrachtet sehn wollen. Und da lesen sie: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich nur geschehen vermittels despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht

und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse ...“ Daß der bäuerliche Besitz anders behandelt werden soll, ist nirgends gesagt, und der Bauer, der der Staatsvergottung nicht minder abgeneigt ist wie jeder Zwangszentralisation, findet für sein Heil außer der Feststellung, daß die Bourgeoisie „die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen“ hat, kaum mehr als Nummer 8 der Maßregeln, welche „für die fortgeschrittensten Länder“ ... „ziemlich allgemein in Anwendung kommen können“, nämlich: „Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.“ Also indem man die Bauern enteignet und sie mit städtischen Arbeitslosen als Zwangsarbeiter in Armee-kops einteilt, nach welcher Regel die ganze Ackerwirtschaft betrieben werden soll, will man die auch von Marx und Engels bejahte „Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie“ erreichen, „auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land“ hinwirken. Da ist es am Ende kein Wunder, daß die Arbeiter und Bauern nicht zu einander finden. Solange sie aber nicht zu einander finden, hat die Bourgeoisie gute Tage, denn die „Revolution, die kommen muß, sollen wir nicht in der Fäulnis der kapitalistischen Verwesung und in der stinkenden Staats- und Parteienverlumpung verkommen, — diese Revolution wird zugleich eine proletarische und agrarische sein, oder sie wird eine Totgeburt sein.

Den Arbeitern ist zunächst die Aufgabe gestellt, das Schicksal der Bauernschaft zu begreifen. Ist der Umstand, daß der Proletarier fremde Produktionsmittel benutzen muß, während der Bauer auf eigener Scholle arbeitet, ein Grund zur Feindschaft? Der Bauer ist mit seinem Stück Land geistig, körperlich und seelisch aufs innigste verwachsen. Das Land, auf dem er lebt, ist ein Stück seines eigenen Wesens. Dieses Land ist von ihm so abhängig wie umgekehrt. Er muß es pflegen, bewachen, umgraben, düngen, bebauen und dafür ernährt es ihn und die Seinen. Sein Acker nimmt individuelle Züge des Bauern an, wird für ihn zum lebenden Geschöpf. Die Stätte seiner Geburt und seines Todes ist für den Bauern die Stätte aller Freuden, aller Leiden, aller Arbeit, alles Erlebens. Da ist es doch Wahnsinn zu verlangen, der Bauer solle sein Feld und seine Früchte „verstaatlichen“ lassen; mit dem Boden, den er beackert, sei ebenso zu verfahren wie mit der Fabrik, in der der Industriearbeiter sich für Aktionäre aufreibt. Nein! Nicht wer Land besitzt, soll es preisgeben, sondern wer keins besitzt, soll Land bekommen! — Aber welcher Arbeiter ahnt denn auch, wie ein Bauer, den er als

Besitzer beneidet, in Wahrheit lebt? Um 4 Uhr steht der Mann auf dem Felde und abends um 9 Uhr steht er oft noch dort und leistet schwere, anstrengende Arbeit. Wohl gehört ihm der Ertrag seiner Arbeit, soweit er ihn nicht an den Staat und an die Hypothekengläubiger abzuführen hat; aber die wenigsten Kleinbauern sind in ihrer Lebenshaltung erheblich besser dran als der ärmste Industriesklave. Kommt doch einmal in ein Bauernhaus hinein. Da steht mittags eine Schüssel mit Suppe auf dem Tisch, aus der die ganze Familie löffelt, dann gibt es abends noch ein Stück Käse zum Brot und tagüber ein paar Glas Milch, — ist das das Luxusleben reicher Bürger? Das ist auch nicht Geiz, sondern gebotene Einschränkung, obwohl Frau und Kinder gehörig mit an die Arbeit müssen. Dabei ist der Bauer vom Wetter abhängig, und ein Sturm, ein Hagelschlag kann in einer Viertelstunde vernichten, woran er Monate harter Mühe gewandt hat. Bringt diesem Dasein Verständnis entgegen, so wird auch der Bauer begreifen, was es heißt, kein Dach über dem Kopfe haben, für den Profit des Unternehmers die Knochen zu Markte tragen, mit starken Armen nichts anfangen können, die Familie hungern lassen, das Stück Brot nicht erschwingen können.

Das Bekenntnis der Oldenburger Bauern zum Hakenkreuz hat gar nichts zu tun mit reaktionären Grundstimmungen. Im Gegenteil: weil sich die Nazi revolutionär gebärden, haben sie die Bauernsympathie gewonnen. Kämen die Hitlerleute wirklich an die Macht, dann hätten sie an ihren heutigen Wählern, den Bauern, die geringste Freude. Was diese niederdeutschen Bauern sind und denken, darüber gibt eine Broschüre Auskunft, die mir ungemein wertvoll grade darum scheint, weil sie von Bauernseite die nahe Verwandtschaft des bäuerlichen und des anarchistischen Freiheitsbegriffs bestätigt. Die Schrift heißt „Die Auflehnung der Nordmark-Bauern“. Ihr Verfasser, der Bauern-Schriftsteller Georg Ove Tönnies, nennt sie „Eine politische Heimatschrift“ (Küstenland-Verlag, Flensburg, 1930). Tönnies geht von der Grundauffassung aus, daß „Bauerntum“ mehr bedeutet als nur wirtschaftlich geschlossener Lebenskreis“ und sieht das Unglück der Bauern in dem materiellen, händlerischen Denken, das der Kapitalismus wider den besseren Lebensgeist der Bauern aufs Land getragen hat. Er sucht die Auflehnung der Nordmark-Bauern, wie sie sich in den Taten der Claus Heim und anderer Luft machte, demgemäß aus einer seelischen Verfassung der Menschen zu erklären, die durch die Wirtschaftsnot in Aktivität geraten ist. Diese Aktivität wird gelenkt von dem Willen zur Selbständigkeit, zur Freiheit, zur Unabhängigkeit, vor allem dem Staat gegenüber! Tönnies spricht Ansichten aus, die in einer

Heimatschrift aufs höchste überraschen und ihn in unmittelbare Nachbarschaft zum Anarchismus bringen. Er wendet sich gegen das zentralistische Prinzip des Staates, dem er den heimatlichen Zusammenschluß auf föderativer Grundlage entgegenstellt. „Der Sinn dieser bald abgeschlossenen Epoche (der händlerischen Liquidation des Krieges) liegt in der menschlichen Vorstellung, daß Zahlen wichtiger sind als Menschen, daß Sachwerte die Politik zu bestimmen haben, kurz gesagt, daß der Mensch noch immer Sklave der Materie ist. Also Staatszweck statt Volksinn.“ So beginnt der inhaltliche Teil der Schrift, um alsbald klar zu legen, daß der Bauer „im Kriege seine gesunden Knochen für eine fremde Staats-Konstruktion zu Markte trägt, für einen falschen Staatsbegriff, der niemals Bauernheimat sein kann.“ „Wann wird man einsehen, daß Bauerntum und Militär-Staat ebensolch starke Gegensätze, ja Feinde, sind wie Bauerntum und Leih-Kapital?“ Jetzt also ist nach Tönnies eine neue Phase des Denkens unter den Bauern eingetreten „mit der Abkehr vom Großstadt-Denken, ... mit der Ablehnung der staatlichen Aufblähung, mit dem Wunsche zu natürlicherem, durch Beschränkung gemeistertem Leben.“ Weiter: „Unsere Kirche mit ihren Beamten kann uns ebenso wenig helfen wie der Staat, wie die Industrie, wie das Gewalt-Denken unserer Militärs, wie die heutigen Partei-Taktiker.“ Ueber das Führertum finden sich Worte, die ganz aus anarchistischem Gefühl kommen, und über die Notwendigkeit der Verständigung von Stadt und Land heißt es: „Wir müssen Verbindung suchen mit dem einfachen arbeitenden Menschen. Man muß den Bauern auch von der Stadt aus zu verstehen sich bemühen; dann wird sich von selbst der Wunsch einstellen, am Bau neuer und besserer Grundmauern mitzuhelfen.“ Eindringlich wird der ländlichen Bewegung die Kraft gewünscht, „längst überholte Gedankengänge nationalistischer Opposition zu verlassen“. Tönnies bedauert an den Sprengstoff-Attentaten nur, daß fremde Interessen von Großagrariern, Schwarmaposteln und abenteuernden Offizieren ohne Beschäftigung mit hineinspielten, aber er stellt fest, daß solche Elemente nur Mitläufer waren, keineswegs Kern und Antrieb der Bewegung. „Das Land meldete sich zum Wort, weil seine Zeit gekommen war.“ „Gegenkolonisation“ der Bauern gegen die von staatlichen und kapitalistischen Spekulationen ins Land gesandten kolonisierenden Energien, ist der Inhalt der neuen Phase: „Zurück zu natürlichem Leben, fort mit unserer übersättigten Zivilisation, mehr Kraft dem Lande, gebt uns Selbstverwaltung!“ „Die Nordmark-Vorgänge entspringen also trotz aller Schlacken einem echten Auflehnungsbedürfnis“. Was hier „besonders kraß zu Tage drängt, ist ...

der einstigen rücksichtslosen preußischen Kolonisierungs-Arbeit zu danken; es sind die Nackenschläge früherer Gewaltpolitik.“ Heftig wendet sich Tönnies gegen die Mißbraucher der bäuerlichen Rebellionssymbole, „die schwerreichen Marschhof-Besitzer und Herren über Latifundien“, die mit dem ganzen Grundadel sich unter die ehrlich aufsässigen Kleinbauern mischten, als sie in Neumünster „ohne Gewalt oder Bomben und nur unter dem Symbol der schwarzen Sensenfahne, mit sehr viel Freude daran“ demonstrierten. Worauf es dem Verfasser ankommt, ist, das Landvolk zu bewegen, „in dem Durcheinander von nationalistischen Schlagworten, platter Phrase, heldischer Verschwommenheit und wirtschaftlichen Interessen die bäuerliche Linie zu halten.“

Hier ist ein Bundesgenosse, und die Schrift macht nicht den Eindruck, als ob Tönnies mit seiner Auffassung allein stehe. Das Gefühl für echte Freiheit ist bei den Bauern von jeher stärker gewesen als bei den Städtern. Das kommt schon daher, daß das Entstehen von Städtern immer mit Verlust von Freiheit verbunden war. Zwangsorganisation und Zentralisation stoßen bei den Bauern stets auf Haß und Widerstand. Das macht sie anarchistischen Gedankengängen leicht zugänglich. Nun aber tritt ein Wortführer von Bauern hervor, der ganz bewußt auch die Kampfsituation der Bauernschaft erfaßt hat und sich, bei aller Abgrenzung vom Marxismus, klar und deutlich zum Klassenkampf bekennt: „Eins bleibt ewig bestehen als Frucht seiner (Marx') Arbeit: die Erkenntnis, daß in allen Auseinandersetzungen der Vergangenheit und Gegenwart Klassenkämpfe die Hauptrolle gespielt haben. Bald waren es Plebejer und Patrizier, bald Raubritter und Bauern, und heute sind es Arbeiter und Bauern auf der einen, das Kapital auf der anderen Seite. . . . Die Auseinandersetzung kommt; sie ist unabwendbar, weil das innere Unrecht zu groß geworden ist, weil die soziale Spannung keine Zukunft mehr trägt.“ Und endlich stimmt Tönnies auch mit uns überein in der Wahl des Mittels, mit dem er die bäuerliche Selbständigkeit schaffen will: „Die Landvolk-Männer . . . be-rufen sich darauf, daß den Parteien und Berufsorganisationen der Kontakt mit dem bäuerlichen Menschen verloren gegangen sei, daß sie alle durch zu starre zentralistische Bindung gehemmt seien, zu sehr verwaltend eingestellt, untauglich zur Bewegung. Sie fordern Einschaltung des freien Bauern neben die Verwaltung des Staates und Selbstverwaltung im Berufsstand. Aber welcher freiheitliebende Mensch wird das hindern wollen? Wenn jemand freilich Neues will, dann muß er Ideen zeigen. Fraglich ist deshalb, welches Mittel man sich bedienen wird, und da

scheint mir nur eine einzige Form die Einschaltung des in Bewegung geratenen bäuerlichen Gewissens zu gewährleisten: der örtliche Bauernrat.“ So sind in dieser Schrift ausgezeichnete Gedanken eines Mannes zu lesen, der bestimmt nie daran gedacht hat, sich als Anarchisten zu bezeichnen, gibt er sich doch sogar der Illusion hin, der Staat selber, „dem die Bauernschaft nicht mit Unrecht feindlich gegenüber steht, weil sie sich verlassen fühlt und schutzlos“, werde diesen Gedanken des Bauernrates „begrüßen und bestätigen.“ Ach nein, das wird der Staat nicht tun, es sei denn, er ließe den Charakter des Bauernrates zuvor ebenso verfälschen und in sein Gegenteil verkehren, wie er es mit den Betriebsräten gemacht hat. Die Räteidee ist eine Idee der Freiheit und die ist mit der Idee des Staates ein für allemal unvereinbar.

Die spanische Revolution hat in allen Ländern alle Revolutionsprobleme auf die Tagesordnung gestellt. Wir in Deutschland haben besondere Ursache, uns eingehend mit den Fragen des Vorabends zu beschäftigen. Hunger, Elend, Ungerechtigkeit, Polizeibrutalität, Massenarbeitslosigkeit als Dauerzustand, maßlose Ausbeutung der noch beschäftigten Arbeiter, entsetzliche Auspressung der schaffenden Stände, Arbeiter und Bauern, durch unerschwingliche direkte und jeden Lebensbedarf phantastisch verteuernde indirekte Steuern; dazu eine Regierung ohne den kleinsten Rest psychologischer Einsicht und sozialen Gewissens, zynisch gleichgültig gegen das grauenhafte Massensterben durch Selbstmord und Verwahrlosung, das sie verschuldet; diktatorisch ein Recht für sich usurpierend, das kein Vertrauen irgendeiner Volksschicht stützt; mit zelosiger Frömmerei, volksfeindlicher Sittlichkeits-Tartufferie und brutaler Mißachtung von Menschen- und Frauenwürde die Mutterschaft trotz Not und Tod erzwingend; aber in Hazardeurlaune auf Maschinengewehren, Panzerwagen und Sozialdemokraten vertrauend, ihren materiellen und moralischen Bankerott hinter militärischen Schaugeprängen vergessend —, das alles darf uns mit der Zuversicht erfüllen, daß die Stunde der Vergeltung auch hier ans Licht drängt. Bei Wahlen kommt nichts zum Vorschein als Unzufriedenheit mit der Mißwirtschaft in Reich und Ländern, und die Beamten, die Kommunisten wählen, bekunden damit noch lange nicht, daß sie den Staat, der sie als Katastraten beschäftigt, zerstören oder für eine bolschewistische Parteiobrigkeit erobern wollen. Erst recht bekennen sich die Oldenburger Bauern, die den Hitlerschreibern ihre Stimme geben, damit nicht entfernt zu den albernen und unehrlichen Rassetheorien oder gar zu den Legalitätsschwüren des böhmischen Dekorateurs in dem Münchener Palazzo. Aber das

Gefühl der Unfreiheit ist ihnen allen bewußt geworden, und einst, wenn nicht mehr gewählt wird, sondern Taten für den Geist zeugen sollen, dann wird dieser Geist aufhören, gegen die Unfreiheit zu protestieren, — er wird der Freiheit die Bahn schaffen. Die Revolution wird die Kräfte zusammenführen, wie sie zusammengehören, die Arbeiter, denen das Land, die Landleute, denen die Freiheit fehlt. Bauernräte und Arbeiterräte werden entstehen, und die Kämpfer der Städte und die der Dörfer werden ihre Zusammengehörigkeit erkennen und dem Lande die Freiheit, der Freiheit das Land erkämpfen.

Erde*)

*Ich, Jano, einer deiner Knechte,
Bebaute mühsam kleines Land:
Fünf Finger, Herr, hat meine rechte,
Fünf Finger meine linke Hand.*

*Mein Pflug klirrt oft am Kies der Erde
Im harten Takt zu der Musik
Geh willig ich mit meinem Pferde,
Geschick und Joch auf dem Genick.*

*Den schwarzen Grund hat Hof und Bauer,
Ich nur den Rain, den Stein, den Rest.
Die Frucht ist karg, das Brot ist sauer,
Und hungrig singt die Brut im Nest.*

*Fünf Finger hat der Meinen rechte,
Fünf ihre treue linke Hand,
In unserm Haus sind zwei Gerechte,
Der Christ und Lenin, an der Wand.*

*Und unter ihren Blicken spielen
Iwan und Anna, unser Blut.
O Herr, du führst zu großen Zielen,
Was reif ward in der Liebe Glut.*

*Der Knabe und das Mädchen wachsen,
Wie Heckenrosen auf dem Feld.
O Herr, du zeugst der Freiheit Adsen
Aus den Erniedrigten der Welt.*

*Wenn sie mich Feiertags geleiten,
Ich halte ihre Kinderhand
Mit meinen schweren, rauhen, breiten
Arbeiterhänden warm umspannt.*

*Noch sprüht der Weg von Sternenseichen
Und in den Morgen schreiten wir;
Dies wunderbare Händereichen
Erhebt den Menschen vom Getrie.*

*So ist die Gegenwart verbunden
Mit dem versunkenen Geschlecht,
Es fährt in zukünftige Stunden
Der Hände inniges Geflecht.*

*Fünf Finger, Herr, hat meine rechte,
Fünf ihre linke Bruderhand.
Ich Jano, einer deiner Knechte,
Ich blick in freibebautes Land.*

Sonka.

*) „Bruder Sonka“, von dessen letztem Buch in Nr. 5 („Erzählende Literatur“), die Rede war, hat dem FANAL dieses schöne Gedicht zur Verfügung gestellt. Es ist für den slowakischen Zwergebauern bezeichnend, der, noch befangen in angelernten Vorstellungen, die ihn Lenin und Christus als gleichwertige Gegenstände religiöser Verehrung erscheinen lassen, doch schon von wahrer Freiheit weiß und sie in seinen Kindern verwirklicht ahnt. Auch diese Verse mögen beitragen, bei Arbeitern Verständnis für das Fühlen und Wollen der Bauern zu wecken.

E. M.

Spanien

Der Jubel der Befürworter des schmerzlosen Zahnziehens als Heilmittel bei sozialer Gehirnerweichung war groß, als die spanische Revolution friedfertig und ohne Gewalt ihre Bürgerrepublik an die Stelle der Monarchie setzte, die im eigenen Kot versackt war. Es war der Jubel jener Chöre, welche immer dann ihr schmelzendes Lied anstimmen, wenn sie hoffen, eine notwendige Operation dadurch verhindern zu können, daß sie die Operateure chloroformieren. In Deutschland ist ihnen das vor zwölfenhalb Jahren gelungen; der vom Kriege locker geschossene Zahn mit der Goldkrone war aus dem faulen Fleisch ohne Blutverlust mehr herausgefallen als herausgezogen worden. Jetzt ertönten die Preisgesänge zur Hypnotisierung aller, denen man den Willen zutraute, das ganze Gebiß herauszubrechen oder gleich den Kopf abzu-

schlagen, der Staat hieß und auf eine sozialistische Gesellschaft nicht paßte: Nein, was für eine wunderbare Revolution ihr vollbracht habt! Ganz unblutig! Und so radikal, daß der Patient gar keinen Schaden genommen hat! Jetzt aber Hände weg! Jetzt übernehmen wir die Führung! Jetzt heißt es, am guten Alten in Treuen halten, damit das kräftige Neue sich dran hochranken kann. Alle Mann von früher wieder an die Posten, in die Aemter, vor die Front! Wer von den alten Monarchisten stellt sich freiwillig in den Dienst der jungen Republik? Wir achten eure Wehmut und schonen eure Herzensneigung, aber wir raten euch, Vernunftrepublikaner zu werden. Helft uns aufbauen, helft uns regieren, helft uns Ruhe und Ordnung schaffen!

An dem Tage, an dem eine Revolution in die Hände von Ruhe- und Ordnungstiftern fällt, ist sie verloren. Denn es ist klar, daß ein Umwälzungsprozeß — und dies und nichts andres ist eine Revolution sogar in der einfachen Wortübersetzung — solange die Eigenschaft hat, Unruhe, wenn nicht Unruhen, zu erregen, bis die Umwälzung vollzogen ist. Wer beim Ausbruch der Revolution nach Ruhe und Ordnung schreit, kann nicht zugleich den Sieg der Revolution wollen, die in der Ruhe ersticken müßte und deren Aufgabe es ist, das, was bisher als Ordnung galt, bis zum Fundament zu zerstören. Allen Reformisten ist die Ansicht gemeinsam, die Geschichte mit ihren Verwandlungen der gesellschaftlichen Einrichtungen sei ein Vorgang allmählicher, planmäßiger Entwicklung. Revolutionen entstanden allenfalls dann, wenn sich eine Macht solcher Evolution in den Weg stelle, indem sie sich an ein überlebtes und widerlegtes System anklammert. Sobald diese Macht entfernt sei, beginne sofort der Prozeß neuer Fortentwicklung im unmittelbaren Anschluß an das frühere System, der nur ein Aufstieg sein könne, da ja der revolutionäre Akt das niederziehende Element beseitigt und damit seine Aufgabe völlig erfüllt habe. Wer so urteilt und handelt, macht sich selbst zum niederziehenden Element und behindert in Wahrheit den natürlichen Verlauf des gesellschaftlichen Aufstiegs. Es gibt in der ganzen Natur keine Veränderung ohne schwere, lang andauernde, sich oft erneuernde gewaltsame Erschütterungen. Nie ist eine neue Insel entstanden oder verschwunden, ehe nicht in immer wiederholten gewaltigen Erdstößen Erdboden und Meeresgrund aufgerissen, auseinandergeborsten, zur Unkenntlichkeit verändert war. Erst solche chaotische Unordnung, erst solche tosende Ruhelosigkeit schafft Tatsachen, auf denen die allmähliche Entwicklung wieder Geltung hat, bis die Voraussetzungen neuer Revolution gegeben sind.

Revolutionen sind Ereignisse, die errechnete Entwicklungsreihen überschlagen; sie widerlegen die bequeme und reaktionäre Spießerweisheit, die Geschichte mache keine Sprünge. Nein, die Geschichte erfährt keinen Fortschritt ohne Sprünge; aber sie rächt sich schrecklich, wenn ein Sprung nicht gewagt wird oder mißlingt. Denn ebenso gefährlich und verantwortungslos wie die Lehre, daß nur evolutionistische Maßnahmen Systeme ändern und verbessern können, ist die andre, daß Revolutionen, wenn sie notwendig sind, selbsttätig erfolgen, ja, daß sogar ihr Erfolg im Sinne der grade fälligen historischen Epoche,

welche sich wiederum aus den jeweiligen Produktionsverhältnissen ergebe, kraft ewiger Gesetze verbürgt sei. Beide Lehren stützén sich auf den historischen Materialismus von Karl Marx, beide übrigens mit Recht, wie sie auch beide in der Praxis zur gleichen Konsequenz führen, zum Mißlingen oder Verfälschen der Revolutionen. Es ist kein Zufall, daß die von den Kautskynikern in Deutschland reformistisch kastrierte Revolution in dem von Ebert und seinesgleichen angerührten fauligen Sud gemeinster Korruption verenden mußte, und daß die wunderbare Oktoberrevolution in Rußland dank ihrer Ablenkung in bolschewistische Staatsdoktrin an einem neuen, vom Sozialismus weit entfernten politischen und wirtschaftlichen Monopolsystem gestrandet ist.

Die spanische Revolution scheint entschlossen zu sein, ihre Bahn selbst zu bestimmen. Der Jubel der bürgerlichen und sozialdemokratischen Republikaner über den bisherigen Verlauf der Operation, die den Alfons mit dem Stimmzettel entfernte, hat kurzen Atem gehabt. Sie verteilten untereinander Regierungsämter und Verwaltungsstellen, luden die Generäle und die übrigen Stützen des alten Systems ein, sich mit ihnen auf den Boden der Tatsachen zu begeben, und stellten mit Genugtuung fest, daß sie alle, alle kamen, so wie bei uns die Lüttwitz und Ehrhards; und wie Ludendorff, noch außer Puste; die blaue Brille abnahm und erkannte, daß auch ohne sie nichts rot aussah, so fand jetzt Herr Berenguer, daß es garkeines Alfons bedürfe, um alle Alfonzereien fortzusetzen. Die Allergetreuesten des Gétürmten, die nicht einmal den Schwindel annehmen wollten, zu dem die republikanische Regierung sie eingeladen hatte, konnten unbehindert über die Grenze gehen und in Biarritz ihr Koblenz aufschlagen. Die wahrscheinlich eher naiven als durchtriebenen Regierungsdemokraten hielten es für freiheitlich oder priesen es wenigstens als freiheitlich an, daß der Lügenfreiheit der monarchistischen Presse keine Schranken gesetzt wurden. Die „Pressefreiheit“, die hauptsächlich solchen Blättern nützt, die von Regierungen, kapitalistischen Klüngeln oder inserierenden Händlern mit entsprechendem Augenzwinkern subventioniert werden, wirkte sich so aus, daß die Arbeiter schon bei ihren Mai-feiern einsehen mußten, wieviel rascher sich die Bourgeoisie aus dem Freudenrausch wecken ließ als sie selber. Die Zivilgarde, ein Gebilde, das als Mittelding zwischen Polizei und weißer Bürgerwehr anzusehen ist — (zur freundlichen Erinnerung: in Bayern wurde der erste Aufruf zur Bildung von Bürgerwehren an erster Stelle von den Sozialdemokraten Auer und Timm unterzeichnet!) — ging gegen die Maidemonstranten vor, weil sie antikapitalistische, antiklerikale und anti-staatliche Transparente trugen; die Klassengegensätze traten in Erscheinung. Bei dieser Gelegenheit wiederholte sich jedoch ein Vorgang, der schon 1917 bei der russischen Februarrevolution die erheblichste Fernsicht für den Verlauf der Revolution öffnete: das Militär — keine Beamtenöldnerschaft wie die deutsche Reichswehr, sondern in den Dienst gezwungene Bauern und Arbeiter — fraternisierte mit den Massen, so daß die Polizei, wie überall verhaßt und verachtet, machtlos war. (Ueber die russische Februarrevolution orientiert das ganz hervorragende neue große Werk Leo Trotzki's „Geschichte der russischen Revolution. Fe-

bruarrevolution' S. Fischer Verlag, Berlin 1931, auf das in diesem Zusammenhange nur vorläufig hingewiesen sei. Blendend geschrieben, grundgescheit, mit leidlichem Willen zur Objektivität, außerordentlich reich an neuem Material, voll Urteilkraft, Bosheit und scharfsinnigen Analysen).

Will man den Beginn der spanischen Revolution an der Hand von Vergleichen mit früheren Revolutionen anordnen, so muß zuvor gesagt werden, das schematische Wiederholungen in der Geschichte nicht vorkommen. Dennoch ereignen sich immer wieder Dinge, die vergangenem Geschehen verblüffend ähnlich sehen. Man braucht nur die französische Revolution neben die russische zu stellen, so erkennt man bei aller Verschiedenheit eine große Menge verwandter Züge. Auf die vielen merkwürdigen Uebereinstimmungen zwischen der Pariser Commune und der Münchener Räterepublik habe ich schon vor Jahren hingewiesen. Es scheint, daß eine noch nicht erforschte Gesetzmäßigkeit in solchen Massenaufbränden waltet, der beizukommen die materialistische Geschichtsauffassung der Marxisten bestimmt nicht ausreicht. Will man also den bisherigen Verlauf der spanischen Revolution mit der russischen konfrontieren, so wäre es verkehrt, jetzt schon von der Kerevski-Periode zu sprechen. Die gegenwärtige Situation unter Zamora gleicht viel eher der Lwow-Zeretelli-Zeit unmittelbar nach dem Sturz des Zaren. Wir können natürlich jetzt die Personen, die in Spanien als Exponenten am Werk sind, im Ausland noch garnicht beurteilen, können nicht wissen, ob und durch wen dort etwa die Rolle Miljukows oder Tschaidsees verkörpert wird. Aber wir erfahren einiges über das Verhalten der Proletarier, und wir wissen, daß die Soldaten, die sich auf ihre Seite geschlagen haben, zumeist Bauernsöhne sind. Das gibt Anhalt, das läßt auf einen Verlauf schließen, der auf russische Vorgänge verweist.

Daß die spanischen Arbeiter dem Beispiel der deutschen nicht zu folgen gedenken, die widerstandslos die ganze Aristokratie aus ihren Mauselöchern wieder vorkriechen ließen, die zusahen, wie das monarchistische Geschmeiß von den Ebert und Scheidemann gegen die Revolution bewaffnet wurde, und die, soweit sie aus dem Felde zurückkehrten, sich willig demobilisieren ließen, um dann von den von Noske befehligten Stahlhelmen, Hakenkreuzlern, nationalistischen Studenten und Femeformationen zusammengeknallt zu werden —, daß die Spanier besser auf dem Kien sind, das zeigte sich am 12. Mai in Madrid, als die Monarchisten — nach knapp einem Monat! — bereits die erste öffentliche Kundgebung gegen die Republik wagten. Die Antwort der Massen war ein Sturm auf das Versammlungslokal der Royalisten, der von Polizei und Gendarmerie aufgehalten werden konnte. Zunächst werden nur einige Autos bekannter Aristokraten verbrannt. Um die reaktionäre Zeitung ABC, deren Gebäude von der Masse angezündet werden soll, entsteht ein stundenlanger Kampf. Er endet mit der Zusage der Regierung, daß gegen die Monarchisten scharf vorgegangen werden soll. Die Demonstration bemächtigt sich der Personen einiger Reaktionäre, die Prügel bekommen. Der Innenminister im Ministerium Berenguer Matos wird ausgezogen und in Unterhosen durch

die Straßen getrieben. Darauf gehen die Kioske eines klerikalen Blattes in Trümmer. Am nächsten Morgen steht Madrid im Generalstreik und an diesem Tage beginnt die Abrechnung mit dem Erzfeind, der katholischen Kirche. Ein Autodafé mit vertauschten Rollen!

Die größte Jesuitenkirche Madrids macht den Anfang, und dann geht die Masse weiter, hunderte von Benzinbehältern als Weihrauchbecken schwingend, besucht die Stätten frommer Andacht, Kirchen und Kapellen, Pfaffenschulen und Klöster. Und wie in Madrid, so in der Provinz. Ueber 200 Klöster und Kirchen liegen in Asche, darunter trotz ihrer drei Sterne im Bädeler die Kathedrale von Sevilla, darunter die übrigen Stätten mißbrauchter Macht, schimpflicher Gewalt an Leibern und Seelen, darunter die heiligsten Symbole der frommen These: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!, darunter die marmornen Baudenkmäler der Ausbreitung des Christentums durch die Inquisition.

Jede Revolution findet ihre Geste, die ausdrückt, wogegen sich die heißeste Empörung der Unterdrückten und Mißhandelten richtet. So rissen wir im November 18 den Offizieren die Achselstücke von den Waffenröcken, das Sinnbild der Obrigkeit, des Kadavergehorsams und der militaristischen Annaßung. Unsre Sozialdemokraten haben schnell genug den preußischen Leutnant wieder gottähnlich genäht, jetzt übt er in Hitlers Führerschule, ernährt von republikanischen Pensionsgeldern, den Fußtritt ein, mit dem er demnächst die Braun und Severing wegen „Marxismus“ vor die Regierungsorgane treten wird, auf denen sie lange genug gesessen haben. In Spanien hielt sich die Revolution an ein kompakteres Symbol, und ganz so einfach wird es den Wahrern von Ruhe und Ordnung wohl nicht gelingen, das beleidigte und gequälte spanische Volk in die niedergebrannten Schafställe zurückzujagen, wie es unsern verbündeten Sozialdemokraten und Hindenburgern gelang, die deutschen Markenkleber und Organisationsrekruten wieder ans Strammstehen vor schnarrenden Leutnants zu gewöhnen.

Der Kirchen- und Klostersturm in allen Teilen des in Revolution geratenen Landes hat dreierlei Bedeutung. Die erste ist moralischer Natur. Was dieses Volk unter dem Druck des Papsttums gelitten hat, das konnte in Jahrhunderten nicht vergessen werden. Mit Feuer hat Torquemada den katholischen Glauben verbreitet, hat er, selbst getaufter Jude, die Juden und Mohammedaner, die insgeheim an ihren Göttern festhielten, von der Richtigkeit der römischen Lehren überzeugt. Feuer war das Mittel dieses Großinquisitors und der Inquisition nach ihm, um den Spaniern den Geschmack an der katholischen Kirche beizubringen. Allein unter Karl V. wurden in Spanien und in den von ihm unterjochten Niederlanden über 50 000 „Ketzer“ auf dem Scheiterhaufen verbrannt, und erst 1808 hob Napoleon in Spanien die Inquisition auf. Dann mußte die Kirche andre Mittel anwenden, um die Spanier fromm zu machen, und viele, viele von denen, die jetzt an dem herrlichen Zug der Vergeltung teilgenommen haben, haben den scheußlichen Mord an Francesco Ferrer mit erlebt, der von den Pfaffen unter dem Pfui der ganzen denkenden Welt verleumdet und gemeuchelt wurde, weil er es wagte, im Lande der lichtscheuen Geistesverknöchtung Schulen der Freiheit zu errichten. Die Flammen, in

denen die Klöster und Kirchen Spaniens zusammenbrachen, haben ihren Sinn in sich selber. Aber die Niederbrennung der Klöster bedeutet mehr als nur ein Symbol der Befreiung. Sie bedeutet eine Verurteilung des Landraubs, den die katholische Kirche am spanischen Volke begangen hat. Das Landproletariat, besonders in Andalusien, lebt im entsetzlichen Elend. Die Latifundienbesitzer powern die Bauern und Pächter in den Formen mittelalterlicher Verknächtung aus. Der größte Latifundienbesitzer Spaniens aber ist die katholische Kirche, die noch nie sentimental war, wo es sich lohnte, dem Armen das Himmelreich zu versprechen. Der rote Hahn auf den Klöstern verkündete also: fort mit den Landräubern! Das Land denen, die es bebauen! — Endlich aber war der Fackelzug zu den Klosterbauten auch für die städtischen Arbeiter eine Strafexpedition wegen unsozialer Gesinnung. Die Klöster betrieben große industrielle Werkstätten, in denen die Mönche im Auftrag kapitalistischer Firmen, ähnlich wie die Gefangenen in den Zuchthäusern, billige Arbeit lieferten. Mit andern Worten: die frommen Anstalten drückten die Löhne, stahlen also den Arbeitern das Brot. So war die große Brandlegung zugleich ein Akt gerechter Vergeltung und Bekundung der revolutionären Zielsetzung von Arbeitern und Bauern.

Wie sich die Regierung Zamora angesichts des Protestes des Papstes und des Geschreis der Reaktion aller Länder zu diesem Ereignis stellen wird, ist unschwer vorauszusagen. Sie wird versuchen, ihre Macht gegen das revolutionäre Volk einzusetzen. Die Frage ist, wie stark sich das revolutionäre Volk gegenüber der Regierung jetzt schon fühlt, ob also der Sturz Zamoras und die Uebernahme der öffentlichen Verwaltung in die eigenen Hände der Arbeiter und Bauern in naher Aussicht steht oder ob Spanien wie Rußland auch erst einen Kornilow-Aufstand und ein Kerenski-Regime abwarten wird, bevor es zum entscheidenden Schlage ausgreift.

Die Aussichten der spanischen Revolution stehen prachtvoll. Die Gefährdung freilich ist ebenfalls noch groß genug. Sie kommt nicht allein von monarchistischen und klerikalen Desperados, die sicher versuchen werden, Interventionsfeldzüge vorzubereiten. Die Gefahr, daß die Völkerbunditen dem gegenwärtigen demokratischen Geschmeiß zum Ausbau von Severing- und Noskegardien Geld, Waffen und andre Hilfe zuteil werden lassen und daß die II. Internationale dabei Schmiere steht, ist unmittelbar akut. Endlich arbeiten auch die Bolschewisten mit allen Mitteln der Lüge, der Verleumdung und der Intrige gegen die anarcho-syndikalistische Gesinnung, die von jeher den revolutionären Geist Spaniens beherrscht hat. Die albernen Ruhmredigkeiten der von Moskau abhängigen Presse, als ob die Kommunistische Partei alle Heldentaten in Spanien vollführte — eine Partei, die dort kaum beachtet wird —, müssen die Arbeiter in allen Ländern verwirren. Schlimmer ist, daß diese Lügen, da sie verbunden sind mit ganz infamen und niedrigen Verdächtigungen der Anarchisten, den Geist internationaler Solidarität lähmen können. Endlich aber ist die Entsendung bolschewistischer Emissäre, die mit unbeschränkten Geldmitteln im Lande der Revolution selbst ihren Parteiladen einrichten sollen, ein sicheres Mittel, um Uneinigkeit zwischen die Kämpfer Spaniens zu treiben. Ein

Glück ist die antiautoritäre Tradition, der die revolutionären Elemente der spanischen Arbeiterschaft noch nie abtrünnig geworden sind. Ein weiteres Glück ist die Zersplitterung der bolschewistischen Kräfte dort die trotz ihrer geringen Zahl schon jetzt drei Richtungen repräsentieren, deren jede sich als die einzige anpreist, die die Führung der Revolution leisten und die Diktatur, auf die die Spanier garnicht wild sind, ausüben könne. Da sind zunächst die zahlenmäßig schwächsten, die linientreuen Stalin-Leute; sie sind zu fürchten, weil sie völlig skrupellos sind, die Interessen der spanischen Revolution denen der russischen Staatspolitik unterordnen und über unerschöpfliche Mittel verfügen. Zweitens ringen um die Palme die katalonischen Kommunisten, die der föderalistischen Gesinnung der Spanier schmeicheln wollen, indem sie als Separatisten auftreten und sich in Barcelona als Regierung etablieren wollen. Ihr Einfluß ist schwer abzuschätzen; es scheint sich um Nationalbolschewisten der Gattung Laufenberg-Wolfheim zu handeln. Endlich spielen die Trotzkiisten eine gewisse Rolle. Sie scheinen die gefährlichsten Diktaturanwärter zu sein, weil sie ein von Trotzki selbst verfaßtes Programm haben, taktisch geschickt vorgehen und, wenigstens bis jetzt, die schäbigen Verleumdungsmethoden gegen die Antiautoritäre vermeiden. Ihr Einfluß ist weit stärker bemerkbar, als der Moskaus.

Schon hat Trotzki alle Welt mit einer Broschüre überschwemmt, in der er zuerst die Voraussetzungen einer spanischen Revolution prüft, dann ihren Verlauf auf Grund der Dezemberereignisse vorauszusagen versucht und endlich in einem Nachtrag vom 15. April — tags zuvor war der König gestürzt! — sein eigentliches Revolutionsprogramm verkündigt (Leo Trotzki: Die spanische Revolution. Mit Anhang: 10 Gebote des spanischen Kommunisten. Herausgegeben im Auftrag der linken Opposition der KPD., Bezirk Sachsen). Es genügt zu sagen, daß Trotzki zwar „völlige Freiheit der proletarischen Organisationen, Freiheit der lokalen Selbstverwaltung“ und vieles andre Gute verlangt, was unsereiner getrost unterschreiben könnte; daß er auch für freie Sowjets plädiert, die „die natürlichste, offenste, ehrlichste und gesündeste Form des Bündnisses verschiedener Arbeiterorganisationen für gemeinsame Aufgaben“ seien, daß er aber zuvor erklärt hat: „Die Arbeiterklasse darf auf keinen Fall ihre politische Organisation auf föderalistischer Grundlage aufbauen“, und „zur siegreichen Lösung“ aller Aufgaben drei Voraussetzungen erforderlich findet: „eine Partei, noch eine Partei, immer wieder eine Partei“! Nur soll diese Partei nicht den Stalin und Manuiski folgen, da sonst der Sieg der spanischen Revolution nur bis zu dem Zeitpunkt dauern würde, bis diese beiden Herren die „ausführenden Kräfte“ von Madrid beschuldigen würden, „die Generallinie falsch angewandt zu haben, welche sich uns in den Spalten der Prawda als eine Generallinie der Unwissenheit und des Leichtsinns offenbart.“ Also nicht Stalin, sondern Trotzki, der sich gern bereit erklärt, mit Anarchisten und Syndikalisten, unter denen er, sonst niemand, rechts und links kennt, „Schulter an Schulter“ zu kämpfen. Und was war's damals mit Machno, Trotzki, und mit Kronstadt? Seht euch vor, Genossen in Spanien!

Schwäche ist Verrat

Die Parteikommunisten halten es bekanntlich für revolutionär, den Arbeitern, die von ihnen die Wahrheit erfahren wollen, das Gegenteil der Wahrheit mitzuteilen. Wirkliche Revolutionäre, die die Moskauer Methoden — den Arbeitern die Revolution zu predigen, den Kapitalisten zu erklären, die Wirtschaftskrise sei den Russen durchaus unerwünscht (Herr Litwinow hat das — und ihm ist zu glauben — den Völkerbunditen in Genf erklärt), — die solche Methoden der Doppelzüngigkeit nicht schätzen, die auch die Verfolgung aller linken Oktoberkämpfer in Rußland nicht bejubeln und die endlich bezweifeln, daß die Bestellung zahlreicher Maschinen bei rheinischen Schwerindustriellen Verwirklichung des Sozialismus bedeute, diese Revolutionäre werden als Verräter, Konterrevolutionäre und Arbeiterfeinde beschimpft. Weil in Spanien die Bolschewisten ohne jeden Einfluß sind, hingegen dank der Aktivität der anarchistisch-syndikalistischen Genossen die Revolution kräftig vorrückt, wird den kommunistischen Arbeitern vorgelogen, alle Aktionen würden von den Kommunisten durchgeführt, während die Anarchisten mit den Sozialdemokraten gemeinsam die bürgerliche Regierung stützten. Im folgenden sei, etwas gekürzt, der Leitartikel vom 12. Mai aus der anarchistischen Tageszeitung „Solididad Obrera“, die in Barcelona erscheint, wiedergegeben. Lest, kommunistische Arbeiter, urteilt und fragt eure Bonzen, wer ihnen aufgetragen hat, euch zu belügen. Bedenkt aber auch, daß der Staat nur solange wagen wird, euch die Taschen umzukehren und euch mit Gummiknüppeln zu verdreschen, wie ihr euch von euern eigenen Führern belügen und betrügen laßt. Auf Unehrllichkeit kann keine Revolution gedeihen! E. M.

Ohne Zaudern, ohne Zweifel, ohne Schwanken muß man in den Kampf gehen und durch die Tat zeigen, daß hier in Spanien das Haupt der Reaktion für immer zertreten ist. Die Madrider Ereignisse sind eine bededte Lehre, daß kein ruhiges Warten mehr möglich ist gegenüber den Machenschaften der Reaktionäre, der Monarchisten, der Revolverhelden, der Mörderbande von Generälen, der verruchten Kardinäle, aller Feinde der Freiheit des Volkes. Keinen Augenblick darf das Volk noch zögern und auf Regierungsdekrete hoffen, als ob der Geist der Volksrevolution ersetzt werden könnte von einer Justiz der Richter, die von Alfons, dem Afrikaner, eingesetzt wurden; als ob das Recht verbürgt wäre durch eine Bürgergarde und Polizei, deren Gewehrläufe und Revolver die verbrecherische Regierung der Diktatur gehalten haben; als ob das Ergebnis des Ganzen eine Fehlgeburt und der Sieg der Reaktion sein müßte.

Man muß ernsthaft und ehrlich aussprechen, damit auch die Republikaner, die noch aufrichtig für die Freiheit des Volkes sind, sich Rechenschaft geben, daß die gegenwärtige Regierung aufgehört hat, eine revolutionäre Regierung zu sein, daß sie sich in eine der vielen liberalen Regierungen der Monarchie verwandelt hat, bestellt, die Ordnung zu hüten, den Dieben ihr Eigentum zu sichern und die Religion samt dem heiligen Geist zu verteidigen. Noch lebt diese Regierung, versklavt der Militärkaste, noch lebt sie, versklavt der Bürgergarde und der Polizei; noch lebt diese Regierung als Gefangene der religiösen Gesellschaften und der Bischöfe; im

Käfig, in der eisernen Umklammerung dieser schwarzen und verbrecherischen Institutionen, weil sie sich vom ersten Tage ab keineswegs dem Volke hingab, dieser einzigen Kraft und Stärke einer wirklichen Republik, welche in Recht und Ehren bestehen wollte; weil sie nicht am ersten Tage die Lakaien der gestürzten Regierung entwaffnete und davonjagte und nicht die Waffen in die Hände des Volkes gab. Schon jetzt, nach ein paar Wochen, haben die Ereignisse gezeigt, daß der Regierungswechsel, der so großartig schien, nichts ist als der Ausdruck der Unzulänglichkeit der Ereignisse. . . . Man muß sich unverzüglich entscheiden; schon heißt es wählen zwischen der Revolution und dem Bürgerkrieg, den die Reaktion als erste Etappe ihrer Verschwörung herbeiführen will, nachdem sie sich erst beeilt hat, die Republik ihrer Treue zu versichern.

Diese ganze Bande hat der Monarchie gedient und hat die Gewaltmittel in den Händen behalten, um sofort das Volk zu provozieren. . . . So wollen sie die politischen Freiheiten wieder zerstören, unter denen wir unsre Organisationen ausbauen können, um Bedingungen zu schaffen, die die Rückkehr der Reaktion ein für alle Male unmöglich machen müssen. Obendrein wollen sie die Republikaner gegen das arbeitende Volk hetzen. Diese Manöver wurden ihnen durch alles erleichtert. Man hielt den Bourbonen nicht als Geisel zurück. Man löste die bewaffneten Verbände nicht auf. Das Volk bemächtigte sich nicht der Reichtümer der Kirche und der Religionsgesellschaften, indem sie sie vom spanischen Boden vertrieb. Den großen Gaunern wurde Vermögen und Land nicht weggenommen. Da man all das aber nicht tat, was unbedingt hätte geschehen müssen, da es der Sinn der Revolution ist, bleibt das Problem bestehen und die Feinde der Freiheit arbeiten ungestraft vor aller Augen. So konnte die Bürgergarde neuerdings aufs Volk schießen unter dem Geschrei von Ehre, Vaterland und Republik. . . . So konnte der Kardinal-Primas seine großsprecherischen Phrasen ganz unverhüllt wagen; denn er weiß, wer ihm den Rücken deckt. Bis heute hat das Volk die Faust seiner Gerechtigkeit noch nicht in das erbärmliche Gesicht dieses Kardinals gestoßen . . . , und es war möglich, daß der höchste Gerichtshof die Anklage gegen Berenguer unterdrückte und der Verantwortliche dem Willen des Volkes zum Trotz unbestraft geblieben ist.

Aber was bis jetzt unterlassen wurde, muß heute geschehen, ohne Zeit zu verlieren. Die Reaktion bewaffnet sich, bereitet sich vor, will ihre Schlacht schlagen. Die verantwortlichen Organisationen müssen sich schnellstens zur Aufstellung eines Aktionsplans verbinden. Dieser Plan muß wirklich revolutionär sein, den Willen des Volkes ausdrücken und ihm die Wege frei machen. Man braucht noch nicht einmal Republikaner zu sein, um zu erkennen, daß die heutige Republik tot und geistlos ist, solange sie nicht von sozialem Wesen erfüllt wird. Wer aber soll ihr diesen Charakter geben? Das junge revolutionäre Proletariat! Man muß den Dingen zuvorkommen, wir müssen sie beeinflussen. Sonst erstickt die Revolution und es bleibt alles, wie es war. Verstehen wir es aber, ein Programm der Verwirklichung aufzustellen, das geeignet ist, den Wohlstand des schaffenden Volkes herbeizuführen und die Freiheit zu sichern, dann wird das ganze Volk auf unserer Seite stehen. Das alles muß geschehen durch eine bewaffnete Aktion des Volkes als tiefster Aeußerung seines wahrhaft revolutionären Geistes, — und es muß unbedingt geschehen!

Wir stehen der Reaktion gegenüber, die noch nicht tot ist und von neuem ihr Haupt erheben will. Das Volk hat das Wort und es kann lernen aus den Lehren von Madrid. Den Worten der Regierung „Man wird Gerechtigkeit schaffen!“ antworten wir: „Gerechtigkeit wird das Volk üben!“ Und niemand anders als das Volk!

Trocken Brot

Großer Gott, was soll nur geschehen, wenn wir am Qua' d'Orsay unsern Briand nicht mehr haben werden? Es war schon rücksichtslos, daß er sich zur Präsidentschaftskandidatur aufstellen ließ, aber daß er Miene macht, als Außenminister abzudanken, das ist zuviel für Deutschland! Dann hätten ihn die Franzosen schon lieber zum Präsidenten der Republik wählen sollen. Wer ist schließlich Doumer? Briand kennen wir doch, und er war immer so gut zu uns. Vielleicht läßt er sich doch noch gut zureden: Bleib, Aristide, du bist der Friede! — Daß Briand in Genf so hart mit unserm Curtius umsprang, dürfen wir ihm nicht zu sehr verübeln; es war nicht böse gemeint und bedeutete nur: wenn ihr nicht aufhört, Nazi zu wählen, dann müßt ihr eben mal in der Ecke stehn. Auch Schober ist ja von ihm beschimpft worden. Aber der hat versprochen, daß er nun brav sein wolle, da wird gewiß auch Klein-Curtius fortan artig bleiben. Briand ist ein guter Lehrer für gehorsame Kinder, streng aber gerecht, und seine Stirn ist erleuchtet vom Geist von Locarno.

Was sich auf der Tagung des Völkerbundsrates in Genf bei den Verhandlungen über die deutsch-österreichische Zollunion zugetragen hat, war lehrreich für alle, die die Rolle der Staaten im Leben der Völker der Beobachtung wert finden. Die beiden Staaten haben im Auftrag ihrer Latifundienbesitzer ein Abkommen geschlossen, das in erweitertem Maße die Zwecke der deutschen Politik der agrarischen Hochschutzzölle verfolgte. Indem man die Grenzen zwischen den beiden beteiligten Ländern öffnen wollte, sollte die Absperrung gegen die Getreideeinfuhr aus Ungarn, den Balkanstaaten, der Tschechoslowakei umso sicherer und für die Preisbildung ungestörter erreicht werden. Der Abschluß einer Geschäftsverbindung also, die die Konkurrenz verhindern sollte, ihr Brot billiger zu verkaufen. Aber eben, um solche Trustgeschäfte unmöglich zu machen, verbot der Friedensvertrag von St. Germain Oesterreich den Anschluß an Deutschland und versah das Genfer Protokoll von 1922, das den Oesterreichern einen für das ausländische Börsenkapital sehr einträglichen Pump und den Aufpasser Zimmermann bescherte, das Anschlußverbot mit der Erläuterung, die österreichische Regierung habe „sich jeder Handlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Verpflichtung zu enthalten, die die Unabhängigkeit unmittelbar oder mittelbar zu gefährden geeignet wäre.“ Die Rabbis und Mönche — man kann sie alle mit dem Namen Auguren zusammenfassen — in Genf haben sich heftig darum gestritten, ob das Abkommen der Politiker in Wien, wie es die Konzernbrüder behaupten, bloß wirtschaftlich sei, oder ob — die These der Konkurrenz — die wirtschaftliche Begaunerung der Brotesser ein politischer Akt sei. Briand, immer wenn es um größere

Geschäfte geht, ganz Schmalz und väterliches Verständnis, ermahnte die Knaben Curtius und Schober, sie müßten die „nationale Eigenliebe“ zurückstellen, was soviel hieß wie: erst das internationale Geschäft, dann das patriotische Vergnügen! Ihr könnt euern Arbeitern das trockene Brot so teuer machen wie es euch Spaß macht; aber wenn ihr uns dabei nicht mit neppen laßt, dann werden wir ungemütlich. Jetzt soll sich der Haager Gerichtshof, das Welttribunal zur Begutachtung staatlicher Roßtäuscherkünste, mit der Frage befassen, ob die Zollunion juristisch erlaubt sei oder nicht. Entscheidet sich dieses würdige Institut dahin, daß der Wiener Roßhandel ein Handel von Eseln war, dann ist Friede unter den Völkern; entscheidet es, daß unbeschadet der Verträge die ostelbischen Agrarier den österreichischen Weizen mit dem deutschen Roggen einspeichern und verkaufen lassen dürfen, dann wird der Nachfolger unsres Curtius, der Inflation-Cuno, mit dem Nachfolger Briands, der vielleicht wieder Briand heißen wird, den Männerstreit weiterführen um die Frage, ob dem Arbeiter nur von einheimischen oder auch von ausländischen Sklavenhaltern das trockene Brot aus den Zähnen gerissen werden darf.

Die Frage ums Brot ist eine Frage der Macht, wie es, solange die Menschen in Staaten leben, nur Fragen der Macht gibt: diejenigen, welche die Macht, nämlich den Besitz, haben, sind der Staat, die, welche nichts haben, sind die Verstaatlichten. Der Unterschied im Ideologischen liegt darin, daß die, die der Staat sind, keinen Wert darauf legen, da ihnen jede andre Form der Macht ebenso lieb wäre, wenn es eine gäbe. Die Objekte des Staates hingegen, die Verstaatlichten, beten den Staat an und erstreben die Macht in ihm, nicht erwägend, daß die Staatsmacht keine Macht wäre, wenn sie sie hätten, die Macht aber bei denen bliebe, die kraft ganz ander als staatlicher Gesetze über das trockene Brot verfügen wie auch über die Butter, die der Verstaatlichte nicht drauf schmieren kann. Schwierige Dinge, für die Marxisten, die alles wissen, nur das Selbstverständliche nicht, ewig unbegreifbar. In Deutschland erweist sich die Staatsmacht unfähig, den Arbeitern Arbeit zu schaffen. Denn die Staatsmacht ist das ausführende Organ der Wirtschaftsmächte, und die Wirtschaftsmächte machen kein Hehl daraus, daß nicht sie der Menschen wegen, sondern die Menschen ihretwegen da sind. Es ist ihnen nicht wichtig, daß aus dem Getreide Brot gemacht wird, sondern, daß Getreide und Brot Geld bringt. Ob es gegessen wird, geht sie nichts an, und es zeigt sich, daß das ungegessene Brot sich manchmal besser auszahlt als das gegessene. Sie vernichten angesichts des Hungers von Millionen Riesenvorräte von Korn und führen, nicht für Menschen, aber doch für Hühner Korn aus dem Ausland ein, das zuvor — es könnte sonst doch Brot draus werden — für die menschliche Ernährung unbrauchbar gemacht ist. Brauchbares Getreide wird dermaßen verzollt, daß es nicht eingeführt werden kann.

So wurde das Brot teurer, während zugleich die Mittel, sich Brot zu kaufen, durch Lohn- und Gehälter-Abbau, Minderung der Sozial-„Fürsorge“, irrsinnigste Steuererhöhungen dauernd knapper wurden. Die Regierung versprach Preissenkungen. Daß Regierungen versprechen können, ohne damit Verpflichtungen einzugehen, wissen wir längst, z. B. vom Bielefelder Abkommen her, das der Severing den Proletariern andrehte — er ist ja gelernter Dreher —, um dann sein Wort zu brechen und abwechselnd

Reichs- und preußischer Polizeiminister zu werden. Regierungen haben halt eine andre Ehre als Private. Freilich kann Herr Brüning sich mit seinem Wort, mit den Löhnen würden die Preise sinken, auf die höhere Gewalt zurückziehen, die in diesem Falle die Bäckermeister repräsentieren. Die haben nämlich keine staatsanbetende Gewerkschaftsbonzen wie die Arbeiter, sondern die rechnen ihren Vorteil aus. So könnte den Arbeitern der Lohn ihrer Arbeit durch notverordnende Gesetzlichkeit immer mehr entzogen werden (im katholischen Katechismus wird das als himmelschreiende Sünde bezeichnet; aber Brüning weiß mit Wedekind, daß Sünde nur eine mythologische Bezeichnung für schlechte Geschäfte ist). An die Bäckermeister kommt keine Notverordnung heran. Hindenburg hat zwar an den Bahnhöfen Plakate kleben lassen, des Inhalts, er regiere uns nur dadurch so schön und fühle sich in seinem hohen Alter — toi, toi, toi! — so gesund wie bei einer Badekur, weil er immer fleißig Roggenbrot gegessen habe. Also, sollte das heißen, eßt keine Semmeln, die sind aus Weizenmehl und daran verdienen die Großgrundbesitzer zu wenig; eßt Roggen! Ja, auch Roggenbrot ist ein schönes Gericht, bloß der Erwerbslose kriegt es nicht. Sonst könnte sich Brüning, kriegsgeübt, auf die Hindenburglinie zurückziehen. So aber blieb ihm nichts übrig, als öffentlich zu rühmen, es sei ihm gelungen, bei 5 Millionen Erwerbslosen den Brotgetreidezoll 250 Prozent über den Weltmarktpreis zu erhöhen, ohne daß Tumulte entstanden wären. Das war ein Kompliment für euch, deutsche Arbeiter! Na ja wir leben nicht in Spanien.

Herr Schiele, der Minister für Unterernährung, hat erklärt, daß wegen des Brotpreises garzu viel Aufhebens gemacht würde. Er kann für sich und seine werte Familie die 4 Pfennige mehr für ein Brot noch ganz gut erschwingen. Die Agrarierzeitungen, deren Geldgeber von trocken Brot leben, eben von dem, das sie den Armen verteuern, höhnen auch schon über den „Brotpreis-Rummel“. — Es lebte einmal ein Mann, der sagte zu den Leuten, die sich kein Brot mehr kaufen konnten: „Freßt doch Heu!“ Der Kopf dieses Mannes wurde eines Tages auf einer Pieke durch die Straßen getragen, er hatte ein Bündel Heu im Mund. Der Mann hieß Foulon und die kleine Episode, die sein Leben beschloß, trug sich zu am 22. Juli 1789 in Paris. Und es lebte einmal eine Dame. Zu der kamen viele Frauen und riefen zu ihrem Balkon hinauf: Brot! Brot! Die Dame antwortete: „Ja, Kuchen!“ Der Kopf dieser Dame rollte eines Tages dem dazugehörigen Leibe davon. Das geschah am 16. Oktober 1793 auf dem Hinrichtungsplatz in Paris; die Dame war vorher Königin von Frankreich gewesen und hieß Marie Antoinette. Alles bloß wegen ein bißchen Brotpreisrummel.

Aber Herr Brüning redet und redet, und Deutschland hört sichs geduldig an. Neulich aber wurde es Deutschland zuviel; es unterbrach das Gequassel und stürzte sich, ohne die Machthaber zu fragen, selbständig in die Flut, die schäumend aufbrandete. Es war freilich nicht das Volk Deutschland, sondern ein Panzerkreuzer, der ungetauft davonsauste, als Brüning ihm versicherte, er sei des Friedens wegen erbaut worden. Aber sowas macht nur eine tote Sache. Deutschland selber macht Stapellauffeste und spart nicht die hunderte Millionen, die die Schiffe kosten, freut sich auch, daß Geld da ist für die Buddel Sekt, die so ungesoffen bleibt, wie der Roggen der Großagrarien ungegessen. Alles ist da bei uns, nur nicht für jeden ein Stück trocken Brot.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Gruppe Neukölln.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64

Achtung!

Gruppe Weißensee.

Zusammenkunft: Jeden Freitag, 20 Uhr, im Lokal
Brankowitz Weißensee, Lehderstr. 5

19. Juni, Vortrag des Genossen Erich Mühsam über
„**Revolutionäre Probleme der Gegenwart**“
26. Juni, Vortrag des Genossen Berthold Cahn über
„**Was wollen die Anarchisten?**“

Achtung! Gilde freiheitlicher Bücherfreunde

Freitag, 5. Juni, 20 Uhr: Weinmeisterstraße 15
Erich Mühsam liest sein Werk: „**Alle Wetter**“ Volks-
stück mit Gesang und Tanz.

Union Anarchistischer Vereine Groß-Berlins und Umgebung

Zusammenkunft in folgenden Lokalen:

Gruppe Südost: Jeden Donnerstag im Lokal A. Zander, Lausitzerstr. 25

Gruppe Norden: Jeden Freitag im Lokal Berliner Kindl, Dolezel
Böttgerstr. 4.

Gruppe Osten: Jeden Donnerstag im Lokal Jerrasch, Boxhagenerstr. 24

Gruppe Spandau: Jeden Donnerstag im Lokal „Zum Nordpol“, Lutherstr. 3

Gruppe Lichtenberg: Jeden Freitag im Lokal Kupsch, Tasdorferstr.

Gruppe Zentrum: Jeden Mittwoch im Lokal Spiegel, Ackerstraße 1,
Am Koppenplatz.

Anarchistische Jugend, Neukölln. Versammlung jeden Montag, im
Jugendheim, Bergstraße 29.

FANAL ist in schwerer Geldnot!
Sammelt! Werbt! Helft!

Bücher und Schriften

von

ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten. — Malik-Verlag, Berlin.

Preis: brosch. 1.60 Mk., geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers. — Verlag Gilde freiheitlicher
Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 1.— Mk., geb. 2.— Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren. — Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 1.80 Mk.

STAATSRÄSON

ein Denkmal für Sacco und Vanzetti. — Verlag
Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis brosch. 1.00 Mk., geb. 1.50 Mk.

SAMMLUNG

Auszug aus dem dichterischen Werk 1898 — 1928. —
I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5.50 Mk., geb. 8.00 Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutions-
ereignisse in München. — FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0.90 Mk.

Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!



fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

NR.10

Im Sumpf der Taktik — Der Sozialis-
mus marschiert (Von Fritz Müller) —

Anmerkungen zur Spanischen Revolu-
tion — Was gespielt wird — Feuer-

barrikaden — Sursum corda — Protest

PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)

JAHRGANG 5

BERLIN

JULI 1931

CONTRA

**Die neue Monatsschrift der anar-
chistischen Opposition in Österreich
welche jeder antiautoritären
Richtung dienen will**

Vierteljährlich Mark 0.50

Zu beziehen durch:

Vilma Ritschel, Wien X, Rotenhofgasse 106

Kind und Elternhaus

*Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von B. Liber,
New-York*

(Vorzugspreis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5

Nummer 10

Juli 1931

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin - Britz, Dörschlahtingstr. 49. Fernsprecher F 2, Neukölln 8112
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Im Sumpf der Taktik

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Arbeiterklasse in Deutschland noch lange in der Lage sein wird, sich über ihre gemeinsamen Angelegenheiten öffentlich zu unterhalten. Die annoch vorhandene Möglichkeit, es zu tun, übt sie zumeist in der Form, daß Proletariengruppen kämpferisch geschwellten Herzens über das Pflaster trotten, auf das sie die rationalisierende Faust der kapitalistischen Unternehmer geworfen hat, und andern Proletariern, andern Hungernden mit dem Rest ihrer Muskelkraft oder auch mit härteren Waffen die Richtigkeit der Parolen begreiflich zu machen suchen, unter denen ihre Führerschaft ihre Herzen zum Schwellen gebracht hat. Rückt dann ein Flitzer mit Severingschen Knüppelgardisten an, dann lassen die Streiter von einander, nicht um sich mit vereinten Kräften auf den Dritten zu stürzen, der sie in ihrer Auseinandersetzung stört — so ist es unter beißenden Hunden üblich; aber der Mensch hat ja höhere Lebensformen als die stumme Kreatur —, sondern um staatsbewußt und wohlgezogen den Einmischer zu bewegen, die eigene Unschuld anzuerkennen, den Feind hingegen festzustellen, zu notieren, in Haft zu nehmen und vor den Richter zu schleppen. Denn die deutsche Arbeiterschaft ist untertan der Obrigkeit: sofern sie verfassungstreu ist, einer jeden; sofern sie revolutionär ist, der eigenen Zentrale, der gesetzlichen Macht hingegen nur auf Widerruf, solange bis jene Zentrale diese Macht erobert hat.

Die Obrigkeit im Staate, ihrerseits dienstefrig untertan den großen Wirtschaftsmächten des Kapitalismus, weiß den hero-

ischen Kampf der Arbeiter gegeneinander geschickt anzuheizen, mit immer neuen Erregungen zu schüren und für die Interessen der besitzenden Klasse auszunutzen. Es ist nicht zu viel behauptet, wenn man sagt: das völlig bankrotte Staats- und Wirtschaftssystem in Deutschland lebt davon, daß die Arbeiterführer vom Streit der Arbeiter untereinander leben. Tatsache ist, daß die Zustände in Deutschland in jeder Hinsicht revolutionsreif sind, weil die Grundlagen der Gesellschaft den Bau der Gesellschaft nicht mehr tragen und weil die Mehrzahl der Menschen diese Baufälligkeit und die Notwendigkeit des Einsturzes begriffen hat. Die Situation ist also objektiv und subjektiv revolutionär. Nur entstehen Revolutionen nicht ohne zupackendes Tun der Revolutionäre. Auch sind die Revolutionäre nicht die Vielen, welche die Unerträglichkeit von Zuständen fühlen, erkennen und abzustellen suchen, sondern nur die Wenigen, welche bereit sind, auf Kosten ihrer persönlichen Lebenssicherheit Reparaturen am morschen Gebäude, die nur die Qual verlängern können, zu verhindern und dem Einsturz durch Umsturz zuvorzukommen. Die Feindschaft zwischen den Arbeitern jedoch, die am unversöhnlichsten grade zwischen den revolutionsbereiten Proletariern der verschiedenen Richtungen ist, läßt den Entschluß zum Sturz der unerträglichen Knechtungseinrichtungen des Kapitalismus nicht reifen. Der Kampf gegen den Nachbarn ist den Führern aller Sorten wichtiger als der Kampf gegen den gemeinsamen Unterdrücker. Die deutschen Arbeiter aber sind vom Staat zu so gehorsamen Rekruten erzogen wie die Parteiunteroffiziere sie brauchen. Sie erkennen nicht, daß sie gegen die eigenen Machthaber meutern müßten, ehe sie gegen die Herren der Wertschätze rebellieren können. So stehen wir der trüben Notwendigkeit gegenüber, einzugehen, daß die fällige, in den politischen und wirtschaftlichen Umständen auf das Eindringlichste begründete, von den Arbeitern bis in reformistische Kreise, selbst von weiten bürgerlichen Schichten als unabweislich erkannte Revolution nicht ausbrechen kann, weil die Revolutionäre sich von den unterschiedlichsten Führern weismachen lassen, sie müßten eine einheitliche Leitung über sich haben, weil natürlich jede Führerschaft sich als einheitliche Leitung durchsetzen will und weil infolgedessen die erforderliche Zusammenarbeit der Revolutionäre nie erzielt werden kann. Sobald die revolutionären Arbeiter sich ihrer Führer entledigen, ist die Revolution nicht mehr aufzuhalten. Bis dahin wird die Reaktion sich nicht zu ängstigen brauchen. Gegen Revolutionäre, deren Hauptenergie in gegenseitigen Beschimpfungen, Raufereien und Aderlassen verbraucht

wird, genügen dem Staat selbstverständlich die Polizeiwaffen und Justizmittel. Die Befestigung der Wirtschaftsmacht der allerskrupellosesten Ausbeutung durch den Direktoriums-Faschismus wird sehr bald durch die Vervollständigung der „Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ vom 28. März (vgl. FANAL Nr. 8 „Unter der Knute“), nämlich durch die Verhängung des offenen Belagerungszustandes endgültig eingeleitet werden. Dann werden wohl die elenden Ueberfälle von Arbeitern auf Arbeiter, die dieselbe kümmerliche Löhnung nach Hause bringen, die dieselbe widerliche Entwürdigung des Ansehens bei den Stempelstellen über sich ergehen lassen, die um dieselben „Wohlfahrts“-Brosamen betteln müssen, aufhören, aber die dadurch geschonte Kraft wird nicht mehr frei sein für den Kampf gegen die herrschende Klasse. Es wird erst eine lange Periode tiefster Demütigung und schandbarster Not durchzumachen sein, der vielleicht die Einsicht folgen wird, daß die Befreiung der Arbeiterklasse von ihr selbst geleistet werden muß, in freiwilligem Zusammenschluß der kämpferischen Kräfte, ohne Befehl von oben, ohne Führer, denen es um ganz andere Dinge geht als um Freiheit, und die alle revolutionäre Gesinnung im Sumpfe scheinrevolutionärer Taktik ersticken lassen.

Man brauchte sich mit der Sozialdemokratie in diesem Zusammenhang nicht lange abzugeben, wenn nicht sie das Beispiel gäbe, wohin eine Arbeiterpolitik führt, die in Jahren und Jahrzehnten Tag für Tag die programmatischen Grundsätze verleugnet, um kleine Augenblickserfolge dafür einzutauschen. Es wäre ganz verfehlt, diese Partei einfach aus ihrem Verhalten seit dem 4. August 1914 beurteilen zu wollen. Es ist im Gegenteil nötig, den Niedergang, der bis in den Abgrund des Leipziger Parteitages 1931 führen konnte, aus der Politik abzuleiten, die von Marx und Engels selber veranlaßt und vorgeschrieben wurde. Nur so ist begreiflich zu machen, auf wie gefährlichen Wegen die Kommunistische Partei wandelt, deren Taktik ganz und gar den Spuren der alten Sozialdemokratie folgt und die aus den Veränderungen der gesellschaftlichen Gesamtlage durch Krieg und revolutionäre Erschütterungen keine andern Folgerungen zieht, als daß sie, um die Gemüter der kampfbereiten Arbeiter für sich zu gewinnen, ihrer marxistischen Thesenkneterei einen Schuß Blanquismus beimengt.

Der Gegensatz von Marxisten und Bakunisten in der ersten Arbeiter-Internationale beruhte nicht allein auf der verschiedenen Auffassung über die Aufgaben der proletarischen Revolution, wiewohl die Frage, ob der Staat, wie es die Anarchisten verlangen, von Grund auf zerstört werden soll, oder ob, wie Marx

es vorsah, die Staatsmacht vom Proletariat zu erobern und dann für die eigenen Zwecke umzugestalten sei, die letzte Ursache zur Spaltung der Internationale war. (Daß Lenin später die anarchistische Lehre annahm, sie mit etwas rabulistischer Argumentation als marxistische nachzuweisen suchte und in Rußland der vorbildlichen Durchführung der Staatszerstörung seine Mitwirkung lieh, ist nur ein Beweis dafür, daß sich der konsequente Marxist aus einer aufs Ganze gehenden Revolution einfach ausschalten würde, da die dem Sozialismus zustrebende Masse instinktiv weiß, daß vom alten Apparat nichts übrig bleiben darf. Uebrigens hat Lenin dann ja seinen Meistern wieder zu ihrem Recht verholfen, indem er auf den Trümmern des Staates einen neuen aufrichtete, den er als „absterbenden“ Staat deklarierte und der bis zum heutigen Tage jeden Revolutionär, der ihn zu Gunsten der Räteorganisation absterben lassen möchte, in den Kerker oder nach Sibirien schickt.) Das Problem Zerstörung oder Eroberung des Staates war aber nur eine Teilerscheinung des tieferen Gegensatzes zwischen der marxistischen und der bakunistischen Schule. Es hing aufs engste zusammen mit der Unvereinbarkeit der Ansicht über das Organisationssystem, das sowohl für die Verbindung der revolutionären Kräfte im Klassenkampf als auch für die Gestaltung der künftigen sozialistischen Gesellschaft bestimmend sein sollte. Marx-Engels waren Zentralisten; sie wollten also die Vereinigung der Proletarier von oben her, von einem leitenden Büro aus bewirken und zusammenhalten. Das zentralistische Prinzip der Staaten sollte von der sozialistischen Nachfolge des Kapitalismus übernommen werden. Es leuchtet ein, daß dann in der Tat die Zerstörung des Staates überflüssige Mühe wäre, da der Sozialismus seine Verwaltungsmaschinerie ja doch wieder nach gleichem Muster aufzubauen hätte. Man braucht aber keinen Beamtenapparat zu dem einzigen Zweck entzweizuschlagen, um die Beamten durch andere Beamte ersetzen zu können. So war es auch nur konsequent, daß die sozialistischen Arbeitervereinigungen marxistischer Prägung den Charakter der Partei erhielten, mit beamteter Führerschaft, welche dazu erzogen werden sollte, die beamtete Führerschaft des Staates zu werden, und ebenso konsequent war es, daß dieser Führerschaft aufgegeben wurde, bereits im bestehenden Staat mit dessen gegenwärtigen Machthabern um alle Regierungs- und Verwaltungsposten zu konkurrieren. Die Arbeiterführer sollten demnach beizeiten lernen Landesregenten zu werden, die Arbeiter in der Partei daran gewöhnt werden, sich als Staatsbürger der Zukunft zu benehmen, der Autorität der Obern in eiserner Disziplin unterworfen, aber im Bewußtsein, bei hinlänglichem Eifer und

entsprechender Befähigung die exekutierten Kniebeugen selber einmal kommandieren zu dürfen.

Die Anarchisten haben die Folge dieser Arbeitererziehung vorausgesagt. Sie stellten der zentralistischen Organisationsform die föderalistische gegenüber, das heißt die Vereinigung der Menschen durch freie Uebereinkunft, die Verbindung von unten herauf, die Verwaltung aller Angelegenheiten durch diejenigen, um deren Angelegenheit es sich handelt. Der Staat, sagten sie, braucht den Obrigkeitsapparat, weil er als Exekutive der Besitzenden die Arbeiter zwingen muß, sich ausbeuten zu lassen. Die sozialistische Gesellschaft wird keine Ausbeutung mehr kennen, sie braucht daher auch keine obrigkeitliche Gewalt, die das Stillhalten erzwingen muß. Die Arbeiter haben ihre Organisationen nach dem Wesen der zukünftigen Gesellschaft einzurichten; formen sie sie nach dem Bilde des Staates, so kann das nur zu neuem Zwang führen. Wer aber Menschen zwingt, der unterjocht sie, wer sie unterjocht, der nutzt sie aus. Zentralisation mündet mit Notwendigkeit in Herrschaft und jede Herrschaft in Ausbeutung. Wer daher die Ausbeutung bekämpfen will, muß die Herrschaft in jeder Form bekämpfen. Nur freie Menschen lassen sich nicht ausbeuten, also hat die Arbeiterschaft die erste Aufgabe, sich frei zu machen von jeder Obrigkeit. So zeigte sich der eigentliche Unterschied der beiden Richtungen der ersten Internationale in den Prinzipien Autorität und Freiheit, aus denen die Organisationsform der Arbeiterverbindungen, Partei oder Föderation, und die Zielsetzung des Arbeiterkampfes, Eroberung des Staates, beziehungsweise Zerstörung aller seiner Grundlagen, sich folgerichtig ergaben.

Die Sozialdemokratie schuf sich also den Parteiorganismus, der den Anforderungen der Staatlichkeit entsprach und siedelte die leitenden Genossen an dem einzigen Orte an, den die Kapitalisten ihnen zur Beteiligung an der Staatsverwaltung freigaben, im Parlament. Dort wurden Reden für den Sozialismus gehalten, die dem Kapitalismus nicht weh taten, zugleich wurde den sozialistischen Arbeitern eingeredet, die Einflußlosigkeit der Sozialdemokraten im Staate liege bloß an ihrer geringen Anzahl. Das Bekenntnis zum Sozialismus, dazumal ein schweres Risiko für jeden Arbeiter, da sich für ihn die gesellschaftliche Achtung in Arbeitslosigkeit ausdrückte, wurde für manchen jetzt eine Spekulation. Man konnte Parteibeamter werden, man konnte sogar Abgeordneter werden und wurde als solcher, da der Staat keine Diäten zahlte, ebenfalls von der Organisation ernährt. Die Beteiligung an den Parlamentswahlen hat stets die Wirkung, bei den

Gewählten Halbgötter-Empfindungen zu wecken, die den Wählern alsbald anspruchsvoll nahegebracht werden. Gleichzeitig verführt die Abgeordneteneigenschaft jeden Parlamentarier, seine Rolle als Staatsfunktionär sehr schnell wichtiger zu nehmen als die des Mandatars einflußloser Massen. Die ursprüngliche Absicht, Hechte im Karpfenteich zu spielen, bloße Demonstrationspolitik im Parlament zu treiben, wie sie zu Anfang propagiert und besonders von Wilhelm Liebknecht als Entschuldigung für die zunächst sehr unpopuläre Wählerei angezogen wurde, nutzte sich außerordentlich bald ab. Das war ganz natürlich. Denn wollte man Mandate gewinnen, so mußte man Wählermassen gewinnen. Wollte man Stimmen haben, so mußte man Versprechungen machen. Leute, die wählen, wollen Vorteile, keine unnützen Tiraden. Also mußte man Konzessionen machen, mußte um Stimmen werben, denen handgreifliche Erfolge ausgemalt werden konnten, mußte sich um Wähler bemühen, die nicht die Revolution und den Sozialismus, sondern mehr Lohn und bessere Lebenshaltung in der Gegenwartsgesellschaft wollten, mußte mit einem Wort von der Ueberzeugung Abstriche machen, was mit dem Namen Taktik belegt wurde.

Wohin die sozialdemokratische Partei mit der Weiterentwicklung der Taktik zum Inhalt ihrer gesamten Politik — die Bewegung ist alles, das Ziel nichts! — allmählich gelangte, braucht Zeitgenossen nicht vorgeführt zu werden. Es kommt hier nur darauf an, festzustellen, daß die Orgien der Gesinnungslosigkeit, die in Leipzig mit talmiglitzerndem Gepränge gefeiert wurden, auf die autoritären Dogmen des politischen Systems zurückgehen, die schon von Marx selber stammen. Selbst die Zeit der Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz war für die Partei keine Zeit revolutionären Widerstandes, sondern taktischer Mächlerei, um die Bismarcksche Peitschenpolitik zu überstehen, ohne auch noch die Reichstagsmandate entzogen zu kriegen. Unmittelbar nach dem Fall des Gesetzes spaltete sich die deutsche Sozialdemokratie, und „die Jungen“, die es mit der Revolution ernst meinten und infolgedessen die Bewegung aus dem Sumpf der Taktik ziehen, ihr die Reinheit der Gesinnung wiedergeben wollten, wurden mit den Mitteln, die Marx gegen Bakunin angewandt hatte und die bei seinen Nachfahren gegen jeden ehrlichen Kritiker bis zum heutigen Tage im Schwange geblieben sind, mit widerlichsten Besudlungen ihrer persönlichen Ehrenhaftigkeit, bekämpft und bei den Massen um ihren Einfluß gebracht. Taktik! Das Entstehen zahlreicher Parteizeitungen, die zum guten Teil durch Inserate kapitalistischer Firmen am Leben erhalten werden, tat das seinige, um immer mehr Konzessionen der Taktik auf Kosten der Grundsätze

zu machen. Einerseits waren die Inserate nicht anders zu haben, als daß man die Inserenten im redaktionellen Teil schonte, andererseits konnte auf den Vorteil nicht verzichtet werden, mit der Presse überall an breite, dem Sozialismus noch ganz ferne Massen heranzukommen und dadurch den peinlichen Quertreibern der antiautoritären und antiparlamentarischen Richtung, die auch der Aussicht auf wirksame Verbreitung der Idee nicht das Opfer des Charakters bringen wollten, alle Konkurrenz abzuschneiden. Der Zulauf zahlloser Verärgerter, in dem die Wirkung aller Werbung besteht, wenn sie einfach auf Ziffernerfolge ausgeht, bringt aber weiterhin eine Anpassung der Taktik an die Denkart solchen Anhangs mit sich, der weder von Sozialismus etwas weiß, noch gar eine sozialistische Revolution wünscht, sondern nur sozialistisch wählt, damit die Regierung auch merkt, daß sich viele Leute über sie ärgern. Diese Mitläufer braucht aber jede parlamentarische Bewegung und jede echt revolutionäre Auflehnung gegen den Staat würde sie die Mehrzahl ihrer Wähler kosten. Also richtet man die Taktik mehr und mehr nach den Wünschen der kleinbürgerlichen Egoisten, die Tagesvorteile wollen und von Menschheitszielen weder etwas wissen noch wissen wollen. Die Geschichte der sozialdemokratischen Partei ist eine Geschichte der Angleichung der Taktik an die Vorstellungswelt von Philistern, die von der Politik nicht beunruhigt werden wollen.

Rücksicht auf Massenstimmungen haben die Sozialdemokraten lange vor dem Kriege zu ganz revolutionsfeindlichen Beschlüssen, ja sogar zu ausgesprochen militärfreundlichen Handlungen verleitet. 1912 stimmten sie der Bewilligung von Reichsmitteln zu, mit denen Zeppelin in die Lage versetzt wurde, sein im Sturm vernichtetes Luftschiff durch ein neues zu ersetzen, das dann 2½ Jahre später die Londoner Proletarierviertel mit Bomben „belegte“. Ein Jahr später bewilligte die Partei den „Wehrbeitrag“ von 1 Milliarde, der als einmalige Vermögensabgabe erhoben wurde und der erste Kredit für die Vorbereitung des Weltkriegs war. So war die gesamte Kriegspolitik der Partei nur die Konsequenz der Taktik, die längst vorher alle Ueberzeugungspolitik verdrängt hatte. Es hat nie einen Umfall der Sozialdemokratie am 4. August 1914 gegeben, denn wer schon liegt, kann nicht mehr umfallen. Nur: wer einmal in den Sumpf der Taktik hineingeraten ist, den läßt er nicht wieder aus, den lockt er mit unwiderstehlicher Anziehungskraft immer tiefer in seine stinkenden Morastgründe, mag er auch noch so inbrünstig versichern, er sei bloß hineingestiegen, um den Sumpf auszutrocknen. Der 4. August ließ die Sozialdemokratie nur an eine Stelle gelangen, wo sie den letzten Halt unter den Füßen verlor und wo zugleich

Blasen aufstiegen, die die ganze Welt merken ließen, wie hemmungslose Taktik die Atmosphäre sozialistischer Bekenntnisse verpestet kann. Diese Taktik machte die Ebert-Bande zu willenlosen Abhängigen der Bourgeoisie, zu Verrätern an der Arbeiterklasse, und als die Arbeiterklasse endlich 1918 aufwachte und die Rückkehr zur Tradition und zu sozialistischem Denken verlangte, da stellte sich die sozialdemokratische Partei offen an die Spitze der Konterrevolution, organisierte weiße Garden, stellte die Freikorps und völkischen Formationen auf die Beine, bewaffnete die nationalistischen Studenten und Landsknechte gegen das Proletariat, rettete dem reaktionären Beamtentum, den monarchistischen Richtern, dem Großgrundbesitz die Vorrechte von ehemals, half den Verderbern des Landes, den Fürsten und ihrem Geschmeiß, wieder zu dem gestohlenen Volksgut, sicherte ihnen riesige Tribute aus den Steuererträgen des Landes in Form von Pensionen und „Abfindungen“ zu, schlug mit entrechtenden Gesetzen und mit Maschinengewehren jede freiheitliche Regung der Arbeiter nieder, begünstigte die Feinde und Mörder der Revolutionäre in jeder Form, erwürgte die Ansätze proletarischer Rätegebilde, führte in Gestalt des Gummiknüppels die zaristische Knute als Waffe gegen jeden Lebensanspruch des Proletariats ein, verhängte die Belagerungszustände gegen das Proletariat, die das Kapital brauchte, um den ungeheuren Raubzug der Inflation durchzuführen und den letzten Rentnergroschen, den letzten Mündelpfennig für Spekulantentaschen zu plündern, lieferte in allen deutschen Ländern die Minister, hinter deren Rücken die Armut entrechtet, der Reichtum vervielfältigt wurde, brach tausendfach jedes sozialistische Gelübde gegen das einzige Plus, daß es die Ebert und Auer, die Noske, Bauer, Müller, Hörsing, Severing, Zörgiebel, Grzesinsky e tutti quanti sein durften, die als Zwangsvollstrecker der Konterrevolution dem Faschismus die Wege bereiten. Wohin konnte diese Taktik des grauenvollsten Verrates um des kümmerlichen Vorteils willen, die eigenen Führer als Regierungsorgane gleichviel welcher Art von Regierung zu sehen, einzig führen? Dazu, daß die herrschende Klasse sich dieses charakter- und würdelosen Packs grade so lange bediente, wie sie noch nötig hatte, die Massen bei der Ausplünderung durch die Täuschung zu hypnotisieren, es geschehe, da es von ihren Vertrauenspersonen durchgeführt werde, zu ihrem eigenen Besten. Das ist heute nicht mehr erforderlich. Die Diktatur Brüning fand ein von den Sozialdemokraten bestelltes Feld vor, das offenen Raub an Arbeitern und Bauern erlaubt. So mußte sich auch die Taktik der Partei dahin umstellen, daß sie die Posten, die ihr noch nicht weggenommen sind, unter Preisgabe auch des

Scheines, als hätten Arbeiterinteressen noch die geringste Geltung bei ihrem Tun, unter allen Umständen zu halten sucht. Um der preußischen Ministersitze willen, damit Severing die polizeilichen Panzerwagen gegen die Arbeiter jagen darf, statt irgend eines Frick oder Franzen, damit Braun und Grimme die Kirchenverträge mit den Peinigern der Frauen und den Verdummern der Kinder abschließen dürfen, statt irgend eines Prälaten oder Konsistorialrates, damit Grzesinsky in Berlin und alle die Bärensprungs und Hohensteins in der Provinz die Hungernden niederkartätschen dürfen statt irgend eines Jagow oder Ehrhardt, darum wird die vollkommene Entrechtung der breiten Massen, die Knebelung der Versammlungs- und Pressefreiheit, die restlose Aushungerung der Erwerbslosen, das gesamte ruchlose Kujonenregiment der Brüning-Hindeburg-Reaktion „toleriert“. In Leipzig sprach man es aus, daß sich die Sozialdemokratie als Arzt der kapitalistischen Gesellschaft fühlt; damit hat sie auch den Mantel abgeworfen, der bisher die Blöße ihrer Entmannung mit sozialistischem Zugschnitt verdeckte. Die eigenen Jugendlichen, große Teile der bisherigen Gefolgschaft, fallen jetzt von der Partei ab. Tut nichts, dafür kommen besser situierte Wählermassen, denen Ruhe und Ordnung wichtiger ist als Recht und Charakter, zugelaufen. Es ist noch nicht sicher, ob sich nicht die Taktik, die jeden Rest von Scham abgelegt hat, bei den nächsten Wahlen doch auszahlen wird. An Ansehen bei den Arbeitern liegt dieser Partei nichts mehr, ihr liegt nur noch an Wählern; denn Wähler bedeuten Posten, Posten bedeuten Macht, und Macht im Staate gibt es nur im Kampfe gegen die Arbeiter, niemals in Gemeinschaft mit dem Proletariat.

Als im vorigen Jahre unter grotesken Begleiterscheinungen die demokratische Partei ihre ruhmreiche Tätigkeit liquidierte und sich mit dem jungdeutschen Orden zur youngdeutschen Staatspartei zusammenschloß, da gründeten ihre weitsichtigeren Mitglieder, die diese Tollheit nicht mitmachen wollten, eine radikaldemokratische Partei als Versuch, die Versumpfung der Politik in Schacher und Schiebertum durch die Rückkehr zu alten Bürgeridealen aufzuhalten. Es ist unwahrscheinlich, daß das noch gelingen kann. Die politische Taktik, die, wie das sozialdemokratische Beispiel zeigt, gar nichts anderes bedeutet, als den Vorwand zu grundsatzlosem, nur auf äußere Nützlichkeit gerichtetem Verhalten, ist ja nur die penetranteste Fäulniserscheinung des Verfalls der bürgerlichen Gesellschaft selbst, wie er auf der wirtschaftlichen Seite in der nicht mehr überwindbaren Krise zum Ausdruck kommt. Aber es ist bezeichnend, daß sich die paar ehrlichen Liberalen und Pazifisten, die noch den achtundvierziger

Heckertraum träumen, unter der von Erich Lüth geformten Losung zusammenfanden, daß eine bürgerliche Partei links der Sozialdemokratie gegründet werden müsse. Bedenkt man, daß die Herren Hellmut von Gerlach, Ludwig Quidde und Georg Bernhard der Gruppe angehören, also ausdrücklich wünschen, sich von links gegen die Sozialdemokratie abzugrenzen, so ermißt man, wohin die Nachfahren des Staatseroberers Marx mit der von ihm gewollten, von Lenin vielfach angepriesenen Taktik geraten sind, die Schlaueit über die Ueberzeugung zu stellen. Man braucht ja auch nur die Tageszeitungen der Radikaldemokraten, den Dortmunder Generalanzeiger oder die Berliner Volkszeitung, mit dem Vorwärts zu vergleichen, um zu sehen, daß man noch lange kein Petroleur zu sein braucht, um, ganz bürgerlich, sehr weit links von der Breitscheidgarde Politik treiben zu können.

Natürlich soll die Kommunistische Partei nicht auf dieselbe Stufe gestellt werden, wie die sozialdemokratische. Es ist aber unvermeidlich, den ihr vertrauenden Proletariern die Gefahr vorzustellen, der die Revolution durch die Taktik auch dieser Partei ausgesetzt wird. Die Organisationsform ist in beiden marxistischen Parteien die gleiche, eben die von Marx und Engels sowie von Lenin als einzig berechtigte und notwendige vorgezeichnete des strengen Zentralismus. Die politische Generallinie ist ebenfalls die gleiche, nämlich Beteiligung an parlamentarischen Wahlen, Anstreben von jeder Art staatlicher Machtposition für die eigenen Anhänger schon in der gegenwärtigen Gesellschaft, die bis zur Aufstellung kommunistischer Kandidaturen für Bürgermeisterposten und alle wählbaren Ämter, selbst das des Reichspräsidenten, getrieben wird. Wenn die KPD dabei eine allgemein durchaus oppositionelle Haltung wahrte, so liegt das daran, daß sie jetzt die Rolle der alten Sozialdemokratie spielt, als sie, etwa zur Zeit des Sozialistengesetzes, ihren Hauptzulauf noch in den Kreisen der ausgebeuteten und tief unzufriedenen Proletarier suchen mußte. Grade hier ist jedoch daran zu erinnern, daß die Kommunisten ihre Werbung schon jetzt weit über die Klassengrenzen hinaus erstrecken und dabei eine Taktik anwenden, die in höchst bedenklichem Widerspruch mit ihren programmatischen Ideen steht. Der Unterschied, ob die Sozialdemokratie, um klerikal beeinflusste Arbeiter zu gewinnen, den Kampf gegen die Kirche einstellte und religiöse Toleranz übte, oder ob die KP. um Hitler-Anhänger wirbt, indem sie dicke nationale Töne anschlägt, ist nicht groß. Der Ersatz der Klassenkampfparolen durch die lärmende Empfehlung von „Volks“-Aktionen, wobei noch nie erklärt wurde, was die Partei eigentlich mit dem Begriff Volk meint, verwischt vollständig die prinzi-

piellen Unterschiede zwischen diesen seltsamen Marxisten und den revolutionären Nationalsozialisten der Straßer-Stennes-Gefolgschaft. Man beachte doch, daß diese Gruppen sich von Hitler getrennt haben aus dem Gefühl der Sauberkeit, weil sie den sozialdemokratischen Weg des „Führers“ zur Legalität, zur Preisgabe aller sozialistischen Tendenzen, zur elenden Bestechung durch das Kapital nicht mitmachen wollten. Es sind die ehrlichen Kämpfer, welche nicht in den Sumpf der Taktik hineingezogen werden wollten, der den ursprünglichen Sinn ihrer Idee im Faschismus ersäuft. Was bei ihnen zu bekämpfen ist, ist grade die falsche Idee, der Nationalismus, die Rassenscheidungen anstelle der Klassenscheidung, der vage Volksbegriff, der den keineswegs nach Rassen und Nationen geschiedenen Unternehmern eine so bequeme Handhabe bietet, den Arbeitern eine Gemeinschaft des Blutes einzureden und ihre Wut von den Ausbeutern auf „Fremdstämmige“ abzulenken. Aber statt sich grundsätzlich mit diesen anständigen Gegnern auseinanderzusetzen, stiehlt ihnen die KPD. ihre Schlagworte und beschimpft ihre Personen. Alles Taktik!

Der Marxismus ist eine extrem bauernfeindliche Lehre. Im vorigen Heft wurde das an Hand des Kommunistischen Manifestes erwiesen und die anarchistische Auffassung dagegen gestellt. Als der Artikel „Land und Freiheit“ bereits gesetzt war, erschien in der „Roten Fahne“ ein „Bauernhilfsprogramm“, aus dem plötzlich die Kleinbauern erkennen sollten, daß es Verständnis für ihre Lage nur bei der KPD., Hilfe gegen ihre Not nur nur durch sie gebe. Eine Auseinandersetzung mit den Aufstellungen des Programms erübrigt sich. Aber es ist gut, zu wissen, daß die Liebe zum Bauerntum mit solcher Heftigkeit grade in dem Augenblick erwachte, als in dem kleinbäuerlichen Bezirk Oldenburg Wahlen stattfanden. Mit einer Rede Thälmanns dort ging es los, aber wesentlicher als der ganze Inhalt des Bauernhilfsprogramms, das sich an die völlig verschieden gelagerten russischen Verhältnisse anlehnt und in der Hauptsache einfach eine Nachahmung der dort geübten Methoden als Aufgabe der deutschen Bauernschaft empfiehlt, ist die Rede Thälmanns auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPD., wo er die Notwendigkeit eines solchen Bauernhilfsprogramms begründete. Da wird nämlich die wahre Absicht der Liebeswerbung kaum umschrieben, die anschließt an „die Möglichkeit für unsere Partei, auf dem Lande, im Dorfe vorzustoßen, zur Führerin der Landarbeiter und der armen, verelendeten, in ihrer Existenz bedrohten Bauernschaft zu werden.“ Also das parteiegoistische Motiv, die Bauern in den eigenen Laden zu locken, ist der wahre Gedanke

der neuen Erkenntnis, und gekämpft soll werden, natürlich „unter Führung“ der KPD. „für den Sieg der Arbeiter- und Bauernregierung“. Man will regieren, man will den Staat erobern, und dann wird alles herrlich sein! Zugleich bekümmert man sich, ebenfalls etwas sehr nachträglich, um das Schicksal des zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilten Bauernführers Claus Heim. Als im FANAL sofort nach den Dynamitanschlägen der Mut und die Begeisterung der Tatpropagandisten des Landvolks laut gelobt wurde, da schwiegen bei den KPD.-Größen alle Flöten. Aber den Staatsanwälten wurde ins Feuer geblasen und die Strafen konnte man nicht hoch genug haben für die tapferen Kerle, die da ihr Leben gewagt hatten. Jetzt ist es umgekehrt herum nützlich, und man ist ja Taktiker. Da seit der letzten Reichstagswahl nicht mehr die Befreiung des internationalen Proletariats, sondern die nationale und soziale Befreiung durch Volksaktion zum Ziele der KPD. gesetzt ist, wird den Bauern die rote Farbe ihrer neuen Helfer gar nicht mehr auffallen. Der früher radikal nationalistische Herr Bruno von Salomon, der jetzt an der revolutionären Bauernbewegung der Nordmark aktiven Anteil nimmt, hat seine Zustimmung zum Bauernhilfsprogramm ausgesprochen. Wie Herr von Salomon mir schreibt, schließt diese Zustimmung kein Bekenntnis zur KPD.-Politik allgemein ein. Aber er sieht gleichwohl „gegenwärtig in der KPD. die einzige revolutionäre Kraft, die in der Lage wäre, den Tributplan zu brechen und den Arbeitern und Bauern die Befreiung zu bringen.“ Man muß abwarten, wie die junge Freundschaft sich weiter entwickeln wird. Da mir der offenbar sehr ernstlich um klare revolutionäre Erkenntnis ringende Bauernführer im Anschluß an meine Ausführungen im letzten FANAL-Heft auch schreibt, er hätte in einzelnen der darin aufgestellten Forderungen eine verblüffende Uebereinstimmung mit Gedanken festgestellt, die zwischen ihm und Claus Heim im Gefängnis erörtert worden sind, so scheint die Wahl des KPD.-Bauernprogramms für Salomon und seinen Kreis doch noch keine bindende Festlegung zu sein. Mögen die Bauern gern alles Gute aus dem Hilfsprogramm für sich herausholen. Hüten sie dabei ihre Freiheitlichkeit gegenüber allem Parteigeist, so kann das uns Anarchisten recht sein, weil wir es ablehnen, statt mit den Argumenten unsrer wirklichen Ueberzeugung mit taktischen Schlichen um Anhang zu werben.

Wie weit die KPD. indessen schon auf dem Wege krummliniger Taktik vorgeschritten ist, das zeigt in erschreckender Weise ihr am 29. Mai verkündeter „Arbeitsbeschaffungsplan“, den sie selbst, wie alle ihre halsbrecherischen Manifestationen als historisches Dokument anpreist. Da werden eine Unmenge Vorschläge

gemacht, womit man den Erwerbslosen Arbeit geben könne, natürlich der bestehende Staat, — lauter gute Dinge. Es wird auch gesagt, wie die Sache zu organisierten und finanziell zu ermöglichen ist, und unter den Finanzierungsvorschlägen kann man mehrere Systeme der Geldbeschaffung aussuchen, ein revolutionäres und ein reformistisches. Wenn die Partei die Streichung des gesamten Wehretats sowie sämtlicher Ausgaben für die Polizei fordert, so muß das den Revolutionär erfreuen und überraschen. Denn jedermann weiß, daß der Verwirklichung solcher Radikalmittel eine außerordentlich gründlich durchgeführte Revolution vorausgehen müßte, und man freut sich insonderheit, daß die Partei also offenbar jeder Polizei — nebst tschekistischen Staatskommissionen — entraten will, auch die Bewaffnung der Arbeiter als hinreichenden Ersatz für eine stehende Armee ansieht. Freudig bewegt einen dieser Umschwung der Meinung grade bei den Kommunisten, die doch bisher stets bei der Polizei um Stimmen geworben haben und zu diesem Behufe unausgesetzt nach Gehaltserhöhungen der unteren Schupos geschrien, ja nach der Anstrengung im Mai 29 für die Klassenbrüder im Waffenrock beim Landtag Ueberstundenbezahlung verlangt haben. Aber dann folgen weitere Vorschläge, um Geld zu beschaffen: Erhebung einer Millionärsteuer in Höhe von 10 Proz. und Besteuerung von Dividenden und Aufsichtsratsantiemen in Höhe von 20 Proz. Verlangt man das von Brüning oder will man mit diesem Programm „die Macht“ ergreifen? Man sollte meinen, wenn man einmal soweit ist, daß man sämtliche Ausgaben für Armee und Polizei streichen kann, dann braucht man keine Dividenden und Tantiemen mehr zu besteuern, dann kann man den Millionären auch neben den 10 Proz. noch die übrigen 90 Proz. des Vermögens wegnehmen. Aber redet mit einem erwerbslosen Proletarier, der der KP. nachläuft und fragt ihn, was er zu einer so nichtswürdigen Demagogie sagt, so wird er euch mit wissendem Lächeln zuflüstern: das ist ja nur Taktik!

Allerdings, es ist nur Taktik, und was Ueberzeugung ist, erfahren die Arbeiter von ihren Führern schon lange nicht mehr. Die Taktik aber verfolgt überall den gleichen Zweck, möglichst viele Wähler unter die Führung dieses oder jenes Klüngels zu bringen. Glaubt denn irgend ein Mensch, ein Revolutionär, der den Wahlschwindel durchschaut hat, würde sich noch einmal unter die Führung von Leuten stellen, die alle ihre Intelligenz nur darauf richten, Stimmen zu bekommen, gleichviel von wem? Die KPD. mahnt täglich und stündlich die Arbeiter der SPD. und der NSDAP., sie sollen ihren Führern weglaufen und zur einzigen richtigen Arbeiterpartei kommen. Genau so buhlen Sozi und

Nazi um die Kommunisten, und alle finden, daß dem Proletariat erst dann geholfen sein wird, wenn nur ihre Führung anerkannt wird. Soll so jemals Verbindung und Einheit entstehen? Was soll man dazu sagen, daß die Kommunisten über jeden Sozialdemokraten ein Siegesgeschrei erheben, der 20 Jahre bei den Reformisten war und nun zu ihnen übertritt? So ein Mensch hat die Scheidemannsche Kriegspolitik geschluckt, er hat den Noske ertragen, er hat jede Lumperei, jeden Verrat gefressen, aber weil er nun keine Arbeit mehr hat und ihn der Panzerkreuzer ärgert, ist er plötzlich ein gesinnungsfester Kommunist. Wollt ihr mit sowas Revolution machen? Warum werbt ihr nur bei Sozialdemokraten und Nazi? Warum lockt ihr die Indifferenten zu euch? Weil ihr Charaktere nicht brauchen könnt. Die sind nämlich nicht für die Verlogenheit einer Taktik, die heute so herum kann und morgen anders herum. Die wollen nicht eure Führung, sondern die Selbstbestimmung der revolutionären Arbeiter über ihr eigenes Schicksal. Aber die Antiparlamentarier habt ihr hinausgejagt aus euren Reihen; die Arbeiter, die 1918 und 19 auf den Straßen gekämpft haben, die Rotgardisten von Bayern und von der Ruhr, sie sind zum kleinsten Teil noch bei euch, und ihr bemüht euch ja nicht mal um sie. Ihr fühlt euch wohl im Sumpfe der Taktik, die irgendwo im unbeaufsichtigten Büro ausgeheckt wird und die, genau wie bei der SPD., genau wie bei Hitler, in die Korruption führen muß. Kommen nicht die obersten Führer beider marxistischen Parteien aus der gleichen Kantine? Die Breitscheid, Dittmann, Crispian — die Thälmann, Remmele, Könen — waren sie nicht vor 10 Jahren noch alle vereint in der USP.? Und sind nicht die einen zur rechten, die andern zur linken abgewandert aus nur taktischen Gründen? Was ist aus denen geworden, die in der Partei genügend Charakter hatten, selbständig bleiben zu wollen?

Die Bourgeoisie pfeift aus dem letzten Loch, weil sie gesinnungslos geworden ist, weil kein ethisches Rückgrat sie mehr aufrecht hält. Die Wahlparteien samt und sonders haben anstelle von Gesinnung und Unbedingtheit die Taktik zur Weltanschauung erhoben. Die Forderung nach Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit verlachen sie als kleinbürgerlich und benehmen sich genau, wie wie sie es von der untergehenden Klasse gelernt haben. Die Taktik des Proletariats muß endlich heißen: Charakter zeigen! Keine Konzessionen machen! Zum Kampfe sammeln diejenigen, die kämpfen wollen und wissen, worum sie zu kämpfen haben! Los von den Staatserobern! Nieder mit Staat und Parteien! Heraus aus dem Sumpf der Taktik!

Der Sozialismus marschiert

Unbeirrbar schreiten wir auf dem marxistisch wissenschaftlichen Wege zum Sozialismus fort, so sagen die Sozialdemokraten.

In Argentinien hat man zur Zeit größter Hungersnot in Europa und russisch Asien die Maschinen mit nicht entkörnten Maiskolben geheizt. (Es wäre aber ein Verbrechen, solchem kapitalistischen Wahnsinn mit Gewalt ein Ende zu machen).

In den Vereinigten Staaten hat man Milch ins Meer gekippt, weil die Preise nicht hoch genug waren. (Der Sozialismus kann natürlich nur nach und nach voran kommen; es brauchen doch nicht alle Hungernden auf einmal satt zu werden.)

Heute besteht auf der ganzen Erde eine Ueberproduktion an Brotgetreide. Die Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien, Australien und andre Länder können ihre Ernteüberschüsse nicht unterbringen. Die deutsche Regierung verhindert den Abfluß eines Teiles dieser Ueberschüsse nach Deutschland. Man könnte den Hungernden Brot geben, aber die Großgrundbesitzer würden dabei nicht den Ertrag aus ihren Ländereien ziehen können, auf den sie Anspruch erheben. (Der Sozialismus marschiert, aber er muß seine Tätigkeit zunächst darauf beschränken, mit zu regieren. Das erlauben die Besitzenden aber nur, solange sie gut dabei verdienen.)

Unsre Kartoffeln sind teurer als nötig. Man brennt doch auch Spiritus, und zwar nicht rationell in wenigen großen Brennereien, sondern in tausenden von unwirtschaftlichen und unkontrollierbaren kleineren Gutsbetrieben. Die Kartoffeln werden so gepflegt, wie sie am besten zum Brennen taugen — das ist, wenn sie zu faulen anfangen —, so wird die große Ernte Deutschlands untergebracht und noch etwas exportiert. Preise und Verdienst bleiben dabei hoch. Fremde Kartoffeln — polnische kosten die Hälfte der unsern — werden nicht über die Grenze gelassen oder so verzollt, daß sie ebenso teuer werden. (Der Sozialismus marschiert eben langsam. Man muß sich damit abfinden. Die Hungernden müssen wissen, daß ihre Sache bei ihren verantwortlichen Führern wohl geborgen ist. Gegen Selbsthilfe kann es natürlich nur die Anwendung staatlicher Machtmittel geben, Gummiknüppel, Pistolen, Maschinengewehre, Kanonen, Giftgas. Vertraut den gelernten wissenschaftlichen Sozialisten!)

Uebrigens, wenn auch die Preise für das Lebensnotwendige in die Höhe gehen, so sind zum Beispiel Pelze, Samt und Seide noch ziemlich billig. Automobile, Radio, Grammophone werden sogar von Jahr zu Jahr billiger. (Also hier sind schon Ansätze zum Sozialismus. Und für eine Idee, eine Weltanschauung wird man gern sein Stück Brot teurer bezahlen und etwas Hunger, Not und verkürztes Leben in Kauf nehmen).

In China sind in einem Jahre an zwei Millionen Menschen verhungert; ernsthafte Berichtersteller haben berechnet, daß die Zahl sich bis Ende Juni verdoppelt haben wird. Aber die Dampfer fahren mit Sand als Ballast von

Amerika nach Asien; es fällt ihnen nicht ein, von dem überschüssigen Getreide mitzunehmen. Die Ernte verdirbt, und die Chinesen sterben.

Warum ist das so? Weil die Besitzenden es so bestimmen, und weil die Sozialdemokraten und mit ihnen ungezählte Tausende und Millionen sich feige vor dem Handeln drücken, weil auch du und ich und wir alle nicht handeln. Und obwohl es uns selbst so gehen kann wie den Verhungerten in China warten wir lieber, bis Krieg und Pest und Mord zum Hunger kommt und es zu spät ist zum Handeln. Das aber kommt, weil wir kein Gefühl für fremdes Leid haben und das fremde Elend beiseite schieben. Sonst wäre der Entschluß längst reif, den Wahnsinn nicht mehr mitzumachen und die Organisation zu ändern.

Der Sozialismus marschierst? Laßt ihn zum Teufel marschieren, wenn er nicht anpackt, wirkt, handelt, aufruft, begeistert und zur Tat aufpeitscht! Der Sozialismus wird marschieren, wenn wir marschieren!

Fritz Müller.

Anmerkungen zur spanischen Revolution

Der Kongreß der CNT., der spanischen antiautoritären Arbeiterkonföderation und der anschließende Kongreß der IAA., der anarcho-syndikalistischen Weltorganisation, in Madrid haben nach den bisher eingetroffenen Berichten einen großartigen Verlauf genommen. Hoffentlich werden unsere syndikalistischen Genossen in allen Ländern dafür sorgen, daß die Arbeiter überall, die sonst nur ihre Parteizeitungen lesen und darin schimpflich belogen werden, durch besondere in Millionenaufgaben herzustellende Berichte über die tatsächlichen Verhältnisse in Spanien eingehend und zuverlässig unterrichtet werden. Den ungeheuerlichen, in ihrer Nichtswürdigkeit nicht mehr überbietbaren Geschichtslügen zumal der moskauhörigen Kommunisten muß durch internationale Aufklärungsaktionen entgegengetreten werden. Es muß gegenüber der Behauptung, die Confederacion entgleite immer mehr dem Einfluß der Anarchisten und Syndikalisten und habe sich schon fast ganz der Führung durch die Kommunistische Partei anvertraut, an jeden kommunistischen Arbeiter der Welt die Wahrheit herangebracht werden, daß sich unter den 500 Delegierten der CNT. grade 3 Parteikommunisten befanden. Davon waren 2 Trotzkisten, der dritte war der Führer der Stalinisten, Arlantis, der sich das Mandat einer kleinen Lokalgewerkschaft erschlichen hatte. Der Kongreß, der alle Mandate direkt im Plenum prüfte, erhob bei Nennung des Namens Arlantis sofort Protest und der Mann mußte unter ungeheurem Entrüstungssturm schleunigst den Saal verlassen. So sieht der Einfluß der Partei in Wahrheit aus, die unausgesetzt die schmutzigsten Verleumdungen gegen die Anarchisten ausstreut und dabei die Frechheit hat, uneingeschränkte Schreibfreiheit in deren Tagespresse zu verlangen. Es ist klar, daß unsere Genossen diese Forderung sofort bewilligen werden, sobald die bolschewistische Presse in der übrigen Welt, wo die Anarchisten keine Tageszeitungen haben, den Antiautoritären freie Propaganda in ihren Blättern einräumen.

Trotz der Verachtung, der intriganten und erbärmlichen Machenschaften der Moskowboys bei den spanischen revolutionären Arbeitern allgemein be-

gegen, sollten die Gefahren, die von dieser Seite drohen, nicht unterschätzt werden. Sie vergiften die gesunde Atmosphäre bei revolutionär gestimmten Massen, die bis jetzt außerhalb der anarcho-syndikalistischen Bewegung stehen; hinter ihnen steht der völlig unbegrenzte materielle Beeinflussungsapparat der russischen Regierung und ihrer internationalen Vasallen. Die spanischen Genossen sollten erwägen, ob nicht die Lügen der Bolschewisten dadurch bekämpft werden sollten, daß man nicht nur in den verfügbaren Zeitungen und Zeitschriften sondern vor allem durch öffentliche Anschläge in ganz Spanien die noch abseits stehenden Proletarier und Bauern vom Inhalt dieser Lügen unterrichtete. Wenn die Bevölkerung, die alle Ereignisse miterlebt und kontrollieren kann, durch faksimilierte Reproduktionen der Spanien betreffenden Berichte in der kommunistischen Parteipresse Europas mit Uebersetzungen und ganz kurzen Kommentaren an öffentlichen Straßen und Plätzen zur Zeugin des ruchlosen Spiels gemacht wird, ist zu hoffen, daß die Leute im Dreck ihrer eigenen Lügen ersticken werden; sie werden erkannt werden als Betrüger, die urteilslose Menschen beschwindeln, um sie nachher zu regieren.

Am 28. Juni sollen die spanischen Parlamentswahlen vor sich gehen. Es ist wahr, daß man Revolutionären, welche mitten in einer Revolution stehen, aus der Ferne schwerlich allgemeingültige Ratschläge erteilen kann. Es wird aber von unsern spanischen Genossen verstanden werden, wenn ein Mann, der aus der bitteren Erfahrung einer fürchterlich gescheiterten Revolution spricht, sie bittet, bei der Erörterung ihres Verhaltens nicht an den Tatsachen vorbeizugehen, die er ihnen zur Kenntnis bringt.

Die Revolution in Bayern nahm einen von der Bewegung im übrigen Deutschland völlig verschiedenen Verlauf. Bayern stand zum Reich 1918 etwa in demselben Verhältnis wie jetzt Katalanien zur spanischen Republik. Eisner hatte, wie jetzt Macia, einen sehr guten Namen auch bei dem radikalsten Teil der Arbeiterschaft. Er war ehrlich revolutionär, wollte aber auf dem Wege über die Demokratie westeuropäischen Musters dem Sozialismus nur vorarbeiten, ohne die Kapitalisten zu entrechten. Die Begeisterung für die Revolution und der Glaube, daß ihr der Sieg auf keine Weise mehr entrissen werden könnte, war wahrscheinlich nicht minder groß als gegenwärtig in Spanien. Die Abneigung gegen Wahlen, die auf die Schaffung einer neuen Staatsverfassung abzielten, war bei den Revolutionären allgemein. Aber eine bewaffnete Demonstration mehrerer unter sozialdemokratischem Einfluß stehender Regimenter in München erzwang die Ansetzung der Wahlen. Wir beschlossen, die Wahlen ungestört stattfinden zu lassen, trieben aber kräftige Propaganda gegen die Beteiligung. Eisner fürchtete, daß unsre Agitation am Wahltage Unruhen hervorrufen werde und ließ einige Tage vorher zwölf der bekanntesten Linksrevolutionäre, darunter mich, verhaften. Eine gewaltige Massendemonstration vor seinem Ministerium erzwang, nachdem der Matrose Egelhofer, der spätere Oberkommandierende der Roten Armee, durch das Fenster des ersten Stockes in das stark verschanzte Gebäude eingedrungen war und Eisner die Erschießung in Aussicht gestellt hatte, unsre Freilassung noch am selben Tage. Mit unvergeßlichen Ovationen wurden wir von Zehntausenden empörten Proletariern begrüßt. Leider aber änderten wir nicht unsern Beschluß, die Wahlen stattfinden zu lassen; ja, wir wollten sogar den neuen Landtag zusammentreten lassen und ihn erst sprengen, wenn er gegenrevolutionäre Beschlüsse fassen sollte. Durch die Ermordung Eisners auf dem Wege zur Eröffnung des neuen Landtags kam es anders. Das zum ersten Male zusammentretende Parlament wurde mit Lindners Schüssen auf den sozialdemokratischen Konterrevolutionär Auer und mit Kugeln und Handgranaten von der Galerie herunter auseinandergejagt.

Es war schon zu spät. Der Rätekongreß, der nun die Verwaltung Bayerns in die Hand nahm, war seiner eigenen Macht so wenig bewußt, daß er be-

schloß, das feige davongelaufene Parlament anzuerkennen und ihm unter gewissen Einschränkungen die Legislative wieder auszuliefern. Dadurch, daß sich, was vorauszusehen war, auch von mir und andern vorausgesagt wurde, der Landtag nicht an die von ihm angenommenen Bedingungen hielt, wurde die Ausrufung der Räterepublik durch den Generalstreik der Augsburger Arbeiterschaft vorzeitig und ohne genügende Vorbereitung erzwungen. Das wahnwitzige Verhalten der Parteikommunisten, die, ohne von solcher Schwenkung vorher das geringste ahnen zu lassen, der vollzogenen Tatsache die Anerkennung verweigerten und dadurch unter die besten revolutionären Arbeiter Uneinigkeit und offene Verfeindungen trugen, tat das übrige, um alles zu verwirren. Was Eugen Leviné nach den verlorenen Tagen bis zum Palmsonntagputsch der Regierungssozialisten, besonders durch die Organisation des militärischen Widerstandes gegen die weiße Armee Noskes geleistet hat, soll in Ehren bestehen bleiben. Aber der Untergang der Revolution in Blut, Verrat und Schändung war nicht mehr aufzuhalten.

Ich habe die Ueberzeugung, daß die bayerische Revolution, die stark war, weil hier Arbeiter und weite Schichten der Bauernschaft verbündet auftraten, einen andern und besseren Verlauf genommen hätte, wenn die Parlamentswahlen von vornherein verhindert worden wären, wenn wir wenigstens nach erfolgter Wahl die Initiative zurückgenommen hätten und um jeden Preis schon die Einberufung des Landtags durch revolutionäres Handeln unmöglich gemacht hätten. — Die spanischen Revolutionäre mögen bedenken, daß die Errichtung einer Staatsverfassung nichts andres bedeutet als die Schaffung einer Handhabe, mittels der die Fortsetzung der Revolution zur Straftat des Hochverrates gemacht werden kann. Vorwärts, vorwärts — und den Gegner nicht wieder zu Atem kommen lassen!

Was gespielt wird

So wäre denn alles wieder glücklich überstanden. Der Reiter ist wohlbehalten überm Bodensee angelangt und merkt erst jetzt, wie nahe er am Versaufen war. Der Besuch der Herren Brüning und Curtius in Chequers hat dem Ausland die Augen geöffnet, der Youngplan wird revidiert, die Reparationslast vermindert, die Tribute gestundet und Herr Hoover in Washington vermittelt uns das Moratorium und vielleicht sogar eine Anleihe, womit die deutsche Wirtschaft angekurbelt, das Land befriedet, der Radikalismus gestoppt, Eintracht, Aufstieg und eine goldene Zukunft gesichert wird. Alles ohne Revolution, ohne nachhaltige Erschütterung, erreicht durch eine feste, verantwortungsbewußte Führung, durch staatsfreudige Opferbereitschaft der ganzen Bevölkerung, durch einsichtige Bescheidung aller zur Mitwirkung bereiten Parteien, durch Gottvertrauen und politischen Wirklichkeitssinn, durch mutige Festigkeit und nationale Treue; nicht einmal der Reichspräsident brauchte aus seinem wohlverdienten Erholungsurlaub aufgeschreckt zu werden. Herr von Hindenburg kann in Neudeck bleiben, den preußischen Ministerpräsidenten, den Marxisten Otto Braun, in die Reviere der von der Osthilfe aufgepulverten Großgrundbesitzer zum Böckeschießen einladen und ungestört belegte Roggenbrötchen essen.

Es ist in Deutschland üblich, die Verzögerung von Katastrophen für Merkmale der Gesundheit zu halten, ebenso wie man bei uns unaufhörliches betäubendes Siegesgeschrei mit Siegen verwechselt. Darum siegen ja auch alle immerfort gleichzeitig, und man braucht sich nur nach einander die Zeitungen der Staatserhalter aller Sorten und die der Staatsbefehder aller Sorten vorzu-

nehmen, so wird man finden, daß dauernd jeder über alle andern triumphiert. Hat aber die Regierung durch irgend einen schäbigen Rechtsbruch wirklich die Regierten gründlich übertölpelt, dann preist sie mit den Tönen schmalziger Selbstgefälligkeit ihre Weisheit und Gerechtigkeit und die ruhige Vernunft der Betrogenen. Oder einer Partei gelingt es, ein Verbrechen gegen die Bevölkerung um drei Tage aufzuhalten, in ein verbrecherisches Dokument ein versöhnlich klingendes Wort, einen unverbindlichen Satz der Verschleierung hineinzuwickeln, und schon hat sich ihre Idee sieghaft durchgesetzt und das ohnehin von Lügen und Ränken besoffen gemachte Publikum wird mit schleimigem Selbstlob der betreffenden Partei und hohnvoller Lästerung aller andern noch schwindliger geredet. Eine Wahl kann ausfallen wie sie mag, stets beweisen sämtliche Teilnehmer, daß sie die Sieger seien und daß die höhere Stimmenzahl, die der Konkurrenz zufiel, grade ein Zeichen für deren unaufhaltsamen Verfall sei. Was auch geschehe und wer auch drüber urteile, es ist alles Wasser auf jede Mühle, und die Kunst des Politikers besteht in Deutschland in nichts anderm, als mit Dreck um sich zu werfen und den Dreck, der einen selber trifft, zu Rosenwasser umzulügen.

Als am 6. Juni die ersten Auszüge aus der 35 Druckseiten starken, 40 Kapitel umfassenden „Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ bekannt wurden, da schien es, als sei der Augenblick gekommen, der für Kniffe und Schätigkeiten keinen Spielraum mehr ließ, in dem gemeinsame Abwehr aller unmittelbar am Leben bedrohten Volksschichten so selbstverständlich wäre, daß sich die kampfwilligen Kräfte aus eigenem Entschluß und ohne diplomatische Schliche zusammenfinden müßten. Bei den Arbeitern und Erwerbslosen herrschte Panikstimmung, Frauen schrien auf der Straße auf vor Wut und Verzweiflung und jeder, mit dem man sprach, war der gleichen Meinung: Das ist zu viel! Das dürfen wir nicht hinnehmen! Dagegen muß gekämpft werden! Jedes Mittel ist recht! — O, es war noch nicht zu viel. Am nächsten Morgen standen die Straßenbahnen nicht still; die Wasserleitung funktionierte, elektrische Lampe, Bügeleisen und Staubsauger hatten Strom, und für die Kochherde und Selbstmorde gab es Gas in Hülle und Fülle. Feste wurden gefeiert wie sie fielen und Trost und Mut gesammelt aus den Beschwichtigungen, den Gesinnungsausbrüchen, den Erklärungen, den Vorbehalten, den Entrüstungsschlagzeilen, den Ruhmredigkeiten, den hysterischen Heulmeiereien der unterschiedlichen Zeitungskommentare, die alle nur in einem Punkte einig waren: vertraut euren Parteiheligen, alle eure Angelegenheiten sind in guter Hand, mit Reichtag, ohne Reichtag, im Ausschuß, beim Pourparler, mit Brüning, gegen Brüning, laßt euch nicht verraten, laßt euch nicht provozieren, nieder mit den andern, her zu uns! Und indem die Opfer einander in hunderterlei Variationen als Schurken beschimpften, erreichten die Veranstalter der Schurkerei, daß die Opfer ihre Opfer blieben.

Nun aber ist alles überstanden; die Regierung hat die Sicherung von Wirtschaft und Finanzen bewirkt, wenn auch zunächst in der Hauptsache nur mittels Fernhörer, indem sie die sanften Flötentöne der Hoooverschen Zukunftsmusik auf die deutsche Gemütsweille überträgt und befriedigt feststellen kann, daß ihr schöner Aufruf vom 5. Juni seinen Zweck erfüllt hat. Da hatte sie von den Hungernden gefordert, „die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrechtzuerhalten“ und dafür „schwerste Lasten und Opfer“ auf sich zu nehmen. Da überwand sie sich mit mit leisem Rülpfen, die Kriegstribute als Tribute zu bezeichnen, nicht weil es wahrhaftig Tribute sind, sondern weil das Wort mannhaft klingt und den Nazi wohlgefällig ist. Da ermahnte sie mit dem frommen Augenaufschlag, mit welchem ihre katholischen Minister sich, Weihekerzen kindlich in den Händen, bei der Fronleichnamsprozession photographieren ließen, die ausgebluteten Objekte ihrer Staatskünste, es dürfte „Verzagtheit und Unwille nicht unsere Kräfte schwächen.“ Da erklärte sie den zer-

mergelten, zerquälten, zerschundenen, zerprügelten Menschen, an denen sie ihre Diktatur ausgehen läßt, „daß in kritischer Lage nicht der Kampf der Parteien, sondern der Wille des gesamten Volkes, sich zu behaupten, entscheidend ist.“ Und nachdem sie in früheren Notverordnungen jenseits der Gesetze den Sklaven der zu sichernden „Wirtschaft und Finanzen“, denen die Reichsregierung wohl mit dem Sammelnamen „deutsches Volk“ schmeicheln will, die Lebenskraft mit wüsten Hungerkuren entnervt, den Lebenswillen mit Gummiknüppel und härteren Mitteln gelähmt hatte, versichert sie da besagtes deutsches Volk ihres Vertrauens auf seine Lebenskraft und seinen Lebenswillen, in welchem Vertrauen die Regierung handeln werde.

Die Notverordnung, neben dem verlogenen Aufruf der Reichsregierung das Dokument ihrer wahren Gesinnung, nämlich ein Dokument vollständiger Gewissenlosigkeit, gänzlich unsozialer Roheit, der Verhöhnung der Hungernden, der um alle Erwerbsmöglichkeiten Geprellten, der Leidtragenden der unbeschreiblichen Anmaßung und Unfähigkeit eben der Leute, welche hier mit neuen unerhörten Ruchlosigkeiten den letzten Rest armseliger Existenzfreude aus den Knochen, dem Schweiß, dem Blut ihrer Opfer herausquetschen, um ihre Auftraggeber, die Kapitalisten damit zu mästen, — diese Notverordnung erschien, während die Macher der deutschen Staatspolitik, die von sich selbst ernannten Diktatoren Brüning und Curtius in England um die Sympathie der „Arbeiterregierung“ des Herrn MacDonald buhlten. Der britische Premier und sein Henderson müßten keine Sozialdemokraten sein, wenn sie sich nicht durch einen Ukas von der Hilfsbedürftigkeit der deutschen Kapitalwirtschaft hätten überzeugen lassen, der krasser als je zuvor alle Lasten nur auf Arbeiter, Erwerbslose, Invalide, Kinder und Notleidende jeder Art häuft, in der „Krisensteuer“ die hohen Einkommen auf Kosten der niedrigen schont, den Großausbeutern eine besondere Subvention von 140 Millionen Mark beschert, weiterhin wichtige Verbrauchs- und Nahrungsmittel — Zucker, Mineralöl — verteuert, den Jugendlichen jede nichtkriminelle Beschaffung der Substistenzmittel abschneidet, die Rückerstattung zuviel bezahlter Lohnsteuern aufhebt, mithin den um Arbeit und Auskommen geprellten Proletariern die unrechtmäßig abgenommenen Steuervorschüsse überhaupt stiehlt, ohne den 13 000 Großgrundbesitzern, für die allein die räuberische Zollpolitik getrieben wird, die Liebesgaben zu kürzen, ohne die Riesenpensionen für Fürsten und ihre Mätressen, für kaiserliche Generäle, Hofschranzen, Minister und das ganze Schmarotzerpack, das bei uns herumwanzt, im geringsten zu vermindern, ohne die Ausgaben für Rüstungszwecke herabzusetzen und ohne auch nur den Spekulanten auf die Erträgnisse dieser wüsten Erpressung die Verschiebung der schon vorhandenen und nun neu zu gewinnenden Kapitalien zu verwehren. Die Herren MacDonald und Henderson besannen sich also, gestärkt von den Berichten über die in ihrem Auftrage in Indien vollzogenen Hinrichtungen, auf ihre menschlichen Pflichten und gaben beim Frühstück den Besuchern die Zusicherung, auch sie begriffen die Notwendigkeit, daß die Reparationsfrage überprüft werden müsse.

Der Dawes- und der Youngplan wurden von den deutschen Staatsbetreuern als Errettung aus dem größten Elend gepriesen, von den Nationalisten und den proletarischen Revolutionären unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten als ruchlose Ausplünderung der deutschen Arbeiter bekämpft. Jetzt redet man mit einem Male von Tributen, jetzt findet man auf einmal die Lasten unerschwinglich, wohl wissend, daß bei dem Ausmaß der Krise, die keineswegs in den Reparationen begründet ist, auch das Hoover'sche „Schulden-Feierjahr“ und sogar eine wesentliche Herabminderung der Kriegsschuldenlast die verelendeten Menschen nicht mehr satt machen kann. Schon hat Herr Briand, dieser gerissenste politische Schieber Europas, der als revolutionärer Sozialist einmal die französischen Arbeiter ermahnte, sich auf

niemanden zu verlassen als auf den „Citoyen Browning“, der dann als reaktionärster Justizminister, den Frankreich je gehabt hat, seine ehemaligen Genossen haufenweise in die Zuchthäuser warf, der wütender Kriegstreiber und schleimiger Friedenssalbaderer wurde, — schon hat er gezeigt, daß er, wenn das Geschäft bedroht ist, auch ohne den Geist von Locarno auskommt. Schott aber verlangen die Industriellen bei uns einen Umbau der Regierung in der Richtung auf das Direktorium.

Die Arbeiterparteien in Deutschland — das wird an anderer Stelle gezeigt — geben den herrschenden Mächten keinen Anlaß, ihre Pläne durch sie gefährdet zu sehen. Solange diese Mächte über Grund und Boden und Arbeitskräfte verfügen, ist eine Besserung der Verhältnisse nicht möglich, weil diese Verhältnisse durch das kapitalistische System selbst bedingt sind. Das kapitalistische System ist aber durch irgendwelche marxistische Formeln nicht zu brechen. Es kann sich bei aller inneren Unmöglichkeit durch mörderische Zwangsmaßnahmen sehr wohl noch lange Zeit halten. Die Sicherung dieser Zwangsmaßnahmen ist das Ziel der Brüningsschen Politik, die längst von Hugenberg dirigiert wird. Die Arbeiter werden damit zu rechnen haben, daß italienische, ungarische und serbische Methoden bei uns in kürzester Zeit „Ruhe und Ordnung“ sichern werden, falls sie nicht ihren Führern schleunigst die Gefolgschaft kündigen, es ablehnen, weiterhin mit Messern und Pistolen gegen einander zu wüten und sich von unten auf gegen die Dreieinigkeit von Kapital, Kirche und Staat mit den Mitteln der direkten Aktion zur Wehr setzen. Zeit ist nicht mehr zu verlieren.

Feuer-Barrikaden

In Roubaix hat die Bourgeoisie ihre sogenannten Mobilgarden gegen die Proletarier aufgeboten und hineinschießen lassen (ähnlich wie jüngst in Hamburg, Kassel und andern Residenzen sozialdemokratischer Polizeipräsidenten). Es kam zu Barrikadenkämpfen, über die die verbotene Zeitung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes, die Rote Front, die man ja manchmal auf der Straße zugesteckt bekommt, sehr bemerkenswerte Einzelheiten mittelt: Danach wurden mit Gerüstteilen, Ziegeln und Zementsäcken Barrikaden errichtet, die eine Höhe von anderthalb Metern erreichten und von 300 Demonstranten besetzt wurden. Sechzig Meter davor waren Eisendrähte und Seile gespannt. „Eine Betonmischmaschine wurde zwischen die vier Barrikaden gebracht, ihr Zylinder statt mit Zement und Sand mit Ziegel- und Eisenstücken gefüllt und der Motor angelassen. Höllenlärm erfüllte die Straßen. Die Mobilgarden wagten keinen Angriff.“ Aber weiter: „Als die Polizei mit scharfen Schüssen gegen die Demonstranten vorging, zündeten diese auf den Barrikaden leicht brennbare Stoffe an, sodaß sich die von allen Seiten umkämpfte Hauptstraße in kurzer Zeit in ein Flammenmeer verwandelte, zumal auch die Gasleitungen aufgerissen waren.“

In Deutschland sorgen genügend Notverordnungen, Schnellgerichte und Polizisten dafür, daß Ruhe und Ordnung herrscht und jeder Hungrige, der sich ein Stück Wurst ohne Bezahlung aus der Auslage nimmt, durch die Staatsbehörden und durch Noskesozialisten rasch und eindringlich von der Verbotswidrigkeit solcher Handlungen überzeugt wird. Auch hat man bei uns sämtliche Beamten im Gehalt gekürzt mit Ausnahme der Reichwehrsoldaten, der Gendarmen und der waffentragenden Polizei. Somit kann hier der herrschenden Klasse nichts mehr passieren.

Sursum corda!

Im Jahre 1832 starb Goethe, sodaß das kommende Jahr abgesehen von den Schönheiten des Wirtschaftslebens und der faschistischen Fortschritte auch noch von dem ästhetischen und literaturhistorischen Aufstoßen aller sittengefestigten deutschen Oberlehrer überquellen wird. Nicht genug damit: das „Goethejahr“ erfährt die verhängnisvollste Verschärfung durch den Umstand, daß in ihm die höchste Zierde der Gegenwart 70 Jahre alt wird: Gerhart Hauptmann, dem bekanntlich Goethe vor 100 Jahren Maske und Gehaben vorweggenommen hat. Obwohl Hauptmanns Geburtstag erst in den November, Goethes Todestag aber schon in den März 1932 fällt, ist der Olympier von heute dem von dazumal mit dem Start der Feiern zuvorgekommen. Wie verlautet, soll Hauptmanns Siebzigster bis zum Fünfundsiebzigsten ohne Unterbrechung durchgefeiert werden. Es begann mit einer Rundfunkrede, mit dem das Genie selbst dem deutschen Volke den ihm noch aus Brünnings Mikrophonanbiederung an die Pariser Börse verbliebenen Atem verschlug. Gestimmt war Herrn Hauptmanns Salm auf den Ton: Sursum corda! Die Herzen empor! Mindestens ein Dutzend mal empfahl er dieses gute Mittel gegen alles Uebelbefinden. Auch begründete er die Notwendigkeit, die Herzen empor zu schleudern mit dem Hinweis auf die großen Männer unsrer Tage, welche er — immer mal wieder sursum corda! — begrüßte. Von seinen Kollegen war keiner dabei, auch sonst aus Künsten und Wissenschaften niemand, aber Herr Luftschiffer Eckener und ein Herr Wilkins, der seine Rekordleistung bis jetzt nur versprochen hat. Leider wurde Maxe Schmeling ausgelassen. Dafür grüßte unser Parnassauer „die deutschen Reiter“, nämlich die Reichswehroffiziere, die in Rom vor Mussolini Hoppepferdchen gemacht haben, um die Sympathie der deutschen Armee mit den faschistischen Methoden des übelsten Verräters der Weltgeschichte zu dokumentieren. Ei, wie riß es da wieder die Herzen aller Arbeiterknechter empor! Herr Hauptmann, Verfasser des Dramas „Die Weber“, worin das Leid der Hungernden und ihr Kampf gegen das Elend mit großer dichterischer Kraft geschildert ist, hat am Rundfunk gefunden, daß es heute mit dem Elend und der Not garnicht so schlimm sei — sursum corda! —, da war's zu Anfang des vorigen Jahrhunderts viel schlimmer! Landauer hat einmal von Gerhart Hauptmann geschrieben, wenn man seine Auslassungen vergleiche, müsse man meinen, daß es leichter sei jede als eine Gesinnung zu haben. Heute scheint der Mann so weit zu sein, daß er sich eines Teils seines reichen Gesinnungsvorrates endgiltig entledigt hat, des Teiles nämlich, der aus sozialen Empfindungen wächst. Herr Gerhart Hauptmann! Mit sattem Magen und schmatzendem Munde hungernden Menschen versichern, daß es ihnen durchaus nicht übertrieben schlecht gehe, ist eine Unanständigkeit! Predigen Sie Ihr sursum corda! den Bankiers oder den Stahlhelmern, der Gesellschaft, in die Sie kraft eigener Wahl längst hineingehören. In stillen Stunden lesen sie vielleicht auch Ihr Drama „Florian Geyer“ noch einmal durch. Wenn die Zeit wiederkehrt, die Sie da bedichtet haben — und

es scheint, als ob der Bundschuh sehr bald wieder die Herzen empor reißen wird —, dann wird der Bauer und der Arbeiter gemeinsam kämpfen und Verrat und Schwäche wird nicht verderben, was Begeisterung und durchdachte Kraft bereiten werden. Sie aber, Herr Hauptmann, haben Platz genommen bei denen, gegen die sich die Revolution wenden wird. Wenn eine andre Konjunktur Sie dann bewegen sollte, noch einmal die kämpfenden Armen mit Ihrem Sursum corda! zu belästigen, dann werden Ihnen nicht die Herzen antworten, die Sie emporrufen, sondern man wird Sie mit dem Gruß zu Ihren deutschen Reitern senden, den Ihr Konkurrent Goethe den Konkurrenten Florian Geyers, seinen Götz von Berlichingen, einige Reiter als Gruß an ihren Hauptmann bestellen ließ. — Sursum corda? Abgemeldet, Herr Hauptmann!

Protest

In einer Erzählung des uns unbekannten Russen Popoff, der nicht anzusehen ist, ob sie Selbsterlebtes wiedergibt oder belletristische Fiktion ist, wird ein in Rußland lebender Untersuchungsrichter der Tscheka, der den keineswegs seltenen Namen Roller trägt, als wirkliche Persönlichkeit also oder als Romanfigur vorgeführt. Auszüge aus dieser Erzählung erschienen in der Wiener Wochenschrift „Erkenntnis und Befreiung“ mit dem Titel: „Siegfried Nacht, alias Arnold Roller — der Tschekist“.

Siegfried Nacht, dessen lange ehrenvolle Tätigkeit für unsere Ideen allen älteren Genossen bekannt ist, ist auch nach seinem Rücktritt und nachdem die Vorgänge in Rußland ihn, wie seinerzeit viele andre, fasziniert hatten, nie unser wirklicher Gegner geworden. Auch war er nie Mitglied der kommunistischen Partei. Siegfried Nacht ist nie in Rußland gewesen, und nichts in seinem Leben kann einen Grund geben, ihn mit der erwähnten Persönlichkeit oder Romanfigur in Rußland in einen Zusammenhang zu bringen.

Es ist gänzlich unwahrscheinlich, daß der Verfasser, Herr Popoff, seiner Erzählung jenen sensationellen Titel gegeben hat. Dagegen ist die vieljährige Feindschaft von Rudolf Großmann (Pierre Ramus) gegen Siegfried Nacht bekannt, und als Redakteur von „Erkenntnis und Befreiung“ kann nur er diesen in mehreren Nummern seines Blattes wiederholten Titel fabriziert und dessen Einfügung in sein Blatt zugelassen haben. Jede weitere Bemerkung über ein solch unwürdiges Verhalten erübrigt sich.

Da nicht alle jüngeren Genossen über diese Verhältnisse unterrichtet sind, werden die Zeitschriften unsrer Richtung international ersucht, diese Feststellungen ihren Lesern mitzuteilen.

12. Juni 1931.

Enrico Malatesta.

Max Nettlau.

Rudolf Rocker.

Ein Artikel über unsern von Mussolinis Schwarzhemden gesetzlich ermordeten Genossen Michael Skhirru wurde zurückgestellt; auch eine Anzahl andrer Bemerkungen über Zeitereignisse fielen dem Raumangel zum Opfer.

Rettet FANAL!

FANAL ist in schwerer Not!

Für die Rettung der anarchistischen Zeitschrift FANAL schreibt kein Hindenburg nach Amerika!

Von den riesigen Börsengewinnen des Hooverschen „Feierjahres“ bekommt die anarchistische Zeitschrift FANAL keinen Pfennig ab!

An der Erhaltung der anarchistischen Zeitschrift FANAL ist weder ein Kapitalist interessiert, noch der Staat, noch auch eine Partei. Sie werden alle froh sein, wenn das Blatt nicht mehr erscheint.

Wer FANAL hilft, schädigt den Staat, ärgert die Kapitalisten und die Parteien!

Wer FANAL rettet, stört Ruhe und Ordnung!

Die Abbestellungen von FANAL-Abonnements häufen sich infolge der immer weiter um sich greifenden Existenznot.

GENOSSEN, FREUNDE!

Herausgeber, Mitarbeiter, Helfer, Verbreiter des FANAL, die alle Tätigkeit an unserm Blatt ohne Gewinn und Bezahlung ausüben, wollen nicht auch noch in ihrer anarchistischen Pflichterfüllung arbeitslos werden! Tut alle, was ihr irgendwie könnt, dann wird's schon weiter gehn!

Aber helft uns zunächst aus den allerärgsten Schulden!

FANAL, Herausgeber und Verlag

Geldsendungen auf Postscheckkonto: Erich Mühsam, Berlin 842 19

Anarchistische Vereinigung Berlin

Gruppe Neukölln.

**Zusammenkunft: Jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64**

Achtung!

Gruppe Weißensee.

**Zusammenkunft: Jeden Freitag, 20 Uhr, im Lokal
Brankowitz Weißensee, Lehderstr. 5**

Union Anarchistischer Vereine Groß-Berlins und Umgegend

Zusammenkunft in folgenden Lokalen:

Gruppe Südost: Jeden Donnerstag im Lokal A. Zander, Lausitzerstr. 25

**Gruppe Norden: Jeden Freitag im Lokal Berliner Kindl, Dolezel
Böttgerstr. 4.**

Gruppe Osten: Jeden Donnerstag im Lokal Jerrasch, Boxhagenerstr. 24

Gruppe Spandau: Jeden Donnerstag Breite Straße 25, bei Th. Geiger.

Gruppe Lichtenberg: Jeden Dienstag im Lokal Kupsch, Tasdorferstr. 4

**Gruppe Zentrum: Jeden Mittwoch im Lokal Spiegel, Ackerstraße 1,
Am Koppenplatz.**

Gruppe Adlershof: Jeden Freitag bei Boretti, Gemeinschaftstr. 30.

„Anti-autoritäre Arbeitsgemeinschaft“

**Vorträge jeden Montag und Mittwoch 20 Uhr im „Jugend-
heim des Ostens“, Große Frankfurter Straße 16**

**FANAL ist in schwerer Geldnot!
Sammelt! Werbt! Helft!**

Bücher und Schriften

von
ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten. — Malik-Verlag, Berlin.
Preis: brosch. 1.60 Mk., geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers. — Verlag Gilde freiheitlicher
Bücherfreunde, Berlin
Preis: brosch. 1.— Mk., geb. 2.— Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren. — Verlag „Syndikalist“, Berlin
Preis: geb. 1.80 Mk.

STAATSRÄSON

ein Denkmal für Sacco und Vanzetti. — Verlag
Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin
Preis brosch. 1.00 Mk., geb. 1.50 Mk.

SAMMLUNG

Auszug aus dem dichterischen Werk 1898 — 1928 —
I. M. Spaeth Verlag, Berlin
Preis: brosch. 5.50 Mk., geb. 8.00 Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutions-
ereignisse in München. — FANAL-Verlag, Berlin-Britz
Preis: 0.90 Mk.

Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

NR.11-12

**Bis November
verboten!**

PREIS

JAHRGANG 5

BERLIN

AUGUST 1931

Beglaubigte Abschrift.

Der Polizeipräsident.

Berlin den 18. Juli 1931;

Tgb. Nr. I A. 2. 3500 34-31. Ang. I.

Verbot.

Auf Grund der §§ 1 Abs. 1 Nr. 2 und 12 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (RGBl. S. 79) verbiete ich die in Berlin erscheinende periodische Druckschrift „FANAL. Organ der Anarchistischen Vereinigung“ mit sofortiger Wirkung bis zum 1. November 1931 einschließlich. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Gegen das Verbot ist die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei mir einzureichen.

Sollte von dem Beschwerderecht Gebrauch gemacht werden, so empfiehlt es sich zur Beschleunigung der Angelegenheit die Beschwerdeschrift in fünffacher Ausfertigung vorzulegen.

Gründe:

Das „FANAL“ behandelt in der Nummer 10 vom Juli 1931 in dem Artikel „Was gespielt wird“ die derzeitigen Verhältnisse in Deutschland und gebraucht u. a. folgende Wendung: „Hat aber die Regierung durch irgend einen schätigen Rechtsbruch wirklich die Regierten gründlich übertölpelt, dann preist sie mit den Tönen schmalziger Selbstgefälligkeit ihre Weisheit und Gerechtigkeit und die ruhige Vernunft der Betrogenen.“

Nachdem im Folgenden beklagt ist, daß die „Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ zu keiner-

lei Abwehrmaßnahmen der „unmittelbar am Leben bedrohten Volksschichten“ geführt habe, fährt der Artikel fort:

„Und indem die Opfer einander in hunderterlei Variationen als Schurken beschimpften, erreichten die Veranstalter der Schurkerei, daß die Opfer ihre Opfer blieben.

Nun aber ist alles überstanden; die Regierung hat die Sicherung von Wirtschaft und Finanzen bewirkt, wenn auch zunächst in der Hauptsache nur mittels Fernhörer, indem sie die sanften Flötentöne der Hooverschen Zukunftsmusik auf die deutsche Gemütschwellen überträgt und befriedigt feststellen kann, daß ihr schöner Aufruf vom 5. Juni seinen Zweck erfüllt hat. Da hatte sie von den Hungernden gefordert, „die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrechtzuerhalten“ und dafür „schwerste Lasten und Opfer“ auf sich zu nehmen. Da überwand sie sich mit leisem Rülpsen, die Kriegstribute als Tribute zu bezeichnen, nicht weil es wahrhaftig Tribute sind, sondern weil das Wort mannhaft klingt und den Nazi wohlgefällig ist. Da ermahnte sie mit dem frommen Augenaufschlag, mit welchem ihre katholischen Minister sich, Weinekerzen kindlich in den Händen, bei der Fronleichnamsprozession photographieren ließen, die ausgebluteten Objekte ihrer Staatskünste, es dürfte „Verzagtheit und Unwille nicht unsere Kräfte schwächen.“ Da erklärte sie den zermergelten, zerquälten, zerschundenen, zerprügelten Menschen, an denen sie ihre Diktatur ausgehen läßt, „daß in kritischer Lage nicht der Kampf der Parteien, sondern der Wille des gesamten Volkes, sich zu behaupten, entscheidend ist.“ Und nachdem sie in früheren Notverordnungen jenseits der Gesetze den Sklaven der zu sichernden „Wirtschaft und Finanzen“, denen die Reichsregierung wohl mit dem Sammelnamen „deutsches Volk“ schmeicheln will, die Lebenskraft mit wüsten Hungerkuren entnervt, den Lebenswillen mit Gummiknüppel und härteren Mitteln gelähmt hatte, versichert sie da besagtes deutsches Volk ihres Vertrauens auf seine Lebenskraft und seinen Lebenswillen, in welchem Vertrauen die Regierung handeln werde.

Die Notverordnung, neben dem verlogenen Aufruf der Reichsregierung das Dokument ihrer wahren Gesinnung, nämlich ein Dokument vollständiger Gewissenlosigkeit, gänzlich unsozialer Roheit, der Verhöhnung der Hungernden, der um alle Erwerbsmöglichkeiten Geprellten, der Leidtragenden der unbeschreiblichen Anmaßung und Unfähigkeit eben der Leute, welche hier mit neuen unerhörten Ruchlosigkeiten den letzten Rest armseliger Existenzfreude aus

den Knochen, dem Schweiß, dem Blut ihrer Opfer herausquetschen, um ihre Auftraggeber, die Kapitalisten, damit zu mästen. — diese Notverordnung erschien, während die Macher der deutschen Staatspolitik, die von sich selbst ernannten Diktatoren Brüning, und Curtius in England um die Sympathie der „Arbeiterregierung“ des Herrn Mac Donald buhlten.“

Diese Ausführungen bedeuten eine Beschimpfung bzw. böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung, d. h. von Organen und Behörden des Reichs.

Für die Bemessung der Verbotsdauer waren mitbestimmend die Äußerungen in dem Aufruf „Rettet FANAL!“ auf der letzten Seite der beanstandeten Nummer der Druckschrift, wo es u. a. heißt:

„Wer FANAL hilft, schädigt den Staat
Wer FANAL rettet, stört Ruhe und Ordnung!“

gez. Grzesinski.

— — —

Für richtige Abschrift:

(Siegel)

gez. Bischof,
Kanzleisekretär.

Unverkäuflich



R u n d b r i e f an alle Leser und Freunde des FANAL!

Motto: „Unglück kann jeder Esel haben; die Kunst besteht darin, daß man es richtig auszubeuten versteht.“

Frank Wedekind (in „Der Marquis von Keith“)

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, Mitglied der SPD., hat am 18. Juli die letzte Nummer des FANAL beschlagnahmen lassen und auf Grund der „Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ (vgl. FANAL Jahrg. V, Nr. 8 „Unter der Knute“) das Weitererscheinen des Organs der ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG bis zum 1. November 1931 einschließlich verboten.

Am 1. Oktober hätte FANAL das Fest seines fünfjährigen Bestehens feiern können. Es wird schweigend gefeiert werden.

Immerhin: 58 Mal ist unser Blatt an jedem Monatsersten pünktlich erschienen, und ohne den Eingriff behördlicher Gewalt wäre auch weiterhin keine Unterbrechung erfolgt, so schwierig es seit langem war, die Herstellung und Verbreitung regelmäßig zu bewerkstelligen. Wir haben ja unsern Lesern nie verschwiegen, daß hinter unserm Unternehmen kein Finanzkonsortium steht und daß zu unsrer Arbeit alle beteiligten Kräfte unbeschreibliche Anstrengungen und Opfer leisten mußten. Der Polizeiknüppel fiel auf ein bettelarmes Blatt.

Die beispiellose Wirtschaftskrise mit ihrer hoch in die Millionen gehenden Zahl von Arbeitslosen wirkt sich selbstverständlich in den Kreisen der bedingungslosen Revolutionäre des proletarischen Klassenkampfes am fühlbarsten aus. Denn die Unternehmer setzen immer bei Einschränkung ihrer Produktion die Arbeiter zuerst aufs

Pflaster, die den Kampf um bessere Lebensbedingungen mit dem Angriff gegen das herrschende System verbinden. Dabei wissen sie genau, daß die anarchistische Lehre der Staatsverneinung und der direkten Aktion den einzigen Weg zeigt, der aus staatlicher und privater Ausbeutung herausführt. Es ist daher nur natürlich, daß die Anarchisten einen besonders hohen Prozentsatz von Erwerbslosen stellen. Mit dem Anwachsen der Not wurde es somit immer mehr Genossen unmöglich, die Bezugsgebühren für FANAL aufzubringen, die Abbestellungen mehrten sich, die Verschuldung stieg, die Gefahr, daß das Blatt sein Erscheinen einstellen müsse, wurde von Mal zu Mal drohender.

Inzwischen trat aber die Hilflosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft immer deutlicher zutage. Die Demokratie, dieses Palladium aller Spießbürger und aller parlamentarischen Parteien, erwies sich unfähig, den insolventen Staat als Zahlstelle für die kapitalistischen Hyänen zu verwalten. Der Reichstag durfte gerade noch seine eigene Ueberflüssigkeit beschließen und dadurch der Brüning-Diktatur den Mantel der Verfassungsmäßigkeit umhängen. An die Stelle der Gesetzgebung, die freilich auch schon das Menschenmögliche an Arbeiterentrechtung geleistet hatte — Zoll- und Steuervervielfachung, Milliardenpende für den östlichen Großgrundbesitz, Lohnverkürzungen, Abbau der Sozialversicherung, Kranken- und Invalidenschädigung, Panzerkreuzerbau und vieles mehr —, trat die Praxis der Notverordnungen, durch die ohne umständliche Parlamentsbefragung die völlige Verelendung des Proletariats und der Kleinbauernschaft dekretiert und zugleich die Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit etappenweise aufgehoben wurde.

Die schleichende Einführung des Faschismus vermochte das Fortschreiten des Verwesungsprozesses der kapitalistischen Wirtschaft nicht aufzuhalten. Der Zusammenbruch riesiger kapitalistischer Unternehmungen — Fawag, Karstadt-Konzern, Nordwolle, Danatbank usw. — zeigte auf, wie tief die Korruption, die wir vorher für die Begleiterscheinung politischen Parvenuetums gehalten hatten — Barmat, Kuttischer, Sklarek, Busch, Raiffeisen-Klüngel —, sich bis in den Kern des gesamten öffentlichen Lebens eingefressen hat. Das ausländische Kapital, angesichts der Unfähigkeit der deutschen Unternehmerklasse, trotz des geduldigen Stillhaltens ihrer Opfer das eigene Geschäft in Ordnung zu halten, zugleich beunruhigt von der offenkundigen Begünstigung aller nationalistischen und kriegshetzerischen Treibereien durch die Regierung, zog das nach Deutschland geliehene Geld in riesigem Ausmaß zurück; die deutschen Kapitalisten hatten ebenso wenig Vertrauen zu den von ihnen selbst geschaffenen Zuständen — bei uns haben immer nur die Opfer der Zustände Vertrauen zu diesen Zuständen —, und so wurden Milliardenwerte von den Herrschaften ins Ausland verschoben, die mit der Begründung, es gelte der Kapitalbildung, dem Proletariat das letzte Mark aus den Knochen saugen.

Als der Zusammenbruch da war, garantierte der Staat die volle Entschädigung der Bankengläubiger, verfügte also, daß für die Verluste der Depotinhaber die in Hunger und Elend verkommenden Massen aufzukommen haben, die keine Depots besitzen. Die Bettelreisen der deutschen Minister und ihre diplomatischen Frühstücksschmusereien hatten kein Ergebnis, da Stahlhelm und Landbund, Hugenberg und Hitler Abmachungen, die auf Rüstungsbeschränkungen und Verhinderung monarchistischer Paraden abzielten, drohend verboten. So geriet das gesamte kapitalistische System in solche Erschütterung, daß ein andrer Ausweg als die revolutionäre Selbsthilfe der Proletarier und Kleinbauern nicht mehr zu erkennen war.

Aber die Werktätigen in Stadt und Land sahen ihrem eigenen Verderben untätig zu, beschimpften und prügeln sich untereinander und ließen dem Staat Zeit, die korrupten Bankinstitute auf Kosten der Steuerzahler ihren Helfershelfern und faulen Kunden, den Industriemagnaten, bedingungslos auszuliefern, die dabei neuerdings ungeheure Gewinne scheffeln. Um mit den Nazi zu reden: Leih- und Werbekapital werden zur restlosen Volksausplünderung vereinigt. Die Diktatur des Großkapitals ist vollständig. Ihre formale Bestätigung durch die Einsetzung eines faschistischen Direktoriums ist nur noch die Frage kurzer Zeit.

Die Parteien, von denen Arbeiter und Bauern Abhilfe erwarten, versagen in diesem Augenblick, der das unmittelbare entschlossene Eingreifen der Massen unaufschiebbar macht, vollständig. Die Sozialdemokratie „toleriert“ die ganze Luderwirtschaft ohne jede Einschränkung, da sie sonst die Beamten nicht mehr stellen dürfte, die die Waffen gegen die Arbeiterschaft kommandieren und die Verfolgung und Unterdrückung der oppositionellen Personen und Druckschriften ausführen. Die Hitler und Konsorten halten gewissenhaft ihre Legalitätsschwüre und machen sich durch Organisation militärischer Schutzstaffeln für die kapitalistischen Sklavenhalter und Ablenkung des Arbeiterzorns auf Ausländer und Leute unzulässiger Abstammung bereit, die Staatsdiktatur in die Hand zu nehmen. Die Kommunisten, in ihrem Nationalbolschewismus von allen Grundsätzen der internationalen Klassen-solidarität des Proletariats abgeirrt und nicht weniger als Sozialdemokraten und Nazi vom parlamentarischen Legalitätswahn umfängen, veranstalten in einer revolutionär geladenen Situation wie der gegenwärtigen eine alberne Abstimmerei mit dem Ziel der Parlamentsneuwahl in Preußen und lenken damit erst recht die Aktivität der Massen auf den Weg der Gesetzlichkeit, den sie sich noch dazu vom Stahlhelm haben aufschütten lassen.

Politisch sehen wir heute das groteske Bild, daß die Demokraten aller Sorten händeringend die Einberufung des Reichstags und die Befragung der Wähler in Preußen zu verhüten suchen, während die „antiparlamentarischen“ Parteien von Stahlhelm, Hakenkreuz und Sowjetstern alles Heil von parlamentarischen Wahlen und Anträgen zu erhoffen scheinen. Die Demokraten, denen das Parlament sonst ihr Ein und Alles ist, sehen den einzigen Ausweg, um die Demokratie zu retten, in der Diktatur; die Diktaturapostel flüchten in die Demokratie, um sich der Konkurrenzdiktatoren zu erwehren. Die Verkünder der gesellschaftlichen Freiheit aber sind dem Staat, der kapitalistischen Wirtschaft und sämtlichen Parteien gleichmäßig verdächtig und bekämpfungswert.

Das Verbot unsrer Kampfschrift FANAL verfolgt den Zweck, in den nächsten Monaten, in denen Lasten und Entbehrungen bevorstehen, die sich jetzt noch niemand richtig vorstellen kann, die Stimme unabhängiger, autoritätsfeindlicher, revolutionärer Kritik und Ermahnung stumm zu machen, darüber hinaus aber, die un-bequeme anarchistische Zeitschrift an ihren Schulden verrecken zu lassen und so gründlich in Vergessenheit zu bringen, daß ihr Wiedererscheinen endgültig verhindert ist. Diese Rechnung ist nicht dumm. Unser Wagen ist aus dem Geleise gestoßen worden. Können wir ihn nicht auf schienenlosem Boden solange fortbewegen, bis er wieder Anschluß hat, dann ist er als Beförderungsmittel zum Kampfplatz der Revolution unwirksam geworden. Das müssen wir verhindern!

Genossen! Freunde! Helft FANAL, die Zeit der Unterdrückung lebendig zu überstehen!

R E T T E T F A N A L !

Das Unglück des Verbots darf uns nicht knicken! Wir müssen es in einen Glücksfall verwandeln und für die anarchistische Sache ausbeuten!

Wir müssen den Stoß der Reaktion mit unserm Hieb erwidern!

FANAL muß am 2. November wieder erscheinen!

Aber FANAL soll nicht wieder als der arme Bettler zu euch kommen, der euch stets von neuem anschnorren mußte, um von einer Nummer zur andern weiterkriechen zu können! Es muß gestärkt und gesichert aus dieser Prüfung hervorgehen, damit es seinen Kampf gegen Kapital und Staat, gegen Autorität und Parteien, für Freiheit und Sozialismus, für das unverfälschte Revolutionswerk der Arbeiter und Bauern ohne asthmatische Nöte fortsetzen kann!

Daher: **Die Abonnementsgebühren laufen weiter!** Bezahlte FANAL während der Pause! Helft uns in der Zeit, wo für die Herstellung und Verbreitung keine neuen Ausgaben erwachsen, zu regelmäßigen Einnahmen der Zeitschrift, damit wir inzwischen aus der Verschuldung herauskommen! Mehrbezieher! Veranlaßt eure festen Abnehmer, ebenfalls die Groschen zu entrichten, die sie sonst für FANAL übrig haben! Jetzt ist es Zeit, für FANAL zu sammeln!

Man will unser Blatt und unsre Bewegung töten! Da haben wir die Pflicht, erst recht zu leben! Mit dem Geld, das in den Monaten der Sperre einläuft, wollen wir FANAL gesund machen! Mit Trommeln und Pfeifen, mit Plakaten und Prospekten wollen wir in 3 Monaten wieder da sein!

Fordert Sammelisten an! Fordert alte FANAL-Hefte an! Kauft und verbreitet die früheren Jahrgänge des FANAL! Bezieht unsre Verlags-Broschüre „Von Eisner bis Leviné“! Laßt Bücher und Schriften jeder Art nur durch uns besorgen! Bettelt, werbt, singt, spielt, wettet, hausiert, musiziert, trommelt und trompetet für FANAL! Spendet, wenn ihr guter Laune seid, eine Mark für FANAL! Seid ihr schlechter Laune, gebt erst recht was her, dann werdet ihr wieder vergnügt!

Helft dem FANAL aus dem Dreck, so helft ihr der Zukunft, der Freiheit, der Revolution!

Berlin-Britz, im August 1931.
Dörchläuchtingstr. 48.

Herausgeber und Verlag des FANAL

Postscheckkonto: Erich Mühsam, Postscheckamt Berlin 824 19.

Zahlkarte liegt bei! Nicht wegwerfen! Benutzen!

Weitergeben!



Werbt für FANAL!

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

Gegen Staats- u. Parteipolitik!
Für die proletarische Revolution!

JAHRGANG

BERLIN

PREIS 40 Pf.

Zweiter Rundbrief!

Motto: „Ich bin gewohnt, mir Achtung zu erzwingen, wenn ich mir auch keine Gewogenheit erwerbe.“

J. G. Seume.

Vom 2. November ab darf FANAL mit Genehmigung des Berliner Polizeipräsidenten wieder erscheinen. Vier Monate lang zog die Weltgeschichte ihren erquicklichen Faden durch die Gegenwart, ohne von den mißtönigen Unkenrufen staatsverneinender Kritik gestört zu werden. Nur ein Rundbrief erging im August an die erreichbaren Freunde des FANAL, um zu zeigen, daß uns der Knebel im Schlund den Atem noch nicht verschlagen hat, daß wir entschlossen sind, uns an der Stelle, wo der Polizeiknüppel uns niederschlug, wieder aufzurichten und daß wir auf die Treue, die Kameradschaft und den Opfersinn unserer Leser rechnen, um die Waffe, die wir uns für den Kampf geschliffen haben, nicht stumpf werden zu lassen.

Es kann mit großer Genugtuung festgestellt werden, daß unser Aufruf nicht im Winde verhallt ist. Viele unserer Freunde haben ihre Bezugsgebühren ohne Abzug weiter entrichtet; darüber hinaus gingen freiwillige Spenden ein, Sammelisten wurden angefordert und eine Fülle von Kundgebungen und Zurufen gaben der Sympathie für unser Wollen, der Empörung über das Grzesinsky-Verbot Ausdruck. Wir konnten trotz des Ausfalls aller Eingänge durch Bahnhofs-, Straßen- und Versammlungsverkaufs, trotz des Abspringens mancher Abonnenten infolge Arbeitsverlustes, und obgleich natürlich die Nichtbelieferung nicht überall durch freiwillige Leistung vergolten wurde, unsere Schuldenlast so erheblich herabmindern, daß die Einziehung der fälligen Jahresabonnements uns ohne Schwierigkeiten instand setzen würde, die erste Nummer des VI. Jahrgangs zum obrigkeitlich erlaubten Termin erscheinen zu lassen.

Die ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG hat auf den Vorschlag des Herausgebers und der Helfer des FANAL ihr Einverständnis damit ausgesprochen, daß anstelle des fälligen Heftes im November ein zweiter Rundbrief an die Leser und Freunde versandt werden soll. Dies bedeutet alles andre als die Einleitung zum Selbstmord unsres Blattes.

Wir denken nicht an eine Preisgabe des FANAL!
Aber wir wollen den Zeitpunkt des Wiedererscheinens selber bestimmen.

Unser Ziel, völlig schuldenfrei wieder anzutangen und womöglich für eine wenn auch knapp bemessene Frist vor neuer, vielleicht tödlicher Verschuldung gesichert zu sein, ist noch nicht erreicht. Wir müssen noch einmal die Solidarität aller FANAL-Leser anrufen und sie bitten, die Bezugsgebühren auch ferner ohne rechtzeitige Gegenleistung zu bezahlen, darüber hinaus zu sammeln und zu werben und sich für die nächste Zeit mit weiteren Rundbriefen und mit einer Broschüre zufrieden zu geben, die voraussichtlich im Januar 1932 zur Versendung gelangen und auf die eingezahlten Beträge verrechnet werden soll.

Der Hauptgrund, weshalb FANAL die erzwungene Unterbrechung aus eigenem Entschluß verlängert, liegt in der vollkommenen Undurchsichtigkeit der unmittelbar vor uns liegenden Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Gelingt es den Arbeitern nicht, dem in rasender Fahrt in den Sklavenzwinger des Faschismus stürzenden Staatswagen den Bremsklotz ihres eigenen Willens zwischen die Speichen zu stoßen, dann ist — mag auf dem Kutschbock des Wagens Hindenburg oder Hitler, Brüning oder Hugenberg, Gröner oder Severing sitzen — an die legale Fortsetzung unsres revolutionären Blattes nach wenigen Wochen, ohnehin nicht mehr zu denken. Besinnt sich aber das Proletariat noch zur Zeit auf seine Kraft, weicht es dem Kampf nicht aus, der allein es vor jahrzehntelanger, noch nie erlebter Verelendung und Verknechtung bewahren kann, dann müssen wir zur Stelle sein mit einem Organ, das lebendiges Feuer in der Kehle hat und sich nicht mit asthmatischen Beklemmungen zu quälen braucht!

Eine Uebersicht über die Ereignisse, welche seit dem Erscheinen unsres ersten Rundbriefes die Stickluft Europas und des ganzen Planeten überall erschüttert und nirgends gereinigt haben, könnte sich nur lohnen, wenn sie einen zusammenfassenden Rückblick aus anarchistischen Gesichtspunkten zugleich ermöglichte. Wo aber alles noch im Werden ist, wo jeder Tag in aller Welt neues Gewölk ballt voll elektrischer Spannung, mit drohend heranrollendem Donner von allen Seiten ungeheure Entladungen kündend; wo in den Lebenden, die bestimmt sind, den Kampf zu führen um den künftigen Weg der Menschengeschichte, nicht rechts noch links eine tatenschlossene Kraft sich zeigt, und wo die Stunde gewaltiger Entscheidungen von kümmerlichen Bürgerseelen bereitet wird, die unter lächerlichem Gekeif mit einer Hand Pulver und Ekrafit häufen, mit der andern säuftigendes Wasser drauf gießen, — da sträubt sich der ordnende Geist, sich am Nichtigen wichtig zu tun, und die Hand, die sich endlich zur Faust ballen will, räumt den Wust der hochgeschichteten Merktzettel verächtlich vom Pult.

Wollen wir anknüpfen an die Schmähhlichkeit, daß revolutionäre, kampfgewillte Arbeiter, von Zorn und Entbehrung leidenschaftlich erregte Erwerbslose gegen die unfähigen Machthaber Preußens mit Papierwischen bewaffnet wurden, um nach dem kläglichen Vorbild der Hakenkreuzler darüber abzustimmen, ob die Mächler der preußischen Politik weiterhin Braun und Severing heißen sollen? Gestern hieß es: Wer sich am Volksentscheid beteiligt, hilft dem Stahlhelm, fördert die Reaktion, übt Verrat! Und heute dann, von denselben „Führern“ derselben Gefolgschaft drohend bedeutet: Wer sich nicht am Volksentscheid beteiligt, hilft der Reaktion, ist ein Knecht des Kapitals und der Sozialdemokratie, übt Verrat! Dazu Straßenschlachten! Dazu Todesopfer aus den Reihen der Revolutionäre! In Wahrheit hatte man nur Dreck gehäuft aufs Katapult der sozialdemokratischen Demagogie, die ihre Dreckschleuder wohl zu zielen wußte, dahin wo sich die Gequälten endlich zu gemeinsamem Kampf zusammendrängen wollten. Und dann? Denkt ihr noch an das Heerlager am Bülowplatz? Die Arbeiterschaft, zersplittert, hundertfältig geschlagen, genarrt, entmutigt, duldete es, daß wochenlang das Haus der Kommunistischen Partei von Bewaffneten besetzt, daß der Platz ringsum unter ständiger Bedrohung von Leib und Leben aller Passanten gehalten wurde wie zu Noskes glorreichen Tagen. Warum? Weil zwei höhere Bürgerkriegsbeamte in ihrem Beruf verunglückt waren. Von den Arbeitern die vorher ihre Opfer waren, sprach man nicht; aber um ihre Leichen loderten die Scheiterhaufen der Staatstrauer.

Wollen wir uns aufhalten bei dem Versuch der Heimwehr, in Oesterreich auf dem Wege des Handstreichs die faschistische Diktatur zu errichten? Er scheiterte nicht an der Wachsamkeit der Arbeiterschaft; das sind fromme Lügen, eronnen von Schmeichlern des Proletariats, die für die Schmeicheleien Macht über das Proletariat erschachern möchten. Der Putsch scheiterte, wie der Kapp-Putsch am Seek und der Hitler-Putsch am Kahr, an der bourgeois Unschlüssigkeit derer, die ihre 51 Prozent Siegesgewißheit haben wollen.

Wollen wir uns unterhalten über das Fortschreiten der Geldkrise auf dem internationalen Kapitalmarkt? Nach den Pleiten der österreichischen Rothschildbank, der Danat- und der Dresdner Bank, zahlreicher größerer und kleinerer Institute im In- und Ausland, nach den Riesenkorruptions-Zusammenbrüchen bei Lahusens, bei den Devagheim-Christen — übrigens Betrug oder „reelles“ Geschäft, wo ist da die Grenze? — die Glanznummer des Krachtheaters, die Entgoldung der Bank von England! Es folgte dem Pfunde die skandinavische Krone, und schon wackelt der Dollar, das Stirnmal des goldenen Kalbes auf dem Altar der kapitalistischen Welt. Noch hält der französische und der Schweizer Frank. Ob sie stürzen, ob sie im Kurse bleiben, ob sich die Großgauner der Finanzinternationale auf eine allgemeine Währungsrelation oder selbst auf ein Einheitsgeld verabreden, — das wird der Arbeiterklasse keine Schicksalsfrage sein. Für sie geht die Frage nicht mehr um Golddeckung oder Papierwährung, sondern um Arbeit oder Verelendung, das ist um Leben oder Tod. Arbeit aber kann ihr der Kapitalismus nicht mehr schaffen, und nimmt sie nicht selbst die Grundlagen der Arbeit, den Boden und die Fabriken, baut sie selbst nicht die Grundlagen der Wirtschaft um, sodaß nicht für den Mehrwert, sondern für den Bedarf gearbeitet wird, so ist ihr Los unabwendbar: wenigstens ein Drittel ihrer Zahl, dauernd ausgeschlossen von der Benutzung der Produktionsmittel, geht in allmählichem Verkommen unter; der Rest wird willenloses Gebrauchsobjekt der besitzenden Klasse, schlimmer versklavt als je Leibeigene waren.

Diesen Zustand herbeizuführen, ist Sinn und Inhalt der Staatspolitik, die, Deutschland in der Welt voran, die Gegenwart anmutig verkärt. Aber, nicht wahr?, es ist noch nicht so weit! Brüning ist dank der weitschauenden Tolerierungstaktik der Sozialdemokratie fürs erste gerettet. Was gilt da Harzburg? Wir haben unsern Gröner, was sollen wir Hitler fürchten? Noch lebt uns Hindenburg, was schiert uns Schacht? — Ach, wie klug doch in Deutschland über Politik geredet wird! Wahr ist, daß Hugenberg und Brüning, Hindenburg und Hitler, Dietrich und Schacht ganz dasselbe wollen, das nämlich, was der Kapitalismus, soll er sein Leben retten, wollen muß: die Aufhebung der Arbeiterrechte, die nackte Despotie der Geschäftemacher. Der Unterschied besteht nur im Tempo, und selbst darin gibt Brüning den Harzburgern fast nichts mehr nach. Er fürchtet nur den direkten Weg, den Hugenberg gehen will; weil er den Arbeitern in diesem Falle noch Widerstand zutraut.

Es handelt sich darum, Widerstand zu leisten auch ohne Hugenbergs und Hitlers direkten Weg. Die Praxis der Notverordnungen ist in den letzten zwei Monaten mit einer Schnelligkeit und Zielsicherheit fortgesetzt worden, daß der Apparat des Faschismus nahezu fertig gestellt ist. Es fehlt nur noch ganz wenig, bis die Herren vom Stahlhelm und Hakenkreuz — in Wirklichkeit die Herren Chemie- und Montanindustriellen, Latifundienbesitzer und Finanzfürsten — ohne einen Anschein von Hochverrat die ganze Firma übernehmen und darin ihre Geschäftsgrundsätze mit sämtlichen Feinheiten faschistischer Vorurteilslosigkeit verwirklichen können. Der Widerstand kann aber nur geleistet werden, wenn sich Arbeiter, Erwerbslose und alle, die kein Heil mehr von Demokratie, von parlamentarischen Demonstrationsanträgen, von Phrasenklamauk und von Raufhändeln um Führerinteressen willen erwarten, als Kameraden und Kampfgenossen zusammenfinden und sich über die Mittel verständigen, die für die unmittelbare Tat und für die gegenseitige Hilfe zu Gebote stehn. Die Aktionsorgane zu allem, was ernstlich unternommen werden soll, müssen erst geschaffen werden. Die Parteizentralen, die alle schreien, nur unter ihrer Führung werde irgend eine Tat gelingen, werde irgend ein Anschlag verhütet werden, sind schon deshalb ungeeignet, die Arbeiter orga-

nisatorisch zusammen zu fassen, weil sie sich gegenseitig beschimpfen, infolgedessen nie das Vertrauen aller Arbeiter erlangen können. Die Trennung der Linken Sozialdemokraten von ihrer Partei wird daran kaum viel ändern; was von ihnen allenfalls erhofft werden kann, ist, daß sie die Proletarier an einen erträglichen Umgangston untereinander gewöhnen. Da jedoch auch die SAP. auf Parlament und gewerkschaftliche Zentralverbände schwört, werden ihr trotz der mancherlei vernünftigen programmatischen Aufstellungen, die besonders gerade die Einengung der Führerallmacht betreffen, die kompromißlosen Revolutionäre ebenso fernbleiben wie der KPD., die der „Taktik“ zuliebe die Idee bis zum allerletzten Rest opfert. Nach dem Scheringer-Nationalismus auch noch das Eckert-Christentum — das ist zuviel! Zumal, wenn man die Gehässigkeit sieht, mit der zugleich die nächste revolutionäre Nachbarschaft, sei es die brandlersche, sei es die trotzkistische, aus den Reihen des proletarischen Kampfes gedrängt wird.

Die Propaganda für die Organisation des Widerstandes von unten her ist schon jetzt dank der Brüningsschen Notverordnungen in einer legalen Zeitschrift völlig unmöglich. Was die zuletzt verkündeten Verbote wagen, ist die vollständige Aufhebung aller verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der freien Meinungsäußerung. Die gegenwärtigen Zensurverhältnisse stellen die Zustände der Metternichschen Vormärzzeit wieder her. Die Mehrzahl der kommunistischen Tageszeitungen ist ständig verboten. Es genügt dazu schon als Anlaß der Abdruck einer Parteientschließung, worin den streikenden englischen Kriegsschiffmatrosen die Sympathie ausgesprochen wurde. In den kommunistischen Blättern finden sich täglich Stellen mit dem Hinweis, hier könne nicht offen gesprochen werden, da die Notverordnungen es nicht zulassen.

FANAL lehnt es ab, der Verbotsgefahr durch Verkümmung der Wahrheit oder Vorsicht in der Kritik Rechnung zu tragen. Wenn unser Blatt erscheint, spricht es so, wie es sich für eine anarchistische Zeitschrift geziemt. Es ist also vorauszu sehen, daß wir uns in aller kürzester Zeit einem neuen Verbot aussetzen würden. Daß wäre, bei der augenblicklichen finanziellen Lage des FANAL, endgültig der Tod des Blattes.

Es kommt noch eins hinzu: Nach umlaufenden Gerüchten steht binnen kurzem eine weitere Notverordnung in Aussicht, die insbesondere jede pazifistische und gegen die Wehrmacht gerichtete Agitation ausrotten soll. Beobachtet man das Verhalten des „Völkerbundes“ in der Angelegenheit der kriegerischen Auseinandersetzung Japans gegen China, dann wird eine solche Maßnahme des Herrn Gröner auch denen nicht mehr verwunderlich scheinen, die bisher in kindlicher Zutraulichkeit im Kellogg-Pakt und im Locarno-Geist (ein Geist, der über den Wassern nach Amerika entschwebt ist) eine Bürgschaft des Friedens sahen. Eine der Lösungen, die der Kapitalismus zur Zeit für möglich hält, um die Empörung der Massen wieder einmal auf die Klassengenossen der Nachbarländer abzulenken, ist der Krieg. FANAL würde nicht vor seinen Lesern erscheinen, ohne mit gellender Stimme Mal für Mal Feurio! zu schreien. Es würde sich damit umso mehr der Gefahr der Abwürgung aussetzen, als jetzt noch sozialdemokratische Staatsfunktionäre geduldet werden, die sich den nahenden faschistischen Nachfolgern mit dienernden Beweisen ihrer Brauchbarkeit auch für künftigen Bedarf anzuempfehlen trachten.

Unter diesen Umständen scheint es uns für den Augenblick richtiger, das Wiedererscheinen solange zurückzuhalten, bis die allernächste Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland wenigstens in den Umrissen erkennbar wird. Inzwischen werden wir mit unsern Lesern durch Rundbriefe oder andere Verständigung Verbindung halten.

Wir wiederholen: Ein dauernder Verzicht auf das FANAL kommt überhaupt nicht in Betracht! Sollte die Sammelstätigkeit und Opferbereitschaft unsrer Freunde ein so gutes Ergebnis haben, daß wir auch ein neues, monatelanges Verbot überleben können, ohne unsre Gläubiger in Be-

drängnis zu bringen, werden wir auf jede sonstige Gefahr hin antreten und uns mit den Auffassungen, mit den Worten, die unsrer anarchistischen Uebersetzung entsprechen, Achtung erzwingen. Auf Gewogenheit legen wir nur da Wert, wo sie aus verwandter Gesinnung kommt.

Unser FANAL ist nicht erloschen! Es wird wieder da sein, wenn es denen, gegen die der Kampf geht, am unangenehmsten ist!

FANAL muß aber bis dahin bei Kraft und Atem gehalten werden!

Darum, haltet unsrer Zeitschrift die Treue! Der Kampf geht weiter!

Das am 1. Oktober abgelaufene Jahresabonnement muß sofort für den VI. Jahrgang erneuert werden! Soweit der Betrag noch nicht eingesandt ist und nicht bis zum 1. Dezember einläuft, wird er, das Einverständnis der bisherigen Abonnenten vorausgesetzt, durch Nachnahme eingezogen werden!

Der Druck und die Versendung der Rundbriefe verursacht Ausgaben, denen keine Einnahmen durch Verkauf gegenüberstehen. Wir sind also genötigt, weiterhin die Solidarität der Genossen und Freunde anzurufen. Solange FANAL noch auf der Wacht liegt, sollen Rundbriefe in nicht langen Abständen weiterhin erscheinen. Sie müssen finanziell gedeckt werden!

Etwa im Januar wird außerdem eine neue Broschüre im FANAL-Verlag erscheinen, in der

Erich Mühsam die Grundgedanken, die Kampfformen und das gesellschaftliche Ziel des

Kommunistischen Anarchismus

gemeinverständlich darstellen wird. Der Preis der Schrift soll 40 Pfg. keinesfalls überschreiten. Der Titel wird wahrscheinlich lauten:

Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat

Bestellungen werden jetzt schon entgegengenommen.
Genossen! Freunde laßt FANAL nicht im Stich!

Seit das Vorige gesetzt ist, häufen sich die Anzeichen weiter, daß die Staatsmaschine in Deutschland dem Faschismus überliefert werden soll. Auf Harzburg folgte die gewalttätige Hakenkreuzparade in Braunschweig, auf Braunschweig der Besuch Hitlers bei Schleicher, wie der Besuch Hitlers bei Hindenburg schon die Harzburger Verschwörung eingeleitet hatte. Der Sinn der Besprechungen des faschistischen Stubenältesten bei den beiden kaiserlichen Generälen, in deren Hände die katholische Kirche die gesamte Vollzugs- und Waffengewalt der deutschen Republik gelegt hat, war kein anderer als gegenseitige Bürgschaftsleistung. Die Nationalsozialisten verpflichten sich zu eindeutiger Verteidigung der Ausbeuterrechte mit Einschluß der Innehaltung aller Tributverpflichtungen auf Kosten der Arbeiter und Bauern; dafür verpflichtet sich die Reichswehr, den Hitlerschen Unternehmungen, um zur Macht zu kommen, keine Abwehr entgegenzusetzen. Der gegenwärtige Plan sieht eine gemeinsame Regierung Zentrum-Nationalsozialisten vor, die die Deutschnationalen erst zuziehen wird, wenn die Massen-Erschießungen und -Einkerkerungen vorgenommen werden sollen.

Genossen! FANAL will nicht anders sterben, als im Kampfe!

Unterstützt unsre Bemühung, das Blatt für den Augenblick, wo der Kampf es nötig macht, gefechtsfähig zu machen! Gebt freiwillige Zuschüsse!

Zahlt die Abonnementgebühren weiter! Zahlkarte liegt bei!

Die Gruppe Weißensee der ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG hat das Beispiel gegeben, wie auch in der Zeit des Nichterscheinens die Werbearbeit lebendig erhalten werden kann. Die Gruppe brachte durch Sammlung für das FANAL nicht weniger als 38,60 M. auf, über die hiermit auf Wunsch der Genossen und um zum Nachahmen anzueifern gern quittiert wird.

Macht FANAL schuldenfrei!

Helft FANAL über die Zeit der Not hinweg! Bestellt die alten Jahrgänge der Zeitschrift! Werbt für die neue Broschüre! Fordert Sammelisten an!

Berlin-Britz, im November 1931
Dörchläuchtingstraße 48

Herausgeber und Verlag des FANAL.

Postscheckkonto: Erich Mühsam, Postscheckamt Berlin 824 19.

FANAL, Jahrgang I-V

Sämtliche Jahrgänge, auch Einzelnummern noch vorrätig.

Von Eisner bis Leviné. Die Entstehungsgeschichte der Bayerischen Räterepublik von Erich Mühsam

Preis 90 Pfennig

Bezieht alle Bücher durch die Geschäftsstelle des FANAL



Dritter Rundbrief!

Motto:

„Die Arbeiter haben die ungeheuerste Macht in den Händen, und wenn sie ihrer einmal recht inne würden, und sie gebrauchten, so widerstände ihnen nichts: sie dürften nur die Arbeit einstellen und das Gearbeitete als das Ihrige ansehen und genießen.“

Max Stirner.

Seit zehn Monaten haben die Freunde und Leser des FANAL auf die Fortführung unsrer Arbeit vergeblich gewartet. Nur zwei Rundbriefe erschienen im August und November 1931, gaben Kunde davon, daß wir auf der Wacht stehen und an dauernden Verzicht gar nicht denken.

Im zweiten Rundbrief war als Ersatz für das durch viermonatiges Verbot, durch Geldnot und durch Zensurdrohungen am Erscheinen gehinderte FANAL die Lieferung einer Broschüre über die Grundgedanken und die Kampfformen des kommunistischen

Anarchismus angekündigt worden. Diese Broschüre, welche den Titel führt

Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat

Was ist kommunistischer Anarchismus?

von Erich Mühsam

ist inzwischen geschrieben, konnte aber bis jetzt nicht in Druck gegeben werden, weil der Aufruf des zweiten Rundbriefes an die Leser des FANAL, sie möchten zahlen, sammeln, uns lebensfähig erhalten, leider nur in sehr geringem Masse befolgt wurde. Die Kasse unsres Verlags ist nicht nur vollständig leer; es können nicht einmal die sehr geringfügigen Kosten für den blossen technischen Fortbestand des Büros usw. aufgebracht werden. Es kommt hinzu, daß die Schrift über den Anarchismus größeren Umfang angenommen hat als ursprünglich beabsichtigt war; sie wird mindestens die dreifache Stärke eines FANAL-Heftes haben. Nichtsdestoweniger soll die Broschüre unter allen Umständen in ganz kurzer Zeit in den Händen unsrer Freunde und auf dem Büchermarkt sein. Um das trotz aller ungünstigen Umstände zu ermöglichen, hat der Herausgeber mit dem Verlage der anarcho-syndikalistischen INTERNATIONALE die Vereinbarung getroffen, daß die Arbeit zugleich mit dem Erscheinen der Broschüre in der syndikalistischen Monatsschrift in Fortsetzungen herauskommen wird. In der Juni-Nummer der INTERNATIONALE beginnt der Abdruck; inzwischen wird die Schrift in der Druckerei im Satz fertig gestellt, und der fertige Drucksatz nach Erscheinen der zweiten Fortsetzung dem Verlage des FANAL zur Verfügung gestellt. Für dieses Beispiel praktischer Solidarität sei den Genossen des ASY-Verlages unser Dank ausgesprochen.

Es wäre aber unsinnig, anzunehmen, daß dadurch, daß der Satz uns nichts kostet, die Herstellung der Broschüre finanziell gesichert wäre. Abgesehen davon, daß für ein Vorwort, für kleine technische Veränderungen usw. auch der Satz für die Broschüre noch Kosten verursachen wird, wird voraussichtlich die Herstellung von Matern für die Vervielfältigung als eigene Druckschrift

erforderlich werden; ferner macht die Beschaffung des Druckpapiers, der Druck selbst, die Buchbinder- und die Versendungsarbeit erheblichen Geldaufwand nötig. Immerhin wird die Schrift sich um die Hälfte billiger stellen als wenn wir sie selbst setzen lassen müssten. Daher ist zu hoffen, daß wir sie verhältnismässig sehr billig abgeben können.

Notwendig ist aber, daß wir überhaupt wieder Geld in die Kasse bekommen, um nicht trotz des Entgegenkommens der syndikalistischen Genossen doch noch versagen zu müssen. Darum rufen wir wiederum auf:

S a m m e l t ! Z a h l t f r e i w i l l i g ! H e l f t !

Die neue Broschüre versucht, das Weltbild und den Weg des kommunistischen Anarchismus systematisch und umfassend darzustellen. Die Schrift dient dem Zweck, den vielen Genossen aus andern Organisationen und den nach Klarheit Suchenden auf die Frage, wer wir eigentlich sind, was wir wollen und wodurch wir uns von den Marxisten und Staatssozialisten unterscheiden, weitgehend Auskunft zu geben. Ebenso enthält die Broschüre als Diskussionsstoff für die Anarchisten selbst eine ausführliche Darstellung der Räte-Idee als Organisationsform der Revolution und der freien Zukunftsgesellschaft.

Genossen! wir bitten Euch dringend, laßt uns nicht im Stich! Die Verhältnisse in aller Welt, zumal auch in Deutschland, haben sich in einer Weise zugespitzt, daß ein gewaltsamer Ausbruch der politischen und wirtschaftlichen Spannungen nur noch eine Zeitfrage ist. Wir stehn in aller Eindeutigkeit vor der Alternative, ob die proletarische Revolution den Faschismus, und der bedeutet den neuen Weltkrieg, rechtzeitig verhindern wird, oder ob erst ein grauenhaftes Völkergemetzel bei vollständiger Versklavung der Arbeiter und bei Ausrottung ganzer Bevölkerungen weiter Gebiete durch Giftgase und Verhungern jahrelang wüten muß, um endlich doch die Revolution herbeizuführen, die das Verbrechen verhüten könnte.

Der Krieg von 1914 hat noch nicht aufgehört. Die gegenwärtige Krise ist eine Erscheinungsform seines Fortgangs. Das Eingreifen

der Reichswehrgenerale in die zivile Politik der Brüning-Groener-Regierung zeigt, wie nahe das Umschlagen des Wirtschaftskrieges in die blutigen Methoden schon herangerückt ist. Die Vorgänge in Japan sind Warnrufe an das internationale Proletariat, den Kriegstreiberen Widerstand zu leisten. Es gibt keine Lokalisierung von Kriegen mehr. Jedes Proletariat muß den Feind im eigenen Lande bekämpfen. Für die Arbeiterschaft gibt es nur Klassenfeindschaft. In Deutschland ist ganz besondere Wachsamkeit vonnöten. Die Regierung senkt den Lebensstand der Arbeiter immer tiefer herab, vermehrt die Armee der Erwerbslosen auf diese Weise dauernd weiter. Sie tut es, um mit der Drohung gewaltsamer Entladungen das Ausland zur Streichung der Kriegs- und Reparations-schulden zu pressen. Das Ende dieser neuen „Durchhalte“-Politik, die von der Kriegszeit, von den Friedensschlüssen, von der Inflationszeit her genügend bewährt ist, wird dasselbe sein wie stets: vollständige Niederlage, für die den Opfern solcher Methoden die Schuld aufgebürdet wird, deren Folgen diese Opfer mit immer drückenderer Versklavung bezahlen müssen.

Die gewaltsame Entladung der Abenteuerpolitik der Regierung wird aber von ihr selbst organisiert, indem dem (. . .)* eingeredet wird. Da die sozialistischen Parteien keine andere Taktik annehmen wollen, als Stimmzettelwettläufe für Parlamente, die ohnehin durch die Notverordnungsdiktatur ausgeschaltet sind, ist es gelungen, die Faschisten zur stärksten Partei in Deutschland anwachsen zu lassen, einen Mann ohne Leistung, ohne Fähigkeiten, ohne Charakter, ohne Entschlußkraft, aber in völliger Abhängigkeit vom Großkapital, zur geschichtlichen Figur aufzupumpen, deren Aufgabe einzig darin besteht, den Kriegsgeist nicht einschlafen zu lassen und die Interessenpolitik des Wuchers und der Ausbeutung in den Phrasenbrei goldener Illusionen einzubacken.

Alle diese Zusammenhänge aufzuzeigen und eindringlich auf die im Eingangskapitel gekennzeichneten Kampfmittel der Arbeiter hinzuweisen, wäre jetzt die Aufgabe des FANAL. Die legale Erfüllung solcher Pflicht ist jedoch angesichts der vormärzlichen Ver-

* In allen erreichbaren Originalen dieses Rundbriefes fehlt an dieser Stelle eine Zeile. (Anm. des Verlages)

botspraxis der republikanischen Zensoren unmöglich. Wir wiederholen, was wir schon im zweiten Rundbrief erklärt haben:

„FANAL“ lehnt es ab, der Verbotsgefahr durch Verkümmern oder Vorsicht in der Kritik Rechnung zu tragen. Wenn unser Blatt erscheint, spricht es so, wie es sich für eine anarchistische Zeitschrift geziemt.“

Da ein neues Verbot indessen den endgültigen Tod des Blattes ohne Entrinnen bedeuten würde, warten wir weiterhin unsre Zeit ab und hoffen nur, daß unsre Leser uns in den Stand setzen werden, zu warten, bis wir unbedingt nötig sein werden. Dann werden uns Bedenken persönlicher Gefährdung nicht zum Schweigen veranlassen!

Genossen! Freunde! Helfer!

Bestellt die neue Broschüre und zahlt dafür, was jeder leisten kann. (Mindestens 40 Pfg.) Bestellt die alten Jahrgänge von FANAL! Bestellt die Broschüre „Von Eisner bis Levine“ (Preis 90 Pfg.). Bezieht alle Bücher durch unsere Geschäftsstelle!

Zahlkarte liegt bei!

Die anarchistische Idee ist es wert, für sie Opfer zu bringen! Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe ist der Inhalt des anarchistischen Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse!

Berlin-Britz, im Juni 1932,
Dörchläuchtingstr. 48

Herausgeber und Verlag
des FANAL

Postscheckkonto Erich Mühsam, Postscheckamt Berlin 82419



Vierter Rundbrief!

Motto:

Die Militärdespotie läßt sich nicht mit parlamentarischen Mitteln aus der Welt disputieren.

J o h a n n J a c o b y

(Aus der Erklärung, in welcher der Revolutionär von 1848 das ihm bei der Reichtagswahl 1874 zugefallene sozialdemokratische Mandat für Leipzig-Land zurückwies.)

F A N A L kann sich immer noch nicht an den Auseinandersetzungen der Arbeiter über ihr Schicksal und ihre Aufgaben beteiligen.

A b e r F A N A L i s t n i c h t t o t !

Solange es nicht anders geht, wird unsre Stimme nur in gelegentlichen Äußerungen laut werden, zum Zeichen, daß die vereinten

Kräfte von Krise und Reaktion uns nur vorübergehend lahm schlagen, nicht auf die Dauer kampfunfähig machen können. Das anarchistische FANAL erlischt erst, wenn die Anarchisten den Mut verlieren, den Kampfplatz verlassen und vor der Armut ihrer Massen und der staatlichen Gewalt die Hände in den Schoß legen.

Schon haben sich Freibeuter des Namens unsrer Zeitschrift bemächtigt. Ein miserables gegenrevolutionäres Machwerk erscheint neuerdings unter dem guten Titel FANAL; über dem elenden Wisch, der sich „das Blatt der Monarchisten“ nennt, prangt eine Kaiserkrone, und als Veranstalter firmiert die „Deutsche Kaiserpartei“! So sieht es heute in Deutschland aus. Die Lakaien der Hohenzollern, wohlgelitten von den Prassern an den Herrentafeln der Republik, servieren bereits zu den fascistischen Gerichten der Regierer die Giftschnäpse des Kaisertums. Die Staatslenker der Republik jedoch, die gegen die arbeitende und arbeitslos gemachte Bevölkerung wie die Sklavenhalter des Altertums die Hungerpeitsche schwingen und die Gesetzsschrauben anziehen, machen vor den Livreen der Fürstendiener krumme Rücken. Sie wissen, die Herren von vorgestern werden die Herren von morgen sein, und wer ihnen rechtzeitig die Stiefel leckt, dem werden sie Macht geben, sich vom Volk die Stiefel lecken zu lassen. Der Schmarotzer von Charleville empfiehlt sich der geduldigen Republik als Reichsverweser, um vom Thronessel Hindenburgs aus den Sprung des dritten Napoleon nachzuäffen. Niemand stört ihn in seiner Frechheit; aber um Brot und Obdach geprellte, sogar schon um Ehre und Würde gebrachte arme Teufel balgen sich Unter den Linden um die Pfennige, die der verwegene Ölgötze ihnen aus der, vom Tisch der Arbeiter gestohlenen, Hundertmillionen-Abfindung hinschmeißen wagt. Er kann sich leisten, denn das Proletariat duldet es, und die Bourgeoisie mit ihrem Adelskabinett ermutigt ihn noch dazu.

In Coburg heiratet die Tochter eines abgetakelten Herzogs einen prinzlichen Schwedenjüngling. Nazi-Proleten reißen dem Parasitengeschmeiß die Wagentür auf, und begleitet vom untertänigen Freudengejauchz hungernder Republikaner, fahren die Hoch-

zeiter zur prunkenden Festtafel, auf dem das kostbare Geschenk aus der staatlichen preußischen Porzellanmanufaktur aufgebaut ist, gestiftet vom republikanischen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, bezahlt aus seinem Dispositionsfonds von den Steuergeldern des Volkes. In Bayern reckt der Wittelsbacher die Hand nach der Königskrone aus; überall räkelt sich das Hofgezücht, das Schranzenpack, das Gottesgnadenraubzeug, das sich 1918 verkroch und bis jetzt zweifelte, ob es denn wahr sein könne, daß eine Revolution so auf sich selbst verzichtet, wie es die deutsche Revolution getan hat.

Sie können es sich leisten, ihr übermütiges Auftreten, das längst ein Treten geworden ist auf die Gesetze und auf die gegen ihre Ansprüche errichtete Verfassung. Was sie nur haben wollen in dieser erbarmungswürdigen Republik, — sie brauchen bloß den Finger zu krümmen, und die Spitzen des Staates, alles was Waffen oder Talare trägt und gern Orden tragen möchte, bringt es ihnen entgegen. Nur einen anständigen Titel für ihre Zeitschrift fanden sie nirgends bei ihren Herolden und Platzhaltern. Den mußten sie klauen, — bei wem? Bei den Anarchisten!

Es sei festgestellt, daß der Verdacht, die anarchistische Monatschrift F A N A L hätte das Recht auf ihren Namen verkauft, völlig unbegründet ist. Es liegt ordinärster Diebstahl von geistigem Eigentum vor.

Da aber allein durch die Möglichkeit eines solchen Verdachtes dem Herausgeber unsres FANAL unermesslicher ideeller Schaden erwächst; da ferner Verwirrung und dadurch auch erheblicher materieller Schaden entsteht, so ist die monarchistische Firma, die unsern reinen Namen für ihre schmutzige Sache mißbraucht, auf Unterlassung und Schadenersatz verklagt worden. Nicht daß wir uns Illusionen hingäben: der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung ist bereits abgelehnt worden; nicht daß wir dächten, die Richter der deutschen Republik würden größere Sympathien für Anarchisten als für Monarchisten haben; nicht daß wir Staatsjustiz überhaupt mit dem Wert vergleichen möchten, der uns Recht und Gerechtigkeit bezeichnet. Es handelt sich

uns um nichts als um Alarmierung der Öffentlichkeit, die wir als Zeugin aufrufen, daß wir nicht stillschweigend zusehen, wie das Verbot des Sozialdemokraten Grzesinski der niedersten Sorte reaktionärer Arbeiterfeinde auf unsre Kosten einen sauberen Kopfputz verschafft.

Wie aber konnte es geschehen, daß sich die Gespenster der Vergangenheit wieder so unverschämt und mit so berechtigtem Vertrauen auf die wohlwollende Duldung des ganzen Landes ans Licht trauen dürfen? Liegt die Schuld wirklich bei Papen, bei Hitler, bei Schleicher, bei den Junkern, Großindustriellen, Börsen- und Pfaffen und Militärs? – Nein, nein! Die Schuld liegt bei niemandem als dem Proletariat!

Die fürchterliche, sich über Jahre hinziehende und dauernd verschärfende Krise, – wie hat die deutsche Arbeiterschaft sie bekämpft? – Überhaupt nicht! Sie hat sich mit dem schönen Trost begnügt, daß dies die „Todeskrise des Kapitalismus“ sei. Da hingegen das Kapital durchaus nicht gesonnen ist, an seiner Unfähigkeit, Arbeit und Nahrung für seine Opfer zu schaffen, selbst zugrunde zu gehn, auch vor Theorien, die ihm sein Sterben als unentrinnbare Notwendigkeit erweisen wollen, nicht wehrlos abdankt, ist viel eher eine Todeskrise des proletarischen Widerstands als des Kapitalismus festzustellen. Das Kapital hat bewiesen, daß es Mittel und Wege weiß, seine Macht wirksam zu erhalten, mag auch der Sinn aller öffentlichen Wirtschaft, die Menschen zu beschäftigen, um ihren Bedarf zu erzeugen, darüber zum Teufel gehn. Am 20. Juli hat die oktroyierte Reichsregierung der Barone mit Preußen angefangen, die demokratische Staatsform gewaltsam zu entfernen, weil das Dreinreden parlamentarischer Faktoren, das Brüning im Reich schon vorher beseitigt hatte, wenn auch keinen Fortschritt zugunsten sozialer Verbesserungen oder Freiheiten bringen kann, so doch der vollkommenen Willkür der Volksverknechter einige bürokratische Schranken setzt, natürlich nur solche, die die Grundsätze der Ausbeutung und der Klassenvergewaltigung nicht beeinträchtigen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat den 20. Juli ergeben hingenommen. Sie hat sich gegenüber einem gesetzlosen Gewaltakt von

oben von ihren Führern aller Sorten auf die gesetzlichen Mittel der Verfassung vertrösten lassen, derselben Verfassung, die eben mit der Absetzung der preußischen Regierung und der Einsetzung der Diktatur Papen-Bracht als nicht mehr bindend beiseite geschoben war. Sozialdemokraten und Kommunisten wußten der einmütigen Forderung des sozialistischen Proletariates, durch direkte Aktionen entschlossen Abwehr zu leisten, nicht anders zu entsprechen als mit der Aufforderung, am 31. Juli das Kreuzchen an die richtige Stelle der Reichstagswahlliste zu schlagen. Zwar riefen die Kommunisten pathetisch nach Massenstreik; da aber unter denselben Aufrufen zur Wahl ihrer Liste aufgerufen wurde, war es klar, daß sie mit der Befolgung der Streikparolen weder selber rechneten noch sie wünschten. Denn bei Durchführung eines allgemeinen Streiks hätte es keine Wahl mehr gegeben.

Die Parlamentswahlen sind der Köder, mit dem die Reaktion die breiten Massen der Enttäuschten, Verelendeten, Entrechteten an der Stange des Kapitalismus hält. Seit 60 Jahren und länger hat die deutsche Arbeiterschaft alle Tatkraft in Wählereien verpulvert, und nicht einmal die von der Regierung Brüning-Gröner eingeführte, von der Regierung Papen-Schleicher zur Blüte entwickelte Methode der ausschließlichen Gesetzgebung durch Notverordnungsdictatur unter vollständiger Ausschaltung des Parlaments hat es vermocht, das Proletariat von seinen demokratischen Illusionen zu heilen. Die Regierung läßt längst nicht mehr wählen, um ein so oder anders zusammengesetztes, ihr mehr oder minder gefügiges Abstimmungsinstrument zu bekommen, sondern sie läßt wählen, damit gewählt wird! Die Zeit des „Wahlkampfes“ ist ihr wichtig, nicht das Ergebnis der Auszählung. Während sich die Wähler gegenseitig die Schädel einschlagen wegen der Frage, ob in einem ausgeschalteten Reichstag mehr Sozialdemokraten oder mehr Kommunisten Diäten einstreichen dürfen, haben die Machthaber die Gewißheit, daß sie in ihren brutalen Machenschaften von unten her nicht gestört werden. Der 20. Juli wäre niemals möglich geworden, wenn nicht für den 31. Juli Wahlen ausgeschrieben gewesen wären. Daß bei diesen Wahlen die Nationalsozialisten eine zum größten Teil von Prole-

тариern geschaffene Riesenzahl von Wählern und Gewählten mustern konnten, war nicht verwunderlich. Da die Wahlen nur im Interesse des Kapitals liegen, durfte schon die „Arbeiterpartei“ siegen, die das Kapital selbst ausersehn hat, die revolutionären Neigungen des Proletariats aufzufangen. Die Sozialdemokratie, zuvor derselben Aufgabe bestimmt, hat ihre Schuldigkeit getan. Sie ist im Parlamentarismus verkommen, hat sich für den Parlamentswahn dafür hergegeben, die Monarchisten, Faschisten, Reaktionäre aller Farben von 1918 an gegen das Proletariat zu bewaffnen und zu Machthabern in der Republik zu machen. Jetzt wirkt sich der Verrat gegen die Verräter aus. An ihre Stelle tritt die Hitlerpartei, ebenfalls dem Parlamentsirrsinn rettungslos verfallen, dazu ausersehen, bei der endgültigen Durchführung des diktatorischen Kriegsregimes als Dauerzustand in Deutschland, breite Arbeitermassen durch nationalistische, antisemitische und scheinsozialistische Phrasen vom Klassenkampf fernzuhalten. Der Weg der Nazis kann nur der der Sozialdemokratie sein.

Und die Kommunisten? Sie haben den besten kampfgewilltesten Teil der deutschen Arbeiterschaft hinter sich und zwar deswegen, weil sie die Erben revolutionärer Vorkämpfer sind und es wohl verstehn, mit revolutionärem Geschrei ihre höchst unrevolutionären Handlungen zu übertönen; vor allem auch, weil die Regierung sie verfolgt und vor ihren radikalen Worten und Gesten Furcht zeigt. Man verbietet ihre Presse, man versiegelt ihre Druckmaschinen, man verhaftete ihre proletarischen Kämpfer, und vor den Gerichten werden mit einer Offenheit, die zur Kaiserzeit nicht hätte gewagt werden dürfen, in bewußter Parteilichkeit politische Zweckurteile gegen die Kommunisten und für die Faschisten gefällt. Dabei treibt die Führung der KPD die Arbeiter ebenso gefällig zu den Wahlen, wie die Konkurrenz der anderen Parteien und macht dadurch selbstverständlich jeden wirklichen Kampf unmöglich.

Der Reichstag vom 31.Juli wurde nach knapp zweitägiger Tätigkeit von Herrn von Papen aufgelöst. Er hatte das schöne Bild fast völliger Einmütigkeit ergeben. Die kommunistischen Misstrauens- und Geschäftsordnungsanträge wurden von Sozialdemokraten

und Zentrum, Staatsparteilern und Nazis angenommen; man hörte und sah nichts von Klassengegensätzen, man hörte und sah nur parlamentarische Schiebereien. Was Wunder, daß die Regierung sofort neue Wahlen ansetzte? Denn von allem, was die Riesenfront von ganz links bis ganz rechts beschlossen hatte, geschah gar nichts. Es geschah alles, wie es die Regierung wollte, gegen die die burgfriedlichen Beschlüsse gefasst waren. Bis zur nächsten Wahl, bis zum 6. November, wußte sie nun die Arbeiter und Erwerbslosen wieder beschäftigt, hatten sie also mit Sicherheit Ruhe vor allen Störungen ihrer wüsten Pläne zur Beseitigung der letzten Rechte des Proletariats, der paar Freiheiten, die sich das Volk 1848 und, trotz der zähen Gegenwehr der sozialdemokratischen Partei, sogar 1918/19 erkämpfen konnte. Statt: wie sollen wir kämpfen? ist schon wieder unter den Arbeitern die einzige Frage: wen sollen wir wählen? Wir antworten:

Wer zum Parlament wählt, wählt Kapital und Krieg!

Wählen liegt niemals im Interesse der Arbeiter. Nur die Gewählten haben Vorteil davon. Keiner Partei kommt es darauf an, mit ihren Wahlparolen revolutionäre Grundsätze zu verbreiten. Im Gegenteil: um einiger zugkräftigen Wahlparolen willen werden alle Grundsätze verleugnet. Die kommunistische Partei verschmäht es nicht, um den Nationalsozialisten Mandate abzujagen, ihnen die arbeiterfeindlichsten Schlagworte nachzuplappern, von denen sie den Erfolg der nationalsozialistischen Agitation bei den Massen herleitet. Die Kommunisten haben die Internationalität des Proletariats preisgegeben und schwelgen in nationalen Phrasen. Sie verkünden nicht mehr die internationale und sozialistische Befreiung der Arbeiterklasse, sondern die nationale und soziale Befreiung Deutschlands. Sie haben den Satz, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein muß, vertauscht mit der faschistischen Führeridee. Als Inhalt ihrer Gegenwartskämpfe haben sie die Losung ausgegeben, daß der Hauptschlag gegen die marxistische Konkurrenzpartei zu führen sei. Das in einem Augenblick, wo die gesamte Innen- und Aussenpolitik der Regierung auf Faschismus und Krieg deutet! — Und

alle diese Abschwenkungen vom Wege des proletarischen Klassenkampfes sind erzwungen von dem alle Prinzipien überschattenden Drang, im Mandatskampfe nicht zu kurz zu kommen. Papen braucht Wahlen, um das Proletariat abzulenken und Nazi, Sozialdemokraten und Kommunisten, alle alle treten gehorsam an zur Wahl. Niemand denkt daran, daß der Hauptschlag gegen Kapital und Kriegsgefahr für Revolution und Sozialismus zu führen ist. Alles fällt zähnefletschend übereinander her, der Spalt zwischen den Arbeitern splittert die Kräfte immer verheerender auseinander. Aber am 7. November, dem Jahrestag der russischen Revolution, werden alle Parteien den verführten, betrogenen armen Proletariern vorrechnen, daß ihre Liste gesiegt hat, wie sie es auch am 1. August, dem Jahrestag der Kriegserklärung, vorgerechnet haben.

In Wahrheit siegen, wie das Ergebnis auch aussehen mag, immer die Papen und Bracht, Siemens und Oldenburg — Januschau, Hugenberg und der Papst, Schleicher und Jakob Goldschmidt. Sobald aber ihr Sieg von unten her in Gefahr gerät, werden sie Gummiknüppel und Maschinengewehre, Zuchthausstrafen und Hungerkuren anwenden, vor allen aber das bewährte Mittel, dem deutschen Volke den Schnuller in den Mund schieben: Sie werden wieder und immer wieder wählen lassen.

Arbeiter, die auf sich halten, die revolutionäres Gewissen haben, die den Schwindel durchschauen, bleiben der Wahlurne fern! Sie haben bessere Mittel ihr Recht zu verteidigen, als mit den Bürgern Wettläufe um die höchste Mitläuferzahl vorzunehmen. Sie übertragen nicht die Kämpfe, die den Einsatz der ganzen Persönlichkeit in unmittelbaren Aktionen fordern, auf beamtete Führer.

Wirklichen Kämpfen aber gehen keine Parlamentswahlen voran, sondern Aufklärung, freie Auseinandersetzung, Verbreitung der Wahrheit, rücksichtslose Bloßstellung aller taktischen Unehrllichkeiten, Schaffung einer neuen, kämpferischen, klarer und freier revolutionären Moral und Einigkeit im Kampfwillen. Für diese Aufgaben wurde die anarchistische Monatsschrift

F A N A L

ins Leben gerufen. Diese Aufgaben will sie wieder erfüllen!

Helft Fanal wieder zum Leben!
Helft unserer neuen Aufklärungsschrift!
DIE BEFREIUNG DER GESELLSCHAFT
VOM STAAT
Was ist kommunistischer Anarchismus?

Unsere Stimme muß wieder gehört werden. Sie dient keinem
Interessenklüngel und keinen Führerabsichten! Sie dient der

Wahrheit und der Freiheit!

Es lebe die Anarchie!

Berlin-Britz, Oktober/November 1932

Dörchläuchtingstr. 48

Herausgeber und Verlag des

F A N A L

Postscheckkonto **Erich Mühsam**, Postscheckamt Berlin
824 19.

Anmerkung des Verlages:

Die Rundbriefe 3 und 4 wurden transkribiert von den hektografierten Originalen aus dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

SONDERHEFT

60 PF.



**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

ERICH MÜHSAM:

**Die Befreiung der
Gesellschaft vom Staat**

Was ist Kommunistischer Anarchismus?

F A N A L

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber
ERICH MÜHSAM

JAHRGANG I BIS V
Oktober 1926 bis Juli 1931
vollzählig in 58 Heften

Die Zeitschrift enthält regelmäßige grundsätzliche Betrachtungen, welche die in der vorliegenden Broschüre dargestellten Anschauungen in Einzelausschnitten, beziehungsweise in ihrer Anwendung auf die Tagesfragen des öffentlichen Lebens behandeln, Glossen im Anschluß an das politische Geschehen, fortlaufende Auseinandersetzungen mit der Staatsjustiz, Gedichte und Buchbesprechungen. Neben dem Herausgeber sind Rudolf Rucker, Errico Malatesta, Sebastian Faure und viele andere Genossen mit Beiträgen vertreten.

FANAL erscheint wieder, sobald die Geldmittel es ermöglichen und die öffentlichen Zustände soweit geklärt sind, daß ein Zensurverbot, wie es die lange Unterbrechung verursacht hat, die Gefahr der dauernden Vernichtung des Blattes nicht mehr in sich schließt.

FREIWILLIGE SPENDEN
auf Postscheckkonto
Erich Mühsam, Postscheckamt
BERLIN NUMMER 82419

Sämtliche erschienenen **FANAL**-Hefte sind noch vorrätig und einzeln oder in ganzen Jahrgängen durch die Geschäftsstelle, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstraße 48, zu beziehen.

F A N A L
S O N D E R H E F T

**DIE BEFREIUNG DER
GESELLSCHAFT VOM STAAT**

WAS IST KOMMUNISTISCHER ANARCHISMUS?

V o n E r i c h M ö h s a m

1933

FANAL-VERLAG ERICH MÖHSAM

Berlin-Britz, Dörchläuchtingstraße 48

Vorwort

Im Juli 1931 verbot der Berliner Polizeipräsident, der Sozialdemokrat Grzesinski, die anarchistische Zeitschrift „Fanal“ auf die Dauer von vier Monaten. Das war der Monat der Bankzusammenbrüche; das Finanzkapital war am Ende seiner Künste, die Reichsregierung stoppte den Geldumlauf ab, die gesamte Unternehmerwirtschaft wurde in einem Maße erschüttert, daß die bisher gebräuchlichen politischen Methoden zur Sicherung der kapitalistischen Herrschaft nicht mehr ausreichten; der Weg zur faschistischen Diktatur wurde verbreitert, ausgewalzt und beschritten. Das Massenelend wuchs, mit ihm die Hilflosigkeit der öffentlichen Ämter, und zugleich wuchsen die Ansprüche der Industriellen und Großgrundbesitzer; die Krise wurde mit verschärftem Druck auf die Arbeiter und Erwerbslosen bekämpft, ihre Opfer mit Wahlen, Wahlen und Wahlen beschwichtigt. Die Parteien suchten im Schaden ihrer Anhänger den Nutzen ihrer Führerschaften. Eine neue Regierung, zusammengeholt aus der Erbmasse verkrachtter Feudalzeiten, führte Verfassungsgestreitigkeiten herauf, die Luft des Bürgerkrieges legte sich drohend auf Deutschland; alle Versuche, Druck und Verzweiflung zu bannen, alle Heilmittel, von Faschisten und Demokraten, Kirchlichen und Rechts- wie Linksozialisten beschwörend empfohlen, kamen aus der Apotheke der Autorität. Jeder pries seinen Staat, seine Berufung zur Macht, sein autoritäres System.

Der Kampf der anarchistischen Monatsschrift „Fanal“ aber gegen Zentralismus und Obrigkeit, für Freiheit und Erneuerung war unterbrochen. Nur gelegentliche Rundbriefe konnten die Freunde des Blattes verständigen, daß der Schlag, der es nach fast fünf Jahren regelmäßigen Erscheinens getroffen hatte, zwar noch nicht verwunden war, aber doch nicht tödlich gewirkt hatte. In allen diesen Rundschreiben konnte nur flüchtig auf die allgemeine Lage geblickt werden. Im übrigen waren es Bettelbriefe, um die Mittel herbeizuschaffen, die nötig waren, um den Schlafenden nicht sterben zu lassen. Als Beweis dafür jedoch, daß wir „Fanal“ niemals preisgegeben haben und nicht preisgeben wollen, kündigten die Briefe das Erscheinen der Broschüre an, die den Ausfall der Zeitschrift teilweise ausgleichen sollte und die hiermit der Öffentlichkeit übergeben sei.

Die Schrift erscheint als Sonderheft des „Fanal“, um das Fortbestehen unsres Blattes zu bekunden; sie erhält zugleich den Zuschnitt einer selbständigen Werbeschrift, um ihr über den Kreis der Leser und Freunde des „Fanal“ hinaus Verbreitung zu schaffen. Eine Arbeit, die als Ersatz für eine am Erscheinen verhinderte, dem Tagesgeschehen angepaßte Zeitschrift den Augenblick überdauern möchte, kann sich nur mit der Welt- und Lebensanschauung befassen, welche den Geist der Zeitschrift bestimmt hat und weiter bestimmen soll. Dem Anarchisten war also die Aufgabe gestellt, die Grundzüge seines anarchistischen Lehrgebäudes zu entwerfen. Das habe ich versucht.

Immer wieder hören wir die Frage von Personen, denen die Gedankenwelt des Anarchismus nicht vertraut ist: Was wollt ihr eigentlich? Wie stellt ihr euch eine Gesellschaft ohne Staat und Obrigkeit vor? Liegt nicht in der Bezeichnung „Kommunistischer Anarchismus“ ein innerer Widerspruch? Darauf wollte ich einigermaßen umfassend und in nicht schwer verständlicher Form kurzen Bescheid geben. Den eigenen Genossen wollte ich gleichzeitig ein Bild der anarchistischen Gedankenwelt zeichnen, das jeder nach seiner Neigung ergänzen oder einschränken mag und an dessen Linien er seine Ansichten überprüfen und befestigen kann.

Auf geschichtliche Beweisführung und wissenschaftliche Unterbauung der hier vortragenen Gedanken habe ich verzichtet, auch davon abgesehen, ältere anarchistische Schriften zur Stützung und Vergleichung meiner Meinung heranzuziehen. Kein

Gedanke wird dadurch richtiger, daß schon ein anderer ihn früher geäußert hat. Auch glaube ich, daß es der Lebendigkeit meiner Beweisführung am zuträglichsten ist, wenn ich sie ausschließlich in meine eigenen Worte fasse. Daher findet sich in der vorliegenden Arbeit kein einziges Zitat, außer dem an die Spitze gestellten Satz Wielands, der, vor 150 Jahren geschrieben, beweisen soll, wie natürlich den besten Geistern aller Zeiten anarchistische Gedankengänge sind.

Wer sich mit den Lehren des Anarchismus schon beschäftigt hat, wird neue Einsichten in dieser Broschüre kaum finden. Höchstens die bisher noch nirgends versuchte Darstellung des Rätewesens als Erfüllung anarchistischer Verwaltungsgrundsätze werde ich als selbständigen Beitrag zur Ideenwelt des freiheitlichen Sozialismus für mich in Anspruch nehmen dürfen. Im übrigen kam es mir auf die übersichtliche Zusammenfassung und die Verdeutlichung der folgerichtigen Einheitlichkeit des ganzen anarchistischen Gedankengebäudes an. Die außerordentlich reiche Literatur des Anarchismus ist eine solche übersichtliche Schrift bisher schuldig geblieben. Sie behandelt jedoch in überaus mannigfaltiger Weise die geschichtlichen, philosophischen, wirtschaftlichen, naturrechtlichen und kämpferischen Sonderfragen unter dem Gesichtspunkt autoritätsfeindlichen Denkens. Die Leser, die sich näher unterrichten wollen, seien daher eindringlich auf die im Anhang dieses Heftes zusammengestellte Literatur-Uebersicht verwiesen.

Berlin-Britz, im November 1932.

Erich Mühsam.

„Nichts von Sultanen, Wesiren, Statthaltern, Kadis, Schatzmeistern, Zollpächtern, Fakiren und Bonzen zu wissen, ist ein Glück, wovon der größte Teil der Menschheit keine Vorstellung hat.“

C. M. Wieland

(Geschichte des weisen Danischmend.)

I.

Das Weltbild des Anarchismus

Anarchismus ist die Lehre von der Freiheit als Grundlage der menschlichen Gesellschaft. Anarchie, zu deutsch: ohne Herrschaft, ohne Obrigkeit, ohne Staat, bezeichnet somit den von den Anarchisten erstrebten Zustand der gesellschaftlichen Ordnung, nämlich die Freiheit jedes einzelnen durch die allgemeine Freiheit. In dieser Zielsetzung, in nichts anderm, besteht die Verbundenheit aller Anarchisten untereinander, besteht die grundsätzliche Unterscheidung des Anarchismus von allen andern Gesellschaftslehren und Menschheitsbekenntnissen.

Wer die Freiheit der Persönlichkeit zur Forderung aller Menschengemeinschaft erhebt, und wer umgekehrt die Freiheit der Gesellschaft gleichsetzt mit der Freiheit aller in ihr zur Gemeinschaft verbundenen Menschen, hat das Recht, sich Anarchist zu nennen. Wer dagegen glaubt, die Menschen um der gesellschaftlichen Ordnung willen oder die Gesellschaft um der vermeintlichen Freiheit der Menschen willen unter von außen wirkenden Zwang stellen zu dürfen, hat keinen Anspruch, als Anarchist anerkannt zu werden. Die verschiedenen Ansichten über die Wege, welche die Menschen einzuschlagen haben, um zur Freiheit zu gelangen, über die Mittel, mit denen die der Freiheit widerstrebenden Kräfte zu bekämpfen und zu besiegen sind, über die endlichen Formen und Einrichtungen der freiheitlichen Gesellschaft bilden Meinungsgegensätze zwischen anarchischen Richtungen innerhalb der gemeinsamen Weltanschauung. Ihre Vergleichung und Abwertung ist nicht Aufgabe dieser Schrift, die sich darauf beschränken will, die Grundsätze des kommunistischen Anarchismus, wie sie der Verfasser und die ihm in Ueberzeugung und Kampf am nächsten stehenden Anarchisten für richtig halten, darzulegen und der Werbung zu empfehlen.

Die wissenschaftliche Ausdeutung des Begriffs **Kommunismus** kann hier ebenfalls unterbleiben, zumal es den kommunistischen Anarchisten nicht so sehr um eine dogmatische Festlegung der Austausch- und Verbrauchsregelung der von Staat und Kapitalismus befreiten Gesellschaft zu tun ist, als um die Schaffung freiheitlicher Verhältnisse im Sozialismus an Stelle des von den Staatsozialisten, besonders von den Marxisten, angestrebten autoritären, obrigkeitlich geleiteten und zentralistisch verwalteten Sozialismus. Wir verstehen unter Kommunismus die auf Gütergemeinschaft beruhende Gesellschaftsbeziehung, die jedem nach seinen Fähigkeiten zu arbeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen zu verbrauchen erlaubt. In dieser Wirtschaftsform glauben wir die sozialistische Grundforderung der Gleichberechtigung aller Glieder der Gesellschaft sicherer verbürgt als im Kollektivismus oder im Mutualismus, die den Anteil am gemeinsamen Erzeugnis in ein Berechnungsverhältnis zur geleisteten Arbeit setzen wollen. Der freiheitliche Sozialismus läßt diesen verschiedenen Möglichkeiten, die alle ihre Verteidiger unter Anarchisten gefunden haben, genügend Spielraum. Auch darüber können erst die Versuche und Erfahrungen der Zukunft entscheiden, in welchem Umfange etwa die Freiheit der Bedürfnisbefriedigung das Sondereigentum an persönlichen Gebrauchsgütern erfordert. Entschiedene Abgrenzung aber ist geboten gegenüber den nur individualistischen Anarchisten, die in der egoistischen Steigerung und Durchsetzung der Persönlichkeit allein das Mittel zur Verneinung des Staats und der Autorität erblicken und selbst den Sozialismus wie jede allgemeine Gesellschaftsorganisation schon als Unterdrückung des auf sich selbst ruhenden Ich zurückweisen.

Sie schließen die Augen vor der naturgegebenen Tatsache, daß der Mensch ein gesellschaftlich lebendes Wesen ist und die Menschheit eine Gattung, in der jedes Individuum auf die Gesamtheit, die Gesamtheit auf jedes Individuum angewiesen ist. Wir bestreiten die Möglichkeit und auch die Wünschbarkeit des vom Ganzen losgelösten Individuums, dessen vermeintliche Freiheit nichts anderes sein könnte als Vereinsamung, mit der Folge des Untergangs im sozial luftleeren Raum. Wir behaupten: niemand kann frei sein, solange es nicht alle sind. Die Freiheit aller aber und damit die Freiheit eines jeden setzt voraus die Gemeinschaft im Sozialismus.

Sozialismus ist, wirtschaftlich gesehen, die klassenlose Gesellschaft, in welcher der Grund und Boden sowie alle Produktionsmittel der privaten Verfügung entzogen sind, somit weder Grundrente noch Unternehmerprofit noch auch die Abgeltung vermieteter Arbeitskraft durch Lohn oder Gehalt die schaffenden Hände und Hirne um den Ertrag ihrer Mühen berauben können. An der Stelle der privaten oder staatlichen Ausbeutung steht die planmäßige gemeinsame Bewirtschaftung des Gemeineigentums, an der Stelle der bevorrechtigten Minderheit der Besitzenden jedes Landes die zum Volk geeinte Gesamtheit in allen Ländern.

Sozialismus ist über die wirtschaftliche Begriffsdeutung hinaus ein sittlicher Zustand und ein geistiger Wert. Denn er bedeutet nicht nur vernünftige Regelung von Arbeit, Verteilung und Verbrauch und dadurch Sättigung und Befriedigung aller natürlichen Bedürfnisse des materiellen Lebens für alle; er bedeutet auch Erfüllung derjenigen sittlichen Forderung, deren Mißachtung die Menschen schwerer beleidigt und bei der Gewöhnung tiefer herabwürdigt als Hunger und jede andere leibliche Entbehrung: der Forderung der Gleichberechtigung. Not, Elend jeder Art, die Last höchster Anstrengung unter trübsten Verhältnissen ist zu ertragen, wenn die Last unter allen gleich verteilt ist, wenn im lebendigen Gemeinschaftsgedanken das Leid des einzelnen mit dem allgemeinen Leide verschmilzt und somit auch der Wille, die Ursachen des Unglücks zu beseitigen, aus dem Gefühl der Verbundenheit aller mit allen erwächst. Nicht zu ertragen jedoch ist oder sollte wenigstens sein die Not, die der Ausdruck ungerechter Zustände ist. Eine Gesellschaft, die Kinder Mangel leiden läßt, die die Mehrzahl der Menschen in der Entwicklung, in der Blüte des Lebens und im Alter das genügende Sonnenlicht, die reine Luft zum Atmen, gesunde Ernährung, Erholung, Reinlichkeit, Pflege des Körpers und Ausweitung des Geistes vorenthält, um einer Minderheit Reichtum und Macht zu gewährleisten; eine Gesellschaft, in welcher die entbehrungsvolle Arbeitsüberbürdung der einen den mühelosen Wohlstand der andern schafft; eine Gesellschaft, die nicht imstande ist, allen arbeitsfähigen und nach Arbeit begehrenden Menschen selbst bei kümmerlichster Entlohnung Arbeit zu geben, und die den noch beschäftigten Ausgebeuteten die ganze Last der Erhaltung der Erwerbslosen mitsamt der Last fast der ganzen Kosten des der Aufrechterhaltung dieses Irrsinns dienenden Verwaltungsapparates aufpackt, zu dem einzigen Zweck, die soziale Ungleichheit zugunsten der Nutznießer des kapitalistischen Wirtschaftsverfahrens zu verewigen; kurz eine Gesellschaft wie die, in welcher wir leben, kann nicht durch bloße Veränderung ihres materiellen Gefüges in eine sozialistische verwandelt werden. Die Marxisten irren in der Annahme, die geistigen und sittlichen Eigenschaften der Menschen erständen mechanisch aus den Produktionsformen der Wirtschaft, die religiösen, rechtlichen und wissenschaftlichen Erkenntnisse einer Zeit seien nichts als der ideologische Ueberbau der materialistischen Gegebenheiten. Hier findet ununterbrochene, in der Reihenfolge nicht unterscheidbare Wechselwirkung statt. Der Kapitalismus brauchte ebensowohl geistige wie materielle Voraussetzungen, um die Herrschaft über die Völker anzutreten; er mußte den Geist der ihm hörig gemachten Menschen durch sorgfältigen Einfluß auf Erziehung und Bildung willfährig halten, das Unrecht von Ausbeutung und Ungleichheit als schicksalhafte Unabänderlichkeit zu ertragen. So bedarf auch der Sozialismus geistiger Vorbereitung zur Verwirklichung und der Rechtfertigung nicht allein aus seinen materiellen Vorteilen für die Mehrzahl der Menschen, sondern aus seinem geistigen Gehalt. Diese Rechtfertigung ist aber nur möglich, wenn der Sozialismus, über seine Eignung, geistige Werte zu entwickeln hinaus, selbst als geistiger Wert erwiesen und erkannt wird. Die Erneuerung der wirtschaftlichen Beziehungen im Sozialismus kann im Sinne der Gleichberechtigung aller nur wirksam werden bei gleichzeitiger Erneuerung der geistigen Beziehungen zwischen den Menschen, wie nur erneuerte geistige Beziehungen imstande sind, im Wirtschaftlichen aus dem Individualismus der Ungleichheit den Sozialismus der Verbundenheit zu schaffen.

Indem also der kommunistische Anarchismus mit allen sozialistischen Lehren einig geht in der Zielsetzung der wirtschaftlichen Gleichheit als Grundlage des Verkehrs der Menschen untereinander, betrachtet er diese gesellschaftliche Umgestaltung im Gegen-

satz zu den nur materialistisch gerichteten Lehren des Marxismus nicht als einzigen Inhalt seines Strebens, sondern als eine der unerläßlichen Bedingungen für die durchgreifende und alle Lebensbeziehungen erfassende Neuschaffung der Gesellschaft überhaupt. Der Begriff der Gleichheit möge nicht in der Bedeutung von Gleichmacherei verstanden werden. Im Gegenteil ist die Forderung der Gleichheit nichts anderes als die Forderung: Gleiches Recht für alle! Das heißt: gleiche Bedingungen für einen jeden, seine Anlagen zu ihren günstigsten Möglichkeiten zu entwickeln. Wirtschaftliche Gleichheit besagt soviel wie Ausschaltung aller aus widrigen Umständen, zumal aus Mangel, erwachsenen Störungen, die die Entfaltung der Individualität in ihrer Verschiedenheit von allen anderen Individualitäten behindern. Gleichheit, als Gleichberechtigung verstanden, unterbindet nicht, sondern ermöglicht erst das Wachstum der Persönlichkeit. Während die kapitalistische Gesellschaft das Kind des Reichen in seidene Steckkissen legt, es bei gewähltester Körper- und Geistespflege aufzieht, ihm hohe Wissensbildung zuführt und, ohne Unterschied der Begabung und des Charakters, ihm die Berufe der Herrschenden erschließt; während sie, ebenfalls ohne Unterschied der Begabung und des Charakters, das Kind des Armen in trüben Wohnlöchern, bei wenig Licht und schlechter Luft, in trauriger, gequälter Umgebung von früh an den Einflüssen und Eindrücken des Elends preisgibt, ihm den Unterricht versagt, der den Zwecken der Mächtigen Abbruch tun könnte, es zur Knechtsgesinnung erzieht und zur persönlichkeitsstörenden Arbeit zwingt, — gewährt die Gleichheit des Sozialismus jedem Kinde Licht, Luft, Lust und Raum zum Gedeihen aller Keime, die aus Natur und Bewußtsein einen Menschen in seiner Besonderheit und in seiner Verbundenheit mit seinen Zeit-, Schicksals- und Artgenossen werden läßt. Der Kapitalismus treibt demnach ödeste Gleichmacherei in zweierlei Art, solche, die für die besitzende Klasse und solche, die für die ausgebeutete Klasse gilt; der klassenlose Sozialismus hingegen schafft für alle Menschen die Gleichheit der Voraussetzungen, auf denen jede Persönlichkeit in der vollen Mannigfaltigkeit ihrer einmaligen Wesenheit, aber in harmonischer Zusammengehörigkeit mit dem gesellschaftlichen Ganzen nach ihren Fähigkeiten Werte schafft, nach ihrem Bedürfnis an der Benutzung des Allgemeinguts teilnimmt.

Erst wenn auf solche Weise der Grundsatz der Gleichheit geistigen Sinn und sittliche Erhöhung erfährt, ist er nach anarchistischer Auffassung sozialistisch gerechtfertigt. Nicht auf den Ausgleich ins Wanken geratener äußerlicher Verhältnisse zwischen den Menschen kommt es an, sondern darauf, daß dieser Ausgleich aus innerlicher Notwendigkeit unternommen wird; und nicht die Ungleichheit an sich ist hinlänglicher Anlaß Gleichheit zu schaffen, sondern die Ungerechtigkeit, die in der Ungleichheit zutage tritt. Gäbe es nur materielle Erwägungen, um über die Fragen des sozialen Lebens zu entscheiden, wäre die Moral in der Tat nur die ideologische Einkleidung handfester Nutzenberechnungen, dann müßte man sich mit den Kapitalisten auf die waghalsigsten Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit ihres Systems einlassen. Der Hinweis auf Hunger leidende Kinder und auf alle übrigen Erscheinungen der Verelendung und Verwahrlosung der werktätigen Klasse könnte ja gar nicht von der Notwendigkeit überzeugen, daß ihre Ursachen abgestellt werden müssen, wenn die Produktionsweise wirklich überall und immer Ausgangspunkt des menschlichen Denkens, Wollens und Bewußtseins wäre. Die Produktionsweise der Gegenwart ist kapitalistisch. Daß sich im materiellen Dasein hieraus für Kapitalisten wie Proletarier ein bestimmtes Verhalten ergibt, versteht sich von selbst. Die marxistische Formel jedoch: das Sein bestimmt das Bewußtsein, bei der das Sein ausdrücklich als ökonomischer Zustand gekennzeichnet ist, ist höchst bestreitbar. Das Bewußtsein des Menschen wird außer von materiellen Werten noch von vielerlei Eindrücken bestimmt und empfängt aus seelischen Bewegkräften manchmal selbst da noch die stärkste Anregung, wo sich die Anteilnahme auf kapitalistische Tatsachen bezieht. Richtig ist, daß die Verhältnisse das Verhalten bestimmen, wobei keineswegs nur ökonomische Verhältnisse in Frage kommen, es können auch aus dem Charakter, der geistigen Besonderheit, der Bindung an andere Personen, dem Klima, dem kosmischen Geschehen entuellende Verhältnisse sein, und wobei das Verhalten ganz unabhängig von allen Produktionsformen von ursprünglichen moralischen Empfindungen angetrieben werden kann.

Der Kapitalismus freilich ist in all seiner Wirksamkeit auf nur materialistische Denkweise angewiesen. Er kann der logischen Erwägung, daß im Elend lebende und vom Genuß der gesellschaftlichen Güter in weitem Maße ausgeschlossene Volksschichten eine Schädigung des sozialen Wohlstandes bedeuten, ihre Züchtung daher materiell unzumutbar sei, seine Logik entgegenstellen, wonach die Ansammlung der Besitzgüter in den Händen einer geringen Zahl von Großverbrauchern die nützlichste Verwendung der benötigten Arbeitskräfte erlaube, wobei als Gradmesser der Nützlichkeit natürlich die

aller moralischen Einschätzung entrückten und auf Machtverhältnisse gestützten materiellen Bedürfnisse der Kapitalisten gelten. Mit der Logik allein und gar mit der wissenschaftlich aufgepolsterten Lehre vom historischen Materialismus ist das Wirtschaftssystem des Kapitalismus nicht zu widerlegen, noch weniger zu bekämpfen oder durch ein besseres System zu ersetzen. Von irgendeinem unpersönlichen Standpunkte aus kann man den Dingen, die sich so gut wie ausschließlich im persönlich Menschlichen auswirken und gerade durch ihre Bedrückung der persönlich Betroffenen als unerträglich empfunden werden, nicht beikommen. Die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft an Stelle der kapitalistischen ist, obwohl die tatsächlichen Veränderungen hauptsächlich in der vollständigen Neuordnung des wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens bestehen werden, als Notwendigkeit nur unter den Gesichtspunkten der den Menschen angeborenen gesellschaftlichen Ethik zu erweisen. Hier ist einer der entscheidenden Gegensätze zwischen der anarchistischen und der marxistischen Lehre vom Sozialismus. Die Kapitalisten haben nie versucht, die Grundsätze ihres Verfahrens zum ewigen Menschheitsgesetz zu erheben. Sie wenden den Kapitalismus an, weil er ihnen die Macht über das Proletariat und die Vorrechte ihrer Ausnahmestellung sichert. Die kümmerlichen Rechenkunststücke, die die Ertragsunfähigkeit der Erde behaupteten, kraft deren immer nur eine erlesene Minderheit Wohlstand genießen könne und die große Mehrheit von der Natur selbst zur entbehrungsvollen Sklaverei verurteilt sei, werden sogar von dieser Minderheit nicht mehr ernst genommen. Da erschien als Retter in der Not der Marxismus mit der verwegenen Theorie von der Gesetzmäßigkeit der Denk- und Handlungsweise, die bisher nur der Kapitalismus bis zur letzten Folgerichtigkeit ins soziale Leben getragen hatte. Der Materialismus, das ist die Weltgestaltung aus rein rechnerischen Erwägungen, die Ordnung des Lebens unter nichts als Stoffwechselgesichtspunkten, — diese geistlose Herabwürdigung aller Menschheitsfragen zu bloßen Angelegenheiten der Produktion und Verteilung, erhielt die Weihe einer schicksalsgewollten, unabänderlichen, ewig gültigen Einrichtung der Natur. Wir Anarchisten bekämpfen den Kapitalismus, weil er die geistigen und sittlichen Werte der Menschheit den Gewinn- und Machtgelüsten einer skrupellos materialistisch denkenden Herrenschicht unterordnete. Wir glauben, daß der Klassencharakter der Gesellschaft, wie ihn der Kapitalismus bis zum Auseinanderklaffen der Völker in zwei verschiedene Tiergattungen ausgebildet hat, nur durch die Ueberwucherung des gesamten Lebens von materialistischem Denken und Trachten möglich wurde; daß aber umgekehrt die Uebersteigerung der materialistischen Triebe immer und unter allen Umständen zu Klassenscheidungen der Gesellschaft, mithin zur Versklavung des einen Teils und zur Herrenmacht des anderen Teils führen muß. Wir glauben ferner, daß die Verrottung der kapitalistischen Gesellschaft, ihr hilfloses Herumtorkeln in der eigenen Mißwirtschaft, ihr Zuflucht-suchen bei Kriegen und immer brutalerer Knechtung der enteigneten und entrechteten Massen ihre tiefste Ursache im Widerspruch des nur materialistischen Fühlens, Denkens und Handelns hat. Die Natur läßt sich auf die Dauer nicht in der Weise mißhandeln, daß die Ernährung und die Sicherung des physischen Seins, für die Vorsorge zu treffen Voraussetzung und Bedingung des Lebens ist, zum Inhalt des Lebens gemacht werden. Daraus entsteht mit Notwendigkeit Raffsucht, Uebervorteilung und Macht, die in allen Fällen zugleich Machtmißbrauch ist. Wir wollen den Sozialismus, weil wir in dieser Gesellschaftsform die Bürgschaft erkennen, dem Dasein der Menschen eine Grundlage der materiellen Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten zu sichern, auf der sich das gesellschaftliche Leben zu den besten Möglichkeiten seelischer und geistiger Verbindung emporheben kann. Und nun wird den Sozialisten eine Lehre gebracht, die das Wesen des Kapitalismus ausgezeichnet darlegt, alle seine Erscheinungsformen erklärt und in ihren Wirkungen sichtbar macht. Aber aus Entstehen und Walten des Kapitals wird ein Gesetz abgeleitet, als ob die Einrichtungen, die die Menschen sich geschaffen haben, von Natur wegen bedingt wären, dieses Gesetz wird umschmückt mit den Perlen philosophischer Erkenntnis und unumstößlicher Wissenschaft, und denjenigen, welche den Kapitalismus stürzen, den Sozialismus an seine Stelle setzen sollen, wird gesagt: der Sozialismus könne nur auf denselben Grundlagen erwachsen wie der Kapitalismus; der Materialismus, der der Urstoff des Kapitalismus ist, müsse erkannt werden als historischer Materialismus, somit als der Urstoff jeder Gesellschaftsordnung. Die materialistische Betrachtungsweise lehrt, daß der Kapitalismus nur werden konnte, was er ist, Ausdruck der modernen Sklaverei, der Entpersönlichkeit der Menschen, der Unterwerfung des Willens unter den Mechanismus eines nur ökonomischen Getriebes, weil er, zwar nicht theoretisch, so doch praktisch die materialistische Nützlichkeit zum Hebel aller gesellschaftlichen Kräfte machte. Ihr Sozialisten aber, sagen die Marxisten, seid den Kapitalisten dadurch noch über, daß ihr sogar die Theorie habt; geht hin und

schaft den Sozialismus, indem ihr die materialistische Betrachtungsweise auch eurem Werk zugrunde legt!

Könnte den Inhabern der kapitalistischen Macht ein größerer Gefallen erwiesen werden als durch solche Lehre? Sind sie nicht sittlich gerechtfertigt, wenn die Sozialisten die Weltanschauung, auf der ihr verwünschtes System ruht, zum Sockel der eigenen Welt erwählen? Die Mittel der Zerstörung eines schlecht befundenen Gesellschaftsbaues mögen von seinen Verteidigern in die Hände der Angreifer gezwungen werden, wie der Kampf gegen Bewaffnete kaum anders als mit Waffen geführt werden kann; wer aber zum Bau einer neuen Gesellschaft die Bausteine der gestürzten benutzen will, der wird zugleich dem alten Geist die neuen Einzugstore bauen. Der Sozialismus hat mit dem Kapitalismus keine Gemeinschaft, nicht in der ökonomischen Struktur noch im ideologischen Inhalt. Daß der Sozialismus an die Stelle des Kapitalismus treten soll, hat seinen Grund nicht in der praktischen Logik zweckdienlicher Oekonomie, sondern im moralischen Gewissen der gerechten Denkart. Wir verabscheuen den Hunger der Armen, und zwar um der Gerechtigkeit willen!

Jede Erklärung, was Gerechtigkeit sei, erübrigt sich. Denn das Vermögen, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden, ist eine dem Menschen von Natur innewohnende Gabe, genau wie die Gabe, Lust und Schmerz zu empfinden. Allerdings ist Lust- und Schmerzgefühl schon in der ersten Stunde des Lebens unterscheidbar, während das Gefühl für Recht und Unrecht erst herangebildet werden muß. Aber dies beweist nichts gegen seine Eigenschaft als instinktmäßige Anlage. Auch das Gehen, die Unterscheidung der Farben, die Sprache, das Urteil über schön und häßlich muß im Menschen entwickelt werden, und doch zweifelt niemand, daß es sich hier um lauter naturgegebene Fähigkeiten handelt. Das Wissen von Recht und Unrecht ist das soziale Bewußtsein im Menschen, ohne daß uns fremde Not gar nicht als eigene Angelegenheit berühren könnte. Wie aber Lust und Schmerz aus körperlichen oder seelischen Anlässen entstehen, die im Gegensatz zu den Gefühlen der Beeinflussung und Veränderung durch den menschlichen Willen unterliegen, so wird auch das soziale Bewußtsein durch menschliche Veranstaltungen oder Unterlassungen erregt. Der in unserer geistigen Wesenheit begründete Wille zur Gerechtigkeit wird befriedigt oder beleidigt, indem bestimmte Grundforderungen des sozialen Gewissens erfüllt oder enttäuscht werden. Die erste soziale Grundforderung ist Gleichberechtigung. Sie bedeutet Gerechtigkeit durch Gleichheit. Bedingung ihrer Verwirklichung ist jedoch die Verpflichtung der Gleichberechtigten auf Gegenseitigkeit. Der Kampf der Arten gegen einander — alles Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen beruht auf Tötung einer Art durch die andere und Umsetzung der Substanz der vernichteten Kreatur in Lebenskraft des Vernichters —, dieser Kampf um die Erhaltung der Arten findet seine Ergänzung in der organisierten Unterstützung der Artgenossen zu Daseinskampf, Verteidigung und gesellschaftlicher Zuchtpflege. Wie weit Kameradschaftsbünde verschiedener Arten, beziehungsweise Substanzumwandlungen innerhalb gleicher Arten in der Natur vorkommen, ist in diesem Zusammenhange belanglos. Sicher ist indessen, daß von allen auf gesellschaftliches Zusammenwirken angewiesenen Geschöpfen allein der Mensch den Kampf planvoll auf die eigene Art ausgedehnt hat, und zwar nicht, wie das bei manchen Tieren und bei den Kannibalen geschieht, um Ernährungsschwierigkeiten zu beheben, sondern um ungleiches Recht in derselben Gattung zu schaffen und dadurch Machtgelüste zu befriedigen. Gegenseitige Hilfe ist ebenso Bestandteil der Gleichberechtigung, wie soziale Ungleichheit jede Gegenseitigkeitsbeziehung unmöglich macht. Die kapitalistische Gesellschaft zerstört die soziale Gemeinschaft der Gegenseitigkeit und setzt an ihre Stelle die gegenseitige Unterstützung einer machthungrigen Minderheit bei der Entrechtung und Ausbeutung der in künstlicher Zersplitterung gehaltenen Gesamtheit der gesellschaftlichen Werte schaffenden Kräfte. Wohl hat ein großer Teil des Proletariats erkannt, daß auch sein Heil nur in der Vereinigung zur gegenseitigen Hilfeleistung gesucht werden kann, doch greift sein Kampf bis jetzt in sehr geringem Maße über die Abwehr der schlimmsten Wirkungen der kapitalistischen Vergewaltigung hinaus, und sein Kampfziel beschränkt sich selbst da, wo die Verbindung schon unter sozialistischen und kommunistischen Lösungen erfolgt ist, fast überall auf nur materielle Umgestaltung des Lebens. Der Angriff richtet sich ausschließlich gegen die Erscheinungsformen des Kapitalismus, gegen die Wirkungen der Besitzmacht auf die Lebenshaltung, die Gesundheit und die soziale Stellung der besitzlosen Klasse, aber, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, nirgends gegen die moralischen Grundsätze, die Werden, Wachsen und Wirken des Kapitalismus möglich gemacht haben und deren Beseitigung mit dem Sturz des Wirtschaftssystems zugleich erfolgen

muß, soll der Geist der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Hilfe, ohne den es keinen Sozialismus gibt, jemals lebendig werden.

Der kommunistische Anarchismus wendet seinen Kampf also zugleich gegen die wirtschaftliche Unterdrückung von Menschen durch Menschen wie gegen die Moral, die die Unterscheidung zwischen den Menschen für zulässig hält. Der Kapitalismus könnte nicht sein, könnte niemals geworden sein, wenn nicht dem Verzicht auf die Verfügung über die eigene Arbeitskraft, die das Wesen der wirtschaftlichen Verknęchtung ist, der Verzicht auf die Selbstverantwortlichkeit der Menschen vorausgegangen wäre. Alle geschichtlichen Erklärungen, nach denen die kommunistisch wirtschaftenden Ackerbauer der Frühzeit zur Verteidigung des Bodens gegen Ueberfälle bewaffnete Männer aussendeten, welche sich allmählich kraft ihrer Ueberlegenheit durch den Waffengebrauch zu Herren des Landes machten und als bevorrechtigte Klasse den Arbeitsertrag ihrer Auftraggeber in persönlichen Reichtum verwandelten, sich zu Eigentümern des Grundes und Bodens aufwarfen und die Arbeitenden dadurch ihren Machtansprüchen hörig machten, — alle Erforschungen der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus und der Klassenkämpfe sollen als wahr und richtig anerkannt werden. Sie beweisen nichts für das marxistische Dogma, daß das ökonomische Sein allein oder doch ausschließlich bestimmend das Handeln, Denken und Fühlen der Menschen beeinflusse. Der Ueberlassung des Waffenwerks an eine erwählte Schar muß vorausgegangen sein das Bewußtsein der Schwäche, der Verteidigung ebenso wie der Arbeit in der natürlichen Ursprünglichkeit völliger Gemeinschaft nicht mehr gewachsen zu sein. Diese Minderung des Zutrauens in die gesellschaftliche Kraft der Verbundenheit ist aber ein seelisch-ethischer Vorgang, aus dem sich die Folgen auf die ökonomischen Verhältnisse erst ergeben. Das Bewußtsein bestimmt hier die Gestaltung des Seins. Kein Versuch, dem Schwinden des Selbstvertrauens wiederum ökonomische Ursachen zugrunde zu legen, käme gegen den Einwand auf, daß jede Gestaltung der Arbeitsleistung und Beziehungsregelung menschliche Veranstaltung ist, dem Tun aber notwendig das Denken, dem Denken die unbewußte Nervenbewegung vorausgeht, die das seelische Empfinden bezeichnet. Gemeinsame Lebensführung beruht auf gemeinsamer Verantwortung. Die Trennung der Gemeinsamkeit im gesellschaftlichen Wirken kann nur auf die Lockerung der gemeinschaftlichen Verantwortung zurückgehen. Ueberträgt die Gesamtheit einen der Dienste, deren Verrichtung den Einsatz aller Kräfte verlangt, einem Teil, so schaltet sie zugleich diesen Teil aus den übrigen Verrichtungen des gesellschaftlichen Dienstes aus, entläßt ihn somit aus der Verantwortung für die Sache der übrigen, wie sie sich selbst der Verantwortung für den übertragenen Dienst begibt. Innerhalb der wirtschaftlichen Arbeit ist selbstverständlich die Teilung der Dienste geboten, ebenso wie die Abwehr von Angriffen auf den Boden und die Arbeit den Kämpfern verschiedene Aufgaben zuweist. Der Grundsatz der Gemeinschaft wird dadurch nicht verletzt. Dem einen Volksteil aber die Arbeit überlassen, dem andern den Kampf aufhalsen heißt die Lebensführung der Gesellschaft auseinanderreißen, heißt die gemeinverbindliche Verantwortlichkeit preisgeben, heißt folglich Ungleichheit schaffen, die notwendig Herrschaft nach sich ziehen muß. Gemeinsame Verantwortlichkeit aller für alles, das ist der eigentliche Sinn des Kommunismus. Gemeinsame Verantwortlichkeit aller für alles bedeutet aber genau dasselbe wie Selbstverantwortlichkeit eines Jeden für das Ganze, und das ist der eigentliche Sinn des Anarchismus.

Damit ist die Frage der Wechselbeziehung von Gesellschaft und Persönlichkeit aufgeworfen. Der Marxismus will die soziale Gleichheit herstellen, indem er die Lebensformen des einzelnen Menschen in das Streckbett der für ökonomisch auswägbar gehaltenen Nutzzwecke der Gesamtheit zwingt. Der Individualismus will umgekehrt den ungekürzten Lebensraum des Individuums zum Maß der gesellschaftlichen Daseinsform machen, ohne Rücksicht auf Gleichheit und Gesamtnutzen. Beide Auffassungen nehmen also einen Gegensatz zwischen Gesellschaft und Mensch an und kommen nur bei der Abschätzung der Frage, wessen Rechtsanspruch ans Leben wichtiger sei, zu verschiedenen Ergebnissen. Der kommunistische Anarchismus lehnt die Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Persönlichkeit ab. Er betrachtet die Gesellschaft als Summe von Einzelmenschen und die Persönlichkeit als unlösliches Glied der Gesellschaft. Eine soziale Gleichheit, bei der der individuelle Betätigungsdrang des seines Eigenwertes bewußten Menschen beeinträchtigt ist, die sich mit der Beseitigung des Mehr oder Weniger in der Verfügung über die irdischen Güter begnügt, schafft allein nicht die gesellschaftliche Gleichheit, die die Forderung der Gerechtigkeit erfüllt, die Gleichheit, die auf Gegenseitigkeit in allen, nicht bloß den materiellen Dingen, und die auf dem Gefühl der verbundenen Verantwortung aller und der Selbstverantwortlichkeit jedes Einzelnen beruht. Die Herstellung einer Gleichheit, die in Wahrheit die

Bedeutung der Gleichberechtigung hat, ist nicht die einfache Lösung einer ökonomischen Rechenaufgabe. In der Erkenntnis, daß hier seine Schwäche liegt, flüchtet der Marxismus in die Gefilde der philosophischen Tröstungen und redet den Sozialisten den Gedanken der persönlichen Verantwortung im gesellschaftlichen Geschehen mit der alten Tempelweisheit der Gebundenheit des Willens und der Vorbestimmung alles Werdens und Waltens aus; einer Lehre, deren übersinnliche Verstiegtheit dadurch um nichts besser wird, daß sie anstelle der göttlichen Fügung den historischen Materialismus, also die Abhängigkeit des menschlichen Tuns von den jeweiligen Produktionsformen setzt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen selbstverständlich die Entschlüsse der Menschen, außer ihnen aber bilden noch eine Fülle anderer Gegebenheiten, die aus geographischen, biologischen, in Stamm und Ueberlieferung begründeten oder sonstigen Eigentümlichkeiten quellen, den seelischen Mischkessel, den wir Charakter nennen. Mag die Bewußtseinsbildung somit vielfachen sozialen Bedingungen unterliegen, die Persönlichkeit wird davon in ihrer Fähigkeit zur unmittelbaren Einwirkung auf das gesellschaftliche Sein und in ihrer Ermessensfreiheit nicht betroffen. Innerhalb eines Charakters ist der Wille frei.

Den Einzelwillen jedoch in die Mitte alles Geschehens zu stellen, ihm die Dinge, der Gesamtheit unterzuordnen in dem Glauben, der Sinn der Gesellschaft erschöpfe sich in der Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der ihres einmaligen Ichs bewußten Persönlichkeit, bedeutet ebenfalls nichts als die Flucht aus der Wirklichkeit in die vorgestellte Welt einer sozial zusammenhanglosen Menschheit. Wie unteilbar aber die Einheit von Mensch und Menschheit ist und von jedem Menschen empfunden wird, erhellt, um ein einziges Beispiel zu nennen, aus dem Bestreben aller Menschen, Zeugnisse des individuellen Lebens über den Tod hinaus ins gesellschaftliche Leben zu verpflanzen. Für das Einzelwesen besteht die Welt nur, solange sie sich seinen Sinnen bemerkbar macht. Das Sterben, das mit dem Individuum sein ganzes Bewußtsein und alle persönliche Wahrnehmung auslöscht, wäre ohne die vollständige Verflechtung des persönlichen mit dem gesellschaftlichen Leben für den Einzelnen das Ende der Dinge überhaupt. Eine Gegenseitigkeitsbeziehung zwischen den Menschen auf Abruf kann es nicht geben. Der im Instinkt der Menschen begründete Drang, den schaffenden Eifer im Dienste der Menschheit zu betätigen, aus dem Eigenen die materiellen, geistigen und sittlichen Schätze der Gesamtheit zu mehren, wäre vollkommen sinnlos, wenn das Individuum ein lösbarer Teil des Ganzen wäre. Alle Regsamkeit der Persönlichkeit empfängt den Antrieb aus dem Bewußtsein der Gemeinsamkeit. Die Gesellschaft ist der Ursprung des Lebens, wie sie zugleich Sinn und Inhalt des Lebens ist. Da die Gesellschaft indessen sich zusammensetzt aus dem lebendigen gemeinsamen Sein der Einzelnen, sind ihre wirksamen Eigenschaften nicht unterschieden von denen der Menschen, der Tiere oder der Pflanzen, die miteinander Gesellschaft bilden, aus ihr geworden sind und sie unausgesetzt neu aus sich erzeugen.

Gesellschaft und Mensch ist demnach als einheitlicher Organismus zu begreifen, und jeder Fehler in der Wechselbeziehung der Menschen zu einander muß sich als gesellschaftlicher Schaden, jeder Mangel in der gesellschaftlichen Ordnung als Krankheitserscheinung im sozialen Getriebe und somit als Benachteiligung von Individuen in Erscheinung setzen. Diese Untrennbarkeit eines Ganzen von seinen Gliedern, dieses Ineinander-Verstricktsein der Teile, deren jedes ein Organismus mit den Eigenschaften des Ganzen ist, dieses Miteinander- und Durcheinander-Bestehen des Einzelnen und des Gesamten ist das Merkmal des organischen Seins in der Welt und jeder Verbindung in der Natur. Wie der Wald aus Bäumen besteht, deren jeder sein Eigenleben hat, mit eigenen Wurzeln im Erdreich steckt, sich selbst ernährt, lebensunfähig gewordene Aeste absterben läßt und neue Triebe entwickelt, im Welken der Blätter und Hervorbringen neuer Keime, im Ausstreuen des Samens und im allmählichen Verbrauchen der Lebenskraft jungem Nachwuchs Platz schafft, und wie in diesem Werden und Vergehen und in der wechselseitigen Kraftübertragung der einzelnen Bäume das Leben des Waldes als Zusammenfassung zu einem Ganzen wiederum völlig den Charakter eines lebenden, sterbenden, sich stets von neuem schaffenden individuellen Wesens erhält, so ist jede Gemeinschaft ein Organismus aus Organismen, ein Bund von Bündeln, eine zur Einheit gewordene Vielheit von Einheiten. Der kommunistische Anarchismus will diese natürliche Verbindung von Persönlichkeit und Gesellschaft mit Gleichberechtigung, gegenseitiger Unterstützung und Selbstverantwortlichkeit aller Einzelnen, im Bewußtsein der Gesamtverbindlichkeit und gemeinsamen Verantwortung fürs Ganze wieder zur Lebensform auch der Menschheit werden lassen. Dazu erforderlich ist aber die vollständige Neugestaltung der Organisationsgrundsätze im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verkehr.

Solche auf natürlichen Zusammenschluß der Teile zum Ganzen und auf die Kraft des Ganzen als Lebensquelle der Teile gestützte Vereinigung stellt die Organisationsform des Föderalismus dar im Gegensatz zum Zentralismus, der die künstliche Organisationsform der Macht und des Staates ist, wie sie der Kapitalismus bis zur restlosen Vernichtung der Persönlichkeit, der Gleichheit, der Selbstbestimmung, der Selbstverantwortung und der Gegenseitigkeitsbeziehung emporgezichtet hat. Föderalismus verhält sich zu Zentralismus wie Organismus zu Mechanismus, das heißt wie Gewachsenes, Naturgewordenes, Wesenhaftes zu Geknetetem, Zusammengebasteltem, Nachgemachtem. Föderalismus ist Gemeinschaft der lebendigen Teile zum Gefüge eines lebendigen Ganzen, Zentralismus ist Aneinanderkettung der Teile zur willenlosen Lenkung durch ein unbeseeltes Triebwerk. Im Föderalismus wirkt die Uebereinkunft der Individuen, ihren unterschiedlos auf den eigenen wie auf den Gesamtvorteil gerichteten Willen zur vernünftigen Herstellung des Bedarfs, zu seiner vernünftigen Verteilung und Verwendung und zur gerechten Gestaltung aller übrigen Lebensbeziehungen zu verbinden; im Zentralismus wirkt das von außen gegebene Gesetz der jeweiligen Macht, welche die Vorrichtungen zur Niederhaltung des Gemeinschaftswillens in den Händen hält. Der Föderalismus baut den Gemeinschaftskörper von unten auf, indem er die schaffenden Kräfte selber in unmittelbarer Verständigung die Maßnahmen treffen läßt, von denen das Wohl der Einzelnen und das Gemeinwohl abhängt und die die Bürgerschaft gewähren, daß das Gemeinwohl das Wohl des Einzelnen in sich schließt. Der Zentralismus bewegt die nur äußerlich zusammengeordneten, aber aus keiner inneren Notwendigkeit einander vertrauten Einzelnen von oben her, indem er den Persönlichkeitswillen lähmt und ihm die Leitung durch einen gemeinschaftsfremden, der Prüfung entzogenen Willen aufzwingt. Föderalismus ist Organisation durch natürliche Ordnung; Zentralismus ist Ersatz der Ordnung durch Ueberordnung und Anordnung. Die föderalistische Organisation entspricht den Forderungen der Gerechtigkeit, der Gegenseitigkeit, der Gleichheit, der gemeinsamen Selbstverantwortung, der Gemeinschaft aus Einzelnen. Die zentralistische Organisation entspricht den Bedürfnissen der Macht, der Obrigkeit, der Ausbeutung, des Klassenzwiespalts, der Bevorzugten. Föderalismus ist Ausdruck der Gesellschaft; Zentralismus ist Ausdruck des Staates.

Staat und Gesellschaft nämlich ist zweierlei. Weder ist die Gesellschaft eine Zusammenballung aller verschiedenen Organisationen und Verbindungen, innerhalb deren die Menschen ihre gemeinschaftlichen Angelegenheiten ordnen und unter denen der Staat neben anderen Einrichtungsformen besteht, noch ist der Staat von etlichen Möglichkeiten eine der Organisationsarten, in denen sich die Gesellschaft verkörpern kann. Es ist in aller Eindeutigkeit so, daß wo Gesellschaft besteht, für den Staat kein Raum ist, wo aber der Staat ist, er als Pfahl im Fleische der Gesellschaft steckt, ihr nicht erlaubt, Volk zu bilden und gemeinschaftlich ein- und auszuatmen, sie statt dessen in Klassen trennt und dadurch verhindert, Gesellschaft zu sein. Ein zentralisiertes Gebilde kann nicht zugleich ein föderalistisches Gebilde sein. Ein obrigkeitlich zugerichtetes Verwaltungswesen ist Regierung, Bürokratie, Befehlsgewalt, und dies ist das Merkmal des Staates; eine auf Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit aufgebaute Gemeinschaft ist in den Grenzen der räumlichen Verbundenheit der Menschen Volk, als allgemeine Lebensform der Menschheit betrachtet, Gesellschaft. Staat und Gesellschaft sind gegensätzliche Begriffe; eins schließt das andere aus.

Vom Klassenstaat reden, heißt von hölzernem Holz reden. Staat ist nichts anderes, kann nichts anderes sein als zentralisierter Ausführungsdienst einer vom Volk gelösten Klasse zur Beherrschung des entrechteten und zur beherrschten Klasse erniedrigten Volkes. Das staatliche Verwaltungsverfahren teilt also die menschliche Gesellschaft in Gesellschaftsklassen, indem es Grund und Boden nebst den von Menschen geschaffenen Produktionsmitteln als Eigentum der bevorzugten Klasse schützt, die Zulassung zur Benutzung des Eigentums durch die fast die Gesamtheit umfassende Klasse der Besitzlosen nach den Grundsätzen der Unantastbarkeit des Eigentumsvorrechts und der Wahrung des Charakters der Arbeitsleistung als Verdingung der Arbeitskraft regelt. Ausschließlich zu diesem Zweck ist der Staat geschaffen, niemals hat er einem andern Zweck gedient, niemals könnte er anderen Zwecken nutzbar werden. Nur wo Herrenrecht gegen Sklavenrecht steht, hat der Staat Sinn, findet er Aufgaben der Betätigung. Erst mit dem Entstehen persönlichen Eigentums zur Ausbeutung von Menschen konnte der Staat werden, ist er geworden. Mit der Entfaltung des Kapitalismus, der die materiellen Ausbeutungsgrundsätze der Eigentümer zum Mittelpunkt des gesamten Lebens der Menschen machte, vergrößerte und vergrößerte der Staat beständig das Netz von Gesetzen, Aufsichts- und Zwangsmaßnahmen, durch welche das Proletariat in der Hörigkeit der bevorrechtigten Klasse gehalten werden soll. Wieder aber sind es die

marxistischen Sozialisten, welche nebst der materialistischen Weltbetrachtung auch die zentralistische Organisationsform, dieses eigentliche Wesensmerkmal des kapitalistischen Staates, als Grundriß für den Aufbau der vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft übernehmen wollen.

Es ist dargelegt worden, daß die allgemeinen Verhältnisse das Verhalten der Menschen bestimmen, daß hingegen diese Verhältnisse zum erheblichen Teil aus willensgelenkten Veranstaltungen der Menschen selbst entstehen, somit auch das Verhalten die Verhältnisse schafft. Allgemein kann gelten, daß gleichartige Verhältnisse gleichartiges Verhalten zur Folge haben, gleichartiges Verhalten also ebenso gleichartige Verhältnisse bewirkt. Hat der Kapitalismus zur Kräftigung seiner Herrschaft über die Menschen eine zentralisierte Staatsverwaltung eingerichtet, die bei steter Steigerung des obrigkeitlichen Drucks die Macht des Kapitals dauernd vermehrt hat und rückwirkend eine ständige Erweiterung der staatlichen Befugnisse zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen der Bevorrechtigten verursachte, so bedeutet das, daß der von oben geleitete Staat die allein geeignete Organisationsform zur Erhaltung und Förderung kapitalistischer Wirtschaftsführung ist; zugleich aber bedeutet es, daß nur kapitalistische Verhältnisse mit dem staatlichen Zentralismus im Sinne der beabsichtigten Wirkung schalten können, und daß ferner jede staatliche Zentralmacht Kapitalismus entwickeln und, wo er etwa nicht oder nicht mehr vorhanden ist, neu erzeugen muß. Wenn daher gewisse Auslegungen der marxistischen Lehre davon überzeugen wollen, daß das Wesen des Kapitalismus durch die Verfügung privater Ausbeuter über die Produktionsmittel bedingt sei, ihre Bewirtschaftung durch den Staat jedoch bereits als Kennzeichen des Sozialismus gedeutet werden dürfe, so kann nicht heftig genug gegen eine solche Verfälschung und Umkehrung des sozialistischen Grundgedankens Einspruch erhoben werden. Staatskapitalismus, auch wenn man ihn Staatssozialismus nennen will, hat mit wirklichem Sozialismus nicht das allergeringste zu tun, ist im Gegenteil die dem Gemeinschafts-, Gegenseitigkeits- und Selbstverantwortungsgeist, ohne den kein Sozialismus sein kann, feindlichste Form der kapitalistischen Verknüchtung.

Dabei ist es völlig gleichgültig, ob der Staat vom Proletariat erobert wird, um ihn in allmählicher Umgestaltung für sozialistische Lebensbedingungen herzurichten, oder ob man anstelle des durch Revolution zerstörten privatkapitalistischen Staates einen anderen schafft, in dem von vornherein Staatsgewalten die Obliegenheiten des Nutziens der der eigenen Verfügung und Auswertung entzogenen Arbeitskraft der werktätigen Menschen versehen. Auch das Zugeständnis an die natürliche Einsicht der Sozialisten, die die Unvereinbarkeit von Staat und gesellschaftlicher Gleichheit erkennen, ist wertlos, wonach der mit dem Streben zu sozialistischen Wirtschaftsformen regierte Staat die Eigenschaft habe, mit dem Hinschwinden des Kapitalismus sich selbst überflüssig zu machen, abzusterben und einer Gesellschaft föderativ verbundener Gleichberechtigter den Weg zur Vollendung des Sozialismus freizumachen. Ein Staat stirbt nicht ab, sondern festigt sich, indem er die Grundlagen, auf denen er ruht, ausbaut. Die Grundlagen des Staates sind die kapitalistischen Klassenverhältnisse, und es macht keinen Unterschied, ob die Klassengegensätze aus der Privatverfügung Weniger über die Erde und die Arbeitsmittel stammen oder durch die Uebertragung derselben Verfügung auf eine Auslese staatlicher Befehlshaber herbeigeführt werden. Mag es immerhin moralisch befriedigender sein, die Ausbeutungsrechte nicht in den Händen persönlicher Habgier zu wissen, — es kommt darauf an, daß alle Ausbeutung ausgetilgt, nicht darauf, daß sie entpersönlicht wird. Für den schaffenden Menschen ist es ohne Bedeutung, ob seine Leistung einer Aktiengesellschaft zugute kommt, die den Nutzen daraus in Form von Gewinnanteilen Leuten zuführt, welche mit der Arbeit selbst gar keine Berührung haben, häufig nicht einmal wissen, was in dem Werk, dessen Mitinhaber sie sind, überhaupt hergestellt wird, — oder ob der Staat seinen Arbeitsertrag einzieht. Die Wirkung ist für ihn ganz gleich: das Erzeugnis seiner Arbeit gehört nicht ihm, es ist seiner Verfügung entzogen, und sein Vorteil liegt überhaupt nicht darin, daß das Erzeugnis da ist, sondern nur darin, daß er für die Herstellung Lohn erhält. Am Lohnsystem ändert sich durch die Ueberführung des Privatkapitalismus in Staatskapitalismus nicht das geringste, das Lohnsystem aber ist das Kennzeichen der Ausbeutung.

Die Behauptung, durch die Beschlagnahme der Arbeitskraft von Staatswegen werde, wenn auch die Wirtschaftsweise ausbeuterischen Charakter zu tragen scheine, die sozialistische Ordnung auf die Weise hergestellt, daß das Arbeitserzeugnis Gemeinschaftszwecken diene, fälscht den Grundgedanken des Sozialismus. Abgesehen von dem Anspruch der Kapitalisten, auch ihrerseits Werte erarbeiten zu lassen, die dem all-

gemeinen Bedarf angepaßt sind, und den Ueberschuß zum größten Teil wiederum in bedarfsteigernde Produktion umzusetzen, fehlt hier wie dort die Selbstbestimmung der Arbeiter über die Verwendung ihrer Leistung. Damit entfällt zugleich die Berechtigung des Einwands, daß kapitalistische Arbeit, gleichviel ob eine Privatperson oder der Staat Auftraggeber sei, jemals dem gesellschaftlichen Nutzen untergeordnet wäre. Denn wo immer die Zuständigkeit von Auftraggeber und Beauftragten getrennt ist, kann von keinem gemeinschaftlichen Nutzen die Rede sein. Es trifft für den Staat in noch höherem Maße als für den privaten Unternehmer zu, daß in allen seinen Maßnahmen, zumal bei der Zuteilung von Arbeitsaufträgen, die Festigung seiner Stellung als Verfügungsmacht über die Arbeitsmittel leitender Beweggrund ist. Die Versorgung des Marktes mit lebensnotwendigem Bedarf ist in jeder Art Kapitalwirtschaft nur insoweit bestimmend, wie sie zur Stärkung dieser Machtstellung beiträgt. Wo das Vorrecht der Verfügung mit dem Bedürfnis des Volks in Widerspruch gerät, ist in allen Fällen, ohne Unterschied zwischen Privat- und Staatskapitalismus, die Versorgung der Gesamtheit benachteiligt.

Das Vorrecht muß also beseitigt werden. Es kann nur beseitigt werden, indem an die Stelle der Arbeitsregelung von oben die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen tritt. Selbstverwaltung ist nichts anderes als Selbstverantwortung Gleicher auf Gegenseitigkeit, nichts anderes als föderative Organisation anstelle zentralistischer. In welcher Weise die föderative Arbeits- und Verteilungsorganisation der kommunistischen Anarchie durch das Rätewesen, die einzig vorstellbare Form der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, zu verwirklichen sein wird, soll im zweiten Abschnitt gezeigt werden. Hier genügt die Aufstellung des allgemeingültigen Satzes: eine Gesellschaft, in welcher die Beziehungen von Arbeit und Verbrauch, der Menschen untereinander und des gesamten geistigen und materiellen Verkehrs unter Wahrung der Gleichberechtigung, Selbstverantwortlichkeit aller und gegenseitigen Unterstützung geregelt werden sollen, verlangt für alle Verrichtungen föderalistische Verwaltung, das ist unmittelbare Verständigung der Beteiligten untereinander. Zentrale Verbindungsstellen dienen einzig den Zwecken der Buchhaltung und der Uebermittlung von Aufträgen, niemals solchen der selbständigen Amtsausübung und irgendwelcher vorgesetzten Behörde, deren vollständige Ausmerzung Voraussetzung aller Selbstverwaltung ist.

Der Versuch, mittels eines Uebergangstaates vom Kapitalismus zum Sozialismus zu gelangen, ist durch das Wesen des Staates als anordnende Zentralgewalt zum Scheitern verurteilt. Die staatliche Ordnung beruht auf dem Verfahren der Uebertragung der öffentlichen Dienste auf eigens zu diesem Zweck aus der Gesamtheit ausgesonderte Beamte. Wollte nach dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Sozialismus seine Daseinsformen nach demselben Verfahren einrichten, so würde sich die Wiederholung des Vorgangs ergeben, der bei der Teilung der gesellschaftlichen Obliegenheiten in Landbebauung und Landverteidigung die Unterdrückung der werktätigen durch die waffentätigen Menschen, damit die Klassenschichtung des Volkes und folgerichtig die Enteignung der Gesamtheit durch die starkgemachte Minderheit, die Ausbeutung, den Kapitalismus herbeiführte. Die vom Ganzen losgelöste Verwaltung müßte, genau wie die Waffenführer der Frühzeit sich als Adel selbständig machten und das Volk, das sich ihnen anvertraut hatte, in ein Lehnverhältnis zwingen, in kürzester Zeit Selbstzweck werden. Selbst unter den gegenwärtigen Zuständen, wo die Beamtenschaft sich in völliger Abhängigkeit von der viel stärkeren Macht der Eigentümer des Landes und der produzierenden Mittel befindet, strebt der Staat in eifriger Anstrengung danach, den Wettstreit der Kapitalisten mit obrigkeitlichen Eingriffen in verwaltungsrechtliche Bindungen zu bringen, während die Kapitalisten sich im Gegenteil über die Ländergrenzen hinweg föderativ vereinigen, sich demgemäß aus den zentralistischen Staatseingriffen zu befreien suchen und die gesetzgebenden und ausführenden Sachwalter des Staates, mit je mehr Vollmachten sie sie zur Niederhaltung der arbeitenden Klasse versehen, umso entschlossener darauf bestehen, daß sie sich auf die Ausübung der Justiz, Polizei und Abgabeneintreibung sowie auf die Sicherung der eigenen Herrschaft über das nichtbesitzende Volk beschränken. Die Enteignung des Privatkapitals zugunsten des Staates würde den Ertrag der Arbeit zwar in andere Kanäle leiten, aber nicht die Abhängigkeit der Arbeitskräfte von ausbeutenden Gewalten mindern, sondern nur die Abhängigkeit des Staates von anderen als seinen eigenen Machtbedürfnissen aufheben. Die Staatsverwaltung, die Beamtenschaft, der regierende Apparat würde sich immer ungeheurer aufblähen und wie jede Herrschaft die Neigung hat, sich zur unabsetzbaren und unlösbaren Dauermacht zu entwickeln, alle Tätigkeit mit erzieherischen und gewaltsamen Mitteln auf das Ziel richten, das Wohl der Obrigkeit als das wahre

Wohl der Gesamtheit erscheinen zu lassen. Am Ende dieses Weges steht die Erbllichkeit der Bürokratie, die die Zurückführung der Ausbeutung in den Nutzen einer Oberklasse notwendig mit sich führt, also die restlose Wiederherstellung des Privatkapitalismus mit bloß ausgewechselten Eigentümergruppen und veränderter Ausdrucksweise zur Täuschung der Massen.

Der Marxismus vertritt im Staat und in den eigenen Organisationen den Standpunkt des starren Zentralismus. Er bekämpft die Obrigkeit des Gegenwartsstaates, nicht weil sie das Volk in seiner Selbstbestimmung entrechtet, sondern weil sie die Unterdrückung nicht auf die herrschende Klasse ausdehnt. Wir sehen also diesen Tatbestand: Der Kapitalismus hat den Staat nötig zu dem einzigen Zweck, zu dem er sich eignet, selbständige Entscheidungen der arbeitenden Menschen in ihren eigenen Angelegenheiten zu unterbinden; er hat ihn hierzu mit außerordentlich weitreichenden Vollmachten ausgestattet. Die Staatsgesetze dienen dem Schutz der kapitalistischen Einrichtungen und sind so gehalten, daß sie der Form nach für die Angehörigen beider Gesellschaftsklassen verpflichtend sind. Mit der Entwicklung des individualistischen Kapitalismus zu körperschaftlichen, über die Staatsgrenzen hinauswachsenden Ausbeutungsverbindungen haben sich die staatlichen Einheitsbestimmungen für die Angehörigen der besitzenden Klasse allmählich als zu eng erwiesen; sie streben daher für sich die Lockerung der Staatsbefugnisse an, zur besseren Beherrschung der mit der Vervollkommenung der Technik immer bedrängteren Klasse der Besitzlosen ihre noch straffere Gestaltung. Der Staat ist natürlich mit der Vermehrung seiner Macht über die Mehrheit zufrieden, wehrt sich aber seiner Machtminderung bei der Wahrung der eigentlichen Vorteile der herrschenden Klasse, solange nicht das gesamte Staatsgefüge nach dem Bedürfnis des international und körperschaftlich ausgebauten Kapitalismus umgewandelt ist (diese Umwandlung ergibt das Bild des faschistischen Staates). Die zentralistischen Sozialisten aber stellen sich auf die Seite des Staates in seinem Bemühen, sich nichts von seiner Allmacht wegnehmen zu lassen, greifen ihn aber an, weil er — und hier bestimmt, da es sich um einen Musterfall kapitalistischer Erscheinungen handelt, wirklich das ökonomische Sein das Bewußtsein — vor den Ansprüchen der besitzenden Klasse trotzdem Schritt für Schritt zurückweicht, und glauben, die rücksichtslose Machtentfaltung der Obrigkeit gegenüber der Armut habe seinen Grund in der Schwäche des Staates gegenüber dem Reichtum, nicht aber im Wesen der staatlichen Obrigkeit selbst. Sie wenden sich gegen die Obrigkeit nicht, weil sie Obrigkeit ist, sondern weil sie eine andere Obrigkeit wollen, gebildet von Leuten ihrer Meinung, von Leuten, die sich als Führer ihrer Parteien oder Gewerkschaften gewöhnt haben, zentralistisch zu regieren, Vorschriften zu erlassen, Zucht und Gehorsam zu fordern, sich Menschen zu unterwerfen und sie zugleich glauben zu machen, sie würden zu ihrem eigenen Nutzen, nicht zu dem der Regierer, regiert. An Obrigkeit und Drill, an zentrale Lenkung und Abgabe des Willens an übergeordnete Personen gewöhnt, zu Staatsglauben und Führervertrauen erzogen, werden die Staatssozialisten dem Staatskapitalismus erwünschte Staatsbürger sein. Nur wird dieser Staatskapitalismus aller Eigenschaften des Sozialismus ermangeln, der Gleichheit und der Gerechtigkeit, der Selbstverantwortlichkeit und der gegenseitigen Förderung, der Verbundenheit der Menschen untereinander und der Selbstverwaltung im gesellschaftlichen Zusammenwirken. Eine allmächtige Bürokratie wird von oben her jede selbständige Regung der Menschen unterdrücken und Ausdruck sein eines Staates, der so wenig Ähnlichkeit mit einer echten Gesellschaft hat wie alle früheren Staatsgebilde und der alle Keime einer klassengespaltenen Ausbeuterwirtschaft von Anbeginn in sich trägt.

Was nämlich den Staat zum Staate macht und was einen Staat dem andern bei allen übrigen Unterscheidungen gleichwertig an die Seite stellt, bleibt auch jedem Sozialistenstaat erhalten: der Ersatz der unmittelbaren Verbindung der Menschen untereinander durch die Ueberantwortung von Macht an Menschen zur Beherrschung von Menschen. Die Verneinung der Macht in der gesellschaftlichen Organisation ist das maßgebliche Wesensmerkmal der Anarchie, oder, um dieser verneinenden Erklärung die bejahende Form zu geben: der Anarchismus kämpft anstatt für irgendeine Form der Macht für die gesellschaftlich organisierte Selbstverfügung und Selbstentscheidung der Menschen. Unter Macht ist jede Inanspruchnahme oder Einräumung von Hoheitsbefugnissen zu verstehen, durch die die Menschen in regierende und regierte Gruppen getrennt werden. Hierbei spielt die Regierungsform nicht die geringste Rolle. Monarchie, Demokratie, Diktatur stellen als Staatsarten nur verschiedene Möglichkeiten im Verfahren der zentralistischen Menschenbeherrschung dar. Wenn die Demokratie sich darauf beruft, daß sie dem Volksganzen die Beteiligung an der öffentlichen Verwaltung mit gleichem Stimmrecht für alle gewährt, so ist daran zu erinnern, daß gleiches Stimmrecht nichts

mit gleichem Recht zu tun hat und daß die Aussonderung von Abgeordneten eben die Beteiligung der Aussondernden an der Verwaltung verhindert und ihre Vertretung durch einander ablösende Machthaber bedeutet. Wo es Vorrechte des Besitzes gibt, kann kein formales Gleichsetzen von Stimmen wirkliche Gleichheit schaffen, ebenso wenig wo die Selbstbestimmung der Menschen sich durch Verleihung von Macht ablösen läßt. Macht beruht immer auf wirtschaftlicher Ueberlegenheit, und die Abschaffung wirtschaftlicher Ueberlegenheit bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von Macht bewirkt unter allen Umständen das Bestreben derer, die über die Macht verfügen, sie durch Neugewinnung wirtschaftlicher Ueberlegenheit zu sichern. Jeder auch nur zeitweilige Gesetzgeber, sei er Landesoberster, Minister oder Parlamentarier, fühlt sich über diejenigen, denen er Vorschriften machen darf, emporgehoben, wird also, auch wenn er es vorher nicht war, Sachwalter einer vom Ganzen gelösten Oberschicht mit anderen, gesteigerten Bedürfnissen und Lebenszielen, hört auf, der Klasse anzugehören, die sich nach den Gesetzen und Vorschriften zu richten hat. Das zeigt sich schon bei den zentralistisch organisierten Arbeitervereinigungen. Hier wird eine beamtete Führerschaft mit dem Vorrecht ausgestattet, die Richtlinien für das Verhalten und die Verpflichtungen der übrigen zu bestimmen, es entsteht Befehlsgewalt, Obrigkeit, Macht. Dadurch entsteht weiterhin eine grundsätzliche Scheidung der Interessen mit der Folge, daß der Kopf der Organisation ein Eigenleben gegenüber den Gliedern führt und daß die Verwaltung der Organisation Selbstzweck wird und stets seine Bedürfnisse wichtiger nimmt als die Aufgaben, derentwegen die Organisation geschaffen wurde. Es liegt im Wesen der Macht, nicht nur ihre Erhaltung mit allen Mitteln zu verteidigen, sondern sich materiell und ideell immer stärker zu machen, ja, ihre Ausdehnung und Kräftigung als einzigen Inhalt allen ihrer Handlungen zugrunde zu legen. Menschen und gesellschaftlich lebenden Tieren ist das Machtstreben nicht angeboren. Erst jahrtausendelange Gewöhnung an Vorrecht und Entrechtung hat die Menschen, nur sie, zu dem Glauben gebracht, es sei in ihrer Natur bedingt, daß der Wettstreit um den Platz an der Sonnenseite des Daseins in der Form von Machtkämpfen geführt werden müsse. Gerade aber erst die Machtkämpfe haben mit der Spaltung des Menschengeschlechts in Herrschende und Beherrschte verursacht, daß es eine Sonnenseite und eine Schattenseite des Lebens gibt. Macht kann nicht sein, wo keine Ohnmacht ist. Wer nach Macht strebt, kann sein Ziel nur erreichen, indem er andere ohnmächtig macht. Die größte und umfassendste Macht der bisher erlebten Geschichte ist die vom Kapitalismus entwickelte Macht. Zweck der halt- und grenzenlosen Kapitalshäufung ist jedoch keineswegs dem Kapitalisten bloß ein Wohlleben zu verschaffen. Seine Absicht, in Reichtum zu leben und Aufwand zu treiben, läßt sich erreichen, ohne daß Milliardenwerte, ungeheure Ländereien, Bergwerke, ganze Industrieausbeuten unter die Verfügung eines Einzelnen zu gelangen brauchten. Der Großkapitalist rafft seine Güter durchaus nicht zusammen, um sich ein bequemes Leben zu schaffen; er verwendet im Gegenteil außerordentlich mühevoller Tätigkeit auf die Erhaltung, Vermehrung und Vervielfältigung seines Kapitals, obwohl er weiß, daß sich durch die Ausdehnung seines Eigentums an seiner Lebensführung gar nichts ändern wird und obwohl jede Vergrößerung seines Reichtums größere Anforderung an seine organisatorische Spannkraft stellt. Der Kapitalist weiß sogar, daß bei gerechter und natürlicher Bewirtschaftung der Erde im Sozialismus, bei gleicher Berücksichtigung aller in der Regelung des Verbrauchs, für niemanden, also auch für ihn nicht, eine Verarmung im Sinne von Mangel an Gütern und Freuden eintreten würde. Denn der Boden trägt, wenn er sozialistisch gepflegt wird, genügend, um guten Wohlstand für alle Menschen zu verbürgen, und wir kämpfen für die kommunistische Anarchie nicht, um den Reichtum, sondern um die Armut abzuschaffen. Der Kapitalist macht sich reich, um andere arm zu machen. Sein Antrieb zur Kapitalanhäufung ist nicht Habsucht, sondern Machtgier. Je mehr Menschen er durch seinen Reichtum in Armut treibt, umso mehr Menschen macht er sich hörig. Je ärmer jemand ist, umso abhängiger ist er, je abhängiger er ist, umso besser kann er beherrscht werden. Darum bleibt es sich auch für den arbeitenden Menschen ganz gleich, ob seine Arbeitskraft von einem Privatmann oder einer Ausbeutergesellschaft gedungen wird oder vom Staat. Dadurch, daß ihm der Ertrag seiner Leistung vorenthalten bleibt, wird Macht geschaffen, von der er abhängig ist. Die Staatsmacht braucht seine Armut genau so wie der Private, um durch sie Macht auszuüben. Die Macht des Staates ist aber gefährlicher als jede andere Macht, weil sie mit dem Anspruch auftritt, Ausdruck des allgemeinen Willens zu sein und die von ihr der Arbeit abgenommenen Reichtümer dem allgemeinen Nutzen zuzuführen. In Wahrheit dienen diese Reichtümer ausschließlich der Erhaltung des Staates selbst, das heißt der Macht der Obrigkeit, die die Ohnmacht der Regierten braucht.

In der Erkenntnis, daß Macht, gleichviel wer sie ausübt, gleichviel zu welchem vorgegebenen oder wirklichen Zweck sie begründet wurde, Ausbeutung in sich trägt, ferner daß Staat und Zentralisation, gleichviel, welche sozialen Ziele sie sich gesetzt haben, Einrichtungen der Macht sind und also Ausbeutung betreiben müssen, stellt sich der Anarchismus die Aufgabe, die Macht als Form des gesellschaftlichen Lebens, demnach jede Art Staat von Grund aus zu zerstören und statt dessen die föderative Gemeinschaft Gleichberechtigter aufzubauen. Der oft erhobene Einwand, die Zerstörung der Macht setze durch ihre Vollzugsmittel doch wieder Machtanwendung voraus, beruht auf unklarem Denken. Die Worte Macht, Zwang und Gewalt bezeichnen nämlich völlig verschiedene Begriffe, deren Gleichsetzung und Verwechslung selbst schon in den Reihen der Anarchisten verheerende Irrtümer hervorgerufen hat. Gewalt ist ein Kampfmittel, daß sich von andern Kampfmitteln wie Ueberredung, Ueberlistung, passiven Widerstand usw. gar nicht grundsätzlich unterscheidet. Die Behauptung, der anarchistische Gedanke sei unvereinbar gerade mit dem Kampf, der die Anwendung körperlicher Kraft oder ihre mechanische Verstärkung durch Waffengebrauch vorsehe, ist eine willkürliche Verfälschung des anarchistischen Gedankens. Wem Gewalt im Kampfe unangenehm ist, mag sie vermeiden, mit Anarchismus hat solche persönliche Geschmacksrichtung nichts zu tun. Da der Anarchismus den Kampf bejaht, kann er nicht eine Abstufung zwischen den äußeren Kampfformen vornehmen und eine Grenze ziehen, jenseits deren der Kampf verneint wird. Auch die Anwendung von Zwang ist nicht allgemein im Widerspruch zu anarchistischem Verhalten. Ein im Kampf bezwungener Gegner muß selbstverständlich verhindert werden, den Kampf weiterzuführen. Ein sozialer Schädling muß genötigt werden, sich in die Notwendigkeit der gemeinsamen Lebensgestaltung einzufügen. Solche Verhinderung und Nötigung ist Zwang. Unzulässig im Sinne anarchistischer Auffassung werden Gewalt und Zwang erst, wenn sie im Dienste einer Befehlshoheit stehen, und daraus erklärt sich eben die oberflächliche Gleichsetzung der drei Begriffe, daß der Staat kraft seiner Macht den Alleingebrauch von Zwang und Gewalt für sich in Anspruch nimmt. Der Anarchismus ist gegen Staatsgewalt und Staatszwang, weil er gegen Staatsmacht ist. Um der Sauberkeit des Denkens willen muß aber unterschieden werden: Gewalt ist Kampfhandlung, bloßes Mittel zur Erreichung eines Zwecks; Zwang ist Maßregel im Kampf und Mittel zur Sicherung des erreichten Kampfwzweckes, Macht ist ein Dauerzustand von Gewalt und Zwang zur Niederhaltung von Gleichheitsgelüsten, ist das von oben her verfügte Zwangs- und Gewaltmonopol der Herrschaft.

Macht bezeichnet somit die tatsächliche Gegebenheit, die aus jedem zentralistischen, obrigkeitlichen, gesetzgebundenen, staatlichen Verhältnis erwächst. Als sittlicher Grundlage ihrer Herrschaftsbefugnisse bedient sie sich des den Menschen eingepflanzten Glaubens an die Berechtigung und Notwendigkeit der A u t o r i t ä t. Autorität ist die Maßgeblichkeit fremder Erkenntnis für das eigene Urteil. Der Anspruch auf Autorität bedeutet also die Forderung, daß Menschen auf eine Meinung verzichten sollen, an deren Stelle die blinde Anerkennung fertig gelieferter Gedanken, Regeln und Grundsätze zu treten hat. Die Hinnahme von Autorität bedeutet demgemäß Preisgabe der Dennkraft und des Willens, Unterordnung der Persönlichkeit unter von außen zugetragene Glaubenssätze und Vorschriften. Es ist ohne weiteres klar, daß Macht nicht ertragen würde, wäre der menschliche Geist nicht zuvor der Einwirkung der Autorität zugänglich gemacht worden. Wo Autorität Eingang hat, kann sich Macht festsetzen; wo Macht waltet, schafft sie der Autorität immer neue Zugänge. Seit Menschen andern Menschen Macht über sich eingeräumt haben und dadurch Machthunger sich zum wichtigsten Gestalter gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den Menschen entwickeln konnte — im Machtgelüst liegt das hervorstechendste Unterscheidungsmerkmal des Menschen gegenüber den Tieren, bei denen das natürliche Gesellschaftsdasein nirgends von Machtverhältnissen innerhalb der gleichen Gattung verdrängt werden konnte —, seit den Anfängen der Heranbildung von Vorrechten unter den Menschen ist zu allen Zeiten der Glaube an Autorität bei denen großgezüchtet worden, die ein Machtwille sich zur Beherrschung ausersehen hatte. Denn Autorität gründet sich auf seelische Beeinflussung, auf Zubereitung des Geistes, Glauben und Vertrauen auf Kosten von Denken und Urteilen gelten zu lassen. Wer so weit gebracht ist, zu glauben ohne zu prüfen, und sei es selbst das Unmögliche und Vernunftwidrige, der wird auch bereit sei, zu gehorchen ohne sich aufzulehnen, selbst wo das Zweckwidrigste und seinem Vorteil Entgegengesetzte von ihm verlangt wird.

Der älteste und bis heute bewährteste Weg, Autoritätsglauben zu erwecken, ist die Vortäuschung überirdischer, göttlicher Mächte, deren Gebot der Mensch willfährig, deren Urteil er verantwortlich zu sein hat. Das ursprüngliche Gefühl von Recht und Unrecht

ließe keinen Angriff auf die menschliche Selbstbestimmung zu. Das Bewußtsein, daß nur Gleichheit und Gegenseitigkeit wirkliches gesellschaftliches Recht ermöglicht, schliesse jede Machtbetätigung von Menschen über Menschen aus. Dem unverbildeten Gemüt des naturverbundenen Menschen konnte der Sinn für Obrigkeitsvorrecht und Untertanenverpflichtung daher nicht anders beigebracht werden als durch die Vorstellung, außerweltliche, himmlische Wesen seien die Schöpfer und Lenker aller Dinge, ihnen, nicht sich selbst oder seinesgleichen sei der Mensch in allem Tun und Lassen verantwortlich. Wem der Glaube an göttliche Allmacht begreiflich gemacht war, der konnte für den Glauben an menschliche Macht gewonnen werden. Dazu bedurfte es nur der Einflüsterung, die Götter übertrügen den Wachdienst über das Verhalten der Menschen mit höheren Weihen versehenen irdischen Stellvertretern. So gelang es die Autorität der Priester sicherzustellen und damit jeder weiteren Autorität Zutritt zum gesellschaftlichen Bewußtsein zu schaffen. In guter Kenntnis der Menschenseele wußten die Priester, daß die natürliche Abwehr jeder Autorität im Selbstgefühl begründet ist, das auf Selbstbestimmung und gleichberechtigte Uebereinkunft hinweist. Selbstgefühl und Stolz kann nur durch Erregung von Furcht gebrochen werden. Darum wurde mit dem Glauben an die Götter zugleich die Angst vor ihnen den Gemütern eingeflößt. Die Furcht, sonst allgemein als Kläglichkeit betrachtet, wurde den unsichtbaren Göttern gegenüber zur tugendhaften Pflicht erhoben. Wer aber einmal Gottesfurcht gelernt hat, der wird auch Priesterfurcht, Königsfurcht, Gesetzesfurcht und Eigentumsfurcht lernen und sich nach Belieben regieren lassen.

Außer dem Selbstbewußtsein mußte auch das angeborene Rechtsgefühl, das sozialen Ursprungs ist, gebrochen werden, um auf Autorität Macht begründen zu können. Die Verletzung des sozialen Rechtsempfindens geschieht durch Verweigerung der Gleichberechtigung oder Aufhebung der Gegenseitigkeit im gesellschaftlichen Leben. Da jedoch die Autorität Ungleichheit und Abhängigkeit zur Lebensbedingung hat, mußte der Begriff des Unrechts von seiner selbstverständlichen Bedeutung abgelenkt werden. Die Priester ersannen dazu die von der Beziehung zur Gesellschaft losgelöste und nur in Beziehung zur Gottheit festgelegte Sünde. Unrecht ist die Verfehlung gegen die menschliche Gemeinschaft, Sünde die Verfehlung gegen die göttliche, mithin gegen die priesterliche Autorität. Während jedoch der Bestand der sozialen Gemeinschaft durch alles die Gegenseitigkeit störende Unrecht bedroht wird, ist das Begehen sündiger Handlungen Lebensbedingung für die Autorität derer, die über Menschen-seelen herrschen wollen. Sie brauchen die Schuld ihrer Gläubigen, weil nur die zerknirschte Seele sich himmlischen Machtsprüchen unterwirft. Alle Priesterschaft lebt vom schlechten Gewissen der Menschen, aber nur die Vorstellung von Strafen nach dem Tode und von Beaufsichtigung auch der geheimsten Gedanken und Regungen hält die Furcht dauernd rege, selbst bei gerechtestem Wandel im Verkehr mit dem Mitmenschen von den göttlichen Geboten abzuirren. Liegt es doch in der Natur jeder Autorität, alle moralischen Verpflichtungen, die das soziale Gewissen fordert, aufzuheben — anders könnte ja keine Obrigkeit ihre eigene Verletzung der Gleichheitsidee sittlich rechtfertigen — und die volle Verantwortung in allen Dingen unter außerhalb der persönlichen Würdigung stehende feste Gebote zu stellen.

Das soziale Bewußtsein unterscheidet rechtliche und widerrechtliche Handlungen; ihr Prüfstein ist die Achtung oder Mißachtung der Gleichberechtigung. Die Autorität dagegen unterscheidet erlaubte und verbotene Handlungen; ein den Beherrschten zugänglicher Prüfstein für ihre moralische Verschiedenheit ist nicht vorhanden. Die Gottheit, die Priesterschaft, in der Folge der Herzog, der Fürst, der Adel, die Führung befiehlt, verbietet, macht schuldig, straft, besteuert, nutzt aus. Das Gesetz tritt an die Stelle der Selbstbestimmung, der Glaube an die Stelle des Urteils, der Gehorsam an die Stelle der Verantwortung, die Demut an die Stelle des Mutes, die Jenseitsfurcht an die Stelle des Diesseitskampfes. Die soziale Gemeinschaft dankt ab zugunsten der unmündigen Bereitschaft, Schuld zu häufen, zu bereuen und abzubüßen, Macht anzubeten und Macht anzustreben, die Persönlichkeit mitsamt der Gesellschaft zu töten und das irdische Leben an ein überirdisches Himmelreich zu verraten. Wer aber im Tode in den Himmel will, der will im Leben an die Macht, und wer im Leben die Macht hat, der tröstet seine Opfer mit dem Himmelreich nach dem Tode.

Solange die Völker sich unbefangen der Natur verschwistert fühlten, in gesellschaftlicher Gegenseitigkeit schufen und genossen, gab es bei ihnen noch keine zentrale Gottheit mit unbeschränkter Autorität. Das kindliche Verehrungsbedürfnis gab den Gestirnen und den Naturkräften Götternamen, aber die heidnischen Religionen verteilten die segenvollen Eigenschaften, die sie den Sinnbildern und Geistern beimaßen,

unter die vorgestellten höheren Wesen, und so konnten auch die Priester jeweils nur auf dem Gebiet Autorität geltend machen, auf dem ihre Götter anbetungswürdig schienen. Erst das Judentum zentralisierte den Gottgedanken, erst die jüdisch-christliche Religion stellte eine Allmacht über der Menschheit auf, schuf den Begriff der Gottesknechtschaft, unterwarf Denken, Fühlen und Handeln den unantastbaren Satzungen einer jeder Absetzbarkeit, ja, jeder Anzweiflung entzogenen einheitlichen Autorität. Die Priester des allmächtigen, allwissenden, allgegenwärtigen Gottes erlangten dadurch die schrankenlose Macht über die Seelen der Gläubigen, eine Macht, der sie durch die Errichtung der Kirche den Halt der vollkommensten Zentralisation gaben.

Daß der Anarchismus mit dem Glauben an eine außerhalb der Persönlichkeit wirkende bewußte und willensbegabte Kraft unvereinbar ist, bedarf keiner besonderen Darlegung. Der Begriff der Religion könnte nur insofern mit anarchistischer Denkweise in Übereinstimmung gebracht werden, wie er als Hingebung und Versunkenheit des Ich in seiner Beziehung zu Menschheit und Weltall gemeint wäre. Wo aber, wie es hier und da geschieht, von christlichem Anarchismus geredet wird, liegt immer der Verdacht nahe, es solle damit zwar die Ablehnung des Staates und der irdischen Obrigkeit zum Ausdruck kommen, hingegen der sich selbst mißtrauenden Seele die Zuflucht zu einer jenseitigen Schöpfer- und Bewacherautorität offengehalten werden. Jede wirkliche oder vorgestellte Autorität ist aber Preisgabe der Selbstverantwortlichkeit an eine über der Persönlichkeit wirkende Macht mit der Bedeutung von Aufsicht, Befehlsgewalt und Gerichtsbarkeit.

Es ist nur folgerichtig, daß die staatliche Autorität sich als moralischer Machtstütze stets und überall der kirchlichen Gebotsformen bedient; ebenso, daß die Kirche nach bester Möglichkeit die staatlichen Machtmittel zum Schutze der göttlichen Autorität in Anspruch nimmt. Die der Staatsmacht in jahrhundertelangen Kämpfen von den sich gegen jeden Gewissenszwang immer wieder aufbäumenden Völkern abgetrotzte formale Anerkennung der Glaubensfreiheit ist den Gesetzgebern fast nirgends ein Hindernis, den jüdisch-christlichen Eingott als tatsächlich vorhanden anzunehmen und unter besonderen Schutz zu stellen. Der Kampf gegen die kirchlichen Lehren von freiheitlichen Gesichtspunkten aus ist auch in Ländern, die in Technik und Wissenschaften weit vorgeschritten sind, größeren Erschwerungen unterworfen als sogar der Kampf gegen den Staat und seine Gesetze und Einrichtungen. Angriffe mit den wirksamen Mitteln des Spottes und der zornigen Grobheit werden von Gott und seinen irdischen Stellvertretern unter Einsatz schwerster staatlicher Straf- und Unterdrückungsmittel abgewehrt. Denn die Religion liefert dem Staate dank ihrer Berufung zur Seelsorge, welche alles irdische Glück aus willigem Glauben, aus Befolgen bestimmter Vorschriften für alles Fühlen und Verhalten und aus der Vorbereitung eines ewigen bewußten Lebens nach dem Tode herleitet, die sittliche Grundlage, die ihm gestattet, auf den Gehorsam gegen seine Regierung zu rechnen. So ist es auch kein Widerspruch, daß der Staat seine Gesetze keineswegs durchweg, wie es die Nurmateriellen meinen beweisen zu können, nach den unmittelbaren Bedürfnissen der Kapitalisten herrichtet. Von der Aufrechterhaltung der Strafen, welche zum Beispiel das geschlechtliche Verhalten außerhalb der Ehe bedrohen, die bestimmte Veranlagungen verfemen oder die Leibesfrucht der eigenen Entschließung der Frauen entziehen, hängen die Ausbeutungsrechte der Grund-, Haus- und Maschineneigentümer schwerlich ab. In diesen und ähnlichen Fällen dient das Staatsgesetz einfach der Unterstützung der Kirche, in ihrer Aufgabe, den Wandel der Menschen in den privatesten Angelegenheiten zu überwachen und eine Verselbständigung der Persönlichkeit gegenüber den göttlichen Regeln zu verhindern.

Indem der Staat die Macht der Kirche dadurch befestigt, daß er das, was sie Sünde nennt, mit seinen Zwangsvorrichtungen unterbindet, verbreitert er gleichzeitig sein eigenes Machtgebiet über die Grenzen des ihm ursprünglich zugeordneten Beherrschungsbereichs des öffentlichen Ordnungsdienstes hinaus. Der Kirche kann dieser staatliche Machtzuwachs aus zwei Gründen nur erwünscht sein: einmal verdingt sich ihr der Staat als Vollstreckungsorgan mit seinen physischen Kräften da, wo ihr eigene Ausführungsgewalt nicht zur Verfügung steht; ferner aber ist keine Macht instande, sich für die Dauer stark zu erhalten, wenn sie nicht mit der Ausübung von Macht die Verleihung von Macht verbindet. Die Kirchenmacht läßt die Staatsmacht in ihre Bezirke ein, um ihrerseits wiederum Macht über Dinge zu erwerben, die in den weltlichen Geschäftskreis des Staates zu gehören scheinen. Die Macht über die Seelen, die sie kraft der religiösen Beeinflussung der Menschen ausübt,

ergänzt sie durch Erringung politischer Macht im Staate. Dadurch macht sie sich den ökonomischen Machthabern unentbehrlich, die nun der Kirche die Wege zu weiterer Entfaltung von Autorität öffnen. Sie liefern der Kirche die Schule aus und erreichen so, daß die Jugend im Geiste der Autorität erzogen wird, somit brauchbaren Stoff zum Beherrschtwerden, willigen Ausbeutungsnachwuchs hergibt und frühzeitig den Drang pflegt, selbst Machtinhaber zu werden. Sie wissen, daß nur der ein guter Knecht ist, der selbst knechtet oder doch knechten möchte, wie die Kirche weiß, daß nur der mit Leidenschaft Herr sein kann, der noch einen Herrn über sich fühlt. Also: mit dem Erwachen von Machtssucht schufen sich die Menschen die Gottheit. Sie unterwarfen sich ihrer Herrschaft, um andere Menschen der eigenen Herrschaft unterwerfen zu können. Jeder Unterworfenen wird wiederum mit Macht ausgestattet, damit er um so leichter beherrscht werden kann. Jede Unterwerfung und Beherrschung führt zu materieller Ausbeutung, jede Ausbeutung zu Autorität, Zentralismus, Staat. Gott und der Staat sind die beiden Pole der Macht, die auf der Verneinung von Gleichberechtigung, Gegenseitigkeit und Selbstverantwortung beruht.

Gott und der Staat mit allen ihren Ausdrucksorganen, Kirche, Regierung, Gerichtsbarkeit, Militär, Polizei, Bürokratie, Sultanen, Wesiren, Statthaltern, Kadis, Schatzmeistern, Zollpächtern, Fakiren und Bonzen sind die vollkommensten Verkörperungen zentralistischer Autorität. Die föderative Gesellschaft der Anarchie kann keinen Bestandteil enthalten, der diesen beiden Grundformen der Macht nicht stracks entgegengesetzt wäre. Ihr Gefüge muß von der Wurzel aus anders aussehen und anders wachsen als das Gefüge jeder obrigkeitlichen Organisation. Von der Wurzel aus: die Wurzel des Staates aber, die Keimzelle der Autorität ist die Familie.

Die obrigkeitlich geschützte und nach einheitlichen Grundsätzen geregelte Familie ist Muster und Sinnbild der Zentralisation, vollendete Verkörperung des Machtgedankens, im engen Umkreis Modell von Kirche und Staat, Urform und Inbegriff ausübender und hinnehmender Autorität. Diese Eigenschaften der von Kirche und Staat geschaffenen, betreuten und beaufsichtigten Familie sind gewährleistet durch die Einrichtung der vom Staat beglaubigten, von der Kirche mit göttlichen Weihen versehenen Ehe und durch die Festlegung des Vaterrechts als Ausdruck der Beziehung des Stammes zur Allgemeinheit, der Beziehung der Familienangehörigen zueinander. Die Begründung der Vaterschaftsfamilie erfolgt in der Form der priesterlichen oder behördlichen Vornahme einer Trauung der beiden Personen, welche sich zur gemeinsamen Lebensführung und Erzeugung von Kindern verständigt haben. Die Heirat, gleichviel ob es sich um kirchliche Einsegnung oder um Ziviltrauung handelt, bedeutet also die Einschaltung der öffentlichen Macht in die private Entscheidung zweier Menschen, miteinander geschlechtlichen Verkehr zu pflegen. Um ein solches Eindringen obrigkeitlicher Gewalt in den allerpersönlichsten und verschwiegensten menschlichen Willensvorgang erträglich und berechtigt erscheinen zu lassen, bedurfte es der vollständigen Verblendung des natürlichen Wissens um Selbstbestimmung in den Angelegenheiten des eigenen Erlebens. Sie wurde erreicht durch die Verfälschung der Moral von einem sozialen Wertmaß der Rechtsgleichheit und des anständigen gegenseitigen Verhaltens in eine Richtschnur zur Innehaltung des richtigen Abstandes zwischen Machtgebot und Abhängigkeit. Die Beziehung der Geschlechter, dieser durch die Natur selbst jeder Einmischung Dritter entzogene Urquell des Lebens, mußte, um der Macht dienstbar werden zu können, im Gewissen der Menschen zum Herd ständiger innerer Not gemacht werden. Gelang das, so war für den Seelsorger der Weg frei, der Liebe Vorschriften zu machen; die Priesterschaft, mithin die Kirche, der Staat und jede Autorität konnte sich als Macht da einnisten, wo der Machtbegriff für jedes gesunde Empfinden aufhören mußte, Geltung zu haben. Es gelang durch die erfolgreiche Bemühung, den Geschlechtstrieb als eine von Anbeginn sündige Versuchung der Menschenseele zur Erregung fortwährender Gewissensqualen zu benutzen; denn nur so konnte die Vorstellung erweckt werden, daß die Befriedigung des sinnlichen Verlangens unreines Werk sei, solange nicht äußere Gewalten ihr eine genau zu befolgende Dienstordnung gesetzt hätten. Das Leben verteilt in seinem natürlichen Verlauf Last und Lust in dem Ausgleich, der durch den Charakter einer Persönlichkeit bedingt ist. Den zur Erringung des materiellen Daseins erforderlichen Anstrengungen und Gefahren steht gegenüber die Freude am Schaffen gesellschaftlicher Werte sowie die Genußfähigkeit beim Betrachten und Einatmen der Natur, bei der Aufnahme künstlerischer Schöpfungen und bei der sinnlichen Begegnung mit dem andern Geschlecht. Die Macht- und Ausbeutungsveranstaltungen der Menschen haben die Anstrengungen und Gefahren bei

der Arbeit zur Hervorbringung der Güter auf die beherrschte Klasse abgewälzt, der überdies durch die Formen der kapitalistischen Produktionsweise die Freude am Schaffen gründlich vergällt ist, da der Proletarier weder beschließen kann, was er schafft, noch dank der Teilarbeit unter seinen Händen etwas Nützliches entstehen sieht, noch gar irgend einen Vorteil von seiner Arbeit hat oder auch nur mitbestimmen kann, wozu sie Verwendungszweck sie zugeführt wird. Der Genuß der Natur ist ihm infolge ungesunder Wohnverhältnisse, Entrechtung bei der Festsetzung seiner Freizeit, ungenügender Ernährung und allgemein unfroher Lebensbedingungen wesentlich geschmälert, die künstlerischen Schöpfungen sind ihm ohnehin kaum zugänglich, da die Zulassung zu ihnen fast immer von Geldaufwand abhängig ist und die herrschende Klasse auch durch die verschiedene Schulung dafür gesorgt hat, daß der beste Teil der Kunst und Dichtung ganz und gar ihrer Sinnesart angemessen ist und folglich dem Verständnis der arbeitenden Massen verschlossen bleibt. Die einzige Freude, welche im Erleben selbst schlechterdings einem Teil der Menschheit durch den anderen nicht gekürzt werden kann, weil die Natur keine Stufenleiter der Lustfähigkeit nach Maßgabe der menschlichen Rechtsunterschiede eingerichtet hat, ist die Beglückung der Sinne durch die Liebe und den Geschlechtsrausch. Hier mußte erst nachhaltige Einwirkung auf die Seele der Menschen erfolgen, hier mußte schlechtes Gewissen geschaffen werden, um selbst in dem einzigen Lebenskreis, der dem Armen noch das Gefühl des Glücks und der Beseligung läßt, die Selbstbestimmung zu beseitigen, die amtliche Bewachung durchzusetzen, Macht und Autorität zu entfalten.

Mit Hilfe der unbezweifelbaren und unentrinnbaren Autorität Gottes wurde den Menschen weisgemacht, die Befriedigung ihres Geschlechtstriebes könne von der Brandmarkung als Laster nur befreit werden, wenn sie sich innerhalb der Bindung der beiden Ehepartner als pflichtmäßige Zweckhandlung zur Kindererzeugung vollziehe; diese Bindung müsse auf Lebenszeit geschlossen werden, bedürfe der Zustimmung und Abstempelung durch Kirche oder Staat, und jede körperliche Vereinigung zwischen Mann und Frau außerhalb der genehmigten Ehe sei sträfliches Tun, im Falle der ehelichen Gebundenheit eines der beiden schändlicher Ehebruch. Die Sicherung dieser Bindung erfolgte durch die naturwidrige Erhebung der Vaterschaft zum geschützten öffentlichen Rechtsgut. Naturwidrig ist das aus der Vaterschaft abgeleitete gesellschaftliche Recht deshalb, weil der Erzeuger eines Kindes immer nur der Mutter bekannt sein, niemals von Dritten festgestellt werden kann, auch Ähnlichkeit und vermeintliche Veneration von Eigenschaften über Vermutungen hinaus keine Beweiskraft haben. Erst die Uebertragung vorbehaltloser Befehlsgewalt auf den Mann ergab die Möglichkeit, die Vaterschaftsfamilie dadurch zu befestigen, daß die Frau und die Kinder in sklavenhafter Abhängigkeit gehalten und unter eine Aufsicht gezwungen werden, die alle Selbstbestimmung zum Ungehorsam, das Begehen selbstgewählter Wege zur Gefahr macht. Um also die Geschlechtsbetätigung unter die Macht der öffentlichen Zentralstellen zu bringen, stattete man den Kindererzeuger innerhalb der Familie mit zentralen Machtbefugnissen aus, machte ihm das Aufpassen auf die Frau in ihrem gesamten Triebleben und der Frau das gleiche Aufpassen auf den Mann in seinem geschlechtlichen Verhalten zur sittlichen Pflicht, erzog zugleich die Kinder im Geiste strenger Unterordnung vom Anfang des Lebens an und erweckte in ihrem Nachahmungsdrang mit dem Vorbilde der väterlichen Machtvollkommenheit von früh auf das Streben, selbst Macht zu erwerben.

Auf keinem anderen Gebiet ist die Abtötung der natürlichen Lebensinstinkte in dem Maße gelungen wie im Bezirk der Geschlechtlichkeit. Selbst bei Anhängern autoritätsfeindlicher Lehren trifft man vielfach die Neigung, dem Recht auf Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Gleichheit im eigenen Familienkreise den Einlaß zu verwehren. Das wird mit der Behauptung erklärt, die Eifersucht sei ein angeborenes, darum unbedingt gültiges Gefühl, in der Liebe naturhaft begründet und daher als Stütze der Gegenseitigkeitsbeziehung den Gattenanspruch auf Ausschließlichkeit der Geschlechtsgemeinschaft moralisch rechtfertigend. Aus solcher Sinnesart spricht nichts als völlige Verfangenheit in den autoritären Vorstellungen, wie sie Kirche, Staat und Schule in jahrtausendlangem inbrünstiger Mühe den zur Beherrschung auserkorenen Gemütern eingebläut haben. Wer auf die Geschlechtshingabe eines anderen Menschen einen Rechtsanspruch erhebt, verlangt die Preisgabe der eigenen Verfügung eines anderen Menschen über sich selbst, will Besitzer einer zweiten Person sein, ist Sklavenhalter; wer umgekehrt den Anspruch eines anderen auf seinen Körper anerkennt, begibt sich notwendig des Rechtes auf sich selbst in allen Lebensbezie-

hungen und wird Sklave eines Nebenmenschen. Wer aber irgendwo Sklavenhalter oder Sklave sein kann, der kann es überall sein und wird es überall sein. Eifersucht ist Besitzneid, bezogen auf die Liebesempfindungen eines anderen Menschen. Neid wird allenthalben als eine der erbärmlichsten Eigenschaften der Menschen ausgegeben, sofern er sich auf Güter erstreckt, die der Reichtum der Armut vorenthält. Neid gilt also als Schande, wo er der Ungleichheit in der von Menschen veranstalteten Verteilung des sachlichen Eigentums Abbruch zu tun droht. Der Neid hingegen, der der anderen Person aus Eigennutz die selbständige Entschließung über das ureigenste Verhalten in den privatesten Dingen mißgönnt, dieser Neid wird mit dem Heiligenschein einer Liebestugend umkränzt, ihm wird allerorts Ehrfurcht erwiesen, an ihn klammert sich der sonst hoffnungslos verknechtete Unterdrückte mit seiner Herrschaft und seinem Machtwahn.

Es hat Zeiten gegeben, in denen die Vaterschaftsfamilie unbekannt war. Bevor es einen Staat gab, bevor das Priestertum und die Waffenträger Vorrechte und Macht über die Menschen brachten, galt das Mutterrecht, das der Frau die Wahl ließ, wer jeweils Vater ihrer Kinder werden sollte. Damals erfuhr offenbar die geschlechtliche Eifersucht nicht die Einschätzung eines berechtigten Anspruchs einer Person auf die andere. Ganz allmählich, in langen Uebergangszuständen ist aus der völlig ungebundenen Männer- und Frauengemeinschaft, bei der die Zahl der Gatten und die Dauer der Verbindung im Belieben aller Beteiligten stand, die Familie entstanden, zuerst in der Form, daß die Mutter den Vater ihrer Kinder zur Teilnahme an der Hausgemeinschaft zuließ, dann in Gestalt der Sippenhe, bei der Männer und Frauen innerhalb der Verwandtschaft einander verfügbar waren, schließlich, in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Eigentumsvorrechte, in Gestalt der Vaterherrschaft. Aber erst mit der Ausbreitung des jüdischen Gottglaubens, wo ja die Vaterautorität deutlich versinnbildlicht ist, erhielt die den zentralistischen Grundgedanken von Kirche und Staat angepaßte Einrichtung der Väterhe die Weißen der Heiligkeit.

Der kommunistische Anarchismus ist schlechterdings als gesellschaftliche Wirklichkeit nicht vorstellbar, ohne daß dem Staat und jeder Art Zentralismus und Ausbeutung durch die Entfernung, ja durch die Aechtung familiärer Macht- und Hoheitsverhältnisse die Grundlage entzogen wäre. Wollen zwei Menschen ihr Leben gemeinsam führen, so ist das Sache ihrer eigenen Uebereinkunft; sobald aus dieser Uebereinkunft ein gegenseitiges oder einseitiges Besitzrecht oder gar Alleinbesitzrecht entsteht, ist im engen Kreise ein Machtzustand geschaffen, der mit unausweichlicher Notwendigkeit andere Personen in Mitleidenschaft zieht, zunächst diejenigen, auf die sich das Verlangen eines der Gatten richtet. Macht ist aber eine Seuche, die sich aller Umgebung mitteilt und sie in irgendeiner Weise in Abhängigkeit bringt, folglich Ungleichheit schafft, die wiederum Obrigkeit und Ausbeutung nach sich zieht. Die Moral der Anarchisten muß daher ausgehen von der bedingungslosen Billigung alles dessen, was auf geschlechtlichem Gebiete in unbeeinflusster Uebereinstimmung selbstverantwortlicher erwachsener Menschen geschieht. Unsittlich ist nie, was zwei Menschen tun, um einander Freude zu bereiten, unsittlich ist stets die Einnengung eines Dritten in ihre Verständigung.

Kein Mensch, weder Mann noch Frau, ist von der Natur so eingerichtet, daß er sich sein Leben lang sinnlich nur zu einem passenden Individuum hingezogen fühlen sollte. Der Geschlechtstrieb läßt sich nicht befähigen, ohne verdorben zu werden, und er läßt sich nicht verbieten oder einengen, ohne zu verkümmern. Die Eifersucht sichert die Ausschließlichkeit der Hinneigung eines Menschen zum andern nur bei völlig machtbefangenen Menschen, bei selbständig empfindenden, der Autorität unzugänglichen Naturen zerstört sie die Unbefangenheit des Verhaltens und verursacht dadurch fast immer das Gegenteil dessen, wofür sie eifert. Alle Liebesverständnisse beruhen auf Gegenseitigkeit. Aber die Gegenseitigkeit wird nicht von dem Teil aufgehoben, welcher verschiedene Verständnisse unterhält, sondern von dem, welcher vom andern die Innehaltung einer Zwangsbindung ausschließlich an seine Person verlangt. Aus dem Zusammenfinden sinnlich bewegter Menschen, sei es zur Führung gemeinschaftlicher Häuslichkeit, sei es im Ueberschwang eines Augenblicks zur Erfüllung eines vorübergehenden Begehrens, lassen sich allgemeine Regeln und moralische Gesetze überhaupt nicht ableiten. Die Angelegenheiten der Geschlechtlichkeit haben mit sozial begriffener Sittlichkeit nicht das geringste zu tun, sofern nicht Gewalt, Mißbrauch wirtschaftlicher Abhängigkeit oder Verführung unentwickelter Kinder und der Willensfreiheit Berauber den Verkehr zur Machthandlung erniedrigt,

das Verhältnis gleichberechtigter Gegenseitigkeit zerstört und damit den privaten Vorgang gemeinschädlich auf die Gesellschaft zurückwirken läßt.

Die religiösen Gebote und in ihren Spuren die Staatsgesetze haben das geschlechtliche Verhalten, das sich, sozial gesehen, für ihre Machtzwecke kaum verwenden ließe, der öffentlichen Moral insgesamt zugrunde gelegt; sie haben die Menschen gewöhnt, unter Sittlichkeit die Einordnung der sinnlichen Bedürfnisse in die vorgeschriebenen Beschränkungen zu verstehen. Nur so war es möglich, die autoritäre Ehe, die lebenslängliche Zwangsbindung zur Familie zur unbestrittenen Selbstverständlichkeit der privaten Lebensorganisation zu machen. Die Vatermacht im Hause gab der Priestermacht der Kirche, der Regierungsmacht im Staate, der Kapitalismacht in der Oekonomie die moralische Weihe; sie konnte daher nicht strenge genug gewahrt werden. Dabei ist zwischen dem orientalischen Recht der Männer, beliebig viel Frauen zu heiraten und dem christlichen und europäischen Grundsatz der Einehe, kein Unterschied des Wesens sondern nur der Abstufung. Die Vielehe ist nur dem Mann erlaubt, sie ist also der krasseste Ausdruck der unbeschränkten Vaterautorität in der Familie und schützt den Mann auch im Geschlechtsleben vor jedem Dreinreden innerhalb seines Herrschaftsbezirks. In der Einehe ist zwar die Frau ebenfalls ganz der Befehlshoheit des Mannes unterstellt. — die bürgerlichen Gesetzbücher, ebenso wie das Kirchenrecht weisen der Ehefrau noch in unsern Tagen die Rolle der gehorsam dienenden Untergebenen und zur widerspruchslosen Hingabe verpflichteten Rettungsgenossin des Gatten an —, aber durch das Verbot, sich mehr als eine Ehesklavin zu halten, steht in bezug auf sein Sinnenleben auch der Mann unter Aufsicht, ist seine Gottähnlichkeit in der Familie in einem Punkt eingeeengt, und die Frau, was noch wichtiger ist, wird in sehr schmalem Raum ebenfalls als Machthaberin zugelassen, trinkt sich mit dem Stolz, irgendwo auch Autorität betonen zu dürfen und wird um so zuverlässiger die Kinder im autoritären Geiste erziehen und sich der Autorität des Mannes, der Kirche und des Staates unterwerfen.

Der Verzicht auf die amtliche Beglaubigung einer Ehe ändert natürlich am Charakter der Familie nur dann etwas, wenn die überkommene Moral des gegenseitigen Machtverhältnisses darin keine Auferstehung erlebt. Jede auf pflichtschuldige Fügsamkeit, auf Unterbindung der Selbstbestimmung und Verbot außerehelicher Beziehungen gegründete Verbindung trägt alle Wesenszüge der zentralistischen Obrigkeitsorganisationen, der Kirche und des Staates, in sich. Der Mann, der Familienvater verfügt über eine fast unbegrenzte Autorität, die ihm von den öffentlichen Gewalten ausdrücklich gewährleistet wird. Er hat das Züchtigungsrecht über Frau und Kinder, er vertritt sie vor den Organen des Staates, er bestimmt über Wohnsitz und Vermögen: ihm tritt auch kein Gesetz in den Weg, wenn er sie kapitalistisch ausbeutet. Nur das Leben der Seinen darf er nicht auslöschen; daran hat der Staat Anteil, der Arbeitskräfte braucht, um sie beherrschen zu können. Mit dieser Regelung der Familienrechte wird erreicht, daß der überall gefesselte Mensch in seinem engsten Lebenskreise selbst fesseln kann, ihm folglich die Schändung der Persönlichkeit durch jedwede Verknechtung nicht zum Bewußtsein kommt. Er gewinnt Geschmack am Zentralismus, da er selbst irgendwo Zentralgewalt ausübt. Für die nie ganz ausrottbare Sehnsucht nach Selbstverantwortung und Gegenseitigkeit wird ihm in seinem Heim eine von Staats wegen genehmigte Stätte überlassen, wenn auch die Gegenseitigkeit nur in der Befugnis der Gatten besteht, einander* unter Polizeiaufsicht zu halten. Im übrigen wird die Gottähnlichkeit der Eltern den Kindern gegenüber durch kirchlich und staatlich verordnete Sittenlehren befestigt und durch die Verleihung des Erbrechts auch für die kapitalistischen Machteinflüsse nutzbar gemacht. Erdlich aber wird durch die Einrichtung der in sich geschlossenen Familien ein Sippenstolz gezüchtet, der dieses verkleinerte Abbild des Staates immer wieder anspornt, sich in der Abkapselung mehr zu dünken als die Nachbarfamilie, was die Neigung in sich schließt, sich auf ihre Kosten zu bereichern. So wird jede föderative Gemeinschaft von unten auf schon in der gesellschaftlichen Keimzelle verhütet, das Streben nach allgemeiner Gleichberechtigung durch den Anreiz zum Geltungswettstreit unterbunden, die Grenzlinie zwischen den gemeinsamen Opfern einer größeren Macht verstärkt, der Gedanke der feindlichen Abgrenzung, ohne die es kein zentrales Gebilde geben kann, im Boden des privaten Machtinteresses der einzelnen verwurzelt. Mit dieser Eigenschaft jedoch, als umzäunte Burg selbstgerecht und selbststüchtig sich mit ihren Zugehörigen gegen die anderen Sippschaften abzuschließen, erfüllt die autoritäre Familie ihre eigentliche Aufgabe, der heranwachsenden Jugend mit dem Familiensinn den Staatssinn, den Willen zur Macht des eigenen Staates, die Feind-

schaft gegen andere Staaten, das Verlangen nach Eroberung, Unterdrückung, Ausbeutung der Völker jenseits der Staatsgrenzen, den Nationalismus aufzupropfen.

Nation ist Völkerschaft, also eine räumliche verbundene, durch gemeinsame Lebensbedingungen, Sprache und Gewohnheiten zusammengehörige Menschengemeinschaft. Die Begriffe Nation und Volk decken sich ungefähr, sofern sie einfach zur Unterscheidung der verschiedenen in Ländern zusammengefaßten Menschheitsteile gebraucht werden. Nationalität bedeutet Zugehörigkeit zu einem Volk. In keinem dieser Worte ist mehr enthalten als ein Bestimmungsmerkmal, keins drückt einen abmeßbaren Wert aus. Erst mit der Zerspaltung der Völker in Klassen, mit ihrer Unterwerfung unter den Krieger-, den Priester-, den Grundherrn-, den Kapitalistenstand gewann die Nation den Sinn eines moralisch gestützten Herrschaftsgebildes, und heute ist Nation längst die feierliche Bezeichnung für den nüchternen Machtbegriff Staat. Nationalismus ist die Gesinnung, die den eigenen Staat für den vor allen anderen ausgezeichneten hält, welcher kraft der Tugenden des in ihm organisierten Volkes das sittliche Anrecht habe, seine Grenzen ständig zu erweitern, seine Gesetze und sittlichen Lehren anderen Völkern als maßgeblich aufzuzwingen und fremden Arbeitsertrag den eigenen Machthabern nutzbar zu machen. Nationalismus ist die weihevollte Erklärung des Staatsgedankens, die Uebertragung der autoritären Familienmoral auf die Völker.

Hält sich in der zur gesellschaftlichen Einrichtung erhobenen und gesetzlich geschützten Vaterschaftsfamilie der Machtgedanke hinter rührseligen Vorwänden als Züchtigkeit, Angehörigenliebe, Blutsverbundenheit verborgen — lauter Dinge, die vorhanden sein können oder auch nicht, die aber niemals von äußerlichen Rechtsatzungen abhängen —, so erklärt der Nationalismus die Macht offen zum sittlichen Grundsatz und erhöht den Befehlsapparat der Arbeitsmitteleigentümer, den Staat, zum erhabenen Träger der also geheiligten Macht. Um des Nation oder Volk genannten Staates willen wird der Artbegriff der Menschheit aus dem Bewußtsein der Menschen gestrichen, an Stelle der Gleichberechtigung aller Artgenossen das Vorrecht für das in den eigenen Landesgrenzen zentralistisch regierte Volk begehrt, der Anspruch auf Unterjochung, Beherrschung, Versklavung der anderen Völker verkündet, die kriegerische Gewalttat, die Beraubung, ja Ausrottung jenseits der Landesgrenze wohnender Bevölkerungen zur Pflicht gemacht, Grausamkeit, Tücke, Lästerei, Mordbrennerei, Verleugnung aller angeborenen sozialen Empfindungen für Tapferkeit und nationales Recht ausgegeben und jeder Machtvorteil des eigenen Staates unterschieds- und bedenkenlos heilig gesprochen.

Es ist gewiß richtig, daß alle Kriege, alle staatlichen Grenzerweiterungen und nationalen Ansprüche materiellen Nutzen erzielen sollen. Aber es trifft hier wie überall zu, daß der Machtzweck allen materiellen Zwecken übergeordnet ist, daß die Beherrschung von Menschen durch Menschen der leitende Beweggrund aller Unterdrückung ist, wenn auch allerdings die wirtschaftliche Ueberlegenheit unentbehrliches Mittel zur Erlangung von Macht bleibt. Beweis für das Uebergewicht des Machtstrebens über das bloße Bereicherungsbedürfnis ist der stets erfolgreiche Anruf der nationalen Gesinnung im Falle drohender Machtschmälerung oder angeblicher Beleidigung der nationalen Würde, unter welcher nichts anderes verstanden werden kann als Geltung, Maßgeblichkeit, Autorität. Die zum nationalen Kampf bereiten Massen haben für sich selbst ökonomische Vorteile so gut wie nie zu erwarten, mit dem Versprechen ausmünzbarer Belohnung werden sie auch nur in beschränktem Maße in Begeisterung versetzt; aber ihre Zugehörigkeit zur Nation wird ihnen als seelischer Wert einleuchtend gemacht, das heißt, das ihnen aus dem Kirchenglauben und dem Familiensinn geläufige Autoritätsbewußtsein wird zum nationalen Macht-rausch gesteigert, indem jedem Individuum der Stolz geschwellt wird, sich selbst als Teil einer weltwichtigen Autorität fühlen zu dürfen. So wird dem ausgebeuteten Volk das Machtgelüst auf einen ideellen Nenner gebracht, in seiner Vorstellung das räumlich abgesteckte Staatsgebiet zu einem religiösen Begriffswert erhoben, der zentralisierte Regierungskörper priesterlich umschmückt, als ob er nicht das regelnde Organ kapitalistischer Machtverhältnisse, sondern das Sinnbild ehrfurchtgebietender Schöpferkraft wäre; und zugleich verständigt sich die ausbeutende Oberschicht über alle Ländergrenzen hinweg zur gemeinsamen Wahrung ihrer Eigentumshoheit, schließt Vereinbarungen ab, die ihre Klassenstellung zur wirklichen, von keinem Nationalismus eingengten Macht durch Gewinn und Reichtum festigen. Die Machtverständigung

der Oberklasse erstreckt sich über alle Wirtschaftsgebiete mit Einschluß der Herstellung der Kriegswaffen, welche dazu dienen sollen, den Völkern im gegenseitigen Abmetzeln ihren nationalen Machtdünkel lebendig zu halten, sie also durch eingebilddete Autorität der fühlbaren Autorität willfährig zu machen. Der Nationalismus, das ist der Hochmut, der sich auf Volks- und Staatszugehörigkeit stützt, hat dieselbe Quelle wie jedes Wertgefühl, das statt auf persönliche Leistung und soziales Verhalten auf Umstände gegründet ist, die außerhalb des Willens des einzelnen liegen: die Autorität, die kritiklose Anerkennung fordert, um Macht ausüben zu können, und die Autorität und Scheinmacht verleiht, um dem Machtgedanken die Gefahr des Zweifels an seiner Berechtigung fernzuhalten.

Die jüdische Gottvater-Lehre, die den einzigen, allmächtigen, allgerechten, allgegenwärtigen Gott mit dem finster drohenden Verlangen über die Menschen setzt, in unaufhörlichem Gebet angefleht, bewundert, der hingegebenen Verehrung versichert und für alles, selbst für jede Qual und Demütigung bedankt zu werden, schuf den westlichen Völkern die Voraussetzung zur Hinnahme der Vaterschaftsfamilie mit der göttähnlichen Stellung des über die Seinen herrschenden Oberhauptes. Diese autoritären Vorbilder haben auch dem Staat mit seiner nationalistischen Ideologie die Bereitwilligkeit der Menschen zur Untertanschaft unter eine zentralistisch schaltende Macht, zum Verzicht auf Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung in den Dingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens erschlossen. Gottvater, Vater, Vaterland — die Einwirkung auf die Gefügigkeit der Menschen geschieht überall auf die gleiche Weise, indem sie die soziale Gegenseitigkeitsverknüpfung, die natürlich weder an Hausmauern noch an Landesgrenzen aufhören kann, übersieht und die Ueberheblichkeit durch die Verpönung aller Glaubenslehren außer der eigenen, durch die Vergottung der eigenen Familie mit ihren Vorfahren und Eigentümlichkeiten, durch die Heiligsprechung der eigenen Nation und die Feindschaftspflege gegenüber anderen Völkern aus moralischer Verpflichtung großzieht. Es ist das Verhängnis der Juden, daß sie, die die Autorität in ihrer verwegensten Vollkommenheit als höchsten Ausdruck der Lebensgestaltung über die Menschheit gebracht haben, die Wirkungen ihrer Lehren am bittersten spüren müssen. Sie haben den Glauben an den einzigen Allgott, die gottgewollte Vaterautorität und folgerichtig die nationalistische Formel vom auserwählten Volk Gottes in die Welt gesetzt. Wer vom Vaterland spricht, spricht in jüdischer Denkweise, denn er bekennt sich zur Verherrlichung einer, nämlich seiner Nation, er bekennt sich zum auserwählten Volk. Aus diesem Bekenntnis leitet er das Recht ab, andere Völker zu hassen, zu verachten, zu vergewaltigen, und die Juden, ehemals selbst eine in räumlicher Umzäunung zentralistisch organisierte Nation, werden, über alle Länder verstreut, von nationalistisch besessenen Nachfahren ihres Geistes, aber anderen Stammes, als Eindringlinge, Feinde und verächtliche Fremde verfolgt, beschimpft, verleumdet und mißhandelt. Das natürliche Rechtsgewissen wird durch National- und Rassenüberhebung vernichtet. Gleiche Herkunft, gleicher Stammbaum, gleicher Wohnsitz und Versklavtsein an denselben Herrn genügt zur Achtungsgemeinschaft gegen die Nachkommen anderer Ahnen und die Sklaven anderer Herren.

Es bedarf nach allem schon Gesagten keiner Begründung mehr, warum der Anarchismus mit nationalen oder rassistischen Wertunterscheidungen unverträglich ist. Anarchie bezeichnet eine Menschengesellschaft, deren föderalistischer Aufbau die internationale Ausweitung aller Verbindungen, auch der gefühlsmäßigen, ohne weiteres bedingt. Die Organisation der Arbeit und des Zusammenlebens von unten herauf fußt auf der Kultur der Persönlichkeit, die sich mit anderen Persönlichkeiten im gleichen Streben zur Kameradschaft, zur Gemeinde, zum Wirtschaftsverband, zum geistigen Austausch im Sprachbezirk, im Umkreis wissenschaftlicher, künstlerischer, technischer, sportlicher, internationaler Verbände, zur Weltgemeinschaft zusammenfindet. Die Persönlichkeit zieht aber ihre Werte aus sich selbst, um nach ihrer Charakterbildung und ihrem Schaffen im sozialen Zusammenhange beurteilt zu werden. Die Haar-, Augen- und Hautfarbe der Vorfahren, die Frage, ob jemand diesseits oder jenseits eines Flusses geboren sei, ob seine Sprache und Lebensform von diesen oder jenen geschichtlichen, geographischen, klimatischen Umständen gestaltet wurde, kann nur von Machtlüsternen und Machthörigen als Urteilsmaß für Menschenwerte verwendet werden. Denn hier waltet der Drang, Grenzlinien zu schaffen, um allen menschlichen Organisationen die pyramidenförmige Gestalt, das Zusammenlaufen aller Fäden in eine Spitze, also Zentralisation, also Lenkung von oben herunter zu sichern, mit der

wiederum Mißgunst und feindlicher Wettbewerb mit der Nachbarorganisation und ihrer zentralen Spitze verbunden ist.

Eine geistig-seelische Zusammengehörigkeit des Menschen mit dem Boden gibt es natürlich, aber nur da, wo Arbeit und Leben unmittelbar aus dem Erdboden wächst. Nur noch der Bauer hat diese innige Berührung mit dem Lande, die es zu einem Stück seiner selbst macht, wie er sich als Bestandteil des von ihm beackerten Grundes empfindet. Aber der Bauer hat deshalb kein Staatsbewußtsein, sondern Heimatliebe. Die Vermengung der Begriffe Heimat und Vaterland gehört zu jenen Umnebelungskünsten, mit denen die Machtzentralisten alles natürliche Denken zu verwirren suchen. Vaterland ist ein vorgestelltes Ideal ohne gedankliche Bestimmbarkeit, sachlich bezogen auf ein genau abgestecktes Ländergebiet, dessen Zusammenhalt einzig in gemeinsamen, von einer zentralen Regierung diktatorisch oder demokratisch erlassenen, auf die Machtverhältnisse und Eigentumsrechte zugeschnittenen Gesetzen ruht. Die Grenzen dieses Ländergebietes sind veränderlich, und um sie zum Zwecke der Machtvergrößerung verändern zu können, ist die Vaterlandsides in die von religiöser und familiärer Ueberlieferung hinlänglich zur Aufnahme autoritärer Einflüsse vorbereiteten Gemüter hineingesenkt worden. Vaterlandsgefühl ist ein künstlich hervorgebrachtes, in der seelischen Veranlagung der Menschen nicht ursprünglich begründetes, machtbetontes Geltungsbedürfnis, gleichbedeutend mit Staatsbewußtsein, das nichts anderes ist als Wissen um die Zweckmäßigkeit staatlicher Macht für die Machthaber im Staate. Es kann kein Vaterlandsgefühl geben, das nicht seine Nahrung zöge aus der Feindseligkeit gegen andere Vaterländer. Die Erziehung der Jugend geschieht von früh auf im Geiste der nationalen Ueberhebung, indem das eigene Land an Hand der Machtgeschichte der Vergangenheit als das einzige zur Machtausübung berufene Vaterland vorgeführt wird. Der von Kirche und Familie gepflegte Geist der Unterordnung unter die Autorität wird hier ergänzend auf die Einbildung abgerichtet, Zugehörigkeit zu einem Volke, Staatsbürgertum innerhalb der eigenen Staatlichkeit berechtigt zum Herrschen über andere Völker. Solcher Staatsbürgerdünkel wird zur sittlichen Pflicht gemacht, dadurch aber, daß jede Staatsmacht den Dünkel für die eigene Nation heischt, daß jede Rasse sich als die einzig auserwählte, des Vorrechtes werte ausgibt und niemandem erlaubt wird, sich beim Vergleich der Werteigenschaften für eine andere Nation als die eigene zu entscheiden, wird neben der für die Erhaltung jeder Staatsmacht notwendigen Feindschaft zwischen den Völkern die haltbarste Stärkung des Autoritätsgedankens erreicht; geglaubt wird nicht was in selbständigem Urteil erkannt wird, sondern was zu glauben Vorschrift ist.

Heimatliebe hat mit Vaterlandsverehrung nichts zu schaffen. Daß sich die Vaterlandsprediger auf Heimatsempfindungen beziehen, hat seinen Grund eben darin, daß der naturnahe Mensch naturmäßige Hinweise braucht, um naturfremde Wertsetzungen ins Gefühl aufnehmen zu können. Heimatliebe hat der Mensch, dessen Wachstum aus landschaftlichen und klimatischen Reizen gefördert wurde. Jedes nicht aus seiner natürlichen Umgebung gerissene Tier empfindet Heimatliebe, ohne sie je in Vaterlandsgefühl umzudeuten, ohne je für seine Heimat erweiterte oder umpanzerter Grenzen zu wünschen. Ein Tier ohne Heimat wird flüchtig auch keine Heimatliebe spüren, höchstens Sehnsucht nach Heimat. Nicht anders ist es beim Menschen. Kann der mangelhaft ernährte, in einem ungesunden Kellerloch aufwachsende junge Mensch seine trübe Kindheitsumgebung als lockendes Heimatbild über seinem Lebensweg leuchten lassen? Kann er — und dies ist doch wohl das Erkennungszeichen der Heimatliebe — in der Ferne vom Verlangen bewegt werden, vom Dunstkreis seiner Herkunft wieder umfassen zu werden? Wessen Jugend kein Heim hatte, wessen Heim keine Freude barg, der hatte auch keine Heimat, mit der ihn eine Liebe verbinden könnte. Eine Pflicht zur Liebe aber gibt es nicht, und daß man Heimatliebe zur Pflicht erhebt, indem man dem, dessen Fuß nie ein heimatliches Stück besonnenen Landes berührt hat, von einem Vaterlande zu überzeugen vermochte, das seine Hingabe, seine Liebe, seinen Heldensinn, sein Blut und sein Leben fordern dürfe, das zeigt, bis zu welchem Grade der Verzerrung der Autoritätswahn die menschliche Seele hat verunstalten können.

Der Bauer, soweit er nicht schon als Ausgebeuteter, dem Großgrundbesitz und der Staatskasse Verschuldeter oder auch selbst zum kapitalistischen Ausbeuter Erniedrigter dem bauerlichen Naturgefühl entfremdet ist, hat Heimatliebe, weil er wirkliche Heimat hat. Ein bestimmtes Stück Land umfängt ihn, ernährt ihn, ist ihm in Sorge und Freude vertraut; seine Arbeit verschmilzt mit seinem ganzen persönlichen Leben, seine Scholle ist sein Nest, die Natur, ganz gebunden an die Landschaft, ist sein

Besitzgut, und von ihr hängt das Gedeihen oder das Mißlingen seines Daseins ab. Der Bauer fühlt sich nicht als Eigentümer seines Bodens, sondern als Besitzer; er sitzt darauf mit denen, die viel weniger seine machtunterworfenen Familie als seine in gegenseitiger Verpflichtung verbundenen Helfer sind. Wohl hat das Priestertum auch in der Bauernschaft den Geist der Autorität hochzuchten können, so daß bei der Beharrlichkeit des bäuerlichen Denkens die Grundsätze der ehelichen Gebundenheit und der Vaterhoheit, zumal in ihrer geschickt gefädelten Verquickung mit den Regelungen des Familien- und Erbrechts die Welterneuerung auch auf dem Lande noch genügend Vorurteile der Macht zu überwinden haben wird. Dennoch hat hier der kommunistische Anarchismus nicht das unzugänglichste, sondern das dankbarste Feld seiner Zukunft zu erkennen.

Die Bauernschaft nämlich ist bis auf zeitliche Erschütterungen durch politische Bearbeitung, die sich jedoch auf Erregung von Mißverständnissen zur Stimmengewinnung beschränken mußte, auch nur verhältnismäßig geringe Massen der Bauernbevölkerung überhaupt erreichte, gegen das Eindringen nationalistischer Einflüsse stets giffest geblieben. Gerade die tiefe Verwurzelung mit der Heimat schließt das Vaterlandsgefühl im Landvolk ganz aus, das ihm mit dem Vorgeben zugemutet wird, die Heimat erstrecke sich über das ganze jeweils staatlich beherrschte Land, welches, dem heimischen Acker gleich, innerhalb der geltenden Staatsgrenzen zu lieben sei, wobei vor und nach Kriegen das mit solcher Liebe zu umfangende Gebiet in neuen, engeren oder weiteren Grenzen ins Heimatgefühl einbezogen werden müsse. Der bäuerliche Geist kennt weder eine seelische Zusammengehörigkeit mit Menschen, zu denen gar keine gemeinsamen Lebenswege laufen, mögen diese Menschen immerhin innerhalb der gleichen Staatsgrenzen wohnen, noch kennt er Haß und Geringschätzung gegen Fremde, die nicht schädigend in seine Kreise einzudringen suchen: mögen diese Fremden diesseits oder jenseits eines Gebirgszuges hausen, mögen sie eine Hautfarbe, eine Kopfform, eine Ahnenreihe haben wie sie wollen. Dagegen erstäubt sich die Natur des Bauern aufs heftigste gegen alles, was ihm die Selbstbestimmung in seinem Schaffensbezirk schmälern will, was den Geist der gegenseitigen Verständigung auf dem Lande durch obrigkeitlichen Befehl zu ersetzen sucht, gegen jedes Dreirreden einer Zentralstelle in seine Angelegenheiten, gegen Beamtentum und Bürokratie, gegen den Staat, wo das Dorf in Frage steht, gegen das Gesetz, wo Verträge möglich sind. Jeder Bauer ist, ohne es zu wissen, Anarchist, und der kommunistische Anarchismus hat die größte Anwartschaft, einmal von Bauern verwirklicht zu werden, da der Gedanke, daß in voller Gleichberechtigung und unter Ausschließung des zentralen Gebotes jeder nach seinen Fähigkeiten arbeiten, jeder nach seinem Bedarf verbrauchen soll, den Naturwillen enthält, wie er bei aller Verleugnung durch menschliche Machtveranstaltungen unverlierbar fortbesteht und wie ihn die Bauern in allen Ländern und Gegenden im Gefühl am Leben wissen. Das Bauerntum hat kein Staatsbewußtsein und wird keins lernen, denn es hat das Bewußtsein der eigenen Kraft, das ist das Bewußtsein der Persönlichkeit und der föderativen, bündnishaften Gemeinschaft von Persönlichkeiten zur Versorgung der gesellschaftlichen Geschäfte. Die Anarchie wird ihre Stätte zuerst auf dem Lande finden, weil das Land nie ganz aufgehört hat, in Anarchie zu leben und zu wirtschaften.

In Anarchie leben, in Anarchie wirtschaften heißt aber dem Leben und der Wirtschaft die Ordnung der Freiheit schaffen. Das nämlich ist die Erkenntnis der anarchistischen Lehre: es gibt keine Ordnung ohne Freiheit, und Staat und Zentralismus, Autorität und Macht sind nicht allein unvereinbar mit aller Freiheit, sie sind auch unvereinbar mit aller wirklichen Ordnung im lebendigen Gesellschaftsgeschehen. Was in vorigen als die Wesensform des Föderalismus zu bestimmen versucht wurde, kann im allgemeinen zugleich als die Organisation freiheitlicher Ordnung gelten. Unter Ordnung versteht der Sprachgebrauch die Innehaltung einheitlicher Gesichtspunkte im gesellschaftlichen Handeln. Wo Zentralismus, also die Regelung der Dinge nach obrigkeitlichen Anweisungen, waltet, unterliegen die Gesichtspunkte des gesellschaftlichen Handelns den wechselnden Nutzzwecken der Macht; ihre Einheitlichkeit ist daher nicht verbürgt. Das Ineinandergreifen der schaffenden Kräfte, die das einzige Merkmal lebendiger Ordnung ist, wird zur mechanischen Geschäftigkeit, zum Zwangsdienst zusammenhangloser Leistungen verdorben. Zusammenhanglosigkeit aber ist das Gegenteil von Ordnung, nämlich Unterordnung, Drill, Zucht, Unfreiheit, Knechtschaft. Eine geordnete Gesellschaft besteht durch verbundenen Willen der Menschen zur Erfüllung einheitlich erkannter, gemeinsamer Aufgaben, setzt also Gleichheit, Gegenseitigkeitsverpflichtung und soziales Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen voraus. Mit einem Wort: Ordnung im Sinne anarchisti-

scher Auffassung kann nur wachsen aus der Selbstbestimmung derer, die Ordnung halten sollen. Ordnung aus Selbstbestimmung aber ist gleichbedeutend mit gesellschaftlicher Freiheit.

Freiheit ist der Inbegriff alles anarchistischen Denkens und Wollens. Um der Freiheit willen sind wir Anarchisten, um der Freiheit willen Sozialisten und Kommunisten, um der Freiheit willen kämpfen wir für Gleichheit, Gegenseitigkeit und Selbstverantwortlichkeit, um der Freiheit willen sind wir international und föderalistisch gesinnt. Dennoch ist das Wort Freiheit in dieser Aufzeichnung eines Grundrisses des anarchistischen Weltbildes bis jetzt mit Bedacht vermieden worden. Das geschah, weil der Wille zur Freiheit so ursprünglich und tief in den Seelen der Menschen steckt, daß keine noch so autoritäre Lehre ohne die Anwendung des Freiheitsbegriffs und die Behauptung, sie sei die eigentliche Inhaberin des Freiheitsgedankens, auskommen kann. Sogar jeder Staat, sei er demokratisch, faschistisch oder bürokratisch regiert, beruft sich auf die Freiheit, wenn er Gesetze erläßt, Kriege führt und Gesinnungen unterdrückt. Alle Revolutionen werden unternommen, weil die Unfreiheit unerträglich geworden ist, und ihr belebender Kampf ruft gilt immer der Freiheit. Aber noch alle Revolutionen sind verlorengegangen oder doch von dem Wege abgeglitten, den die Revolutionäre gehen wollten, weil das Verlangen nach Freiheit unerfüllt geblieben ist. Denn keine Partei, die sich an die Spitze einer Revolution stellt, um sich an die Spitze des Volkes zu stellen, das heißt, um die Macht über die Menschen zu ergreifen, geht in ihrer Freiheitswerbung je über das Versprechen hinaus, sie werde den Zustand beseitigen, in dem sich das Fehlen von Freiheit gerade in die Erscheinung setzt. Niemals erfahren ihre Anhänger in faßlicher Bestimmtheit, wie die verkündete Freiheit insgesamt beschaffen sein soll. Im besten Falle werden Freiheiten versprochen, die in einzelnen Punkten Erleichterungen gegen das Bestehende darstellen, nicht aber ein freiheitliches Gesellschaftsbild insgesamt zeigen.

Freiheit ist indessen nichts, was gewährt werden kann. Freiheit wird genommen und gelebt. Auch ist Freiheit keine Summe von Freiheiten, sondern die alle Lebensumstände umfassende Einheit der von jeder Obrigkeit und jeder Autorität gelösten Ordnung der Dinge. Es gibt keine Freiheit der Gesellschaft, wenn die Menschen in Unfreiheit leben. Es gibt keine Freiheit der Menschen, wenn die Gesellschaft unfrei, zentralistisch, staatlich, machtmäßig organisiert ist. Die Freiheit der Anarchie ist die freie Verbündung freier Menschen zu einer freien Gesellschaft. Frei ist der Mensch, welcher freiwillig handelt, der alles, was er tut, aus der eigenen Einsicht der Notwendigkeit oder Wünschbarkeit seiner Tat verrichtet. Die Voraussetzung dafür, daß jeder Mensch nur in freiwilliger Entschlossenheit das Seinige tut, ist eine Gesellschaft, die keine Vorrechte durch Macht oder Eigentum kennt. Alles Eigentum und alle ideelle Macht schafft Abhängigkeit, hebt somit die Freiwilligkeit aller in allem Beschließen und Handeln auf, ist also mit wirklicher Freiheit unvereinbar. Daher haben die Individualisten unrecht, wenn sie den Satz aufstellen, jeder Mensch habe den Anspruch auf Freiheit, doch ende dieser Anspruch bei der Freiheit des Nebensmenschen. Wo das Recht auf Freiheit für den einzelnen irgendeine Schranke findet, besteht keine gesellschaftliche Freiheit. Wenn nämlich die Begriffe Freiheit und Freiwilligkeit völlig gleichgesetzt werden, kann die Freiheit des einen niemals durch die Freiheit des anderen beeinträchtigt werden. Andernfalls liefe ja die Freiheit des Mitmenschen störende Handlung auf Inanspruchnahme eines Vorrechtes hinaus, es bestände also der Zustand der Macht und der Unterordnung. Wer jedoch Vorrecht und Macht ausüben will, ist dabei auf die Willfährigkeit von Mitmenschen angewiesen, handelt also selbst nicht mehr unabhängig. Auch hieraus wieder ergibt sich die vollständige Einheit von Gesellschaft und Persönlichkeit und die Richtigkeit der oben aufgestellten Behauptung, daß niemand frei sein kann, ohne daß es alle wären. Es bliebe noch der alte Einwand zu entkräften, daß die Freiheit der Menschen an der Erfahrungstatsache scheitert, die die Unselbständigkeit der meisten und ihr Angewiesensein auf einen Führer erweise. Abgesehen davon, daß die Unselbständigkeit der Mehrzahl das Educationsergebnis sämtlicher autoritären Mächte ist, die je Seelen und Arbeitskräfte der Menschen ausgebeutet haben, kann die unzweifelhafte Richtigkeit des Gemeinplatzes, daß es verschiedene Begabungen gibt, und daß für manche Erfordernisse Anweisungen geeigneter Sachkundiger zweckmäßig sind, als Beweis für die Naturbedingtheit gesellschaftlicher Unfreiheit nur von Leuten geltend gemacht werden, die unter dem Einfluß autoritärer Education jeden Glauben an Freiheit verloren haben und selbst nach Macht streben. Wir Anarchisten verabscheuen

eine Führerschaft mit Befehlsgewalt und auf Dauer gesicherter Wirksamkeit, also jede Staatsregierung, Beamtenschaft und Parteizentrale, jede Diktatur und jede Klüngelherrschaft. Aber wir leugnen weder die Nützlichkeit des Spielleiters im Theater noch des Vorsitzenden einer Versammlung oder des Kapitäns auf einem Schiff. Hier teilen persönliche Eigenschaften dem Geeigneten bestimmte Aufgaben in bestimmten Fällen zu. Im politischen Kampf und ebenso beim Aufruhr oder in der Abwehr bewaffneter Angriffe gilt dasselbe. Wie eine wandernde Herde dem Leittier folgt, das nicht gewählt ist, sondern voran geht, weil es sich die beste Witterung zutraut, aber ermüdet sogleich von jedem anderen Tier abgelöst werden kann, so verhält es sich bei den Menschen auch. Es gibt Wortführer, es gibt Rädelsführer, das sind Personen, denen gefolgt wird, weil sie am klarsten den Willen aller zum Ausdruck bringen oder am entschlossensten ans Werk des Handelns gehen. Führer ist, wer vormacht, nicht wer Gesetze gibt oder eine Gefolgschaft am Halfter hinter sich herzieht.

Führerschaft im Augenblick der Tat und ohne Anspruch auf Dauer und Verzicht der andern auf Urteil und Selbstbestimmung schließt keine Freiheit aus, solange die Freiwilligkeit der Diensterteilung keine freiwillige Vernechtung bedeutet. Sie kann es nicht bedeuten, falls Freiheit und Freiwilligkeit immer als der umfassende Begriff für alle anarchistischen Gesellschaftswerte aufgefaßt wird. Es gibt keine Freiheit ohne Gleichheit, wie es keine Gleichberechtigung ohne Freiheit gibt. Völlige Freiwilligkeit ist nur möglich beim Bewußtsein wachster Selbstverantwortlichkeit und bei lebendiger Pflege gesellschaftlicher Gegenseitigkeitshilfe. Gegenseitigkeit aber und Selbstverantwortung, Selbstvertrauen, Selbstbestimmung können nur ge-
deihen, wo die Freiwilligkeit die Triebkraft alles Lebens ist.

Anarchismus ist die Lehre von der Freiheit. Wo Ausbeutung ist, wo Macht ist, wo Autorität waltet, wo Zentralismus besteht, wo der Mensch den Menschen bewacht, wo befohlen und wo gehorcht wird, ist keine Freiheit. Die Zerstörung aller Obrigkeit, aller Vorrechte, aller Eigentums- und Versklavungseinrichtungen kann nur aus freiheitlichem Gemeinschaftsgeist erfolgen. Die staatenlose Gemeinschaft freier Menschen, — das ist Kommunismus, die Verbundenheit Gleicher in Freiheit, das ist Anarchie!

II.

Der Weg des Anarchismus

Der wichtigste Einwand gegen den Anarchismus als gesellschaftliches Ideal ist der Zweifel, ob aus solcher Freiheitslehre je mehr werden könne als ein Ideal, ob zu seiner Verwirklichung ein gangbarer Weg überhaupt zu finden sei. Die Absicht dieser Schrift ist nur, die Meinung der Anarchisten und ihre Forderungen an solche Menschen niederzulegen, welche die Unfreiheit als Uebel empfinden. Wie weit die anarchistische Meinung sich wird durchsetzen können und wie weit die Kräfte der freiheitlich gesinnten Menschen sich einmal gegen die Widerstände autoritärer, zentralistischer, staatlicher Machtauffassungen Geltung verschaffen werden, läßt sich nicht voraussagen. Es geschieht in aller Menschengeschichte das, was der stärkste Wille mit den stärksten Mitteln erzwingt. Dabei kommt es nicht darauf an, daß die Stärke des Willens und der Mittel ziffernmäßig in Erscheinung tritt, sondern darauf, daß der Wille seine Kraft aus der Festigkeit, Einheitlichkeit und Wahrhaftigkeit einer Idee zieht, und daß die Mittel auf keine Nebenzwecke hinzielen und in allen Anwendungsformen der Idee zugehörig bleiben.

Der kommunistische Anarchismus ist in Weltanschauung und Zielsetzung revolutionär. Da die Grundsätze der gesellschaftlichen Freiheit auf dem Boden der kapitalistischen Rechts- und Wirtschaftsungleichheit keine Handhaben zur Verwirklichung finden, ist die vollständige Umpflügung des Bodens, die Neuordnung aller menschlichen Beziehungen, die Umwälzung sämtlicher organisatorischen Einrichtungen zur Regelung von Arbeit und Verbrauch Vorbedingung der Umgestaltung im Sinne anarchistischer Gemeinschaft. Gänzliche Wandlung der Lebensverhältnisse aller kann aber niemals auf dem Wege langsamer Entwicklung erreicht werden, durch die höchstens Ver-

besserungen innerhalb eines Gesellschaftssystems möglich sind. Wie die Entstehung von Bergen und Inseln in der Natur nach einem langen Entwicklungsvorgang von unterirdischen Umschichtungen durch die plötzliche Sprengung der die Ausweitung hemmenden Bestandteile des Meeresgrundes oder des Erdinneren geschieht, wie jede Geburt dadurch erfolgt, daß sich ein während des vorbereitenden Werdens im Mutterleibe eingeschlossenes, zu eigenem Sein bereites Lebewesen gewaltsam den Zutritt zum Licht erzwingt, so kann auch das Werden neuer Gesellschaftszustände nur nach geeigneter Vorbereitung und vorgeburtlicher Entwicklung durch revolutionären Ausbruch vor sich gehen. Wenn schlechte, faulige, unerträgliche Zustände herrschen, so ist das allerdings noch nicht genug, um der Revolution die Bahn frei zu machen. Die vorgeburtliche Arbeit an der neuen Gesellschaft muß soweit gefördert sein, daß ihr befruchteter Keim sich aus der Umschließung befreit und die Aufgabe der Revolutionäre sich in der Dienstleistung von Geburtshelfern erschöpft, denen danach die weit schwierigere Pflicht zufällt, die Revolution am Leben zu erhalten und ihr ein Wachstum zu sichern, dem alle Krankheitserreger der früheren Gesellschaft ferngehalten werden, und das die Ausformung des vorgestellten Ideals zur Wirklichkeit der lebendigen Menschengemeinschaft verbürgt.

Der Weg der Anarchie ist somit zunächst ein Weg revolutionärer Vorbereitung. Vorbereitung der Revolution geschieht auf dreifache Weise: durch Werbung, indem das Wesen der verwerflichen Zustände aufgezeigt und zu ihrer Beseitigung und zur Schaffung wünschenswerter Zustände ermahnt wird; durch Selbsterziehung, indem die Wahrnehmung schlechter Einrichtungen den Vorsatz weckt, sie zu ändern; endlich durch Kampf. In der anarchistischen Lehre ist nichts enthalten, was irgendeinen Menschen von der Teilnahme an den Zurüstungen zur Revolution ausschliesse, der sich durch sein Verhalten nicht selbst ausschließt. Die kommunistischen Anarchisten sind indessen in wohl allgemeiner Uebereinstimmung davon überzeugt, daß die Beseitigung übler Veranstaltungen und Einrichtungen nicht von denen zu verlangen ist, die sie geschaffen haben oder Nutzen aus ihnen ziehen, sondern daß alle Befreiung Sache derer ist, die die Fesseln der Unfreiheit tragen. Der Kampf gegen die Eigentumsrechte ist von denen zu führen, denen das Eigentum vorenthalten wird, der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung von den Ausgebeuteten und Unterdrückten, der Kampf gegen Herrenrechte von den Sklaven und Entrechteten. Gleichberechtigung, Gegenseitigkeit und Selbstbestimmung nach Maßgabe des sozialen Gewissens wird kämpferisch vorzubereiten sein von denen, auf deren Kosten die Ungleichheit und das Vorrecht, die Obrigkeit und der unsoziale Eigennutz sich auswirken. Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat wird also vornehmlich von der Klasse zu leisten sein, zu deren Niederhaltung das kapitalistische System den Staat braucht, deren Gefügigkeit durch die Autorität von Kirche und Schule, durch die Machtgebilde von Vaterschaftsfamilie und Einehe, durch die Gewöhnung an zentralistische Organisationsformen zur Erreichung feindlicher Trennungen innerhalb aller Lebensgebiete, durch die Pflege nationalen und rassischen Dünkels, durch Gesetze, Strafen, Steuern, durch Erwerbslosigkeit, Hunger, Elend, schlechte Luft, Bevormundung und Entwürdigung betrieben wird. Die Befreiung vom Staat ist Befreiung aus der Klassenknechtung, die geknechtete Klasse muß Trägerin des Befreiungskampfes sein. Der Kampf für kommunistische Anarchie ist daher während der Zeit der revolutionären Vorbereitung als Klassenkampf zu führen.

Die Bejahung des Klassenkampfes durch die kommunistischen Anarchisten ergibt sich aus dem Bekenntnis zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortlichkeit als notwendige Folge. Die Klassenscheidung der Gesellschaft im Staate ist eine Kampfmaßnahme des Kapitals gegen die Vermieter ihrer Arbeitskraft, die Proletarier. Indem die Arbeiter den Kampf als Klasse aufnehmen, betonen sie das natürliche Recht auf die eigene Bestimmung über ihre Lebenslage. Die Einsicht, daß die staatlichen Grenzziehungen Aeußerungen des Klassensystems sind, indem die künstliche Verfeindung der Arbeiter der verschiedenen Länder durch Züchtung nationaler Vorurteile die Verbrüderung der Ausgebeuteten verhindert, — diese Einsicht war der leitende Gedanke bei der Verständigung zur ersten Arbeiter-Internationale. Der grundlegende Wahlspruch aber, der sich international zusammenfindenden Arbeiterklasse war das Gelöbnis der Selbständigkeit des Proletariats in seinen Meinungen und Beschlüssen. Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein! In dieser Festlegung ist das Bekenntnis zur Selbstverantwortlichkeit, zur Gleichberechtigung, zur gegenseitigen Hilfe und zur Freiwilligkeit enthalten, wie in der internationalen Einigung zugleich die Verneinung des Staates,

somit der Zentralisation, der Obrigkeit und der autoritären Macht ausgesprochen ist. Erst die Durchsetzung des Klassenkampfgedankens mit marxistischen Lehrmeinungen brachte zugleich die Klasseeneinigung wie den Internationalismus der Arbeiter zum Zerfallen. Unter dem Einfluß des Marxismus schufen sich die Arbeiter zentralistische Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, bevollmächtigten Beamte zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen, womit sie also ihren Befreiungskampf in die Hände übergeordneter Vertreter legten, beteiligten sich an den Wahlen zu den staatlichen Parlamenten, so daß der Staat mit seinen nationalen Grenzen für sie wieder gegenständliche Bedeutung erhielt und ließen sich sogar für den staatlich verwalteten Sozialismus einfangen. So ist der Arbeiter zum Staatsbürger geworden, und sein Kampf gegen die Ausbeutung zerschellt an dem Widerspruch, daß er den die Ausbeutung bedingenden öffentlichen Apparat stützt und stärkt.

Die besondere Taktik der Anarchisten gegenüber den Marxisten in allen Einzelheiten darzustellen, ist hier nicht der Ort, da diese Seiten nur einen allgemeinen Ueberblick über das Wesen des Anarchismus umreißen sollen. Die Führung des Klassenkampfes unter anarchistischen Gesichtspunkten bedarf aber nur der Anwendung der anarchistischen Gesinnung, um ihm die Aussicht auf die Befreiung des Proletariats zu sichern. Zur organisatorischen Zusammenfassung besteht für kommunistische Anarchisten weder eine Verpflichtung, noch ist die Idee des Anarchismus mit der Schaffung einer Organisation unverträglich. Nur wäre die Bildung zentralistischer Vereinigungen und bürokratisch geleiteter Zusammenschlüsse im Widerspruch zu der Grundlehre des Anarchismus, daß nur da gesellschaftliches Leben ist, wo jeder Persönlichkeit der willensbewußte Einfluß auf alle Festlegungen und Unternehmungen zusteht. Die Führung des Klassenkampfes in eigenen Gewerkschaften, wie ihn die anarcho-syndikalistische Bewegung betreibt, ist vom Standpunkte des freiheitlichen Sozialismus völlig unangreifbar, und nicht derjenige verletzt anarchistische Grundsätze, der sich mit gleichstrebenden Genossen in wirtschaftlichen Kampfverbänden zusammenschließt, sondern derjenige, der föderalistisch aufgebaute Berufs- oder Betriebsorganisationen angreift, weil er selbst aus noch so wohlwogenen Gründen ihnen nicht beitreten mag. Hierin gerade ruht die Kraft des föderalistischen Gedankens, daß niemand gehalten ist, sich einem Programm unterzuordnen, das er nicht selbst mit aufgestellt hat und dem er nicht in allen Punkten zustimmt. Der beliebte marxistische Angriff auf die Anarchisten, bei ihnen gäbe es Dutzende von verschiedenen Richtungen und Ansichten, schlägt nicht allein deshalb fehl, weil auch der Marxismus sich in zahllose Gruppen spaltet, sondern vor allem, weil ein kameradschaftliches Nebeneinander erst dadurch ermöglicht wird, daß jeder Meinung die Art ihrer Vertretung und die Form ihres Kampfes völlig freigestellt bleibt, ohne daß deswegen Streit und Vorrangsanspruch entstehen müßte. Die zentralen Bürokratien der marxistischen Gruppen müssen trotz ihrer nahen Verwandtschaft in allen politischen und allgemeinen Anschauungen erbittert gegeneinander kämpfen, weil gegenseitige Duldsamkeit immer der Autorität Abbruch tut, und weil jede Abgrenzung von Herrschaftsbereichen notwendig feindselige Abgrenzung bedeutet. Föderalistische Gruppenbildungen hingegen fördern die nachbarliche Eintracht, indem sie freundschaftliche Trennungen bewirken, wo keine Uebereinstimmung vorhanden ist, was das Zusammengehen in den übrigen Angelegenheiten um so ersprießlicher macht. Wenn hier und dort auch zwischen benachbarten anarchistischen Vereinigungen Unverträglichkeit und Ränkesucht vorkommt, so ist das keine Widerlegung der Föderation, es ist nur ein Beweis dafür, daß die Ueberlieferung des Zentralismus, des Machtgelüstes, der Unduldsamkeit ihre Krallen noch nicht überall von den Geistern selbst solcher Menschen gelöst hat, die mit dem Verstande die Vorteile des Föderalismus begriffen haben.

Die von unten aufgebaute Organisation führt Personen zu Bündeln zusammen, oft die gleichen Personen zu verschiedenartiger Verbündung. Man organisiert sich unter dem Gesichtspunkt der unmittelbaren Zusammengehörigkeit nach Gesinnung, Aufgaben und Öertlichkeit. Die Gesinnungsgenossen, die zu gemeinsamer Tätigkeit Verbundenen, die in Häusern, Straßen, Gemeinden, Städten auf gleichmäßige Bedingungen Angewiesenen halten bei völliger Selbständigkeit in allen Entschlüssen gute Fühlung zu Bündeln ähnlicher Beschaffenheit. Es findet dauernde gemeinsame Beratung in betrieblichen, beruflichen, weltanschaulichen Dingen statt, der Grundsatz der gegenseitigen Unterstützung ist für alle gemeinschaftlichen Maßnahmen verbindlich, ohne der Selbstverantwortung jeder Persönlichkeit und jeder Gruppe Abbruch

zu tun. Es entsteht ein netzartiges Gewebe bis ins Einzelglied selbständiger, einander wechselseitig durchwirkender Arbeits-, Gesinnungs- und Nachbarsbünde, deren Einfluß- und Raumgebiet von Hof zu Hof, von Dorf zu Dorf, von Bezirk zu Bezirk, von Provinz zu Provinz, von Land zu Land, oder auch von Werkstatt zu Werkstatt, von Betrieb zu Betrieb, von Industrie zu Industrie, kurz in jeder wirtschaftlichen und geistigen Beziehung von Mensch zu Volk und Gesellschaft ausgreift und in lebendiger Gemeinschaft alle Beteiligten allen anderen Beteiligten kameradschaftlich zuteilt. Die anarchistische Organisation hat stets so auszusehen, daß sie im Kleinen das Bild der erstrebten freiheitlichen Gesellschaftsorganisation vorführt.

Ebenso wie bei der Gestaltung der Organisationsformen gilt auch für das gesamte übrige Verhalten der Anarchisten die allgemeine Regel: der Weg zum vorgesteckten Ziel soll gradeaus führen, das heißt, es soll kein Umweg benutzt werden, bei dem das Ziel je aus den Augen verloren werden kann. Schon beim ersten vorbereitenden Schritt und weiterhin ohne Unterbrechung bis zum Ausbruch der sozialen Revolution und in allen Entwicklungsstufen beim Aufbau der freien kommunistischen Gesellschaft haben für die Anarchisten die leitenden Grundlehren der Gleichberechtigung, der Selbstverantwortung, der sozialen Gerechtigkeit, des Föderalismus und der vollständigen Freiwilligkeit im Wollen und Handeln das Vorgehen zu bestimmen. Alles Tun ist aufs Letzte und aufs Ganze gerichtet; jede Maßnahme erfolgt in der Erkenntnis, daß Persönlichkeit und Gesellschaft eine materielle und sittliche Einheit ist; der einzelne Anarchist, der anarchistische Bund, der Bund anarchistischer Bünde richtet in Werbung, Erziehung, in Kampf und Benehmen seinen ganzen Willen auf die Verwirklichung der staatlosen sozialistischen Freiheit, schaltet Nebenzwecke aus und lebt im verpflichtenden Bewußtsein, durch sein Beispiel in der Gegenwart die Möglichkeit eines freiheitlichen und gerechten Lebens der künftigen Menschheit zu beweisen.

Aus dieser allgemeinen Regel ergibt sich das Verhalten der Anarchisten in der Politik von selbst. Die Behauptung, die Anarchisten verneinten den politischen Kampf überhaupt, ist eine törichte, durch nichts gerechtfertigte Unterstellung. Politik ist Beschäftigung mit den öffentlichen Dingen. Der Vorsatz, die öffentlichen Dinge zu ändern, ist also allein schon und erst recht in Verbindung mit der planmäßigen Verfolgung dieses Vorsatzes, Bestandteil der Politik. Es handelt sich hier um eine marxistische Verdächtigung, um den Anarchismus wegen seiner Ablehnung einer Politik, die den Sozialismus auf dem Wege der Teilnahme an der Verwaltung des Staates herbeiführen möchte, als unkämpferisch oder kampfunfähig erscheinen zu lassen. Die anarchistische Formel für den politischen Kampf war von jeher: Ablehnung jeder Politik, die nicht unmittelbar und direkt die Befreiung der Arbeiterklasse zum Ziele hat. Damit ist klar ausgedrückt, daß gerade die marxistische Politik der parlamentarischen Tätigkeit in den vom Kapital eingerichteten staatlichen Machtorganen von den Anarchisten als kampfhemmend angesehen wird, da sie nicht nur die Abgeordneten von ihrer Klasse löst und zur Oberschicht macht, sondern noch dazu den staatlichen Verwaltungsorganen den belebenden Auftrieb einer Opposition schafft, keinerlei Nutzen für das werktätige Volk im Sinne sozialistischer Förderung bewirken kann und die Proletariatsmassen mit der Einbildung füttert, die Uebertragung ihrer Initiative auf mit weitreichenden Vollmachten versehene Vertreter ersetze den notwendigen selbstverantwortlichen Kampf der Arbeiterklasse selbst. Gar nicht davon zu reden, daß die Abordnung von Parlamentariern, Regierungsorganen, Stadträten, Staatsbeamten die Autorität jeder zentralen Obrigkeit befestigt und den Machtgedanken im Proletariat ungeheuer stärkt. Die Anarchisten verweigern dem Staat jede Art Hilfe. Ihre Politik erschöpft sich im Einsatz jedes einzelnen Individuums und aller autoritätsfeindlichen Vereinigungen zum unmittelbaren, auf das Ziel gerichteten Kampf gegen den Staat, gegen die staatlichen Einrichtungen und gegen alle zentralen Machtgebilde.

Damit beschränkt der Anarchismus nicht etwa seine Kampfmittel; er scheidet nur aus ihnen die Waffen aus, die er als stumpf erkannt hat. Die sich aus der anarchistischen Weltanschauung von selbst empfehlende Kampfesweise ist die des unmittelbaren Eingreifens. Da die Macht des Kapitalismus in der Produktionsweise und den Eigentumsrechten der bestehenden Gesellschaft gipfelt, bevorzugt die anarchistische Lehre den politischen Kampf in wirtschaftlichen Formen. Der vereinigte Wille der Menschen, deren Hände die Hebel der Maschinen bewegen, ist instande den gesamten kapitalistischen Apparat stillzulegen. Der Streik, die Unmöglichmachung der Arbeit

(Sabotage), der passive Widerstand durch übertrieben genaue Beobachtung der Betriebsvorschriften, durch Behinderung von Streikbrechern, durch absichtliche Pfscharbeit, die Sperre (Boykott) für gewisse Waren sind Methoden der sogenannten direkten Aktion, alles Maßnahmen, die an den Opferwillen und die Entschlußkraft des einzelnen hohe Anforderungen stellen. Der Anarchismus schließt kein Kampfmittel aus, das der Persönlichkeit des Kämpfenden die Aufgabe stellt, unmittelbar einzugreifen oder seine Mitwirkung an gemeinschädlichen Maßnahmen, an unsozialen Arbeiten, an herausfordernden Zumutungen unter Einsatz seiner Person zu verweigern. So sollte kein Anarchist an staatlichen Kriegen teilnehmen, die stets für kapitalistische Zwecke von Proletariern gegeneinander ausgekämpft werden und die nicht nur alle Grundsätze des gleichen Rechtes, der gegenseitigen Hilfe und der Freiwilligkeit verhöhnen, die selbstverständlichen Empfindungen der Menschlichkeit und jedes sittlichen Anstandes schänden, und die internationale Zusammengehörigkeit der Ausgebeuteten an die nationalen Interessen der international versippten Ausbeuter verraten, sondern mehr als alles andere dazu beitragen, den Machtgedanken und damit den Glauben an die himmlische und irdische Autorität, die Herren- und Sklaveninstinkte derer, die beherrscht werden sollen, ins Tribleben der entwürdigten Menschheit einzupflanzen.

Es braucht nicht im einzelnen aufgezählt zu werden, wo alles sich Möglichkeiten bietet, mit dem Mittel des unmittelbaren Eingreifens selbstverantwortlich und in gegenseitiger Hilfe den Lauf der öffentlichen Dinge im Sinne der Freiheit zu beeinflussen. Arbeitsverweigerung beim Bau von Kriegsschiffen, Kasernen, Zuchthäusern, Justizgebäuden, bei der Herstellung von Kriegswaffen, Polizeimunition, arbeiterfeindlichen Zeitungslügen, dies und tausend andere Arten der Selbsthilfe im politischen Kampfe gibt es, die dann angewendet werden können, wenn Entschlußkraft des einzelnen, verbundener Wille, Einsicht und Opferbereitschaft groß genug sind. Bei der Anwendung der Kampfmittel des persönlichen Eingreifens kann die Frage, ob sich Anarchisten an den Tageskämpfen um Lohn und Arbeitszeit beteiligen sollen, ganz ausscheiden. Der Verfasser dieser Schrift teilt mit einer großen Zahl Anarchisten die Ansicht, daß das Einsetzen der eigenen Kraft eines Arbeiters für bessere Bezahlung bei verkürzter Leistung mit der Forderung, nur Kämpfe zu führen, die unmittelbar auf Befreiung gerichtet sind, in keinem Widerspruch steht. Der Bestand der kapitalistischen Wirtschaft wird durch Forderungen der Arbeiter, die nur fürs tägliche Brot geführt werden, nicht gestärkt, wie die Staatsmacht durch Teilnahme von Arbeiterparteien am Parlamentarismus gestärkt wird. Dagegen hebt jeder Streik das Selbstgefühl des Teilnehmers, vertieft das Gefühl kämpferischer Zusammengehörigkeit der Kameraden und erleichtert beim Erfolge die äußere Lebensführung des Arbeiters, wodurch nur Schwächlinge taffaul, freie und starke Naturen aber beschwingt werden. Der Klassenkampf ist ein vom Kapitalismus geschaffener Zustand; die Weigerung der Arbeiter, sich innerhalb der gegebenen Verhältnisse an diesem Kampf auch dann zu beteiligen, wenn dadurch unmittelbare revolutionäre Erfolge nicht erzielt werden können, hieße, dem Feinde den Rücken widerstandslos hinhalten, ihn allein den Klassenkampf führen lassen und dadurch die eigene Kraft für den Augenblick schwächen, wo der Zustand des Klassenkampfes in entscheidende Auseinandersetzung übergehen könnte.

Die anarchietische Lehre schreibt keine Kampfmethode vor und lehnt keine ab, die mit Selbstbestimmung und Freiwilligkeit in Einklang steht. So ist bei gewaltsamen Aufständen der Wille des einzelnen allein ausschlaggebend für die Art seiner Mitwirkung, auch dafür, ob und wie weit er sich in Kampfverbände eingliedern mag, deren Taktik in mancher Hinsicht von freiheitlichen Gesichtspunkten aus angreifbar ist. Es liegt nicht im Charakter eines jeden Menschen, bei großen Geschehnissen prüfend und nörgelnd abseits zu stehen, wenn nicht alles nach seinen Wünschen geschieht und lieber gar nichts zu tun als einem Kampfe beizustehen, der nicht überall vom rechten Geist erleuchtet ist. Noch immer, wo revolutionäre Kämpfe geführt wurden, waren die Anarchisten erfreulicherweise fast ausnahmslos dabei, an der Seite der Arbeiter, die zentralistischen Einflüssen unterstanden und autoritär mißleitet wurden. Hier entschied das soziale Zugehörigkeitsgefühl, das Bewußtsein der Gegenseitigkeitsverpflichtung aller Ausgebeuteten, der unbezähmbare Kampfwille, der es nicht erträgt, andere gegen den gemeinsamen Feind allein zu lassen und vor allem der Wunsch, den Mut, die Aufopferung, die Leidenschaft, die da, wenn auch vielleicht mit schiefer Zielsetzung, Herrliches leistete, mit freiheitlichem Schwung zu

beseelen. Mag bei solchem Wollen mancher Anarchist ziemlich weit aus seiner eigenen Bahn geraten sein, er hätte an der anarchistischen Idee erst dann Verrat geübt, wenn er die Kämpfer mit schulmeisterlichen Ordnungsrufen im Kampfe behindert hätte. Die Freiheit ist kein mustergeschütztes Gut mit ringsum abgemessenen und abgewogenen Eigenschaften. Die Freiheit ist ein geistiger Lebenswert, der überall Zugang finden kann, wo Kraft in Bewegung gekommen ist. Aufgabe der Anarchisten ist, der Freiheit den Zugang zu schaffen, wo Menschen im Kampf stehen.

Von derselben Seite, die den Anarchisten die Enge ihres politischen Tätigkeitsfeldes glaubt zum Vorwurf machen zu sollen, weil sie die Vergeudung von proletarischen Kampfkräften in Stimmzettelhäufung als klassenkampfwidrig angreifen, wird ihnen eine bestimmte, in der Vergangenheit vielfach von Anarchisten angewendete Form des unmittelbaren Zufassens verübelt. Die gewaltsame Einzeltat, erklären die Marxisten, sei verwerflich, weil sie das planvolle Handeln der Massen im revolutionären Kampfe durchkreuze und infolgedessen den gegenrevolutionären Kräften willkommenen Vorwände zu Vergeltungsmaßregeln liefere, so daß also die ganze Klasse für das Unternehmen eines einzelnen büßen müsse. Der Grund für diese Verurteilung individueller Tötungen, Brandlegungen, Enteignungen und ähnlicher Taten aus politischer Ueberzeugung ist sehr durchsichtig. Sie fließt durchaus nicht aus moralischen Bedenken, denen in der marxistischen Denkweise ja allenthalben nur eine sehr untergeordnete Rolle zukommt; auch wird von diesen Bekämpfern des individuellen Schreckens der Massenschrecken als politisches Kampfmittel ausdrücklich gebilligt. Es ist die Feindschaft autoritärer Zentralisten gegen jede selbstverantwortliche Regung einer nach eigenen Ueberlegungen handelnden Persönlichkeit, die sogar die Aufopferung des Lebens im Dienste der revolutionären Idee mißbilligt, wenn die Tat nicht von einer zentralen Obrigkeit beschlossen, befohlen und beaufsichtigt wird. Jedes Heraustreten eines einzelnen Menschen im Kampfe bedeutet eine vom Standpunkt des Herren-, Priester-, Vater- oder Zentrale-Denkens schädliche Minderung der beglaubigten Macht, bedeutet den Beweis, daß wirksame Taten auch auszuführen sind, wenn sie nicht von oben her gelenkt und berechnet sind. So blöde die Meinung ist, die individuelle Gewalt sei ein ausschließlich anarchistisches Werbemittel — in der neueren Zeit sind politische Morde fast nur von Nationalisten begangen worden —, ebenso blöde ist die Ansicht, sie könne im Klassenkampf keine Stätte haben oder die Anarchisten hätten Anlaß, sich von den Gewalttätigen aus ihren Reihen abzugrenzen. Hier entscheidet vollständig selbständig die Persönlichkeit über die Tat, und kommt die Persönlichkeit aus anarchistischer Ueberzeugung zum Beschuß und zur Ausführung, so unterliegt das Geschehen selbstverständlich der Beurteilung nach Zweckmäßigkeit und Erfolg, aber niemals der Verurteilung aus der Klassenkampfgesinnung heraus. Die anarchistische Freiheitslehre stellt das Recht der Persönlichkeit viel zu hoch, als daß sie es da, wo eine beleidigte Natur ihrem Gefühl den Ausdruck der Vergeltung gibt, wo ein freiheitlich gesinnter Mensch der Werbung, der Warnung, der Einschüchterung, des Trotzes wegen oder um ein Kampfzeichen zu geben mit einer aufschreckenden Tat vor die Welt tritt, verleugnen sollte. In dieser Betonung der Persönlichkeit liegt zugleich die heftige Zurückweisung der marxistischen Auffassung, Gewalttätigkeit werde dadurch gerechtfertigt, daß sie auf zentrale Weisung geübt werde. Grade dann entsteht mechanische Gewalt, die Hand, die sie ausführt, ist bloßes Werkzeug, der Mensch, der sie begehrt, bloßes Vollzugsorgan. Nur die Tat aber ist nach anarchistischer Denkart sittlich zu verantworten, die aus freiem Willen des Täters, nach der Erwägung im eigenen Hirn, aus der eigenen ernsthaft überprüften Ueberzeugung und unter Einsatz des eigenen Lebens dessen, der sie beschlossen hat, mit dem Bewußtsein unternommen wird, ein Werk gegenseitiger Hilfe, ein Werk brüderlicher Pflicht, ein Werk im Dienste der Idee und der Klasse zu verrichten. Ob es sich dabei um die Tat eines einzelnen, um die Verschwörung Verbündeter oder um eine Massenunternehmung handelt, macht dann keinen Unterschied, wenn jeder Missetäter Herr des eigenen Handelns bleibt, nur tut, was er selbst überlegt und wozu er sich aus seinem sozialen Gewissen heraus entschlossen hat, und die ganze Persönlichkeit freiwillig und ohne Untertanengehorsam und Machtfurcht für die gemeinsame Sache einsetzt.

Einsatz der Persönlichkeit ist der anarchistische Weg zur Revolution, wie späterhin die Bedingung zum Siege der Revolution und endlich das Mittel zur Errichtung der staatenlosen Gesellschaft und der Inhalt des Lebens im Kommunismus. Das ist der Sinn alles unmittelbaren Eingreifens durch Streik, Sabotage, Widerstand, Weigerung, individuelle oder verschwörerische Tat, daß jeder einzelne Beteiligte mit

Leib und Willen dabei sein muß, daß alles was geschieht in freier Uebereinstimmung der Handelnden selbst geschieht, daß keiner zentralen Leitung gefolgt wird, sondern dem selbstverantwortlichen Pflichtbewußtsein der von gesellschaftlichem Geiste erfüllten Persönlichkeit. Wo Massen in Bewegung sind, müssen es zur Masse vereinte Persönlichkeiten sein, sonst kann ihre Bewegung nicht zur Freiheit führen, sondern nur zur Uebertragung von Macht an diejenigen, die sie führen. Die Kultur der Persönlichkeit bedeutet nämlich nicht das Heranzüchten von Führern, sondern ist im Gegenteil der einzige Schutz gegen die Gefahr, von Führern mißleitet zu werden. Die zentralistischen Arbeiterparteien, wie überhaupt alle autoritären Organisationen und Mächte verlangen, um ihren Führern die blinde Gefolgschaft der Geführten zu sichern, durchaus keine Pflege der Persönlichkeit, und zwar ebenso wenig von den Führern wie von den Geführten. Wo Persönlichkeit wirkt, ist freieitlicher Geist, der mit keinem Zentralismus vereinbar ist. Die autoritären Führer erheben sich über die Menge niemals durch die Ueberlegenheit in Charakter und geistigem Wert, sondern immer nur durch Befehlshabereigenschaften, die sich nur bei gering entwickelten Persönlichkeiten großziehen lassen. Daher ist es auch gewöhnlich so, daß die Führer zentralistischer Organisationen nicht durch eigene Willenskraft an die Spitze gelangen, sondern zu Führern ernannt, nicht einmal gewählt, werden, da sie die Eignung bewiesen haben, unkritisch Machtbefehle von einer ihnen überstellten Obrigkeit an ihre Untergebenen weiterzuleiten und mit autoritären Ansprüchen vor Kritik zu schützen. Solche Führer aber werden, ebenfalls durch Ernennung, zu verehrungswürdigen und unfehlbaren Personen aufgeblasen, was nur dadurch möglich wird, daß man den Persönlichkeitswert der Menschen allgemein zum Nichts herabdrückt. Je weniger die Persönlichkeitskultur gilt, um so üppiger steht der Personenkult in Ansehen. Der Anarchismus verwirft jeden Personenkult und wirkt ihm entgegen durch sorgsame Pflege der Persönlichkeit. Wo jeder alle sozial nützlichen und den eigenen Lebenswillen stärkenden Eigenschaften frei und unbehindert ausbreiten kann, sich seiner Besonderheiten und seiner Leidenschaften, sofern sie dem gemeinsamen Ganzen keinen Abbruch tun, vor niemandem zu schämen braucht, da ist die Achtung aller vor allen verbürgt, da ist gegenseitige Ehrung, da hat Macht, Vergottung, Kriecherei, Personenkult und Herrschaft keine Stätte.

Die Kampfbewegung des Anarchismus kann bei solcher Gesinnung nur die Bewegung in Freiwilligkeit vereinter Persönlichkeiten sein. Damit beantwortet sich die Frage von selbst, ob die Idee der Freiheit zu ihrer Pflege und Ausbreitung einer Massenorganisation bedarf. Sie bedarf des Zusammenschlusses aller Männer und Frauen, welche die Notwendigkeit der Anarchie als gesellschaftliche Lebensgrundlage erkannt haben und entschlossen sind, in föderativem Bunde unter Einsatz der ganzen Persönlichkeit jedes einzelnen, bei völliger Gleichberechtigung aller und nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit jeder Leistung ihre Verwirklichung herbeizuführen. Je mehr Menschen sich zu dieser Aufgabe verbünden, um so rascher und sicherer wird die Befreiung der Gesellschaft vom Staat gelingen. Wenn alle Menschen Anarchisten sein werden, wird die Anarchie Tatsache sein. Dagegen ist die Ansammlung möglichst vieler Menschen in einer Organisation, gleichviel ob sie deren geistigen Inhalt in sich aufgenommen haben oder nicht, nie und nimmer das Mittel, einen Kampf zu bestehen, der auf Selbstverantwortlichkeit jedes Kämpfers, auf gegenseitige Durchdringung mit freiheitlichen Erkenntnissen und auf Entschlußfreiheit der Persönlichkeit fußen muß, soll er zur Zerstörung der Macht führen, ohne einer anderen Macht zum Aufstieg zu verhelfen. Die zentralistischen Parteien rufen zum Beitritt auf, indem sie nicht nach innerlich erfüllten Anhängern ihrer Zielsetzung suchen, sondern sich jedes Zulaufs freuen, der die Zahl ihrer Mitgliedschaft vergrößert. Da ihr Anhang von vornherein zur bloßen Gefolgschaft bestimmt ist und die Führer erledigt wären, wenn selbstdenkende Persönlichkeiten ihre Anweisungen prüfen dürften, bevor sie ihnen gehorchen, bedeutet Vermehrung der Zahl für sie Vermehrung von Macht. Sie sammeln autoritätshörige Nummern in ihren Pferch, und ihre Werbung vollzieht sich durch die Zusicherung von Vorteilen, falls die Geführten genau nach den Anordnungen der Führer ihnen die Befehlsgewalt über die Gesamtheit verschafft haben werden. Ihren Erfolg berechnen die Parteizentralen nach der Ziffer derer, die ihrem Rufe folgen. Auf Ueberzeugung legen sie so wenig Wert, daß sie ihre Werbetätigkeit hauptsächlich unter den Mitgliedern feindlicher Organisationen entfalten, die sie mit lockenden Versprechungen gewinnen, in ihre Reihen einzutreten. Eine Gesinnungswandlung wird dabei weder verlangt noch erwartet, der von der Aussicht auf Vorteile Geköderte aber ohne weiteres der Zahl der überzeugungs-

treuen Anhängerschaft zugerechnet: Jede zentralistische Organisation ist sogar bereit, der Massengewinnung wegen Abstriche und Aenderungen im Programm und im Kampfverfahren vorzunehmen, und noch jede revolutionäre Partei hat, da sie zur Vergrößerung ihres Mitgliederbestandes auf unrevolutionäre Massen angewiesen ist, Zugeständnisse an ängstliche Stimmungen und Versprechungen machen müssen, die sich auf bloße Ausbesserungen an den Erscheinungsformen des kapitalistischen Staates beschränken. Jede hat Anpassungen an kirchliche und nationalistische Erziehungsvorurteile vorgenommen, so daß mit der Hochzüchtung zentralistischer Organisationen zu Massenparteien zwingend die allmähliche Preisgabe der revolutionären und selbst der sozialistischen Zielsetzungen eintrat.

Die Zusammensetzung anarchistischer Vereine oder Bünde kann und darf keiner anderen Erwägung unterworfen sein, als dem Bedürfnis von Anarchisten, mit anderen Anarchisten zusammen für die Anarchie zu wirken. Der föderalistische Charakter aller anarchistischen Zusammenschlüsse kann den Gedanken, Massen von Teilnehmern in einer Gruppe organisatorisch zu erfassen, gar nicht aufkommen lassen. Die politischen Vereinigungen der Anarchisten müssen stets darauf bedacht sein, jeden einzelnen Genossen gleichberechtigt mit allen zur Geltung kommen zu lassen. Da keine Zentrale, keine Führerschaft im Sinne der Ueberordnung vorhanden ist, deren Macht sich im Verhältnis zur Zahl der ihr gehorsamen Anhängerschaft steigert, hat keine anarchistische Gruppe von der Aufnahme schwankender, unüberzeugter und herdenmäßig zusammenströmender Personen Nutzen zu erwarten. Da ferner keine Herrschaft, kein persönlicher Ehrgeiz und kein Strebertum bei Anarchisten auf die Rechnung kommt, materielle Lebenssicherung nicht geboten wird, auch keine Aussicht auf Beförderung besteht, bleiben Leute, die auf den Schultern des Proletariats den Aufstieg zur Oberschicht vollführen möchten, der anarchistischen Bewegung von selbst fern. In nichtrevolutionären Zeiten ist daher an das Anwachsen anarchistischer Organisationen zu Aufnahmebecken von Massen nicht zu denken. Die Aufgabe dieser Vereinigungen erschöpft sich in der Pflege der Idee, der Kameradschaft, der Klärung widerstreitender Meinungen, der Erörterung aller Fragen, die die Arbeiterschaft, die Revolution und die freiheitliche Bereitung der sozialistischen Zukunft betreffen und in der beispielgebenden Ausgestaltung föderativen Organisationslebens. Daß dabei die Gefahr naheliegt, in unfruchtbarem Vereinsgeschwätz zu verknöchern, sich mit dem ewigen Schmoren im eigenen Fett zufrieden zu geben und den Zusammenhang mit der von Tagesfragen bewegten Arbeiterklasse zu verlieren, darf nicht verkannt und soll nicht verschwiegen werden. Diese Gefahr kann aber bei rechtem Verstehen der anarchistischen Lehre leicht vermieden werden, wenn die Genossen begreifen, daß der Kampf für eine Idee sich niemals außerhalb des Kampffeldes abspielen kann. Dazu braucht der Anarchismus nicht den Rahmen für Massenaufzüge und Massenschwüre abzugeben; aber er hat überall einzuwirken, wo die Massen aufmarschieren und Schwüre ablegen. Aufgabe der Anarchisten ist, ohne Eigennutz für die eigene Organisation alle Massenveranstaltungen zu beleben und zu ermutigen, alle Erregungen im öffentlichen Geschehen tätig zu beeinflussen, in alle revolutionären Stimmungen den Geist der Freiheit hineinzutragen. Ein Anarchist ist nicht derjenige, welcher die Marken eines anarchistischen Grüppchens klebt, sondern der, dem die Einheit von Persönlichkeit und Gesellschaft, das soziale Bewußtsein der Selbstverantwortung, der Gleichberechtigung, der freiwilligen gegenseitigen Verpflichtung, die Abkehr von Macht, Kapitalismus, Staat und Autorität zum Inhalt der Idee und zum Steuer des Verhaltens geworden ist.

Ob, in welcher Form und in welchem Umfang sich die Anarchisten in Gesinnungsverbänden organisieren, ist, sofern die allgemeinen Grundsätze gewahrt und das Entstehen von Autorität in den eigenen Reihen verhindert wird, von nebensächlicher Bedeutung. Um so schwerer wiegt die Frage, in welcher Weise der wirtschaftlichen Umgestaltung der Gesellschaft durch anarchistische Tätigkeit vorgearbeitet werden kann. Die politischen Arbeiterparteien bezichtigen die Anarchisten, sie seien in kleinbürgerlicher Denkart befangen, der materialistischen Dialektik unzugänglich — das ist die Lehre vom Zusammenfluß gegensätzlicher Erscheinungen zur höheren Einheit der aus nur ökonomischen Quellen gespeisten Gesellschaftsgeschichte —, sie wollten erst die Menschen bessern und nach der Läuterung aller Gemüter aus idealistischen Bausteinen die gerechtere Wirtschaft in Sozialismus und Kommunismus aufrichten. Das Gegenteil davon ist richtig. In krassem Gegensatz zu den marxistischen Zentralen lehnt gerade der Anarchismus jedes Bestreben ab, die Arbeiterschaft anders als in Organisationen auf ökonomischer Grundlage zu sammeln. Dialektisches Denken

mag gut oder schlecht sein, das zu entscheiden gehört in den Aufgabenbereich der Philosophen.

Den Arbeitern hilft die Anwendung dieser oder jener Schulweisheit aus der Welt der begrifflichen Unwirklichkeit in ihren Kämpfen nicht das mindeste. Die Anforderung, sie sollen bei allen Taten die geschichtlichen Gegenwirkungen vorsorglich mit in Rechnung stellen, ist eher geeignet, die Dialektik als Bremse in allen Unternehmungsmut einzuhängen. Ebenso verursacht die Teilnahme an der Gesetzgebung und der Versuch, auf die Regierungsgeschäfte des kapitalistischen Staates Einfluß zu nehmen, nur die Täuschung, die Umwälzung der Gesellschaft könne von anderen Kräften bewirkt werden als von der unter ökonomischen Gesichtspunkten klassenmäßig zusammengefaßten gesamten Arbeiterschaft und den entsprechend organisierten Bauern.

Der Einfluß der Anarchisten auf solche Zusammenfassung kann nur dadurch sichergestellt werden, daß ans Werk gegangen wird. Wie überall die Taktik der Anarchisten von dem Streben bestimmt sein muß, die sittlichen und praktischen Grundsätze der freiheitlichen Lehre zur Anwendung zu bringen, so müssen sie versuchen, schon in der Gegenwart Organe zu schaffen, die Pläne für die föderalistische Wirtschaftsführung der durch die Revolution reif werdenden Gesellschaftsordnung zu entwerfen haben. Dient die Werbung unter den Massen wesentlich dem Zweck, den Umsturz durch die Aufzeigung der Ungerechtigkeit und Widersinnigkeit der kapitalistischen Verhältnisse zu beschleunigen, dient die gewerkschaftliche und erzieherische Arbeit dem Zweck, sich unter den bestehenden Umständen ökonomisch und seelisch kampfbereit zu erhalten, so darf darüber das Ziel der kommunistischen Anarchie nicht aus dem Auge verloren werden. Die Ueberleitung zu diesem Ziel ist nach der Durchführung der politischen Revolution die soziale Revolution.

Die Empörung, die Erhebung, der Entscheidungskampf gegen die alte Gewalt, der Umsturz, die Errichtung revolutionärer Dienststellen, die Sicherung des Errungenen, die Niederhaltung widerstrebender und gegenrevolutionärer Kräfte, das alles gehört zum politischen Teil der Revolution. An welcher Stelle, mit welchen besonderen Aufgaben, mit was für Mitteln sich die Anarchisten in diesen Kampf von Klasse zu Klasse einzureihen haben, wird größtenteils Gewissenssache des einzelnen sein. Er wird seine Entscheidung unter dem Gesichtspunkt zu treffen haben, daß ihn die Zugehörigkeit zur ausgebeuteten Klasse zur restlosen kämpferischen Hingabe an die Klasse verpflichtet, daß er aber zugleich alle Anstrengungen zu machen hat, der Revolution ihren Charakter als international verbindliche Sache der Weltarbeiterschaft zu erhalten, die Selbstentschließung aller beteiligten Kräfte gegen den Anspruch ehrgeiziger, selbststüchtiger, herrscherlicher und staatlich gesinnter Personen oder Parteien zu verteidigen, die nach Regierungsgewalt über die Revolutionäre gieren, und der Entladung der von Ideen befeuerten Leidenschaften, das ist der sittliche Auftrieb der Revolutionen, die Schöpferlust nicht rauben zu lassen. Die Anarchisten müssen in der Revolution die Schützer der Freiheit sein.

Die soziale Revolution ist ein langwieriger Vorgang, der mit der Niederringung der herrschenden Macht beginnt und nicht endet, bevor die Ordnung der Freiheit nicht alle wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen durchdringt. Dazu bedarf es von der ersten Stunde an der Sicherung des Vertrauens des gesamten werktätigen Volkes zu den tatkräftigen Trägern des revolutionären Willens. Der überzeugungslose Zulauf der Massen zu den parlamentarischen Parteien bei Wahlen hängt von wechselvollen Umständen ab und flutet zwischen politischen und wirtschaftlichen Einflüssen, von launischen Stimmungen, marktschreierischen Schmeicheleien und Verleumdungen verwirrt, hin und her. Die gelegentliche Gewinnung der am wirklichen Kampf unbeteiligten Mehrzahl zur Unterstützung einer um die Beherrschung aller anderen bemühten Gruppe, auch wenn diese Gruppe sozialistische Versprechungen macht, bedeutet keine Einbeziehung der Gleichgültigen in den Kampf. Alle Zähl Demokratie bedeutet nur die Vergewaltigung der Tätigen durch die Untätigen. Die Behauptung, die Arbeiter seien bereits die handelnde Kraft der Gesellschaft, sie hätten bereits sozialistische Schulung, sozialistischen Willen, Selbstvertrauen und kritisches Urteil genug, um die Wirkung ihrer Stimmzettel richtig zu bemessen, ist irreführende Lüge. Die ungeheure Ueberzahl der Arbeiter und aller von den Reichtümern Ausgeschlossen hat gar kein Vertrauen zu sich selbst, aber auch sehr wenig Vertrauen zu denen, die sie nur darum mit Macht bekleiden, weil sie sich selbst die Ordnung der eigenen Dinge nicht glauben zumuten zu dürfen. Sie sind durch autoritäre Beeinflussung entmutigt, selber befreiende Unternehmungen zu wagen; sie sind aber von denselben

autoritären Kräften dazu erzogen, befreiende Wagnisse anderer nicht zuzulassen. Darum bildet die Riesenzahl der am Kampf nicht unmittelbar teilnehmenden Schichten eine außerordentlich große Gefahr für den sozialen Sieg der politischen Revolution. Denn gegen den Willen dieser Mehrheit ist der endgültige Sieg nicht möglich. Die Revolution ist auf ihre mindestens abwartende Duldung bedingungslos angewiesen. Darum ist es notwendig, zunächst die Befürchtung der Passiven zu widerlegen, es könne, wie stets noch jede Aenderung, auch der Umsturz neue Belastung für sie bringen. Darüber hinaus aber muß die Zustimmung, allmählich dann die tätige Unterstützung der innerlich Unbeteiligten erreicht werden. Sie müssen zu der Einsicht gebracht werden, daß sie mit der Wahl der Machthaber, von denen sie regiert werden wollen, keine Ueberzeugung kundtun, sondern nur ihre Ueberzeugungslosigkeit als Schemel für ihre Unterdrücker selber zur Verfügung stellen. Sie müssen erkennen, daß die Regsamkeit jedes einzelnen im gesellschaftlichen Leben dem eigenen Nutzen dient. Denn solange die Machtgierigen von Ohnmächtigen gebeten werden, sie zu regieren, hat die Revolution noch nicht einmal die Voraussetzungen ihres Sieges geschaffen.

Die Macht der Ausbeuter zerbricht in der politischen Revolution. Deren stärkstes Mittel, der Generalstreik, führt die vollständige Lahmlegung der gesamten Wirtschaft herbei, erbringt damit zugleich für die beiseitestehenden Massen den Beweis, daß die kapitalistischen Mächte kein Brot geben können, wenn ihnen die Hände des Proletariats nicht dienstbar sind. Mit dem Augenblick aber, wo die Revolution siegt, das heißt, die Bestimmung über den öffentlichen Apparat erlangt hat, hat sie vor der abwartenden Masse die Pflicht, zu zeigen, daß das arbeitende Volk sehr wohl in der Lage ist, ganz unabhängig von den kapitalistischen Gewalten alles Lebensnotwendige herbeizuschaffen. Hier erwächst den Anarchisten, mögen ihre Organisationen noch so klein sein, die Aufgabe, Vorsorge zu treffen. Sobald die rote Fahne des revolutionären Proletariats auf den Staatsgebäuden erscheint, ist das das Zeichen, daß nun die Verantwortung für die Versorgung der Massen auf die Revolution übergeht. Da muß vorher berechnet und geregelt sein, daß unmittelbar nach Aufhören des allgemeinen Streiks Brot, Fleisch, Gemüse, Milch für jeden Tisch, Stärkung und Arznei für jedes Kind und jeden Kranken bereit ist. Die Zufuhr an allem lebensnotwendigen Bedarf darf keine Stunde verzögert werden. Nur wenn das gelingt, kann die Revolution die allgemeine Volkstümlichkeit gewinnen, ohne die sie dem Huf der Gegenrevolution oder der Verfälschung durch eine Machtzentrale erliegen muß. Es wird gelingen, wenn das flache Land der revolutionären Sache gewonnen ist und mit den Bauern Vereinbarungen getroffen sind, wie je nach den örtlichen Verhältnissen die Verpflegung der Städte durch die Dörfer zu organisieren ist. Solche Verständigung mit den Bauern und dem Landproletariat setzt voraus, daß die Landbevölkerung von der Ehrlichkeit der Revolutionäre überzeugt ist, nicht zu argwöhnen braucht, daß die Städte sie als notwendiges Uebel betrachten, mit dem man sich listig einzurichten habe, daß es proletarische Auffassungen gibt, nach denen den Bauern die Aecker nicht genommen, sondern überantwortet werden sollen, und daß sie nicht an Stelle der alten Herrsgewalten des Staates neuen ausgeliefert werden, sondern unabhängig von zentralen Gesetzgebungsgewalten die Fragen der Bodenverteilung und -bearbeitung selber entscheiden werden. Da der Anarchismus im Gegensatz zum Marxismus die Agrarrevolution für die Bedingung der industriellen und der gesellschaftlichen Gesamtumwälzung hält, überdies in der Abneigung gegen obrigkeitliche Verfügungen, Führeranmaßung und jeglichen Zentralismus mit der bäuerlichen Denkweise weitgehend übereinstimmt, erschließt sich seinen Anhängern hier ein fruchtbares Tätigkeitsfeld. An den Anarchisten ist es, die Bauern der Revolution zu gewinnen und sie der freihetlichen Sache ergeben zu halten. Den Anarchisten fällt die Aufgabe zu, Kameradschaft zwischen Stadt und Land, gegenseitige Hilfe für den Augenblick der revolutionären Erprobung zu sichern und damit das Beste dafür zu tun, daß das Vertrauen auf die soziale Gerechtigkeit der Revolution ihrem Siege von Anfang an die Gunst und weiterhin die Unterstützung der gleichgültigen Massen einträgt.

Wie die Notwendigkeiten der Volksernährung in den revolutionären Kampftagen schon jetzt Gegenstand der Ueberlegung willensverbundener Menschen sein müßten, so sollten sich die Anarchisten die Aufgabe stellen, die wirtschaftliche Organisation der künftigen Gesellschaft in den Einzelheiten zu durchdenken und Vorarbeiten für die Ueberführung der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft zu leisten.

Die kindliche Vorstellung, mit der Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter und ihre einfache Weiterführung unter eigener Leitung werde die Revolution den Uebergang zum Sozialismus schon bewerkstelligt haben, ist so unsinnig wie gefährlich. Die Besetzung der Betriebe ist gewiß ein ausgezeichnetes Kampfmittel des unmittelbaren Eingreifens, aber ein Kampfmittel vor dem Umsturz und zum Zwecke des Umsturzes. Nach geschehener Revolution bedarf es des vollständigen Umbaus der Wirtschaft. Die Betriebe jeder Art sind unter kapitalistischen Verhältnissen in Einrichtung und Organisation ausschließlich den Gewinnberechnungen der Unternehmer angepaßt. Hier spricht keine Rücksicht auf das Verlangen der Menschen mit, keine Rücksicht auf die Erfordernisse der Gerechtigkeit, der Vernunft, auf Leben und Gesundheit von Arbeitern und Verbrauchern. Der Bedarf wird nur insofern in Betracht gezogen, wie er den Warenabsatz bei sicherem Nutzen für die Kapitaleinlagen bestimmt. Auch die Produktionsweise richtet sich, was Rohstoffbeschaffung, Massenherstellung von Einzelteilen, Behandlung von Halbfertigwaren, Beförderungsart usw. anlangt, nach Börsenabmachungen. Was aus den Waren wird, hängt nicht vom Begehren des Verbrauchers ab, sondern von Spekulationen der Fabrikanten, der Zwischenhändler und der Geldverleiher. Eine solche Wirtschaft, eine Wirtschaft, unter der die Mehrzahl der Menschen im ganzen Leben niemals zu einer auskömmlichen und gesundheitlich zweckmäßigen Lebensführung kommt, während gleichzeitig die Lager unter nicht verkäuflichen notwendigen Gebrauchsgütern zusammenbrechen, eine Wirtschaft, die viele Millionen ohne Arbeit in buchstäblichem Hunger verelenden läßt und die gleichzeitig wichtigste Nahrungsmittel verbrennt, ins Meer schüttet, in den Scheuern verfaulen läßt oder als Dünger verwendet, eine solche Wirtschaft läßt sich nicht einfach übernehmen und weiterführen. Sie muß von Grund aus umgestaltet werden. Diese Umgestaltung vorzubereiten, gehört zur praktischen Gegenwartsarbeit freiheitlicher Revolutionäre.

Ein Muster für solche Vorarbeit kann in dieser allgemeinen Wegweisung des Anarchismus nicht geliefert werden. Man muß statistische Vergleichen vornehmen, um nach Landschaften und Bevölkerungsdichtigkeit den notwendigen Bedarf für Ernährung, Bekleidung, Behausung, Reinlichkeit und Gesundheit, Verkehr und Erholung festzustellen und danach einen Wirtschaftsplan zu errichten, der die zweckmäßigste Verteilung der Arbeitskräfte in Stadt und Land, die sichersten und erträglichsten Arbeitsmethoden und die vernünftigste Organisation der Zuleitung der Waren zu den Verbrauchern ermittelt. Danach kann errechnet werden, welche Betriebe bestehen bleiben, geschlossen, eingeschränkt oder erweitert werden müssen, welche Industrien neu zu schaffen oder zu beleben, in welcher Weise der Austausch, die Beschaffung von Rohmaterial, das Geld- oder Tauschwesen in der Uebergangszeit und späterhin für die Dauer zu ordnen ist. Ohne die gründlichste Beschäftigung mit allen diesen Fragen, deren endliche Lösung selbstverständlich dem Leben selbst vorbehalten bleibt, kämen die Arbeiter trotz aller revolutionären Siege niemals aus dem Lohnsystem heraus, kämen sie nie zu einer Befreiung vom laufenden Band und zur Freude an ihrer Arbeit, brächten niemals alle feiernden Hände in Tätigkeit und hätten weiterhin überfüllte Speicher und darben Menschen.

Tausende von Zukunftsfragen türmen sich vor den Wegbereitern der Gegenwart auf. Mögen die anarchistischen Genossen die Zeit benutzen, in der die zentralistischen Parteien an den Paragraphen des kapitalistischen Systems herumlicken und mit den Faschisten Wettläufe zu den Staatsprüfungen veranstalten, die Schienenwege und Flußläufe auf ihre Eignung zu sozialistischer Verwendung zu prüfen, und die Möglichkeiten zu untersuchen, wie schnellstens alle arbeitenden, alten und kranken Menschen, wie alle Kinder und Frauen in gesunde Wohnräume überführt werden können, wie mit den Zwingburgen der Staatsknechtschaft, den Fürstenschlössern und Zuchthäusern, den Justizpalästen und Regierungsgebäuden zu verfahren ist, welche Anstalten der Kunst und des Wissens zu allgemeinen Bildungsstätten, welche Kirchen zu Versammlungsräumen, zu Orten wahrer Gemeinschaft und zu Schulen der Aufklärung gegen Autorität und Familie, oder zu Werbehallen der Freiheit verwandelt werden können. Der Boden des Sozialismus läßt sich schon in der Gegenwart ebnen, aber nur in freiwilliger Hingabe von sozialem Geist erfüllter, kameradschaftlich verbundener, der Revolution ergebener Persönlichkeiten.

Der anarchistische Gedanke wird von solcher vorsorgenden Arbeit den größten Vorteil haben. Das Beispiel einer nicht von oben befehligten Leistung im Dienste der Gesamtheit wird den Mut wecken, sich in allen Dingen lieber auf sich selbst als auf eine vorgesetzte Beamtenschaft zu verlassen. Denn die Anarchisten übergeben ihre

durchdachten und sorgfältig errechneten Vorschläge nicht irgendwelchen Regierungsstellen, sondern der selbstverantwortlichen Arbeiterklasse insgesamt, die selber alles prüfen, selber verbessern, selber die Ausführung überwachen muß durch diejenigen Organe, welche sie selbst ausschließlich für diesen Zweck bestimmt, ohne sie deswegen auch nur zeitweilig aus der tätigen Gemeinschaft aller zu entlassen. Diese Organe werden die soziale Triebkraft der Revolution bedeuten, sie werden von der Stunde des Sieges an Wirtschaft und Verwaltung des Gemeinwesens in den Händen führen, sie werden in der Zeit des Ueberganges und während der ganzen Entwicklung der sozialistischen Arbeits- und Gesellschaftsformen die Ordnung der Freiheit betreuen und verbürgen, sie werden die kommunistische Anarchie schaffen und in der anarchischen Gemeinschaft die Träger der Föderation der Arbeits- und Menschheitsbünde bleiben. Diese Organe sind die freien Räte der Arbeiter und Bauern.

Über Wesen, Sinn und Aufgaben des Rätesystems herrschen weithin die unklarsten Vorstellungen, und selbst in den freiheitlichen Arbeiterverbänden gibt es die widersprechendsten Auffassungen darüber, ob und in welcher Weise Räte zu schaffen seien und wirken sollen. Diese Verwirrung ist auf die Spitze getrieben durch die Uebernahme des Rätebegriffs in Staatsgesetze und kapitalistische Produktionsmethoden. Man hat, um der Forderung der Arbeiter, die Betriebs Einrichtungen und das Arbeitsverfahren unter eigener Aufsicht zu halten, scheinbar entgegenzukommen, Belegschaftsausschüsse an den Arbeitsstätten zugelassen, ihren Mitgliedern den Namen Betriebsräte gegeben und damit eine revolutionäre Gesellschaftswurzel in die Saugpumpe der kapitalistischen Ausbeutung eingebaut. Zugleich hat man das dem Rätewesen gegensätzlichste System der parlamentarischen Auszählendemokratie benutzt, um die Zusammensetzung jener mit engsten Rechten ausgestatteten Kontrollausschüsse von Parteizentralen aus zu lenken und in ihrer Abhängigkeit zu halten. Selbst da, wo schon die Revolution unter der Losung „Alle Macht den Räten!“ den Sieg der Arbeiter und Bauern brachte, wurden die Räte staats- und parteiuntertan und, statt das öffentliche Geschehen zu bestimmen und in sozialistischem Geiste zu leiten, zu bloßen Werkzeugen der Obrigkeit erniedrigt. Wenn, wie es hin und wieder vorkommt, Anarchisten hieraus den Schluß ziehen, die ganze Räte-Idee sei nunmehr als freiheitswidrig erwiesen, so begehen sie denselben Denkfehler wie jemand, der aus dem Gebaren der Staatsjustiz folgern wollte, es könne niemals ein gesellschaftliches Recht geben. Die Verfälschung eines Gedankens kann nicht den Gedanken selbst widerlegen.

Räte als die Träger der sozialistischen Gemeinschaft sind die Beauftragten aller am allgemeinen Werk beteiligten Menschen, durch die sich die Gesamtheit der Tätigen mit jeder einzelnen Person in den gesellschaftlichen Lebensprozeß einschaltet. In einer von Ausbeutung befreiten Zeit versieht ausnahmslos jeder Mensch, der sich nicht etwa selbst außerhalb des sozialen Geschehens stellt, Rätedienste. Nur für die Zeit des revolutionären Ueberganges müssen selbstverständlich diejenigen von aller Rätearbeit ferngehalten werden, gegen die sich die Revolution richtet. Da es erste Verpflichtung der Räte ist, die kapitalistische Ausbeutung abzuschaffen und das sozialistische Gemeinwesen zu verwirklichen, können Personen, die den Sozialismus gar nicht wollen, nicht zum Aufbau des Sozialismus herangezogen werden. In dieser Zeit fällt den Räten die besondere Aufgabe zu, die Zwangsmaßregeln der proletarischen Klasse durchzuführen, die zur Brechung gegenrevolutionärer Bestrebungen erforderlich sind und zu verhindern, daß sich unter Berufung auf Gefährdungen der Revolution neue Regierungsgebilde aufbauen, die von Rätemacht reden, um ihre eigne Macht dahinter zu befestigen, und die von einer Diktatur des Proletariats sprechen, um selber Diktatoren spielen zu können.

Die Anarchisten tun gut, sich des Ausdrucks Diktatur des Proletariats so wenig wie möglich zu bedienen, obwohl bei richtigem Auffassen des Rätebegriffs und ohne Hinterhältigkeit kaum etwas anderes darunter verstanden werden könnte als die Niederhaltung von Widerständen gegen die proletarische Revolution durch die proletarische Klasse. Die zwangsmäßige Unterdrückung gegenrevolutionärer Verschwörungen durch bewaffnete Bekämpfung, Revolutionsgerichte und jede andere geeignete Art von Sicherungsmaßnahmen ist solange nötig, wie die besiegte Klasse noch über Machtmittel verfügt und Angriffe auf die revolutionären Rechte der Arbeiterklasse zu befürchten sind. Eine revolutionäre Diktatur von Klasse gegen Klasse ist im Kampfzustand unerlässlich, aber diese Diktatur ist nichts anderes als die Revolution selbst. Jedoch kann keiner revolutionären Einzelperson, keiner Gruppe, keiner Partei und keiner Auslese der Revolution das Recht zugestanden werden,

sozialistische Proletarier, sei es unter welchen Vorwänden immer, zu beherrschen und zu verfolgen. Die Marxisten verstehen unter Diktatur des Proletariates die Diktatur eines marxistischen Parteivorstandes, dem sie Regierungsgewalt auch über die Räte, das Recht zur Gesetzgebung, zur Steuererhebung und zu jeder Art Vertretung der Revolution, bis zu Kriegserklärungen und Verträgen mit auswärtigen Staatsregierungen zuerkennen. Dieser Parteiklüngel soll sich als herrschende Macht angeblich nur bis zur restlosen Durchführung des Sozialismus einnisten dürfen. Da hingegen jede zentralistische Regierungsgewalt Staat bedeutet, mithin Vordrängung von Autorität, Sonderstellung Bevorrechtigter, Anschlag gegen die Gleichheit, so ist solche Diktatur nichts anderes als neue Wegbereitung für eine unterdrückende Klasse, für neue Ausbeutung und für alle von der Revolution beiseitegeräumten Schäden. Die Durchführung des Sozialismus ist also unter solcher vorgeblich proletarischen Diktatur nie zu erreichen, und die neue Macht wird nicht eher abtreten, als sie nicht von einer neuen Revolution zugunsten der Räte endgültig verjagt ist.

Das Rätesystem schafft, und hier zeigt sich seine Uebereinstimmung mit den anarchistischen Grundsätzen, bei unverfälschter Anwendung keinerlei Beamtenschaft, keinerlei Sonderanspruch einzelner, keinerlei umfassende Machtvollkommenheit. Denn ein den Räten von der Gesamtheit erteilter Auftrag ändert in keiner Weise das gleichwertige Verhältnis zwischen Auftraggebern und Beauftragten. Die Räteorganisation ist die föderative Zusammenfassung aller arbeitenden und verbrauchenden Kräfte vom engsten Kreise der Interessenberührung hinauf bis zum weitesten Ausmaß wirtschaftlicher Verbindungen. In die Räteorganisation einbezogen ist jede einzelne Persönlichkeit, und die Entsendung dieses oder jenes Beauftragten zur Wahrnehmung dieses oder jenes Dienstes, zur Erörterung dieses oder jenes Planes, zur Beratung einer Frage mit örtlich entfernten Rätevertretern, zur Durchführung oder Ueberwachung eines von der Gesamtheit für notwendig befundenen oder beschlossenen Vorhabens, zur Begründung einer Meinung oder zur Prüfung eines Entwurfs von anderer Seite, räumt dem Entsandten kein Vorrecht vor denen ein, die ihn entsandt haben und entbindet auch keinen der Auftraggeber von der Verantwortung für die Tätigkeit des Beauftragten. Alle Aufträge bleiben an den Willen derer gebunden, die ihn erteilen; wer ihn erhält, ist nichts als ausführendes Organ der Körperschaft, die ihm die Teilarbeit überträgt, für die sie ihn geeignet hält; er ist Willensvollstrecker einer bestimmten Gemeinschaft, der er selbst angehört, und zwar Willensvollstrecker nur für die bestimmte einmalige Aufgabe, die ihm übertragen ist. Die ungeheure Vieltätigkeit des gesellschaftlichen Lebens erfordert unzählige gesellschaftliche Dienstleistungen im kleinsten wie im größten, so daß die Aufteilung der gesellschaftlichen Pflichten in fortwährendem Wechsel alle Kräfte in Anspruch nimmt, alle unter ständiger Aufsicht aller stehen, jeder selbstverantwortlich und gesamtverantwortlich die Einheit von Gesellschaft und Persönlichkeit gewährleistet, wodurch die Gleichberechtigung aller und die gegenseitige Unterstützung in allen gemeinsamen Angelegenheiten gesichert wird. Jede Entsendung eines Beauftragten erfolgt unter dem Vorbehalt der Abberufung zu jedem Zeitpunkt der Dienstleistung, jede Uebernahme eines Dienstes ist freiwillig und erfolgt unter dem Vorbehalt des Verzichts, falls sich der Beauftragte der Aufgabe nicht gewachsen fühlt oder einen anderen für die Wahrnehmung des gemeinsamen Wohles geeigneter hält. Somit sind alle Wahlen, die einzelnen Personen für bestimmte Zeit allgemeine Vollmachten überantworten, zumal wenn sie unter parteilichen Gesichtspunkten erfolgen und von zentralen Stellen außerhalb der unmittelbar beteiligten Arbeitergruppe beeinflusst werden, parlamentarische Veranstaltungen, die mit der Räteorganisation der Gesellschaft nicht das mindeste zu schaffen haben. Räte im kapitalistischen Wirtschaftsverfahren gibt es nicht: Räte in der Revolution bilden sich aus dem Willen, das politisch und wirtschaftlich Notwendige von den Arbeitsstätten aus und unter Ausschaltung regierender Beamter in freiwilliger gegenseitiger Verständigung der Revolutionäre selbst zu tun; Räte nach dem Siege der Revolution sind die beschließenden und verwaltenden Organe der Gesamtheit, die die ganze Gesellschaft umfassen und das Gefüge der ganzen Gesellschaft zusammenhalten.

Der Aufbau der Räteorganisation stellt also keinerlei Fragen der Wahlberechtigung oder der Wählbarkeit, der direkten und indirekten oder der Verhältniswahl. Solange die Revolution noch um ihren Bestand zu sorgen hat, beschränkt sich die Teilnahme an der Bestimmung des öffentlichen Geschehens allerdings auf die Sozialisten, die die Revolution unter allen Umständen direkt zu ihren letzten Zielen der von Räten versehenen Ordnung der Freiheit in der klassenlosen Gesellschaft vorzutreiben entschlossen sind. Sie müssen sich von den Betrieben und von den

Wohnbezirken aus unter völliger Zurückstellung aller früheren Richtungszwistigkeiten und unter entschiedenster Auss.altung aller zudrängenden Einmischungen von gelehrten Politikern und autoritären Besserwissern nach der Gemeinsamkeit ihres Einfluß- und Tätigkeitsgebietes zusammenfinden und die Beratungen und Pflichtverteilungen vornehmen, die der Pflege des neuen Geistes und der Einführung der neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsformen dienlich sind. Dazu gehört die ineinandergreifende Wirksamkeit von Arbeiter- und Bauernräten zur Sicherstellung der allgemeinen Versorgung, wie überall Erzeuger und Verbraucher gemeinsames Vorgehen bei der Wirtschaftsführung anstreben müssen. Auf dem Lande muß durch Aufklärung und Werbung, keinesfalls aber mit gewaltsamer Bekehrung von den Städten aus der Rätegedanke einleuchtend gemacht werden, dergestalt, daß vor der Ermöglichung sozialistischer Gleichheit die Eroberung der Räte als Stützpunkte für das wirtschaftlich überlegene Großbauernrum verhindert wird. Wo noch Ausbeutung in irgendeiner Form stattfindet, dürfen die Räteorgane nur Werkzeug der Ausgebeuteten und Benachteiligten sein, müssen also, soweit es sich um Bauernräte handelt, vor allem die Kleinbauern, die Landarbeiter und die Dorfarmen umfassen. Die städtischen Arbeiter haben beim Aufbau der Rätegesellschaft besonders darauf Bedacht zu nehmen, daß der föderalistische Charakter der sozialistischen Organisation von allem Anfang an aufmerksam beobachtet wird. Ein Rätestaat, der eine zentrale Ueberstülpung der Räteorgane in bestimmten Gebietsgrenzen vornimmt, mißbraucht die Räte zu ihrer eigenen Entrechtung und Vernichtung. Eine Rätegesellschaft, eine Räterepublik — das Wort Republik bezeichnet keineswegs ohne weiteres eine Staatsform, sondern jede Selbstverwaltung eines Gemeinwesens durch das Volk — eine Rätewirtschaft ist nur als föderatives Gebilde zu denken und kann niemals ein Staat sein oder in einem Staatsganzen Platz finden.

Die Räterepublik baut sich von unten nach oben auf. Ihr eigentlicher Drehpunkt sind die städtischen und dörflichen Ortsräte. Sie können je nach Verhältnissen und Bedürfnis in gelegentlich oder regelmäßig zusammentretenden Einwohner-versammlungen die Tätigkeit der Betriebs- oder Ortsbezirksräte zur Kenntnis nehmen, erörtern, bemängeln, erweitern und zur Grundlage eigener Beschlüsse machen. Sie können für einzelne Zwecke Ausschüsse einsetzen, die Teilfragen behandeln und von sich aus unter allgemeiner wachsender Kontrolle Einzelpersonen mit der Erledigung gebundener Aufträge betrauen mögen. Sie werden die gesundheitlichen, baulichen, verkehrstechnischen Fragen der Stadt oder des Dorfes entscheiden, die Schul- und Rechtsangelegenheiten, den Schutz der allgemeinen Einrichtungen, kurz alles unter sich abmachen, was natürlicherweise von den unmittelbar Beteiligten und Betroffenen an Ort und Stelle erfüllt werden kann. Zum Beispiel: die Justiz im Staate kann niemals Recht schaffen, weil sie nach zentralen Anweisungen zentrale Behörden über individuelle Handlungen aburteilen läßt. Gerechtigkeit kann nur da an der Rechtsprechung teilhaben, wo die sozial schuldig gewordene Persönlichkeit von ihresgleichen, mit den räumlichen und seelischen Voraussetzungen der Tat vertrauten Menschen ohne Bindung an einförmige Vorschriften vernommen, überführt und notfalls an weiteren Schädigungen des allgemeinen Wohls verhindert wird. In der Räterepublik steht der Gleiche vor Gleichen, vor Nachbarn und Genossen. Von der Gemeinde aus erstrecken sich die Räteverbindungen über die Nachbargebiete, über Provinzen und Länder und ohne nationale Einschränkung über den Erdkreis. Da mögen regelmäßige Rätekongresse in Provinziallandtagen oder gewerklichen oder sonst von Sonderbestrebungen geleiteten Reichs- und Weltzusammenkünften die jeweils tagenotwendigen Vereinbarungen treffen, — der Rätegedanke wird dadurch zur geltenden Verhandlungsform erhoben, daß jeder Abgesandte nichts als Willensträger seiner örtlichen, beruflichen oder im Zielstreben verbundenen Entsender ist, denen er dauernd zur Rechenschaft verpflichtet bleibt, die ihm ihren Auftrag jederzeit entziehen und einen andern an seine Stelle berufen können. In der Zeit des revolutionären Ueberganges werden die örtlichen Räte und die Rätekongresse mehr als späterhin gezwungen sein, den gewandteren, rednerisch und organisatorisch begabteren Einzelnen zur Gewinnung der noch schüchternen, staatlich verkümmerten, im Selbstvertrauen ungeübten Menschen eine nicht ganz ungefährliche Rädelsführerschaft zuzugestehen. Da wird es Sache der Anarchisten sein, aufzupassen, daß hieraus keine Autorität, keine Machtführerschaft, kein Mißbrauch entsteht, und daß der revolutionäre Geist nie seine Sendung vergißt, der Geist der Freiheit zu sein.

Es wäre ein unsinniges Beginnen, über die Sichtbarmachung des vorgestellten Gesamtbildes einer Rätegesellschaft hinweg das ganze Räderwerk ihrer Organisation aus allen Einzelteilen zusammenbasteln zu wollen. Die Verwirklichung einer Idee gleicht

selbst im vorbildlichsten Falle niemals den Träumen ihrer Vorkämpfer. Es muß daher genügen, für das Verstehen einer freiheitlichen Ordnung in der kommunistischen Anarchie die wichtigsten Grundbedingungen des Rätewesens gegenwärtig zu haben. Die Zusammensetzung der Räte geschieht nach den natürlichen Arbeits- und Lebensbeziehungen. Der Arbeiterrat einer industriellen Anlage, der zunächst wesensmäßig ist mit der Gesamtheitsgesellschaft, regelt im Werk selbst die Verteilung der Pflichten nach der Art der Beschäftigung, berücksichtigt aber im Falle etwa der Beschlußfassung über einen Anbau die Wünsche und Bedenken aller verschiedenen Tätigkeitsgattungen, die mit dem Betriebe unmittelbar oder mittelbar verbunden sind. Es hätte also ein Betriebsrat sich zu bilden, dem Vertreter aller Abteilungen des Werkes, der Handarbeiter und der Buchhalter, der Pfortner und der Fenster- und Treppenreiniger anzugehören hätten, dazu Bautechniker und Maurer, Arbeiter von Werken, die mit dem betreffenden Betrieb in ständiger Verbindung stehen, gesundheitliche Gutachter, Frauen und Mädchen, die irgendwie besondere Interessen an dieser oder jener Festsetzung haben können, Vertreter der Gemeinde, in deren Bezirk der Bau entstehen soll, und wer sonst Anlaß haben möchte, die Sache der Seinen bei dem Plan zu verfechten oder seinen Rat nutzbar zu machen. In Angelegenheiten eines Krankenhauses haben billigerweise mitzureden Aerzte und Pflegepersonal, Hausbetreuer und Leichenbesorger, Kranke und deren Angehörige, Architekten und Handwerker. Die Anlage einer Landstraße geht die Anrainer an, die Nachbargemeinden, alle die Vorteil von dem Bau erhoffen und die Schaden von ihm befürchten, ferner Ingenieure, Arbeiter, Geometer, Elektrizitäts- und Wasserbautechniker, alle, die am Entwurf und an der Ausführung beteiligt sind, alle, die die örtlichen Verhältnisse beurteilen können, alle, die die Straße begehen und befahren werden. Hier bildet sich ein Rat aus Vertrauenspersonen aller dieser Interessierten, nur für den besonderen Zweck, unter ständiger Kontrolle arbeitend, jeder einzeln, gruppenweise oder im ganzen von den Interessierten jederzeit abberufbar und ersetzbar. Es scheint nicht nötig, weitere Beispiele einer solchen Gestaltung der öffentlichen Dinge vorzuführen. Jeder vermag selbst, dieses Verfahren der Beteiligung aller an allem in der Anwendung auf sämtliche gesellschaftliche Notwendigkeiten weiterzudenken und einzusehen, daß bei freiheitlichem Willen dies in der Tat das System ist, um die Ackerbestellung und den Warenaustausch, die Angelegenheiten des Verkehrs und die der Geistespflege im engen Kreise wie in weitem Umfange, von der Verständigung einiger Nachbarn bis zur Weltföderation in Gang zu halten und jeden zum Sachwalter aller, alle zu Sachwaltern jedes einzelnen zu machen bei voller Gleichberechtigung, bei voller Freiwilligkeit, ohne Vorrang und Macht.

Hat man das Wesen der Räte so als den Inbegriff des lebendigen Zusammenklangs von Persönlichkeit und Gesellschaft begriffen, dann verliert die Frage, ob die Forderung: Alle Macht den Räten! von Anarchisten erhoben werden dürfe, jeden Inhalt. Vielleicht ist es nicht günstig, das Wort Macht in irgendeinem Zusammenhang anzuwenden. Doch ist diese Forderung ja gerade in der Bedeutung entstanden, daß jede Staatsmacht gebrochen werden soll, daß alle bestimmende und ausführende Gewalt von der Revolution, also von der revolutionären Klasse, von der Arbeiter- und Bauernschaft, und von deren revolutionären Organen, den Räten, die wiederum die Gesamtheit der Werktätigen verkörpern, übernommen werden soll. Mit dem Lebendigwerden des Sozialismus schwinden die Klassen. und der Zwang der Revolution gegen die ihr widerstrebenden Gegenrevolutionäre der besiegten Klasse vermindert sich stufenweise fortschreitend bis zur völligen Rechtsgleichheit aller und ihrem Zusammenwirken in den Räten. Die Macht aller, ohne Unterschied an der Aufrichtung der staatenlosen kommunistischen Gesellschaft Schaffenden, und dies wäre eben die Rätewelt, ist natürlich keine Macht mehr, da niemand da ist, über den sie geübt würde. Die Lösung ist immerhin besser als die der proletarischen Diktatur, obwohl beide dahin gedeutet werden können, daß die proletarische Klasse im revolutionären Kampf keine Einwirkung kapitalistischer Kräfte auf das öffentliche Geschehen dulden wird. Da das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariates aber das unterscheidende Merkmal aller Staatssozialisten geworden ist, die auch praktisch die Herrschaft eines Parteiklingels daraus gemacht haben, und da die Losung „Alle Macht den Räten!“ nur noch von autoritätsfeindlichen Sozialisten ausgegeben wird, ist die Sorge, hier solle die gestürzte Macht durch eine neue Macht ersetzt werden, überflüssig. Doch wäre es, um jede verwirrende Deutung auszuschließen, geraten, die Anarchisten einigten sich auf die Losung „Alles Recht den Räten!“ — oder auch Alles den Räten, alles durch die Räte, oder, was wiederum dasselbe ist: „Alles für alle durch alle!“

Der Weg zur Anarchie führt nur über anarchistisches Verhalten. Denn Wirklichkeit wächst allein aus Verwirklichung. Das gilt für die Denk- und Tatarbeit zur Bereitmachung der Wirtschaft, das gilt in erhöhtem Maße für die Bereitmachung der Geister. Sollen aus den Menschen Räte werden, in gegenseitigem Vertrauen gleichberechtigt Ratholende und Ratgebende, Tatbereite und zur Tat Vereinigte, dann muß die Revolution woanders reifen als in dem bloßen Glauben, daß sich der Kapitalismus auf die Dauer nicht gegen den Hunger und das Elend der Menschen werde behaupten können. Er wird sich behaupten, solange er keinen Widerstand findet, der sich gegen seine sittlichen Grundlagen richtet, gegen die Autontität und ihre Verkörperungen, Staat, Kirche, Gesetz und Familie. Ein solcher Widerstand aber kommt nicht aus Verabredungen irgendwelcher Art, er kommt nicht aus wissenschaftlichen Lehren und nicht aus noch so kluger Taktik, er kann nirgends herkommen als aus dem beleidigten Gewissen des sozial bewegten Menschen. Zu den Aufgaben der Anarchisten gehört es daher, die Gefühle der Gerechtigkeit, und der Freiheit, die jedem Menschen angeboren sind, aber dank der autoritären Erziehung durch Kirche, Schule und Militär und vor allem durch die Vaterschaftsfamilie großenteils verschüttet unter dem Bewußtsein liegen, wachzurütteln. An den Anarchisten ist es, begreiflich zu machen: Nicht die Not ist das schlimmste, sondern daß sie ertragen wird! Denn das Hinnehmen von Armut, während es Reichtum gibt, ist geistiges Versagen, ist Unempfindlichkeit der Seele gegen die Beleidigung, Werte schaffen zu müssen, an deren Genuß der Schaffende keinen Anteil hat, und von denen, für die sie geschaffen werden, unter Hungerdruck das Recht erbetteln zu müssen, zu solch ertraglosem Schaffen überhaupt zugelassen zu werden. Voraussetzung jedes Kampfes gegen die Beschimpfung des Menschen durch die Vorenthaltung der Produktionsmittel und durch die Staatsklaverei ist in viel höherem Maße als die Kenntnis von Entwicklungsgesetzen und ökonomischen Zusammenhängen der freiheitliche Stolz, der den Ehrbegriff der Anarchisten umschließt. Nur wenn Stolz, innere Freiheit und musterhafte Sauberkeit sich im Benehmen der Anarchisten untereinander und in der Beziehung zu den Vertretern anderer Ansichten offenbaren, ist Hoffnung, daß die Befreiung der Gesellschaft vom Staat gelingen und zum Aufbau einer föderalistischen, autoritätslosen Räterepublik führen kann. Anarchie ist nur von Anarchisten zu schaffen; die Anarchisten der Gegenwart, mögen ihrer viele oder wenige sein, müssen die Grundsätze der Anarchie täglich und stündlich zur Geltung bringen, soll die zukünftige Volksgemeinschaft Anarchie, sollen die Menschen der Zukunft Anarchisten sein. Darum muß in den Verbindungen und Verständigungen der Anarchisten zur Vorbereitung neuer Lebensverhältnisse auf strenge Gerechtigkeit im gegenseitigen Verhalten gesehen werden. Nie darf sich ein einzelner von seinen bevorzugten Gaben als Redner, Lehrer, Organisator, Anreger verleiten lassen, alle Initiative an sich reißen zu wollen. Nie darf sich eine Mehrheit herausnehmen, die Rechte der Minderheit zu schmälern. Das Ziel ist eine Gemeinschaft, die weder Mehrheiten noch Minderheiten, noch faule Ausgleichungen zwischen beiden kennt, wobei niemand zufriedengestellt wird; das Ziel ist eine Gemeinschaft, die überall einstimmige Entschlüsse ermöglicht, weil sie jeder Persönlichkeit erlaubt, sich an der rechten Stelle ins gemeinsame Ganze zu fügen. Freiwillige Bindung durch Vertrag und Kameradschaft läßt solche Uebereinstimmung, aller in Wollen und Handeln in jeder Vereinigung und Genossenschaft zu, und der genossenschaftliche Geist, den die Anarchisten untereinander pflegen, wird den Genossenschaften und freiwilligen Uebereinkünften in Kultur und Wirtschaft der Zukunft die Wege zeigen und sie zugleich ebnen.

Erst recht muß das Verhalten der Anarchisten in der ideologischen Bekämpfung entgegengesetzter Meinungen vorbildlich ehrenhaft sein. Schmutzige Kampfmittel, Verdächtigungen, Verleumdungen, krumme Pfade zur Irreführung von Genossen und Feinden schädigen unter allen Umständen die überzeugende Stoßkraft einer Idee, deren Stärke ihre Reinheit ist. Die autoritären marxistischen Parteien legen auf die Moral im Kampfe keinen Wert. Sie geben von oben herunter an ihre Anhänger Richtlinien des Verhaltens aus, durch die sie glauben, Zucht und Gehorsam am besten sichern zu können. Die Befolgung dieser nach Umständen auswechselbaren Vorschriften nennen sie proletarische Disziplin, jede persönliche Gewissensprüfung vor der Eröffnung eines Kampfes um Gesinnungen lästern sie als bürgerliches Vorurteil. Mit dieser Art Unterscheidung von proletarischer und bürgerlicher Moral wird der gefährlichste und verwirrendste Unfug getrieben. Bürgerlichkeit bezeichnet nichts anderes als den gesamten Ideengehalt der durch die kapitalistische Wirtschaftsweise geschichtlich bestimmten Gesellschaftsform. Durch die Uebersteige-

rung der kapitalistischen Ausbeutungsformen und die Hochzüchtung des Imperialismus, das ist die Aussaugung abhängig gemachter Fremdgebiete für Gewinnzwecke der Kapitalisten des erwerbenden Staates, hat sich der Ideengehalt der gegenwärtigen Gesellschaftsform teilweise derartig entsittlicht, daß die auf sozialem Rechtsgefühl gegründete natürliche Moral der Menschen revolutionäre Abhilfe heischt. Wird unter proletarischer Moral die Moral der Gleichheit und Gegenseitigkeit verstanden, die sich der unsozialen Macht mit dem revolutionärem Zorn des Beleidigten und Entrechteten entgegenwirft, so ist hier die sittliche Unterscheidung von einer Bürgerlichkeit am Platze, die da meint, ihre eigennützigen Versklavungsmethoden mit jeder Roheit, jeder Tücke und jeder seelischen Verknöcherung verteidigen zu dürfen. Wird aber den Proletariern gesagt, in ihrem Kampfe gegen Unterdrückung und Schändung seien Lüge und Verleumdung, Hinterlist, Doppelzüngigkeit und Verrätere erlaubt und gegebenenfalls sogar innerhalb der eigenen Richtungskämpfe gebotene Klassenwerkzeuge, so kann nicht vernünftig genug betont werden, daß hier die Verfallsmoral des Bürgertums Blasen treibt, gerade die Verfallsmoral, die die Revolution gegen das Bürgertum notwendig macht. In gewaltsamen Auseinandersetzungen bestimmt der Feind die Waffen, die gegen ihn geführt werden müssen. Aber da werden die Waffen offen getragen, und die Moral ist bei dem Teil, der für die gerechtere Sache kämpft. Im Ideenkampfe dagegen ist die Moral bei dem Teil, der ohne Falsch ist und die Fahne der reinen Ueberzeugung vor sich herträgt. Die Anarchisten weisen eine Moral weit von sich, die die ursprünglichen Begriffe von Recht und Unrecht verleugnet. Das ist keine proletarische Moral, das ist Arglist und Untreue, die auch nicht Wesensmerkmal der Bürgerlichkeit schlechthin ist, sondern Ausdruck ihrer Verdorbenheit im bloßen Materialismus. Soll das Proletariat die Erneuerung des menschlichen Rechtes bringen, so muß es das Recht zu seiner Sendung in seinem sittlichen Verhalten pflegen und bereit finden. Die zentralistischen Parteien indessen sammeln Proletarier um sich, denen sie mit schönen Worten zum Munde reden; aber hinter ihren Worten verbergen sich Machtabsichten, und diese Machtabsichten verdecken Lügen, die die Arbeiter zu ganz andern Zwecken in den Kampf vortreiben als sie selbst denken. Diese Parteien erklären Lügen und Hinterhältigkeiten für einwandfreie List und betrügen, indem sie die Kämpfer zu Betrug verführen, die Kämpfer selbst. Den Abscheu dagegen, daß man Mißerfolge zu Erfolgen umlügt, verspotten sie als bürgerlich. Da es aber noch viele Bürger gibt, in denen das Gerechtigkeitsgefühl keineswegs abgetötet ist, die daher aus ihrem natürlichen Empfinden heraus im Augenblick der Entscheidung einer von Idealen getragenen Revolution leicht gewonnen werden könnten, stärkt die sittliche Unzuverlässigkeit bei den Proletariern die herrschende Klasse sogar moralisch, stößt die menschlich Sauberen vom Bündnis mit dem Proletariat zurück und zersplittert die arbeitende Klasse durch gegenseitiges Mißtrauen und erbärmlichen Bruderzwist. Die Lüge ist die natürliche Notwehr Machtloser, um die Möglichkeiten der Macht einzudämmen und der Autorität auszuweichen. Kinder belügen ihre Eltern, Eheleute belügen einander, Schüler, Rekruten, Untergebene, Fromme belügen die Lehrer, Feldwebel, Vorgesetzten, Geistlichen, weil sich ein gesundes Freiheitsgefühl gegen die Zumutung aufbäumt, Rechenschaft in Dingen ablegen zu sollen, die man mit sich selbst abzumachen hat. Da sündigt nicht der Lügner, da sündigt der Belogene gegen die Wahrheit; denn wo Macht ist, findet die Wahrheit keine Luft zum Atmen. Wo aber gelogen wird, um Macht zu erringen, da ist die Lüge ein Anschlag auf die Freiheit, und die Revolution wird den Sozialisten die Aufgabe stellen, nicht allein die Machthaber des alten Systems zu vertreiben, sondern die Führer des Proletariats zur Rechenschaft zu ziehen und keinen von ihnen zur Mitarbeit am neuen Werden zuzulassen, der je die Menschen getäuscht hat, welche ihm Glauben schenkten, wenn er von Freiheit sprach, der je die Versicherung abgab, er sei nur dienendes Organ seiner Auftraggeber und den Vorbehalt verschwie, daß er es war, um ihr Beherrscher zu werden.

Duldsamkeit untereinander und Wahrhaftigkeit gegen alle ist Bedingung zum Siege. Die Ordnung der Freiheit hängt ab von der Aufrichtigkeit aller, die die Freiheit errichten wollen. Aus Lippenbekenntnissen entsteht keine neue Welt. Die Anarchisten, die die neue Welt der Freiheit, der Gleichheit, der Gegenseitigkeit, der Gerechtigkeit, der Wahrhaftigkeit und der Verbundenheit aller mit allen schaffen wollen, müssen ihre Bekenntnisse in Taten kleiden. Das heißt, sie müssen ihr Leben führen, wie sie wünschen, daß es in der staatlosen Gesellschaft des Kommunismus von allen zu führen sei. Die Forderung ist nicht, daß jemand aus der kapitalistischen Form ausbrechen sollte oder könnte: das Joch des Staates kann nur in gemeinsamem

Kampf gebrochen werden. Daher ist die Verletzung der Staatsgesetze keine Forderung des täglichen Lebens. Aber eine Heiligkeit der Gesetze gibt es so wenig wie eine Heiligkeit des Eigentums. Hochachtung vor den Gesetzen und den Staatsmächten kann von niemandem verlangt werden. Für den Anarchisten ist das Gesetzbuch ein Fahrplan, um in der Gesellschaft die nötigen Anschlüsse zu finden, in der er bis zur Revolution wohl oder übel leben muß, weiter nichts. Aber der Anarchist geht keine freiwilligen Verpflichtungen ein, die seine Selbstbestimmung beeinträchtigen oder ihn einer Autorität unterwerfen können. Er hat in keiner Kirche etwas zu suchen und bekleidet keine staatlichen Ehrenämter. Wird er gezwungen, als Geschworener oder Schöffe den Richter über andere Menschen zu spielen, so urteilt er nach seinem sozialen Gewissen, das dem Staat das Recht bestreitet, Unglückliche zu bestrafen, die über die vom Kapitalismus gelegten Fallstricke gestraucht sind. Soll er gezwungen werden, in den Krieg zu gehen, um für fremden Vorteil seinesgleichen zu töten, so weigert er sich, es zu tun und stirbt lieber für die eigene Ueberzeugung als für das Geschäft seiner Quälgeister. In seinem Hause übt er keine Autorität, noch duldet er sie. In den Dingen des Geschlechts geht er die Wege, die er für richtig hält, ohne sich darum zu kümmern, welche Wege andere Menschen gehen. Keine Frau gehört einem Mann, kein Mann gehört einer Frau. Was zwei mündige Menschen in der Verschwiegenheit tun, um einander zu erfreuen, ist niemals Sache eines Dritten, nicht des Ehemanns noch der Ehefrau, nicht des Nachbarn noch des Genossen, nicht der Kirche noch des Staates. Anarchist und Anarchistin sind nicht Beherrscher ihrer Kinder, sondern ihre Kameraden und Helfer. Wer seine Kinder prügelt, mißbraucht seine körperliche Ueberlegenheit zur Errichtung eines Machtverhältnisses, festigt dadurch die Macht und Autorität von Staat und Kapital und versucht, indem er den Machtwahr in sein Kind hineinschlägt, auch das Geschlecht der Zukunft. Der Anarchist glaubt nicht an Götter noch an Gespenster, nicht an Priestersprüche noch an die Behauptungen der Wissenschaftler, die er selbst nicht nachprüfen kann. Er fragt nicht nach dem Klatsch der Straße noch nach der Mode in den Angelegenheiten der Kunst und der Weltanschauung. Er geht seinen Weg geradeaus, verantwortlich sich und seinem Gewissen, verantwortlich der Menschheit, die er eins weiß mit sich und seinem Gewissen. Er tut das Rechte, da er weiß, was Recht ist. Denn Recht und Freiheit ist das gleiche, wie Gesellschaft und Persönlichkeit das gleiche ist. Aus dem Recht wächst die Gleichheit des Kommunismus, aus der Gleichheit die Freiheit der Anarchie!

L I T E R A T U R - Ü B E R S I C H T

Die Aufzählung aller anarchistischen Bücher und Schriften würde eine eigene Broschüre füllen. Hier konnten nur Werke berücksichtigt werden, welche sich unmittelbar mit den Lehren oder der Geschichte des freiheitlichen Sozialismus und des individualistischen und syndikalistischen Anarchismus beschäftigen. Auch da konnte nur eine geringe Auswahl getroffen werden. Alles Wertlose, auch wenn es größere Auflagen erzielt hat, blieb unerwähnt. Die mit * bezeichneten Schriften sind noch im Handel und können durch die Geschäftsstelle des „FANAL“ bezogen werden. Das übrige muß durch Antiquariate beschafft oder von öffentlichen Büchereien ausgeliehen werden.

Andrews, Pearl, St.: Die Wissenschaft von der Gesellschaft.

Arachnoff, P.: Die Geschichte der Machno-Bewegung.*

Baginski, Max: Syndikalismus.*

Bakunin, Michael: Werke. Band I, Band II, Band III.*

— Gott und der Staat.*

— Die Pariser Kommune und der Begriff des Staates.

— Briefwechsel mit Herzen und Ogarjew.

Bauer, Edgar: Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat.

Berkman, Alexander: Die Tat.*

— Die russische Tragödie.*

— Die Kronstadt-Rebellion.*

Borgius: Ideenwelt des Anarchismus.*

Brupbacher, Fritz: Marx und Bakunin.*

Cahn, Berthold: Sollen sich Anarchisten organisieren?*

- Diehl, Karl:** P. J. Proudhon, sein Leben und seine Werke.
- Domela, Nieuwenhuis F.:** Die freie Erziehung.
- Elitzbacher, Paul:** Der Anarchismus.
- Engländer, Stigmund:** Geschichte der französischen Arbeiter-Assoziationen.
- Ferrer, Francesco:** Die freie Schule.*
- Gesell Silvio:** Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung.*
- Godwin, William:** Das Eigentum.*
- Grün, Karl:** Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien.
- Kater, Fritz:** Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.
- Kropotkin, Peter:** Worte eines Rebellen.
- Die Eroberung des Brotes.*
 - Landwirtschaft, Industrie und Handwerk.*
 - Memoiren eines Revolutionärs.*
 - Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt.*
 - Die historische Rolle des Staates.*
 - Der moderne Staat.*
 - Der Anarchismus in Rußland.*
 - Der kommunistische Anarchismus.*
 - Anarchismus und Syndikalismus.*
 - Gerechtigkeit und Sittlichkeit.*
 - Die französische Revolution.*
 - Die Ethik.*
 - Der Anarchismus. Seine Philosophie. Sein Ideal.*
- Krischal, August:** Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich.*
- Landauer, Gustav:** Ein Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse.
- Von Zürich nach London.
 - Aufruf zum Sozialismus.*
 - Rechenschaft.*
 - Der neue Mensch.*
 - Beginnen.*
 - Die Revolution.
 - Gustav Landauer. Ein Leben in Briefen.*
- Liber, B.:** Kind und Elternhaus.*
- Light, de:** Anarchismus und Revolution.*
- Luitjes, T.:** Anarchismus und Generalstreik.
- Mackay, J. H.:** Die Anarchisten.*
- Die Freiheitsucher.*
 - Max Stirner. Sein Leben und sein Werk.
- Malatesta, Errico:** Die Anarchie.
- Unter Landarbeitern.*
 - In Wahlzeiten.*
- Marr, Wilhelm:** Das Junge Deutschland in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindungen unserer Tage.
- Der Mensch und die Ehe vor dem Richterstuhl der Sittlichkeit.
- Merlino, Saverio:** Die Irrlehren und Irrwege der Sozialdemokratie.
- Was wollen die Anarchisten?
- Meyer-Wichmann, Cl.:** Die Grausamkeit der herrschenden Auffassung über Verbrechen und Strafe.
- Most, Johann:** Die Gottespest.
- Die Eigentumsbestie.
 - Die freie Gesellschaft.
 - Vive la Commune!
 - Der Narrenturm.
 - Der Stimmkasten.
 - Zwischen Galgen und Zuchthaus.
 - Der kommunistische Anarchismus.
 - August Reinsdorf und die Propaganda der Tat.
 - Unsere Stellung zur Arbeiterbewegung.
 - Acht Jahre hinter Schloß und Riegel.
 - Revolutionäre Kriegswissenschaft.
 - Memoiren. Vier Bändchen.

- Mühsam, Erich:** Staateräson. Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti.*
 — Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat. Was ist kommunistischer Anarchismus?*
- Mülberger, Artur:** Studien über Proudhon.
 — Proudhon. Leben und Werke.*
- Müller-Lehning, A.:** Die Sozialdemokratie und der Krieg.*
- Nettlau, Max:** Michael Bakunin.
 — Errico Malatesta. Das Leben eines Rebellen.*
 — Vorfrühling der Anarchie.*
 — Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin.*
 — Anarchisten und Sozialrevolutionäre.*
 — Elisée Reclus, Anarchist und Gelehrter.*
- Orobon-Fernandez:** Sturm über Spanien.*
- Oerter, Fritz:** Die freie Liebe.*
- Oerter, Sepp:** Acht Jahre im Zuchthaus.*
- Oestreich, Rudolf:** Mann der Arbeit, aufgewacht!*
- Das wahre Gesicht der herrschenden Klasse.*
- Parsons, Albert:** Der Anarchismus, seine Philosophie und wissenschaftliche Grundlage.
- Peukert, Jos.:** Gerechtigkeit in der Anarchie.
 — Erinnerungen eines Proletariers in der revolutionären Arbeiterbewegung.
- Pieron, E.:** Gibt es Gerechtigkeit?
- Proudhon, P. J.:** Was ist das Eigentum?
 — Die Widersprüche der Nationalökonomie oder die Philosophie der Not.
 — Revolutionäre Ideen.*
 — Bekenntnisse eines Revolutionärs.*
 — Die Gerechtigkeit in der Religion und in der Kirche.
- Ramus, Pierre:** William Godwin, der Theoretiker des kommunistischen Anarchismus.
- Reclus, Elisée:** Evolution und Revolution.
 — Die Anarchie.*
- Rocker, Rudolf:** Johann Most. Das Leben eines Rebellen.*
 — Anarchismus und Sozialdemokratie.*
 — Zur Geschichte der parlamentarischen Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung.*
 — Ueber das Wesen des Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus.*
 — Der Bankrott des russischen Staatskommunismus.
 — Der Kampf ums tägliche Brot.*
 — Die Rationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterklasse.*
- Roller, Arnold:** Der soziale Generalstreik.
 — Die direkte Aktion.
 — Miguel Angiolillo und die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Spanien.
- Ruest, Anselm:** Max Stirner. Leben, Weltanschauung, Vermächtnis.
- Saitzeff, Helene:** William Godwin und die Anfänge des Anarchismus im 18. Jahrhundert.
- Sanftleben, Alfred:** Utopie und Experiment.
- Simon, Helene:** William Godwin und Mary Wollstonecraft.
- Souchy, Augustin:** Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland?*
- Spies, August:** Autobiographie.
- Steinle, E.:** Das Endziel des Anarchismus.
- Stirner, Max:** Der Einzige und sein Eigentum.*
 — Kleinere Schriften.
- Thompson, William:** Verteilung des Reichtums.*
- Tolstoi, Leo:** Die Sklaverei unserer Zeit.*
- Tucker, Benjamin:** Staatssozialismus und Anarchismus.
 — Sind Anarchisten Mörder?
 — Der Staat und seine Beziehungen zum Individuum
- Waldecke, St. Ch.:** Gedanken über Anarchie.*
- Weidner, Albert:** Aus den Tiefen der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung.
- Yarros, V., und Holmes, E.:** Die Frauenfrage.
- Zoccoli, H.:** Die Anarchie.

Die mit * bezeichneten Werke sind noch erhältlich und können durch die Geschäftsstelle des „FANAL“ bezogen werden.

Die Wüste. Gedichte. 1904.

Ascona. 1905.

Die Hochstapler. Lustspiel. 1906.

Die Jagd auf Harden. 1908.

Der Krater. Gedichte. 1909 u. 1912.

Wüste — Krater — Wolken. Gesammelte Gedichte. 1914.

Die Freivermählten. Polemisches Schauspiel. 1914.

Brennende Erde. Verse eines Kämpfers. 1920.*

Judas. Ein Arbeiter-Drama. 1921.*

Standrecht in Bayern. 1924.

Alarm. Manifeste aus 20 Jahren. 1925.

Revolution. Kampf-, Marsch- und Spottlieder. 1925.*

Gerechtigkeit für Max Hölz! 1926.

Sammlung. Auswahl aus dem dichterischen Werk. 1928.*

Staatsräson. Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti. (Drama.) 1928.*

Von Eisner bis Leviné. Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Entstehung der bayerischen Räterepublik. 1929.*

Ferner:

K A I N. Zeitschrift für Menschlichkeit. 1. Folge München April 1911 bis Juli 1914. (40 Hefte.) — 2. Folge München November 1918 bis April 1919. (9 Nummern.)

K A I N - Kalender 1912 und 1913. (Vergriffen.)

Vom K A I N sind einzelne Nummern beider Folgen noch zu haben.

F A N A L. Anarchistische Monatsschrift. Organ der Anarchistischen Vereinigung. Oktober 1926 bis Juli 1931.

BÜCHER UND SCHRIFTEN

von Erich Mühsam

Die Zeitschrift „FANAL“ hat ihr Erscheinen nicht eingestellt, sondern nur unterbrochen. Zur Überwindung der durch ein viermonatiges Verbot entstandenen finanziellen Not des Blattes werden freiwillige Spenden erbeten auf Postscheck Erich Mühsam, Postscheckamt Berlin, Nummer 824 19.

Internationale Arbeiter- Assoziation

Die Syndikalistische Internationale (IAA)
wurde beim Jahreswechsel 1922 bis 1923
gegründet und besteht jetzt gerade zehn
Jahre. Anlässlich dieses zehnjährigen Be-
stehens erscheint eine Denkschrift

10 Jahre Internationale Arbeiter-Assoziation

zu beziehen vom Verlag DER SYNDIKALIST, Berlin S, Märkisches Ufer 20

Jeder revolutionäre Arbeiter muss sich
diese Schrift anschaffen, wenn er einen
Einblick in die grundlegenden Gegensätze
zwischen dem freiheitlichen und autori-
tären Sozialismus gewinnen will.

**Die Deutsche Sektion der IAA ist die FAUD. Ihre Organe sind: DER
SYNDIKALIST (erscheint wöchentlich) und DIE INTERNATIONALE
(erscheint monatlich). Alle anarchosyndikalistische Literatur zu be-
ziehen vom Verlag „Der Syndikalist“ Berlin S, Märkisches Ufer 20**